

STADTDIREKTOR WILHELM BODE / LEBEN UND WERK

La-253

BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE

(29)

Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt

Herausgegeben von Bert Bilzer und Richard Moderhack

Band 29

STADTDIREKTOR WILHELM BODE

Leben und Werk

von

THEODOR MÜLLER



1963

WAISENHAUS-BUCHDRUCKEREI UND VERLAG BRAUNSCHWEIG

Gefördert mit Hilfe von Forschungsmitteln
des Landes Niedersachsen

Buk
1779-1854



Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag Braunschweig
Klischees: Köhler u. Lippmann, Braunschweig

VORWORT

Diese Darstellung des Lebens und Wirkens des Stadtdirektors Wilhelm Bode, wohl des bedeutendsten Oberhauptes der Stadt Braunschweig in ihrer langen Geschichte, beruht im wesentlichen auf der schriftlichen Überlieferung der Verwaltungsbehörden des Herzogtums und der Stadt Braunschweig sowie auf den sehr umfangreichen persönlichen Aufzeichnungen Wilhelm Bodes, die uns glücklicherweise erhalten geblieben sind. Gerade sie gestatten uns, hinter den dürren Tatsachen, die wir den amtlichen Akten entnehmen können, die Menschen zu sehen, die jene schufen, und ihre Anschauungen und Meinungen sowie die inneren Beweggründe ihres Handelns oder Unterlassens kennenzulernen.

Bodes Lebensweg, der von 1779 bis 1854 währte, wird von zwei weltgeschichtlichen Daten begrenzt: 1789 und 1848. Diese beiden Revolutionen beeinflussten seine Laufbahn als Beamter und als Politiker. Die Revolution von 1789 brachte in ihren Auswirkungen den Patrimonialstaat, in dem der junge Jurist seine Tätigkeit begann, zu Fall und bescherte dem Lande Braunschweig das Zwischenspiel des Königreichs Westfalen, dessen nach französischen Grundsätzen gestaltete Rechts- und Verwaltungsorganisation seinen Blick weitete. Mit der Revolution von 1848 aber endete Bodes amtliches Wirken.

Die Jahrzehnte zwischen den Freiheitskriegen und der Revolution von 1848 erscheinen dem flüchtigen Beschauer als eine Zeit der idyllischen Stille und Ruhe im bürgerlichen, der Reaktion im politischen Leben. In Wirklichkeit aber herrschte hier, wie nur irgendwann, der Kampf um die Gestaltung der politischen und der wirtschaftlichen Zukunft. Im Herzogtum wie in der Stadt Braunschweig war Wilhelm Bode der Führer in diesem Kampf, den er, sicher seines Zieles und tatkräftig, aber auch maßvoll, für die Selbstverwaltung seiner Stadt, für die auf unerschütterlichen Rechtsgrundsätzen aufgebaute Verwaltung des Landes führte.

Das alles im einzelnen darzulegen, ist Aufgabe dieses Buches, das bei der weitgespannten Tätigkeit Bodes als Stadtoberhaupt, Ständemitglied und Historiker auch manchen Beitrag zur Geschichte der Stadt und des Landes Braunschweig zu liefern vermag.

Die Unterlagen dieser Arbeit befinden sich im Stadtarchiv Braunschweig und im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel. Beide Institute bewahren auch den schriftlichen Nachlaß Wilhelm Bodes auf. Bei seinen sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Untersuchungen fand der Verfasser bei den Herren Archivdirektor Dr. R. Moder-

hack und Archivrat Dr. H. J. Querfurth in Braunschweig, Staatsarchivdirektor Dr. H. Kleinau und Staatsarchivrat Dr. H. Goetting in Wolfenbüttel bereitwilligste Unterstützung, für die er aufrichtig danken möchte. Dieser Dank gilt auch den übrigen in den Archiven und in der Braunschweiger Stadtbibliothek tätigen Damen und Herren.

Der Verfasser glaubte, das von ihm entworfene Zeitbild noch plastischer gestalten zu können, wenn er von jeder der in dem Buche auftretenden Personen eine kurze Lebensbeschreibung hinzufügte. Die in fast jedem Falle zitierte Quelle wurde aber vielfach ergänzt durch einzelne Daten, die den Braunschweigischen Anzeigen, den Kirchenbüchern, den Matrikeln des Collegium Carolinum sowie der Universitäten Helmstedt und Göttingen, den Adreßbüchern und ähnlichen Quellen entnommen wurden. Um den Anmerkungsapparat nicht allzusehr auszuweiten, wurde auf die Nachweisung der Herkunft dieser Einzeldaten verzichtet.

Zum Schluß möchte ich Herrn Archivdirektor Dr. Richard Moderhack besonders herzlich danken für seine freundschaftliche Anteilnahme an der Entstehung dieser Arbeit und für ihre Aufnahme in die von ihm herausgegebenen Werkstücke, in denen sie die beste Heimstatt fand.

Braunschweig, im Februar 1963

Dr. THEODOR MÜLLER

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
<i>Vorwort</i>	5
<i>Einleitung</i>	11
 <i>Jugendjahre</i>	
Die Familie Bode	14
Kindheit in Königsutter	16
Besuch des Katharineums in Braunschweig	17
 <i>Student</i>	
in Helmstedt	20
und in Göttingen	22
 <i>Eintritt ins Amt</i>	
Auditor bei den Klostergerichten	24
Aktuar beim Fürstl. Amt Königsutter	25
Der Krieg 1806: Preußische und französische Einquartierung	31
 <i>Friedensrichter in Bahrdf</i>	
Die Stellung des Friedensrichters	35
Die westfälische Gerichtsordnung	36
Die westfälische Grundsteuerordnung	37
Verkehr mit benachbarten Gutsbesitzern	38
Die westfälische Geheimpolizei	39
Eheschließung	40

Kreisamtmann in Vorsfelde und Riddagshausen

Die Neuordnung der braunschweigischen Landesverwaltung	42
Erster Beamter des Kreisgerichts Riddagshausen	45
Regierungsübernahme Herzog Karls II.	47
Bodes Freundeskreis	48
Briefwechsel mit Friedrich Adolf Ebert	49

Magistratsdirektor in Braunschweig

Bürgermeister Johann Heinrich Wilmerding	53
Die Städteordnung von 1823	55
Bodes Wahl zum Magistratsdirektor	57
Der Magistrat der Stadt Braunschweig	58
Die Stellung des Polizeidirektors	61
Anstellung eines Stadtbaumeisters und eines Stadtphysikus	62
Die Ansprüche der Stadt Braunschweig auf das ihr 1671 ent- fremdete Vermögen	64
Bodes Tätigkeit in der Landes-Ökonomie-Kommission	67

Die Reform des städtischen Schulwesens

Reformbedürftige Gymnasien	68
Gründung einer Realanstalt	70
Der traurige Zustand der Volksschulen	71
Errichtung einer Ministerialkommission zur Durchführung einer Reform des gesamten Schulwesens der Stadt	73
Neuordnung der höheren Schulen	81
Neuordnung des Volksschulwesens	84
Blindenschule und Taubstummeninstitut	85
Die Bugenhagenfeier 1828	86
Die Stellung der Lehrerschaft	88
Bodes Bemühungen um eine Reform des Collegium Carolinum	89

Die Revolution von 1830

Herzog Karls II. Werdegang und Persönlichkeit	98
Die vormundschaftliche Regierung	100

	Seite
Die Erneuerte Landschaftsordnung	103
Die Regierung Karls II. seit 1826	105
Kanzleidirektor Friedrich Wilhelm Bitter	107
Zwistigkeiten zwischen dem Herzog und den Ständen	108
Gereizte Stimmung der Braunschweiger Bürgerschaft	113
Der Volksaufstand	117
Des Herzogs Abreise und ihre Folgen	118
Wilhelm Bodes Eingreifen	119
Verhandlungen mit Herzog Wilhelm	121

Ständemitglied und Stadtdirektor

Das Ministerium Graf von Veltheim	126
Politische Strömungen	129
Die ersten Tageszeitungen	134
Die Neue Landschaftsordnung	137
Finanzverwaltung und Staatshaushalt	140
Das Interimistikum für die Stadt Braunschweig	143
Grundsteinlegung des Residenzschlosses	145
Der 1. ordentliche Landtag	148
Die Allgemeine Städteordnung	149
Forderung auf Errichtung einer Handelskammer	153
Beziehungen zwischen Hannover und Braunschweig	154
Reaktionäre Bestrebungen der Ritterschaft	157
Entwurf einer Landgemeindeordnung	164
Zollvereinsfragen	169
Die Eisenbahnen	177
Der Plan einer Landesbibliothek	186
Erneuerung der Ägidienkirche	187
Wiederherstellung des Altstadtrathauses	191
Organisation der Armenpflege	193
Gründung eines Pflegehauses	195
Die erste Flußbadeanstalt	196
Das Arbeitshaus in Bevern	197

	Seite
Im Direktorium des Großen Waisenhauses BMV	198
Bemühungen um einen Nachfolger	201
Die Revolution von 1848	202
Bode tritt in den Ruhestand	208
 <i>Archivar und Historiker</i>	
Erste Bekanntschaft mit Archiv und Bibliothek der Stadt	210
Ausbau des Kreuzganges der Brüdernkirche	215
Verlegung des Archivs dorthin	216
Anfänge eines historischen Vereins	219
Ordnungsarbeiten	223
Sammlung der auf die Landesgeschichte bezüglichen Urkunden .	225
Bodes wissenschaftlicher Nachlaß	229
Bodes Einfluß auf die Erforschung der Stadtgeschichte	231
 <i>Präsident des Obersanitätskollegiums und Direktor des Anatomisch-Chirurgischen Instituts</i>	
Wahl zum Institutsdirektor	235
Der Lehrkörper	237
Die Reform der Anstalt 1844	246
Präsident des Obersanitätskollegiums	252
 <i>Ausklang</i>	 255
 <i>Anlagen</i>	
1. Bodes Denkschrift zur Reform des Collegium Carolinum . . .	268
2. Die von Bode entworfene Mitteilung über die Einsetzung einer neuen Landesregierung 1830	274
3. Wilhelm Bodes wissenschaftliches Testament	275
4. Verzeichnis der Schriften Wilhelm Bodes	279
 <i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	 281
 <i>Personenregister</i>	 292
 <i>Verzeichnis der Abbildungen</i>	 300

EINLEITUNG

Es ist gerade in unseren Tagen ein Jahrhundert vergangen, seit LUDWIG HÄNSELMAHN die Bearbeitung des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig begann und HERMANN DÜRRE seine noch heute gültige „Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter“ seinen Mitbürgern vorlegte. Mit diesen beiden Werken nahm die neuzeitliche Erforschung der wechselvollen Schicksale der alten Hansestadt einen verheißungsvollen Anfang. Diese beiden Gelehrten aber erfüllten mit ihren Arbeiten eine Aufgabe, die der Stadtdirektor WILHELM BODE der ihm folgenden Generation hinterlassen hatte und für deren Lösung er die Voraussetzungen schuf. Ihm war die Erhaltung und Ordnung des Stadtarchivs, insonderheit der mittelalterlichen schriftlichen Überlieferung zu danken; in unermüdlichem Wirken hatte er sein Leben hindurch neben der schweren Bürde, die er als Oberhaupt der Stadt und als ein führendes Mitglied der Ständeversammlung trug, die Urkunden und Handschriften durchforscht, nicht allein, um aus seiner umfassenden geschichtlichen Kenntnis die Waffen für den Existenzkampf der ihm anvertrauten Stadt zu schmieden, sondern vor allem, um die großen Leistungen der Bürgerschaft vergangener Jahrhunderte den Zeitgenossen bewußt zu machen.

Und darin sah Wilhelm Bode eine politische Aufgabe. Denn als er 1825 die Leitung der Stadtverwaltung übernahm, stand die Stadt Braunschweig in einem tiefen Wellental im Auf und Ab ihrer langen Geschichte. Mühsam war man in Stadt und Land Braunschweig dabei, die schweren Lasten zu beseitigen, die das Interregnum des Königreichs Westfalen dem Herzogtum Braunschweig auferlegt hatte. Doch war es nicht damit getan, die materiellen Wunden zu heilen, vielmehr galt es, in einer sich wandelnden Welt politische und wirtschaftliche Voraussetzungen zu erfüllen, die den Weg in eine nur dunkel erahnte Zukunft sichern konnten.

Den hohen Rang, der die Stadt Braunschweig unter den vielen deutschen Städten des Mittelalters sichtbar heraushob, verdankte das Gemeinwesen der Schaffenskraft, dem Unternehmergeist und dem Wagemut seiner Bürger, den kunstfertigen Handwerkern wie den Kaufleuten mit ihrem Trachten nach meerüberspannenden Handelsverbindungen. Und dabei ebnete kein mächtiger Landesfürst den Bürgern den Weg. Die gewaltige bürgerliche Leistung, die den Aufstieg der Stadt Braunschweig zu Macht und Reichtum ermöglichte, wuchs allein aus städtischer Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

Als die Stadt Braunschweig sich 1671 den Welfenherzögen beugen mußte, ging mit der Stadtfreiheit auch die bürgerliche, demokratische Selbstverwaltung verloren und mit ihr

der freie, stolze Bürgersinn. Im Zeitalter des fürstlichen Absolutismus leiteten herzogliche Beamte die Geschicke der Stadt, die zudem nun in die allzu engen Grenzen des kleinen Herzogtums gezwängt wurde. Besonders seit Braunschweig 1753 auch die Residenz des Herrscherhauses wurde, war der Hof die strahlende Sonne, um die sich alles bewegte und von der alles abhing. Sicherlich verdankt die Stadt Braunschweig auch dieser Zeit ein reiches Erbe, besonders an kulturellen Schöpfungen, die auch heute noch das städtische Leben mitbestimmen. Aber der freie Bürger wandelte sich in dieser Zeit zum fürstlichen Untertan.

Als Wilhelm Bode 1825 sein Amt als Magistratsdirektor antrat, war auch diese Epoche der geschichtlichen Entwicklung bereits wieder Vergangenheit geworden. Der Versuch des jungen Herzogs Karl II., sie wieder zu beleben, mußte scheitern, weil die in der napoleonischen Zeit entstandene und durch die Freiheitskriege mächtig angefachte Sehnsucht nach nationaler Einheit und bürgerlicher Freiheit zu stark geworden war, um eine erneute Demütigung zu ertragen. Auch Wilhelm Bode, wenngleich seinem Wesen nach alles andere als ein Revolutionär, stand in diesem Kampf um Bürgerrecht und Bürgerfreiheit in vor-derster Linie. Und nach der Vertreibung des Herzogs Karl und der Regierungsübernahme durch Herzog Wilhelm arbeitete Bode, bei seinem auf gegenseitige Achtung begründeten Vertrauensverhältnis zum Landesfürsten, zur Landesregierung und zur Ständeversammlung der berufene Vermittler im Streit der Meinungen, unermüdlich mit, für die künftige Entwicklung des Staates wie der Gemeinden sichere Rechtsgrundlagen zu schaffen, wie sie dann durch die liberale Verfassung von 1832 und durch die zahlreichen ihr folgenden Gesetzeswerke dem Herzogtum Braunschweig bis in das 20. Jahrhundert hinein in allen Bereichen des bürgerlichen Lebens einen erfreulichen Aufstieg sicherten.

Dabei wollte Bode die Last der Verantwortung auf breite Schultern legen. So sehr er mit einer starken Staatsgewalt, vertreten durch den Fürsten und das von ihm berufene Ministerium, einverstanden war, ebenso nachdrücklich trat er für die Selbstverwaltung der Städte und ländlichen Gemeinden ein. Deshalb kämpfte er unverdrossen gegen jeden „Bürokratismus“ der oberen Landesbehörden und der von ihm für überflüssig gehaltenen Mittelbehörden, die den Lebensraum des Bürgers immer mehr einzuengen suchten. Und wenn Bode in diesen Kämpfen auch manche Niederlage erlitt, so setzte er sich doch bis an das Ende seiner amtlichen Tätigkeit gegen jeden Übergriff der Landesbehörden mutig zur Wehr.

In seinem eigentlichen Amtsbereich, der Stadt Braunschweig, tat Bode das Mögliche, den Selbstbehauptungswillen der Bürgerschaft zu wecken und zu stärken. Hier führte er ein für jene Zeit vorbildliches demokratisches Regiment. Vor allem suchte er die Stadtverordnetenversammlung zum Träger der Selbstverwaltung zu erziehen. Weit über das Maß hinaus, zu dem ihn die Vorschriften verpflichteten, holte er vor allen Beschlüssen, die er oder der Magistrat zu fassen hatten, den Rat und die Meinungen der Stadtverordneten ein und ließ sich von ihnen ermächtigen, neue Entwicklungen anzubahnen. Über die Tätigkeit der Stadtverwaltung gab er in gedruckten Berichten allen Bürgern der Stadt Rechenschaft; bei umwälzenden Reformen wie dem Neubau des städtischen Schulwesens oder der

Neuordnung des Armenwesens legte er in umfangreichen geschichtlichen Aufsätzen die Wurzeln dieser städtischen Einrichtungen dar und zeichnete den Gang der Entwicklung nach, um Anteilnahme und Verständnis bei seinen Mitbürgern zu wecken.

In ähnlichen Richtungen bewegten sich seine Bemühungen um eine gedeihliche Fortbildung des Wirtschaftslebens der Stadt. Wilhelm Bode sah die sich anbahnende Zukunft klarer als viele seiner Zeitgenossen, wie der von ihm stark beeinflusste Ausbau des Collegium Carolinum zur höheren technischen Lehranstalt beweist.

Die Erforschung der Geschichte der Stadt Braunschweig war in Nachfolge Wilhelm Bodes während des ganzen 19. Jahrhunderts im wesentlichen auf die Geschichte des Mittelalters und der Hansezeit gerichtet. Auch LUDWIG HÄNSELMANNS Nachfolger als Stadtarchivare, HEINRICH MACK und WERNER SPIESS, sahen in der Erforschung der mittelalterlichen Stadtgeschichte ihre vorzügliche Arbeitsaufgabe, so daß wir heute über viele Bereiche des städtischen Lebens in jenen fernen Jahrhunderten gut unterrichtet sind, wenn auch eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung noch fehlt. Dann wandte sich das Interesse der Forschung den Problemen der Stadtentstehung zu. Um ihre Lösung ist auch in Braunschweig in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts erbittert gerungen worden, bis sich die Markttheorie von PAUL JONAS MEIER gegen alle Widerstände siegreich durchsetzen konnte. Aber auch diese Marktniederlassungen des 10. und 11. Jahrhunderts gingen aus älteren Handelsplätzen hervor, den Wiken. Einen solchen Kaufmannswik hat FRITZ TIMME auch für Braunschweig wahrscheinlich gemacht, wo er ja noch im Stadtnamen fortlebt, wenn auch bei dem völligen Fehlen einer schriftlichen Überlieferung und der nicht hinreichenden Aussagekraft der im Boden erhalten gebliebenen Baureste eine sichere Entscheidung wohl nie wird gefällt werden können.

Angesichts der vielfältigen Bemühungen um die Klärung der älteren Geschichte Braunschweigs ist die Erforschung und Darstellung der jüngeren Stadtgeschichte zu kurz gekommen. Weder für das 18. noch für das 19. Jahrhundert besitzen wir Darstellungen, die einen größeren Zeitabschnitt in umfassender Sicht wieder zum Leben erwecken, so zahlreich auch die Arbeiten sind, die einzelnen geschichtlichen Erscheinungen in sachlich oder zeitlich enger Begrenzung nachgehen. Hier bietet sich der künftigen Stadtgeschichtsforschung noch ein weites und fruchtbares Feld.

JUGENDJAHRE

Als Sproß eines alteingesessenen niedersächsischen Geschlechts wurde **GEORG WILHELM JULIUS LUDWIG BODE** am 13. Mai 1779 in Königslutter im Pfarrhause der ehrwürdigen Stiftskirche geboren. Die Familie **BODE**¹⁾ war im 16. Jahrhundert in der Umgebung von Göttingen in der fruchtbaren Leineniederung ansässig. Der älteste bekannte Vorfahre des Täuflings ist der Bauer **PAUL HEMPEN** sonst **BODE** genannt, der im Dorfe Angerstein nördlich Göttingen lebte und dort 1599 verstarb. Sein Bauernhof wurde von seinen Nachkommen durch drei Generationen bewirtschaftet. Erst der Ururgroßvater **WILHELM BODES**, der 1630 in Angerstein geborene **JOHANNES BODEN**, wandte sich einem gelehrten Berufe zu. Seit 1642 besuchte er das Göttinger Pädagogium; im Jahre 1656, als er **TILL RÖSENER'S** Tochter **Margarete** aus Rinteln heiratete, war er in Göttingen kaiserlicher öffentlicher Notar und Marktherr. Doch starb **JOHANNES BODEN** schon früh am 30. Oktober 1670. Sein Sohn **JOHANN WILHELM BODE**, der am 20. Januar 1664 in Göttingen geboren wurde, widmete sich dem geistlichen Stande und war seit dem 30. April 1689 als Pfarrgehilfe in Naensen tätig. Er verheiratete sich am 25. November 1690 mit **DOROTHEA ELISABETH MÖHLE** (1663—1738), der Tochter des Pfarrers **JOHANN MÖHLE** zu Naensen. **JOHANN WILHELM BODE** bekleidete das Predigeramt in Ammensen von 1708 bis 1748; nach kurzem Ruhestand starb er am 14. Juni 1749 zu Naensen. Sein ältester Sohn **ARNOLD CONRAD BODE** folgte dem Vater im geistlichen Berufe und war seit dem 13. September 1729 sein Gehilfe, bis er 1748 die Pfarre zu Naensen übernehmen konnte. Er heiratete in Einbeck am 26. April 1733 **REGINE LUISE STISSER** (1707—1773), die Tochter des Pfarrers **JOHANN FRIEDRICH STISSER** in St. Andreasberg. **ARNOLD CONRAD BODE**, der Großvater **WILHELM BODES**, starb zu Naensen am 29. Juli 1752. **WILHELM BODES** Vater **GEORG HEINRICH BODE** wurde am 14. April 1739 in Naensen geboren. Er studierte seit dem 18. April 1757 in Helmstedt und seit dem 30. April 1759 in Göttingen Theologie, war von 1760 bis 1765 als Hauslehrer in Hillersen bei Northeim und in Braunschweig tätig, wurde 1766 Pfarrgehilfe in Sauingen und 1769 Pfarrverweser zu Barum und Cramme. Seine erste Pfarrstelle erhielt er 1773 in Reppner; seit dem 6. Dezember 1778 war er Geistlicher an der Stiftskirche, Prior des Stiftes und Superintendent der Spezialsuperintendentur Königslutter, welche die Aufsicht über 14 Pfarren und 15 Schulen ausübte. Hier wirkte er bis zu seinem Tode am 4. September 1812. **GEORG HEINRICH BODE** war zweimal verheiratet. Am

¹⁾ Deutsches Geschlechterbuch 102 (1938), S. 163—204; NStAW: Slg. Abt. 26, Nr. 70, 72.

18. Oktober 1770 schloß er mit SOPHIE MARGARETE FRIDERIKE STÖTER, der Tochter des Pfarrers zu Bruchmachtersen, den Ehebund, den aber schon am 21. Oktober 1776 der Tod wieder löste. Da dieser Ehe vier Kinder entsprossen waren, gab ihnen GEORG HEINRICH BODE in DOROTHEE JOHANNE ANTOINETTE PÖPPERMÖLLER (1753—1821), der Tochter des Pfarrers in Fümmlse, am 29. April 1777 eine Mutter wieder. Auch die zweite Ehe war mit sechs Kindern gesegnet, von denen freilich das älteste früh verstarb.

In drei Generationen hatten die Vorfahren WILHELM BODES dem geistlichen Stande angehört, wie sie auch ihre Frauen aus Pfarrhäusern holten.

Am 21. Mai 1779 wurde WILHELM BODE in der Stiftskirche getauft. Als Paten führt das Kirchenbuch auf die Frau des Amtmannes MÜHLENBEIN geborene GEBHARDT, den Pastor Wilhelm Gottlieb WOLFF von der Stadtkirche²⁾ und den Pastor BÜHNE zu Glentorf, den Schwager des Hausherrn³⁾. Wilhelm war das erste Kind seiner Eltern, das in Königsutter geboren wurde. Doch erhielt er noch vier Geschwister: zunächst zwei Brüder, den am 16. März 1781 geborenen THEODOR FRIEDRICH ALBERT⁴⁾, dem am 2. Februar 1783 JOHANN GEORG HEINRICH folgte⁵⁾, dann zwei Schwestern, JOHANNE CHRISTIANE CHARLOTTE, geboren am 27. Oktober 1785, die aber schon im Kindesalter verstarb, und die am 16. Januar 1789 geborene CHARLOTTE PHILIPPINE⁶⁾. Unter den Paten wiegen die Geistlichen oder ihre Frauen vor, außer WOLFF und BÜHNE noch die Pastoren JOHANN CHRISTIAN REINECKE zu Hordorf, SCHULE zu Süpplingen und DÜNNHAUPT zu Lelm⁷⁾.

²⁾ JOHANN GOTTLIEB WOLFF, geboren am 5. April 1750 zu Watenstedt, studierte seit dem 21. Februar 1771 in Helmstedt Theologie, wurde 1775 Pastor zu Erkerode und Lucklum und übernahm 1779 die Pfarre an der Stadtkirche zu Königsutter. Am 3. Mai 1789 wurde er nach Braunschweig als Hof- und Domprediger berufen. Seit 1797 nebenamtlich am Collegium Carolinum tätig, wurde er 1804 zum Kirchenrat ernannt. Bis zu seinem Tode am 18. Oktober 1823 blieb er in seinem Amt. (BESTE, Album S. 85). WILHELM BODE trat später zu seinem Paten in engere Familienbeziehung, da er seine Nichte KAROLINE HENKE heiratete. W. war seit 1776 mit CHARLOTTE JUSTINE KARPZOW, der Tochter des Helmstedter Professors und Abtes von Königsutter, verheiratet.

³⁾ JOHANN LUDWIG BÜHNE, geboren 1737, war Pfarrer in Glentorf, wo er am 16. April 1787 starb. Er war mit einer Schwester GEORG HEINRICH BODES, der am 25. Februar 1741 in Naensen geborenen JOHANNE DOROTHEE WILHELMINE BODE verheiratet.

⁴⁾ FRITZ BODE studierte seit Ostern 1801 in Helmstedt Theologie, starb aber schon 1805 als Kandidat der Theologie im Kloster Riddagshausen.

⁵⁾ GEORG BODE besuchte seit dem 17. Juni 1800 das Anna-Sophianeum in Schöningen, studierte 1803/06 Theologie in Helmstedt, wurde am 17. November 1807 Rektor der Stadtschule in Königsutter und erhielt am 2. Mai 1813 als Nachfolger seines Vaters die Pfarre an der Stiftskirche zu Königsutter. Er starb dort als Superintendent am 13. Mai 1849.

⁶⁾ Sie heiratete am 17. April 1817 den Stadtkämmerer in Wolfenbüttel ANTON FRIEDRICH WILHELM BOSSENIUS.

⁷⁾ JOHANN CHRISTIAN DÜNNHAUPT, geboren 1716 als Sohn eines aus Bodenwerder stammenden Geistlichen in Tylhausen in der Grafschaft Waldeck, wuchs in Negenborn auf, wo sein Vater, der seit 1718 als Rektor der Klosterschule Amelungsborn wirkte, seinen Wohnsitz genommen hatte. Nach dem Besuch der Klosterschule studierte D. seit dem 30. März 1738 in Helmstedt Theologie, war dann längere Zeit als Hauslehrer tätig, bis er 1750 zum Pastor in Berel gewählt wurde. Vom 6. Februar 1763 bis zu seinem Tode am 2. Mai 1786 wirkte er als Pfarrer in Lelm. Seit seiner Jugend ein Freund der Geschichtswissenschaft, beschäftigte

Sehr enge Beziehungen bestanden zu der auf dem Stiftshofe, also in nächster Nachbarschaft wohnenden Familie MÜHLENBEIN, da eins ihrer Mitglieder auf fast allen Taufen als Pate erscheint: die Frau des Amtmanns MÜHLENBEIN, ihr Gatte, der inzwischen zum Amtsrat beförderte FRIEDRICH WILHELM MÜHLENBEIN, der Sohn, der Justizamtmann JOHANN FRIEDRICH MÜHLENBEIN und die Tochter Demoiselle CHARLOTTE MÜHLENBEIN ⁸⁾).

Im Bannkreis der romanischen Stiftskirche, der Grabeskirche Kaiser LOTHARS, verbrachte WILHELM BODE eine glückliche Kindheit. Das Pfarrhaus, ein im Jahre 1708 errichteter Fachwerkbau, das heute noch als Pfarrhaus dient, lag an der Nordseite des von mächtigen Linden bestandenen Kirchplatzes. Doch stand zu Bodes Jugendzeit auf dem heutigen freien Platz zwischen dem Pfarrhaus und dem Ostchor der Stiftskirche der 20 m hohe, klotzige Turm der 1753 abgerissenen Clemenskirche, der ursprünglichen Pfarrkirche von Oberlutter. Der um 1820 beseitigte Turm wurde im Volksmunde als „Palthoren“ bezeichnet ⁹⁾. Südlich des Turmes lag der damals noch durch ein Rundbogentor im mittelalterlichen Pforthaus führende Eingang zu dem von der Familie MÜHLENBEIN bewohnten Stiftshof, auf dem noch zahlreiche Gebäude des alten Benediktinerklosters standen, die erst um 1860 bei der Einrichtung des Landeskrankenhauses verschwanden.

WILHELM BODE erzählt ¹⁰⁾, daß sein Vater einige Vorliebe für ihn hatte und wohl aus diesem Grunde ihn bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre selbst unterrichtete, ihm auch kein anderer Unterricht zuteil wurde. Es gab damals eine einklassige Schule in Stift Königslutter, die sogenannte Klosterschule, die der Küster an der Stiftskirche hielt, und eine dreiklassige Stadtschule, wohl auch als Lateinschule bezeichnet, in der Stadt

er sich in Lelm eifrig und erfolgreich mit den Denkmälern der Vorgeschichte. 1768 gab er die „Nachricht von einigen Altertümern in der Gegend von Lelm“ heraus, der eine ganze Reihe vorgeschichtlicher Abhandlungen folgte, darunter die 1778 erschienenen umfangreichen „Beiträge zur deutschen niedersächsischen Geschichte und deren Altertümern“. Durch seine planmäßigen Ausgrabungen und die Veröffentlichung der Funde wurde D. der eigentliche Begründer der Vorgeschichtsforschung im Lande Braunschweig. (Th. VOGES im Braunschw. Magazin 1918, S. 25—31; FUHSE, Mannus, Erg. Band V [1928], S. 159—163). Der Superintendent BODE und D. wurden durch ihre Liebe zur vaterländischen Geschichte zusammengeführt. Auch WILHELM BODE verdankt sicherlich sein großes Interesse an der Vorgeschichte den hier empfangenen frühen Anregungen.

⁸⁾ Der im Jahre 1721 geborene FRIEDRICH WILHELM MÜHLENBEIN war Pächter der Domäne Evessen gewesen, als er 1746 als Amtmann das Stift Königslutter mit dem Hagenhof pachtete. Es war ein landwirtschaftlicher Großbetrieb mit 1267 Morgen Ackerland, 158 Morgen Wiesen und 89 Morgen Privatweide. Beim Antritt der Pacht übernahm M. 85 Kühe, 40 Rinder und 1200 Schafe. Er hatte auch die Pachtgelder aus auswärtigem Grundbesitz, die Zehnten, Mühlenzinsen und zahlreiche andere Gefälle für das Stift einzuziehen. 1769 wurden die Stiftsländereien an die der Brauerinnung angehörenden Bürger Königslutters verpachtet, doch behielt der später zum Amtsrat ernannte M. bis zu seinem Tode am 9. September 1799 die Administration und Rechnungsführung der Stiftsgüter. (NStAW: L Alt Abt. 4 Fb. 2 Stift Königs. Nr. 28, 29).

⁹⁾ A. LÜDERS, Königslutter, Oberlutter und Stift Königslutter im 18. Jahrhundert (1902).

¹⁰⁾ WILHELM BODE hinterließ handschriftliche Aufzeichnungen über seinen Werdegang: „Einiges über meine persönlichen und amtlichen Verhältnisse.“ (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18).

Um Braunschweigs Wohl verdiente Männer.
Allen Braunschweigern gewidmet.



W.J.L. BODE Dr. juris
Magistrats-Director
in Braunschweig.



2. *Das Pfarrhaus der Stiftskirche in Königsutter (Bodes Geburtshaus)*

Königslutter ¹¹⁾. Sie werden wohl dem Vater, der ja als Superintendent die Aufsicht über sie führte und sie genau kannte, für seinen begabten Sohn nicht genügt haben, und da er der alten Sprachen kundig war, zog er es vor, den Knaben im Hause zu behalten. Des Pastors BODE gelehrte Neigungen galten aber dem Studium der Geschichtswissenschaft, dem er seine Mußestunden widmete und für die er nun auch den Sohn begeisterte, freilich zum Nachteil für die übrigen Schulfächer, die darüber vernachlässigt wurden. Denn als WILHELM BODE im Jahre 1794 in die zweite Klasse des Katharineums in Braunschweig eintrat, machten sich die Mängel eines solchen Unterrichts doch deutlich bemerkbar. „Es wurde mir schwer“, bekennt WILHELM BODE, „den Unterricht gehörig zu benutzen, und noch in späteren Jahren, als ich längst ein öffentliches Amt bekleidete, habe ich das Versäumte mit Mühe nachzuholen gesucht.“ Über seine Schulzeit berichtet BODE nur, daß er unter seinem Lehrer HEUSINGER mit besonderer Vorliebe den Livius las, eben im Gefolge der ihm vom Vater eingefloßten geschichtlichen Neigungen. Der Versuch BODES, sich auch eingehend mit dem griechischen Geschichtsschreiber Plutarch zu beschäftigen, scheiterte an seinen für diese Aufgabe nicht ausreichenden Sprachkenntnissen.

Das Braunschweiger Katharineum hatte unter der Leitung des Professors dirigens KONRAD HEUSINGER ¹²⁾ einen guten Ruf gewonnen, was wohl auch den Vater BODE bewogen hatte, den Sohn auf dieses Gymnasium zu schicken. Der Dichter HEINRICH HOFFMANN VON FALLERSLEBEN, der zur Zeit der Freiheitskriege das Katharineum besuchte, hat uns ein lebensvolles Bild HEUSINGERS überliefert: „Der alte HEUSINGER war ein Schulmann von altem Schrot und Korn, gewissenhaft in seinem Amte, Kraft mit Milde paarend, für das Wohl der Anstalt unablässig tätig, im Unterricht gründlich und streng. Er machte einen ehrwürdigen Eindruck, wenn er an seinem Tische das Buch in der Hand, den Oberkörper etwas nach vorn gebeugt, dasaß und dann mit seiner kräftigen Stimme sich vernehmen ließ. Mehr als diese sagten seine großen geistvollen Augen — ein Bild, das an Friedrich den Großen erinnerte. Er war reich an Erfahrungen über Lehre und Schulzucht, seit Oktober 1790 stand er dem Catharineum vor und hatte es zu einer Lehranstalt erhoben, woraus viele ausgezeichnete, ja berühmte Männer hervorgingen. Scheinbar kümmerte er sich um keinen Einzelnen, aber er tat es und verfolgte die geistige und sittliche Entwicklung der Schüler und suchte sich ein Urteil zu bilden, das oft freilich sehr scharf ausfiel, aber doch im allgemeinen zutreffend war“ ¹³⁾.

¹¹⁾ Die Stadt Königslutter in ihrem heutigen Umfange entstand erst 1924 durch die Vereinigung der Stadt mit den bis dahin selbständigen Gemeinden Oberlutter und Stift Königslutter.

¹²⁾ KONRAD HEUSINGER wurde am 2. August 1752 in Wolfenbüttel geboren, wo sein Vater Jakob Friedrich H. seit 1750 als Konrektor, seit 1759 als Rektor der Großen Schule wirkte. Nach seinem Tode 1778 wurde der Sohn als Konrektor an der gleichen Schule angestellt. Am 12. Juni 1786 berief ihn Herzog KARL WILHELM FERDINAND als stimmführendes Mitglied in das damals begründete Fürstliche Schuldirektorium. Von 1790 bis zu seinem Tode am 12. Januar 1820 leitete H. das Braunschweiger Katharineum, gleichzeitig war er seit 1815 als Professor für klassische Sprachen am Collegium Carolinum tätig. (SCHULZ, Familie S. 36 ff.).

¹³⁾ HOFFMANN VON FALLERSLEBEN, *Mein Leben* (1868) I, S. 83 f.

Dazu hatte es HEUSINGER verstanden, gute Lehrkräfte an seine Schule zu ziehen. In der zweiten Klasse des Katharineums unterrichteten, als WILHELM BODE 1794 eintrat, neben HEUSINGER, der 2 Stunden Geometrie gab, der Direktor DRUDE ¹⁴⁾ im Lateinischen und Griechischen sowie in Erdkunde, der Collaborator KÖCHY ¹⁵⁾ in der französischen und der Collaborator ROEMER ¹⁶⁾ in der deutschen Sprache, welche letztere freilich mit einer Wochenstunde sehr dürftig bedacht war. KÖCHY wie ROEMER waren Persönlichkeiten von geistigem Rang, wie ihr späterer Lebensweg ausweist, auch wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen stark aufgeschlossen; der Religionslehrer, der Pastor WELAND von St. Andreas, war ein milder und herzenswarmer Geistlicher, dazu ein vorzüglicher Redner von weltmännischer Haltung. Er war der Verfasser der in den Schulen viel gebrauchten „Sittenlehre, durch Beispiele aus der Weltgeschichte erläutert“, die 1795 bis 1799 in vier Bänden erschien und die er auch hier seinem Unterricht zugrunde legte ¹⁷⁾.

¹⁴⁾ FRIEDRICH LUDWIG HEIMBERT DRUDE, geboren 1752 in Walbeck, studierte seit 1775 in Helmstedt Theologie, wurde 1777 als cand. theol. an der Braunschweiger Katharinschule als vierter Schulkollege angestellt; 1781 wurde er zweiter Lehrer und erhielt 1797 den Titel eines Schuldirektors, während HEUSINGER wegen seines Lehrauftrages am Collegium Carolinum den Titel eines Professors dirigens führte. Von 1798 bis 1834 wirkte D. als Pastor in Bleckenstedt und Beddingen. Dann zog er als Emeritus nach Groß Stöckheim, wo er am 13. April 1840 verstarb. (StABr: H VIII A Nr. 933).

¹⁵⁾ KARL THEODOR KÖCHY wurde am 15. Februar 1767 in Schliestedt als Sohn eines Geistlichen geboren. Er besuchte seit 1785 das Collegium Carolinum und bezog 1786 die Universität Helmstedt, um Theologie zu studieren. Da er aber in Braunschweig durch häufigen Theaterbesuch sein Interesse der französischen und italienischen Sprache, Dichtkunst und Musik zugewandt hatte, gab er nach einem Semester die Gottesgelahrtheit auf und nahm das Studium der neueren Sprachen und Literaturen auf. Ostern 1792 wurde er als Lehrer des Französischen am Katharineum angestellt, seit 1808 wirkte er auch an der westfälischen Militärschule. Bei der Wiederherstellung des Collegium Carolinum wurde er zum ordentlichen Professor der französischen und italienischen Literatur berufen. K., der am geistigen und künstlerischen Leben der Stadt Braunschweig regen Anteil nahm, wurde 1826 zum Hofrat, 1838 zum Geheimen Hofrat ernannt. Er starb am 24. Juli 1843. (StABr: H VIII A Nr. 3086).

¹⁶⁾ Dr. phil. JAKOB LUDWIG ROEMER, als Sohn eines Organisten in Einbeck am 26. März 1770 geboren, besuchte das Gymnasium in Wolfenbüttel und studierte seit dem 2. Mai 1789 in Helmstedt Theologie und Philologie. Am 13. Oktober 1793 wurde er am Braunschweiger Katharineum angestellt, wohin ihn sein Wolfenbütteler Lehrer HEUSINGER geholt hatte. Herzog FRIEDRICH WILHELM ernannte ihn am 18. März 1814 zu seinem Kabinettsrat und am 24. April 1815 zum Konsistorialrat als weltlichem Mitglied der Kirchenregierung und Referenten für das höhere Schulwesen. R. behielt aber seinen Wohnsitz in Braunschweig bei. 1838 in den Ruhestand versetzt, wurde er zum Mitglied der Ministerialkommission zur authentischen Sammlung der älteren Landesherrlichen Verordnungen berufen. R. starb am 23. November 1855 in Braunschweig. (StABr: H VIII A Nr. 4257).

¹⁷⁾ JAKOB CHRISTIAN WELAND, geboren am 18. Juli 1752 in Bremen, studierte seit dem 30. April 1772 Theologie an den Universitäten Helmstedt und Göttingen, war Hofmeister bei den Grafen VON DER SCHULENBURG-WOLFSBURG und wurde 1782 zum Pastor an St. Andreas in Braunschweig gewählt. Seit 1789 war er daneben als Religionslehrer am Collegium Carolinum und am Katharineum tätig. Ausgang des Jahres 1797 ging W. als Generalsuperintendent und Abt von Amelungsborn nach Holzminden, wo er am 10. März 1813 starb. (BESTE, Album S. 57).

Nach zwei in der Sekunda verbrachten Jahren kam WILHELM BODE 1796 in die Prima. In ihr unterrichteten die gleichen Lehrkräfte, doch lag das Schwergewicht bei Professor HEUSINGER, der 12 Wochenstunden in den klassischen Sprachen gab, während der Unterricht in Mathematik und in Naturgeschichte in den Händen des Professors HELLWIG lag, eines kenntnisreichen und anregenden Lehrers¹⁸⁾. Nach zweijährigem Besuche der Prima verließ WILHELM BODE das Gymnasium, das ja damals eine Reifeprüfung noch nicht kannte, um sich dem Studium der Rechtswissenschaften zu widmen. Er fühlte sich wohl alt und reif genug, um sich nicht wie viele seiner Mitschüler durch einen ein- oder zweijährigen Besuch des Collegium Carolinum noch besonders auf das Universitätsstudium vorbereiten zu müssen.

¹⁸⁾ JOHANN CHRISTIAN LUDWIG HELLWIG, geboren am 8. November 1743 zu Garz in Pommern als Sohn eines Bürgermeisters, studierte seit dem 23. April 1763 in Frankfurt an der Oder Rechtswissenschaften und war zunächst als Aktuar tätig, bis er als Hofmeister in die Dienste des im preußischen Heere dienenden Prinzen ADOLF WILHELM von Braunschweig und Lüneburg trat. Nach dem frühen Tode des Prinzen im türkischen Kriege im August 1770 wurde H. in den braunschweigischen Staatsdienst übernommen. Er wirkte seit 1771 als Lehrer am Pageninstitut und seit 1773, nachdem er in Helmstedt die Würde eines Magisters der Philosophie erworben hatte, gleichzeitig als Mathematiklehrer an den beiden Gymnasien. 1790 wurde ihm der Titel eines Professors verliehen. 1803 trat er als Hofrat und ordentlicher Professor der Mathematik und Naturwissenschaften an das Collegium Carolinum über. H. starb zu Braunschweig am 10. September 1831. (ESCHENBURG, *Gesch. des Collegii Carolini*, S. 72 f.; W. WOHLRABE im *Braunschw. Magazin* 1899, S. 33—37).

STUDENT IN HELMSTEDT UND GÖTTINGEN

Wenn auch glänzendere Hochschulen draußen im Reich den wißbegierigen jungen Studiosus WILHELM BODE locken mochten, so blieb ihm doch aus zwingenden Gründen kaum eine andere Wahl, als die Landesuniversität Helmstedt zu beziehen, bei der er sich am 5. Juni 1798 als Student der Rechtswissenschaften immatrikulieren ließ. Die Eintragung in die Matrikel lautet: „Guilelm. Julius Ludowic. Bode, Regio-Lothariensis“¹⁹⁾. Dazu nötigten ihn einmal die geringen Mittel, die der Vater bei einem schmalen Einkommen und einer großen Kinderzahl für das Studium des Sohnes aufzubringen vermochte, wobei sich bei der engen Nachbarschaft der Städte Königsutter und Helmstedt gewiß manche sonst unvermeidbare Kosten ersparen ließen, zum anderen war auch Rücksicht auf die später einzuschlagende Laufbahn zu nehmen, für die nach Lage der Dinge wohl nur der braunschweigische Staatsdienst in Frage kam. Und man sah an den leitenden Stellen naturgemäß gern, daß die Landeskinder auch die Landesuniversität aufsuchten.

Freilich hatte die Helmstedter alma mater längst den Glanz verloren, den sie im ersten Jahrhundert ihres Bestehens ausstrahlte. Die mächtig aufstrebende junge Göttinger Universität hatte die ältere Julia Carolina in den Schatten gedrängt, und alle wohlgemeinten Versuche einer Neubelebung des Helmstedter akademischen Lebens unter den braunschweigischen Herzögen KARL I. und KARL WILHELM FERDINAND waren letztlich an den zu geringen Geldmitteln gescheitert, die zur Verfügung gestellt werden konnten. Denn nach der Gründung der Universität Göttingen blieb Helmstedt nicht länger die Stiftung des welfischen Gesamthauses, sondern das kleine Herzogtum Braunschweig-Wolfenbüttel mußte allein die doch nicht unerheblichen Kosten der Helmstedter Universität aufbringen. Dazu war durch die Universitätsgründungen in Göttingen und in Halle an der Saale auch das frühere Einzugsgebiet Helmstedts stark beschnitten worden. Das alles hatte zur Folge, daß die Zahl der Immatrikulationen im Sommersemester 1798 nur 51 betrug, die Gesamtzahl der Studierenden bei dem damals üblichen Triennium also kaum 300 erreichte. Hundert Jahre vorher hatte Helmstedt dagegen noch mehr als 1000 Studenten gezählt. 1798 waren es im wesentlichen noch Landeskinder, die hier studierten, und zwar besonders die künftigen Theologen.

¹⁹⁾ NStAW: L Alt Abt. 37 Nr. 2574.

Die geringe Frequenz der Universität Helmstedt wirkte sich auch auf die Zusammensetzung des Lehrkörpers aus, da bedeutende Gelehrte für sie kaum zu gewinnen waren oder aber bald dem Rufe an eine größere Universität folgten. So boten auch die Professoren der Juristenfakultät der letzten Jahrzehnte der Julia Carolina, vielleicht mit Ausnahme der beiden Staatsrechtler, nur durchschnittliche Leistungen. Auch der Professor OELZE ²⁰⁾, der über Zivil- und Strafrecht las, dazu Unterricht in der Referierkunst erteilte, war kein großer Gelehrter, aber ein tüchtiger Praktiker, dessen Rechtsbelehrungen im Lande sehr geschätzt wurden. Vertreter des Zivilrechts war auch Professor GÜNTHER ²¹⁾, dessen Vorlesungen neben dem Zivilrecht auch das Naturrecht sowie die Geschichte des römischen Rechts behandelten. Auch er war bemüht, die Rechtsfindung seiner Fakultät der theoretischen Ausbildung seiner Hörer nutzbar zu machen. Als guter Lehrer war bei den Studenten der Professor EISENHARDT ²²⁾ sehr beliebt. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten wie in seinen Vorlesungen beschäftigte er sich besonders mit dem deutschen Recht, das er freilich nicht historisch, sondern noch ganz vom naturrechtlichen Standpunkte aus betrachtete. An wissenschaftlicher Bedeutung überragten die Staatsrechtler Häberlin und Schmelzer die übrigen Mitglieder der Helmstedter Juristenfakultät. Bei Professor SCHMELZER ²³⁾ hörte WILHELM BODE deutsches und braunschweigisches Staatsrecht sowie Lehnrecht. Professor HÄBERLIN ²⁴⁾ weilte seit dem Sommer 1798 als Vertreter der reichsunmittelbaren Grafen von Stolberg auf dem Rastatter Kongreß und nahm erst im Wintersemester 1799 seine Vorlesungen über Deutsches Staatsrecht und Reichsgeschichte wieder auf.

²⁰⁾ GOTTLIEB EUSEBIUS OELZE wurde am 20. März 1734 geboren, war Professor in Jena, als er 1781 nach Helmstedt berufen wurde. 1783 zum Hofrat, 1788 zum Geh. Justizrat ernannt, starb er am 27. Februar 1807. (BEHSE, Jur. Fak. S. 104—106).

²¹⁾ CHRISTIAN AUGUST GÜNTHER, geboren 1758 zu Schönstedt bei Langensalza, habilitierte sich 1781 in Leipzig und erhielt im gleichen Jahr einen Ruf als außerordentlicher Professor nach Helmstedt. 1788 zum ordentlichen Professor und Hofrat ernannt, ging G. 1804 als Apellationsrat nach Dresden und 1815 als Oberlandesgerichtsrat nach Naumburg. Er starb am 16. Juli 1839 als Geh. Obertribunalrat in Berlin. (BEHSE, a. a. O. S. 113—118).

²²⁾ ERNST LUDWIG AUGUST EISENHARDT, als Sohn des Universitätsprofessors JOH. FRIEDR. E. am 31. Dezember 1762 zu Helmstedt geboren, wurde 1788 außerordentlicher, 1794 ordentlicher Professor und starb am 2. August 1808. (BEHSE, a. a. O. S. 130—133).

²³⁾ FRIEDRICH AUGUST SCHMELZER stammte aus Frankenhausen, wo er am 27. Mai 1759 als Sohn eines Superintendents geboren wurde. Nach seiner Habilitation in Göttingen weilte er 1788—1791 in Regensburg und Wetzlar und ging dann als außerordentlicher Professor nach Helmstedt. Hier wurde er 1794 Ordinarius, 1796 Hofrat und 1801 Geh. Justizrat. Nach Aufhebung der Helmstedter Universität 1810 nach Halle versetzt, starb S. dort am 2. Oktober 1842. (BEHSE, a. a. O. S. 126—130).

²⁴⁾ KARL FRIEDRICH HÄBERLIN, geboren am 5. August 1756 zu Helmstedt als Sohn des Professors FRANZ DOMINICUS H., wurde nach dem Studium in Helmstedt und einem längeren Aufenthalt in Wetzlar 1779 Assessor bei der Justizkanzlei in Wolfenbüttel, folgte 1782 einem Rufe an die Universität Erlangen und kehrte 1786 als Ordinarius und Hofrat nach Helmstedt zurück. 1799 wurde er zum Geh. Justizrat, 1806 zum Propst des Klosters Marienberg ernannt. Nach der Errichtung des Königreichs Westfalen gehörte H. als Mitglied den Reichsständen und der Gesetzgebungskommission an, starb aber schon am 16. August 1808. (BEHSE, a. a. O. S. 119—126).

So eifrig sich WILHELM BODE auch seiner juristischen Ausbildung widmete, seine heimliche Liebe galt doch der Geschichtswissenschaft, und gern nahm er die günstige Gelegenheit wahr, seine historischen Kenntnisse zu erweitern und methodisch zu festigen. Der Helmstedter Historiker REMER ²⁵⁾ war zwar kein bedeutender Forscher, aber ein sehr erfolgreicher Lehrer und fleißiger Schriftsteller, dessen kompendienartige Lehrbücher noch lange Zeit viel benutzt wurden. In den vier Semestern, die BODE in Helmstedt weilte, gab Professor REMER einen auf mehrere Semester verteilten Überblick über die allgemeine Geschichte. Dazu las er über braunschweigische Geschichte, europäische Staaten-geschichte und über Philosophie der Geschichte. Größeres wissenschaftliches Ansehen als REMER genoß der Professor für Kirchengeschichte Abt HENKE ²⁶⁾. Auch seine vom Geiste des strengen Rationalismus geprägten Vorträge über die ältere und neuere deutsche Kirchengeschichte gaben WILHELM BODE willkommene Anregungen.

Zum Abschluß seiner Studien ging WILHELM BODE nach Göttingen, wo er zusammen mit seinem Helmstedter Studienfreund RUDOLF HEINRICH LÜDERSEN, gleich BODE ein Liebhaber der vaterländischen Geschichte, am 18. Oktober 1800 immatrikuliert wurde. Die Bedeutung der Universität Göttingen wurde damals von der juristischen Fakultät getragen, deren Mitglieder zum großen Teil hervorragende Vertreter ihrer Wissenschaft waren, sind doch viele Zweige der Rechtswissenschaft in jener Zeit in Göttingen begründet worden, so die Statistik, die Staatswissenschaft, die Deutsche Rechtsgeschichte und das Handelsrecht. Die studiosi juris stellten mehr als die Hälfte der Studentenschaft ²⁷⁾. Als seine Göttinger Lehrer nannte BODE den ausgezeichneten Strafrechtslehrer CHRISTOPH REINHARD DIETRICH MARTIN, der von 1790 bis 1805 in Göttingen, später in Heidelberg und Jena wirkte, den Prozessualisten JUSTUS KLAPROTH, der von 1757 bis 1805 in Göttingen lehrte, weiter GEORG AUGUST SPANGENBERG und GEORG FRIEDRICH MEISTER, den Vertreter des Kriminalrechtes, der in Gesetzgebung und Rechtsprechung der Humanität Einfluß zu verschaffen suchte. Seine frei gehaltenen, sehr sorgfältig vorbereiteten Vorlesungen, die auch die Theorie des Zivilrechtes mit umfaßten,

²⁵⁾ JULIUS AUGUST REMER, als Sohn eines Geistlichen 1738 zu Braunschweig geboren, studierte von 1757 bis 1760 in Helmstedt und Göttingen Theologie und Geschichte, wurde 1763 Hofmeister am Collegium Carolinum, 1774 zum Professor ernannt und 1779 als Nachfolger SCHMIDT-PHISELDECKS Ordinarius für Universal- und Staatengeschichte. 1787 als Professor der Geschichte und Statistik nach Helmstedt berufen und 1796 zum Hofrat ernannt, starb R. am 26. August 1803. (ADB 28, S. 198 ff.).

²⁶⁾ HEINRICH PHILIPP KONRAD HENKE, geboren am 3. Juli 1752 zu Hehlen als Sohn eines Geistlichen, studierte seit 1772 in Helmstedt Philologie, begann 1776 als Dozent mit literarhistorischen und philosophischen Vorlesungen, wandte sich dann theologischen, besonders kirchengeschichtlichen Forschungen zu. 1778 wurde er außerordentlicher Professor für Kirchengeschichte, 1780 ordentlicher Professor für Theologie. 1786 zum Abt von Michaelstein, 1803 zum Abt von Königslutter ernannt, wurde er 1804 zum Kurator des Collegium Carolinum bestellt. Seinen eifrigen Bemühungen um die Erhaltung der Helmstedter Universität setzte der Tod am 2. Mai 1809 ein Ende. (ADB 11, S. 754—756).

²⁷⁾ W. EBEL, Zur Geschichte der Juristenfakultät an der Georgia Augusta. Göttingen 1960.

machten ihn zu einem der beliebtesten Lehrer der Georgia Augusta, der er von 1782 bis 1832 angehörte.

Dabei verzichtete WILHELM BODE auf den Besuch der Vorlesungen der „eleganten“ Juristen, auch des berühmten Rechtslehrers GUSTAV HUGO, weil ihn schon damals die Beschäftigung mit der Geschichte des römischen Rechtes weniger anzog als die mit der Geschichte der deutschen Rechtsinstitute. In diese führte ihn der junge Privatdozent KARL FRIEDRICH EICHHORN ein, der spätere Begründer der deutschen Rechtsgeschichte. Auf seine Anregung fing WILHELM BODE an, Quellen zu benutzen und rechtsgeschichtliches Material zu sammeln, eine gute Vorbereitung für seine spätere Tätigkeit im Archiv der Stadt Braunschweig.

Daneben setzte WILHELM BODE in Göttingen seine geschichtlichen Studien fort. Er hörte Vorlesungen bei ARNOLD HEEREN, damals einer der berühmtesten deutschen Historiker, und bei JOHANN GOTTFRIED EICHHORN, der namentlich über die politische Geschichte alter und neuer Zeiten las.

EINTRITT INS AMT

Zu Michaelis 1801 kehrte WILHELM BODE nach Abschluß des damals üblichen sechssemestrigen Studiums in seine Vaterstadt zurück; am 24. November 1801 legte er dann in Wolfenbüttel die juristische Staatsprüfung ab, die ihm den Eintritt in die braunschweigische Verwaltungslaufbahn ermöglichte. Er fand auch sofort eine Stellung, die er freilich nur ein halbes Jahr bekleidete, und zwar die eines Auditors bei fünf Klostergerichten, die der Syndikus FÖRSTER in Königsutter verwaltete. Diese Klostergerichte, die sich aus grundherrlichen Rechten des Mittelalters herleiteten, übten die Zivil- und Untergerichtsbarkeit über meist sehr kleine Gerichtsbezirke aus. Zum Gericht des Stifts Königsutter gehörte die Stiftsfreiheit mit 260 Seelen, zum Kloster Amelungsborn das Dorf Bornum am Elm mit 481 Seelen; über diese beiden Klostergerichte übte das Fürstliche Amt Königsutter die Kriminal- und Obergerichtsbarkeit aus. Für die übrigen von FÖRSTER verwalteten Klostergerichte lag die Obergerichtsbarkeit beim Amte Schöningen, und zwar für das Klostergericht St. Lorenz zu Schöningen mit der Klosterfreiheit und dem Dorfe Hoyersdorf (616 Seelen) sowie dem Klostergericht Riddagshausen mit den Dörfern Wobek und Offleben (489 Seelen)²⁸⁾. Trotz der kurzen Zeit, die BODE in dieser Stellung verbrachte, blieb sie ihm deshalb bemerkenswert, weil er hier einen Vorgesetzten besaß, dessen Lebenswandel ihm in der Folge die Gelegenheit zu interessanten Vergleichen der damaligen mit den späteren Verhältnissen der braunschweigischen Rechtspflege und Staatsverwaltung bot. Über den Syndikus FÖRSTER, der ein unehelicher Sohn des Gerichtsschultheißen und Bürgermeisters KÜHNE²⁹⁾ in Königsutter war, erzählt Wilhelm Bode: „Seine schöne körperliche Bildung fand schon früh Anerkennung, und sie war für ihn von nachteiligen Folgen. Sein Universitätsstudium bestand in einer Reihe von mutwilligen Streichen, die ihm ein dreimaliges Relegat zuzogen. Er wurde endlich von seinem Vater im eigenen Hause ein Jahr lang, und zwar im Bibliothekszimmer, festgesetzt. Täglich mußte er sich über seine Studien ausweisen, und hier war es,

²⁸⁾ HASSEL und BEGE: Geogr.-stat. Beschreibung Bd. 2; ZIMMERMANN, F. W. R. in Beitr. z. Statistik IX (1889), S. 9.

²⁹⁾ JOHANN DAVID KÜHNE stammte aus Quedlinburg, wo er 1717 geboren wurde, studierte seit dem 4. Mai 1737 in Helmstedt Rechtswissenschaften, war seit 1740 als Protokollführer bei der Stadtvogtei in Helmstedt tätig, 1744 als Bürgermeister in Königsutter eingesetzt, wurde er dort 1775 zum Gerichtsschultheiß und Landkommissar ernannt und am 26. Juni 1776 als erster Bürgermeister und Gerichtsschultheiß nach Helmstedt versetzt. Am 11. Mai 1780 zum Hofrat ernannt, starb K. am 22. April 1781 zu Helmstedt.

wo er das Versäumte nachholte und sich zu einem von seinen Zeitgenossen anerkannten, tüchtigen Juristen ausbildete. Zwar war ihm die Mutter zu nächtlichen Schwärmereien behilflich, er lieferte aber den Beweis, wohin Privatfleiß in kurzer Zeit führen kann.

Losgelassen bestand er ein rühmliches Examen, auch wurden ihm bald, da er sich in der advokatorischen Praxis auszeichnete, mehrere Klostergerichte in Verwaltung gegeben. Er faßte *contra naturam sui generis* eine reelle Liebe zu der schönen Tochter des Amtsrats MÜHLENBEIN, jedoch, zurückgewiesen, den Entschluß, sein früheres ungebundenes Leben, so lange es gehen wollte, fortzusetzen. Er teilte seine Stunden genau nach der Uhr in die dem Arbeiten, dem Schläfe und dem Schwärmen und mutwilligen Streichen aller Art gewidmeten. Seine Amtsarbeiten verrichtete er pünktlich und mit großem Ernst, abends aber sah man ihn nur auf den Straßen und im Gasthofe. Kein Aufwand war ihm, der nicht unbedeutendes Vermögen besaß, zu hoch, wenn sich Gelegenheit zu einem Schwanke bot. Seine Sammlung schmutziger Bilder und Schmutzwerke war wohl die vollständigste, die je ein Schweinigel besaß. Mit vielen Kosten hatte er den Gegenstand seiner verschmähten Liebe in Wachs bossieren lassen und zwar völlig nackt. Narren und Müßiggänger waren in großer Zahl um ihn versammelt, und kein Tag verging, an welchem er nicht irgend ein Stück in seiner Weise ausführte.

Mir wurde das Zusammensein mit diesem Manne bald unerträglich und zunächst gab zu meinem Rücktritt eine Reise mit ihm zu dem Gerichtstage nach Wobek die Veranlassung. FÖRSTERS gewöhnliches und einziges Getränk war Branntwein und abwechselnd Wein, letzterer von der Mittagszeit an. Es waren vom Mittagmahle an bereits sechs Bouteillen Wein getrunken, als wir in unser Schlafzimmer abgingen. Hier ließ sich FÖRSTER auskleiden und legte dann seinen Nachanzug, bestehend in einem langen Überrocke, langen Beinkleidern und steifen Stiefeln an, womit er sich jeden Abend schlafen legte. Auf dem Tisch standen noch vier Bouteillen Wein, und nachdem die Toilette für das Nachtlager vollendet war, gab FÖRSTER mir Lehren über die von einem tüchtigen Beamten notwendig zu beachtende Lebensweise und über die untrüglichen Mittel, sich einen gesunden und anhaltenden Schlaf zu bereiten. Er setzte seine Lehren fort, bis die vier Bouteillen ausgetrunken waren, wonach wir denn beide mit Mühe das Bett zu erreichen suchten und nun allerdings fest und so lange schliefen, bis der Gerichtsdienner anzeigte, daß die Zeit zur Gerichtssitzung herannahe. Nach meiner Rückkehr von Wobek nahm ich meine Entlassung.“

Als die braunschweigische Regierung im Sommer 1802 dem jungen Juristen anbot, den Vorbereitungsdienst in Blankenburg oder Königsutter zu beginnen, entschied sich BODE für seine Heimatstadt. Im Herbst 1802 wurde er als Aktuar beim Fürstlichen Amt Königsutter mit einem Jahresgehalt von 100 Talern angestellt. Diese Stellung war durch die Ernennung des bisherigen Aktuars F. A. ALBRECHT ³⁰⁾ zum Bürgermeister von Königsutter frei geworden.

³⁰⁾ FERDINAND ALBERT ALBRECHT, geboren am 20. März 1769 zu Gandersheim als Sohn des Stiftssyndikus, studierte seit dem 3. Mai 1789 in Helmstedt Rechtswissenschaften, trat nach

Zum Amt Königsutter gehörten acht Ortschaften mit 2744 Seelen, nämlich Oberlutter, Schickelsheim, Sunstedt, Lauingen, Rieseberg, Lem, Langeleben und Süpplingen, dazu war es Oberbehörde über das Stadtgericht Königsutter mit 1437 Seelen sowie über die Klostergerichte Stift Königsutter und Bornum. Den braunschweigischen Amtmännern jener Zeit oblag sowohl die Gerichtspflege als auch die staatliche und Dominalverwaltung. Außerdem waren sie die Pächter des Amtshaushalts. Die ihnen beigegebenen Justizbeamten — als Aktuare, Justitiare und Justizamtmänner je nach ihrem Dienstalder bezeichnet —, wurden von der Fürstlichen Justizkanzlei ernannt und von der Fürstlichen Kammer besoldet.

Wir folgen nun weiter BODES Erzählung: „Hier trat ich mit einem in ganz anderer Art eigentümlichen Manne, dem Justizrat RIBBENTROP ³¹⁾, zusammen. Sein Geschlecht stammt aus dem Lippeschen her. Der älteste Bruder, ein Mann von Kopf, hatte zuerst eine Domäne in Pacht und war mit einer Tochter des Geheimen Justizrats v. UNGER verheiratet. Diese Verbindung verschaffte ihm einen Platz in der Herzogl. Kammer und am Packhof. Er zog zwei seiner Brüder: den erwähnten Justizrat und den Justizamtmann RIBBENTROP zu Vorsfelde in die hiesigen Lande, und wollte man erforschen, was Familienverbindungen nützen und wie sie benutzt werden können, so müßte man die Geschichte dieser Familie genauer verfolgen.

Einer der Allmächtigen unter dem Herzoge KARL WILHELM FERDINAND war zuerst v. UNGER ³²⁾, dann HENNEBERG ³³⁾. Auf irgend eine Weise durch Heirat diesen Familien sich anzuschließen, war angelegentlichste Sorge aller derer, welche das Leben auf eigene Faust scheuten und ihr Glück mehr der Schürze als dem corpus juris anvertrauen zu müssen glaubten.

kurzer Tätigkeit als Advokat 1799 als Aktuar beim Amt Königsutter ein und war von 1802 bis zu seinem Tode am 19. Juli 1829 Bürgermeister in Königsutter. (Deutsches Geschlechterbuch Bd. 76 [1932], S. 66).

³¹⁾ JOHANN FRIEDRICH ERNST HEINRICH RIBBENTROP, als Sohn eines Amtrats 1745 in Schieder geboren, studierte seit dem 24. Oktober 1766 in Helmstedt Rechtswissenschaften, wurde am 30. November 1779 zum Justizamtmann, am 4. November 1794 zum Justizrat in Königsutter ernannt. Er starb dort am 20. Oktober 1807. (KRIEGER in: Braunsch. Jahrb. Bd. 40 [1959], S. 86).

³²⁾ JOHANN FRIEDRICH v. UNGER, geboren 1715, war Churhannoverscher Oberkommissar gewesen, als er am 20. Januar 1763 als Hofrat und Geheimsekretär in den braunschweigischen Staatsdienst eintrat. Am 24. Juni 1775 wurde er zum Geheimen Justizrat und ersten Geheimsekretär ernannt; am 8. Januar 1776 erhielt er den erblichen Adel. U., der auch Mitglied der Königl. Sozietät der Wissenschaften zu Berlin war, starb am 8. Februar 1781 in Braunschweig. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 14).

³³⁾ FRIEDRICH LUDWIG CHRISTIAN HENNEBERG wurde am 6. August 1748 als Sohn eines Postverwalters in Braunschweig geboren. Nach dem Besuche des Collegium Carolinum studierte er seit 1766 Rechtswissenschaften in Helmstedt, dann von Herbst 1767 bis Ostern 1769 in Leipzig und bis 1771 in Jena. Am 1. Juli 1774 wurde er als Sekretär im Geheimen Rat in Braunschweig angestellt und am 14. Februar 1781 zum Legationsrat, am 30. Oktober 1790 zum Geheimen Sekretär des Herzogs KARL WILHELM FERDINAND ernannt. Nach dem Fortgang des Geh. Rats v. HARDENBERG übernahm H. im Geh. Rat die Bearbeitung der Polizei-

Jene Männer waren in vieler Hinsicht zu ihrer Zeit das, was SCHRADER, nachmals als v. SCHLIESTEDT geadelt³⁴⁾, zu den Zeiten Herzogs KARL I. war. Vor RIBBENTROP bekleidete die Beamtenstelle zu Königsutter v. SCHLIESTEDTS Schwager und Günstling, der Drost CRAMER³⁵⁾, und da es mir darauf ankommt, Bilder aus früheren Zeiten zur Vergleichung mit den Verhältnissen in neuerer Zeit einzumischen, so kann ich hier nicht umhin, einiges aus CRAMERS Periode nachzuholen.

CRAMER war ein reicher und stolzer Mann, der auch in seinem engeren Wirkungskreise nur größere Pläne wie sein Schwager SCHLIESTEDT auszuführen strebte. Er legte in Königsutter neue Straßen an, führte den Seidenbau ein und errichtete zu diesem Zwecke mehrere mit kostspieligen Gebäuden versehene große Maulbeerplantagen. Bei Gelegenheit einer solchen Anlage in Lauingen zeigte sich, daß der Bauer weiter sah als sein Amtmann. Unsere mit herrlichen Kornfeldern ausgestatteten Bauern sollten durchaus Seidenwürmer pflegen und erziehen, die Tierchen waren ihnen indeß ganz zuwider. Auch die Gemeinde Lauingen wurde aufgefordert, eine Maulbeerplantage anzulegen und den Seidenbau zu betreiben, allein die Bauern weigerten sich hartnäckig. Als die Gemeinde zum dritten Male zusammenberufen war und mit dem ihr ekelhaft scheinenden Gewürm nichts zu tun haben wollte, machte CRAMER die vorteilhafte Offerte, daß, wenn sie das Land zur Plantage einräumen wollten, den Anbau der letzteren und die Errichtung der Gebäude auf Kosten der Regierung ausgeführt werden, die Gemeinde aber dennoch den demnächst zu machenden Gewinn zur Hälfte erhalten sollte. Nach Verlauf von 14 Tagen gaben die Bauern die Erklärung ab, daß das Land nun unentgeltlich eingeräumt werden solle, daß man die Gemeinde aber mit einem Anteile an dem Gewinn verschonen möge.

sachen, dazu erhielt er das Amt des Wegebesserungskommissars. Seit dem 24. September 1796 Kanonikus des Stiftes St. Blasien, wurde er 1805 zum Dekan gewählt und als solcher Mitglied der Ständerversammlung und Schatzrat. Am 6. Januar 1808 ernannte ihn JEROME zum Präfekt des Departements der Oker. In dieser Stellung leistete H. der Stadt und dem Lande Braunschweig wertvolle Dienste. Infolge der Unruhen in Braunschweig sollte H. 1812 nach Kassel als Staatsrat versetzt werden, starb aber am 26. April 1812 zu Braunschweig. (Fam. Henneberg, S. 65—89).

³⁴⁾ HEINRICH BERNHARD SCHRADER VON SCHLIESTEDT wurde am 3. Oktober 1706 in Braunschweig als Sproß einer angesehenen Bürgerfamilie geboren, studierte Rechtswissenschaften und unternahm 1729 eine Reise durch Holland und England. Am 28. April 1733 wurde er als Sekretär dem damaligen Thronfolger Herzog KARL beigegeben und am 3. Mai 1735 zum Rat ernannt. Am 31. Oktober 1735 ernannte ihn der nunmehr regierende Herzog zum Hofrat und Mitglied der Justizkanzlei. Am 21. Mai 1736 in den Reichsadelstand erhoben, erwarb S. 1747 das Rittergut Schliestedt, 1749 dazu Küblingen. Am 15. Februar 1754 übernahm er als Geheimer Rat die Leitung der Regierung, daneben führte er seit dem 26. Juli 1770 das Präsidium der Kammer und des Klosterrates. S. starb am 19. Juli 1773 zu Braunschweig und wurde im Erbbegräbnis in Küblingen beigesetzt. (ADB 32, S. 435 ff.).

³⁵⁾ WILHELM HEINRICH CHRISTOPH CRAMER, geboren am 6. Januar 1712, wurde 1739 als Amtmann in Königsutter eingesetzt und 1742 zum Amtsrat, 1755 zum Drostern ernannt. Infolge Zwistigkeiten mit der Fürstl. Kammer legte C. 1779 sein Amt nieder und pachtete die preußische Domäne Schlanstedt bei Halberstadt, wo er am 18. März 1793 gestorben ist. (KRIEGER, Braunschw. Jahrb. 40 [1959], S. 84 f.).

Die Bauern hatten Recht. Die Plantage wurde angelegt, es zeigte sich aber bald, daß der Aufwand keine Früchte trug und daß die Anlagen verfielen.

An der Rechtspflege, dem wichtigsten Teile der Amtsgeschäfte, nahm CRAMER keinen Anteil; sie fiel dem Aktuar zu, dessen Schicksale gleichfalls mit verfolgt zu werden verdienen, weil danach der Zustand in der Vorzeit beurteilt werden kann und zu einer Vergleichung mit neueren Verhältnissen Gelegenheit gegeben wird.

Der als Schriftsteller und Lehrer der Rechte berühmte Hofrat und Professor KRESS in Helmstedt ³⁶⁾ hatte einen jungen hoffnungsvollen Gelehrten namens RASCH ³⁷⁾ als Ammanuensis sich zugesellt, der einer akademischen Laufbahn sich gewidmet und an den wissenschaftlichen Arbeiten des KRESS teilgenommen hatte. Diesen versah CRAMER sich zum Gehilfen und wider seinen Willen, auch unter großen Versprechungen gab RASCH sich zu dem Amtsgeschäfte als Aktuar her. Seine Geschäftsführung war die musterhafteste im Lande. Seine Akten und Urteile wurden mit Begierde und zur Belehrung gelesen, und sie wurden als ausgezeichnet von der Justizkanzlei anerkannt und lange noch von einzelnen Mitgliedern des Collegii erwähnt. Dabei war RASCH ein wegen seines biedereren Charakters allgemein beliebter und geachteter Mann, der treue Ratgeber aller Amtsbewohner. Dieser ausgezeichnete Diener hoffte 40 Jahre lang auf Beförderung, die ihm nicht zuteil ward, weil CRAMER ihn nicht entbehren zu können glaubte, seine Familienverbindungen zureichend waren, um jede Verwendung von seiten der Kanzlei und von anderen Seiten her zu vereiteln, und weil CRAMER, wie andere Günstlinge in der Vorzeit, von dem Grundsatz ausging, nur Hochgeborene und deren Verwandte wären zu Ansprüchen berechtigt, andere wären nur Mittel zu der Begünstigten Zwecken. CRAMER mußte sein Amt aufgeben, und nun hatte unstreitig der treffliche Rasch das begründeteste Recht zur Nachfolge, allein inzwischen war v. SCHLIESTEDT verstorben und CRAMER hatte seinen Anhaltspunkt verloren; andere Günstlinge und andere Familienverbindungen traten ein, und zu CRAMERS Nachfolger wurde ein aus dem Lippischen herangezogener kaum majorennener Mann, der oben erwähnte RIBBENTROP ernannt, dem es an allen Rechtskenntnissen mangelte. RASCH war tief betrübt. Seine letzte Hoffnung war nun nicht nur vereitelt, sondern es lag auch eine tiefe Herabwürdigung darin, daß nun der ergraute Gelehrte Untergebener eines unwissenden Knaben werden sollte. RIBBENTROP hat mir selbst oft gestanden, daß er mit schmerzlichen Gefühlen sich dem achtungswerten Manne genahet habe, daß derselbe zwar stets bereitwillig über die Amtsverhältnisse Auskünfte gegeben, daß er aber aus seiner Bekümmernis nur durch Unterhaltung über geschichtliche Gegenstände aufzuwecken gewesen sei.

³⁶⁾ JOHANN PAUL KRESS, geboren zu Hummelsburg im Vogtland am 22. Februar 1677 als Sohn eines Predigers, studierte Rechtswissenschaft in Jena und Halle, wurde Dozent in Jena und 1712 auf Anregung von Leibniz nach Helmstedt berufen. Seit 1731 Hofrat, starb er am 22. November 1741. K., der zu den bedeutenden Rechtslehrern der Juliusuniversität gehörte, genoss als Kriminalist und Staatsrechtler großen Ruf. (BEHSE, Jur. Fak., S. 43 ff., 152).

³⁷⁾ Helmstedter Matrikel: 8. April 1738 Christian Andreas Philipp Raschius, Rätzlinga-Magdeburgensis.

RASCH bat nach vierzigjährigem Dienst um Entlassung mit einer kleinen Pension. Diese erhielt er nicht, die Entlassung wurde aber bewilligt, und er brachte nun seine letzten Jahre in dem bei Obisfelde belegenen Dorfe Rätzlingen zu, wo er die in der langen Dienstzeit ersparten wenigen Taler einem Gastwirt überließ, der ihm dagegen ein Stübchen einräumte und Bauernkost reichte. Als Beamter zu Vorsfelde hatte ich jährlich mehrmals Gelegenheit, auf der Reise nach Calvörde den Ort und das Haus zu betreten, in welchem der Gemüßhandelte verstorben ist. Der Cantor des Ortes und auch mehrere Bürger aus Königslutter, die längere Zeit noch seine Ratschläge sich erbaten, erzählten mir, daß RASCH seine letzten Jahre abgeschieden und einsam, umgeben von einer nicht unbedeutenden Bibliothek verlebt und sich besonders mit geschichtlichen Studien beschäftigt habe. Mit tiefer Rührung nur konnte ich das Haus und das Stübchen betreten.

So war es vormalis. Die Verhältnisse haben sich jetzt anders gestaltet. Gott gebe ferneres Gedeihen!“

Aus diesen und ähnlichen Erfahrungen zog WILHELM BODE schon als junger Beamter den Schluß: „Wäre in einem nicht nach grundgesetzlichen Formen regierten Staate der Regent allein der Ungebundene, so würden Zustände, wie sie in einzelnen Bildern dargestellt wurden, sich nicht so widrig gestalten können; allein die gesamte Staatsdienerschaft ist, rangweise, nach oben hin hündisch unterwürfig, nach unten zu bestialisch brutal. Ihr Motto ist: *Obsequium amicos veritas odium parit* — und Wehe dem, der dessen nicht stets eingedenk ist. Dienstertüftung und Geschicklichkeit haben für den Oberen nur insoweit Wert, als ihm dadurch bequemes Leben erleichtert wird, und nur die Frage wird sorgfältig erörtert: welcher Familie gehört der Mann an, ist einer der Machthaber sein Verwandter.“

Diese bitteren Erfahrungen, die sein Rechtsgefühl und seine Menschenwürde kränkten, bestimmten WILHELM BODES Haltung, als er später selbst in führende Stellungen gelangte. Die aus diesen Erfahrungen gewonnenen Überzeugungen leiteten ihn in seinem Kampfe gegen die willkürlichen, aller sittlichen Grundlagen baren Regierungsmaßnahmen des Herzogs KARL II., sie blieben auch die unveränderlichen Grundsätze seiner jahrzehntelangen Bemühungen als einer der führenden Persönlichkeiten der Landesversammlung um die Schaffung sicherer Rechtsgrundlagen für alle staatlichen Belange.

Über seine Tätigkeit als Aktuar berichtet WILHELM BODE: „Es sei nun meine erste und angelegentlichste Sorge, bemerkte RIBBENTROP, den Herren Kammerräten meine devoteste Aufwartung zu machen. Dazu sei ein angemessenes Kostüm, ein offen stehender Rock, seidene Beinkleider und weiße seidene Strümpfe, eine Weste, die nur unten mit zwei Knöpfen geschlossen würde, übrigens aber einer weit hervorragenden Krause Raum gäbe, dann ein frasierter und gepudelter Kopf, ein Haarbeutel oder (doch weniger angemessen, ein bis auf die Mitte des Rückens herabreichender Zopf), Handschuhe, Manschetten und ein dreieckiger Hut, auch ein Degen erforderlich. Mit allem diesem ausgerüstet trat ich meine Wallfahrt an. Mit großem Widerwillen ordnete ich, in der Residenz angelangt, mein lächerliches Kostüm, und meine Beängstigung war groß, als ich die Straßen zu

durchziehen anfang. Die mir mitgeteilte Liste bezeichnete den Geheimen Kammerrat von GEBHARDI ³⁸⁾ als den ersten der zu gewinnenden Mäzene (er war durch die Schürze dem Geschlecht der RIBBENTRÖPPE befreundet). Der Bediente erfreute mich mit der Nachricht, daß sein Herr zu Hause und zu sprechen sei und brachte mich in ein kaltes Zimmer, ich würde sogleich vorgelassen werden, wenn der Herr von seiner Arbeit abbrechen könnte, es schlug aber schon 10¹/₂ Uhr, als ich noch, seit 9³/₄ Uhr, verlassen dastand und mich mit einem altfränkischen, mit Kanarienvögeln bemalten Potpourri zu unterhalten suchte. Ich faßte den Mut, den Herrn Bedienten mit der Frage heimzusuchen, ob sein Herr auch wirklich zu Hause sei; seine Antwort war bejahend, ich aber wankte unmutig zu meinen Kanarienvögeln zurück. 18 Personen standen noch auf meiner Liste, unter denen der Herzog selbst sich befand. Ich sah ein, daß ich so mein großes Werk in mehreren Tagen nicht vollenden würde, mein Wagen war auf 5 Uhr bestellt, ich faßte den durch meine Stimmung unterstützten Entschluß, die ganze Sache aufzugeben. Ich entfernte mich ohne weiteres aus dem Hause, legte bei meinem nahe wohnenden Freund LÜDERSSEN ³⁹⁾ die entbehrlichsten Utensilien: den Degen, den Zopf und den dreieckigen Hut ab, streifte mir die Locken vom Kopf und begab mich mit einer erborgten Mütze und in den Mantel meines Freundes gehüllt, in mein Absteigequartier zurück. Die Rückkehr aus einer geistlosen ermüdenden Gesellschaft gehört zu den behaglicheren Momenten im Leben, und diese Art von Behaglichkeit genoß ich in vollem Maße.

Doch mein Chef teilte die Gefühle nicht. Offenherzig gestand ich ihm, wie es mir ergangen sei; er aber hörte nicht auf, mir die Folgen meiner Missetat anschaulich zu machen, bis ich ihm erklärte, daß ich vorziehe, den mir bekannten Oberintendanten der Braupfannen MÖSCHEL um die Stelle eines Akziseinspektors anzugehen als mich noch einmal solchen Kalamitäten auszusetzen; auch habe ich seit der Zeit nie wieder nur eine Minute in den Antichambren der Minister oder geringerer Machthaber verloren.“

³⁸⁾ WILHELM (v.) GEBHARDI, 1738 als Sohn eines Arztes in Braunschweig geboren, studierte seit dem 30. April 1757 in Helmstedt Rechtswissenschaften und wurde am 12. Oktober 1763 als Kammerregistrator in den Staatsdienst übernommen, in dem er eine erfolgreiche Laufbahn zurücklegte: 3. Juni 1768 Kammersekretär, 3. April 1774 Klosterrats-Assessor, 16. Dezember 1776 Klosterrat, 31. August 1778 Kammerrat, 3. August 1803 Geheimer Kammerrat. Er verwaltete das Baudepartement und erwarb sich für die Nachwelt ein großes Verdienst, als er 1786 den schon beschlossenen Abbruch der Lauben des Altstadttrathauses verhinderte. 1785 wurde G. in den Reichsfreiherrnstand erhoben. Zu Beginn der westfälischen Epoche zog er sich auf sein Rittergut Thune zurück; dort starb er am 24. Februar 1819. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

³⁹⁾ RUDOLF HEINRICH LÜDERSSEN, in Braunschweig als Sohn eines Oberamtmannes am 20. September 1778 geboren, wurde nach dem Besuch des Collegium Carolinum am 1. Juli 1798 in Helmstedt, am 19. Oktober 1801 in Göttingen als Student der Rechtswissenschaften immatrikuliert. In Braunschweig als Rechtsanwalt und Notar tätig, wurde er 1819 zum Kammerrat ernannt, starb aber schon am 31. Januar 1826. L., der Schwiegersohn ESCHENBURGS, beschäftigte sich mit Forschungen zur braunschweigischen Geschichte und Heraldik, auch legte er eine braunschweigische Münzsammlung an. (Neuer Nekrolog d. Deutschen IV [1826], S. 779 f.). LÜDERSSEN, L. F. A. HOFFMEISTER und W. BODE schlossen als Studenten den Freundschaftsbund.

Der Dienst als Aktuar war für WILHELM BODE mühevoll, da sich der Justizrat RIBBENTROP um die Rechtsangelegenheiten kaum bekümmerte, sie vielmehr fast ganz seinem Aktuar überließ, der sich zu seinem Vorteil freilich früh an selbständiges Handeln gewöhnen mußte. Die meisten kleineren Zivilstreitigkeiten erledigte RIBBENTROP durch Vergleiche, da er die Verhältnisse der Amtsuntertanen sehr genau kannte, so daß es ihm gelang, wie BODE erzählt, von 100 Streitigkeiten 99 mündlich beizulegen. Kam es zu einem schriftlichen Verfahren wie bei schwereren Kriminalfällen, so hatte RIBBENTROP früher dem Professor KRATZENSTEIN in Helmstedt oder dem Syndikus MACKENSEN in Braunschweig die Akten übersandt und sie mit der Erkenntnis zurückgehalten. Doch faßte er zu seinem Aktuar BODE so viel Vertrauen, daß er nunmehr ihm die Bearbeitung übertrug. Daneben stand die Fülle der täglich zu erledigenden Verwaltungsangelegenheiten. Doch fand WILHELM BODE noch die Zeit, die ältere Amtsregistratur zu ordnen und natürlich auch zu studieren. Die hier gewonnene genaue Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung vieler Verwaltungsprobleme kam Bode in seinen späteren Stellungen sehr zustatten.

Durch zwei bedeutende Kriminalprozesse, deren Institution ihm überlassen wurde, den einen gegen einen Mörder, den anderen gegen eine gefährliche Räuberbande, war Wilhelm Bode dem damaligen Vizepräsidenten der Justizkanzlei, dem späteren Minister v. WOLFFRADT ⁴⁰⁾, bekannt geworden. Und als der Justizrat RIBBENTROP am 20. Oktober 1807 verstarb, übertrug die Regierung WILHELM BODE die Amtsverwaltung, die er ohne Gehilfen führte. Auch die Ermittlungen und die Einleitung des Verfahrens gegen die Räuberbande fiel ihm allein zu.

Eine besondere Arbeitslast brachte ihm der im Spätsommer 1806 begonnene Krieg Preußens gegen Napoleon. Schon beim Aufmarsch der preußischen Armee lag Königsutter an einer Militärstraße und wurde sehr stark mit Einquartierungen belastet, deren Ordnung BODE hauptsächlich oblag und die an sein Organisationstalent und an seine Entschlußkraft nicht geringe Anforderungen stellte. Schrecklich aber waren die Tage nach der Niederlage der preußischen Truppen in der Schlacht bei Jena und Auerstedt:

⁴⁰⁾ GUSTAV ANTON V. WOLFFRADT, geboren am 1. September 1762 zu Bergen auf Rügen, studierte in Greifswald und seit dem 27. September 1779 bis 1783 in Göttingen Rechtswissenschaften. Sein Lehrer J. St. PÜTTER empfahl ihn dem Herzog KARL WILHELM FERDINAND, der ihn am 28. September 1783 als Hofrat bei der Justizkanzlei in Wolfenbüttel anstellte. Am 18. April 1788 ging W. in seine Heimat zurück, wo er als Oberappellationsrat am Königl. Schwedischen Tribunal in Wismar tätig war. Herzog KARL WILHELM FERDINAND berief W. am 11. Dezember 1801 als Präsident der Justizkanzlei zurück und ernannte ihn am 17. Februar 1805 zum Geheimen Rat in Braunschweig, wo er die Justiz- und Finanzsachen bearbeitete und das uneingeschränkte Vertrauen des Herzogs genoß. Am 31. Dezember 1807 wurde er Präsident der Sektion für Justiz im Staatsrat in Kassel, ein Jahr später Minister des Inneren. Er folgte dem König JEROME nach Paris. Im Mai 1815 nach Wolfenbüttel zurückgekehrt, wurde ihm hier der Aufenthalt versagt, da er sich durch seine Tätigkeit im Königreich Westfalen viele Feinde zugezogen hatte, wenngleich er sicherlich auch manches Gute für Braunschweig getan hatte. W. zog sich in seinen Geburtsort Bergen zurück, wo er am 13. Januar 1833 verstarb. (ADB 44, S. 64 ff.).

„Die einzelnen Überbleibsel der preußischen Regimenter durchzogen die Stadt, bunt zusammengewürfelt, bei Tage und bei Nacht. An die Stelle eines empörenden Übermuts und prahlender, die äußerste Unwissenheit verratender Äußerungen war Kleinmut getreten. Dieselben Herren, die Napoleon und dessen Armee mit ihrem Husarenregimente überreiten wollten, erkundigten sich nun demütig, wo ein Schlupfwinkel, um vor der auf Magdeburg ziehenden französischen Armee in das Preußische zu gelangen, noch offen stehe. Die Hünen des Halberstädter Regiments kehrten wohlbehalten, doch ohne Waffen, in ihre Heimat zurück, und alte hochadlige Generale und sonstige Offiziere fanden sich plötzlich von ihren Wagen mit Federvieh, Betten, Stühlen und Utensilien aller Art getrennt und in ihrer ganzen Erbärmlichkeit bloßgestellt.

Einige Tage nach der Schlacht stand das nicht zur Aktion gezogene Korps des Herzogs von Weimar in Königsutter. Es wurde nach damaliger Weise eine so übertriebene Masse von Fourage und zwar binnen 12 Stunden zu liefern gefordert, daß ich mich genötigt sah, von nachmittags bis morgens um vier Uhr eine Reise von 9 Meilen zu machen, um in den Gemeinden und auf den Ämtern die Fourageanfuhr zu ordnen. Nachts um 1 Uhr ritt ich von Warberg nach Schöningen durch einen Teil des Elms und übersah, auf dem Berge über Warberg angelangt, die Straße, welche die französische Armee in größerer Ferne nahm, in gräßlich schöner Pracht. Feuersäulen bezeichneten die Linie, und der Horizont stand im feurigen Scheine vor mir. Wie kalt die Nacht und wie eilig ich auch war, so hielt ich doch unwillkürlich an, um den großartigen Anblick länger zu genießen, und meinen Gedanken über eine Begebenheit Raum zu geben, die sich hier auf schauerlich erhabene Weise an des Himmels Höhen verkündigte und die das Höchste hier, als auf sein Zulassen geschehen, warnend zu bezeichnen schien. Gern hätte ich an dem denkwürdigen Platze länger verweilt; allein die Noth drängte.

Bei meiner Rückkehr fand ich den Herzog selbst in Königsutter, und mit ihm war damals noch Herzog FRIEDRICH WILHELM von Braunschweig. Auffallend war mir, daß jener Herr, der sein Corps und seine Equipage gerettet hatte, sich nicht im Besitze der ihm erforderlichen Karten befand. Der Marsch sollte freilich rückwärts durch den Drömling fortgesetzt werden, allein auch auf einen solchen Fall sollte ein Feldherr Bedacht nehmen. Ich war im Besitze einer Karte über die Marken, und dankbar wurde sie angenommen, da man nur so sich zu orientiren vermochte. Wenn ich nachmals so viele französische Offiziere kennen lernte, die anspruchslos ihr wenigstes Gepäck selbst trugen, und in einer eigenen Tasche die zur Kenntnis der Gegend dienenden Karten mit sich führten, so ist mir einleuchtend geworden, wie der preußische Soldat damaliger Zeit den französischen in so vieler Hinsicht nachstand, und wie viele Einzelheiten und geringfügig scheinende Umstände den Siegen der Franzosen förderlich waren.

Der Commandeur eines preußischen Bataillons, von hoher Abkunft und wahrscheinlich reinem Geblüt, wurde, wie ich zu beachten Gelegenheit hatte, von vier Menschen aus dem mit allen Bequemlichkeiten versehenen Wagen gehoben, nicht weil er krank war, sondern weil er in höherem Alter die Beine und den Rücken nicht mehr biegen konnte,



Braunschweig d. 7^{ten} Sept^r 1830

3. Brand des Residenzschlosses
bei dem Aufstand gegen Karl II. am 7. September 1830



4. *Wilhelm Herzog zu Braunschweig und Lüneburg*

und besonders berücksichtigt werden mußte, daß die Perrücke nicht verloren ging. Dieser alte Vollblutsmann, der aber wie die meisten Vollblutspferde am Spott litt, gewährte ein interessantes Bild, welches aufbewahrt werden mußte, um die preußische Armee zur Zeit ihres Verfalls im Jahre 1806 zu charakterisiren: denn der größte Teil der Stabs- und höheren Offiziere befand sich in ähnlichen Verhältnissen als jener Napoleon entgegen ziehende Kriegsmann.

Ich bin nie ein Verehrer der Franzosen gewesen; sie erzwangen aber, wenn man nicht etwa die eigentlichen Blutsauger vor sich hatte, Achtung. Der Soldat zeigte im Durchschnitt, bei einem fröhlichen lebhaften Wesen, viel Ernst und Würde. Wie auffallend war der Unterschied zwischen den preußischen und den zuerst einziehenden französischen Truppen, dem 15ten Dragonerregimente, welches dem weimarschen Corps schnell folgte!

Dieses Regiment hatte, unter dem Obersten BARTHELEMI, den Befehl, Braunschweig zu besetzen, und ganz unerwartet lief die Nachricht ein, daß es vor Königslutter aufgestellt sei. . . Ich ging sogleich vor das Thor, um selbst zu sehen, was vorging, als ich am Eingange auf den Regimentschef und das hinter ihm aufgestellte Regiment stieß. Ich wurde ihm als eine der obrigkeitlichen Personen bezeichnet und über viele Punkte befragt; jedoch fortwährend mit größter Höflichkeit. Das Regiment rückte, 600 Mann stark, auf den Marktplatz vor, um in Königslutter, nachdem es 21 Tage unter freiem Himmel Tag und Nacht zu gebracht hatte, Quartier zu nehmen. Ich bemerkte dem Chef, daß es unmöglich sei, in der Stadt 600 Pferde unter zu bringen, da es an Stallung fehle; er gab deshalb Befehl, daß die Pferde auf den durch Bäume und Mauern geschützten Amtsplatz aufgestellt und gelagert würden; bemerkte aber dabei, daß, wenn seine Dragoner einquartirt sein und angemessene Ställe für ihre Pferde finden würden, sie mit den Wirthen sich desfalls einigen und die Pferde besser unterbringen sollten. Nach wenigen Stunden war alles ohne irgend eine Gewaltthätigkeit arrangirt. Der Unterschied zwischen einem solchen und dem Benehmen der deutschen Truppen war auffallend. Den Forderungen dieser gingen gewöhnlich einige rohe Flüche voraus, und übertriebene, daher auch nicht beachtete Drohungen folgten. Noch Jahre lang habe ich mit französischen Militärs verkehrt. Ich bin oft in dem Falle gewesen, ihren, wenn auch nicht unbilligen Anforderungen nicht genügen zu können; ich habe sie aber nie ungestüm oder gewaltthätig befunden.

Es ist auffallend, daß Menschen, die nach unseren gewöhnlichen Edukationsgrundsätzen, weil sie zu einem sehr großen Theile nicht lesen und schreiben können, auf einer niedrigeren Stufe der Cultur stehen und den Deutschen in dieser Hinsicht nachzusetzen sind, dennoch so vieles und so wesentliches: Anmuth und Leichtigkeit im Umgange vorzuziehen. Durch den Schulunterricht, der damals gewiß noch einem Drittheile der Franzosen ganz fehlte, wird die Art der Bildung nicht erlangt, sie hat andere Grundlagen. Die Volksklasse, aus welcher der Soldat in Deutschland gezogen wird, will bei ihren Festen vorzüglich nur essen, trinken und toben . . . Die gesellschaftlichen Vergnügungen der Franzosen sind ganz anderer Art. Es geht dabei nüchterner her, und ich entsinne mir

nicht, Trunkenbolde unter den französischen Soldaten getroffen zu haben; wohl aber vermischten sie den ihnen vorgesetzten Wein mit Wasser, und Schnabs tranken viele überall nicht und andere nur in geringem Maße. Genügsam im Essen und Trinken ist ihnen ein lebhaftes Gespräch und ein manierlicher Umgang mit Frauen der vorzüglichste gesellschaftliche Genuß, und wenn auch leichtere Eroberung des schönen Geschlechts zu ihren gesellschaftlichen Eigenschaften gerechnet und sie vorzugsweise als Verführer bezeichnet werden, so mögen sie darin nur einen billigen Vorzug vor andern und plumperen Gesellen und in der Concurrrenz mit denselben genießen, übrigens aber nicht schädlicher als diese sein.“

FRIEDENSRICHTER IN BAHRDORF

Nach der Besetzung des Landes Braunschweig im Herbst 1806 ließen die Franzosen die bestehenden Verwaltungsbehörden zunächst unangetastet, auch die Beamten blieben in ihren Ämtern. Erst die Verfassung des Königreichs Westfalen, die im „Bulletin des lois“ am 7. Dezember 1808 veröffentlicht wurde, brachte tiefgreifende Änderungen, ja sie schuf völlig neue Verhältnisse. Ohne Rücksicht auf die bisherigen geschichtlich gewachsenen Verwaltungseinheiten zerfiel das Königreich Westfalen in acht von einem Präfekten geleitete Departements, unter ihnen das Departement der Oker, das wiederum aus den vier Distrikten Braunschweig, Helmstedt, Hildesheim und Goslar gebildet wurde und an deren Spitze Unterpräfekten standen. Braunschweig war zugleich die Hauptstadt des Okerdepartements. Die Distrikte gliederten sich in Cantone — diese als Gerichtsbezirke — und Munizipalitäten, welche von einem Maire geleitet wurden. Gegenüber dem bisherigen braunschweigischen Zustande bedeutete die strenge Trennung von Rechtspflege und Verwaltung fraglos eine Verbesserung. Die räumlichen Bezirke der Justiz deckten sich mit denen der Verwaltung. Jeder Canton erhielt einen Friedensrichter, jeder Distrikt ein Tribunal erster Instanz, jedes Departement ein Kriminalgericht, das im Okerdepartement seinen Sitz in Wolfenbüttel nahm, und als oberstes Gericht wurde in Kassel ein Appellationsgerichtshof errichtet. Vom 1. Januar 1808 an galt der Code Napoleon als bürgerliches Gesetzbuch Westfalens; am 1. März 1808 trat die neue Gerichtsordnung in Wirksamkeit. Alle Gerichte wurden mit deutschen Richtern besetzt; nur das Justizministerium in Kassel wurde dem Franzosen SIMEON ⁴¹⁾ anvertraut, der als rühmliche Ausnahme sein Amt in vorbildlicher Weise verwaltete. Am 28. März 1808 erhielt WILHELM BODE seine Ernennung zum Friedensrichter im Canton Bahrdorf, der durch Zusammenlegung der alten Ämter Bahrdorf und Neuhaus gebildet wurde. Gleichzeitig wurde BODE aufgefordert, sich am 4. April zur „Installirung und Vereydung“ durch den Präsidenten des Tribunals im Rat-hause zu Helmstedt einzufinden ⁴²⁾. Die Friedensrichterstelle in Bahrdorf verdankte Bode

⁴¹⁾ JOSEPH JEROME SIMEON, geboren 1749 in der Provence, war Professor der Rechte, dann Advokat. Er schloß sich eng an NAPOLEON an, saß seit 1804 im Staatsrat, war maßgebend an der Entstehung des code civil beteiligt und wurde 1808 als Justizminister für das Königreich Westfalen abgeordnet, wo er allgemeine Achtung genoß. Am 12. Oktober 1813 kehrte er nach Frankreich zurück, wurde unter König LUDWIG XVIII. Graf und unter LUDWIG PHILIPP Pair von Frankreich. Er starb hochbetagt am 19. Januar 1842 zu Paris. (KLEINSCHMIDT, Königr. Westfalen S. 11, 635 u. ö.).

⁴²⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

dem Minister v. WOLFFRADT, der, veranlaßt durch BODES tüchtige Leistungen in Königs-lutter, dafür gesorgt hatte, daß BODES Name auf die Liste der als Richter anzustellenden braunschweigischen Beamten gesetzt wurde. Als Präsident des Helmstedter Tribunal-gerichts wurde der bisherige Justizamtmann in Bahrndorf J. H. L. GÜNTHER ⁴³⁾ eingesetzt, mit dem BODE nun häufig in dienstliche Berührung kam und in dem er einen sehr tüchtigen, von ihm auch später in gemeinschaftlicher Arbeit in der Ständeversammlung hoch geschätzten Juristen kennenlernte.

In der braunschweigischen Zeit hatte das Justizamt in Bahrndorf gleichzeitig auch das als Exklave im preußischen Hoheitsgebiet liegende Amt Calvörde verwaltet, das aber jetzt dem Departement der Elbe zugeschlagen worden war. So war der Canton Bahrndorf recht klein, zu klein für BODES Tatendrang: „Diese Stellung gerade bewies mir, wie die Staaten durch unnütze und überflüssige Vertheilung der Geschäfte auf zahlreiche Local-behörden betrogen werden und wie wenig die Unterthanen dabei gewinnen.“

Nach der westfälischen Gerichtsordnung ⁴⁴⁾ lag dem Friedensrichter die Rechtsprechung in zivilrechtlichen Streitigkeiten ob, wobei bis zu einem Streitwert von 20 Fr. keine Berufung möglich war, darüber hinaus ging die Appellation an das Tribunal in Helmstedt. Doch sah die Gerichtsordnung in der Herbeiführung gütlicher Vergleiche die Haupttätigkeit der Friedensrichter, um einer Belastung der Gerichtshöfe durch Bagatell-sachen vorzubeugen. Weiter war der Friedensrichter für familienrechtliche Angelegenheiten wie Annahme an Kindesstatt und für Vormundschafts- und Erbsachen zuständig. In Kriminalsachen beschränkte sich seine Tätigkeit auf die Entgegennahme der Anzeige und die Aufnahme des Tatbestandes; die Voruntersuchung stand dem Tribunalgericht zu, doch konnte es dem Friedensrichter Aufträge für die Mitwirkung erteilen.

Gemäß seiner gründlichen Arbeitsweise suchte sich BODE zunächst mit dem Code Napoleon als einer ihm bisher völlig fremden Materie vertraut zu machen, indem er das Gesetzeswerk in tabellarischer Form aufzeichnete und sich so einen guten Überblick verschaffte, der ihm dann bei der Prozeßführung vor dem Tribunalgericht sehr zustatten kam. Zwei Zeugnisse seines rühmlichen Fleißes haben sich bis heute erhalten: BODE ließ sich die 1808 in Straßburg bei F. G. LEVRAULT erschienene Übersetzung des Code Napo-leon, die als einzige offizielle Ausgabe für das Königreich Westfalen galt, durchschießen

⁴³⁾ JOHANN HEINRICH LUDWIG GÜNTHER wurde am 15. März 1773 zu Gandersheim als Sohn eines Kommissärs an der Abtei geboren und studierte seit dem 28. April 1792 in Helmstedt Rechtswissenschaften. Seit dem 29. Oktober 1796 beim Amt Gandersheim als Aktuar be-schäftigt, wurde er 1800 zum Justizamtmann zu Bahrndorf und Calvörde ernannt. Am 1. Mäi. 1808 wurde er Präsident des Distriktstribunals in Helmstedt und gleichzeitig außerordent-licher Professor in der juristischen Fakultät. 1814 ging er als Kreisamtmann nach Königs-lutter. G. wurde 1816 als Hofrat an das Landgericht in Wolfenbüttel versetzt, ein Jahr später tr-er nebenamtlich als weltliches Mitglied in das Konsistorium ein. Seit 1819 als Oberappella-tionsrat tätig, wurde er 1850 als Präsident des Obergerichts der leitende Justizbeamte de-Herzogtums Braunschweig. G. starb in Wolfenbüttel am 17. Oktober 1854. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 14).

⁴⁴⁾ Bulletin Nr. 15 vom 27. 1. 1808. Gesetz-Bulletin d. Königr. Westf. I, S. 283—311.

und in zwei Lederbänden binden. Vor das Gesetzbuch ließ er ein von ihm geschriebenes Verzeichnis aller französischen Ausgaben des code und der deutschen Übersetzungen sowie der französischen Kommentare und Rechtszeitschriften einfügen. Zu den einzelnen Artikeln des Gesetzbuches vermerkte BODE Verweisungen auf andere Vorschriften sowie auf französische und deutsche Kommentare und Erkenntnisse der höheren Gerichtshöfe. Besonders eingehend beschäftigte sich BODE dabei mit jenen Gesetzesbestimmungen, welche die seine Zuständigkeit berührenden Rechtsaufgaben regelten, so mit dem 10. Titel des 1. Buches, der von der Minderjährigkeit, der Vormundschaft und der Emanzipation handelte, ebenso mit dem 2. Buch: Von den Sachen und den verschiedenen Beschränkungen des Eigentums, schließlich mit dem 1. und 2. Titel des 3. Buches, die die Erbschaftsbestimmungen enthielten ⁴⁵⁾.

In gleicher Weise zeigt uns eine gebundene Sammlung der westfälischen Ausführungsgesetze ⁴⁶⁾ BODES sorgsame Mühewaltung, die besonders deutlich wird bei der Bearbeitung des Gesetzes vom 6. August 1808 über die Einrichtung von Polizeigerichten bei den Municipalitäten, die den Friedensrichtern der Kantone übertragen wurden. Sie hatten über die Vergehen zu erkennen, die mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 8 Tagen zu ahnden waren.

BODES gründliche Gesetzeskenntnisse bewirkten, daß er von der Regierung zu einem der Rechtsgelehrten gewählt wurde, die nach der westfälischen Verfassung in vormundschaftlichen Angelegenheiten Rechtsgutachten abzugeben hatten. Auch besorgte er die Geschäfte der Munizipalverwaltung, die ihm der zum Maire bestimmte Pächter der Domäne Bahrdorf gern überließ.

BODES gründliche Geschichtskenntnisse und seine Vertrautheit mit den bauerlichen Rechtsverhältnissen, die er sich in Königslutter erworben hatte, waren wohl der Anlaß, daß ihm eine weitere wichtige Aufgabe übertragen wurde. Nach der seit dem Sommer 1808 gültigen westfälischen Grundsteuerordnung waren gleichmäßig von allem Grundbesitz, auch von dem bisher auf Grund alter Privilegien steuerfreien Besitz, Grundsteuern zu entrichten. BODE wurde beauftragt, nach den Dorf- und Feldbeschreibungen der braunschweigischen Generallandesvermessung ⁴⁷⁾ des 18. Jahrhunderts neue Grundsteuerekataster zu bearbeiten. Diese Arbeit führte er für 68 Gemeinden des Distrikts Helmstedt durch, und er scheint seine Aufgabe so vorzüglich gemeistert zu haben, daß der Finanzminister beabsichtigte, ihm aufzutragen, sämtliche Gemeinden des Departements der Oker in gleicher Weise zu bearbeiten. BODE bedauerte nur, daß die Herzogliche Kammer die vorzüglichen Feldrisse und Beschreibungen nicht weitergeführt und auf dem laufenden

⁴⁵⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 24 Nr. 65.

⁴⁶⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 24 Nr. 66.

⁴⁷⁾ H. VOGES, Die Allgemeine Landesvermessung und die erste Verkoppelung im Lande Braunschweig im 18. Jahrhundert. Braunschw. Jahrbuch 24 (1937), S. 5—56; H. KLEINAU, Historische Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrh. Niedersächs. Jahrb. f. Landesgesch. 28 (1956) II, S. 1—14.

gehalten hatte, da dadurch die Aufstellung der neuen Grundsteuerkataster ungemein erleichtert worden wäre. Ehe er aber die ihm aufgetragene Arbeit fortführen konnte, geriet er in einen Kompetenzkonflikt, da er sich als Angehöriger der Justiz nicht mit Verwaltungsangelegenheiten beschäftigen durfte. Der Justizminister SIMEON griff ein und stellte BODE vor die Wahl zwischen dem Justizdienst oder der Tätigkeit für die Steuerverwaltung. BODE entschied sich für den ihm lieb gewordenen Richterberuf und gab die Arbeit an den Katastern auf. Eine späte Frucht seiner damaligen Tätigkeit ist sein 1825 erschienenes Buch über die Grundsteuersysteme des Herzogtums Braunschweig.

Das alles aber füllte den rastlos tätigen Mann nicht aus. In Bahrndorf fand BODE Zeit, um seine historischen Studien fortzusetzen; hier bot sich ihm auch die Gelegenheit, seiner Liebe zum Weidwerk zu frönen. Dazu kam ein reger gesellschaftlicher Verkehr mit den in der Umgebung Bahrndorfs ansässigen Gutsbesitzern, von denen er einige zu Freunden für Lebenszeit gewann. So lernte Bode in dem Schatzrat VON PLESSEN auf Büstedt⁴⁸⁾ einen wissenschaftlich hoch gebildeten Mann kennen, den er allwöchentlich aufsuchte und mit dem er in vertrautem Gespräch Fragen der Geschichte und der Politik fruchtbringend erörtern konnte. Der freundschaftliche Verkehr hielt auch an, als BODE von 1814 bis 1820 als Justizamtmann in Vorsfelde wirkte; ein Jahrzehnt später begegneten sich beide in gemeinsamer Arbeit in der Ständeversammlung, und nach v. PLESSENS Tode erinnerte sich Bode dankbar: „Von großem Einflusse auf die privilegiensüchtige Ritterschaft war damals der Schatzrat v. PLESSEN, ein wissenschaftlich gebildeter, die Zeit und ihre Ansprüche würdigender Mann, fest in seinen Ansichten. Er wußte, was noth that; die Zweifel, welche VON PLESSEN als Ritter aufstießen, wurden ihm durch Zeit- und Geschichtskunde und in ruhigen Erörterungen beseitigt; so wurde er in Beziehung auf die Ritterschaft Förderer des Besseren, sowohl 1819 bis 1823 als auch 1832. Er genoß das vollkommenste Vertrauen seiner Standesgenossen, und dadurch wurde thunlich, ein regelrechteres Staatsgebäude ohne erschwerenden und lähmenden Widerspruch zu errichten“⁴⁹⁾.

Durch den Schatzrat VON PLESSEN lernte WILHELM BODE den Grafen GEBHARD VON DER SCHULENBURG auf Wolfsburg⁵⁰⁾ kennen; er war von der achtungsgebietenden Persönlichkeit des reich begüterten Aristokraten, von seiner vielseitigen Bildung und seiner

⁴⁸⁾ HANS GEORG GOTTFRIED VON PLESSEN, geboren am 13. Januar 1763 zu Herzberg in Mecklenburg-Schwerin als Sohn eines Oberhauptmanns, studierte zunächst auf der Universität Bützow, die 1789 mit der von Rostock vereinigt wurde, und seit dem 21. September 1784 in Göttingen Rechtswissenschaften. Er erbte von seiner Mutter das Rittergut Büstedt bei Velpke und wurde als ritterschaftlicher Deputierter der Ständekammer am 23. Juli 1801 zum Schatzrat gewählt. Die westfälische Zeit verlebte er auf seinem Gute. 1814 zum Oberhauptmann des Distrikts Schöningen bestellt, trat er nach kurzer Tätigkeit von diesem Amt zurück, um sich in Unabhängigkeit ganz seinen Aufgaben in der Ständevertretung zu widmen. v. P. starb am 13. Januar 1837 zu Büstedt. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 7 Nr. 29 Vol. 4).

⁴⁹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 23 Nr. 28.

⁵⁰⁾ KARL FRIEDRICH GEBHARD GRAF VON DER SCHULENBURG-WOLFSBURG wurde als ältester Sohn des preußischen Staatsministers GEBHARD WERNER v. D. S. am 21. März 1763 in Braunschweig geboren, studierte nach dem Besuch der Schule des Klosters Bergen bei Magdeburg und des

unabhängigen Gesinnung stark beeindruckt, um so mehr als Schulenburg Herzensgüte mit natürlicher Würde verband. Ihm konnte BODE durch einen seltsamen Zufall wichtige Dienste erweisen.

WILHELM BODE hatte als Friedensrichter in Bahrdorf den Oberförster v. SPETH in Danndorf gelegentlich der Verurteilung von Forstfrevlern kennengelernt, aber in ihm einen hämischen Charakter erkannt. Im Jahre 1811 war SPETH wegen mehrfacher Dienstvergehen aus seinem Amt entlassen worden und lebte mittellos in Vorsfelde. Eines Tages im Laufe des Jahres 1812 suchte er nun BODE auf, um dessen Rat zu erbitten, da er ein Schreiben der Hohen Polizei, der westfälischen Geheimpolizei, erhalten hatte, in dem ihm gegen einen jährlichen Lohn von 200 Talern der Auftrag erteilt wurde, den Grafen GEBHARD VON DER SCHULENBURG auf dem Schlosse Wolfsburg zu beobachten und besonders über alle bei dem Grafen ein- und ausgehenden Fremden zu berichten. Für wichtige Meldungen wurden ihm besondere Belohnungen zugesagt. SPETH erkundigte sich bei BODE, wie er solche Meldungen abzufassen habe. BODE war zunächst von diesen Mitteilungen sehr betroffen, erkannte aber die Möglichkeit, die ihm sich hier bot, den Mächenschaften der verhaßten Geheimpolizei entgegenzuwirken, und riet dem SPETH, den Auftrag ruhig anzunehmen; er erbot sich, ihm zu helfen und auch die Berichte in die französische Sprache zu übersetzen. Das geschah. Der Graf VON DER SCHULENBURG wurde von dem Handel benachrichtigt und in der Folge immer rechtzeitig von drohender Gefahr in Kenntnis gesetzt, und so blieben ihm wohl Kränkungen oder Schlimmeres erspart. Dieses Spiel wurde bis zum Zusammenbruch der westfälischen Herrschaft fortgeführt ⁵¹⁾.

Auch in einem anderen Falle konnte vermutlich WILHELM BODE helfend eingreifen. Im nahen Essenrode wohnte der mit den Wolfzburgern verwandte GRAF BÜLOW ⁵²⁾, der

Collegium Carolinum seit 1782 in Göttingen Rechtswissenschaft. Von 1784 bis 1786 weilte er als Begleiter des braunschweigischen Erbprinzen KARL GEORG AUGUST in Lausanne, trat nach der Rückkehr als Klosterrats-Assessor in den braunschweigischen Staatsdienst, widmete sich dann aber in Wolfsburg der Verwaltung seiner Güter. Mehrere Anerbieten des Königs JEROME um Übernahme hoher Staatsstellungen lehnte er ab, lediglich die ihm auf Empfehlung WOLFFRADTS übertragene Würde des Präsidenten der Reichsstände in Kassel übte er bei der zweimaligen Tagung dieses Gremiums aus. Herzog FRIEDRICH WILHELM berief ihn am 27. Dezember 1813 zum Leiter der provisorischen Regierungskommission, doch zog sich v. d. S. schon im März 1814 wieder nach Wolfsburg zurück, da er mit dem Herzog in den entscheidenden politischen Fragen nicht übereinstimmte. Nach dessen Tode übernahm v. d. S. auf Wunsch des Prinzregenten von Großbritannien als Vormund der Prinzen den Vorsitz im braunschweigischen Geheimrats-Kollegium, starb aber schon am 25. Dezember 1818. (ADB 32, S. 665 ff.).

⁵¹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18; danach P. ZIMMERMANN im Braunschw. Jahrb. 21 (1934), S. 64.

⁵²⁾ LUDWIG FRIEDRICH VIKTOR HANS GRAF VON BÜLOW, geboren am 14. Juli 1774 auf dem väterlichen Stammgut Essenrode, wurde 1801 Domänenrat in Berlin und 1804 Kammerpräsident in Magdeburg. Von 1808 bis 1811 war er westfälischer Finanzminister und bewährte sich trefflich in diesem schwierigen Amt. 1813 übertrug ihm der König von Preußen das Finanzministerium, 1817 das Handelsministerium. 1825 zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt, starb er bereits am 11. August 1825 zu Bad Landeck. (ADB 3, S. 533—538).

bis 1811 das dornenvolle Amt des westfälischen Finanzministers bekleidet hatte, dann aber, wohl auf Betreiben seines Nachfolgers MALCHUS ⁵³⁾ seiner Stellung enthoben wurde und sich auf sein Gut Essenrode zurückzog. Auf Anzeige eines „wegen schlechter Streiche cassierten Försters“, in dem wir wohl SPETH zu vermuten haben, wurde im April 1813 das Herrenhaus in Essenrode von westfälischen Gendarmen umstellt, die, begleitet von französischen Kürassieren, den Grafen VON BÜLOW mit Frau und Kindern nach Kassel abführten. Nach wenigen Tagen wurde BÜLOW als unschuldig freigelassen, da in seinen von der Polizei beschlagnahmten Papieren nichts Belastendes gefunden wurde. Denn auf dem üblichen Wege hatte der Graf v. D. SCHULENBURG den Grafen BÜLOW vor der drohenden Gefahr warnen können, und es war seiner Gemahlin noch möglich gewesen, alle etwa verdächtigen Schriftstücke, besonders einen Schriftwechsel mit dem preußischen Minister v. HARDENBERG über BÜLOWS Verwendung in preußischen Diensten, durch Verbrennen zu vernichten ⁵⁴⁾.

Aus diesen Erfahrungen zog BODE den Schluß: „Die geheime Polizei war eines der verächtlichsten westphälischen Institute, es würde aber größerer Schaden dadurch verursacht und mehr Menschen in Verlegenheit gesetzt und der Freiheit beraubt sein, wenn nicht jeder einigermaßen rechtliche Deutsche einen unüberwindlichen Widerwillen gegen solche Einrichtungen gefühlt und nach Kräften dahin gewirkt hätte, daß dieselben keine Wurzel schlagen konnten.“

Zweimal bemühte sich WILHELM BODE, wenn auch vergeblich, um einen größeren Wirkungskreis. Am 26. August 1811 bewarb er sich um die vakant gewordene Friedensrichterstelle in Schöningen, und am 8. September 1811 richtete er ein Gesuch an den Justizminister SIMBON, ihm die frei gewordene Stelle in Königsutter zu geben, da er seinen Amtsbereich in Bahrndorf sehr beschränkt empfinde und die Verhältnisse in Königsutter ihm gut bekannt seien.

Diese Bewerbungen wurden wohl veranlaßt durch WILHELM BODES bevorstehende Eheschließung. Seine dienstlichen Aufgaben hatten ihn des öfteren nach Helmstedt geführt, und eine Helmstedterin wählte er zur Ehefrau: CAROLINE HENKE, die Tochter seines am 2. Mai 1809 gestorbenen Lehrers, des Kirchenhistorikers PHILIPP KONRAD HENKE, die Enkelin des Professors JOHANN BENEDIKT CARPZOW, der als orthodoxer Theologe und ausgezeichnete Philologe eine Zierde der Helmstedter Universität gewesen

⁵³⁾ KARL AUGUST VON MALCHUS wurde am 27. September 1770 in Mannheim geboren. 1790 nahm ihn der mainzische Minister GRAF v. WESTPHALEN als Privatsekretär an. 1799 trat M. in den Dienst des Bistums Hildesheim über und wurde nach der preußischen Besetzung zum Kriegs- und Domänenrat bei der Halberstadt-Hildesheimischen Kammer bestellt. Im Königreich Westfalen schloß er sich eng an JEROME, der ihn zunächst zum Generaldirektor der Steuern, dann 1811 zum Finanzminister, 1813 zum Minister des Inneren ernannte und ihn 1812 zum Grafen von Marienrode erhob. Seit 1817 war M. kürzere Zeit Chef des Finanzwesens in Württemberg und lebte dann mit wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt bis zu seinem Tode am 23. Oktober 1840 in Heidelberg. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 7 Nr. 29 Vol. 4).

⁵⁴⁾ P. ZIMMERMANN, Graf Bülow und der „Abschied von Kassel“. Ztschr. d. Harzvereins 24 (1891), S. 49 f.; KLEINSCHMIDT, König. Westf., S. 577.

war. Vater und Großvater der Braut hatten die Würde eines Abtes des Stifts Königs-
lutter bekleidet.

Die Hochzeit fand am 14. November 1811 zu Helmstedt statt. Für gut zwei Jahre
wurde Bahrdorf der doch recht einsame Wohnsitz des jungen Paares. Die Bahrdorfer
Bauern aber behielten das freudige Ereignis sorgsam im Gedächtnis, da sie nach 25 Jahren
zur Silberhochzeit einen herzlichen Glückwunsch nach Braunschweig schickten.

KREISAMTMANN IN VORSFELDE UND RIDDAGSHAUSEN

Nachdem Herzog FRIEDRICH WILHELM ausgangs des Jahres 1813 die Regierung des Herzogtums Braunschweig wieder übernommen hatte, setzte er am 27. Dezember eine Regierungskommission zur Leitung der Landesverwaltung ein ⁵⁵⁾ und befahl am 30. Dezember, daß die zur Zeit des Königreichs Westfalen eingesetzten Behörden zunächst ihre Tätigkeit fortführen sollten ⁵⁶⁾. So blieb auch WILHELM BODE vorläufig weiter in Bahrdorf. Durch die herzoglichen Verordnungen vom 15. und 22. Januar 1814 ⁵⁷⁾ wurden dann Justizpflege und Verwaltung im Lande Braunschweig neu, wenn auch nur vorläufig geregelt. Dabei wurde insofern an die Verhältnisse vor 1808 angeknüpft, als den Kreisgerichten als den unteren Behörden sowohl die Rechtspflege in der ersten Instanz als auch die Verwaltungsbefugnisse der früheren fürstlichen Ämter übertragen wurden. Während aber im benachbarten Königreich Hannover einfach der alte Rechtszustand vor 1808 wieder hergestellt wurde, lebte im Herzogtum Braunschweig die alte Amtsverfassung nicht in vollem Umfange wieder auf. Die Patrimonialgerichtsbarkeit blieb aufgehoben, auch die früher herkömmliche Verbindung von Amtsverwaltung und Dominiilverpachtung blieb beseitigt. Die Bereiche der Kreisgerichte glichen auch nicht mehr den früheren Amtsbezirken. Sie entstanden aus der Zusammenfassung mehrerer westfälischer Kantone, wobei man bestrebt war, sie möglichst gleichmäßig groß zu bilden, und zwar „nicht zu klein, um den Richtern das nötige Ansehen zu geben, und nicht zu groß, damit die Untertanen ohne viele Beschwerde zu der vorgesetzten Behörde gelangen können“. Die Kreisgerichte wurden von Amtsmännern geleitet, denen Aktuare zur Unterstützung beigegeben wurden; diese Stellen wurden, und auch das war ein Fortschritt, ausnahmslos mit Juristen besetzt. Bei ihrer Auswahl griff die Regierung zunächst auf die alten braunschweigischen Beamten zurück, doch wurde denen, die in der westfälischen Zeit sich als allzu gefüßige Diener des Regiments Jeromes gezeigt hatten, der Wiedereintritt in den braunschweigischen Staatsdienst verwehrt.

Am 22. Januar 1814 wurde WILHELM BODE zum zweiten Beamten am Kreisgericht Vorsfelde mit einem Jahresgehalt von 600 Rtl. ernannt. Als er am 1. März 1814 sein

⁵⁵⁾ GVS 1814 Nr. 3.

⁵⁶⁾ GVS 1814 Nr. 4.

⁵⁷⁾ GVS 1814 Nr. 14 und Nr. 20.

neues Amt übernahm, wurde er zum Kreisamtmann ernannt; für den Umzug von Bahrdorf nach Vorsfelde wurden ihm 100 Rtl. Reisekosten bewilligt.

Das Kreisgericht Vorsfelde entstand durch die Zusammenlegung der westfälischen Kantone Vorsfelde, Bahrdorf und Calvörde. Mit den Kreisgerichten Helmstedt, Schöningen und Königslutter gehörte es zum Distrikt Schöningen als der Aufsichtsbehörde in den Angelegenheiten der Landesverwaltung. Zum Oberhauptmann wurde der Schatzrat VON PLESSEN auf Büstedt ernannt, der sicherlich an der Berufung BODES mitgewirkt hatte.

In Rechtssachen war das Kreisgericht zuständig in allen bürgerlichen Streitigkeiten, für Vormundschaftssachen sowie für die Führung der Hypothekenbücher; in Strafsachen bei Vergehen, deren Strafmaß 14 Tage Gefängnis nicht überschritt. In allen anderen Vergehen und Verbrechen hatte das Kreisgericht zwar die Ermittlung und Untersuchung zu führen, während die Prozeßführung und das Urteil dem Landgericht in Wolfenbüttel zustand, das an die Stelle der früheren Justizkanzlei trat.

Hinsichtlich der Verwaltungsfunktionen lag den Kreisgerichten zunächst die Aufsicht über die Gemeindeverwaltungen ob sowie über die Verwaltung der geistlichen Güter ihres Bezirks, sie hatten die Einsammlung der direkten Steuern und der Brandversicherungsbeiträge zu überwachen. Weiter gehörte die Polizeiverwaltung, die Aufsicht über die Straßen, Wege und Gewässer sowie über die Feuerlöschanstalten zu ihren Aufgaben, und schließlich wirkten sie in Militärsachen, besonders bei der Aushebung der Mannschaften mit.

An und für sich war die Vereinigung von Rechtspflege und Verwaltung in einer Behörde ein Rückschritt, und die weitere Entwicklung begünstigte dann auch immer mehr die Trennung der beiden Funktionen. Durch die Verwaltungsreform von 1823⁵⁸⁾, die 1825⁵⁹⁾ in Kraft trat, wurden die bisherigen Kreisgerichte in Ämter mit überwiegenden Verwaltungsaufgaben umgewandelt und dafür Bezirksgerichte eingerichtet, so daß in der Mittelinstanz die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt wurde. WILHELM BODE äußerte sich kritisch zu diesen Maßnahmen, die nach seiner Meinung einen unnötig hohen Kostenaufwand verursachten. Für den Bauern aber war es lästig und nachteilig, daß er nunmehr das Gericht häufig in großer Entfernung aufsuchen mußte und daß er mit Richtern zu tun hatte, die mit seinen Verhältnissen nicht bekannt waren und ihm nicht zugleich Ratgeber sein konnten. Deshalb führten Rechtsstreitigkeiten, die der eingesessene Beamte leicht ordnen konnte, oft zu Weitläufigkeiten und höheren Kosten. BODE meinte, daß die Gewaltentrennung in der Theorie ganz schön sei, sich in der Praxis aber weniger gut bewähre. Für ihn wäre eine einfachere und bessere Lösung die Einrichtung kollegial besetzter Kreisämter gewesen, in denen ein Verwaltungsbeamter diese Aufgaben hätte verantwortlich bearbeiten können⁶⁰⁾.

⁵⁸⁾ GVS 1823 Nr. 7.

⁵⁹⁾ GVS 1825 Nr. 8.

⁶⁰⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 9 Nr. 68.

Auch die Ergebnisse der Verwaltungsreform von 1832, die neben den Ämtern die Kreisdirektionen als reine Verwaltungsbehörden der Mittelstufe schuf⁶¹⁾, wie der Neuordnung von 1850⁶²⁾, die endgültig die Trennung von Justiz und Verwaltung durch Einrichtung von Amtsgerichten und Kreisdirektionen unter Fortfall der Ämter brachte, konnten WILHELM BODES Anschauungen nicht ändern. Die in einem fast fünfzigjährigen Dienstleben gesammelten Erfahrungen führten BODE zu dem Schluß, daß höchstens der zwanzigste Teil der Landesbewohner in der Lage war, sich in allen Rechtsfragen ein eigenes Urteil zu bilden. Deshalb bedürfen die Leute eines rechtschaffenen Ratgebers, und mit unbedingtem Vertrauen überlassen sie sich einem solchen, wenn sie zugleich überzeugt sind, daß er mit ihren häuslichen wie mit ihren Verhältnissen zum Gutsherren, zur Gemeinde oder zum Staat bekannt ist. Sie folgen dann dem erwählten Ratgeber blindlings, „wie ich unzählige Male zu beobachten Gelegenheit hatte, und ein Beamter, der zugleich das Vertrauen seiner Untergebenen besitzt, ist auch dem Staate ein unschätzbares Werkzeug. Unter den alten Verhältnissen (also vor 1808) konnte sich ein redlicher Beamter das Vertrauen leicht erschließen, da er alle Verhältnisse kannte und der Untertan es nur mit ihm zu tun hatte“.

In der westfälischen Zeit erfuhren dann Rechtsprechung und Verwaltung eine gewaltige Zersplitterung. Es gab Richter für geringere Sachen, ein Gericht für die wichtigeren, Vormundschaftsbehörden, Hypothekenbewahrer, Notare, Prokuratoren, den Maire und den Steueroffizianten. „Ich habe“, stellte BODE fest, „aus jener Zeit durch vielfältige Beobachtung die Überzeugung gewonnen, daß wenigstens auf dem Lande nichts mehr den Widerwillen gegen die Fremdherrschaft erregte als die Zersplitterung der Verwaltung in erster Instanz.“ Nach der westfälischen Zeit erfolgte zunächst zwar die Rückkehr zur alten Ordnung, daneben aber lief das Bestreben einiger Oberbehörden, sich besondere Unterbehörden zu schaffen, bis die Ämter schließlich ganz aufgegeben wurden, nachdem inzwischen schon viele ihrer ursprünglichen Aufgaben ihrem Wirkungskreise entzogen worden waren. „Wären die Kreisämter mit drei Beamten besetzt, von welchen einer auf die Verwaltung ausdrücklich und abgesondert angewiesen wäre, würden diese mit dem erforderlichen Unterpersonal ausgestattet, so wäre eine Behörde entstanden, die alle Geschäfte in erster Instanz zu besorgen im Stande war“⁶³⁾. WILHELM BODE sah die beste Lösung in einer Staatsverwaltung, bei der das Schwergewicht bei den Unter- und den Oberbehörden lag, während die Mittelbehörden, die zudem oft nicht mehr als Briefträger waren, durch ihre meist bürokratische Haltung den Verwaltungsablauf hemmten und erschwerten.

Gegen die von ihm gehaßte Bürokratie führte WILHELM BODE zeit seines Lebens einen zähen, wenn auch meist vergeblichen Kampf. Er fühlte sich nur in Stellungen wohl, die ihn in unmittelbare Verbindung zur Bevölkerung brachten und ihm die Entfaltung

⁶¹⁾ GVS 1823 Nr. 21 § 160.

⁶²⁾ GVS 1849 Nr. 35, 1850 Nr. 13.

⁶³⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 11 Nr. 18, S. 17.

eigener Initiative ermöglichten. Deshalb lehnte er mehrfach Berufungen in höhere Staatsämter ab.

So wurde ihm 1817 die Stellung eines Kammerrates angeboten, deren Übernahme für ihn neben der höheren Besoldung die Versetzung nach Braunschweig bedeutet hätte, die ihm bei seinen weitgespannten geistigen und wissenschaftlichen Interessen nur lieb sein konnte, da ihm der kleine und abgelegene Flecken Vorsfelde in dieser Hinsicht nichts zu bieten vermochte. BODE begründete in seinen Lebenserinnerungen diese Ablehnung: „Es wurden 1814 alle diejenigen in die Kammer geschoben, welche ihren Kenntnissen und Fähigkeiten nach sich nicht wenigstens zu Aktuaren eigneten und doch Anspruch auf Anstellung machten. Aus dieser faulen und untüchtigen Masse gingen dann die anmaßenden und nimmersatten Räthe und Assessoren hervor, welche mir der Präsident VON SCHRADER ⁶⁴⁾ 1818, als ich mich wegen Annahme einer Kammerrathsstelle erklären sollte, selbst die Polterkammer nannte.“ In diesem Jahre bestand das Oberpersonal der Herzoglichen Kammer aus 1 Präsidenten, 2 Direktoren, 22 Räten, 8 Assessoren, 2 Rechtskonsulenten und 14 Sekretären. Als Beispiel für die Arbeitsweise der Kammer erzählt BODE ein bezeichnendes Erlebnis. In Vorsfelde hatte er 1817 einen der Kammer zustehenden Zins von jährlich 6 Pfennigen zu bearbeiten. Er erhielt von dem Pflichtigen dessen Einverständnis, die geringfügige Schuld durch Zahlung eines einmaligen Betrages abzulösen, und reichte der Kammer einen dahin zielenden Antrag ein. Doch die Kammer lehnte den Vorschlag ab, weil nach Ansicht des zuständigen Referenten auch die Pfennigzinse einen Rat beschäftigten und ernährten. Bode bemerkte erbittert dazu: „Das sind Motive der Bürokratie!“ ⁶⁵⁾.

Am 2. August 1820 wurde WILHELM BODE zum ersten Beamten des Kreisgerichts Riddagshausen mit einem Jahresgehalt von 1000 Rtl. ernannt. Der Bezirk dieses Kreisgerichts umfaßte den östlichen Teil des heutigen Landkreises Braunschweig; der Dienstsitz war die Stadt Braunschweig, wo Bode auf dem Steinweg Nr. ass. 1927 eine Wohnung mietete. Wenn auch seine amtlichen Pflichten die gleichen wie in Vorsfelde blieben, so durfte er doch in der Verleihung dieser sicherlich begehrten Dienststelle eine Anerkennung seiner bisherigen Leistungen erblicken.

Auch als leitender Beamter des Kreisgerichts Riddagshausen blieb BODE seiner Abneigung gegen jeglichen Bürokratismus treu und suchte die Stellung der Gemeindevorsteher und damit die Selbstverwaltung der Gemeinden zu stärken und zu festigen. Um den Vorstehern ihre Arbeit zu erleichtern, entwarf BODE 1821 eine „Anweisung für

⁶⁴⁾ CARL HEINRICH URBAN VON SCHRADER, geboren 1765, besuchte seit 1781 das Collegium Carolinum, wurde als cand. jur. am 7. April 1787 zum Assessor bei der Fürstl. Kammer ernannt und am 18. März 1792 zum Kammerrat befördert. Am 17. Juni 1814 wurde er Vizekammerdirektor und übernahm am 9. Februar 1815 als Präsident die Leitung dieser Behörde. Am 23. Juni 1823 trat v. S. in den Ruhestand; er starb am 31. Oktober 1833 zu Braunschweig. (StABr: H III 3 Nr. 9).

⁶⁵⁾ StABr: H IV Nr. 71.

die Vorsteher der Gemeinden eines Herzoglichen Kreisgerichts“ ⁶⁶⁾). In dem umfangreichen Schriftstück behandelte er in 136 Abschnitten eingehend die Rechte und Pflichten der Gemeindevertretungen: zunächst die Verwaltung der Gemeindegüter und die Erhaltung ihrer Gerechtsame, die Kassenverwaltung und Rechnungslegung, die Ausübung der polizeilichen Aufgaben hinsichtlich der Gesundheits- und Medizinalpolizei, der Feuer- und Baupolizei, der Aufsicht über die Wege, Brücken und Gewässer, den Forst-, Fischerei- und Jagdschutz, die Armenpflege und weiter die Mitwirkung an Hoheitsaufgaben wie bei der Untersuchung von Verbrechen und der Verfolgung von Verbrechern, bei der Erhebung der öffentlichen Abgaben und der Mitwirkung bei Militärangelegenheiten wie der Aushebung oder der Einquartierung und schließlich die Erfüllung der der Gemeinde auferlegten Verbindlichkeiten gegen den Gutsherrn.

Als dem Leiter des Kreisgerichts Riddagshausen wurde WILHELM BODE die Anlage eines neuen Exerzierplatzes für die Braunschweiger Garnison übertragen. Das dafür vorgesehene Gelände westlich des Nußberges mußte zum größten Teil vom Kloostergut Riddagshausen zur Verfügung gestellt werden, doch wurden zur Abrundung des Platzes auch Flächen der Gemarkungsflur der Altenwiek benötigt. Durch Verhandlungen mit den Interessenten der Altenwiek konnte BODE durch Austausch mit staatlichem Grundbesitz die erforderlichen Grundstücke erwerben. Dieser Exerzierplatz bildet heute als „Prinz-Albrecht-Park“ eine wertvolle Grünfläche des Stadtgebiets. Auch die ihn durchschneidende Straße nach Riddagshausen verdankt BODE ihre Entstehung. In der gleichen Zeit hatte er den Bau eines neuen Wohn- und Wirtschaftsgebäudes des Grünen Jägers zu besorgen. Dieses am Rande der Buchhorst gelegene Gasthaus war damals wie heute ein beliebtes Ziel der Sonntagsspaziergänge der Braunschweiger Bürger. Auch die zu ihm führende Landstraße ließ BODE als einen mit Bäumen versehenen, befahrbaren Weg anlegen.

In der Landeshauptstadt trat Bode auch stärker an die Öffentlichkeit. So bildete er mit dem Assessor am Braunschweiger Stadtgericht GEITEL ⁶⁷⁾ und dem Prokurator HETTLING in Wolfenbüttel ⁶⁸⁾ den vorbereitenden Ausschuß für die Durchführung des

⁶⁶⁾ StABr: H IV Nr. 285.

⁶⁷⁾ AUGUST GEITEL, als Sohn eines Hauptmanns am 7. Januar 1779 in Braunschweig geboren, besuchte seit 1793 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 11. Mai 1794 in Helmstedt, seit dem 22. Oktober 1785 in Göttingen Rechtswissenschaften. Im braunschweigischen Staatsdienst als Hofsekretär tätig, war G. von 1808 bis 1813 Sekretär der Mairie Braunschweig, dann daselbst Stadtgerichtsassessor und seit 1824 Hofrat am Landgericht zu Wolfenbüttel, wo er am 10. Juni 1832 verstarb. (Braunschw. Mag. 12 [1906], S. 45). G. war ein eifriger Freimaurer; er leitete als Meister vom Stuhl 1809–1813 die Braunschweiger Loge.

⁶⁸⁾ JOH. HEINR. AUGUST HETTLING wurde am 12. April 1785 in Blankenburg am Harz als Sohn eines Advokaten geboren und bezog am 19. Oktober 1801 die Universität Helmstedt zum Studium der Rechtswissenschaften, das er in Jena abschloß. 1806 ließ er sich als Advokat in Wolfenbüttel nieder, wurde 1809 Assessor am Kriminalgericht des Okerdepartements in Wolfenbüttel, 1814 Land- und Appellationsgerichts-Prokurator, 1823 bis 1826 Assessor cum voto im Konsistorium, 1826 Hofrat am Landgericht, 1843 am Oberappellationsgericht und

Jubelfestes der Julia Carolina, das am 29. Mai 1822 in Helmstedt abgehalten wurde und über 300 ehemalige Helmstedter Studenten in ihrer Musenstadt zusammenführte. WILHELM BODE machte sich um die erfolgreiche Durchführung des Planes, wie die Festschrift vermerkt, besonders verdient. Zu dieser Festschrift steuerte BODE eine wissenschaftliche Abhandlung bei: „Rückblick auf die Verfassung des Fürstentums Wolfenbüttel unter den Herzögen Heinrich den Jüngeren und Julius und deren Kanzler Joachim Münsinger von Frondeck zur Erläuterung der Verhältnisse, unter welchen die Universität Helmstedt errichtet wurde“⁶⁹⁾.

Im Herbst des folgenden Jahres übernahm Herzog KARL II. die Regierung des Herzogtums Braunschweig. Von Halberstadt kommend, zog er am 29. Oktober 1823 feierlich und von der Bevölkerung herzlich begrüßt, in das Land ein. An der Grenze des Wolfenbüttler Distrikts bei Semmenstedt empfingen ihn stolz zu Pferde der Oberhauptmann VON KALM⁷⁰⁾ und die leitenden Beamten der Kreisgerichte, unter ihnen WILHELM BODE, und geleiteten den jungen Fürsten in die Landeshauptstadt. Zwischen dem Lechlumer Holze und dem Großen Weghause hatte sich das 1000 Mann starke Korps der Landleute aus dem Kreisgericht Riddagshausen zur Begrüßung des Landesherrn aufgestellt. Vom Weghause ab gab das berittene Korps der Braunschweiger Kaufmannschaft dem Herzog das Ehrengelcit⁷¹⁾.

Dienstlich bedeutete es für WILHELM BODE eine Auszeichnung, daß er am 4. Juni 1824 zum Mitglied der Landes-Ökonomie-Kommission, der die Bearbeitung und Durchführung der Gemeinheitsteilungen und Spezialseparationen übertragen worden war, berufen und ihm gleichzeitig nebenamtlich die Geschäftsführung der Kommission anvertraut wurde. Da BODE in seiner Wohnung dafür Geschäftsräume zur Verfügung stellen konnte, wurde ihm außer der jährlichen Remuneration von 200 Rtl. eine Mietentschädigung von 60 Rtl. gewährt.

Besonders dankbar empfand WILHELM BODE die ihm in Braunschweig gegebene Möglichkeit, seinen geschichtlichen Neigungen durch das Studium der Quellen nachzugehen. Auch fand er Aufnahme in einen Kreis von Freunden der Geschichtswissenschaft, insonderheit der vaterländischen, der im Großen Weghaus in Klein Stöckheim zu gegenseitiger Aussprache und Anregung zusammenkam. Wie schon in der Zeit der Aufklärung in dem halbwegs zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel gelegenen Gasthaus der Kreis der Lessing-Freunde sich traf, so kamen auch jetzt hier zahlreiche geistig interessierte

1850 als Präsident des Obergerichts der höchste Richter des Landes. Seit 1840 leitete H. nebenamtlich das Landeshauptarchiv, an dem er schon 1818 bis 1827 als Mitarbeiter tätig gewesen war. Er starb am 28. Oktober 1857 in Wolfenbüttel. (H. KLEINAU, *Gesch. d. Staatsarchivs Wolfenbüttel*, S. 94).

⁶⁹⁾ V. STROMBECK, *Feier des Gedächtnisses der Julia Carolina* (1822).

⁷⁰⁾ VALENTIN FRIEDRICH VON KALM, in Riddagshausen 1783 geboren, besuchte seit dem 3. Mai 1800 das Collegium Carolinum, war Besitzer des Rittergutes Halchter und starb am 19. Juli 1829.

⁷¹⁾ W. FRANCKENSTEIN, *Braunschw. Heimat* 20 (1929), S. 153.

Männer aus Wolfenbüttel und Braunschweig zusammen. Aus Wolfenbüttel gehörten zu diesem Kreise der Oberappellationsrat v. STROMBECK, der als vielseitiger Schriftsteller hervorgetreten war⁷²⁾, der Archivar HETTLING, die Obergerichtsräte GEITEL und DEDEKIND⁷³⁾, der Konrektor G. T. A. KRÜGER und als der geistig und wissenschaftlich bedeutendste unter ihnen der Bibliothekar F. A. EBERT⁷⁴⁾. Aus der Stadt Braunschweig gehörten neben anderen zu diesem Kreise der Verlagsbuchhändler E. VIEWEG, der Gymnasialdirektor Dr. FRIEDEMANN, die Kammerräte Dr. LÜDERSEN und RAOUL DE BOSSE⁷⁵⁾ sowie WILHELM BODE.

⁷²⁾ FRIEDRICH KARL VON STROMBECK, als Sproß eines alten Patriziergeschlechtes am 16. September 1771 zu Braunschweig geboren, besuchte seit 1787 das Collegium Carolinum und studierte von 1789 bis 1793 in Helmstedt und Göttingen Rechtswissenschaften, betrieb daneben aber auch ein eifriges Studium der klassischen wie der neueren Sprachen. Nach einer Bildungsreise, die ihn nach Oberitalien und Venedig führte, trat er 1795 als außerordentlicher Assessor beim Hofgericht in Wolfenbüttel in den Staatsdienst ein, übernahm aber 1799 die Stellung eines Hof- und Abteirates bei der Fürstäbtissin Auguste Dorothea zunächst in Gandersheim, seit 1801 nahm er seinen Wohnsitz in Braunschweig. Im Königreich Westfalen war v. S. zunächst als Präsident des Distriktgerichts in Einbeck tätig; am 1. September 1810 wurde er zum Präsidenten des Appellationshofes in Celle ernannt. Er stand beim Justizminister SIMEON in hoher Gunst. Auf dessen Veranlassung wurde S., der am 2. September 1812 in den Freiherrnstand erhoben wurde, im August 1813 als Staatsrat nach Kassel versetzt. Nach dem Zusammenbruch des Königreichs Westfalen kehrte S. nach Wolfenbüttel zurück und lebte hier als Privatgelehrter, da ihm wegen seines Verhaltens unter der Fremdherrschaft der Eintritt in den braunschweigischen Staatsdienst verwehrt wurde. Dafür war er seit dem 24. August 1816 als lippischer Geh. Justizrat am gemeinsamen Oberappellationsgericht in Wolfenbüttel tätig. Am 2. Januar 1843 nun auch von Braunschweig zum Präsidenten des Obergerichts ernannt, trat er bald darauf in den Ruhestand und starb am 17. August 1848 zu Wolfenbüttel. (R. FIGGE, Braunschw. Jahrbuch 36 [1955], S. 99—156).

⁷³⁾ FRANZ JOSUA DEDEKIND stammte aus Wolfenbüttel, studierte seit dem 23. April 1804 in Helmstedt und seit dem 23. Oktober 1805 in Göttingen Jurisprudenz, war seit 1808 als Assessor am Tribunal in Wolfenbüttel und seit 1811 als Friedensrichter im Canton Braunschweig tätig. 1814 wurde er Stadtrat in Braunschweig, 1823 Hofrat am Landgericht in Wolfenbüttel und 1837 Oberappellationsrat. 1835 zum Propst von Marienberg ernannt, stieg er 1847 zum Präsidenten des Oberlandesgerichts auf. D. starb zu Wolfenbüttel am 15. November 1863. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 14).

⁷⁴⁾ FRIEDRICH ADOLF EBERT, als Sohn eines Geistlichen am 9. Juli 1791 zu Taucha bei Leipzig geboren, studierte seit 1808 in Leipzig zunächst Theologie, widmete sich aber seit 1810 historisch-philologischen Studien und erwarb 1812 in Wittenberg die Magisterwürde. Nach kurzer Beschäftigung an der Leipziger Universitätsbibliothek wurde er im September 1814 als Sekretär an die Königl. Bibliothek in Dresden berufen. Im April 1823 ging er als Bibliothekar nach Wolfenbüttel, kehrte aber schon am 1. April 1825 aus Rücksicht auf seine schwache Gesundheit nach Dresden zurück, wo er 1828 zum Oberbibliothekar ernannt wurde, aber schon am 13. November 1834 verstarb. (BÜRGER, F. A. Ebert).

⁷⁵⁾ RUDOLF HEINRICH BERNHARD (VON) BOSSE wurde am 23. April 1778 zu Braunschweig geboren, wo sein Vater als Konrektor am Katharinengymnasium tätig war. Nach dem Besuch des Collegium Carolinum studierte B. seit dem 10. Mai 1797 in Helmstedt und Göttingen Rechts- und Staatswissenschaften und begleitete dann den GRAFEN RÖTGER VON VELTHEIM-HARBKE zur Universität Göttingen und auf Reisen. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt in seiner Vaterstadt trat B. 1803 als Sekretär an der Geheimen Kanzlei in den Staatsdienst. In der westfälischen Zeit war er zunächst Sekretär des Kultusministers JOHANN V. MÜLLER,

Über den Zweck der Vereinigung, die als Vorläufer des Braunschweigischen Geschichtsvereins betrachtet werden kann, unterrichtet uns ein Brief ⁷⁶⁾, mit dem Dr. LÜDERSSSEN am 6. Februar 1825 F. A. EBERT zur Teilnahme an einer für den 10. Februar festgesetzten Versammlung einlud:

Hochgeehrtester werthester Freund!

Ihr mir schon vorläufig gegebenes Versprechen, mich und unsere literarischen Freunde am nächsten Donnerstag den 10ten d. M. mit Ihrer Gegenwart erfreuen zu wollen, lässt mich mit Gewissheit darauf rechnen auch nun jetzt, wenn ich die gethane Bitte wiederhole, keine ablehnende Antwort zu erhalten.

Denken Sie nicht in eine Versammlung zu kommen, wie die sein wird, die besonders dazu beygetragen hat Sie uns zu entreissen, sondern erwarten Sie nur einen unbedeutenden Verein von Leuten, die sich zur Erholung anrechnen, die wenige Zeit die ihnen bleibt zu ihrem eigenen Fortrücken in der Kenntniss der Geschichte des Vaterlandes zu verwenden, und die nun seit einigen Jahren, ohne alle äussere Form, ohne irgend eine Spur von Ceremoniell, ganz im Stillen, doch vielleicht einiges zusammengebracht haben, was nicht ganz uninteressant ist. Ein solcher Verein der übrigens bey seinen Forschungen des Frohsinns nicht vergisst und dieselben jedesmal mit einem freundschaftlichen prunklosen Mahle schließt, erwartet Sie mit offenen Armen. Leben Sie wol bis Sie mit Freuden bey sich bewillkommnet

Ihr gehorsamst ergebenster Diener

R. H. Lüderssen Dr

Braunschweig, d. 6. Febr. 1825

WILHELM BODE schloß sich eng an EBERT an. In einem Briefe vom 10. Januar 1824 ⁷⁷⁾ sprach BODE über seine wissenschaftlichen Pläne: „Unter dem Titel: Beiträge zur Geschichte des Herzogthums Braunschweig habe ich ein Werk angefangen, von welchem der

dann Mitglied der Oberrechnungskammer. Er war ein eifriger Diener König JEROMES, der ihn auch in den Adelsstand erhob. Deshalb erwuchsen B. Schwierigkeiten bei der Wiederanstellung im braunschweigischen Staatsdienst. Er wurde zwar 1815 zum Kammerassessor ernannt, aber „ohne daß ihm weder der Zutritt in das Fürstl. Kammerkollegium noch eine Stimme darin zugestanden“ war, und wurde lediglich mit der Revision und Abnahme der Amtsrechnungen beschäftigt. Dann gelang es B., das Vertrauen des Herzogs KARL zu gewinnen, der ihn als Staatsrat in das Ministerium berief. Nach dem Umsturz 1830 blieb B. ohne Staatsamt und widmete sich altphilologischen und historischen Studien. Er starb am 20. Februar 1855 zu Braunschweig. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 27, 28).

⁷⁶⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 240.

⁷⁷⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 233.

erste Band bereits gedruckt wird. Er enthält die Geschichte der Grundsteuern des Herzogthums und die Dokumente sind angehängt, aus welchen der Gegenstand sich beurtheilen läßt. In einem zweiten Bande wünsche ich die Geschichte unserer Gegend bis zum Abgange der sächsischen Kaiser zu verfolgen, und zu diesem Zwecke habe ich schon vieles gesammelt. Der Titel bindet mich nicht an eine bestimmte Reihenfolge, fordert auch nicht bloss eigene Ausarbeitungen und Aufsätze. Sollten Sie daher auf handschriftliche Nachrichten und Aufsätze stossen, die noch wenig oder überall nicht benutzt sind, und die zu Erläuterung der Landesgeschäfte benutzt werden können, so würden Sie mich recht sehr verbinden, wenn Sie mich darauf aufmerksam machen wollen.“

Nachdem die von VIEWEG verlegte „Geschichte der Grundsteuern“ im Sommer 1824 erschienen war, ermunterte EBERT in einem Briefe vom 15. November 1824 BODE zur Fortführung seiner Forschungen: „Ich bitte Sie, auch ferner die Zeit, welche Ihnen Ihre Amtsgeschäfte frei lassen, Forschungen zu widmen, welche gewiß zu sehr erfreulichen und interessanten Resultaten führen. Bei allen Ihren Forschungen haben mich die Ruhe, Unbefangenheit und Schärfe der Beobachtung, die man bei der Bearbeitung der Provincialgeschichte so selten findet, so angesprochen, daß ich nur aus Ihrer Feder die Aufhellungen unserer frühesten Landesgeschichte erwarte, an denen doch ein großer Mangel ist und durch welche Sie Sich zugleich um die Provincialgeschichte anderer deutschen Staaten ein wahres Verdienst erwerben werden“ ⁷⁸⁾).

Auf eine Anfrage EBERTS wegen eines Mainzer Ablassbriefes aus der Mitte des 15. Jahrhunderts antwortete WILHELM BODE am 8. August 1824 ⁷⁹⁾: „In der verflossenen Nacht bin ich von einer Reise in das herrliche Ilsethal und auf den Brocken zurückgekehrt. Das Wetter war so günstig, dass selbst mein Führer, der den Brocken seit langer Zeit wöchentlich bestieg, eines reineren schöneren Himmels, einer klareren Aussicht in die umliegenden Thäler, sich nicht entsinnen konnte. Es war mir um so lieber, einen so glücklichen Zeitpunkt getroffen zu haben, da meine Frau die Reise mit mir machte und zum ersten Male den Brocken bestieg.

Ihr werthes Schreiben war das erste, was mir, nach meiner Rückkunft, in die Hände fiel, und ich halte es für meine Pflicht, Sie wegen des darin erwähnten seltenen Druckes so schnell als möglich zu beruhigen. Sie haben mir zwar untersagt, des Gegenstandes wegen mit dem Kammerrathe Mahner zu reden, darin liegt aber nicht das Verbot, Mahners Reden anzuhören, und diese nur habe ich Ihnen schleunig mitzutheilen.

Ich hatte heute dem H. M. 2 Bände von Lichtenbergs Schriften zurück zu geben und bei dieser Gelegenheit kam das Gespräch auch auf den Ablassbrief. Es wurde verabredet, noch in dieser Woche einen Nachmittag zu der Reise nach Wolfenbüttel zu benutzen und dort auf der Bibliothek den seltenen Druck feierlich zu übergeben. Der Kammerrath sagte mir, dass der Ablassbrief der Bibliothek schon angehört und dass er daneben ein

⁷⁸⁾ BÜRGER, F. A. Ebert, S. 103.

⁷⁹⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 233 f.

Verzeichnis von alten seltenen Drucken, die in der Bibliothek des Stiftes St. Blasii sich befinden, aufgestellt habe, um Ihnen die Auswahl zu erleichtern. Sie sind meistens aus den Jahren 1471 bis 1480. So werde ich das Vergnügen haben, den Schatz Ihnen selbst mit zuzuführen und nur von dem unbedeutenden Umstande wird die Bestimmung des Tages der Übergabe abhängig sein, dass ein zerbrochenes Rad an meinem Wagen wieder hergestellt ist.“

Auf die Nachricht, daß F. A. EBERT um seine Entlassung gebeten hatte, um nach Dresden zurückzukehren, schrieb ihm WILHELM BODE am 11. November 1824 sehr betrübt ⁸⁰⁾:

„Von wiederholten Kommissionsreisen und manchen beschwerlichen Geschäften ermüdet kehrte ich in der verflossenen Woche hierher zurück, um nun den Winter hindurch meinem Amtsbezirke und daneben meinen Lieblingsstudien mich zu überlassen. Mit Wehmuth hörte ich, was Sie, hochgeehrtester Freund! inzwischen beschlossen haben. Ich erkenne Ihre Gründe an und ich erlaube mir darüber keine Bemerkung; allein wie tief ich den Verlust fühle, wie mir die angenehmsten Aussichten in die Zukunft nun abgeschnitten werden, darf ich Ihnen klagen. Wie ich, denken und urtheilen alle meine Bekannte. Nehmen Sie kein freundliches Bild aus Braunschweig und seiner Umgebung mit zurück, so ist zu beklagen, dass Ihnen die Kürze der Zeit Ihres Aufenthaltes in hiesiger Gegend nicht gestattete, das Bessere näher kennen zu lernen, und herzlich wünsche ich, dass die Rückerinnerung an Ihre gegenwärtigen Verhältnisse Ihnen einst nicht in jeder Hinsicht schmerzlich sein mag.

Ich hoffe, dass die Veränderung nicht so schnell vor sich gehen wird, dass man nicht noch Gelegenheit hätte, Sie zu sehen und zu sprechen. Zeither habe ich noch so manche mir interessant scheinende Entdeckungen in Beziehung auf die Geschichte des Mittelalters gemacht, dass ich recht grosses Verlangen trage, Ihr Urtheil zu hören. Ich habe neue Ansichten gefasst über das Entstehen und die Ausbildung der Städte und Flecken, der Amtsbezirke, der Burgfestdienste, des Schutzgeldes pp und eine grosse Zahl aufgefundener Denkmäler unterstützt meine Beweise. Gönnen Sie mir nur gelegentlich noch eine Stunde, und dann kann ich Ihnen auch für frühere Zeiten noch Manches vorlegen.

Ich liess in Helmstedt eine heidnische Grabstelle öffnen. Ich fand nicht nur was ich suchte, eine durch grosse Steine auch in der Erde bezeichnete Grabstätte und umher viele Urnen, sondern zugleich in den Urnen die interessantesten Gegenstände, und Gerätschaften von Eisen, Kupfer und Gold. Manche derselben sind so sauber gearbeitet, dass sie auf eine grosse Kunstfertigkeit der damaligen Zeit deuten.

Doch alles dieses wird in Zukunft für mich nicht den grossen Reiz haben, da ich kaum Gelegenheit finden werde, mit jemand darüber zu sprechen. Sie interessieren Sich für jeden Zweig der Wissenschaft und dass ich Sie für die Zukunft verliere, ist mir ein grosser Schmerz, ein recht grosser Verlust.“

⁸⁰⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 235.

EBERT behielt die Braunschweiger Freunde, mit denen er auch weiter Briefe wechselte, in gutem Gedenken. Noch in einem Briefe ⁸¹⁾, den er am 14. Mai 1833 an FR. A. v. STROMBECK schrieb, erinnerte er sich gern der Zusammenkünfte im Großen Weghaus: „Grüßen Sie alle, die sich meiner noch erinnern, auf das Herzlichste und freundlichste von mir: namentlich Hettling, Grabenhorst ⁸²⁾ und Bode. Ach, wer einmal wieder einen Weghaus-Club mit feyern könnte!“

⁸¹⁾ BÜRGER, F. A. Ebert, S. 130.

⁸²⁾ JOHANN GEORG GRABENHORST, geboren 1756 zu Braunschweig, besuchte seit 1774 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 10. April 1779 Theologie an der Universität Helmstedt, war längere Zeit Subsenior der Kollegiaten des Klosters Riddagshausen und von 1801 bis zu seiner Eremitierung 1844 Pastor an der Johanniskirche zu Wolfenbüttel.

MAGISTRATSDIREKTOR IN BRAUNSCHWEIG

Als die Stadt Braunschweig im Frühsommer 1671 nach kurzer Belagerung sich der durch die Welfenherzöge vertretenen landesfürstlichen Macht beugte, ging mit ihrer politischen Unabhängigkeit auch das bisher zäh behauptete mittelalterliche Verwaltungs- und Wirtschaftssystem zu Ende. Der von den Zeitgenossen schmerzlich empfundene Verlust der Bürgerfreiheit war die Folge der Eingliederung der Stadt in die Machtsphäre der absolutistisch regierenden Wolfenbüttler Herzöge, welche die bisherigen Vertretungen der Bürgerschaft rücksichtslos beseitigten und Rechtsprechung wie Verwaltung in die Hände fürstlicher Behörden legten. Wenn diese Maßnahmen auch den Bürgern Braunschweigs damals hart und unbillig erscheinen mußten, so brachten sie doch der Stadt die wohlthätige Beseitigung mancher überlebter Einrichtungen. So wurde eine einheitliche Verwaltung der Stadt anstelle der fünf getrennten Sonderverwaltungen der Weichbilde eingeführt. Im Jahre 1695 wurde das braunschweigische Sonderrecht aufgehoben und durch die im Reiche geltenden Rechtsnormen ersetzt. Die Herzöge nahmen freilich der Stadt ihre gesamten Besitzungen, wobei sie jedoch das Aufkommen aus diesen Gütern zunächst zur Tilgung der zu gewaltiger Höhe aufgelaufenen Schulden des Gemeinwesens verwandten.

Auch um die Förderung des Handels und Wandels Braunschweigs bemühte sich die Landesregierung nachdrücklich und erfolgreich, besonders durch die 1681 eingerichteten Warenmessen, die dank der zentralen Lage Braunschweigs im damaligen deutschen Verkehrsnetz schnell große Bedeutung erlangten. Erhebliche wirtschaftliche Anreize brachte auch die Verlegung der fürstlichen Residenz von Wolfenbüttel nach Braunschweig, das damit die Hauptstadt des Landes wurde. Besonders liebevoll aber förderte der Herzogshof kulturelle und künstlerische Bestrebungen, durch welche Braunschweig ein nicht unbedeutendes Kulturzentrum der Aufklärungszeit wurde, dessen Schöpfungen wie das Opernhaus, das Collegium Carolinum und die im Anton-Ulrich-Museum vereinigten fürstlichen Sammlungen noch heute wesentliche Züge des geistigen Lebens der Stadt Braunschweig prägen.

Mit der Besetzung der Stadt und des Herzogtums Braunschweig durch die Armee Napoleons I. als Folge der Niederlage von Jena und Auerstedt im Herbst 1806 endete das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus. Im westfälischen Königreich erhielt zwar die Stadt Braunschweig eine gewisse Selbständigkeit, doch blieb bei der streng zentralistisch

ausgerichteten Verwaltung Westfalens für die Initiative des Bürgertums nur ein sehr beschränkter Raum.

Nach der Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Landesherrschaft im Frühjahr 1814 wurde der Zustand, wie er zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestanden hatte, zunächst wiederhergestellt. Es wurde also wie vor 1806 als Stadtbehörde ein Stadtgericht eingesetzt, als dessen Vorsitzender der frühere Bürgermeister WILMERDING mit dem etwas irreführenden Titel „Stadtdirektor“ bestellt wurde. Ihm unterstanden fünf Richter als „Stadträte“, zwei Assessoren und vier Stadtsekretäre. Dieses Stadtgericht hatte auch die Verwaltungsangelegenheiten zu besorgen, soweit nicht besondere fürstliche Verwaltungsbehörden für einzelne Verwaltungszweige zuständig waren. Dem herzoglichen Polizeidirektor wurde Sitz und Stimme im Stadtgericht und zwar zunächst nach dem Stadtdirektor gegeben. Das Stadtgericht stand unter der Fürstlichen Kammer als höherer Polizei- und Verwaltungsbehörde; es war also uneingeschränkt eine herzogliche Behörde, auf deren Zusammensetzung die Bürgerschaft keinerlei Einfluß geltend machen konnte⁸³⁾.

Der Stadtdirektor JOHANN HEINRICH WILMERDING, als Sohn des Bürgermeisters JOHANN HEINRICH WILMERDING (1705—1782) in Braunschweig am 8. April 1749 geboren, besuchte das Martineum seiner Vaterstadt und studierte in Leipzig und seit dem 24. April 1771 in Göttingen Rechtswissenschaften. Er ließ sich nach Abschluß seiner Studien zunächst als Advokat in Braunschweig nieder, schlug dann aber die Richteraufbahn ein. Nachdem er als Sekretär des Obergerichts tätig gewesen war, wurde er Direktor des Untergerichts und schließlich Bürgermeister und Syndikus des Obergerichts; nebenamtlich übte er die Funktion des Präsidenten des Fürstlichen Ober-Sanitäts-Kollegiums aus. Da WILMERDING einer vermögenden Familie entstammte, zog er sich 1808 bei der Errichtung des Königreichs Westfalen von seinen Ämtern zurück und lebte als Privatmann; lediglich als Deputierter des Departements der Oker nahm er 1808 und 1810 an den Sitzungen des westfälischen Reichstages teil.

F. C. v. STROMBECK sagt von WILMERDING: „Sein Charakter war ein althanseatischer, sein Sinn republikanisch. Recht und Gerechtigkeit und bürgerliche Freiheit gingen ihm über alles“⁸⁴⁾. Hatte die herzogliche Regierung die Urkunden und Akten des städtischen Archivs ängstlich den Blicken der Bürger Braunschweigs entzogen, so bot die westfälische Zeit Wilmerding die Möglichkeit, das Stadtarchiv für den Nachweis der Berechtigungen und Besitzungen der Stadt in der Zeit vor 1671 ungestört zu durchforschen, die Beweise für ihre künftige Geltendmachung zu sammeln und derart die im Laufe eines Jahrhunderts verdunkelten Kenntnisse vom einstigen Stadtvermögen wieder zu erhellen. Denn das durch die Freiheitskriege stark belebte liberale und demokratische Gedankengut, dem sich ja auch die Regierungen nicht ganz verschließen konnten und wollten, ließ die Möglichkeit ahnen, in nicht allzuferner Zeit die alten Rechte der Selbstverwaltung wieder zur Geltung zu bringen.

⁸³⁾ StABr: D III I Nr. 2.

⁸⁴⁾ Neues vaterl. Archiv 1828 II, S. 332—341.

Die von der vormundschaftlichen Regierung des Herzogtums Braunschweig 1823 durchgeführte Trennung von Justiz und Verwaltung gab auch der Stadt Braunschweig die Selbstverwaltung, wenn auch noch in mancher Beziehung beschränkt, wieder. Nach der Verordnung über die Polizei- und Gemeindeverwaltung vom 26. März 1823 sollte der Magistrat als Leiter der Selbstverwaltung aus dem Direktor und mehreren Mitgliedern bestehen, die von den 24 Stadtdeputierten als Vertreter der Bürgerschaft zu wählen waren. Der Polizeidirektor der Stadt wurde vom Staate bestellt, trat aber mit Sitz und Stimme in den Magistrat ein⁸⁵⁾. Der Magistrat unterstand unmittelbar der Herzoglichen Kammer als zentraler Verwaltungsbehörde.

Diese Ordnung der künftigen Selbstverwaltung der Stadt Braunschweig ging auf Vorschläge zurück, die am 4. Juni 1822 der Bürgermeister WILMERDING auf Veranlassung des Geheimen Rats VON SCHMIDT-PHISELDECK dem Geheimen Ratskollegium übergeben hatte. WILMERDING empfahl, dem Magistrat alle die Stadt betreffenden Verwaltungsaufgaben mit Ausnahme der Gerichtsbarkeit zu übertragen. Der Magistrat sollte bestehen aus einem juristisch vorgebildeten Stadtdirektor (Stadtpräsident, Oberbürgermeister), einem gleichfalls rechtskundigen zweiten Bürgermeister und einem Stadtrat (Senator, Ratsherr) als Kämmerer; diese drei Magistratsmitglieder sollten fest besoldet und auf Lebenszeit gewählt werden. Dazu traten zwei aus den hausbesitzenden Bürgern auf jeweils sechs Jahre zu wählende ehrenamtliche Stadträte und zwei Sekretäre ohne Stimmrecht, der eine, der rechtskundig sein sollte, für die Führung der Protokolle, der andere für die Bearbeitung der Steuerlisten und die Verwaltung der Registratur. Auch WILMERDING billigte dem Polizeidirektor Sitz und Stimme im Magistrate zu. Die Beschlüsse sollten kollegialisch mit Stimmenmehrheit gefaßt werden.

WILMERDING schlug weiter vor, die Wahl der Magistratsmitglieder durch gemeinsamen Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten erfolgen zu lassen. Für die erste Besetzung des Magistrats sollten die beiden bisherigen Sachbearbeiter der Verwaltungsangelegenheiten beim Stadtgericht ohne Wahl in den Magistrat eintreten; die dann noch notwendigen Ergänzungswahlen sollten den Stadtverordneten allein obliegen. Deren Zahl bemaß WILMERDING auf 24, und zwar 16, die aus den Hausbesitzern auszuwählen waren, und 8 aus der übrigen Bürgerschaft. Sie sollten nach WILMERDINGS Meinung auf Lebenszeit gewählt werden, um eine gewisse Beständigkeit zu sichern; bei frei werdenden Stellen sollte die Ergänzungswahl durch die Stadtverordneten selbst, die Bestätigung der Wahl durch den Stadtmagistrat erfolgen.

WILMERDING hatte seine Vorschläge, die dann im wesentlichen in das Gesetz übernommen wurden, auch den Stadtdeputierten zur Stellungnahme vorgelegt. Sie waren im allgemeinen einverstanden, nur hielten sie 18 Stadtverordnete für ausreichend, weiter sollte der Polizeidirektor als herzoglicher Beamter im Magistrat auf die Mitwirkung bei

⁸⁵⁾ Verordnungs-Sammlung 1823, S. 38—53, hier § 3.

Polizeiangelegenheiten beschränkt werden, auch kein Stimmrecht bei Ergänzungswahlen besitzen ⁸⁶⁾).

Durch eine Verordnung vom 9. Juni 1825 wurde die Durchführung der Wahlen angeordnet ⁸⁷⁾. Zunächst waren die Stadtverordneten zu bestimmen. Am 5. Juli 1825 befahl das Geheime Ratskollegium, daß WILMERDING zusammen mit dem Stadtgerichtsassessor STISSER und Landessteuerrat LANGERFELDT die 24 Stadtverordneten auswählen solle. Bei den später notwendig werdenden Ergänzungswahlen hatten die Verordneten „aus den angesehensten und rechtlichsten Bürgern aller Klassen“ jeweils zwei Bewerber dem Magistrat zur Auswahl vorzuschlagen. Jährlich schieden zwei Deputierte aus ihrem Amt, konnten aber wiedergewählt werden.

Nachdem also die 24 Stadtdeputierten eingesetzt worden waren, konnte nunmehr zur Wahl des Direktors des künftigen Magistrats geschritten werden. Zuvor noch forderte das Staatsministerium den alten Magistrat auf, das Gehalt des künftigen Magistratsdirektors zu bestimmen. Der einstimmig gefaßte Beschluß brachte 1500 Rtl. in Vorschlag, dem die Kammer zustimmte und den das Ministerium am 18. August genehmigte.

Vorsorglich hatte das Staatsministerium die Herzogl. Kammer aufgefordert, zwei zum Magistratsdirektor geeignete Bewerber vorzuschlagen. Die Kammer nannte die Kammerräte MAHNER sen. ⁸⁸⁾ und LÜDERSEN. Dazu hatte sich der bisherige Stadtrat RABERT ⁸⁹⁾ selbst beim Ministerium um die Stellung des Magistratsdirektors beworben. Aber der Stadtdirektor WILMERDING verfolgte seine eigenen Pläne.

WILMERDING sah in der Neuregelung der Stadtbehörden die Möglichkeit, die verwaltungsmäßige und finanzielle Unabhängigkeit Braunschweigs wiederherzustellen. Diese gegen die Ansprüche einer selbstbewußten und herrschgewohnten Bürokratie durchzusetzen, konnte freilich nur einer unabhängigen und tatkräftigen Persönlichkeit als Stadtoberhaupt gelingen. Diesen Mann sah WILMERDING in WILHELM BODE. Ihn empfahlen zudem seine gründlichen und aus den Quellen geschürften geschichtlichen Kenntnisse, die es ihm ermöglichten, die Waffen für den bevorstehenden Kampf zu schmieden. Und WILMERDING gelang es, zumal er zum Staatskommissar für die Wahlhandlung bestimmt worden war, dank seines großen Einflusses die Wahl WILHELM BODES zum Stadtoberhaupt durchzusetzen.

⁸⁶⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 13d Nr. 5329.

⁸⁷⁾ Verordnungs-Sammlung 1825, S. 198 f.

⁸⁸⁾ WILHELM MAHNER, geboren 1769 als Sohn des Wirkl. Geheimen Rats JOH. PAUL M., studierte seit dem 26. Oktober 1789 in Helmstedt Rechtswissenschaften, war in der westfälischen Zeit als Domänenreceveur tätig, wurde 1814 als Kammerassessor angestellt, 1819 zum Kammerrat, 1833 zum Geheimen Kammerrat befördert. Er starb 1858 zu Braunschweig.

⁸⁹⁾ JOHANN HEINRICH LUDWIG RABERT wurde am 3. Februar 1780 zu Braunschweig geboren, wo sein Vater als Kantor an der Martinikirche tätig war. Er besuchte seit 1794 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 23. April 1798 in Göttingen Rechtswissenschaften. 1814 wurde er Stadtrat und 1825 Kreisgerichtsdirektor in Braunschweig, wo er am 6. Dezember 1844 starb.

Am 13. September 1825 berichtete die Kammer dem Staatsministerium über das Ergebnis der unter Vorsitz des Bürgermeisters WILMERDING durchgeführten Wahl. Es wurden der Landesregierung drei Anwärter präsentiert, nämlich

der Justizamtmann BODE,
der Kammerrat MAHNER sen. und
der Stadtrat RABERT.

Doch baten die Stadtdeputierten, unter den drei Anwärtern BODE auszuwählen, auf den sämtliche Stimmen gefallen waren, und beantragten, ihm die Dienstbezeichnung eines Oberbürgermeisters beizulegen.

Die Kammer befürwortete die Vorschläge der Stadtvertretung, beantragte aber zugleich, BODE in seinem Amt als geschäftsführendes Mitglied der staatlichen Kommission für die Hude- und Weideteilung zu belassen. Am 6. September bestätigten die Geheimen Räte die Wahl WILHELM BODES, der zum Magistratsdirektor ernannt wurde. Der Titel „Oberbürgermeister“ klang der Landesregierung doch wohl zu unabhängig und demokratisch. Sie lehnte seine Verleihung zwar nicht brüsk ab, sondern verfügte einen Aufschub: „so bleibt die diesfalsige Entschließung annoch vorbehalten“, doch sie erfolgte zu BODES Amtszeit nicht. Erst die Revolution von 1848 beseitigte solche Hemmungen, so daß BODES Nachfolger CASPARI⁹⁰⁾ sich der stolzen Amtsbezeichnung eines Oberbürgermeisters erfreuen konnte. Bei seiner Bestätigung als Magistratsdirektor wurde WILHELM BODE gleichzeitig zum Mitglied der Herzoglichen Armendirektion ernannt, auch als Mitglied der Landes-Ökonomie-Kommission bestätigt⁹¹⁾. Der Bürgermeister JOH. HEINR. WILMERDING trat am 30. September 1825 in den Ruhestand; am 14. April 1828 starb er im gesegneten Alter von fast 80 Jahren.

Nach dem Gemeindegesetz von 1823 sollte die Stadt Braunschweig von dem Magistrat und den Stadtdeputierten verwaltet werden. Der Magistrat sollte aus dem Direktor und so vielen Mitgliedern, als erforderlich sei, bestehen. Während der Magistratsdirektor durch ein, wie wir sahen, ziemlich umständliches Wahlverfahren bestimmt wurde, genügte bei den besoldeten Magistratsmitgliedern die Wahl durch die Stadtdeputierten und die Anzeige der vollzogenen Wahl bei der Herzoglichen Kammer, die dann die Bestätigung durch den Landesherrn bewirkte.

Die Rechte der aus 24 Mitgliedern bestehenden Stadtverordnetenversammlung, die von einem aus ihren Reihen gewählten Vorsitzenden geleitet wurde, umfaßten

⁹⁰⁾ HEINRICH CASPARI wurde am 29. November 1805 in Braunschweig als Sohn eines Arztes geboren, besuchte seit dem 6. Oktober 1823 das Collegium Carolinum und seit dem 27. April 1825 die Universität Göttingen, um Rechtswissenschaften zu studieren. Seine Laufbahn begann er 1832 als Polizeikommissär in Braunschweig, kam 1833 als Kreisgerichtsassessor nach Helmstedt und war seit 1834 in Blankenburg, seit 1841 in Wolfenbüttel als Justizamtmann tätig. 1847 wurde C. zum Polizeidirektor in Braunschweig ernannt und am 24. April 1848 zum Oberbürgermeister gewählt. Nach fast 30jähriger Wirksamkeit als Stadtoberhaupt trat er am 1. Februar 1879 in den Ruhestand und starb am 3. Mai 1880 zu Braunschweig. (StABr: H III 3 Nr. 9 Vol. 1).

⁹¹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 23.

1. die Prüfung und Begutachtung (also nicht die Genehmigung, die dem Staatsministerium zustand) des jährlichen Etats,
2. die Prüfung der jährlich abzulegenden Stadtkassenrechnung, wobei die Deputierten verpflichtet waren, ihre Einwendungen vorzutragen, die dann vom Magistrat der Herzogl. Kammer als der staatlichen Aufsichtsbehörde einzusenden waren,
3. die Genehmigung von Veräußerung oder Vertauschung der städtischen Besitzungen,
4. die Genehmigung der Aufnahme von Anleihen und der Führung von Prozessen,
5. die Veranlagung der städtischen Steuern.

Dazu war die Wahl der auf die Stadt Braunschweig entfallenden Abgeordneten zur Ständeversammlung in die Hand der Stadtdeputierten gelegt, mit Ausnahme des Magistratsdirektors, der von Amts wegen der Ständeversammlung angehörte. Neben ihm entsandte die Stadt Braunschweig 5 Abgeordnete, von denen zwei Großkaufleute oder „Banquiers“ sein mußten, während drei aus den übrigen Bürgern, die aber mit Grundbesitz eingesseden sein mußten, gewählt wurden; die Wahl wurde bei jedem Landtag wiederholt, doch war Wiederwahl zulässig.

Als der Braunschweiger Magistrat am 1. Oktober 1825 seine Tätigkeit aufnahm, „ohne Dienstinstruktion, ohne Anweisung auf Vereidigung des Direktors und der Magistratsbeamten“, bestand er aus dem Direktor BODE, den Stadträten STISSER und LANGERFELDT, einem Sekretär und einem Registrator.

Stadtrat G. W. F. STISSER stammte aus Vechelde, wo er am 7. September 1772 als Sohn eines reitenden Försters geboren wurde. Er besuchte das Martini-Gymnasium in Braunschweig und studierte seit 1791 in Helmstedt Rechtswissenschaften. Nach kurzer Tätigkeit als Advokat in Braunschweig wurde er 1801 als Auditor im Staatsdienst angestellt. In der westfälischen Zeit war er von 1808 bis 1813 Adjoint der Mairie Braunschweig; 1814 wurde er als Assessor beim Braunschweiger Stadtgericht übernommen. Es fehlte ihm also, als er 1825 in den Magistrat eintrat, nicht an Erfahrung in der Bearbeitung der Verwaltungsangelegenheiten, doch war er kränklich und schied schon am 30. April 1835 durch den Tod aus seinem Amt ⁹²⁾.

Als Beamter war der Stadtrat Jakob Friedrich LANGERFELDT ein Außenseiter, was auch in der Bemessung seiner Besoldung zum Ausdruck kam. Denn während der Jurist STISSER ein Gehalt von zunächst 1000, nach zwei Jahren von 1200 Rtl. bezog, wurde LANGERFELDT trotz außerordentlich tüchtiger Leistungen mit 700 Rtl. abgefunden. In Hannover am 29. April 1773 geboren, trat LANGERFELDT im Herbst 1788 in der Braunschweiger Tuchhandlung HAUSS Wwe. in die Kaufmannslehre, heiratete am 12. Oktober 1800 PHILIPPINE KÖPPE und übernahm das von seinem Schwiegervater in der Neuen Straße gegründete Tuch- und Modewarengeschäft. Er erwies sich als ein geschickter und erfolgreicher Kaufmann; dabei besaß er aber ein starkes Gefühl für soziale Verpflichtung,

⁹²⁾ Neuer Nekrolog der Deutschen 13 (1837), S. 441—451.

das ihn zum freiwilligen Mitarbeiter seines Veters JOHANN ANTON LEISEWITZ bei der Reform der Armenpflege in Braunschweig werden ließ, wie er auch ein eifriger Freimaurer war, als welcher er von 1818 bis 1848 als Meister vom Stuhl die Loge Karl zur gekrönten Säule leitete⁹³⁾. Auch in der westfälischen Zeit erwarb sich LANGERFELDT durch seine stete Sorge um die jetzt besonders zahlreichen Bedürftigen große Verdienste. Als Mitglied der Ständeversammlung wurde er am 6. Dezember 1820 von der zweiten Sektion der Landstände zum Steuerrat gewählt. Die vielseitige Betätigung in öffentlichen Angelegenheiten bewirkte wohl seine Berufung in den Staatsdienst, dem er seit 1818 als Oberkommissar beim Fürstlichen Stadtgericht Braunschweig angehörte. Als Mitglied des Stadtmagistrats seit 1825 bearbeitete LANGERFELDT die Armen- und Steuersachen. Doch schied er am 21. Dezember 1832 aus der Stadtverwaltung wie aus der Ständeversammlung aus, da er als Geheimer Finanzrat in das Herzogliche Finanzkollegium übernommen wurde. LANGERFELDT starb in Braunschweig am 15. Dezember 1848⁹⁴⁾.

Waren die Stadträte STISSER und LANGERFELDT nur verhältnismäßig kurze Zeit als Mitarbeiter WILHELM BODES tätig, so blieb der Stadtdirektor durch seine ganze Amtszeit mit seinem treuen Gehilfen Dr. jur. ERNST MEIER auch in einem menschlich nahen Verhältnis eng verbunden.

ERNST MEIER⁹⁵⁾ wurde am 1. Januar 1790 als Sohn des Pastors J. H. L. MEIER zu St. Katharinen in Braunschweig geboren. Er besuchte seit dem 21. Februar 1807 das Collegium Carolinum und bezog am 7. Mai 1808 die Universität Helmstedt, um Rechtswissenschaften zu studieren. Da seine älteren Brüder vor der westfälischen Konskription ins Ausland geflohen waren und der Vater deshalb in Schwierigkeiten geriet, trat ERNST MEIER Anfang des Jahres 1809 freiwillig in das westfälische Regiment der Garde-Chauxlegers ein.

Nach einer kurzen Ausbildung von acht Wochen rückte er mit seinem Regiment ins Feld. Die westfälischen Truppen kämpften damals in Sachsen und Franken gegen ein österreichisches Corps. Bei einem Streifzug geriet MEIER infolge eines Sturzes mit dem Pferde in die Gefangenschaft der Österreicher, doch trat er kurz darauf in das Schwarze Corps des Herzogs FRIEDRICH WILHELM und zwar in das Husarenregiment ein, bei dem er den Zug zur Nordseeküste und die Überfahrt nach England mitmachte⁹⁶⁾. Am 9. Mai 1812 trat MEIER als Kornett in das 2. Dragonerregiment der King's German Legion ein, wurde 1816 zum Oberleutnant und am 5. Dezember 1818 zum Rittmeister in hannoverschen Diensten befördert. Doch schied er dann aus dem Militärdienst aus und nahm in Göttingen das Studium der Rechtswissenschaften wieder auf. Am 7. April 1820 legte

⁹³⁾ F. A. H. LACHMANN, Geschichte der Freimaurerei in Braunschweig. Braunschweig 1844.

⁹⁴⁾ H. MACK, Briefe eines Braunschweigers [J. F. LANGERFELDT], Ztschr. d. Ver. f. Hamburgische Geschichte XXI (1916), S. 63—81.

⁹⁵⁾ StABr: H VIII A Nr. 3574.

⁹⁶⁾ H. MEIER: Ein Briefwechsel zwischen Vater und Sohn aus den Jahren 1809 und 1810. In: Braunschw. Mag. 1910, S. 89—97, 101—106.

er in Wolfenbüttel die juristische Staatsprüfung ab, am 1. März 1821 promovierte er in Göttingen zum Dr. jur. Seit dem 1. April 1821 in seiner Vaterstadt als Advokat tätig, wurde ERNST MEIER am 20. August 1824 in den braunschweigischen Staatsdienst übernommen und dem von Bode geleiteten Kreisgericht Riddagshausen überwiesen.

Wilhelm Bode bemühte sich um MEIERS Mitarbeit in der Stadtverwaltung und setzte in den Etat für 1826 die Stelle eines Magistratssekretärs mit einem Gehalt von 500 Rtl. ein. Die Stadtdeputierten bemerkten dazu, daß sie die Anstellung eines Sekretärs, der Jurist sei, für nützlich und dem Geschäftsbetrieb förderlich hielten. Das Staatsministerium stimmte zwar zu, setzte aber den Gehaltsansatz auf 200 Rtl. herab ⁹⁷⁾. Trotzdem übernahm MEIER das Amt, nachdem er am 18. Februar 1826 zum Magistratssekretär gewählt worden war. 1828 wurde er zum stimmberechtigten Magistratsmitglied, am 9. Mai 1831 zum Stadtrat ernannt; damals wurde sein Dienstekommen auf 500 Rtl. festgesetzt. Nach langer erfolgreicher Tätigkeit trat MEIER 1865 in den Ruhestand. Am 9. Januar 1866 verlieh ihm der König von Hannover den Charakter als Major. Am 3. Januar 1874 starb ERNST MEIER hochbetagt zu Braunschweig.

Als WILHELM BODE am 1. Oktober 1825 das Amt des Magistratsdirektors übernahm, stand er vor zwei schwierigen Aufgaben: einmal der Herstellung der Einheit der Stadtverwaltung und zum anderen der Ordnung der Finanzverhältnisse der Stadt. Bei der Durchführung der Arbeiten zur Erreichung seiner Ziele mußte der Stadtdirektor mit dem heftigen Widerstand der Staatsbehörden rechnen, die ihre bisherigen Zuständigkeiten nicht freiwillig der Stadtverwaltung überlassen würden.

Der einzige höhere Staatsbeamte, der damals die mit diesen Fragen zusammenhängende geschichtliche Entwicklung übersah, war der Leiter der Staatsregierung, der Geheimrat v. SCHMIDT-PHISELDECK. Er war längere Zeit Leiter des herzoglichen Archivs in Wolfenbüttel gewesen und deshalb ein guter Kenner der Landesgeschichte. WILHELM BODE glaubte, daß der Geheimrat bei der Einrichtung des neuen Magistrats auch die Berücksichtigung der alten Rechte und Ansprüche der Stadt ins Auge gefaßt hatte. Denn als BODE bei seinem Diensteintritt sich bei SCHMIDT-PHISELDECK meldete, ermahnte ihn dieser, sich der städtischen Angelegenheiten nach Kräften anzunehmen und sicherte ihm seine Unterstützung bei den etwa notwendigen Vermögensausgleichen zu ⁹⁸⁾. Es war sicherlich für die Stadt Braunschweig nachteilig, daß SCHMIDT-PHISELDECK bald darauf aus seinem Amte scheiden mußte.

Nach seiner methodischen Arbeitsweise legte BODE hinsichtlich beider Aufgaben die Situation, die er bei seinem Amtsantritt vorfand, und die sich aus ihr ergebenden Aufgaben schriftlich fest ⁹⁹⁾.

⁹⁷⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. XVI Nr. 3.

⁹⁸⁾ StABr: H IV Nr. 301.

⁹⁹⁾ StABr: D III I Nr. 3.

Eine selbständige und vollverantwortliche Stadtverwaltung, wie sie BODE erstrebte, wurde durch die Stellung des staatlichen Polizeidirektors stark eingeengt. Da zudem der Polizeidirektor zwar Mitglied des Magistrats war, in seiner Amtsführung aber allein den Weisungen der Herzoglichen Kammer als seiner vorgesetzten Behörde folgte, also ganz unabhängig von der Stadtverwaltung handelte, fehlte vollkommen eine Abgrenzung zwischen den Befugnissen der Herzoglichen Polizeidirektion und dem Magistrat als der Ortspolizeibehörde. Letzterer unterstanden wiederum die Nachtwächter, deren Vermehrung von 24 auf 36 BODE bald durchsetzte, um auch die Wallpromenaden beaufsichtigen zu können, an denen sich die Bebauung mit Wohnhäusern ständig erweiterte. Vor allem behagte es dem Stadtdirektor BODE nicht, daß der Polizeidirektor wohl von allen Vorgängen in der Stadtverwaltung Kenntnis erhielt, der Magistrat aber von den Plänen und Maßnahmen des Polizeidirektors nichts erfuhr. Auch das gute persönliche Verhältnis zwischen BODE und dem Polizeidirektor GRAVENHORST vermochte die amtlichen Kompetenzkonflikte nicht zu mildern.

Dieses unklare Verhältnis zwischen Stadtmagistrat und Polizeidirektion führte häufig zu Zwistigkeiten, in denen BODE mannhaft die Rechte der Stadt verfocht. So beschwerte er sich namens des Magistrats am 4. April 1828 beim Staatsministerium, weil der Polizeidirektor wegen der Aufhebung der neben der Brücke am Hutfiltern verlaufenden Fahrbahn zum Okerkanal ohne Benachrichtigung des Magistrats verhandelt und entschieden hatte. Sicherlich hatte der Polizeidirektor in diesem Falle bewußt die Rechte des Magistrats nicht berücksichtigt, da er die Auffassung vertrat, daß alle Angelegenheiten, die der Polizeidirektion von den höheren Behörden übergeben wurden, den Magistrat nichts angingen, eine Auffassung, die WILHELM BODE wenn auch ohne nachhaltigen Erfolg bekämpfte ¹⁰⁰⁾).

Auch die Feuerwehr unterstand zwar hinsichtlich der Betreuung der aus Bürgern gebildeten Mannschaft und der Ausstattung mit Feuerlöschgeräten dem Magistrat, die Anordnungen zur Ausführung der Feuerordnung aber standen dem Polizeidirektor zu. WILHELM BODE sorgte bald nach seinem Amtsantritt für eine bessere Organisation und eine zeitgemäße Ausstattung der Feuerwehr. Auf seine Anregung hin wurde 1826 eine freiwillige Bürgerfeuerwehr, der Löschverein, gebildet, der 300 Mitglieder zählte und in mehrere Abteilungen unter gewählten Führern gegliedert war. Die jährlichen Zuwendungen der Stadt an die Feuerwehr wurden auf 750 Rtl. festgesetzt, doch schaffte der Magistrat 1827 zur ersten Ausrüstung leicht zu transportierende Feuerkübel und mehrere neue Feuerspritzen mit einem zusätzlichen Kostenaufwand von 2000 Rtl. an ¹⁰¹⁾.

Die gleichen Mängel zeigte die Organisation der Baupolizei. So wurde die Aufsicht über die vielen Okerarme, die die Stadt durchzogen, und über die Brücken von der Herzoglichen Kammer wahrgenommen, doch durchaus nicht immer nach den Wünschen der Stadt.

¹⁰⁰⁾ StABr: H IV Nr. 284a.

¹⁰¹⁾ StABr: H IV Nr. 285 fol. 73 f.

Eine Verbesserung dieses unbefriedigenden Zustandes hielt BODE für möglich, wenn ein von der Kammer und dem Magistrat gleichzeitig abhängiger Baumeister eingestellt würde, der seine Weisungen im einzelnen vom Magistrat erhielt, während die Kammer sich auf die Funktion der höheren Aufsichtsbehörde beschränkte. BODES Anregung wurde, wenn auch erst später, verwirklicht. Der Kammerbaukondukteur JOHANN CARL LUDWIG KÖLLSCH wurde 1832 als Stadtbaumeister angestellt, und zwar von dem Staate und der Stadt. KÖLLSCH, der am 25. Juli 1791 zu Lehre geboren wurde, hatte seit dem 9. Mai 1817 auf dem Collegium Carolinum Bauwissenschaften studiert und war dann in den Staatsdienst eingetreten. Als Stadtbaumeister beaufsichtigte er das gesamte Bauwesen der Stadt, wobei er sich um die bauliche Instandsetzung der Kirchen besondere Verdienste erwarb. Gleichzeitig lag ihm die Pflege der ursprünglich städtischen, nunmehr im Staatsbesitz befindlichen Gebäude wie der Rathäuser und des Gewandhauses ob. KÖLLSCH übte seine Tätigkeit bis zu seinem Tode am 9. September 1855 aus ¹⁰²⁾.

Ebenso unterstand der Stadtphysikus sowohl dem Polizeidirektor als auch dem Magistrat, der einen Teil seiner Dienstbezüge aufbrachte, während den Rest die Kammer beisteuerte, wenn auch aus dem Aufkommen des großen Stadtärars. Um einen „willigen und mit seinem Fache völlig vertrauten“ Stadtphysikus einstellen zu können, ließ der Stadtdirektor BODE 1826 den Arzt Dr. med. THEODOR FRANKE durch die Stadtverordneten zum Stadtphysikus wählen. Der Stadtmagistrat präsentierte ihn der Aufsichtsbehörde, die die Wahl FRANKES zwar bestätigte, gleichzeitig aber auch dem Magistrat einen recht schroffen Verweis erteilte, da sie ihm das Wahlrecht bestritt.

Auch bei dieser Wahl bewährte sich BODES Menschenkenntnis. Er gewann in FRANKE einen ausgezeichneten Mitarbeiter. FRANKE, der am 19. Dezember 1791 zu Braunschweig als Sohn eines Lehrers geboren wurde, schloß sein Studium am 14. Juli 1813 zu Halle mit der Promotion zum Dr. med. ab. Seit dem 1. Januar 1814 gehörte er als Assistenzarzt dem Braunschweigischen Husarenregiment an und begleitete es auf dem Feldzug nach Belgien und Frankreich. Nach seiner Rückkehr ließ sich FRANKE in seiner Vaterstadt als praktischer Arzt nieder, nahm jedoch im Frühjahr 1815 als Brigadearzt beim 1. Linienbataillon am Ausmarsch nach Belgien und an den Kämpfen bei Quatrebras und Waterloo teil. Er nahm nach Beendigung des Feldzuges seine ärztliche Tätigkeit wieder auf, wurde 1821 zum Kreisphysikus bestellt und 1828 zum Stadtphysikus gewählt. Als geschickter Organisator leistete FRANKE in dieser Stellung der Stadt Braunschweig wertvolle Dienste, besonders als Mitglied der Armendirektion, in der ihm die Auswahl der Armenärzte wie die Revision der Apothekerrechnungen oblag, doch kümmerte er sich auch um die bessere Ausstattung der Armenhäuser. Seit 1830 war Franke Chefarzt des St. Alexiustiftes; durch ihn erhielten die Geisteskranken zuerst eine sorgfältige ärztliche Betreuung, besonders nachdem die Gefangenen und die Strafarbeiter aus dem Alexiustift entfernt worden waren. Daneben betätigte er sich als Direktor der Gesellschaft der Stadtwundärzte und als Dozent für Gerichtsmedizin am Anatomisch-Chirurgischen Institut. Am 1. Januar

¹⁰²⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. K 102.

1838 wählten ihn die Stadtverordneten zum unbesoldeten Stadtrat. Dieses Ehrenamt legte er 1848 freiwillig nieder. Inzwischen zum Medizinalrat ernannt, schied FRANKE 1859 aus seiner Stellung als Stadtphysikus, setzte aber seine Tätigkeit als Armenarzt bis zu seinem Ableben am 4. August 1875 fort ¹⁰³).

Weitere, bisher kaum beachtete Aufgaben erwuchsen dem Magistrat aus der nachhaltigen Pflege und Förderung der Stadtwirtschaft. Der Magistratsdirektor erkannte klar die großen Schwierigkeiten: „Wie sehr Handel und Gewerbe besonders durch äußere Verhältnisse und Verfügungen der Nachbarstaaten bedrängt werden, ist allgemein bekannt. Die hier ferner zu nehmenden Maßregeln sind von der Beendigung der gegenwärtigen Krise, von der Erfüllung der durch das ganze Deutschland laut gewordenen Wünsche abhängig. Der einzelne Staat vermag den Übeln nicht genügend zu begegnen, welche aus dem in merkantilistischer Hinsicht zerrissenen Zustande Deutschlands und den feindseligen Verhältnissen erwachsen, in welchen die einzelnen deutschen Staaten zu einander stehen“ ¹⁰⁴). BODE schlug die Einrichtung einer Handelskammer vor „zur sorgfältigen Prüfung alles, was auf Handel und Verkehr sich bezieht“, dazu die Errichtung eines Handelsgerichts, das mit dieser Kammer verbunden oder auch neben ihr stehen konnte, das auch bei der Abwicklung von Konkursen mitzuwirken hätte. Bemerkenswert ist hier der frühe Hinweis auf die Bestrebungen um das Zustandekommen eines die deutschen Länder umfassenden Zollvereins, den BODE ja noch miterlebte. Nicht zuletzt durch BODES Mitwirkung wurde 1841 dem Braunschweiger Kaufmannsverein das Korporationsrecht verliehen, aber erst 1864 entstand aus diesem Verein die Handelskammer ¹⁰⁵).

Als dringend notwendig erachtete WILHELM BODE die Bereitstellung eines der Stadtverwaltung würdigen Amtsgebäudes. Es hätte nahe gelegen, dafür eines der alten Rathäuser auszuwählen, aber sie waren 1671 vom Staate übernommen worden und wurden nun von staatlichen Behörden genutzt. Bei seiner Errichtung 1825 war der Magistrat notdürftig im Neustadtrathaus untergekommen, doch mangelte es hier sehr an Platz, da sich in diesem Hause die Diensträume des Kriminalgerichts, das Gefängnis für die Zivilgefangenen und die Wohnungen des Stockmeisters und des Fronknechtes befanden. Der Keller war als Weinkeller für 332 Rtl. verpachtet. So drängte BODE darauf, ein eigenes Gebäude für die Stadtverwaltung zu erwerben. Die Stadtverordneten beschlossen 1827, das in der Kleinen Burg Nr. 6 gelegene Haus der vormaligen Dechanei des Stiftes St. Blasien als Stadthaus zu erwerben und die unteren Räume als Geschäftszimmer, die oberen als Dienstwohnung des Magistratsdirektors zu nutzen. Der Kaufpreis von 10 500 Rtl. in Gold wurde durch eine Anleihe beschafft, jedoch schoß BODE 2500 Rtl. als zinsloses Darlehen zu; dafür stand ihm die Wohnung mietfrei zur Verfügung.

¹⁰³) StABr: H III 3 Nr. 9 Vol. I.

¹⁰⁴) StABr: D III I Nr. 4.

¹⁰⁵) Die Industrie- und Handelskammer Braunschweig. Ihre Entstehung und geschichtliche Entwicklung. Braunschweig 1953.

Der Etat der Stadt Braunschweig für das Jahr 1826, den BODE der Kammer zur Prüfung und Genehmigung einreichte und zu dessen Vorbereitung er ein Corpus bonorum des Stadtvermögens¹⁰⁶⁾ aufgestellt hatte, schloß in der Einnahme mit 10 092 Rtl., in der Ausgabe mit 18 490 Rtl. ab, so daß ein Defizit von 8398 Rtl. entstand, zu dessen Deckung das Staatsministerium die Erhebung einer Kommunalsteuer in Höhe von 13 000 Rtl. genehmigte. Aus dem Etat sei hier nur die Liste der Stadtbedienten und ihrer Gehälter wiedergegeben. Der Magistratsdirektor BODE erhielt 1500 Rtl., der Stadtrat STISSER 1000 Rtl., der Stadtrat LANGERFELDT 700 Rtl. Das gleiche Einkommen stand dem Einnehmer RUDOLPHI als Leiter der Stadtkasse zu; der Registrator FROELING, für den übrigens die Verleihung der Dienstbezeichnung „Sekretär“ erbeten wurde, erhielt als Büroleiter 600 Rtl. Die Entlohnung des Unterpersonals ist gering: Es erhielten der Kopist FROELING 200 Rtl., zwei Magistratsdiener je 180 Rtl., die beiden Marktaufseher je 80 Rtl., die 25 Nachtwächter sogar nur je 30 Rtl. jährlichen Lohn. Wie schon erwähnt, hatte der Magistratsdirektor zusätzlich die Stelle eines Magistratssekretärs mit 500 Rtl. in den Etat eingesetzt.

Die der Stadtverwaltung zufließenden Mittel waren also äußerst knapp bemessen. Sie reichten kaum zur Bestreitung der unvermeidlichen Ausgaben aus, so daß sie jegliche Initiative der Stadtverwaltung ausschlossen. Deshalb versuchte WILHELM BODE, im Etatvorschlag für das Haushaltsjahr 1827 einige berechnete Ansprüche der Stadt aufleben zu lassen, um zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Er stieß damit aber auf den Widerstand der Kammer, die dem Staatsministerium berichtete: „Der Magistrat hat hierauf Bericht erstattet und in demselben nicht nur die nöthigen Erläuterungen über die von uns gemachten Fragen ertheilt, sondern auch die besonderen Verhältnisse der Stadt seit deren Unterwerfung im Jahre 1671 auseinander gesetzt. Letztere Darstellung scheint uns hierher nicht zu gehören, und wie wir uns eines Urtheils über die Schluß Folgen, welche der Magistrat aus diesen Verhältnissen ziehen zu wollen scheint, gänzlich enthalten, so lassen wir auch dahingestellt sein, ob es überall rathlich sei und beliebt werden sollte, den Kammerrat MAHNER sen. und den unterzeichneten Referenten¹⁰⁷⁾, welche dermalen nur mit der Untersuchung der aus der französischen und westf. Invasionsperiode herrührenden Ansprüchen der hiesigen Stadt von Herzoglicher Cammer beauftragt sind, jetzt dahin zu instruiren auch diejenigen Forderungen zu prüfen, welche die Stadt aus ihren früheren, durch die Zeit verdunkelten Verhältnissen herzuleiten vermag“¹⁰⁸⁾.

In zahlreichen, längere Zeit hindurch fortgesetzten Verhandlungen mit Kommissaren der Landesregierung erörterte BODE die gegenwärtigen Vermögensverhältnisse der Stadt Braunschweig mit ihren für die künftige Entwicklung des Gemeinwesens nachtheiligen Folgen. Dabei wurden von BODE viele Dinge ans Licht gezogen, die seit einem Jahr-

¹⁰⁶⁾ StABr: D III I Nr. 2.

¹⁰⁷⁾ Kammerrat HENNEBERG.

¹⁰⁸⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. XVI Nr. 3.

hundert in Dunkel gehüllt waren. Aus seiner genauen Kenntnis der ursprünglichen Verhältnisse konnte der Magistratsdirektor in diesen Verhandlungen Forderungen rechtlich begründen und geltend machen, „die früher ohne alles Bedenken zurückgewiesen wurden“. Von der Erfüllung der an sich berechtigten Forderung auf Zurückgabe des Vermögens der Stadt, wie sie es vor 1671 besaß, konnte freilich zunächst keine Rede sein. Es war aber möglich, langsam und vorsichtig tastend diesem fernen Ziel zuzusteuern. So muten auch die Erfolge, die BODE in den ersten Jahren seiner Tätigkeit erzielen konnte, doch recht bescheiden an. Im einzelnen konnte WILHELM BODE damals dem Stadtsäckel folgende Vermögenswerte zurückgewinnen:

1. Die von allen Häusern der Stadt erhobene Gemeindeabgabe, der Schoß, wurde zwar 1816 der Stadt wieder überlassen, jedoch die von der Kammer verwalteten staatlichen Grundstücke von der Abgabe befreit. Durch eine landesherrliche Verordnung vom 30. Juli 1828 wurden auch die Kammergebäude für pflichtig erklärt und die Nachzahlung seit 1816 angeordnet. Der Kapitalgewinn betrug 911 Rtl., der jährlich zu entrichtende Betrag 89 Rtl.
2. Der im Hannoverschen gelegene Möddesser Forst wurde der Stadt zurückgegeben. Ihr verblieben nach Ablösung der Weidgerechtsame 295 Waldmorgen Forstgrund mit einem jährlichen Ertrage von 500 Rtl.
3. Einige kleinere Grundstücke, die die Stadt einst erworben hatte, die aber inzwischen vom Staate genutzt wurden, erhielt die Stadt zurück. Der Kapitalwert betrug etwa 8000 Rtl., das jährliche Aufkommen 200 Rtl.
4. Bei der Einführung der Straßenbeleuchtung in der Mitte des 18. Jahrhunderts übernahm die Kammer, die für bestimmte Plätze für die Erhaltung des Straßenpflasters zu sorgen hatte, $\frac{1}{12}$ der Gesamtkosten. Bode setzte 1829 eine gerechtere Verteilung der Lasten durch, wodurch der Beitrag der Kammer auf $\frac{4}{13}$ erhöht wurde. Infolgedessen stieg der jährliche Zuschuß an die Stadt aus der Kammerkasse von 580 Rtl. auf 2152 Rtl.
5. Durch die Einziehung der unzeitgemäß gewordenen Kurrende wurden der Stadtkasse deren Kapital und Grundvermögen im Werte von 28 000 Rtl. zugeführt. Das jährliche Einkommen daraus belief sich auf 700 Rtl.
6. Die schon vor 1671 zur Unterhaltung der Wege bestimmten Erträge wurden bisher von der Kammer verwaltet und mehr für das Land als für die Stadt verwendet. Bode erreichte, daß von 1830 ab diese Abgabe, die jährlich 500 Rtl. erbrachte, in eine dem Magistrat unterstehende Wegebesserungskasse eingezahlt wurde.

Wenn auch die Summen, die durch diese Maßnahmen der Stadtkasse zufließen, nicht gerade von entscheidender Bedeutung waren, so lag doch der Wert der Erfolge BODES nicht im materiellen Nutzen allein, sondern vielmehr in der Tatsache, daß es überhaupt möglich gewesen war, diese Forderungen an die Staatsregierung durchzusetzen. Das

empfang auch WILHELM BODE, wenn er feststellte: „Wenn dennoch unter den ungünstigsten Umständen Manches erreicht worden, so liegt darin die kräftigste Aufforderung, unter günstigeren Verhältnissen die betretene Bahn jetzt eifrig zu verfolgen.“

Durch seine gute Wirtschaftsführung war es dem Magistratsdirektor möglich, 1829 anlässlich der Reform des städtischen Schulwesens, über die wir im nächsten Abschnitt berichten, für den Ankauf des v. Dammschen Hauses auf der Wilhelmstraße zur Verwendung als Bürgerschule aus seinem Kassenvorrat 12 500 Rtl. und zur Ausstattung der neuen Bürgerschulen weitere 3000 Rtl. zur Verfügung zu stellen. Es war ihm auch gelungen, die bisherige Abhängigkeit der Lehrbesoldung vom Eingange des Schulgeldes zu beseitigen und den Lehrkräften der Gymnasien wie der Volksschulen feste Gehälter zu zahlen.

Dagegen bestand das Einkommen der evangelischen Geistlichen der Stadtkirchen noch zum größten Teil aus den für die kirchlichen Handlungen zu zahlenden Gebühren und war so niedrig, daß viele Pastoren zum Nebenverdienst, so zum Unterricht in den Schulen oder zur Aufnahme auswärtiger Schüler als Pensionäre, gezwungen waren. Auch bei ihnen strebte BODE eine feste und auskömmliche Besoldung an gemäß seinem Grundsatz: Was durch das Einkommen aus Stadtgütern oder durch die allgemeine, auf festen Prinzipien beruhende Gemeindesteuer gedeckt werden kann, darf nicht durch Nebenabgaben aufgebracht werden.

WILHELM BODES rastlose Tätigkeit für das Gemeinwesen fand Anerkennung in der Bürgerschaft. So notierte er im Juni 1830 in sein Tagebuch: „Die Mitglieder des im vorigen Jahre errichteten Gartenvereins wählen mich zu ihrem Präsidenten, obwohl ich dringend gebeten hatte, mich mit dieser Ehre zu übersehen, da ich auf mannigfache Weise überlastet bin und schon täglich damit eine große Zeit hinbringen muß, um die eingehenden Papiere zu lesen und zu ordnen und viele Menschen zu sprechen“ ¹⁰⁹).

Eine besondere Ehrung bedeutete für BODE die Wahl zum Direktor des Anatomisch-Chirurgischen Instituts. Das Ober-Sanitäts-Kollegium schlug am 20. Februar 1828 dem Staatsministerium vor, ein ehrenamtlich wahrzunehmendes Direktorial für diese Lehranstalt einzurichten, da sich die bisherige kollegiale Verwaltung durch den Lehrkörper nicht bewährt hatte. Wegen der Besetzung dieser Stelle bemerkte die leitende Sanitätsbehörde: „Wir haben wegen der Besetzung dieser Stelle uns umgesehen und erachten, daß nicht so leicht zu derselben sich jemand besser eignen dürfte als der hiesige Magistratsdirektor BODE, dessen regen Eifer die Stadt die kürzlich erfolgte Verbesserung ihres Schulwesens besonders mit verdankt und zu dem man daher das volle Vertrauen hegen kann, daß er mit gleich lebhaftem Interesse sich einer Anstalt annehmen wird, bei deren ferneren glücklichen Gedeihen die hiesige Stadt in so mancher Beziehung sehr beteiligt ist.“ Das Staatsministerium genehmigte am 29. Februar 1828 „in Rücksicht der bekannten Verwaltungsfähigkeiten des hiesigen Magistrats-Direktors BODE“ dessen Anstellung.

¹⁰⁹) NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 11 Nr. 19 Vol. I.

Bode übernahm auch dieses Amt „mit Vergnügen“ ¹¹⁰⁾. Er hat es erfolgreich bis zu seinem Tode ausgeübt; doch soll darüber später im Zusammenhang berichtet werden.

In der Landes-Ökonomie-Kommission war WILHELM BODE in diesen Jahren an der Lösung einiger umfangreicher Separationen maßgeblich beteiligt. Nachdem am 24. Juni 1824 ein Grenzvertrag zwischen dem Königreich Hannover und dem Herzogtum Braunschweig abgeschlossen worden war, begannen 1826 die Verhandlungen über die Teilung des 15 000 Morgen großen Marienthaler Waldes im Lappwald, die insofern schwierig waren, als die Interessenten in den beiden Territorien wohnten. Von Hannover wurde der Oberappellationsrat SPANGENBERG ¹¹¹⁾ in Celle, von Braunschweig WILHELM BODE zur gemeinschaftlichen Lösung dieser Aufgabe abgeordnet. Sie wurde durch einen Rezeß am 27. April 1830 abgeschlossen, der jedem Interessenten seinen privaten Anteil an Grund und Boden zuwies, während der dem Kloster Marienthal verbleibende Forstgrund hinfort von allen Servituten befreit war. Eine ähnliche umfangreiche Aufgabe übernahm WILHELM BODE mit der Teilung des großen Wald- und Hudegebietes des Lehrer Wolds, an dem außer dem braunschweigischen Staate zahlreiche Gemeinden der Landkreise Braunschweig und Helmstedt beteiligt waren. Auch hier hatte BODE die Teilung bis zum Abschluß der Verträge vorbereitet, doch kam ihr Vollzug zunächst ins Stocken, weil dem Herzog Karl die dem Staate zugewiesenen Anteile nicht genügten. Im März 1830 konnten die von WILHELM BODE geleiteten Korrekturen der Aller bei Vorsfelde beendet werden. Durch sie wurde die Aller auf eine Laufstrecke von etwa 13 km in ein neues gerades Flußbett gebracht, die Entwässerungsgräben für 2500 Morgen Grünland angelegt und zugleich die Entwässerung der im braunschweigischen Hoheitsgebiet gelegenen Drömlingsbrüche erheblich verbessert. Auch an den mit den preußischen Behörden geführten Verhandlungen wegen der Regulierung der Weser bei Holzminden und der Befestigung der Weserufer war WILHELM BODE als braunschweigischer Staatskommissar beteiligt ¹¹²⁾.

¹¹⁰⁾ NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 23.

¹¹¹⁾ ERNST PETER JOHANN SPANGENBERG wurde am 5. August 1784 zu Göttingen geboren und studierte dort von 1803 bis 1806 Rechtswissenschaften. In der westfälischen Zeit im Justizdienst tätig, wurde er 1815 als Rat in der Justizkanzlei in Celle angestellt und 1824 zum Oberappellationsrat ernannt, dazu war er seit 1831 Beisitzer im Geheimen Rats-Kollegium. Er starb zu Celle am 18. Februar 1833. (ADB 35, S. 41). SPANGENBERG war ein gelehrter Jurist, der sich auch forschend mit Rechts- und Landesgeschichte beschäftigte. BODE stand mit ihm in näherer Verbindung. So erwarb er für SPANGENBERG Bücher auf der Versteigerung der Bibliothek des verstorbenen Professors ESCHENBURG, auch übermittelte er ihm zahlreiche Abschriften von Urkunden des Wolfenbüttler Archivs. (StABr: G IX 26 Nr. 9).

¹¹²⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68; Gr. 11 Nr. 19 Vol. II.

DIE REFORM DES STÄDTISCHEN SCHULWESENS

WILHELM BODES erste große Leistung für die Stadt Braunschweig war eine gründliche Um- und Neugestaltung ihres Schulwesens. In seinen Lebenserinnerungen sagte er im Rückblick auf seine eigene lückenhafte Ausbildung von sich: „Niemand kann mehr von dem Werte eines zeitig in guten öffentlichen Schulen genossenen Unterrichts überzeugt sein“¹¹³⁾. Diese guten Schulen für alle Schichten der Bürgerschaft zu schaffen, sah BODE als seine vordringende Aufgabe.

Denn schon seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts drängten einsichtige Bürger der Stadt Braunschweig auf eine zeitgemäße Umgestaltung zumindest der höheren Schulen, die nach Aufbau und Leistung den berechtigten Forderungen nicht mehr entsprachen. Damals besaß Braunschweig die beiden aus dem Mittelalter stammenden Lateinschulen, von denen das Martineum der Stadt gehörte, während das Katharineum von der Landesherrschaft unterhalten und beaufsichtigt wurde. Beide Anstalten waren fünfstufig und verkörperten den Typus der Gelehrtenschulen mit dem Schwergewicht auf dem Unterricht in den klassischen Sprachen. Die unzureichende Besoldung erschwerte die Bildung guter Lehrkörper. Daß überdies die Besoldung zum größten Teil aus dem Schulgeldaufkommen der von dem Lehrer geführten Klasse bestand, zog unangemessene Rücksicht auf Eltern und Schüler nach sich, entfachte dazu einen unwürdigen Konkurrenzkampf, an dem sich auch das Collegium Carolinum beteiligte, das viele Schüler aufnahm, die nach Vorbildung und Lebensalter auf das Gymnasium gehörten, nur um seine oft bedenklich schwache Frequenz zu erhöhen.

Vor allem aber forderten die Kaufleute und Handwerker der Stadt Braunschweig eine Unterrichtsanstalt, die ihren Söhnen eine angemessene Vorbildung für den zu ergreifenden praktischen Beruf vermitteln konnte, also eine Realanstalt, in deren Unterrichtsplan neben dem Deutschen die neueren Sprachen und die Realien im Vordergrund standen. Dieses für eine Handels- und Gewerbestadt wie Braunschweig berechnete Verlangen hatte noch 1801 der damalige Direktor des Martineum SCHEFFLER¹¹⁴⁾ strikt abgelehnt

¹¹³⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

¹¹⁴⁾ GEORG ANTON CHRISTOPH SCHEFFLER, geboren am 21. Oktober 1762 zu Wolfenbüttel, besuchte seit Michaelis 1779 das Collegium Carolinum in Braunschweig, studierte seit dem Herbst 1782 in Helmstedt Theologie und Philologie und trat 1784 in das pädagogische Institut ein, dem er vier Jahre lang angehörte. 1786 erwarb er den Dr. phil. Seit 1788

und den Plan der Errichtung einer Realanstalt heftig bekämpft. Er hielt zwar die Umwandlung der kümmerlichen Lateinschulen der Kleinstädte des Landes in Realschulen für wünschenswert, forderte aber für die größeren Städte die humanistischen Gymnasien als Einheitsschulen ¹¹⁵⁾.

Doch der Leiter des Martineum änderte im Laufe der Zeit seine Meinung. Im Jahre 1818 schlug er vor, eines der beiden braunschweigischen Gymnasien in eine Realanstalt umzuwandeln: „Sollte es bei den veränderten Zuständen nicht zweckmäßig sein, wenn man aus den beiden lateinischen Gymnasien zwei Gymnasien verschiedener Art machte, ein gelehrtes und ein Realgymnasium? Das Realgymnasium, keine gewöhnliche Bürgerschule, sondern höhere Lehranstalt, wäre für die künftigen Kameralisten, Forstmänner, Ökonomen, Künstler, Kaufleute und andere Mitglieder der gebildeten Stände. Wären auf diese Art zwei verschiedene Gymnasien da, so hätte jeder Vater die Wahl, seinen Sohn nach dessen künftiger Bestimmung dem einen oder dem anderen anzuvertrauen“ ¹¹⁶⁾.

Mit diesen vernünftigen und zukunftssträchtigen Vorschlägen stieß SCHEFFLER auf heftigen Widerstand. So lehnte der Pastor LACHMANN ¹¹⁷⁾ als Sprecher der damals sehr einflußreichen Geistlichkeit die Einrichtung der Realanstalten ab, da solche Schulen den Bürger ausbildeten, ehe der Mensch hinreichend gebildet sei. Auch führten die vielen Realitäten zur Einseitigkeit und schädigten die „Idealität“. Zur Abwendung der auch von ihm erkannten Mißstände schlug LACHMANN die Verschmelzung der beiden Lateinschulen vor ¹¹⁸⁾. Ebenso lehnte SCHEFFLERS Nachfolger in der Leitung des Martineum Dr. PETRI ¹¹⁹⁾, der ganz in der Welt des klassischen Altertums lebte, SCHEFFLERS Vorschlag

Konrektor am Anna-Sophianeum in Schöningen, wurde er 1790 als Konrektor an die Große Schule in Wolfenbüttel berufen. 1801 ging SCHEFFLER nach Braunschweig, bis 1821 als Direktor des Martineums, dann bis 1823 als Leiter des Katharineums. Seit 1815 gehörte er als Professor der klassischen Sprachen dem Collegium Carolinum an, zu dem er 1823 als ordentlicher Professor übertrat, starb aber schon am 21. Februar 1825. Er war ein ausgezeichnete Schulmann; als Menschen ehrte ihn seine große Bescheidenheit und eine echte Humanität. (KOLDEWEY, Album Große Schule, S. 6 f.).

¹¹⁵⁾ Programm des Martineum 1801.

¹¹⁶⁾ Braunschweigisches Magazin 1818, S. 695 ff.

¹¹⁷⁾ C. L. F. LACHMANN, geboren am 22. Oktober 1756 zu Mieste (Altmark), war von 1792 bis zu seinem Tode am 23. Februar 1823 Pastor zu St. Andreas in Braunschweig. Er ist der Verfasser einer Geschichte der Stadt Braunschweig (1816) und der Vater des bedeutenden Philologen KARL LACHMANN (1793—1851) und des Gründers des Blindeninstitutes WILHELM LACHMANN (1801—1863). (BESTE, Album, S. 54).

¹¹⁸⁾ Das Martino-Katharineum, ein Gesamtgymnasium. Braunschweigisches Magazin 1819, Stück 11 und 12.

¹¹⁹⁾ Dr. phil. D. theol. VICTOR FRIEDRICH LEBERECHE PETRI wurde am 21. Februar 1782 zu Bernburg geboren, wuchs aber in Braunschweig auf, wohin sein Vater als Pfarrer der reformierten Gemeinde berufen wurde. Nach dem Besuche des Collegium Carolinum studierte P. in Helmstedt und Göttingen 1799—1801 Theologie und Philologie und wurde 1803 am Braunschweiger Katharineum als Lehrer angestellt. Seit dem 8. Dezember wirkte er nebenamtlich am Collegium Carolinum, zunächst als Dozent für Hebräisch, dann auch für die klassischen Sprachen und Literaturen. Seit dem 1. April 1821 leitete P. das Martineum; am

schroff ab ¹²⁰⁾, wie er sich auch später als Professor der klassischen und orientalischen Sprachen am Collegium Carolinum in Gegensatz zu WILHELM BODE der Entwicklung zur technischen Lehranstalt mit allen Mitteln widersetzte.

Auch das Braunschweigische Staatsministerium war von der Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung des höheren Schulwesens überzeugt. Um sie voranzutreiben, berief es im Januar 1824 den als Wissenschaftler wie als praktischen Schulmann empfohlenen Dr. FRIEDRICH TRAUGOTT FRIEDEMANN ¹²¹⁾ zum Leiter des staatlichen Katharineum, wohl hoffend, daß ein Fremder sich der mancherlei Rücksichten und Einflüsse, denen ein Einheimischer stärker ausgesetzt war, besser erwehren würde. Bei seiner Einführung in Braunschweig rief ihm der Generalsuperintendent HOFFMEISTER ¹²²⁾ zu: „Wir erwarten von Ihnen Großes“ ¹²³⁾. FRIEDEMANN ging mit ernstem Willen an die Lösung der ihm gestellten Aufgabe, die er freilich zunächst auf den zeitgemäßen Ausbau seiner Schule als eines echten humanistischen Gymnasiums beschränkte, wobei ihm PETRI beim Martineum willig Gefolgschaft leistete. Mit rücksichtsloser Tatkraft erzwang FRIEDEMANN die Teilnahme aller Schüler am Unterricht in der griechischen Sprache; er weigerte sich, einen Schüler in die Oberklassen bei nicht ausreichenden Kenntnissen in den klassischen Sprachen aufzunehmen. So förderlich diese energisch durchgeführten Maßnahmen für das Gymnasium selbst waren, so gaben sie aber auch den Anstoß für die Gründung einer Realanstalt für diejenigen Schüler, die nun vom Besuch des Gymnasiums ausgeschlossen wurden.

Daß für eine solche Unterrichtsanstalt ein ernsthaftes Bedürfnis bestand, beweist der große Erfolg, dessen das Ostern 1825 eröffnete Realinstitut sich erfreuen konnte. Schon im September 1824 wandte sich der Dozent Dr. AUGUST BRANDES ¹²⁴⁾, der als Lehrer

10. Oktober 1827 schied er aus dem Schuldienst und übernahm eine ordentliche Professur für orientalische und klassische Sprachen am Collegium Carolinum, dessen Direktorium er angehörte. Am 4. Februar 1857 riß ihn der Tod aus seinem Amt. (ADB 25, S. 527 f.).

¹²⁰⁾ Programm des Martineum Ostern 1822.

¹²¹⁾ Dr. phil. TRAUGOTT FRIEDRICH FRIEDEMANN wurde am 29. März 1793 zu Stossen im Königreich Sachsen geboren, studierte in Wittenberg Theologie und Philologie, wurde 1813 Konrektor in Zwickau und 1817 Direktor des Gymnasiums in Wittenberg. Seit 1823 in gleicher Stellung in Braunschweig tätig, ging F. im Herbst 1828 als Leiter der Nassauischen Landesdirektion nach Weilburg und wirkte von 1840 bis zu seinem Tode am 2. Mai 1853 als Direktor des Archivs in Idstein. (ADB 48, S. 775—777).

¹²²⁾ L. F. A. HOFFMEISTER, geboren 1776 zu Braunschweig, bezog am 28. Oktober 1798 die Universität Helmstedt, um Theologie zu studieren, war Lehrer der Herzöge KARL und WILHELM, dann Pastor zu St. Petri zu Braunschweig. 1821 wurde er Stadtsuperintendent, ging 1826 nach Wolfenbüttel als Abt und Konsistorialrat, dort starb er am 10. Juli 1832. Dem gelehrten, dabei gütigen Theologen verlieh die theologische Fakultät der Universität Göttingen die Würde eines Doktors der Theologie. (HOFFMEISTER, Tagebuchblätter).

¹²³⁾ Reden beim Wechsel des Direktors im Herzoglichen Katharineum zu Braunschweig, gehalten den 7. Januar 1824. Braunschweig 1824.

¹²⁴⁾ AUGUST BRANDES, geboren am 21. Oktober 1798 zu Goslar, besuchte das Braunschweiger Katharineum, studierte am Collegium Carolinum und an den Universitäten Göttingen, wo er am 1. Mai 1819 immatrikuliert wurde, und Berlin neuere Sprachen, wurde 1823 Dozent

der neueren Sprachen am Collegium Carolinum tätig war, gemeinsam mit dem Pastor F. MÖHLE ¹²⁵⁾ und dem Münzbuchhalter F. SÜPKE ¹²⁶⁾ mit dem Plan der Errichtung eines Realinstitutes an die Öffentlichkeit ¹²⁷⁾. Als Unterrichtsfächer der ganz auf den künftigen Beruf der Schüler ausgerichteten Anstalt waren vorgesehen: Religion, Deutsch, Französisch, Englisch, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte, Technologie, Mathematik, Feldmeßkunde, Handelstheorie, kaufmännische und ökonomische Geschäftsführung, allgemeines und kaufmännisches Rechnen, Planzeichnen und Schönschreiben. Trotz der für jene Zeit sehr hohen Schulgelder von 24 und 36 Rtl. konnte die Schule als reines Privatunternehmen in den von Pastor MÖHLE zur Verfügung gestellten Räumen im 2. Stockwerk des Pfarrhauses an der Reichsstraße mit 53 Schülern eröffnet werden. Die Anstalt entwickelte sich unter der geschickten Leitung von BRANDES, der auch ein ausgezeichnete Lehrer war, sehr erfreulich; nach zwei Jahren zählte sie 89 Schüler, von denen 31 Auswärtige waren.

Das war der Zustand des höheren Schulwesens, den WILHELM BODE bei seinem Amtsantritt als Magistratsdirektor vorfand. Ungleich schlechter war es dagegen mit dem Volksschulwesen bestellt. Ihm mußte er daher seine besondere Fürsorge widmen.

Am 5. Juni 1816 hatten die Lehrer der „deutschen Volksschulen“ in Braunschweig ein Gesuch an das Staatsministerium gerichtet, in welchem sie um die Zuweisung von Tannenbrennholz aus dem Herzoglichen Holzmagazin zu den für Staatsdiener geltenden Preisen baten. Zur Klärung der Rechtslage forderte das Staatsministerium vom Konsistorium einen Bericht über die Schulverhältnisse in der Stadt Braunschweig an. Da aber Braunschweigs Schulen nicht unter dem Konsistorium standen, sondern unter dem stadt-

für englische und spanische Sprache und Literatur am Collegium Carolinum, seit 1828 als Professor. Im gleichen Jahre wurde er Direktor des Realgymnasiums, das er bis zu seinem Tode am 28. Januar 1858 erfolgreich leitete. (KAUFMANN, Realgymnasium).

¹²⁵⁾ FRIEDRICH MÖHLE, geboren am 26. Dezember 1792 zu Wettmershagen im Kreise Gifhorn, studierte Theologie zuerst in Halle, dann seit dem 27. Oktober 1813 in Göttingen, war Pastor an St. Andreas in Braunschweig. MÖHLE, ein literarisch hochgebildeter Mann, gab am Realgymnasium Religions- und Deutschunterricht, bis er 1837 als Generalsuperintendent nach Holzminden ging. Dort starb er am 16. Januar 1865. (BESTE, Album, S. 58 f.).

¹²⁶⁾ Dr. phil. HEINRICH FRIEDRICH SÜPKE wurde am 20. August 1796 in Velpke geboren und besuchte seit 1809 das Helmstedter Gymnasium, bis er 1814 als Freiwilliger in das Braunschweiger Truppenkorps eintrat. In ihm nahm er — zuletzt als Quartiermeister-Sergeant — an den Feldzügen in Belgien und Frankreich teil. 1816 auf Wartegeld gesetzt, besuchte er als Freischüler das Collegium Carolinum und studierte dann in Göttingen Mathematik und Volkswirtschaft. In Braunschweig als Münzbuchhalter angestellt, war er Mitbegründer des Realinstitutes und seit 1828 Lehrer der Handelskunde am Realgymnasium. Bei der Errichtung der merkantilistischen Abteilung am Collegium Carolinum wurde S. am 30. November 1835 zum Professor der Handelswissenschaften ernannt. Er starb kurz vor der Auflösung der merkantilistischen Abteilung am 22. Juli 1862. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6585, 6608).

¹²⁷⁾ Braunschw. Magazin vom 2. Oktober 1824.

eigenen Geistlichen Gericht, wurde der Generalsuperintendent KNITTEL¹²⁸⁾ zu einem Bericht aufgefordert, den er am 14. September 1816 dem Konsistorium erstattete¹²⁹⁾.

Aus diesem Bericht ergibt sich, daß es außer der Waisenhausschule und der Garnisonsschule, die beide der Landesherrschaft unterstanden, den beiden Schreibschulen und mehreren Armenschulen noch 24 Volksschulen gab, an denen 11 Lehrer und 13 Lehrerinnen unterrichteten. Da diese Schulen keine bestimmten Einzugsgebiete besaßen, also den Eltern die Wahl der Schule überlassen blieb, wurden einige Schulen von 120 bis 160 Kindern besucht, während andere Schulen nur eine sehr geringe Schülerzahl aufwiesen. Die Besoldung der Lehrkräfte bestand lediglich im Schulgeldaufkommen, von dem sie überdies auch die Miete für den Schulraum entrichten mußten, so daß eine schwach besuchte Schule dem Lehrer „nicht einmal einen kläglichen Unterhalt“ gewährte. Jedenfalls mußte das Konsistorium „sehr wesentliche Mängel“ feststellen:

1. Eine Schulaufsicht der Prediger über ihre über die ganze Stadt verstreuten Gemeindekinder ist unmöglich,
2. die Ausbildung vieler Lehrkräfte ist unzureichend, besonders die Frauen haben überhaupt keine Fachausbildung genossen,
3. es fehlen zureichende Schulräume,
4. die Besoldung durch das Schulgeld verhindert jede Schulzucht, da die Kinder eine andere Schule aufsuchen, wenn sie strenger angefaßt werden.

Um diese beklagenswerten Zustände zu bessern, schlug das Konsistorium vor, bei den Pfarrgemeinden gegliederte Volksschulen einzurichten.

Das Staatsministerium leitete diesen Bericht an das Herzogliche Stadtgericht, das gemeinsam mit dem Polizeidirektor GRAVENHORST Stellung nehmen sollte. Doch das Stadtgericht unternahm nichts. Erst sechs Jahre später bemühte sich Magistratsdirektor WILMERDING gemeinsam mit dem Generalsuperintendenten HOFFMEISTER wenn auch vergeblich um die Einführung gleicher Lehrpläne für alle Volksschulen. So blieb alles beim alten.

Erst WILHELM BODE ging bald nach seinem Amtsantritt energisch an die Beseitigung dieser unwürdigen Zustände und gab dem Staatsministerium klare, aber auch schonungslose Darstellungen der Schulverhältnisse. So stellte er in einer Eingabe vom 14. April 1826 fest, daß keine der Braunschweiger Volksschulen über „ein hinreichend geräumiges

¹²⁸⁾ WILHELM GOTTLIEB KNITTEL, der Sohn des „Ulflas-Knittel“, wurde am 23. Dezember 1758 zu Wolfenbüttel geboren, studierte seit dem 14. Oktober 1777 in Helmstedt Theologie, wurde 1782 Diakonus zu St. Stephani in Helmstedt und 1786 Pastor zu St. Magni in Braunschweig. Von 1800 bis 1817 bekleidete er das Amt des Generalsuperintendenten der Stadt Braunschweig und wirkte dann bis zu seinem Tode am 11. August 1825 als Konsistorialrat, Abt von Königslutter und Generalsuperintendent in Wolfenbüttel. „Ein Mann von großen Talenten, umfassenden Kenntnissen und gereiften Erfahrungen.“ (KOLDEWEY, Album Große Schule, S. 1 f.).

¹²⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. XIII Nr. 30.

Lokal“ verfügte. In zahlreichen Klassen saßen 150 Knaben und Mädchen eng zusammengedrängt, so daß ein erfolgreicher Unterricht unmöglich war. Deshalb war es auch den Lehrern angenehm, wenn ein Teil der Schüler überhaupt nicht zum Unterricht erschien. Für die Aufsichtsbehörde aber war eine Kontrolle des Schulbesuchs unmöglich. Da nun diese Schulen sehr wenig leisteten, schickten die Eltern, die es nur irgend bezahlen konnten, ihre Kinder auf die wenigen besseren Schulen, auch auf die Lateinschulen, deren unterste Klassen überfüllt waren. Den größten Nachteil sah BODE darin, daß die Lehrer hinsichtlich ihrer Besoldung allein auf das Schulgeld angewiesen waren und dafür auch noch die Unterrichtsräume bereitstellen mußten.

Als erste Maßnahmen zur Änderung dieser Mißstände schlug BODE vor:

1. Die Beschaffung von zweckmäßigen Gebäuden für die Schreibschulen und die oberen Klassen der Volksschulen, wodurch Räume für die Elementarklassen frei würden,
2. die Erhebung und gleichmäßige Verteilung des Schulgeldes durch die Stadtbehörde,
3. die Aufhebung der unzeitgemäß gewordenen Kurrende und Verwendung der so verfügbar werdenden Mittel von jährlich etwa 500 Rtl. für die Volksschulen, für die er auch einen von den Stadtdeputierten zu bewilligenden Zuschuß in Aussicht stellte.

Nach der Regelung der finanziellen Voraussetzungen erbot sich BODE, gemeinsam mit dem Generalsuperintendenten HOFFMEISTER, der mit BODES Absichten voll einverstanden war, einen Reformplan auszuarbeiten und vorzulegen.

Die Vorstellungen des Magistratsdirektors fanden beim Staatsministerium Gehör, das willens war, dem Konsistorium als der Landesschulbehörde die Durchführung der Volksschulreform entsprechend BODES Vorschlägen zu übertragen. Doch gegen diesen Plan erhob BODE am 12. Juli 1826 Einspruch: „Die gegenwärtige Einrichtung des Magistrats macht es demselben möglich, eine vorzügliche Aufmerksamkeit auf das Schulwesen der Stadt zu verwenden und den in dieser Hinsicht obliegenden Pflichten Genüge zu leisten. Wir bitten daher unterthänigst, der Stadt und ihrem Magistrat diejenigen Rechte gnädigst zu conserviren, welche ihr von alten Zeiten her in Beziehung auf die Schulen zugestanden“ ¹³⁰⁾.

Es zeugt für das Vertrauen, das die oberste Landesbehörde dem Magistratsdirektor BODE entgegenbrachte, wenn sie seinen Vorstellungen nachgab und am 16. Januar 1827 verfügte, der Stadtmagistrat habe unter Zuziehung der Direktoren der beiden Gymnasien und des Stadtsuperintendenten einen Plan zur besseren Einrichtung des gesamten städtischen Schulwesens auszuarbeiten, der auch Vorschläge über die Neugestaltung des Collegium Carolinum enthalten könne.

Nun war der Weg frei, und mit Eifer und Tatkraft ging WILHELM BODE ans Werk. Am 27. Januar 1827 benachrichtigte er den Generalsuperintendenten HENKE ¹³¹⁾ und die

¹³⁰⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. XIII Nr. 26.

¹³¹⁾ THEODOR KARL AUGUST HENKE, geboren am 16. Juli 1765 als Sohn eines Geistlichen in Braunschweig, besuchte seit 1782 das Collegium Carolinum und wurde nach dem Studium

Gymnasialdirektoren Dr. FRIEDEMANN und Dr. PETRI von ihrer Berufung in die vorbereitende Kommission. „Wie segensreich die Ausführung eines solchen Plans sein kann, dürfen wir wohl nicht weiter bemerkbar machen, da Sie mit den Mängeln genau bekannt sind, die so lange schon eine gemeinschaftliche sorgsame Beratung wünschenswert machen.“ BODE schlug mündliche Konferenzen vor, die am Mittwochnachmittag jeder Woche im Neustadtrathaus gehalten werden könnten. Schon am 31. Januar 1827 versammelten sich die Mitglieder der Schulkommission zu ihrer ersten Beratung. Zu ihr ging BODE gut vorbereitet mit fertigen Plänen, die er mit Dr. FRIEDEMANN bezüglich der höheren Schulen, mit Dr. BRANDES wegen des Realgymnasiums und mit den bewährten Schulmännern DAUBERT ¹³²⁾ und TUNICA ¹³³⁾ wegen der Volksschulen abgesprochen hatte.

In dieser ersten Sitzung der Schulkommission erstattete Bode einen ausführlichen Bericht über den Zustand des Braunschweiger Schulwesens und leitete daraus die Aufgaben der beabsichtigten Reform ab, die durch einen organischen Aufbau die Leistungsfähigkeit der Schulen aller Art erheblich steigern konnten. Im Volksschulwesen mußte zunächst die unheilvolle Zersplitterung in 30 Gemeindeschulen sehr unterschiedlichen Wertes beseitigt werden, neben denen noch mehrere städtische Armenschulen, die Schulen des reformierten und katholischen Bekenntnisses, die beiden Schreibschulen sowie die Garnison- und die Waisenhaussschule standen. Die beiden letzteren wie auch die Schreibschulen suchten weitergehenden Bildungsansprüchen zu genügen, die Waisenhaussschule im besonderen für die Töchter der höheren Stände. Diese treffliche Schule, die ja auch der Ausbildung des Lehrernachwuchses für die Volksschulen diente, wurde 1825 von fast 1000 Kindern besucht, von denen nur etwa 160 Waisenkinder waren.

WILHELM BODE schlug nun vor, die Gemeindeschulen zumindest in den oberen Klassen in zwei Bezirksschulen mit geräumigen Klassenzimmern zusammenzufassen, wobei die

der Theologie 1791 als Gymnasiallehrer zu Holzminden angestellt. Seit 1796 war er als Pastor tätig, zunächst in Rühle, seit 1800 in Ottenstein und seit 1806 an St. Magni in Braunschweig. 1820 wurde er unter Beibehaltung seines Pfarramtes zum Superintendenten der Inspektion Campen, 1826 zum General- und Stadtsuperintendenten in Braunschweig bestellt. Er starb in Braunschweig am 11. Mai 1843. (WITTING, Gedächtnispredigt).

¹³²⁾ KARL AUGUST DAUBERT, geboren am 15. April 1773 zu Braunschweig als Sohn eines Schneiders, wurde am 12. Februar 1794 Schreib- und Rechenmeister an der Schreibschule zu St. Katharinen und 1830 Leiter der östlichen Bezirksschule an der Wilhelmstraße. Er starb am 29. November 1844. Nach zeitgenössischem Urteil war er ein „echter Christ, treuer Patriot, bedeutender Pädagoge“. (StABr: H VIII A Nr. 820).

¹³³⁾ GOTTFRIED FRIEDRICH TUNICA, geboren am 5. April 1795 zu Braunschweig, besuchte die Katharinen-Schreibschule unter DAUBERT, blieb bei ihm nach der Konfirmation 17 Jahre lang als Schulgehilfe, besuchte 1816 einige Monate lang das Waisenhausseminar und wurde 1826 Schreibmeister bei der Martinigemeinde. 1830 wurde er Inspektor der Bezirksschule am Südklint und starb am 19. April 1856. Als Autodidakt hatte er hervorragende Kenntnisse erworben, er besaß eine Büchersammlung von 5000 Bänden. T. gab vielbenutzte Rechenbücher heraus. Seit 1830 war er Bibliothekar und Schriftführer der pädagogischen Lesegesellschaft, die 1851 im Landeslehrerverein aufging, dessen Vorsitzender T. bis zu seinem Tode war. (Braunschw. Schulbote 5 (1856), S. 101—103).

damals noch mitten durch die Stadt fließende Oker die Grenze zwischen den beiden Schulbezirken bilden sollte. Vorgesehen wurde weiter die Auswahl geeigneter Lehrkräfte, die Aufstellung eines verbindlichen Lehrplans für alle Volksschulen sowie die Anordnung einer besonderen und strengen Schulaufsicht. Die der Landesregierung unterstehenden Garnison- und Waisenhaussschule sowie die Schule der katholischen Religionsgemeinschaft sollten als selbständige Schulen erhalten bleiben. Auch die städtischen Armenschulen, die in gut eingerichteten Räumen zweckmäßig geordnet waren, wollte BODE zunächst bestehen lassen.

Für das höhere Schulwesen regte BODE die Zusammenlegung der beiden Gymnasien und der Realanstalt an, vielleicht wäre auch die Angliederung der beiden Schreibschulen als Vorschule des Gymnasiums in Betracht zu ziehen. Dagegen hielt der Magistratsdirektor eine Angliederung der privaten, den Mädchen gewidmeten höheren Bildungsanstalten wie der seit 1811 bestehenden Töcherschule der Demoiselle PORT nicht für erforderlich, „da sie nach und nach dem Bedürfnis gemäß sich geordnet hätten und sie den damit beabsichtigten Zweck erfüllten, weshalb die Veränderung ihrer Stellung wohl nicht einmal nötig werde“. Die Kommission beschloß, gemäß den Vorschlägen BODES die weiteren Verhandlungen zu führen.

In der am 14. Februar 1827 abgehaltenen zweiten Ausschußsitzung legte BODE ausführliche statistische Erhebungen über die Volksschulen der Stadt Braunschweig vor:

Es besuchten die

Bürgerschulen	1 170 Knaben	1 146 Mädchen =	2 316 Kinder
Armenschulen	425 Knaben	328 Mädchen =	753 Kinder
Waisenhaussschule	414 Knaben	587 Mädchen =	1 001 Kinder
Garnisonsschule	208 Knaben	197 Mädchen =	405 Kinder
Katholische Schule	53 Knaben	53 Mädchen =	106 Kinder.

Die Waisenhaussschule war in 5 Knaben- und 5 Mädchenklassen gegliedert. In ihnen unterrichteten vier studierte Oberlehrer, acht Seminaristen, ein Zeichenlehrer und sechs Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten. Da die Waisenhaussschule als die beste Schule Braunschweigs galt, war sie überfüllt. So saßen in der 4. Mädchenklasse 114, in der 5. sogar 186 Kinder ¹³⁴⁾! Die Garnisonsschule hatte 3 Klassen zu je 120 bis 150 Kindern; sie war Freischule für die Kinder diensttuender Militärpersonen sowie bedürftiger Verabschiedeter. Sie stand unter der Leitung des tüchtigen Schulinspektors OTTMER ¹³⁵⁾ und erfreute sich gleichfalls eines guten Rufes.

Die Aufteilung der Schüler der Bürgerschulen auf die beiden vorgesehenen Schulbezirke ergab für den Westbezirk 1092, für den Ostbezirk 1214 Kinder. BODE schlug

¹³⁴⁾ StABr: D III IX Nr. 1 Vol. II.

¹³⁵⁾ FRIEDRICH OTTMER wurde am 30. April 1781 in Braunschweig geboren, trat 1799 in das Waisenhausseminar ein und wurde 1807 zweiter Lehrer an der Garnisonsschule. 1813 wurde ihm unter Ernennung zum Inspektor ihre Leitung anvertraut. Hier leitete er auch die Ausbildung der Vorseminaristen. OTTMER starb am 16. Mai 1867. (BÖRKER, Garnisonsschule).

eine Gliederung der Bürgerschule in vier Stufen vor. Die unterste sollte Knaben und Mädchen bis zum achten Lebensjahr gemeinsam aufnehmen; in den drei oberen Stufen sollten die Geschlechter getrennt werden. Für jeden Bezirk waren 4 bis 5 Elementarklassen erforderlich, die zwecks Vermeidung weiter Schulwege für die Kleinen über die Stadt verteilt werden sollten. Für die oberen Klassen waren die beiden Bezirksschulen vorgesehen, die jede mit 6 geräumigen, für 100 bis 120 Kinder berechneten Klassenräumen auszustatten waren.

Der Unterricht in den Bürgerschulen sollte sich auf Religion, Deutsch, Rechnen, Erdkunde, Naturkunde, Geschichte, Heimatkunde, Schönschreiben, Verstandes- und Gedächtnisübungen erstrecken. Darüber hinaus sah BODE für die begabten Knaben eine Nebenklasse für neuere Sprachen, Mathematik, Geographie, Geschichte, Freihandzeichnen und geometrisches Zeichnen, für alle Mädchenklassen Unterricht in weiblichen Arbeiten wie Nähen und Stricken vor.

Das Schulgeld sollte für die Elementarklassen jährlich 3 Rtl. betragen und sich mit jeder höheren Klasse um 1 Rtl. steigern. Das von der Stadtkasse zu verwaltende Jahresaufkommen an Schulgeld schätzte der Magistratsdirektor auf 4300 Rtl. Davon waren an die Lehrkräfte feste Gehälter zu zahlen, und zwar sollten die Rektoren ein Jahresgehalt von 600 Rtl., die Lehrer je nach ihrem Lebensalter 200 bis 500 Rtl. erhalten. Als Leiter der beiden Bezirksschulen nahm BODE die Schreibmeister DAUBERT und TUNICA in Aussicht.

Die Mitglieder der Kommission waren mit den Vorschlägen des Magistratsdirektors einverstanden und forderten ihn auf, in gleicher Weise hinsichtlich der höheren Schulen zu verfahren.

Das geschah in der am 28. Februar 1827 stattfindenden dritten Kommissionssitzung. Man war sich über die Notwendigkeit einig, die beiden Gymnasien zu vereinigen und — nach FRIEDEMANN'S Vorstellungen — die neue Anstalt in ein Obergymnasium und ein Progymnasium mit je fünf aufsteigenden Klassen zu gliedern. Dagegen waren die beiden Gymnasialdirektoren zunächst nicht recht geneigt, der von BODE gewünschten Übernahme des Realinstitutes des Dr. BRANDES und seiner Eingliederung als staatliches Realgymnasium in das Gesamtgymnasium zuzustimmen. Da aber BODE vom Werte dieser Unterrichtsanstalt für weite Kreise der Bürgerschaft überzeugt war, setzte er sich stark und schließlich auch erfolgreich für seinen Plan ein. Zwischen BODE und BRANDES bestand ein gutes, auf Vertrauen gegründetes Verhältnis. BRANDES reichte am 2. März 1827 dem Stadtdirektor eine Denkschrift ein, die die künftige Einrichtung des Realgymnasiums erläuterte, für welches das Progymnasium wie auch die Volksschule als Vorschulen dienen sollten. BRANDES hatte auch seine 89 Schüler über ihre Berufsziele befragt: 56 wollten Kaufleute werden, 12 Landwirte, 7 Soldaten, 3 Forstleute, 2 Bergleute, 5 Handwerker, 1 Musiker, 3 hatten sich noch nicht entschieden ¹³⁰⁾. In dieser Zusammenstellung lag für

¹³⁰⁾ StABr: D III IX Nr. 1 Vol. III.

BODE ein zwingender Beweis für die Notwendigkeit der Anstalt. Auch FRIEDEMANN, obwohl durchaus begeisterter Vorkämpfer für die humanistische Bildung, hatte sich unter BODES Einfluß dann doch wohlwollend mit der Eingliederung des Realinstitutes befaßt. Er sah in der notwendig werdenden Verstärkung der Realien auf dem Progymnasium auch einen Vorteil für das Obergymnasium: „Es ist wünschenswert, daß die oberen Gymnasiasten in Geographie, Geschichte, Naturgeschichte, deutschem Styl u. dergl. hinlänglich unterrichtet sind, um die Altertumsstudien nicht auf leeren Grund zu pflanzen, wie es leider jetzt wohl noch geschehen muß“ ¹³⁷⁾.

Auch im Gesamtgymnasium sollten die Schulgelder von jährlich 24 bis 30 Rtl. in eine gemeinsame Kasse fließen, aus der feste Besoldungen an die Lehrkräfte zu zahlen waren. BODE setzte sich nachdrücklich für die Bewilligung ausreichender Gehälter ein, „um zu vermeiden, daß keine mit Nahrungsorgen kämpfende und mithin entmutigte Lehrer dem Gedeihen der Unterrichtsanstalten hinderlich würden“. Als Jahresgehalt eines Klassenlehrers schlug er 800 Rtl. vor, was eine Verdoppelung der bisherigen Einkünfte von 400 bis 500 Rtl. bedeutete, für die nebenamtlich tätigen Hilfslehrer 250 Rtl.

Zu einer weiteren Sitzung am 14. März 1827 wurde der Direktor der Waisenhaus- und Garnisonsschule Abt WESTPHAL ¹³⁸⁾ hinzugezogen. Nach einer Besprechung der bisher behandelten Themen wurde über den Einbau des Collegium Carolinum als Spitze des gesamten Bildungswesens verhandelt. Doch tauchten hier wohl große Schwierigkeiten auf, so daß der Magistratsdirektor, um die ihm am Herzen liegende Reform des allgemeinen Schulwesens nicht zu gefährden, dieses weitschichtige Problem nicht weiter verfolgte. BODE hatte wohl damals schon bestimmte Vorstellungen über den künftigen Ausbau des Collegium Carolinum zur höheren technischen Lehranstalt entwickelt, deren Durchführung nur auf einer höheren Ebene als der der Schulkommission möglich war.

Am 21. März klärte BODE mit DAUBERT und TUNICA noch einmal Fragen der Volksschulreform.

Dank der geschickten Führung durch den Magistratsdirektor BODE konnte die Kommission bereits am 28. Juni 1827 dem Staatsministerium den Reformplan einreichen, zu dem WILHELM BODE eine ausführliche Erläuterung beisteuerte, die auch genaue Kostenberechnungen enthielt. Dabei mußte die Einrichtung der Volksschulen größtenteils auf Kosten des Stadtsäckels geschehen. Bei den höheren Schulen stand ein jährlicher Zuschuß von 9000 Rtl. aus dem Kloster- und Studienfonds zur Verfügung. Die Schulgeldeinnahmen

¹³⁷⁾ StABr: D III IX Nr. 1 Vol. IV.

¹³⁸⁾ FRANZ AUGUST CHRISTIAN WESTPHAL, geboren als Sohn eines Geistlichen am 20. Februar 1779 in Thiede, studierte seit dem 29. April 1798 in Helmstedt Theologie und wurde 1801 Lehrer an der Waisenhausschule, 1807 Prediger in Klein Stöckheim. Als Feldprediger des braunschweigischen Truppenkorps nahm er 1815/16 am Feldzuge in Belgien und Frankreich teil. 1819 übernahm er die Pfarre in Süpplingen und ging 1824 nach Braunschweig, wohin er als Hof- und Domprediger und gleichzeitig als Direktor der Waisenhaus- und Garnisonsschule berufen worden war. 1826 wurde W. zum Abt von Michaelstein, 1829 zum Abt von Königslutter ernannt. Er starb am 20. Februar 1847. (BESTE, Album, S. 85).

wurden für das Gymnasium auf 3837 Rtl., für das Realgymnasium auf 2450 Rtl. geschätzt. Bei einer Gesamteinnahme von 15 287 Rtl. konnten die Personalkosten gedeckt werden. Für die bauliche Unterhaltung der beiden Gymnasialgebäude waren die Kirchengemeinden St. Martini und St. Katharinen verpflichtet, die Aufwendungen für das Realgymnasium wollte die Stadt übernehmen. Sicherlich nicht ohne Absicht hatte BODE die Anforderung zusätzlicher Staatsmittel vermieden.

Es war das Verdienst des Hofrats FRICKE¹³⁹⁾, der im Staatsministerium die Schulangelegenheiten bearbeitete, daß der Reformplan unverzüglich unter Dach und Fach gebracht werden konnte. Schon am 30. August 1827 genehmigte das Staatsministerium den von BODE vorgelegten Plan und war auch mit dem Eingehen der Kurrende und der Inanspruchnahme dieser Stiftungsmittel einverstanden, die erforderlichen Baukosten für die Volksschulen hatte die Stadtkasse zu übernehmen, die auch etwaige Fehlbeträge ausgleichen mußte. Dem Hofrat FRICKE gelang es auch, am 10. Oktober 1827 in einer Audienz beim Herzog KARL nach mündlichem Vortrag dessen Unterschrift zu erlangen¹⁴⁰⁾.

Der Beginn der Tätigkeit wurde für das Gesamtgymnasium auf den 1. Januar 1828 festgesetzt, für die Volksschulen aber bis nach Beendigung der Umbauten verschoben. Die bisherige Schulgeldfreiheit für Kinder der Geistlichen und der Lehrer wurde aufgehoben, dagegen sollten hinfort bedürftige „junge Leute von ausgezeichneten Fähigkeiten“ auch am Gymnasium von der Zahlung des Schulgeldes befreit werden.

So war das Reformwerk in überraschend kurzer Zeit glücklich vollendet worden. Über den Geist, in welchem die Verhandlungen geführt wurden, gibt ein Brief FRIEDEMANNs an EBERT vom 28. November 1827 Auskunft¹⁴¹⁾:

„Nun unsere Schulsachen und Ich. Aber ich fange ab ovo an, das die Schulcommission gelegt hatte: es wurde schlecht ausgebrütet von Bosse, der überhaupt von Schulsachen viel weniger Begriffe hat als ich von Joh. Müllers Sekretär erwartet hatte; auch keinen rechten Sinn dafür, denn Alles, was ich ihm mittheilen wollte, um sich von dem jetzigen Zustand in Deutschland zu unterrichten, lehnte er ab. Freilich hat er mit sich so viel zu thun, und an sich zu halten, und die Köpfe gehen Alle jetzt um und um. Kurz es kam

¹³⁹⁾ Dr. jur. JOHANN GEORG FRICKE, am 15. September 1782 als Sohn eines Kammerbaumeisters zu Braunschweig geboren, besuchte seit dem 24. August 1799 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 15. April 1800 in Helmstedt Rechtswissenschaft. 1803 ließ er sich in seiner Vaterstadt als Advokat nieder; er besaß eine umfangreiche Praxis, als er am 10. Mai 1827 auf Wunsch des Herzogs KARL II. als Hof- und Justizrat in den Dienst des Fürsten trat. Fr. war ein tüchtiger Jurist und ein redlicher Mann, mußte aber einige anfechtbare Maßnahmen des Herzogs durchführen, so daß er nach der Revolution 1830 aus dem Staatsdienst entfernt wurde. Ein 1831 gegen ihn eingeleitetes Hochverratsverfahren endete mit seinem Freispruch. 1839 sprach ihm das Oberlandesgericht für Lebenszeit das volle Gehalt aus seiner einstigen Dienststellung zu. Fr., der seine Rechtsanwalts- und Notariatspraxis wieder aufgenommen hatte, starb am 11. Februar 1847 zu Braunschweig. (StABr: H VIII A Nr. 1191).

¹⁴⁰⁾ FRICKE, Mein Staatsdienst, S. 19.

¹⁴¹⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 241 ff.

ein Rescript, worin Petri zwar ans Carolinum gesetzt war, aber sein Gehalt (1200 Tlr.) aus der Kasse des neuen Gesamtgymnasiums beziehen sollte, daneben aber sollte er noch Aufsicht über das Progymnasium und Realgymnasium führen, und sonst noch mehrere Combinationen — kurz Bode war so aufgebracht, daß er das Rescript nicht einmal mitgeteilt hat. An einen Ausgang war nicht zu denken, wohl aber an Rückgang. Endlich siegte das Bessere. Fricke übernahm die Sache und brachte bei Sereniss. die 1200 Tlr. für das Carolinum heraus. Nun ging's. Aber die Plackereien fingen erst an. An Fricke, mit dem ich nun zum Erstenmale zusammenkam, fand ich einen offenen, geraden und consequenten und, wie mir scheint, mir wohlgewogenen Mann; in 1 Stunde hatte ich mit ihm mehr abgemacht als mit Raoul Bosse in 1 Tage. Alles ging bei ihm von sicherer Basis aus, und Schlag auf Schlag weiter. Ich wollte ich hätte alle Schulsachen mit ihm abzuthun. Er laviert nicht, sondern tritt entscheidend auf und hat gar keine persönlichen Rücksichten. Unser Bode dagegen, wie Du richtig bemerkst, steuert nicht immer gerade aus, und liebt den Frieden zu sehr. Alles, was Bosse verpfuscht und verkleistert hatte, brachte Fricke zurecht, indem er den ganzen Plan der Schulcommission und sie selbst ohne Weiteres bestätigte am 10. Oktober. Nun sind aber die Reclamationen der Lehrer gekommen. Alle wollen viel Geld und wenig Arbeit, womöglich gar keine. Dabei habe ich soviel Ärger mit Jung und Alt gehabt, daß ich krank liege an einem heftigen Brustkatarrh und Heiserkeit. Fricke würde gerade durch gehen mit einem quos ego, aber Bode wünscht Schonung und Beruhigung. Geld hat uns die Regierung gar nicht gegeben, nur Erhöhung des Schulgeldes und die vorhandenen Fonds. Zum 1. Januar 1828 soll alles im Gange seyn. Ich erliege fast der Last und ob ich gleich kaum sprechen kann, muß ich doch immer auf meinem Zimmer mit Andern conferiren. Alle Arbeiten den Sommer über hat Bode und ich gehabt: Petri hat nichts davon getan. Dessenungeachtet behandelt Bode den Petri mit einer Rücksicht und Nachsicht, die an Verehrung grenzt. Alles Unangenehme, was es sey, wird von ihm abgewendet, und immer und ewig werde ich zum Frieden ermahnt, den Petri doch auf jede Weise bricht . . . Nun muß ich temporisiren, und Eins tröstet mich. Das Ministerium ist dem Collegium sehr abhold; es sind etliche scharfe Rescripte an dasselbe gelangt besonders, dass sie am Ende der halbj. Vorlesungen auch sagen sollen, wieviel Jeder Zuhörer gehabt. Dessen ungeachtet dicanirt mich besonders Prof. Dedekind¹⁴²⁾; auch Petri hat alle Berührung in wissenschaftlicher Hinsicht mit dem Lehrplane abgelehnt. Um so mehr hat das Staatsministerium mir volle Gewalt gelassen direkt auf die Universität zu steuern. Bode will aber alle gesetzlichen Bestimmungen über den Übergang auf das Collegium — ablehnen um des lieben Friedens willen . . .“

¹⁴²⁾ JULIUS LEVIN ULRICH DEDEKIND, geboren in Holzminden am 11. Juli 1795, studierte 1816/19 in Göttingen Rechtswissenschaften und wurde dort 1820 Privatdozent in der juristischen Fakultät. Er wurde 1822 nach dem Tode des Professors BUHLE als Syndikus und Rechtslehrer an das Collegium Carolinum berufen und 1823 zum ordentlichen Professor ernannt. 1825 übernahm er nebenamtlich das Amt des Direktors des Herzogl. Intelligenz-Comptoirs, dem auch die Zensur oblag, und die Redaktion des Braunschweigischen Magazins. 1836 zum Hofrat, 1871 zum Geheimen Hofrat ernannt, starb er am 2. August 1872. (ADB 5, S. 15 f.).

Dieser Brief, der auch für die allgemeine Beurteilung der Persönlichkeit WILHELM BODES wichtig ist, läßt erkennen, daß BODE auf die Abgrenzung zwischen Gymnasium und Collegium Carolinum, so wichtig sie für die Entwicklung beider Anstalten auch war, bewußt verzichtete, um nicht das Reformwerk überhaupt an dieser Frage scheitern zu lassen.

Führte also die Reform des höheren Schulwesens zu häßlichen Kontroversen mit einigen Professoren des Collegium Carolinum, fand auch sonst wohl Widerstand in den betroffenen Kreisen, so konnte BODE die Umgestaltung des Volksschulwesens ohne wesentliche Schwierigkeiten durchführen. Das verdankte er zunächst der einsichtigen Haltung des Stadtsuperintendenten HENKE. Dieser war ein Mann von großer innerer Bescheidenheit und Zurückhaltung, der Streit nicht liebte, weil Friedfertigkeit und Biederkeit die Grundzüge seines Wesens waren ¹⁴³). Darum begleitete er mit menschenfreundlicher Milde den Magistratsdirektor auf einem Wege, der das Opfer althergebrachter kirchlicher Rechte forderte. Auch beim Landeskonsistorium fand BODE Verständnis für seine Pläne. In der Kirchenregierung bearbeitete die Volksschulangelegenheiten der Abt HOFFMEISTER, ein Vertreter der damals herrschenden Aufklärungstheologie, dazu den Grundsätzen der Philanthropen zugeneigt, die er in die Tat umzusetzen sich bemühte. Als HOFFMEISTER am 18. Juni 1827 BODES Entwurf für die Volksschulreform zurücksandte, schloß er seinen Brief, in dem er sich mit dem Entwurf einverstanden erklärte, mit den Worten: „Gott erhalte Dir Muth und Freudigkeit, für die gute Sache zu wirken“ ¹⁴⁴).

Unmittelbar nach der Genehmigung des Reformwerkes durch den Herzog hatte WILHELM BODE am 13. Oktober 1827 die Stadtverordneten zusammengerufen und ihnen über den zu vollziehenden Aufbau des Schulwesens berichtet. Auf seinen Vorschlag wurden 3000 Rtl. für die erforderlichen Baumaßnahmen bewilligt ¹⁴⁵).

Gleichzeitig wurde auf BODES Anregung die Öffentlichkeit von der bevorstehenden Schulreform in Kenntnis gesetzt. Die „Nachricht von der Umgestaltung der Schulen in der Stadt Braunschweig“ ¹⁴⁶) unterrichtet sehr ausführlich über die vorzunehmenden Veränderungen, erläutert den Aufbau der höheren Schulen wie der Volksschulen und gibt Hinweise auf die Lehrpläne und die Höhe des Schulgeldes. Daß das Schulgeld für das Realgymnasium höher angesetzt wurde als für das Obergymnasium, wurde damit begründet, daß die Eltern, die ihre Kinder vorzugsweise zum Realgymnasium schicken würden, also die Kaufleute und Gewerbetreibenden, „in der Regel bemittelter und besser im Stande sind, für die Bildung der ihrigen eine ansehnliche Summe aufzuwenden als die Classe der Literaten, aus deren Familien wieder Gelehrte und Staatsbeamte hervorzugehen pflegen“.

¹⁴³) WITTING, Gedächtnispredigt.

¹⁴⁴) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 XIII Nr. 26.

¹⁴⁵) StABr: D III IX Nr. 1 Vol. VI.

¹⁴⁶) Abgedruckt in: KOLDEWEY, Schulordnungen I, S. 478—489.



5. Staatsminister Wilhelm Freiherr von Schleinitz



6. Das Stadthaus in Braunschweig 1878 (rechts im Bilde)

Am 28. November 1827 reichte BODE dem Staatsministerium die Lehr- und Studienpläne sowie den Entwurf eines Gesetzes für das Gesamtgymnasium zur Genehmigung ein. Auch diese sehr ins einzelne gehenden und jede Kleinigkeit regelnden Vorschriften erschienen im Januar 1828 im Druck: „Ordnung des Gesamtgymnasiums“ und „Gesetze des Gesamtgymnasiums“ ¹⁴⁷⁾.

Für die durch die Neuordnung des höheren Schulwesens notwendig gewordenen Personalveränderungen konnte BODE in Besprechungen mit dem Hofrat FRICKE die landesherrliche Genehmigung erwirken. Die Leitung des Gesamtgymnasiums und zugleich des Obergymnasiums wurde Dr. FRIEDEMANN übertragen. Der bisherige Leiter des Martineums Dr. PETRI wurde als hauptamtlicher Professor an das Collegium Carolinum berufen. Zum Direktor des Progymnasiums wurde der Kollaborator Dr. HARTWIG vom bisherigen Katharineum ernannt ¹⁴⁸⁾, während Dr. BRANDES die Direktion des Realgymnasiums übernahm. Gleichzeitig wurden zwei verdiente Schulmänner geehrt, indem dem bisherigen Konrektor am Martineum FABER ¹⁴⁹⁾ der Titel eines Rektors am Progymnasium und dem Kollaborator DEGENER ¹⁵⁰⁾ vom Martineum der Titel eines Konrektors am Progymnasium verliehen wurde.

Die feierliche Einweihung des Gesamtgymnasiums fand am 15. Januar 1828 in der Brüdernkirche statt. Neben dem Lehrkörper und der Schülerschaft nahmen teil Abt HOFFMEISTER und Konsistorialrat ROEMER als Vertreter des Konsistoriums, Generalsuperintendent HENKE mit allen Geistlichen der Stadt sowie der Stadtmagistrat und die Stadtdeputierten unter der Führung des Magistratsdirektors BODE. Nach dem Gottesdienst verpflichtete Abt HOFFMEISTER die Direktoren und Lehrer des Gesamtgymnasiums auf ihre neue Dienstordnung. Am Nachmittag fand im Hotel d'Angleterre an der Breiten Straße ein Mittagsmahl mit 71 Teilnehmern statt, zu dem der Stadtmagistrat und die Deputierten eingeladen hatten. Neben diesen und den vollzählig erschienenen Mitgliedern des Lehrkörpers nahmen zahlreiche Ehrengäste teil, so die Mitglieder des Staatsmini-

¹⁴⁷⁾ Abgedruckt in: KOLDEWEY, Schulordnungen I, S. 490—502 bzw. S. 502—526.

¹⁴⁸⁾ GEORG HEINRICH THEODOR HARTWIG, geboren am 3. Oktober 1789 zu Braunschweig, studierte nach dem Besuch des Collegium Carolinum seit dem 26. April 1809 in Helmstedt und Göttingen klassische Sprachen, wurde 1813 Lehrer an der Waisenhaussschule, 1816 am Katharineum. Als Direktor des Progymnasiums wurde er 1863 mit dem damals noch selten verliehenen Titel eines Professors ausgezeichnet. Im Herbst 1863 trat er in den Ruhestand. Er starb am 20. März 1865. (KOLDEWEY, Verzeichnis, S. 5).

¹⁴⁹⁾ JOHANN AREND CHRISTIAN FABER wurde am 10. August 1766 zu Braunschweig geboren. Er besuchte seit 1786 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 18. September 1787 in Helmstedt Theologie und Philologie. Seit 1795 war er Lehrer am Hundeikerschen Institut in Groß Lafferde und kam 1801 als Konrektor zum Martineum. F. starb am 20. November 1834. (Neuer Nekrolog der Deutschen 12 [1836], S. 338).

¹⁵⁰⁾ CHRISTIAN HEINRICH DEGENER, geboren am 2. Juli 1776 in Quedlinburg, besuchte in Braunschweig das Martineum und studierte seit 1796 in Helmstedt Theologie. Seit 1801 unterrichtete er am Martineum. Er starb am 16. Februar 1835. (Neuer Nekrolog der Deutschen 13 [1837], S. 1177 f.).

steriums Oberst von WACHHOLTZ ¹⁵¹⁾, Kammerdirektor G. P. von BÜLOW und die Staatsräte HENNEBERG ¹⁵²⁾, BOSSE und Dr. FRICKE, weiter der Kammerdirektor H. G. C. F. v. BÜLOW ¹⁵³⁾, die beiden Vertreter des Konsistoriums sowie zahlreiche Geistliche ¹⁵⁴⁾. Durch diese Feier demonstrierte BODE das Recht der Stadt auf ihre Schulen, wie es ihm ja auch in den Verhandlungen gelungen war, das Konsistorium hinsichtlich der direkten Einflußnahme auszuschalten. Die Schulaufsicht über die Schulen der Stadt Braunschweig führte der Magistratsdirektor gemeinsam mit dem Stadtsuperintendenten, lediglich die Oberaufsicht übte das Herzogliche Konsistorium aus.

Schon im Herbst dieses Jahres verließ der Gymnasialdirektor Dr. FRIEDEMANN Braunschweig, sicherlich ein Verlust für das geistige Leben der Stadt. FRIEDEMANN war durch seine gelegentlich aggressive Art in Zwistigkeiten mit einflußreichen Persönlichkeiten geraten, die seine Tätigkeit erschwerten; als er einen ehrenvollen Ruf nach Weilburg erhielt, folgte er ihm. WILHELM BODE hat immer FRIEDEMANN'S Verdienste um die Neugestaltung des höheren Schulwesens in Braunschweig rückhaltlos anerkannt, so in einem an EBERT gerichteten Brief ¹⁵⁵⁾ vom 16. Februar 1828: „Friedemann, der sich unendliche Verdienste um die Bildung des hiesigen Gesamtgymnasiums erworben, mit mir gegen Bosheit und

¹⁵¹⁾ FRIEDRICH LUDWIG VON WACHHOLTZ wurde am 30. August 1783 zu Breslau geboren, wurde 1803 Leutnant im preußischen Inf.-Regt. Nr. 28, trat am 11. April 1809 zu Nachod in das braunschweigische Korps ein, in dem er die Feldzüge von 1809 bis 1815 mitmachte und mehrmals verwundet wurde. 1815 zum Chef des General-Quartiermeister-Stabes bestellt, übernahm er 1822 als Oberstleutnant das Kommando über das Infanterieregiment und wurde 1824 Oberst. Unter Herzog KARL II. bearbeitete er im Staatsministerium die Militär-angelegenheiten und später auch die Forstsachen. Am 21. Oktober 1830 wurde er zum Kommandeur des Feldkorps ernannt und 1835 zum Generalmajor befördert. Er starb in Braunschweig am 16. September 1841. (v. KORTZFLEISCH, Inf.-Regt. 92 I, S. 356 f.).

¹⁵²⁾ KARL G. W. HENNEBERG, als Sohn des Präfekten F. L. CHR. HENNEBERG (1748—1812) am 23. Juni 1786 in Braunschweig geboren, studierte nach dem Besuche des Collegium Carolinum in Heidelberg und Göttingen Rechtswissenschaften, wurde 1811 als Staatsauditeur in Braunschweig angestellt und im Mai 1812 zum Unterpräfekten in Magdeburg ernannt. Seit 27. April 1814 Kammerassessor in Braunschweig, begleitete er den Herzog FRIEDRICH WILHELM als Sekretär auf dem Feldzuge in Belgien. 1815/17 weilte HENNEBERG in Paris, wo er sich um die Rückerstattung der geraubten braunschweigischen Kunstschatze Verdienste erwarb. Seit April 1827 Staatsrat im Ministerium, wurde er Oktober 1830 Kammerrat, 1832 Obersteuerrat und trat 1835 in den Ruhestand. Er starb am 30. März 1857 zu Braunschweig. (Geschichte der Familie Henneberg, S. 116 ff.).

¹⁵³⁾ HEINRICH GEORG CHRISTIAN FRIEDRICH v. BÜLOW, geboren am 25. März 1772 als Sohn des Oberhauptmanns v. B. auf Schliestedt und Küblingen. Er studierte seit dem 8. Mai 1791 in Helmstedt Rechtswissenschaften, war von 1809 bis 1813 westfälischer Kriegs- und Domänenrat, übernahm am 20. März 1814 das Amt des Oberhauptmanns des Wolfenbütteler Distrikts, wurde am 9. Februar 1815 zum Vizekammerdirektor und am 22. Dezember 1818 zum ersten Kammerdirektor ernannt. Seit dem 10. Mai 1831 Kammerpräsident, wurde v. B. am 14. Januar 1837 der Titel Exzellenz verliehen. Als Besitzer von Küblingen war er Mitglied der Landstände und Landessteuerrat. Bis zu seinem Tode am 10. August 1840 blieb v. B. in seinem Amt. (NStAW; Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

¹⁵⁴⁾ StABr: D III IX Nr. 7.

¹⁵⁵⁾ BÜRGER, Brunsvicensien, S. 239 f.

Verläumdung tapfer gekämpft und es nun dahin gebracht hat, daß das Werk vollendet dasteht, wird an die Spitze der Schulanstalten im Nassauischen treten und nach Weilburg abgehen. Wie sehr ich diesen Verlust beklagen muß, können Sie beurteilen, da Ihnen der feste tätige und gelehrte Mann näher bekannt ist und da er Ihnen mitgeteilt hat, was hier zur Verbesserung der Schulanstalten, vorzüglich unter seiner Mitwirkung geschah. Ich fürchte, daß das Collegium sein verderbliches Haupt wieder erhebt und seinen Todeskampf verlängert.“ Diese Schlußbemerkung BODE läßt vermuten, daß am Collegium Carolinum die Männer saßen, die FRIEDEMANN'S Fortgang verschuldet hatten.

Am 12. Februar 1828 hatte FRIEDEMANN den Magistratsdirektor BODE vertraulich von der soeben erhaltenen Berufung nach Weilburg unterrichtet. In diesem Briefe faßte er auch seine Bedenken für die künftige Entwicklung des Gymnasiums zusammen: „Es ist mir außerordentlich schmerzhaft, nach so vielen erhaltenen Beweisen des Vertrauens dieß äußern zu müssen, daß der Stand des Obergymnasium zu dem Collegium auf gar keine Gesetze gegründet und ganz der Willkühr anheim gegeben alle demselben angehörenden Lehrer und zunächst den Direktor, mit einem peinlichen Gefühl erfüllt, der frohe Amtsthätigkeit auf die Dauer unmöglich macht. Denn statt daß die Lehrer in freudigem Verein ihrem Ziele zueilend jeder Aufopferung sich unterziehen würden, müssen sie jetzt fürchten, daß, je förderlicher der Unterricht ist, umso früher die Schüler sie verlassen, zumal das Collegium sie ungehindert aus allen Classen nimmt“ ¹⁵⁶). BODE hat unermüdlich, wenn auch vergebens, auf die Beseitigung dieses Mißstandes hingewirkt. So schlug er in einem Bericht an das Ministerium am 10. Mai 1828 vor, zur Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Gymnasium und dem Collegium Carolinum den Direktor des Gesamtgymnasiums dem Lehrkörper des Collegiums einzugliedern und ihn zum Mitglied des Direktoriums des Collegiums zu bestellen: „Dann ist ein feindliches Entgegenwirken nicht mehr thunlich und dann kann auch mit Nachdruck verhindert werden, daß unreife Jünglinge vor der Zeit der strengen Schulzucht sich entziehen und dem mehr Freiheit gewährenden Collegio zueilen.“ Am 10. Oktober 1828 wandte sich BODE nochmals an das Konsistorium mit der Bitte, eine Abgrenzung zwischen dem Gymnasium und dem Collegium zu veranlassen. Die wohl daraufhin ergangene Verfügung des Staatsministeriums vom 9. Dezember 1828 wich aber einer klaren Entscheidung, wie sie BODE gefordert hatte, aus, sie machte zwar die Aufnahme in das Collegium Carolinum von dem Bestehen einer Prüfung abhängig, doch konnte die Prüfung fortfallen für Ausländer und für solche Inländer, die sich nicht dem braunschweigischen Staatsdienst widmen wollten ¹⁵⁷). So blieb alles beim Alten. Der würdige Nachfolger FRIEDEMANN'S G. TH. A. KRÜGER ¹⁵⁸), der im Herbst 1828 die Leitung des Gesamtgymnasiums übernahm, hat noch jahrzehntelang diesen Kampf fortführen müssen.

¹⁵⁶) StABr: D III IX Nr. 1 Vol. VI.

¹⁵⁷) StABr: D III IX Nr. 6.

¹⁵⁸) Dr. phil. D. theol. GEORG THEODOR AUGUST KRÜGER, geboren in Braunschweig am 11. Februar 1793, studierte 1810/13 in Göttingen Philologie und Theologie. Im November 1813

Im Jahre 1830 konnte dann die Reform des Volksschulwesens vollendet werden. Am 24. März 1830 gaben die Ephoren BODE und HENKE mit der „Nachricht von der Umgestaltung der Bürgerschulen in der Stadt Braunschweig“ der Bürgerschaft genaue Kenntnis der Neugestaltung. Die Stadt wurde hinsichtlich der Bürgerschulen in drei Bezirke eingeteilt. Im südlichen Bezirk wurde die Waisenhausschule, die zwar die eigene Direktion behielt, als Bürgerschule bestimmt. Die Bürgerschule des westlichen Bezirks unter der Leitung Tunicas am Südklint und die des östlichen Bezirks an der Wilhelmstraße unter Daubert bestanden aus je 2 Elementar-, 2 Knaben- und 2 Mädchenklassen. Auch die übrigen Elementarklassen unterstanden der Aufsicht der beiden Bürgerschulleiter. Eine gleiche Gliederung wiesen die beiden Armenschulen auf, die an der Reichsstraße und an der Leopoldstraße lagen. Dazu gab es eine Abendschule für die Kinder, die am Tage arbeiten mußten. Insgesamt waren an den Armenschulen 18 Lehrer und Lehrerinnen tätig. Um eine lebendige Verbindung der Stadtverwaltung mit allen Schulen zu gewährleisten, wurde eine Schulkommission geschaffen, der die beiden Ephoren, die Leiter der Bürgerschulen sowie der Garnison- und der Waisenhausschule, zwei Geistliche und ein Vertreter der Armendirektion angehörten.

Auch die Pottsche Töcherschule wurde, wenngleich sie Privatschule blieb, dem städtischen Schulwesen insofern eingegliedert, als ihr das frei werdende städtische Gebäude der Schreibschule von St. Katharinen überwiesen wurde. Auch übernahm der Stadtsuperintendent die Aufsicht über diese Töcherschule.

Zudem wurden in jenen Jahren als wichtige Ergänzungen des Volksschulwesens zwei Sonderschulen ins Leben gerufen: die Blindenschule und das Taubstummeninstitut. Letzteres¹⁵⁹⁾ wurde unter Mitwirkung des Magistratsdirektors BODE am 6. September 1828 errichtet; für seine Einrichtung standen das Ottmersche Legat von 7000 Rtl. und das Vermächtnis des Kaufmanns P. C. REINERS von 10 000 Rtl. zur Verfügung, dazu wurden in der Bürgerschaft 3000 Rtl. gesammelt. Das Institut, das neben den Unterrichtsräumen auch Wohn- und Schlafzimmer für 20 Kinder besaß, erhielt einen jährlichen Zuschuß von 500 Rtl. aus dem Kloster- und Studienfonds. Die Direktion über die Anstalt übten unter der Ephorie des Stadtmagistrats zwei Geistliche und der Direktor des Gesamtgymnasiums aus. 1834 bewilligte die Ständeversammlung einen weiteren laufenden Zuschuß von 100 Rtl. zur Aufnahme von zusätzlich 10 Landeskindern¹⁶⁰⁾. Das Taubstummeninstitut war in einem Gartenhaus dicht vor dem Wententore untergebracht.

begann er seine Tätigkeit als Collaborator in Clausthal, wurde 1815 Konrektor in Wolfenbüttel und im Herbst 1828 Direktor des Gesamtgymnasiums in Braunschweig. Seit 1837 Mitglied der Prüfungskommission für die Anwärter des höheren Schuldienstes und Professor, wurde er 1863 zum Oberschulrat ernannt. KRÜGER trat 1866 in den Ruhestand und verstarb am 4. Oktober 1873.

¹⁵⁹⁾ SCHRÖDER-ASSMANN, Braunschweig II, S. 20—23.

¹⁶⁰⁾ Landtags-Verhandlungen 1834, Anl. CIX III, 3 zu Seite 1317.

Dagegen verdankte die am 18. Dezember 1829 gegründete Blindenschule ihr Entstehen allein der Initiative des Dr. med. Wilhelm LACHMANN¹⁶¹⁾. Er hatte in aufopfernder Tätigkeit die Mittel zusammengebracht, die ihm die Einrichtung dieser Schule ermöglichten, er war ihr Leiter und Hauptlehrer, er hatte einen Männer- und einen Frauenverein gegründet, die ihn bei der Verwaltung des Blindeninstitutes und bei der Haushaltsführung unterstützten. Auch dieses Werk der tätigen Nächstenliebe stand unter der Ephorie des Stadtmagistrats; seit 1834 besaß es die Rechte einer milden Stiftung¹⁶²⁾ und erhielt einen Mietzuschuß von 100 Rtl. aus dem Kloster- und Studienfonds.

Am 1. Januar 1835 erließ das Konsistorium ein Ausschreiben an die geistlichen Behörden des Landes, um Vorschläge für die Verbesserung und Vervollkommnung des gesamten öffentlichen Unterrichtswesens des Herzogtums Braunschweig zu erlangen. Für den Magistrat der Stadt Braunschweig erstattete WILHELM BODE am 8. Juli 1835 einen ausführlichen Bericht¹⁶³⁾, in welchem er mit sicherlich berechtigtem Stolz den Zustand des städtischen Schulwesens schilderte, dabei aber klarstellte, daß er die Entwicklung der Schulen der Stadt Braunschweig durchaus nicht für abgeschlossen erachtete, denn „die Pflege und Fortbildung der städtischen Unterrichtsanstalten halten wir für den wichtigsten Teil unserer Geschäftsführung“. Zwar wurden im Verlauf der letzten sieben Jahre an Unterrichtsräumen geschaffen für die Bürgerschulen 18, für die Armenschulen 4, für das Realgymnasium 4 und für das Progymnasium 1 (mit einem von der Stadt aufgebrauchten Kostenaufwand von 36 000 Rtl.), doch war der Magistrat bestrebt, durch Vermehrung der Unterrichtsräume und der Lehrkräfte die noch viel zu hohen Klassenfrequenzen zu senken. Aber ebenso wichtig war für BODE das innere Leben der Schulen. „Ein reges Leben wird nur dadurch erhalten, daß Mängel zeitig gerügt und Verbesserungen stets von denen in Vorschlag gebracht werden, die das Treiben in den Anstalten täglich zu beachten Gelegenheit haben.“ Deshalb hatte der Magistrat neben der allgemeinen Schulkommission noch besondere für die Höheren Schulen wie für die Bürger- und Armenschulen eingerichtet, die vierteljährlich mit den Ephoren zusammentraten; auch war den Schulleitern die Abhaltung von Konferenzen mit den Lehrern zur Pflicht gemacht worden. In allen Kommissionssitzungen und Konferenzen wurde nicht nur über die zweckmäßige Verwendung der Geldmittel verhandelt, sondern auch Lehrplanfragen und Lektionsentwürfe besprochen.

¹⁶¹⁾ Dr. med. HEINRICH WILHELM LUDOLF LACHMANN, geboren am 22. November 1801 als jüngster Sohn des Pastors L. zu St. Andreas in Braunschweig (vgl. Anm. 117), besuchte seit 1817 das Collegium Carolinum und studierte 1821/23 in Göttingen Medizin. Er war von 1825 bis 1840 als Militärarzt tätig, strebte jedoch nach einer wissenschaftlichen Lehrtätigkeit. Er hielt am Collegium Carolinum naturwissenschaftliche und geographische Vorlesungen; zwar wurde ihm 1841 der Titel eines Professors verliehen, doch konnte er einen Lehrstuhl nicht erlangen. Er starb auf einer Badereise in Wiesbaden am 23. Juni 1863. (ADB 51, 523 f.). Über Lachmanns wissenschaftliche Arbeiten vergl. TH. MÜLLER im Braunschw. Jb. 38 (1957), S. 93 f.; als Gründer und Leiter des Blindeninstitutes s. FISCHER, W. L. Lachmann (1900).

¹⁶²⁾ SCHRÖDER-ASSMANN, Braunschweig II, S. 23.

¹⁶³⁾ StABr: D III IX Nr. 2.

Weiter beabsichtigte BODE, den technischen Unterricht für die Bürgerschulen als unentbehrlich für die Ausbildung tüchtiger Handwerker, also den Unterricht in Mathematik, in Physik und im Zeichnen neu zu ordnen. „Wenn das Collegium Carolinum seine neue Bestimmung erhält, wird auch dafür gesorgt werden, daß die städtischen Anstalten sich darauf einrichten, wie die möglichste Vervollkommenung des technischen Unterrichts überhaupt als die zunächst zu lösende Aufgabe betrachtet wird.“

Die tätige Fürsorge des Magistratsdirektors BODE für Braunschweigs Schulen wurde allseitig, von den Landesbehörden wie von der Bürgerschaft, dankbar anerkannt. Eine besondere Ehrung aber bedeutete es für das Stadtoberhaupt, daß anlässlich der von der Stadt Braunschweig am 7. September 1828 veranstalteten Feier der 300. Wiederkehr des Tages, an dem BUGENHAGEN die Kirchen- und Schulreform in Braunschweig vollendete, die juristische Fakultät der Universität Göttingen WILHELM BODE mit ausdrücklichem Hinweis auf seine Verdienste um die Schulen die Würde eines Dr. jur. verlieh. Gleichzeitig ernannte die theologische Fakultät die Äbte LENTZ¹⁶⁴⁾ und HOFFMEISTER zu Doktoren der Theologie. Über die feierliche Überreichung der Diplome berichtet WILHELM BODE:

„Abends nach 6 Uhr versammelten sich alle genannten Behörden in dem so genannten Medicinischen Gartensaale zu einem Abendschmause, zu welchem der Magistrat auch die Mitglieder des Staatsministeriums, des Consistoriums und des Distriktsgerichts eingeladen hatte.

Der Saal war schön erleuchtet. An dem einen Ende war das Bildniß des Herzogs Julius, an dem anderen die des Doctors Luther und des Magisters Melancthon in hellem Lichte und geschmackvoll decorirt, aufgestellt. Die Herzogliche, auf Kosten der Stadt herbeigeschaffte Musikschule trug zur Erheiterung der auf 250 Personen sich belaufenden Gesellschaft wesentlich bei und in der frohesten Stimmung blieb der größte Theil der Festgenossen bis 3 Uhr Morgens zusammen.

Auch die Universität Göttingen gedachte des feierlichen Tages. Sie hatte mir die Diplome für die zu Doktoren der Theologie ernannten Äbte und Consistorialräthe Hoffmeister und Lentz mit der Aufforderung zugestellt, sie den genannten Herren während des festlichen Mahles zu überreichen. Ich hatte meinen Platz den neu creirten Doctoren gegenüber gewählt, und als mir durch einen Rathsdieners das Paket mit den Diplomen eingehändigt wurde, bat der Abt Hoffmeister, es nicht zu erbrechen. Er suchte es an sich zu nehmen und äußerte, als ich ihm dies nicht zugestehen wollte, daß der Inhalt sich auch auf mich selbst beziehen könnte und daß ich ihm gestatten möge, das Paket zu eröffnen. Ich wußte mir diese Äußerungen des Abts nicht zu erklären, es war mir aber bekannt,

¹⁶⁴⁾ ERNST HEINRICH ANTON LENTZ, geboren als Sohn eines Geistlichen am 6. März 1768 in Semmenstedt, studierte seit dem 7. April 1787 in Helmstedt Theologie, wurde 1797 Pastor in Watzum, 1805 Superintendent in Thiede, 1810 in Schöppenstedt, 1816 in Salzdahlum, 1817 Konsistorialrat, Abt von Riddagshausen und Generalsuperintendent von Wolfenbüttel. Er starb am 9. November 1835 in Wolfenbüttel. (BESTE, Landeskirche, S. 711).

daß der Inhalt des Pakets nur die Äbte betraf und ich erbrach es daher ohne Verzug, eröffnete der Versammlung was mir aufgetragen worden, überreichte die Diplome unter den herzlichsten Glückwünschen und trank mit allen Anwesenden auf das Wohl der Universität Göttingen, der neu creirten Doctoren und der sämtlichen Mitglieder des Herzogl. Consistoriums.

Kaum war dieser Act vollendet, so eröffnete Hoffmeister der Gesellschaft, daß auch ihm der Auftrag geworden sei, mir meine Ernennung zum Doctor der Rechte bekannt zu machen und das Diplom mir feierlich zu überreichen. Ich erklärte mir nun die früheren Äußerungen meines langjährigen Freundes und Jugendgenossen, wurde indeß um so mehr überrascht, da ich nicht geahndet hatte, was da kommen sollte, und da ich auf eine solche Ehre nie Anspruch machen zu dürfen glaubte. Es war der Kern der Bürgerschaft, es waren alle die Männer gegenwärtig, welche wegen ihrer anerkannten Redlichkeit Ehrenämter in der Stadt bekleideten. Die zahlreichen Beweise von Liebe und Achtung, welche ich bei dieser Gelegenheit erhielt, bewegten mich tief und waren mir Ersatz für manche mühe- und sorgenvolle Stunde . . .

Einen imposanten Anblick gewährte an dem heiteren Abend dieses Festes der schön erleuchtete Andreasturm. Die Gallerie desselben war mit Musikern besetzt und weit umher ertönten fröhliche Lieder.

Die Kirchen waren an dem Festtage überfüllt. Während des Gottesdienstes schien die Stadt ausgestorben zu sein. Denn alle die nicht dringend durch häuslichen Geschäfte abgehalten waren, befanden sich in den Gotteshäusern und bewiesen, wie so oft, auch bei dieser Gelegenheit, daß die Einwohner der Stadt Braunschweig vor den tausend anderen Städten einen religiösen Sinn bewahrt haben“ ¹⁶⁵).

Leider hatte die erhebende Feier ein betrübliches Nachspiel. Herzog KARL II., verblendet und überheblich wie alle Diktatoren, verbot die Annahme der verliehenen akademischen Würden und befahl die Zurücksendung der Diplome, weil er sich in seinen landesherrlichen Rechten beeinträchtigt fühlte. Gegen diese Willkür setzte sich WILHELM BODE mannhaft zur Wehr: „Herzog Carl, der damals mit Hannover in gespannten Verhältnissen stand, befahl, daß die Diplome der Universität zurück gesandt werden sollten. Ich verweigerte die Rückgabe unter Bezugnahme auf die Natur der Würde, die unabhängig von dem Landesherrn ertheilt würde und deren Annahme des Herzogs Zustimmung nicht bedürfe; die Äbte aber ließen sich einschüchtern und sandten ihre Diplome zurück. Hoffmeister war einer der Lehrer des Herzogs Carl und es machte daher diesem noch besonderes Vergnügen, jenen zu der Ungebühr genöthigt zu haben.“

Für das Urteil der Bürgerschaft über BODES Werk sei nur eine zeitgenössische Stimme angeführt: „Hätte der Stadtdirektor Bode zum Wohle der Stadt Braunschweig nichts weiter getan, als die gänzliche Schulreform des Volksschulwesens zu Stande gebracht, bei deren Ausführung sich ihm gar mannigfache Schwierigkeiten entgegenstellten, so verdiente

¹⁶⁵) StABr: H IV Nr. 285 Fol. 70—73.

allein schon darum sein Name in der Geschichte der Stadt Braunschweig einen ehrenvollen Platz“ ¹⁶⁶).

Eine ausführliche Darstellung der Schulorganisation gab WILHELM BODE 1836 im 3. Heft der „Stadtverwaltung zu Braunschweig“, nachdem er bereits 1830 in dem im Braunschweiger Magazin erschienenen „Beitrag zur Geschichte der Unterrichtsanstalten, besonders der Bürgerschulen der Stadt Braunschweig“ ihre Entwicklung seit dem Mittelalter untersucht hatte.

Die Bodesche Schulreform wirkte sich auch auf die geistige Haltung und die soziale Stellung der Lehrerschaft günstig aus. Von der täglichen Sorge um den Lebensunterhalt befreit, konnte sie nun in geordneten Schulverhältnissen unter nachhaltiger Förderung durch die Stadtverwaltung ihre Erziehungsarbeit verrichten. Mittelpunkt der pädagogischen Bestrebungen war die 1830 gegründete Pädagogische Lesegesellschaft, als deren Bibliothekar und Schriftführer der Schulinspektor TUNICA amtierte. Starken Einfluß auf die pädagogische Bewegung der Zeit übte der Professor am Collegium Carolinum Friedrich Konrad GRIEPENKERL aus ¹⁶⁷), der sich als Göttinger Student eng an den Philosophen Johann Friedrich HERBART angeschlossen hatte und mit ihm bis zu HERBARTS Tode 1841 in lebhafter Verbindung blieb. Dazu hatte GRIEPENKERL in jahrelanger Tätigkeit in einem nach PESTALOZZIS Grundsätzen geleiteten Schweizer Erziehungsinstitut reiche pädagogische Erfahrungen gesammelt. GRIEPENKERL schrieb in musterhaft klarer Darstellung mehrere philosophische und psychologische Werke, die auf der Herbartschen Ideenwelt ruhen; ebenso nachhaltig trat er für die Herbartsche Lehre vom erziehenden, also nicht nur Kenntniss vermittelnden, sondern auch charakterbildenden Unterricht ein. Neben GRIEPENKERL wirkte in jenen Jahren am Collegium Carolinum der Privatdozent Dr. EDUARD RÖER ¹⁶⁸), der gleichfalls ein Schüler Herbarts war.

So wurde damals sachlich wie geistig der Grund gelegt für die ausgezeichneten Volksschulen der Stadt Braunschweig im 19. Jahrhundert, die dann auch das Vorbild für die Schulen des ganzen Landes wurden.

¹⁶⁶) Braunschweiger Schulbote 5 (1856), S. 105.

¹⁶⁷) FRIEDRICH KONRAD GRIEPENKERL wurde als Sohn eines Geistlichen am 10. Dezember 1782 in Peine geboren, besuchte das Braunschweiger Katharineum, studierte seit dem 25. Oktober 1805 in Göttingen zunächst Theologie, dann Philosophie und Musik, war von 1808 bis 1816 Lehrer am Fellenbergischen Institut in Hofwyl bei Bern, wurde 1816 am Katharineum angestellt und am 29. August 1821 als Nachfolger des Professors VON SECKENDORF nebenamtlich als Dozent für Philosophie und Literatur an das Collegium Carolinum berufen, 1825 zum Professor ernannt. Von besonderer Bedeutung sind GRIEPENKERLS Editionen der Werke JOH. SEB. BACHS, der Klavierwerke seit 1837, der Gesamtausgabe der Orgelwerke seit 1844. GRIEPENKERL starb aus voller Tätigkeit heraus am 6. April 1849. (TH. MÜLLER, Bürgerkultur).

¹⁶⁸) HANS HEINRICH EDUARD RÖER, geboren in Braunschweig am 26. Oktober 1805, widmete sich nach dem Besuch des Collegium Carolinum bei Herbart philosophischen Studien, war in Braunschweig und dann in Berlin Privatdozent, ging 1839 im Dienst der Ostindischen Kompanie nach Indien, wo er als Leiter des Schul- und Bildungswesens des Distrikts Bengalen tätig war. Durch zahlreiche Veröffentlichungen über die Religions- und Philosophiegeschichte der Hindu erwarb er sich den Ruf eines bedeutenden Indologen. 1861 kehrte RÖER nach Braunschweig zurück und starb hier am 17. März 1866.

Dies alles bewirkte auch einen sozialen Aufstieg des vorher doch recht gedrückten Volksschullehrerstandes, der sich beispielsweise darin widerspiegelt, daß der Schulinspektor OTTMER lange Jahre den Braunschweiger Bürgerverein leitete, der seit 1830 als Ausdruck des neu erwachten Bürgerbewußtseins im Leben der Stadt Braunschweig eine bedeutende Rolle spielte. Und als der verdiente Schulinspektor DAUBERT sein 50jähriges Berufsjubiläum beging, brachten ihm seine ehemaligen Schüler einen Fackelzug dar; am nächsten Tage, dem 12. Februar 1844, fand am Nachmittag im Saale des medizinischen Gartens ein Festmahl mit 280 Teilnehmern statt. Der Stadtdirektor Dr. BODE würdigte den Jubilar und überreichte ihm das vom Herzog verliehene goldene Verdienstkreuz, der Stadtverordnetenenvorsteher übergab ihm als Geschenk der Stadtväter einen silbernen Becher ¹⁶⁹⁾.

Besonderes Verdienst erwarb sich schließlich WILHELM BODE um die Reform des Collegium Carolinum, und man kann, ohne sich einer Übertreibung schuldig zu machen, feststellen, daß die Entwicklung dieses ehrwürdigen Institutes zur technischen Lehranstalt, die allein ihr den Bestand für die Zukunft sichern konnte, zum großen Teil dem Stadtdirektor BODE zu verdanken ist.

Wir hörten schon, daß BODE bei der 1828 durchgeführten Reform des Schulwesens der Stadt Braunschweig bewußt auf die Einbeziehung des Collegium Carolinum verzichtete, um den ihm näher liegenden Ausbau der Gymnasien und Volksschulen nicht zu gefährden. Jedoch verlor er das Ziel einer zeitgemäßen Neuordnung des Collegiums nicht aus den Augen.

Zwar hatte der Gedanke, das Collegium Carolinum zu einer Universität auszubauen und so die in der Zeit der Fremdherrschaft aufgelöste Helmstedter Julia Carolina zu ersetzen, in Braunschweig besonders unter der Geistlichkeit viele Freunde. Doch war bei der beherrschenden Stellung der Göttinger Universität allein schon aus finanziellen Gründen für das kleine Herzogtum Braunschweig der Wunsch nach einer eigenen Landesuniversität, die neben jener hätte bestehen können, nicht zu erfüllen. So blieben auch eine Eingabe der Stadt Helmstedt um Erneuerung ihrer Universität an die Ständeversammlung ¹⁷⁰⁾ ebenso wie der Versuch Fr. K. v. STROMBECKS, die öffentliche Meinung für eine Universitätsgründung in der Stadt Braunschweig aufzurufen ¹⁷¹⁾, ohne jede Wirkung.

Immerhin erhielt v. STROMBECK eine Antwort durch eine im gleichen Jahre erschienene anonyme Broschüre: „Schreiben eines Braunschweigers an einen auswärtigen Freund, die Errichtung einer Universität oder eines polytechnischen Institutes in Braunschweig betreffend“, in der zum ersten Male in der Öffentlichkeit der Ausbau des Collegium Carolinum zu einer höheren technischen Lehranstalt gefordert und ausführlich begründet

¹⁶⁹⁾ Zeitung für den deutschen Landmann vom 2. März 1844.

¹⁷⁰⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 181 Vol. 3.

¹⁷¹⁾ In: Staatswissenschaftliche Mitteilungen 3 (1831), S. 135—145.

wurde. Ihr Verfasser war der Dozent am Collegium F. W. SPEHR, ein junger hervorragender Mathematiker ¹⁷²⁾).

Ob WILHELM BODE von dieser Schrift angeregt wurde, oder ob er, was durchaus möglich ist, selbst den Verfasser zu seiner Schrift ermunterte, jedenfalls reichte der Stadtdirektor am 18. Januar 1833 dem Staatsministerium die in der Anlage 1 wiedergegebene Denkschrift über die Umwandlung des Collegium Carolinum in ein polytechnisches Institut ein. Diese Denkschrift gibt uns über ihren sachlichen Gehalt hinaus einen erwünschten Einblick in Bodes Arbeitsweise: die klare und eindringliche Diktion, die allseitige Betrachtung des Problems, die maßvolle, durchaus im Rahmen des Möglichen bleibende Forderung. BODE hatte die Denkschrift zugleich dem damaligen Schulreferenten des Konsistoriums, dem Abte BANK ¹⁷³⁾, zur Kenntnisnahme geschickt, der ihm am 23. Mai 1833 zustimmend antwortete: „Wer irgend Sinn für vaterländische Angelegenheiten hat und eine gediegene, klare Entwicklung dessen, was in höchst wichtigen Hinsichten heilsam, von der Zeit geboten und ausführbar ist, kann nur mit immer steigendem Interesse Deinen Aufsatz lesen und wird dem Lande Glück wünschen, in welchem solche Ideen, als ihm zu Grunde liegend und in ihm so bündig ausgesprochen sind, den Geist derer beschäftigen, die auf das öffentliche Wohl vor anderen Einfluß haben“ ¹⁷⁴⁾).

Auch im Ministerium fand Bodes Denkschrift wohlwollende Aufnahme. Am 28. Juli 1833 teilte der Geheime Rat FR. SCHULZ, der im Staatsministerium das Departement der geistlichen und Schulsachen verwaltete ¹⁷⁵⁾, WILHELM BODE mit, daß er mit dem Abte

¹⁷²⁾ Dr. phil. FRIEDRICH WILHELM SPEHR, als Sohn eines Musikalienhändlers am 2. November 1799 in Braunschweig geboren, besuchte von 1817 bis 1819 das Collegium Carolinum und studierte bis 1822 in Göttingen Mathematik. Er war in Braunschweig als Privatgelehrter tätig, bis ihm 1825 der neu eingerichtete dritte Lehrstuhl für Mathematik am Collegium Carolinum verliehen wurde. Gleichzeitig war er Leiter der braunschweigischen, im Anschluß an die hannoversche durchgeführten Triangulation. Er starb früh am 24. April 1833. (Neuer Nekrolog der Deutschen [1835], S. 311—318).

¹⁷³⁾ THEODOR HEINRICH WILHELM BANK, geboren am 2. Januar 1779 zu Wolfenbüttel, studierte seit dem 28. März 1799 in Helmstedt Theologie, wurde 1802 Pastor zu Wolsdorf, 1816 Superintendent zu Schöppenstedt, 1820 in Vorsfelde, 1828 in Salzdahlum (der besten Pfründe des Landes), 1832 als Nachfolger HOFFMEISTERS Konsistorialrat und Abt von Michaelstein, 1836 auch Generalsuperintendent von Wolfenbüttel, 1840 Abt von Amelungsborn, gestorben am 30. März 1843. (BESTE, Landeskirche, S. 711). BANK gehörte als Prälat der Ständerversammlung an und hat BODES Bestrebungen immer unterstützt.

¹⁷⁴⁾ StABr: D III IX Nr. 3.

¹⁷⁵⁾ FRIEDRICH SCHULZ, geboren am 28. Februar 1795 in Braunschweig als Sohn des Hofpredigers und Konsistorialrates HARTWIG SCH., besuchte das Katharineum und bezog im Herbst 1812 die Universität Göttingen, um Rechtswissenschaften zu studieren. Nach Eintritt in den braunschweigischen Staatsdienst war er zunächst als Aktuar beim Amte Salder beschäftigt und wurde am 5. Mai 1818 Kammerassessor, am 2. Oktober 1827 Kammerrat. Am 1. Oktober 1830 auf Vorschlag WILHELM BODES als Geheimer Rat zum dritten stimmungsführenden Mitglied des Staatsministeriums ernannt, erhielt er 1837 das Prädikat Exzellenz und wurde 1843 zum Staatsminister ernannt. Am 3. Mai 1848 mußte SCHULZ als Minister zurücktreten, behielt aber die Ämter als Präsident des Landeskonsistoriums und als oberer Leiter des Collegium

BANK und mit dem Landdrosten VON CRAMM ¹⁷⁶⁾, der auch mit BODES Denkschrift einverstanden sei, eine Besprechung vereinbart habe, zu der er BODE einlud: „Ich glaube, daß die Umstände gerade jetzt die Bearbeitung der Sache sehr begünstigen werden, und hoffe Das Beste!“ ¹⁷⁷⁾. In mehreren Besprechungen wurden von diesem Gremium nun die Pläne für eine „Akademie für Gewerbswissenschaften und Künste“ entwickelt.

WILHELM BODE setzte auch seinen Einfluß als Mitglied der Landstände und besonders als Präsident des ständischen Ausschusses für die Förderung seiner Pläne ein. Auf die erwünschte positive Mitarbeit der Stände bezieht sich ein Brief, den BODE dem Geheimen Rat SCHULZ am 29. Oktober 1833 schrieb: „Der Plan, das Collegium in eine technische Academie umzugestalten, scheint viel Anklang finden zu wollen. Man wünscht zugleich, daß die landschaftlichen Verhandlungen über den Plan bald beginnen mögen, da der Gegenstand ein so würdiger und ganz geeignet ist, die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Landesregierung in dem schönsten Licht erscheinen zu lassen. In Beziehung darauf erlaube ich mir die Bemerkung, daß angemessen sein dürfte, vorläufig nur, in einem Schreiben an die Stände, eine generelle Übersicht dessen, was geschaffen werden soll, mit der Aufforderung zu geben, daß zur Beurtheilung der Angelegenheit eine Commission ernannt werden möge, der demnächst die specielleren Pläne vorgelegt werden sollen. Dann wäre es möglich, bei der nächsten Zusammenkunft der Stände eine definitive Erklärung zu erlangen und so die Academie schnell ins Leben treten zu lassen“ ¹⁷⁸⁾.

Carolinum bei; dazu wurde ihm am 2. Januar 1852 das Präsidium der Herzogl. Kammer übertragen. 1862 von seinen Ämtern zurückgetreten, starb er am 1. Juni 1864. (SCHULZ, Eine deutsche Familie).

¹⁷⁶⁾ LUDWIG THEDEL AUGUST FREIHERR VON CRAMM, aus der Oelberschen Linie dieses uradligen Geschlechtes, wurde am 24. August 1790 in Braunschweig geboren, studierte Kameralwissenschaften in Leipzig und bildete sich dann zum praktischen Landwirt aus. 1813 trat er bei dem Braunschweigischen Husarenregiment ein, wurde am 17. Januar 1814 zum Leutnant und Adjutant des Herzogs ernannt, erbat aber am 12. Januar 1815 seinen Abschied. Seit dem 2. Februar 1820 Besitzer des der Familie seit 1627 gehörenden Rittergutes Samleben, wurde er am 15. November 1823 zum Kammerherrn ernannt, fiel aber bei Herzog KARL II. wegen seiner Betätigung für die Landstände in Ungnade und wurde am 10. November 1829 ohne Abschied entlassen. Unter Herzog WILHELM rehabilitiert, wurde er am 14. Mai 1831 zum Landdrosten ernannt.

V. CRAMM war ein fortschrittlicher Landwirt; als einer der ersten begann er mit der industriellen Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. So richtete er in Samleben eine Kornbrennerei und eine Lagerbierbrauerei ein. Auch unterhielt er eine berühmte Schafzucht-herde. Um die Förderung der Landwirtschaft, die damals am Beginn einer neuen Entwicklung stand, bemüht, rief er den Landesverein für Land- und Forstwirtschaft ins Leben und setzte bei der Regierung die Errichtung eines Forschungsinstitutes durch. Durch dessen Eingliederung in das umzugestaltende Collegium Carolinum glaubte er, diesem Institut noch bessere Möglichkeiten zu erschließen. FRHR. V. CRAMM, auch sonst ein sehr tätiges, im Grunde liberal gesinntes Mitglied der Stände, starb am 22. Januar 1858 zu Braunschweig. (StABr: H VIII A Nr. 756).

¹⁷⁷⁾ StABr: D III IX Nr. 3.

¹⁷⁸⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6484.

Das Staatsministerium war inzwischen nicht untätig geblieben. So war in den Staatshaushalt für 1834/35 bei den Ausgaben der Klosterreinertragskasse zu den bisher für das Collegium Carolinum aufgewendeten 8190 Rtl. zusätzlich ein Ansatz von 4962 Rtl. eingesetzt worden mit der Begründung, daß das Staatsministerium gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines Plans über die Vereinigung des Collegium Carolinum mit dem land- und forstwissenschaftlichen Institut beschäftigt sei und ein Vorschlag der Ständeversammlung baldigst vorgelegt werden solle ¹⁷⁹⁾. Außerdem hatte das Staatsministerium mehrere Gutachten eingeholt, so von Dr. WILHELM LACHMANN und Dr. KARL HARTMANN aus Blankenburg ¹⁸⁰⁾, deren Gutachten aber die Qualität der Bodeschen Denkschrift bei weitem nicht erreichten, sowie von dem Oberbaurat PETER JOSEPH KRAHE ¹⁸¹⁾, der für die Errichtung einer selbständigen Bauakademie eintrat. Gegen diese Forderung erhob BODE am 28. Februar 1834 in einem Brief an SCHULZ stichhaltig begründete Einwände; er hielt es für zweckmäßiger, die Bauwissenschaft in die geplante Akademie einzubauen, regte aber an, KRAHE und KARL THEODOR OTTMER ¹⁸²⁾ als Dozenten der künftigen Bauabteilung in Aussicht zu nehmen.

¹⁷⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 181 Vol. 2.

¹⁸⁰⁾ Dr. phil. KARL FRIEDRICH ALEXANDER HARTMANN, als Sohn eines Oberfaktors in Zorge am 9. Januar 1796 geboren, besuchte bis 1812 das Gymnasium in Blankenburg, dann zwei Jahre lang die Bergschule in Clausthal, diente 1813/15 als Volontär im Braunschweigischen Husarenregiment und studierte von 1817 bis 1820 an der Berliner Universität Naturwissenschaften. H. war seit 1820 als Hüttenschreiber in Rübeland, seit 1823 als Faktoreischreiber in Blankenburg tätig. Er schrieb zahlreiche Bücher über Geologie, Mineralogie und Bergwerkskunde, war aber für den praktischen Dienst wenig brauchbar, so daß er, nachdem ein Versuch, ihn am Collegium Carolinum zu verwenden, sich zerschlug, am 3. November 1835 als Bergkommissär pensioniert wurde. H. lebte dann seinen wissenschaftlichen Neigungen in Berlin, seit 1845 in Weimar, seit 1854 in Leipzig, wo er am 4. September 1863 verstarb. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. H 46).

¹⁸¹⁾ PETER JOSEPH KRAHE wurde am 8. April 1758 in Mannheim geboren, wohin sein Vater, der Düsseldorfer Maler und Akademiedirektor LAMBERT K. vor der französischen Besetzung geflohen war. Der junge Krahe wurde zum Maler ausgebildet und schon mit 22 Jahren Lehrer an der Düsseldorfer Akademie. Von 1782 bis 1786 lebte er in Italien und wandte sich hier der Baukunst zu. Seit 1789 wirkte er als kurbischöflicher Oberbaudirektor in Koblenz, bis er 1803 als Kammer- und Klosterrat nach Braunschweig berufen wurde. Seine erste große Aufgabe war die Durchführung der Entfestigung; an seine Tätigkeit erinnern der Löwenwall mit dem Obelisk und die Torhäuschen an den Ausfallstraßen. Von seinen zahlreichen Bauten ist das Haus Salve Hospes ein schönes Zeugnis seiner Kunst. 1837 in den Ruhestand versetzt, starb KRAHE am 7. Oktober 1840. (StABr: H VIII A Nr. 3142; BÖHLKE, Einfamilienhaus).

¹⁸²⁾ K. TH. OTTMER, geboren am 19. Januar 1800 in Braunschweig, erhielt 1816—1819 auf dem Collegium Carolinum seine Ausbildung als Architekt, die er nach praktischer Tätigkeit seit 1822 auf der Bau- und Kunstakademie in Berlin vertiefte. Als Erbauer des Königstädtischen Theaters und der Singakademie in Berlin erwarb er sich früh einen Namen. Von 1827 bis 1829 weilte Ottmer in Italien, wurde dann in Braunschweig, wo er eine rege Tätigkeit als Baumeister entfaltete und auch kurze Zeit als Lehrer am Collegium Carolinum wirkte, zum Hofbaurat ernannt. Er starb schon früh am 23. August 1843 in Berlin, wo er von schwerer Krankheit Heilung suchte. (StABr: H VIII A Nr. 3872).

Gelegentlich der Haushaltsberatungen fand am 25. März 1834 in der Ständeversammlung eine Aussprache über das geplante polytechnische Institut statt ¹⁸³⁾. Der Abgeordnete VON CRAMM-Sambleben stellte fest, daß die Vereinigung des Collegium Carolinum mit dem land- und forstwirtschaftlichen Institut zu einer größeren Lehranstalt ein dringendes Bedürfnis sei. Als dann erörtert wurde, ob diese Frage in den Bericht der Stände zum Haushaltsvorschlag der Regierung aufzunehmen sei oder ein besonderer Antrag dem Staatsministerium vorgelegt werden solle, meinte WILHELM BODE, da die Ständeversammlung schon am 24. Dezember 1833 die Regierung aufgefordert habe, ein Programm vorzulegen, so möchte gegen die Einsendung eines Erinnerungsschreibens nichts einzuwenden sein. Der vom Abgeordneten ASSMANN ¹⁸⁴⁾ eingebrachte Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, aus praktischen Schulmännern und Dozenten einen Ausschuß zu bilden, um eine „Organisation des gesamten Unterrichtswesens nach einem zusammenhängenden Plan den Zeitbedürfnissen“ gemäß vorzubereiten, für den sich auch BODE einsetzte, wurde vom Plenum bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

In der Sitzung der Ständeversammlung am 18. April 1834 teilte der Präsident der Versammlung den Eingang von zwei das Collegium Carolinum betreffende Schreiben der Regierung mit ¹⁸⁵⁾. In dem ersten schlug das Staatsministerium hinsichtlich der Erweiterung der höheren Bildungsanstalten vor, das anatomisch-chirurgische Institut in seinem gegenwärtigen Zustande zu belassen, dagegen das Collegium Carolinum zu einer den Gewerbswissenschaften und Künsten vorzugsweise gewidmeten Akademie zu erweitern und das Institut für Land- und Forstwirtschaft einzugliedern. Für die Kosten der ersten Einrichtung stand ein besonderer Fonds von 19 200 Rtl. zur Verfügung. Die Besoldung der Lehrkräfte wurde mit 13 312 Rtl. in Anschlag gebracht, doch wurde, da noch einige zusätzliche Lehrkräfte erforderlich waren, die Erhöhung auf 15 000 Rtl. vorgeschlagen. Die laufende Unterhaltung der Unterrichtsanstalt sollte aus dem Aufkommen an Kolleggeldern erfolgen, die auf 30 bis 60 Rtl. festgesetzt werden müßten.

Die zweite Regierungsvorlage vermittelte eine Übersicht über den Aufbau der technischen Akademie, die sich in sieben Abteilungen gliederte: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Berg- und Hüttenwesen, Handelswissenschaften, Baufach, Fabrikwesen, schöne Künste. Er entsprach ganz den Vorstellungen BODES, war im übrigen stark auf die

¹⁸³⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 181 Vol. 3.

¹⁸⁴⁾ Dr. phil. WILHELM ASSMANN wurde am 30. April 1800 als Sohn eines Geistlichen in Braunschweig geboren, besuchte das Collegium Carolinum und studierte von 1818 bis 1824 in Göttingen Philologie und Geschichte. Seit 1824 am Gymnasium Martineum und seit 1828 am Gesamtgymnasium als Collaborator tätig, wurde er am 25. April 1854 zum Professor der Geschichte am Collegium Carolinum ernannt. ASSMANN, der auch als Geschichtsschreiber hervortrat, beteiligte sich rege am öffentlichen Leben: als Redner bei den vaterländischen Festen, als Vorsitzender des Bürgervereins, als Stadtverordneter und Landtagsabgeordneter, wohl immer ein getreuer Gefolgsmann WILHELM BODES. ASSMANN starb am 8. Februar 1875. (StABr: H VIII A Nr. 116).

¹⁸⁵⁾ Abgedruckt als Anlagen IV und IV A zu Seite 1044 der Verhandlungen der Ständeversammlung 1833/35.

Bedürfnisse des Herzogtums Braunschweig ausgerichtet. Die Anstalt sollte eine akademische Verfassung erhalten. Die abgelegte Reifeprüfung war Voraussetzung für die Aufnahme, lediglich für den Besuch einzelner Vorlesungen, vor allem der praktischen Übungen in den zeichnenden und bildenden Künsten sollten auch Hörer zugelassen werden. Für bedürftige Studenten der technischen Fächer sollte ein Teil der bisher den an der Universität Göttingen studierenden Landeskindern zur Verfügung gestellten Freitische und Stipendien verwendet werden.

Der Präsident schlug vor, die Prüfung der Regierungsvorlagen einer besonderen Kommission zu übertragen. Gewählt wurden die

Abgeordneten BODE mit 29 Stimmen,

ASSMANN mit 26 Stimmen,

HETTLING mit 26 Stimmen,

BANK mit 25 Stimmen,

CLEVE-Scheppau mit 21 Stimmen.

Diese Kommission, die ihre Beratungen im Juni 1834 abschloß, billigte die Vorschläge der Regierung, glaubte jedoch feststellen zu müssen, daß mit den vorhandenen Mitteln ein vollständiger Ausbau eines polytechnischen Institutes nicht durchgeführt werden könne und empfahl wenigstens für die nächste Zukunft die Beschränkung auf den Ausbau der Grundfächer. Die Regierung erklärte sich einverstanden, daß

1. das Collegium Carolinum nach und nach so eingerichtet werden solle, wie es im Vorschlag vom 13. April 1834 vorgesehen war,
2. vorzugsweise die Vervollständigung des Lehrpersonals in Mathematik, in den Naturwissenschaften und der Technologie sowie im Zeichnen anzustreben sei ¹⁸⁶⁾.

In der Beratung im Plenum am 22. Dezember 1834 begründete der Abgeordnete ASSMANN den Kommissionsvorschlag: „Bei der Umgestaltung soll stufenmäßig fortgeschritten werden, und es ist zunächst auf vollständige Besetzung der allgemeinen Lehrzweige eines polytechnischen Institutes Bedacht zu nehmen, ehe für den Unterricht in einem der in dem Plan verzeichneten spezielleren Fächer gesorgt wird, und ebenso soll jedes spezielle Fach zuvor in genügendem Maße besetzt werden, ehe die Ausstattung für ein neues Fach erfolgt“ ¹⁸⁷⁾. In der Aussprache unterstützte der Abgeordnete BANK diese Vorschläge. Dagegen äußerte der Abgeordnete HENKE ¹⁸⁸⁾ durchaus berechtigte Bedenken über die Beibehaltung der alten Ziele des Collegium Carolinum, mit denen sich die neuen nicht vertragen würden. Darauf entgegnete der Abgeordnete BODE, daß das Collegium keineswegs mehr hauptsächlich auf den Besuch der Universität vorbereiten solle, sondern daß es für die technische Ausbildung bestimmt sei, da indessen die Lehrer für die Vorbereitungsstudien einmal vorhanden wären, „so sei es gewiß gut, für die nächste Zukunft diese Lehrzweige beizubehalten“.

¹⁸⁶⁾ Anlage IV zu Seite 2126 der Verhandlungen.

¹⁸⁷⁾ Anlage V und VII zu Seite 2130 der Verhandlungen.

¹⁸⁸⁾ Der Braunschweiger Generalsuperintendent gehörte 1832 bis 1835 dem Landtage an.

Auch die übrigen sich zum Worte meldenden Abgeordneten wie v. GEYSO¹⁸⁹⁾, VON THIELAU¹⁹⁰⁾ und VON CAMPE-DEENSEN¹⁹¹⁾ sprachen sich zustimmend aus. Die Vorlage wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen¹⁹²⁾.

Das Staatsministerium teilte am 31. Dezember 1834 dem ständischen Ausschuß mit, daß entsprechend den Vorschlägen der Ständeversammlung das Weitere angeordnet werden solle¹⁹³⁾. Zur Unterstützung des Staatsministeriums bei der Neuordnung der Lehranstalt wurde eine Ministerialkommission gebildet, der als Vertreter der Ständeversammlung die Abgeordneten BANK und BODE, als Vertreter des Collegium Carolinum

¹⁸⁹⁾ AUGUST VON GEYSO wurde am 2. April 1802 in Braunschweig als Sohn eines Hauptmanns geboren, studierte nach dem Besuch des Collegium Carolinum seit Oktober 1820 in Göttingen Rechtswissenschaften, war dann Kreisamtsaktuar und seit 31. Juli 1826 Sekretär bei der Geheimen Kanzlei, ging aus Protest gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen Herzog KARLS II. in hannoversche Dienste als Amtsassessor in Lauenau und wurde am 22. März 1831 in seine braunschweigische Stellung wieder eingesetzt. Seit August 1831 Justizamtmann in Schöningen, seit dem 28. März 1832 in gleicher Stellung in Blankenburg, wurde er im Juli 1835 zum Landesökonomie- und Finanzrat ernannt, am 5. September 1837 zum Kreisdirektor in Helmstedt, am 11. April 1844 zum Finanzdirektor. Am 16. März 1848 trat v. GEYSO als Geheimer Rat in das Staatsministerium ein und wurde am 25. April 1859 zum Staatsminister ernannt. Er starb am 28. November 1861 zu Braunschweig. (StABr: H VIII A Nr. 1317).

¹⁹⁰⁾ WILHELM ERDMANN FLORIAN VON THIELAU, geboren am 19. Mai 1800 in Sickingen als Sohn des Rittergutsbesitzers, erhielt seine Schulbildung in Schulpforta und studierte seit dem Sommersemester 1819 in Göttingen Naturwissenschaften und Nationalökonomie. Er trat in den braunschweigischen Staatsdienst ein, schied aber als Mitglied der Landstände freiwillig aus Protest gegen die Maßnahmen Herzog KARLS aus dem Beamtenverhältnis aus, wurde dann 1832 als Finanzrat wieder eingestellt, am 6. Januar 1842 zum Direktor der Berg- und Hüttenwerke ernannt und übernahm 1850 das Präsidium des Finanz- und Steuerkollegiums. Als Ständemitglied machte er sich um das Zustandekommen der neuen Landschaftsordnung und der Ablösungsgesetze verdient, als Beamter, besonders als braunschweigischer Vertreter im Zollverein, um die Förderung von Handel und Industrie. v. Th. starb am 12. November 1865. (StABr: H VIII A Nr. 4943).

¹⁹¹⁾ ASCHE BURGHARD CARL FERDINAND VON CAMPE, geboren am 9. Oktober 1803 als Sohn eines braunschweigischen Offiziers in Wickensen, studierte nach dem Besuch des Gymnasiums in Holzminden seit dem 24. April 1823 in Göttingen Rechtswissenschaften. Die ersten Stellungen seiner Beamtenlaufbahn bekleidete er in Holzminden, wo er seit dem 1. Januar 1827 als Auditor, seit dem 26. August 1831 als Distriktsassessor und seit dem 1. Januar 1833 als Kreisgerichtsassessor tätig war. Am 1. August 1834 als Assessor an das Landgericht in Wolfenbüttel berufen, wurde er hier am 1. Mai 1840 zum Hofrat und am 20. März 1844 zum Oberlandesgerichtsrat ernannt. Am 17. November 1849 schied v. C. aus dem Dienst, um das ihm durch Erbschaft zugefallene Rittergut Deensen zu bewirtschaften, kehrte aber am 24. Juni 1851 als Direktor des Kreisgerichts Holzminden in den Staatsdienst zurück. Am 17. November 1856 übernahm v. CAMPE als Geheimer Rat die Nachfolge des verstorbenen Staatsministers v. SCHLEINITZ, 1862 wurde er zum Staatsminister ernannt; er erwarb sich besondere Verdienste um die geschickte Überwindung der Krise von 1866. v. C. starb am 14. Oktober 1874. (StABr: H VIII A Nr. 684; ADB 3, 731 f.).

¹⁹²⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 182 Vol. IV.

¹⁹³⁾ Anl. I zu Seite 2137 der Verhandlungen.

das Direktionsmitglied Hofrat EIGNER¹⁹⁴⁾ und der Syndikus der Anstalt Professor DEDEKIND angehörten. Die Kommission, die zuerst am 16. Januar 1835 unter dem Vorsitz des Kulturreferenten Geheimen Rates SCHULZ zusammentrat, besaß in den beiden Ständevertretern entschiedene Anhänger des Reformplans, während die beiden anderen Mitglieder als hartnäckige Gegner der erstrebten Entwicklung feindlich gegenüberstanden, diesen Widerstand auch Jahrzehnte hindurch fortsetzten und so eine endgültige Lösung bis zum Jahre 1862 verhinderten. EIGNER hatte schon als Erzieher der Prinzen durch sein steifes, pedantisches und engherziges Wesen das Vertrauen seiner Zöglinge verscherzt; als Museumsleiter wie als Mitdirektor des Collegium Carolinum erfüllte er zwar buchstabengetreu seine Dienstobliegenheiten, konnte aber bei seiner schwunglosen Art und dem Mangel an Initiative den ihm anvertrauten Instituten wenig nützen. Auch DEDEKIND war eine eigenwillige, überhebliche Natur, der als Jurist auf Naturwissenschaftler und Techniker herabsah. Im Kampf der Meinungen war er intrigant und bedenkenlos, wie er auch als Zensor seine Macht gelegentlich mißbrauchte. Er war auch schon früh in Gegensatz zu WILHELM BODE geraten, dem er wohl die überragende Stellung als Mensch, Beamter und Wissenschaftler neidete. Dazu kam, daß EIGNER und DEDEKIND wie so viele ihrer Zeitgenossen dem aufkommenden Zeitalter des Hochkapitalismus und der Industrie verständnislos gegenüberstanden.

Schon vor dem Zusammentritt der Ministerialkommission bemühte sich Geheimrat SCHULZ um einen für den Aufbau der technischen Lehranstalt geeigneten Gelehrten. WILHELM BODE machte ihn auf den Mathematiker und Physiker AUGUST UHDE¹⁹⁵⁾ aufmerksam, der aus Königsutter stammte. BODE wurde beauftragt, mit ihm zu verhandeln, und es gelang ihm, obgleich UHDE schon einen Ruf nach Hannover erhalten

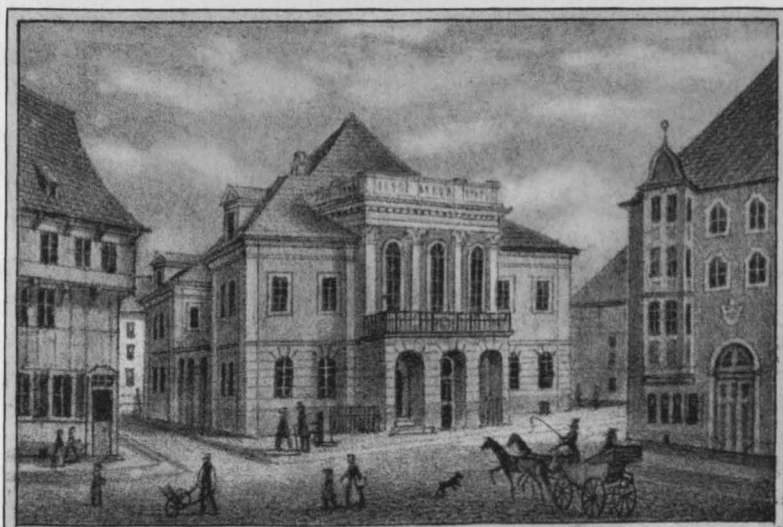
¹⁹⁴⁾ GERHARD FRIEDRICH EIGNER wurde am 21. Oktober 1776 zu Vorsfelde geboren und studierte nach dem Besuch des Collegium Carolinum seit dem 23. Oktober 1796 in Helmstedt Philosophie. 1801 kam er als Collaborator an die Große Schule in Wolfenbüttel, 1803 als Informator an das Herzogl. Pageninstitut in Braunschweig und war in der westfälischen Zeit als Lehrer am Pageninstitut in Kassel tätig. Im Juli 1814 als Professor für Mathematik an das Collegium Carolinum berufen, wurde ihm 1815 die Erziehung der Prinzen KARL und WILHELM übertragen. 1818 zum Hofrat ernannt, war er seit 1823 Museumsdirektor und Mitdirektor des Collegium Carolinum bis zu seinem Tode am 5. April 1866. Herzog KARL hatte seinen ihm verhaßten Erzieher am 23. März 1827 zum Leiter der Wolfenbütteler Bibliothek ernannt und ihn damit in eine Stellung versetzt, für die Eigner weder die Vorbildung besaß noch die geringste Neigung verspürte. Am 1. Dezember 1830 gab ihm Herzog Wilhelm seine früheren Ämter zurück. (ADB 5, 750 f.).

¹⁹⁵⁾ AUGUST WILHELM JULIUS UHDE wurde am 26. April 1807 in Königsutter als Sohn eines reitenden Försters geboren, besuchte von 1820 bis 1825 das Gymnasium in Helmstedt und widmete sich dann in Göttingen dem Studium der Mathematik und Physik, das er am 3. April 1829 mit der Promotion zum Dr. phil. abschloß. Er war dann zunächst am Gymnasium in Aurich, seit 1831 am Gymnasium in Oldenburg als Lehrer tätig. Am 8. Oktober 1835 wurde er zum Professor am Collegium Carolinum, zum Vorstand der 2. Abteilung und zum Mitglied des Direktoriums ernannt. Von 1840 bis 1851 leitete er nebenamtlich als Schulrat und weltliches Mitglied des Konsistoriums die höheren Schulen des Herzogtums Braunschweig, seit 1848 war er zudem als Abgeordneter im Landtag tätig. U. starb am 25. Juli 1861. (ADB 39, S. 139 f.).



Das Landschaftshaus.

7. Das Landschaftshaus in Braunschweig um 1840



Das Neustadt-Rathhaus.

8. Das Neustadtrathaus in Braunschweig um 1840

hatte, wo er die Leitung der Bürgerschulen übernehmen sollte, diesen für Braunschweig zu gewinnen. Am 4. Januar 1835 nahm UHDE BODES Angebot an, und am 12. Januar bestätigte Herzog WILHELM seine Berufung ¹⁹⁶⁾. Da UHDE noch in Oldenburg gebunden war, konnte er seine Stellung in Braunschweig erst im Oktober 1835 antreten. Aber schon in den Osterferien reiste UHDE im Auftrage des Ministeriums nach Dresden, Prag und Wien, wo er die technischen Akademien besuchte und Berufungsverhandlungen anknüpfte.

In den Verhandlungen der Ministerialkommission wurde schließlich eine Lösung gefunden, die beiden Meinungen Rechnung trug. Das Collegium Carolinum blieb als solches bestehen. Es wurde in drei selbständige Abteilungen gegliedert, die humanistische, die technische und die merkantilistische. Die drei Vorsteher der Abteilungen bildeten zusammen mit einem Verwaltungsbeamten das Direktorium des Collegiums.

Die technische Abteilung erhielt in UHDE einen organisatorisch befähigten und tatkräftigen Leiter. Bei ihrer Neueinrichtung wurde die Abteilung mit 11 Lehrstühlen ausgestattet, zu denen noch eine größere Zahl von Dozenten trat. Ausgebildet wurden Land- und Forstwirte, Berg- und Hüttentechniker, Architekten und Bauingenieure, Landmesser, Maschinenbauer, Chemiker und Pharmazeuten, dazu kam die Ausbildung in den gestaltenden Künsten. Zahlreiche neu berufene Professoren von Rang verschafften der technischen Abteilung bald ein hohes Ansehen ¹⁹⁷⁾.

¹⁹⁶⁾ StABr: D III IX Nr. 3.

¹⁹⁷⁾ UHDE, Die höhere technische Lehranstalt (1836).

DIE REVOLUTION VON 1830

Diese Jahre kulturellen Schaffens waren für WILHELM BODE zugleich aber auch Zeiten lebhafter politischer Betätigung, die er wohl nicht gesucht hat, die ihm aber die politischen Verhältnisse und Ereignisse aufzwangen.

Über die Geschichte des Herzogtums Braunschweig in dem kurzen Zeitabschnitt von der Übernahme der Regierung durch den Herzog KARL II. bis zu seiner Vertreibung und dem Übergang der Landesherrschaft an den Herzog WILHELM sind wir durch die auf gründlicher Quellenforschung beruhende Untersuchung OTTO BÖSES über KARL II.¹⁸⁸⁾ in allen Einzelheiten unterrichtet, auch hinsichtlich des Anteils WILHELM BODES an diesen Ereignissen. Wenn nun hier die Betrachtung dieser Epoche noch einmal aufgenommen wird, so geschieht das aus der Überzeugung, daß Böses doch recht einseitige, um nicht zu sagen voreingenommene Darstellung das Bild der Persönlichkeit BODES und seines Anteils an diesen Vorgängen stark verzerrt.

Nach dem Tode des regierenden Herzogs FRIEDRICH WILHELM auf dem Schlachtfelde von Quatrebras am 18. Juni 1815 ging die Regierung des Herzogtums Braunschweig an seinen ältesten Sohn, den am 20. Oktober 1804 geborenen Prinzen KARL über, der aber erst im 11. Lebensjahre stand. Der gefallene Herzog hatte, da nähere Verwandte nicht vorhanden waren, in seinem Testament vom 2. November 1813 dem damaligen Prinzregenten, nachmaligen König von Großbritannien und Hannover GEORG IV. als Haupt des Welfenhauses die Vormundschaft für die beiden Prinzen KARL und WILHELM sowie die Verwaltung des Herzogtums Braunschweig und des Familienvermögens übertragen. In einer Anordnung an das Geheimratskollegium in Braunschweig wurde zudem dem leitenden hannoverschen Minister GRAF MÜNSTER die besondere Sorge um die politischen Angelegenheiten des Thronerben anvertraut.

GRAF MÜNSTER ordnete auch gemeinsam mit den braunschweigischen Geheimräten die Erziehung der beiden Prinzen. Sie war deshalb besonders schwierig, weil die Mutter der Prinzen, die Herzogin MARIE, bereits am 20. April 1808 gestorben war und die beiden Knaben während der napoleonischen Zeit ein unruhiges Wanderdasein ohne die Wärme eines geordneten Familienlebens führen mußten. Um so bedeutungsvoller konnten sich Fehlgriffe in der Wahl der Erzieher auswirken.

¹⁸⁸⁾ O. BÖSE, Karl II., Herzog zu Braunschweig und Lüneburg. Braunschweig 1956.

Herzog Friedrich Wilhelm hatte ursprünglich den Pastor HOFFMEISTER an St. Petri zu Braunschweig als Erzieher seiner Söhne ausersehen. Aber leider glaubte Hoffmeister sein Pfarramt nicht aufgeben zu können, so daß diese vorbildliche, charaktervolle Persönlichkeit lediglich die religiöse Unterweisung der Prinzen übernahm und sie auch konfirmierte. So lag die Erziehung der Prinzen im wesentlichen in den Händen des Professors der Mathematik am Collegium Carolinum EIGNER, der zwar ein rechtlicher Mann war, dessen steifes, kaltes Wesen aber ihn zum Erzieher völlig ungeeignet machte, der überdies zu selbstbewußt war, um durch freiwilligen Rücktritt die Berufung eines besseren Mannes zu ermöglichen. Da er sich die Achtung und Zuneigung der Prinzen nicht erwerben konnte, suchte er sie durch Strenge und erzwungenen blinden Gehorsam zu leiten. Schon die Zeitgenossen, auch WILHELM BODE, erkannten, daß diese Erziehung sich auf die Charakterbildung besonders des Herzogs KARL sehr ungünstig auswirkte. Rückschauend stellte BODE fest: „EIGNER hatte teils selbst nicht die Bildung, die zur Ausführung des ihm gewordenen Auftrages erforderlich war, teils stand ihm sein steifes, kaltes Wesen und seine Eitelkeit im Wege. Einem tüchtigen Erzieher mußte es gelingen, den Prinzen für das ihm so notwendige Studium der Geschichte überhaupt, der seines Landes insbesondere und der Staatseinrichtungen zu interessieren, deren Schlußstein der künftige Regent bilden sollte. Allein davon hatte EIGNER selbst nicht nur keine Kenntnisse, er strebte auch nicht einmal danach, dieselben sich zu verschaffen. In Lausanne, wo EIGNER mit den Prinzen lange Zeit sich aufhielt, war wohl niemand aufzufinden, der ihn mit den Verhältnissen des braunschweigischen Staates bekannt machte. Und so war es eines Erziehers heiligste Pflicht, das zu ersetzen, was durch Nebenlehrer nicht zu erlangen war. Anderenfalls mußte er seine Unfähigkeit selbst erkennen und durch seinen Rücktritt der vormundschaftlichen Regierung die Wahl eines besseren Lehrers erleichtern. Der Herzog KARL wußte, als er die Regierung des Landes angetreten hatte, von der Geschichte und von den staatsrechtlichen Verhältnissen Braunschweigs nichts. Es war ihm, wie ich zum Beispiel selbst aus seinem Munde gehört habe, unbekannt, welches der Wirkungskreis eines Kreisgerichts sei. Er versetzte HEINRICH DEN LÖWEN ins 17. Jahrhundert und dergleichen mehr. Diese Unwissenheit fällt zunächst EIGNER zur Last, der wenigstens tüchtige Nebenlehrer für diese Lehrzweige fordern mußte, in welchen er selbst nicht lehren konnte, und die doch notwendig verfolgt werden mußten. Dann aber ist in dieser Hinsicht die vormundschaftliche Regierung nicht freizusprechen. Denn sie mußte das Tun und Lassen EIGNERS beachten und nötigenfalls für Nebenlehrer Sorge tragen, auch dahin streben, daß bei dem längst bekannten Mangel an Vertrauen und Anhänglichkeit für den EIGNER eine qualifizierte Person neben ihn gestellt wurde. Hier war es indes, daß die Eitelkeit des Erziehers einen solchen Schritt erschwerte“ 199).

Bis 1820 lebten die Prinzen in Braunschweig. Dann reisten sie, begleitet von EIGNER und dem vom GRAFEN MÜNSTER ausgewählten Oberhofmeister VON LINSINGEN zu einem mehrjährigen Aufenthalt nach Lausanne am Genfer See. Leider erwies sich auch der

¹⁹⁹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61.

Höfiling v. LINSINGEN als völlig ungeeignet für seine gewiß nicht leichte Aufgabe. Humorlos, heftig und unbeherrscht suchte er den ihm entgegengebrachten Widerstand und Trotz besonders des Herzogs KARL durch Strenge und oft rücksichtslose Härte zu brechen.

Während der Zeit der Minderjährigkeit des Herzogs KARL führte das Geheimratskollegium in Braunschweig die vormundschaftliche Regierung des Herzogtums. Der Vormund des jungen Herzogs, der Prinzregent GEORG IV., seit dem 29. Januar 1820 König von Großbritannien und Hannover, hatte zwar seinen hannoverschen Staatsminister GRAF MÜNSTER mit der allgemeinen Staatsaufsicht über das Herzogtum Braunschweig betraut, doch war wohl MÜNSTERS Einflußnahme im einzelnen gering, da er sich meist in London aufhielt. Die repräsentative Spitze der braunschweigischen Landesregierung war zunächst GRAF GEBHARD VON DER SCHULENBURG-WOLFSBURG; nach seinem Tode im Dezember 1818 übernahm der GRAF VON ALVENSLEBEN auf Erxleben seine Nachfolge²⁰⁰). Das führende Mitglied des Geheimratskollegiums war der noch vom Herzog FRIEDRICH WILHELM am 27. Dezember 1813 eingesetzte Geheimrat JUSTUS VON SCHMIDT-PHISELDECK²⁰¹), der eine tatkräftige, zielbewußte und willensstarke Persönlichkeit sowie ein hervorragender Verwaltungsbeamter war und die übrigen Mitglieder der Regierungs-

²⁰⁰) JOHANN AUGUST ERNST V. ALVENSLEBEN wurde am 6. August 1758 zu Erxleben bei Neuhaldensleben geboren, bezog 1775 die Universität Helmstedt zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und war von 1781 bis 1784 als Referendar bei der Kriegs- und Domänenkammer in Magdeburg tätig. Er widmete sich dann der Verwaltung der im Magdeburgischen liegenden Familiengüter, übernahm die in der Familie erbliche Würde eines Domherrn zu Halberstadt, wohin er auch seinen Wohnsitz verlegte, und wurde am 3. November 1796 zum letzten Domdechanten gewählt. 1798 erhob ihn der König von Preußen in den erblichen Grafenstand. Nach Aufhebung des Domstiftes durch die westfälische Regierung kehrte v. A. nach Erxleben zurück und nahm lediglich an den Sitzungen des Reichstages 1808 und 1810 teil. Als SCHULENBURGS Nachfolger führte er die braunschweigische Regierung. Nach dem Regierungsantritt des Herzogs KARL erbat v. ALVENSLEBEN seinen Abschied, da er seine Aufgabe als beendet betrachtete, und kehrte nach Erxleben zurück, wo er am 27. September 1826 starb. (ADB 1, S. 337 f.).

²⁰¹) JUSTUS VON SCHMIDT-PHISELDECK wurde am 8. April 1769 in Braunschweig geboren, wo sein Vater CHRISTOPH v. S. damals als Professor des Staatsrechts und der Geschichte am Collegium Carolinum wirkte. Er studierte nach dem Besuche des Wolfenbütteler Gymnasiums 1787/90 in Helmstedt Rechtswissenschaften, war zunächst einige Jahre Sekretär des GRAFEN VON VELTHEIM auf Harbke und seit dem 11. Mai 1795 als Nachfolger seines Vaters Archivar in Wolfenbüttel. 1806 wurde er zum Hofrat und Geheimsekretär ernannt. Im Königreich Westfalen war v. S. zunächst Appellationsrichter in Kassel, dann 1809 Mitglied des Staatesrates und 1810 Generaldirektor der indirekten Steuern. Ungeachtet dieser hohen westfälischen Staatsämter berief ihn Herzog FRIEDRICH WILHELM im Gedenken an die seinem Vater geleisteten Dienste 1813 zum Mitglied der provisorischen Regierungskommission und dann des Geheimen Rates. Nach seiner Flucht nach Hannover am 15. April 1827 wurde v. S. sofort in den hannoverschen Staatsdienst übernommen, wo er als Geheimrat das Justizdepartement leitete; am 10. Mai 1832 wurde er unter Beibehaltung von Sitz und Stimme im Geheimratskollegium zum Landdrost in Hildesheim ernannt. 1840 nahm er seinen Abschied und zog nach Wolfenbüttel, wo er am 25. September 1851 verstarb. (ADB 32, S. 21 ff.).

behörde weit überragte. Denn den Justizminister FREIHERRN VON SCHLEINITZ ²⁰²⁾ kennzeichnet WILHELM BODE als „einen alten, abgestumpften Greis, der dem Zuge der Zeit gleichgültig folgte“. Etwas milder ist das Urteil, das der später ins Geheimratskollegium berufene Oberst v. WACHHOLTZ über seine Mitarbeiter fällte. Er spricht von SCHLEINITZ als „einem gutmütigen Greis, der nur Jurist war, und dessen leise und lange Relationen über gerichtliche Untersuchungen und Erkenntnisse mich meist zum Einschlafen brachten, dem Geheimen Justizrat ESCHENBURG ²⁰³⁾, ein sehr verständiger, kenntnisreicher, gewandter Geschäftsmann, aber fest am Alten hängend, über alle Maaßen bedächtig, vorsichtig und voll Rücksichten, und dem Geheimen Justizrat v. BÜLOW ²⁰⁴⁾, von mittleren Talenten, im höchsten Grade unentschlossen und bedenklich“ ²⁰⁵⁾.

Die Arbeit der vormundschaftlichen Regierung war für das Herzogtum, das noch unter den Nachwirkungen der harten französischen und westfälischen Bedrückung litt, sehr segensreich. Vor allem waren die Bestrebungen v. SCHMIDTS darauf gerichtet, die Wirtschaftskraft des damals noch fast reinen Agrarlandes zu heben. Schon im Jahre 1816

²⁰²⁾ WILHELM KARL FERDINAND FREIHERR VON SCHLEINITZ wurde am 26. April 1756 in Braunschweig als Sohn des Geh. Legationsrats HANS CHRISTOPH v. S. geboren. Er war braunschweigischer Ministerresident in Wien, dann Rat bei der Regierung des Fürstentums Blankenburg und seit dem 15. Januar 1798 deren Präsident. In der westfälischen Zeit bekleidete er das Amt des Präsidenten des Kriminalgerichts des Saaledepartements in Halberstadt. Er trat dann in das braunschweigische Geheimratskollegium ein, dem er bis zu seiner Pensionierung 1827 angehörte. Herzog WILHELM rief ihn 1830 in den Staatsdienst zurück als Präsidenten des Konsistoriums, seit 1831 auch des Oberappellationsgerichts zu Wolfenbüttel, wo er am 12. Februar 1837 gestorben ist.

²⁰³⁾ WILHELM ARNOLD ESCHENBURG wurde am 15. September 1778 als ältester Sohn des Professors JOHANN JOACHIM E. zu Braunschweig geboren. Nachdem er seit 1792 das Collegium Carolinum besucht hatte, studierte er seit 1797 Rechtswissenschaften in Göttingen und ließ sich 1800 als Advokat in seiner Vaterstadt nieder. Am 16. September zum Kabinettssekretär des Herzogs KARL WILHELM FERDINAND ernannt, begleitete er den Herzog in den Feldzug und leitete den Transport des schwer verwundeten Feldherrn nach Ottensen. Von 1808 bis 1813 war E. Generalsekretär der Präfektur des Okerdepartements. Seit 1814 Hofrat, wurde er am 31. Dezember 1823 zum Geheimen Justizrat ernannt. Nachdem er den erbetenen Abschied erhalten hatte, ging E. am 22. Mai 1827 als Regierungs- und Kammerpräsident des Fürstentums Lippe nach Detmold. Im Alter von fast 70 Jahren trat er 1848, aber noch vor Ausbruch der Revolution, in den Ruhestand. In Detmold ist er am 11. August 1861 gestorben. Seit der Göttinger Studentenzeit hatte ihn eine innige Freundschaft mit KARL FRIEDRICH GAUSS verbunden. (ADB 6, S. 347 f.).

²⁰⁴⁾ HEINRICH JULIUS CHRISTIAN v. BÜLOW, geboren am 7. Januar 1779, wurde am 26. November 1800 als Hofgerichtsassessor in den braunschweigischen Staatsdienst eingestellt und am 5. Januar 1804 zum Hofrat in der Justizkanzlei ernannt. Im Hofdienst war er seit dem 13. Dezember 1802 Kammerjunker und seit dem 6. Juni 1803 Kammerherr. Nach Beendigung der westfälischen Herrschaft wurde v. B. als Kammerrat wieder eingestellt und am 31. Dezember 1823 zum Geheimen Justizrat ernannt. 1827 verabschiedet, ging er nach Westfalen, wo er ein Gut erwarb. Von Herzog WILHELM in den Staatsdienst zurückberufen, wurde er am 18. Dezember 1832 zum Domäneninspektor in der Herzogl. Kammer und am 21. Dezember 1837 zum Kammerpräsidenten ernannt. Er trat am 6. Januar 1842 in den Ruhestand, starb aber schon am 10. September 1842. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

²⁰⁵⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 246a, S. 225.

wurde unter der Leitung des Forstmeisters v. D. BRINCKEN²⁰⁶⁾ mit einer neuen Vermessung und Einrichtung sämtlicher Forsten des Landes begonnen und gleichzeitig die Umwandlung aller Bestände in Hochwald mit einer Umtriebszeit von 120 Jahren angestrebt. Nachdem v. D. BRINCKEN 1818 in russische Dienste gegangen war, wurden unter dem damaligen Hofjägermeister GRAF VON VELTHEIM²⁰⁷⁾ die Betriebseinrichtungen fortgesetzt und bereits 1824 abgeschlossen. Sie legten den Grund für die hohe Forstkultur des Landes im 19. Jahrhundert²⁰⁸⁾.

Auch die am 26. März 1823 erlassene Verordnung über die Teilung der Gemeinheiten diente dem Fortschritt der Landwirtschaft, wenn auch zunächst nur wenige der in großer Zahl von den Interessenten auf Grund dieses Gesetzes beantragten Regulierungen zum vollständigen Abschluß gebracht werden konnten, darunter die von WILHELM BODE geleiteten Generalseparationen des Marienthaler Forstes und des Lehrer Wolds. Die bei diesen Arbeiten gesammelten Erfahrungen wurden in der umfassenderen Gemeinheitsteilungs-Ordnung vom 20. Dezember 1834 und in dem Gesetz über das Verfahren in Separations- und Ablösungssachen vom 6. Januar 1835 verwertet. Am Zustandekommen dieser wichtigen Gesetzesvorschriften, die eine völlige Umwandlung der Landwirtschaft einleiteten, war Wilhelm Bode maßgebend beteiligt.

Zahlreiche andere Erlasse der vormundschaftlichen Regierung wirkten sich günstig auf die Entwicklung des Landes aus, so die Begründung eines Landgestüts für die Züchtung von Gebrauchspferden, die Schaffung einer neuen Wegeordnung sowie von Bestimmungen zur Förderung des Bergbaues und des Hüttenwesens, darunter die Aufnahme des Braunkohlenbergbaus in der Helmstedter Mulde. Eine der ersten größeren, mit erheblichem Kostenaufwand durchgeführten Unternehmungen war eine gründliche Regulierung der

²⁰⁶⁾ KARL ALBERT FRIEDRICH JULIUS VON DEN BRINCKEN, geboren am 26. Februar 1789 zu Blankenburg am Harz, studierte nach dem Besuch des Gymnasiums in Wolfenbüttel seit 1807 in Helmstedt Rechtswissenschaften, wurde 1816 braunschweigischer Forstmeister und ging 1818 in russische Dienste, wo ihm die Aufsicht über die kaiserlichen Forsten in Polen übertragen wurde. Im Dezember 1823 in den Freiherrnstand erhoben, starb v. d. B. 1846. (WAHNSCHAFTE und ZIMMERMANN, Album, 2. Ausgabe 1903 Nr. 23).

²⁰⁷⁾ GRAF WERNER V. VELTHEIM wurde am 18. Februar 1785 als zweiter Sohn des hannoverschen Berghauptmanns AUGUST FERDINAND V. V. auf Harbke geboren. Er erhielt eine sorgfältige Erziehung und widmete sich dem Forstdienst. König JEROME holte ihn nach Kassel als Ehrenstallmeister der Königin, doch gelang es v. V. bald, sich dem Hofdienst zu entziehen und als Inspecteur des eaux et des forêts zum Forstdienst zurückzukehren. 1815 wurde er Forstmeister zu Königslutter, am 25. März 1819 Kammerrat in Braunschweig; am 31. Dezember 1823 wurde er zum Hofjägermeister ernannt. Nach der Revolution von 1830 gehörte er als Ministerialrat, seit 1831 als Staatsminister der Landesregierung an. 1848 erbat er seine Entlassung, da er einer neuen Entwicklung nicht im Wege stehen wollte. v. V. starb am 5. Juni 1860. (NStAW: Hs. Abt. VI Gr. 10 Nr. 31a).

²⁰⁸⁾ LANGERFELDT, Forstgeschichte. In: Festschrift zur XX. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe. Braunschweig 1858.

Schunter, die den häufigen und namentlich im Sommer mit schweren wirtschaftlichen Schäden verbundenen Überschwemmungen des Schuntertales ein Ende setzen sollte ²⁰⁹⁾).

Von entscheidender Bedeutung für die künftige Entwicklung des Herzogtums Braunschweig war der Erlaß der Erneuernten Landschaftsordnung. Obwohl Herzog FRIEDRICH WILHELM bald nach seiner Rückkehr in das Land Braunschweig durch eine Verordnung am 30. Dezember 1813 die Gewährung einer Verfassung in Aussicht gestellt hatte, zögerte die vormundschaftliche Regierung, die Lösung dieser gewiß recht schwierigen Aufgabe in Angriff zu nehmen; sie wich auch mehreren Anträgen der ehemaligen Mitglieder der Landstände, die sich auf Veranlassung und unter Führung des Schatzrats v. PLESSEN zusammenfanden, mit allgemeinen Vertröstungen aus. Erst auf ein Gesuch der ehemaligen Ständevertreter an den Prinzregenten am 30. Juli 1817 wurden die Geheimen Räte veranlaßt, sich mit der Verfassungsfrage zu beschäftigen und, nachdem ein Verfassungsentwurf erarbeitet worden war, zum 12. Oktober 1819 die Landstände des Herzogtums Braunschweig und des Fürstentums Blankenburg zur Beratung des Entwurfs einer revidierten Landschaftsordnung einzuberufen. In Gegenwart der beiden Prinzen wurde durch den GRAFEN MÜNSTER im Schloß zu Braunschweig der Landtag feierlich eröffnet.

Wie schon die Bezeichnung „Erneuerte Landschaftsordnung“ andeutet, ging der Regierungsentwurf von der überlieferten Ständeordnung „Privilegia und Befugnisse gesamter Landschaft vom 9. April 1770“ aus, wollte also, wie schon GRAF MÜNSTER in seiner Eröffnungsrede betont hatte, „keine sogenannte zeitgemäße Verfassungsurkunde, keine auf bloße Theorien gebaute Repräsentativverfassung, sondern Erhaltung der auf früheren Verträgen gestützten Landtagsordnung unter Bewahrung des vorhandenen Guten und besonnener Verbesserung des Mangelhaften“ ²¹⁰⁾, wie ja auch die Bundesverfassung die Beibehaltung der landständischen Verfassungen vorschrieb. Die langwierigen Verhandlungen wurden im Mai 1820 abgeschlossen. Am 19. Juni 1820 wurde die Erneuerte Landschaftsordnung veröffentlicht, mit dem Landtagsabschied 1823 trat sie förmlich in Kraft.

Diese Erneuerte Landschaftsordnung bestätigte im wesentlichen die Ständeordnung von 1770, wenngleich sie durch die Schaffung von zwei Sektionen und durch die stärkere Zulassung von Abgeordneten aus dem Bürger- und freien Bauernstand das herkömmliche Übergewicht der Ritterschaft zu mildern suchte. Freilich standen auch jetzt noch 78 Rittergutsbesitzern und 6 Prälaten, welche die erste Sektion bildeten, nur 46 Mitglieder der aus bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten zusammengesetzten zweiten Sektion gegenüber. Weitere Neuerungen bestanden in der Ausdehnung der ständischen Rechte auf die Bewilligung aller Landessteuern und Teilnahme an deren Verteilung und Ver-

²⁰⁹⁾ TH. MÜLLER, Die Schunterkorrektion 1816—1823. In: Heimatbote des Landkreises Braunschweig 1961.

²¹⁰⁾ A. RHAMM, Die Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig, 2. Aufl. 1907, S. 24.

waltung, in der Bestimmung, daß alle Verfügungen des Landesherrn der Gegenzeichnung durch ein Mitglied des Geheimen Rates bedurften, ohne welche sie keine Gesetzeskraft erlangen konnten, und schließlich in der Bestimmung, daß der Landesherr die Erbhuldigung der Untertanen nur nach förmlicher Bestätigung der Landschaftsordnung fordern konnte. Dagegen besaß die Ständeversammlung nicht das Recht der Gesetzgebung, doch mußte sie bei Gesetzen über wichtige Gegenstände, so der rechtlichen Verhältnisse der Untertanen, der Zuständigkeit oder des Verfahrens der Gerichte sowie in Angelegenheiten der Landespolizei und Verwaltung, gutachtlich gehört werden.

Nachdem im Sommer 1820 die Ergänzungswahlen für die städtischen und bäuerlichen Abgeordneten durchgeführt worden waren, trat der nun ergänzte Landtag am 23. November 1820 erneut zusammen, um den Landesetat zu verabschieden und zahlreiche Gesetzesvorlagen zu beraten, so das Gesetz über die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben, durch das die bisherigen Steuerbefreiungen der Ritterschaft beseitigt wurden, und die wichtige Verordnung vom 26. März 1823, die mit der Schaffung von Distriktsgerichten und Kreisämtern die Trennung von Verwaltung und Rechtspflege vorbereitete und den Städten und Landgemeinden die Selbstverwaltung gab ²¹¹⁾.

WILHELM BODE beurteilte die Erneuerte Landtagsordnung und den Landtagsabschied von 1823 wohlwollend, wenn er feststellte, daß diese Errungenschaften „das Land der Einsicht und dem festen Willen des Geheimen Rats v. SCHMIDT-PHISELDECK, unterstützt von dem Geheimen Rat v. SCHLEINITZ und dem Geheimen Justizrat ESCHENBURG zu verdanken hat. Es war eine schwere Aufgabe, einigermaßen festzuhalten, was die Fremdherrschaft auch Gutes im Gefolge hatte: ein consequentes Staats-Verwaltungssystem. Von großem Einfluß auf die privilegiensüchtige Ritterschaft war damals der Schatzrat v. PLESSEN auf Büstedt“ ²¹²⁾. Gleichzeitig mit diesen gesetzgeberischen Maßnahmen hatte sich die vormundschaftliche Regierung mit einem schwierigen Problem auseinanderzusetzen, mit der Frage nach der Volljährigkeit des Herzogs KARL. Es würde zu weit führen, die sehr verwickelten Vorgänge und Verhandlungen um die an die Volljährigkeit geknüpfte Regierungsübernahme des Herzogs hier im einzelnen zu behandeln. Das welfische Hausgesetz, das Pactum Henrico-Wilhelminum von 1535 hatte die Volljährigkeit der welfischen Prinzen mit dem 18. Lebensjahr festgesetzt, während das Testament des Herzogs JULIUS aus dem Jahre 1582 die Volljährigkeit der braunschweigischen Prinzen mit 25 Jahren eintreten ließ und schließlich der Vater KARLS, der Herzog FRIEDRICH WILHELM, die Vollendung der ersten Erziehung des Thronfolgers auf das „erlangte 16. bis 20. Jahr“ festgelegt wissen wollte. Wenn auch vielleicht formaljuristisch der Bestimmung des Pactum Henrico-Wilhelminum der Vorrang gebührt, so suchte doch die vormundschaftliche Regierung mit rückhaltsloser Unterstützung des GRAFEN MÜNSTER die Regierungsübernahme durch den Herzog KARL über dessen 18. Lebensjahr hinaus zu

²¹¹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 23 Nr. 28.

²¹²⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

verschieben. Den Grund für diese Haltung sieht O. Böse in persönlichen materiellen Interessen des GRAFEN V. ALVENSLEBEN und des Geheimen Rats v. SCHMIDT-PHISELDECK. Aber für diese Verdächtigung zweier sehr ehrenwerter Männer besitzt Böse nicht die Spur eines Beweises. Wir sind vielmehr der Überzeugung, daß sowohl MÜNSTER wie ALVENSLEBEN und SCHMIDT-PHISELDECK ernsthafte Zweifel an der Regierungsfähigkeit des Herzogs KARL in solch jugendlichem Alter hegten und zwar, wie die Ereignisse bald beweisen sollten, aus sehr berechtigten Gründen. Durch Vermittlung des österreichischen Staatskanzlers FÜRST METTERNICH wurde schließlich der 30. Oktober 1823, also der neunzehnte Geburtstag KARLS, zum Tage der Regierungsübernahme bestimmt. Doch konnte wohl auch METTERNICH gewisse Bedenken nicht unterdrücken, da er dem jungen Herzog das Versprechen abnahm, sich während der ersten drei Jahre seiner Herrschaft jeden Eingriffes in die Regierungsgeschäfte zu enthalten. Der Herzog hielt sich an diese Vereinbarung, zumal er den größten Teil dieser Jahre auf Reisen in Italien, Frankreich und England verbrachte. Verdächtig war nur, daß der junge Herzog die vorbehaltlose Anerkennung der Landschaftsordnung bisher unter allerlei Vorwänden hinausgeschoben hatte.

Als WILHELM BODE am 1. Oktober 1825 sein Amt als Magistratsdirektor antrat, übergab ihm der greise Bürgermeister WILMERDING die Schlüssel zum städtischen Archiv mit den Worten: „Gern sehe ich mein Amt auf Sie übertragen, Sie kommen aber leider in eine schlechte Zeit, Ihr schöner Beruf wird Ihnen empfindlich verleidet werden“ ^{212a}). WILMERDING war ein kluger Beobachter der Zeitläufte, und seine Voraussage wurde bald bittere Wahrheit.

Denn vom März 1826 ab beteiligte sich der Herzog rege an allen Regierungsarbeiten. Von vornherein war das Verhältnis zwischen dem jungen Fürsten und seinen Räten sehr gespannt, weil der Herzog die Rechtmäßigkeit aller seit seinem 18. Geburtstage ergangenen Gesetze, also auch die der Erneuerten Landschaftsordnung bestritt, überdies die Regierungsmitglieder für die Verzögerung seiner Mündigkeitserklärung verantwortlich machte. Diese unerquicklichen Verhältnisse veranlaßten den Geheimrat v. SCHMIDT-PHISELDECK, am 14. Oktober 1826 um seinen Abschied zu bitten. Der Herzog entthob ihn zwar seiner Dienstobliegenheiten, mit deren Wahrnehmung er den Kammerdirektor G. PH. v. BÜLOW betraute, setzte auch SCHMIDTS Gehalt von 5000 Rtl. auf 2000 herab, zögerte aber die Verabschiedung unter immer anderen Vorwänden hinaus, so daß schließlich v. SCHMIDT-PHISELDECK, ohne seinen Abschied erhalten zu haben, am 15. April 1827 heimlich nach Hannover reiste.

Der erboste Herzog ließ gegen SCHMIDT-PHISELDECK einen Steckbrief ausfertigen, doch da GRAF MÜNSTER den Geheimrat sofort in das hannoversche Ministerium berief, blieb dieser dem Zugriff der braunschweigischen Polizeibehörden unerreichbar. Die öffentliche Meinung nahm gegen den Herzog Partei, den auch METTERNICHs Bemühungen nicht bewegen konnten, durch Erteilung des Abschiedes die leidige Sache aus der Welt zu schaffen. Herzog KARL entsetzte auch im Laufe des Jahres 1827 die übrigen Mitglieder

des Geheimratskollegiums ihrer Ämter: v. SCHLEINITZ wurde in den Ruhestand versetzt, v. BÜLOW und ESCHENBURG zur Kammer abgeordnet, worauf beide ihre Entlassung aus dem braunschweigischen Staatsdienst nahmen. In die nunmehr als Ministerium bezeichnete Regierungsbehörde berief der Herzog zwei Offiziere, den Oberst v. WACHHOLTZ als Bearbeiter der Militärangelegenheiten, später auch der Forstsachen, und den zum Oberstaatsrat ernannten Oberstleutnant v. MÜNCHHAUSEN²¹³⁾ für die Angelegenheiten des Hofes, weiter den Kammerdirektor G. PH. v. BÜLOW, den zum Justizrat ernannten Rechtsanwalt Dr. FRICKE und den Kammerassessor BOSSE. Es waren bis auf BOSSE achtungswürdige Männer, wenn sie auch die rechtlich oft unhaltbaren und menschlich beklagenswerten Maßnahmen des Herzogs mehr oder weniger bedingungslos deckten und dadurch von einem Mitverschulden nicht freigesprochen werden können. Nur der Staatsrat BOSSE fand nicht die Achtung seiner Amtsgenossen, denn Oberst v. WACHHOLTZ nennt ihn „einen Speichellecker, von großer Gelehrsamkeit, aber ohne Menschenverstand, der sich auf die niedrigste Art an den Herzog herangedrängt und durch die kriechende Unterwürfigkeit und Schmeicheleyen insinuiert hatte“²¹⁴⁾. In der Rückschau beurteilte WILHELM BODE später die Tätigkeit dieses Ministeriums sehr mild, wenn er von ihm sagte: „BOSSE etwa ausgenommen war keiner unter ihnen, der nicht das Bessere gewollt, der nicht von ganzem Herzen gewünscht hätte, ihr Herr möchte ein edler Fürst, wenigstens nicht aller Regententugenden und allen menschlichen Gefühls bar sein. Ich habe die Zustände in der Nähe zu beobachten Gelegenheit gehabt, die bitteren Beschwerden und die Entschuldigungen gehört, wenn Nichtswürdigkeiten nicht zu vermeiden waren“²¹⁵⁾.

Dabei hatte das Ministerium auf die Entschlüsse des Herzogs nur sehr geringen Einfluß, da dieser neben dem Ministerium seit dem Frühjahr 1827 ein eigenes Kabinett gebildet hatte, dessen Leitung er dem vormaligen Kanzlisten bei der Geheimen Kanzlei, dann zum Kanzleidirektor ernannten FRIEDRICH WILHELM BITTER²¹⁶⁾ übertragen hatte.

²¹³⁾ CHRISTIAN FREIHERR v. MÜNCHHAUSEN, geboren am 15. November 1781 zu Kassel und im Pagenhaus zu Braunschweig erzogen, trat am 15. Juli 1795 in das Inf.-Regt. Prinz Friedrich ein und wurde am 27. April 1800 Leutnant. Von 1806 bis 1813 im Hofdienst zu Anhalt-Köthen tätig, trat er am 23. November 1813 in den braunschweigischen Truppendienst zurück, wurde am 14. Januar 1814 Major und am 29. September 1819 Mitglied der Militär-Verwaltungs-Kommission. Nachdem er von 1822 bis 1826 Begleiter des Herzogs WILHELM gewesen war, wurde er am 27. Juli 1826 zum Hofmarschall ernannt und am 3. April 1827 als Oberstaatsrat in das Ministerium abgeordnet, aus dem er am 13. Oktober 1830 ausschied. v. M. starb zu Braunschweig am 14. März 1832. (v. KORTZFLEISCH, Inf.-Regt. 92, II, S. 435 f.).

²¹⁴⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 246a, S. 227.

²¹⁵⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

²¹⁶⁾ FRIEDRICH WILHELM BITTER wurde am 5. Januar 1798 in Braunschweig als Sohn eines Tischlermeisters geboren, trat als Schreiber bei dem Notar Dr. jur. du ROI ein und nahm als Schreiber beim General-Kriegskommissar Major GRAEBE am Feldzug in Belgien und Frankreich teil. Nach der Rückkehr wurde er als Schreiber bei der Militär-Administrations-Kommission angestellt und am 3. Februar 1824 als Kanzlist zur Geheimen Kanzlei versetzt. Am 9. April 1827 von Herzog KARL zum Kabinetts-Kanzlisten bestellt, wurde er am 18. April 1828 zum Kabinetts-Registrator und am 30. Oktober 1828 zum Kabinetts-Direktor

Bitter war an sich ein gewandter und rechtlicher Beamter, wenn auch dem Herzog bedingungslos ergeben. Als Ratgeber aber hatte Herzog KARL einige Männer von denkbar schlechtem Ruf sich zugesellt, die einen außerordentlich ungünstigen Einfluß auf den jungen Fürsten ausübten, neben BOSSE der politische Abenteurer WITT, genannt VON DÖRRING, ein Dr. KLINDWORTH sowie der im Königreich Westfalen wegen Betrügereien aus dem Dienst gejagte ehemalige Steuereinspektor BERNARD. Die in diesem Kabinett beschlossenen Maßnahmen wurden durch BITTER dem Ministerium zugeleitet, das sie zu vollziehen hatte.

Immerhin war BITTER bemüht, auf heimlichen Wegen die schlimmsten Entgleisungen zu verhüten. So suchte er eines Abends im Schutze der Dunkelheit den Magistratsdirektor BODE auf und teilte ihm mit, daß BERNARD einen Plan dem Herzog vorgelegt habe, um den Anschluß des Herzogtums Braunschweig an das preußische Zollsystem durchzuführen, ein Unternehmen, das BITTER selbst für Stadt und Land Braunschweig verderblich hielt. Wenn nun nichts dagegen unternommen würde, sei sicher, daß BERNARD in den nächsten Tagen zum Abschluß dieses Vertrages bevollmächtigt werde. BITTER bat BODE um sein Eingreifen, jedoch unter Geheimhaltung seiner Mission. Dazu war WILHELM BODE sofort bereit: „Ich berief anderen Tags die Stadtverordneten und forderte, wenn sie mit der Schädlichkeit des Planes sich [nicht] einverstanden erklären würden, die Wahl einer Deputation, die mit mir auf das Schloß sich begeben sollte. Die Deputation wurde geordnet, ich forderte Audienz und um 1 Uhr mittags wurden wir vorgelassen. Der Herzog stand zwischen dem Geh. Oberstaatsrat VON MÜNCHHAUSEN und BERNARD. Ich leitete die Verhandlung damit ein, daß der hier anwesende BERNARD in der Stadt als solcher bezeichnet werde, der die Interessen der Stadt und des Landes an Preußen zu verhandeln in Vorschlag gebracht habe. Dem Herzog legte ich eine Karte vor, in welcher die beabsichtigte Zolllinie bezeichnet war und wies in Beziehung darauf nach, daß, wenn ein Vertrag der Art ohne Hannover, oder doch ohne die durch das Hannöversche laufenden Handelsstraßen offen zu halten, abgeschlossen würde, es namentlich um den Handel der Stadt geschehen sei, und auch der gesamte Stand der Manufacturisten und Handwerker schwer leiden müßten. Bernard meinte, man würde die Seestädte über Magdeburg erreichen können, stockte aber und wußte nichts zu erwidern, als der Grossist Friedrich Grassau²¹⁷⁾, der in der Deputation sich befand, die Ausführungen des Bernard für

ernannt. Er begleitete den Herzog auf seiner Flucht und blieb, 1831 unter Erhebung zum FREIHERRN VON ANDLAU zum Legationsrat ernannt, in seiner Umgebung. Doch wurde ihm die Treue, mit der er dem Herzog ins Exil folgte, schlecht belohnt. B. gründete später in der Nähe von London ein Erziehungsinstitut und starb dort am 5. April 1870 in geordneter und geachteter Lebensstellung. (StAB: H VIII A Nr. 353).

²¹⁷⁾ JOHANN FRIEDRICH GRASSAU, geboren am 9. Oktober 1783, gestorben am 30. Mai 1845, war Inhaber der bedeutenden Firma J. H. Grassau & Sohn, Sonnenstraße Nr. 732, einer Kolonialwarengroßhandlung, mit der die Fabrikation von Zucker, Cichorienkaffee und Spielkarten verbunden war. G. hat sich viele Jahre hindurch als Stadtdeputierter und Mitglied der Ständeversammlung führend in der Kommunalpolitik betätigt. (StABr: H VIII A Nr. 1424).

„Unsinn“ erklärte und dies bewies. Die Verhandlung dauerte gegen zwei Stunden. Der Herzog warf dem v. MÜNCHHAUSEN vor, warum denn er dergleichen nicht wüßte und beurtheilen könnte. Dem BERNARD aber klopfte er auf die Schultern mit der trivialen, wie ich höre, in gemeinen Conversationen wohl gebrauchten plattdeutschen Redensart: „Bätge, wat sägst Du nu?“ Damit schloß die Verhandlung, der Plan aber wurde aufgegeben.“

Auch bei einer anderen Angelegenheit erbat BITTER BODES Hilfe: „Die Wolfenbüttler Bibliothek sollte nach dem Plan des Herzogs verkauft werden. Diese Mittheilung machten mir Hofleute aus der Umgebung des Herzogs, auch theilte mir BITTER seine Bekümmerniß darüber mit, unter der Bitte, in irgendeiner Weise entgegenwirken zu wollen. Dieser Schatz ist auf dem nächsten Landtage, wie auch das Museum, als Staatsgut anerkannt“ ²¹⁸⁾.

In einer am 10. Mai 1827 erlassenen Verordnung hatte Herzog KARL alle in der Zeit vom 30. Oktober 1822 bis zu seinem Regierungsantritt am 30. Oktober 1823 ergangenen Gesetze für unverbindlich erklärt, damit also auch die Erneuerte Landschaftsordnung als Staatsgrundgesetz außer Kraft gesetzt. Die Ausschüsse der Ständeversammlung hatten sich darauf hin zwar mit einigen, in sehr unterwürfigem Tone gehaltenen Eingaben an den Herzog gewandt, aber zunächst nichts weiter unternommen, um den Rechtszustand zu wahren. Erst als die durch die Willkürherrschaft des Herzogs hervorgerufene Mißstimmung im Lande immer stärker wurde, beschlossen die beiden Ausschüsse der Landstände am 21. März 1829 in gemeinsamer Sitzung, vom Convocationsrecht Gebrauch zu machen. Am 11. April erging das Ausschreiben an die Ständemitglieder. Nachdem der Herzog vergeblich versucht hatte, den Zusammentritt der Stände durch ein Verbot zu verhindern, beantragte er am 9. April bei der Bundesversammlung, die Landschaftsordnung von 1820 für unverbindlich zu erklären. Desungeachtet traten die Landstände am 21. Mai in Braunschweig zur Beratung zusammen. Nach einem einleitenden Vortrag des Landsyndikus PRICELIUS ²¹⁹⁾, der die Rechtsgrundlagen erläuterte, wurde der Schatzrat v. PLESSEN zum Präsidenten gewählt. PLESSEN begründete die Pflicht der Stände zur Aufrechterhaltung der Landschaftsordnung und die Notwendigkeit, sofort bei der Bundesregierung Schritte gegen den Antrag des Herzogs zu unternehmen.

Den Anträgen v. PLESSENS gaben alle Ständemitglieder ihre Zustimmung bis auf BERNARD, der am Vortage der Versammlung vom Herzog zum Propst ernannt wurde und damit Sitz und Stimme im Landtage erlangte. Weiter genehmigten die Stände eine

²¹⁸⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

²¹⁹⁾ JOHANN LUDWIG PRICELIUS wurde am 6. April 1782 in Braunschweig geboren, studierte seit dem 23. August 1802 in Helmstedt und seit dem 24. Oktober 1804 in Göttingen Rechtswissenschaften, ließ sich am 7. Februar 1804 als Notar in Wolfenbüttel nieder und wurde 1817 zum Prokurator beim Landgericht bestellt. 1819 wurde P. von den Landständen zum Landsyndikus gewählt. Am 21. Dezember 1832 trat er als Vizedomänendirektor zur Kammer über und wurde am 21. Dezember 1837 zum Domänendirektor ernannt. P. starb zu Braunschweig am 17. März 1849. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

vom Landsyndikus PRICELIUS entworfene Beschwerdeschrift für die Bundesversammlung, die im Druck in Frankfurt am Main 1829 veröffentlichte „Darlegung der zwischen dem Durchl. Herzoge Karl von Braunschweig-Lüneburg und Höchst dessen Ständen obwaltenden Differenz, die unterm 25. April 1820 publicirte erneute Landschafts-Ordnung betreffend“, die dann vom Landsyndikus in Begleitung zweier Ausschußmitglieder, des Kammerherrn v. CRAMM-Sambleben und des Oberhauptmanns v. KALM-Halchter, dem Bundestag überreicht wurde ²²⁰).

Diese Schrift trug auch die Unterschrift WILHELM BODES. Als Oberhaupt der Stadt Braunschweig gehörte er von Amts wegen der Ständeversammlung an; er war auch im Mai 1829 zum Mitglied des weiteren Ausschusses gewählt worden. Am 23. Mai unterrichtete BODE den Magistrat und die Stadtdeputierten über die Ergebnisse der Ständeverhandlungen. In einer Entschließung stellten die Vertreter der Stadt fest, daß es für die Stadt Braunschweig von hohem Interesse sei, daß die Erneuerte Landschaftsordnung rechtsgültig anerkannt und ihre Wirksamkeit aufrecht erhalten würde; sie beauftragten den Magistratsdirektor, sich der von den Landständen entsandten Abordnung anzuschließen und die Rechte der Stadt zu vertreten. Wenn es auch dazu nicht kam, so bedeutete doch die Stellungnahme der Stadtvertretung für BODE eine Rückendeckung auch für sein weiteres Verhalten.

Anläßlich seines Geburtstages am 30. Oktober 1829 ließ der Herzog zahlreiche Staatsbeamte, unter ihnen auch WILHELM BODE als Mitglied der Landes-Ökonomie-Kommission aufs Schloß zur Leistung des Huldigungseides laden. Da nach den Bestimmungen der Erneueren Landschaftsordnung der Herzog den Huldigungseid erst nach ihrer Bestätigung fordern konnte, verweigerte WILHELM BODE als Ständemitglied und Leiter des Magistrats die Eidesleistung.

Darauf erging an BODE am 15. Dezember 1829 eine landesherrliche Verfügung, die von den Mitgliedern des Ministeriums G. PH. v. BÜLOW und v. MÜNCHHAUSEN unterzeichnet worden war: „Demnach die ständischen Corporationen des Herzogthums ihre Stellung mißbraucht, theils im Allgemeinen, theils und insbesondere aber in Rücksicht der Art und Weise, wie von denselben die Aufrechterhaltung der dem Lande aufgedrungenen Constitution vom Jahre 1820 hat erzwungen werden wollen, und denn für jetzt keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß die Stände den einmal beschrittenen Weg wieder verlassen werden: so wird der Magistrats-Director BODE hierselbst, als Mitglied der Landes-Oeconomie-Comission, damit angewiesen, bis auf weiteres mit den ständischen Corporationen nicht zu communiciren, insbesondere aber auch an etwaigen ständischen Berathungen überall keinen Antheil zu nehmen.“

²²⁰) Mitte August 1830 beschloß die vom Bundestag eingesetzte Kommission einstimmig, der Bund wolle dem Herzog eröffnen, daß er die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Erneuerte Landschaftsordnung nur auf verfassungsmäßigem Wege abändern könne. Am 4. November wurde der Kommissionsantrag von der Bundesversammlung mit Stimmenmehrheit gebilligt.

BODE nahm diese Mitteilung, soweit sie ihn persönlich betraf, gelassen auf, doch ent-rüstete ihn das doppelte Spiel BÜLOWS, so daß er in sein Tagebuch eintrug: „Die Nachwelt wird kaum glauben, daß derselbe VON BÜLOW, welcher das vorstehende Rescript primo loco unterschrieben hat, als Probst von St. Lorenz Mitglied der Stände ist, daß er die Landschafts-Ordnung feierlich beschworen hat, daß er Mitglied des engeren und weiteren Ausschusses ist, in ersterer Qualität Landes-Steuer-Rath geworden und bis jetzt ein Gehalt von 1200 Rtl. fortwährend hebt, daß er zu den Sitzungen des Steuercollegii sich heute noch angefundnen. Dennoch ist dies alles, wie ich es heute am 3. Februar 1830 niederschreibe, wörtlich wahr“ ²²¹⁾).

Für WILHELM BODE fiel die Entscheidung nicht schwer, und wenn die Ratgeber des Herzogs geglaubt hatten, daß BODE sich durch den Verlust der zweihundert Rtl., die ihm aus seiner Kommissionstätigkeit jährlich zufließen, beeinflussen ließe, so irrten sie. In einem am 8. Februar 1830 an das Staatsministerium gerichteten Schreiben stellte BODE fest, daß er nach alter und neuer Verfassung als Leiter der Stadtverwaltung Mitglied der Stände war, daß bei den Obliegenheiten, die er als Magistratsdirektor gesetzlich übernommen hatte, er seine Teilnahme an den ständischen Verhandlungen nicht von einer als Nebenamt ausgeübten Zugehörigkeit zu einer Kommission abhängig machen dürfte. Er glaubte, daß er Geschäfte niederlegen müsse, die mit seinen Amtspflichten nicht zu vereinbaren seien, überließe aber die Entscheidung dem Staatsministerium. Daraufhin wurde BODE am 13. Februar 1830 aus der Landes-Ökonomie-Kommission entlassen, seine bisherigen Aufgaben wurden dem Hofrat Dr. FRICKE übertragen.

Neben seiner Mitgliedschaft in der Landes-Ökonomie-Kommission hatte BODE noch ein zweites Staatsamt inne, seine Stellung als Direktor der anatomisch-chirurgischen Lehr-anstalt. Es war folgerichtig, wenn WILHELM BODE am 1. März 1830 das Ober-Sanitäts-Kollegium bat, dahin zu wirken, daß ihm auch dieses Amt abgenommen wurde. Doch wurde der Bitte wohl aus dem Grunde, daß es sich hier um ein unbesoldetes Ehrenamt handelte, nicht entsprochen. Das Staatsministerium übertrug sogar dem Magistratsdirektor BODE zusätzlich, wenn auch interimistisch ein neues Staatsamt. Denn auch der Steuerrat LANGERFELDT, der besoldetes Mitglied des Braunschweiger Stadtmagistrats war und nebenamtlich die staatliche Armendirektion leitete, war gleich BODE aufgefordert worden, die Betätigung in der Ständeversammlung, besonders als Mitglied des engeren und des weiteren Ausschusses aufzugeben. Auch LANGERFELDT legte das Amt des Direktors der Armenverwaltung nieder, das nun BODE übertragen wurde. In einer Tagebucheintragung zum 13. Februar 1830 ²²²⁾ vermerkte BODE, daß die wegen der Teuerung und der Arbeitslosigkeit angespannte Lage durch den Fortzug zahlreicher Familien aus Braunschweig noch verschärft worden war. Bode notiert einige dieser Familien und vermerkt ihren jährlichen Aufwand:

²²¹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

²²²⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 19 Vol. I.

Oberjägermeister v. Sierstorpff	12 000 Rtl.
Geh. Justizrat v. Bülow	5 000 Rtl.
General Ahrenschild	4 000 Rtl.
v. Schleinitz	2 500 Rtl.
Graf v. Oberg (Winteraufenthalt)	3 000 Rtl.
Graf v. Veltheim-Harbke (Winteraufenthalt)	4 000 Rtl.
v. d. Mülbe	4 000 Rtl.
v. Breimann	4 000 Rtl.
v. Hakel	4 000 Rtl.
Oberkammerherr v. Münchhausen	5 000 Rtl.
	<hr/>
	47 000 Rtl.

Diese Flucht von Männern, die bisher zu den angesehensten Bewohnern der Stadt Braunschweig gezählt hatten, war ein Symptom der Zeit. WILHELM BODE zeichnete die Stimmung in Braunschweig im Sommer 1830: „Wie in dem kurzen Zeitraum von rund sechs Jahren die schönste Hoffnung, die innigste Liebe und eine Anhänglichkeit ohne Grenzen in jeder Brust getötet, in die unaussprechlichste Erbitterung und bis zu dem Grade gesteigert werden konnte, daß jeder Einzelne in dem Fürsten nur noch seinen persönlichen Feind erblickte, und keiner mehr zu finden war, der nur einen Funken Anhänglichkeit bewahrt hätte“ ²²³).

Man mag einwenden, daß dieses harte Urteil von BODES persönlicher Verstimmung beeinflußt wurde. Aber ein wirklich unverdächtiger Zeuge, der reaktionäre preußische Polizeiminister Fürst zu WITTGENSTEIN, der das geheime Werkzeug METTERNICHs war, äußerte sich in einem Briefe an den Herzog KARL vom 20. Oktober 1830, den übrigens VARNHAGEN VON ENSE verfaßt hatte, sehr deutlich über die Zustände in Braunschweig: „Wenngleich die revolutionären Gewaltthaten, in deren Folge Ew. Durchlaucht sich aus Braunschweig zu entfernen genöthigt waren, zunächst nur der Wuth einer rohen Volksmasse zuzuschreiben sind, so hat sich doch seither, nachdem die Ruhe wiederhergestellt worden, die Gesinnung aller Klassen leider mit einer wahrhaft erschreckenden Übereinstimmung dahin ausgesprochen, dass die Entfernung Ew. Durchlaucht dem Lande nun für immer nöthig sei, und jeder Versuch einer Wiederkehr das unfehlbare Zeichen erneuerter furchtbarer Stürme sein würde. Und in der That, die vielfachsten, aus einer ganzen Reihe von Jahren angehäuften, in den höchsten wie in den untersten Ständen und selbst in allen Zweigen der Staatsbehörden laut gewordenen Beschwerden und Beschuldigungen bilden eine so schwere Anklage gegen die Regierung Ew. Durchlaucht, dass jene beklagenswerthen Vorgänge dadurch, wenn auch niemals gerechtfertigt, doch leider nur allzu sehr erklärt sind.

Die Regierungen, welche den Grundsatz der Legitimität geheiligt haben, konnten diese Heiligkeit der obrigkeitlichen Rechte doch nur in Begleitung der Pflichtmäßigkeit,

²²³) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61 Vol. I.

der Achtung bestehender Rechte und gesetzlicher Vorschriften so wie der Wahrnehmung der ersten menschlichen Rücksichten denken wollen, und müssen es nur um so schmerzlicher beklagen, wenn die Misskennung und Verletzung jenes Grundsatzes von der Seite selbst erfolgt, zu deren Sicherheit und Vortheil er zunächst wirken sollte“ ²²⁴).

Da jene Zeit weder politische Parteien noch Tageszeitungen mit dem Rechte freier Meinungsäußerung kannte, ist es fast unmöglich, Bildung und Wandlung einer öffentlichen Meinung zu erfassen. Aber es gab doch Gelegenheiten, wo diese sich äußern konnte. So fand am 25. Juni 1830 die Feier der dreihundertsten Wiederkehr der Verkündung der Augsburgerischen Konfession statt, die von dem Stadtmagistrat und den Stadtdeputierten, also nicht von der Landesregierung, veranstaltet wurde. In feierlichem Zuge gingen vom Neustadtrathause die 800 Teilnehmer, unter ihnen zahlreiche Offiziere, zur Brüdernkirche, wo der Gedenkgottesdienst abgehalten wurde. Am Abend fand ein Festmahl statt, das uns BODE schildert: „Im Medizinischen Garten abends, vorzüglich hier bei diesem Gelage, das bis 4 Uhr morgens dauerte, fraternisierten einigermaßen alle Stände miteinander. Daß es bald zum Extrem kommen mußte, fühlte man bei solchen Festlichkeiten. Alle Stände der Stadt waren, da vom Bunde keine Hilfe erwartet werden konnte, einig, daß das Äußerste versucht werden mußte. *Vi opprimi in bona causa est melius quam malae cedere* (In einer guten Sache der Gewalt zu unterliegen, ist besser, als vor einer schlechten zurückzuweichen). Dieser Ausspruch eines römischen Freiheitsfreundes war auch der der Braunschweiger; stillschweigend kamen dahin alle überein.“ Auch an diesem Tage schuf eine ungerechte Maßnahme des Herzogs neue Erbitterung: Er hatte den Richtern des Landgerichts in Wolfenbüttel den erbetenen Urlaub nach Braunschweig verweigert und bei Strafe der Dienstentlassung die Teilnahme am Reformationsfest verboten.

Dieser Bericht wirft schlagartig Licht auf die Stimmung weiter Kreise der Bürgerschaft, die schließlich zur gewaltsamen Vertreibung des Herzogs KARL führte. Schon bald nach jener Revolution setzten die Bemühungen ein, die Hintergründe des Aufruhrs zu klären, denen aber bisher ein sicherer Erfolg versagt blieb. BÖSE glaubt nun, eine Verschwörung von Mitgliedern der Landstände, im wesentlichen des Adels, der sich angeblich in seiner bisherigen Vormachtstellung bedroht sah, und der höheren Beamtenschaft des Landes unter der geistigen Führung des Braunschweiger Magistratsdirektors BODE zu einer planmäßigen Vorbereitung einer Revolution gegen KARL II. nachweisen zu können. Nach ihm habe es sich bei den Unzufriedenen nur um eine verhältnismäßig sehr kleine Oberschicht gehandelt, während die Haltung der einfachen Volksschichten gegenüber dem Herzog noch durchaus von Anhänglichkeit und Treue zum Welfenhause bestimmt gewesen sei ²²⁵).

Für beide Behauptungen kann BÖSE auch nur Vermutungen anführen, und wenn WILHELM BODE in seinen Erinnerungen bestreitet, daß der Aufruhr „planmäßig“ vor-

²²⁴) P. BAILLEU, Herzog Karl, Fürst Wittgenstein und Varnhagen von Ense (1830). Quellen und Forsch. z. Braunschw. Geschichte VI (1914), S. 111.

²²⁵) O. BÖSE, Herzog Karl, S. 80.

bereitet gewesen sei, so wertet BÖSE die Glaubwürdigkeit BODES ab durch die Bemerkung: „Das quellenkritisch geschulte Auge durchdringt auch hier die Verschleierungskunst des Stadtoberhaupts“ ²²⁶⁾).

Dabei hat es eine Adelspartei, von der BÖSE immer spricht, wohl überhaupt nicht gegeben. Der grundbesitzende Adel hielt sich in den Wirren um den Herzog KARL stark zurück. Die wenigen Grundbesitzer, die hervortreten, wie KARL FRIEDRICH V. STROMBECK oder der FREIHERR V. CRAMM auf Samleben, nahmen nicht als Rittergutsbesitzer an den politischen Ereignissen teil, sondern aus persönlichen Motiven, die bei STROMBECK in seinem Ehrgeiz, bei CRAMM in seinen liberalen Anschauungen zu suchen sind. Auch dem Schatzrat V. PLESSEN und dem GRAFEN V. OBERG lagen reaktionäre Erwägungen vollkommen fern. Die übrigen Adligen waren vorwiegend Beamte. Sie gehörten entweder reinen Beamtenfamilien an wie V. SCHLEINITZ und V. SCHMIDT-PHISELDECK oder sie waren jüngere Söhne landgesessener Familien, in jedem Falle gleich ihren bürgerlichen Amtsgenossen auf ihre Beamtengehälter angewiesen. Die Verbitterung der Beamtenschaft aber war durch die Behandlung, die Herzog KARL ihnen zumutete, sicherlich begründet.

Dazu kommt, und das hat BÖSE überhaupt nicht beachtet: Im 19. Jahrhundert war ein schrankenloser Despotismus, und anders läßt sich die Regierungsweise des Herzogs kaum umschreiben, unmöglich geworden. Das sprach ja auch der erzreaktionäre FÜRST WITTGENSTEIN in seinem Briefe an den Herzog recht deutlich aus. In Westdeutschland zumal waren liberale Anschauungen auch in die Kreise des Adels und der höheren Beamtenschaft eingedrungen. BÖSES These vom machtgierigen Adel wird auch dadurch hinfällig, daß auf Betreiben der „Revolutionspartei“ bald nach ihrem Siege die Neue Landschaftsordnung entstand, die eine für jene Zeit durchaus liberale Verfassung darstellte und auch jedes Adelsprivileg beseitigte.

Diese liberale Ideenwelt war naturgemäß in der Bürgerschaft der Stadt Braunschweig weit verbreitet, und gerade in ihr fand der Herzog seine schärfsten Gegner. Auch hier zeichnet BÖSE ein unrichtiges Bild, wenn er berichtet, daß um 1830 die sonst so standesstolzen Mitglieder der Familie v. VELTHEIM regen Verkehr mit den Schichten des Bürgertums suchten, die sich durch den Umgang mit dem Adel geehrt und gehoben gefühlt hätten. Dabei hätten sie sich im Großen Klub insbesondere dem „bieder-derben“ Bankier LUDWIG LÖBBECKE genähert, wohl um auch ihn für ihre dunklen Pläne zu gewinnen. In Wirklichkeit wurde der Große Klub seit 1826 durch seinen Präsidenten KARL DIETRICH LÖBBECKE ²²⁷⁾ geleitet, als seine Assistenten waren seit 1826 GRAF WERNER V. VELTHEIM,

²²⁶⁾ O. BÖSE, Herzog Karl, S. 103.

²²⁷⁾ KARL DIETRICH LÖBBECKE wurde am 30. September 1768 zu Braunschweig geboren und trat am 1. Januar 1793 in das von seinem Vater JOHANN MELCHIOR L. begründete Handels- und Bankhaus Gebrüder Löbbecke & Co. als Teilhaber ein. Am 1. Januar 1835 zum Hofbankier ernannt, schied er am 19. Mai 1836 aus dem Geschäft aus und starb am 18. August 1839 zu Braunschweig. (Chron. d. Fam. L., S. 211—213).

Kapitän BERNER²²⁸⁾, Kammerrat MAHNER und Kaufmann CHRISTIAN GRABENHORST tätig²²⁹⁾. Die reichen Kaufmannsfamilien standen damals gesellschaftlich gleichberechtigt neben dem Adel. Die der Hochfinanz zugehörigen Löbbekes besaßen zahlreiche Rittergüter, in der Umgebung Braunschweigs Dorstadt und Marienborn, waren also sogar Gutsnachbarn von Harbke. Und LUDWIG LÖBBECKE²³⁰⁾, der Schwiegersohn des Präfecten HENNEBERG, stand in der Bürgerschaft in hohem Ansehen. Er hatte zu seiner Ausbildung mehrere Jahre in England verlebt, stand auch jetzt noch mit England in weit gespannten Handelsverbindungen, war also mit einer freiheitlichen Lebensordnung aus eigener Erfahrung vertraut. Das gleiche galt für den mit ihm befreundeten Verlagsbuchhändler EDUARD VIEWEG²³¹⁾.

Für die Stimmung der Bürgerschaft ist eine Eingabe kennzeichnend, welche die Stadtdeputierten und zahlreiche Bürger Braunschweigs schon im Januar 1830 dem Staatsministerium überreichten. In ihr wird offen von der Besorgnis der Einwohner der Stadt und der dadurch hervorgerufenen bedenklichen Stimmung gesprochen. Die Eingabe beklagte, daß die Landstände an der Beratung gehindert wurden, daß die Wirksamkeit des Landgerichts und des städtischen Gerichts gelähmt war und daß die Unzufriedenheit mit jedem Tage wüchse, „da eines jeden rechtlichen Einwohners Wünsche auf Erhaltung einer verfassungsmäßigen Sicherheit gerichtet sind“²³²⁾.

Der Sturmwind der französischen Julirevolution, die auch Herzog KARL zu einer fluchtartigen Abreise aus Paris genötigt hatte, brachte auch in Deutschland das stagnierende politische Leben in starke Bewegung. Während aber in den konstitutionellen süddeutschen

²²⁸⁾ KARL BERNER wurde am 28. Mai 1795 zu Homberg in Hessen geboren und trat 1802 in den Forstdienst ein. Nach dem Dörnbergischen Aufstand im April 1809 mußte er fliehen, trat am 15. Mai 1809 in das Schwarze Korps als Leutnant ein und wurde bei Zittau und bei Halberstadt verwundet. Nachdem er 1810/14 am Spanienkrieg teilgenommen hatte, wurde B. Kapitän und Chef der Jägerkompagnie, mit der er bei Waterloo kämpfte, 1816 Kompagniechef im Leibbatl., 1833 Adjutant des Feldkorps und 1840 als Major Kommandeur des Leibbataillons. 1845 zum Oberstleutnant befördert, war er seit 1847 Rekrutierungsoffizier, seit 1854 Präsident der Militär-Gesundheitskommission. B. starb am 9. Oktober 1862 zu Braunschweig. (v. KORTZFLEISCH, I.-R. 92 Bd. I, S. 335).

²²⁹⁾ L. HÄNSELNANN, Das erste Jahrhundert des Großen Clubs. 1880.

²³⁰⁾ HEINRICH LUDWIG LÖBBECKE, geboren am 14. August 1778 zu Iserlohn, trat 1795 als Lehrling in das väterliche Geschäft Gebrüder Löbbbecke & Co. in Braunschweig ein und weilte zu weiterer Ausbildung mehrere Jahre in England. Am 1. Januar 1812 trat er als Teilhaber in das Bank- und Handelshaus ein, dem er bis zu seinem Tode am 9. Juli 1852 angehörte. LUDWIG L. und der mit ihm befreundete Verleger EDUARD VIEWEG unterhielten enge Beziehungen zu WILHELM BODE. (Chron. d. Fam. Löbbbecke, S. 179—183).

²³¹⁾ HANS HEINRICH EDUARD VIEWEG, geboren in Berlin am 15. Juli 1797, trat 1815 in das Husarenregiment ein, empfing dann seine Ausbildung als Buchhändler und weilte 1823—1825 in Frankreich und England. 1825 wurde er Teilhaber, 1835 Inhaber des väterlichen Verlages, den er in der Richtung auf die Naturwissenschaften ausbaute. Politisch stark interessiert, gab er 1831 bis 1840 die Deutsche Nationalzeitung und von 1848 bis 1866 die Deutsche Reichszeitung heraus, die beide nicht ohne Einfluß auf die politische Entwicklung blieben. V. starb zu Braunschweig am 1. Dezember 1869. (StABr: H VIII A Nr. 5091).

²³²⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61 Vol. II.

Ländern die politische Spannung sich in heftigen parlamentarischen Kämpfen entladen konnte, brachen im September 1830 in Mitteldeutschland Aufstände aus, so in Leipzig und Dresden, die hier zwar durch den Einsatz des Militärs unterdrückt werden konnten, aber doch dem Königreich Sachsen eine neue Verfassung brachten. Im Königreich Hannover bewirkten Unruhen, die besonders in Göttingen größere Ausmaße erreichten, die Entlassung des GRAFEN MÜNSTER. Auch in Kurhessen kam es zu heftigen Bauernaufständen, die sich gegen die Mißwirtschaft des despotischen Kurfürsten richteten und ebenfalls den Erlaß einer Verfassung erzwangen.

Sicherlich wurde durch diese Ereignisse die Bereitschaft der braunschweigischen Bevölkerung verstärkt, eine gewaltsame Beendigung der ihr verhaßten Zustände herbeizuführen. Es ist ja eine geschichtliche Erfahrung aus alter und neuer Zeit, daß in der Stadt Braunschweig solche politischen Bewegungen besonders schroffe Formen annahmen. Auch in der westfälischen Zeit, die damals noch nicht lange zurücklag, ereigneten sich häufig Zusammenstöße zwischen der braunschweigischen Bevölkerung und der westfälischen Polizei und dem Militär. Zuletzt kam es im Januar 1812 in Braunschweig zu bedrohlichen Unruhen, welche die Abberufung des Präfekten HENNEBERG zur Folge hatten. In einem Briefe vom 25. Januar schrieb der Minister v. WOLFFRADT an HENNEBERG: „Der König hat Recht, indem er sagte, daß Braunschweig die einzige Stadt im Königreich ist, die ihn stets in Verlegenheit und Unannehmlichkeit mit dem Kaiser bringt“ ²³³), und am 2. Februar wiederholte er: „Ein jeder fragt sich zugleich, warum arriviert denn dergleichen nur in Braunschweig? nicht in Hannover, nicht in Magdeburg“ ²³⁴).

Wenn O. BÖSE nun behauptet, daß die „einfachen Leute“ sich in den Tagen vor dem Umsturz völlig ruhig verhalten hätten und daß nirgends die geringste gefährliche Bewegung zu entdecken gewesen sei ²³⁵), so ist das kaum glaubhaft. Ein unbeteiligter Zeuge, der Wolfenbüttler Advokat SCHÖNEMANN ²³⁶), schrieb damals an seinen in Helmstedt wohnenden Bruder: „Ich habe Gelegenheit gehabt, den Gang der Revolution von Anfang an zu sehen. Eine Woche vorher war ich öfter in Braunschweig gewesen und hatte schon die große Unruhe und Gährung wahrgenommen. Am vorigen Montag (den 6ten) war ich auch da und sah, wie die Kanonen aufgefahren wurden. Da war kaum noch jemand zu finden, der nicht wie toll in den Straßen umherlief und laut auf den Duc (ci devant) schimpfte“ ²³⁷).

²³³) Geschichte der Familie Henneberg, S. 90.

²³⁴) Geschichte der Familie Henneberg, S. 93.

²³⁵) O. BÖSE, Herzog Karl, S. 114.

²³⁶) CARL ADOLPH THEODOR SCHÖNEMANN, geboren am 8. August 1801 zu Wolfenbüttel, studierte in Heidelberg und Göttingen Jurisprudenz, ließ sich 1825 als Advokat in seiner Vaterstadt nieder, wurde 1839 Landgerichtsprokurator und starb am 8. Oktober 1846 zu Wolfenbüttel. (WAHNSCHAFTE-ZIMMERMANN, Album, Nr. 101).

²³⁷) H. MACK, Eine gleichzeitige Schilderung des Braunschweiger Aufstandes. Braunschw. Mag. 3 (1897), S. 61.

Der Magistratsdirektor BODE sah dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Er berief am 31. August die Stadtdeputierten zu einer Beratung zusammen. In einer EntschlieÙung wiesen sie auf die durch die steigenden Getreidepreise und die herrschende Arbeitslosigkeit bedingte Not weiter Bevölkerungskreise hin und machten auf die „unheilverkündende Stimmung des Volkes“ aufmerksam, für dessen Beruhigung sie dem Herzog mehrere Maßnahmen empfahlen. Am 1. September begab sich WILHELM BODE in Begleitung von sechs Abgeordneten der Bürgerschaft aufs Schloß und trug nachdrücklich und offen die Besorgnisse der Bürgerschaft dem Fürsten vor.

Auch diese Maßnahme des Magistratsdirektors BODE sucht BÖSE umzudeuten. Die Angaben der Bürgerschaftsabordnung seien haltlos oder zum mindesten stark übertrieben gewesen und hätten nur den Zweck gehabt, die völlige Verständnislosigkeit des Fürsten gegenüber den dringendsten Erfordernissen des Augenblicks zu beweisen. Auch die Bitte des Generals VON HERZBERG²³⁸⁾ um Befehle für sein Verhalten im Falle eines Aufruhrs sollte nur militärische Maßnahmen auslösen, die den Herzog als brutalen Gewaltherrscher erscheinen ließen. „Ahnungslos ging Herzog KARL in die gestellte Falle“²³⁹⁾. Daß diese Deutung BÖSES nicht richtig sein kann, ergibt sich allein aus einer Äußerung des karlistischen Ministers G. PH. v. BÜLOW, der auf den später erhobenen Vorwurf, den Herzog nicht rechtzeitig gewarnt zu haben, antwortete: „Dazu kamen die Se. Durchlaucht mahnenden Deputationen der Stadt, die eindringlicher reden konnten und sich geäußert haben werden, als ich es nach meiner Stellung vermocht haben würde“²⁴⁰⁾.

Jedenfalls waren BODES Vorstellungen nicht erfolglos gewesen. In einer Ministerialverfügung, die am 3. September beschlossen, aber erst am 7. September dem Magistrat zugestellt wurde, bewilligte der Herzog

1. 5000 Rtl. zu kleinen außerordentlichen Unterstützungen von Notleidenden sowie für den Ankauf von Getreide und Erbsen,
2. Erlaß der Personalsteuer für Bedürftige für das kommende Winterhalbjahr,
3. 1700 Rtl. für die Neupflasterung der Echternstraße,

²³⁸⁾ FRIEDRICH AUGUST V. HERZBERG, geboren am 26. März 1779 zu Halle/Saale, trat 1790 als Fähnrich in das preußische Infanterieregiment 36 ein, in dem er 1795 zum Leutnant, 1805 zum Premier-Leutnant befördert wurde. Am 1. April 1809 wurde er als Kapitän in das Schwarze Korps eingestellt, wurde im Juli zum Major befördert und übernahm im Frühjahr 1812 das Kommando über das braunschweigische Infanterieregiment. Seit dem 19. Dezember 1814 Oberst, wurde er am 16. April 1815 dem Stabe des HERZOGS VON WELLINGTON zugeteilt und nach dem Tode des Herzogs FRIEDRICH WILHELM stellvertretender Kommandeur des Feldkorps. Zum Generalmajor befördert, übernahm v. HERZBERG am 15. Februar 1816 das Amt eines Vizepräsidenten der Mil.-Adm.-Kommission und am 1. Dezember 1823 das Kommando über das Truppenkorps. Seit dem 2. November 1828 Generalleutnant, wurde er am 21. Oktober 1830 zum Kommandanten von Braunschweig bestellt und am 18. Dezember 1835 verabschiedet. v. H. starb zu Braunschweig am 5. Juli 1838. (v. KORTZFLEISCH, *Gesch. d. Inf.-Regt.* 92, I, S. 343).

²³⁹⁾ s. Anm. ²³⁵⁾.

²⁴⁰⁾ G. PH. v. BÜLOW, *Beiträge zur neueren Braunschw. Geschichte* (1833), S. XIX.

4. den Abbruch des Kapitelhauses, des alten Kornmagazins und des alten Brauhauses an der Burgkirche zur Verlängerung des Langenhofes und um „dasselbst einen freien Platz zur Verschönerung der Stadt“ entstehen zu lassen.

Die Verfügung schloß: „Der hiesige Magistrat hat dieß fordorsamst auf geeignete Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und Seinerseits für die Sicherheit der Stadt möglichst Sorge zu tragen.“ Daraufhin erließ der Magistrat eine gedruckte Bekanntmachung, die an vielen Stellen der Stadt angeschlagen wurde. In ihr wurden diese Bewilligungen mitgeteilt, gleichzeitig aber auch die Forderung nach Erhaltung der Ruhe erhoben. Um diese auf alle Fälle zu gewährleisten, rief der Magistrat die männliche, über 20 Jahre alte Bürgerschaft zur Bildung einer Bürgerwehr auf. Für die sechs Stadtdistrikte sollten je zwei Kompanien aufgestellt werden. Diesen wurde das Recht eingeräumt, ihre Offiziere selbst zu wählen, dann lag den Offizieren die Wahl eines Kommandeurs ob. Als Bewaffnung war die Belieferung mit Säbeln und Piken aus dem herzoglichen Zeughaus vorgesehen ²⁴¹⁾.

Das Einlenken des Herzogs kam zu spät. Schon am Abend des 6. Septembers war es bei der Abfahrt des Herzogs vom Theater auf dem Hagenmarkt zu Zusammenrottungen und Tumulten gekommen, auch der Wagen des Herzogs mit Steinen beworfen worden. Als WILHELM BODE davon durch seine aus der Oper zurückkehrenden Angehörigen erfuhr, begab er sich auf das Neustadtrathaus, wo auch der Polizeidirektor GRAVENHORST eintraf. Um Mitternacht kamen GRAVENHORST sowie die Magistratsmitglieder STISSER und LANGERFELDT in BODES Wohnung, um Rat zu halten; gemeinschaftlich gingen sie dann zu dem von der gesamten Garnison besetzten Schloßhof. Hier weilte auch der Herzog. BODES Vorschläge, Militärpatrouillen durch die Stadt zu senden oder Teile der Bürgerschaft mit Feuerwaffen auszurüsten, lehnte der Herzog ab. Über diese nächtliche Audienz berichtete BODE: „Während ich neben dem Fürsten stand und über den Hergang referierte, sprengte er plötzlich in eine Ecke des Schloßplatzes und ließ mir durch einen Adjutanten sagen, daß, wenn ich noch Vorträge zu machen hätte, ich solche durch BAUSE ²⁴²⁾ an ihn gelangen lassen möchte... Unsere Nähe schien dem Herzog, der immer nur für seine Person besorgt war und am Abend eine mißliche Erfahrung gemacht hatte, gefährlich“ ²⁴³⁾. Am nächsten Tage, dem 7. September, schwelte die Unruhe in der Stadt weiter. Um die

²⁴¹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61 Vol. III.

²⁴²⁾ FRIEDRICH L. AUGUST (VON) BAUSE, geboren am 23. Mai 1789 zu Maastricht, trat 1806 in französische, 1809 in westfälische Militärdienste ein. 1813 nahm er als Ordonnanzoffizier im Stabe des Generals v. Wallmoden am Feldzuge in Norddeutschland teil, wurde am 14. November 1813 als Kapitän in den braunschweigischen Dienst übernommen und als Aide-General-Adjutant dem Stabe des Feldkorps zugeteilt. B. wurde 1823 Adjutant des Herzogs KARL, 1830 des Herzogs WILHELM und blieb in dieser Stellung, bis er am 23. April 1865 mit dem Charakter als Generalleutnant zur Disposition gestellt wurde. B., der am 5. Oktober 1854 in den Adelsstand erhoben worden war, starb zu Braunschweig am 16. Dezember 1867. (v. KORTZFLEISCH, *Gesch. d. Inf.-Regt. 92, II*, S. 416; NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 9).

²⁴³⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 7 Nr. 29.

Mittagsstunde empfing der Herzog den Magistratsdirektor BODE mit einer Bürgerabordnung. Jetzt händigte er dem Magistratsdirektor die schon gekennzeichnete Ministerialverfügung aus und gab der Bitte BODEs nach, die vor der Ägidienkirche aufgestellten Geschütze, die von der Bevölkerung als Bedrohung empfunden wurden, ins Zeughaus zurückbringen zu lassen.

Inzwischen hatte der Herzog den Entschluß gefaßt, am gleichen Abend nach England zu einem Besuche seines königlichen Oheims abzureisen und ließ die Vorbereitungen dafür treffen. Als gegen Abend die Menschenansammlungen in der Umgebung des Schlosses bedrohliche Formen annahmen, wurde wiederum die gesamte Garnison auf dem Schloßplatz und im Schloßgarten aufgestellt; doch wurde den Truppen keinerlei Befehle zum Eingreifen erteilt, als einige Männer aus der Menge begannen mit Äxten den Namenszug des Herzogs aus dem Schloßgitter herauszuschlagen. Um acht Uhr abends reiste der Herzog ab, begleitet von drei Schwadronen Husaren und vielleicht auch dem Leibbataillon. Vergeblich versuchte der Staatsrat BOSSE ihn zurückzuhalten: „Wenn Euer Durchlaucht fortreisen und das Land verlassen, ist dasselbe herrenlos, und Braunschweig nimmt hin, wer es haben will. Herzog FRIEDRICH WILHELM und Herzog KARL WILHELM FERDINAND würden nicht fortgehen, sondern den Pöbel niederschießen lassen!“²⁴⁴).

Nach des Herzogs Flucht drang die Menge, vom Militär nicht gehindert, auf den Schloßhof und in das Schloß ein, das bald in Flammen aufging. Und keine Hand rührte sich, es zu retten.

In seiner Darstellung dieser gewiß beklagenswerten Ereignisse sucht O. BÖSE nach den Schuldigen, als die ihm vorzüglich der Magistratsdirektor BODE, der Polizeidirektor GRAVENHORST und die verräterischen Offiziere erscheinen. Nur den Hauptschuldigen nennt er nicht, den Herzog selbst. Denn der Aufstand war schließlich das Ergebnis seiner autokratischen Regierung, der Mißachtung von Recht und Gesetz, des Fehlens jeglicher menschlicher Beziehung zu seinem Volk. So hatte er sich die Zuneigung auch der Gutwilligen verscherzt. Im übrigen stand dem Magistratsdirektor keine Gewalt über die Polizei zu; an rechtzeitigen und nachdrücklichen Warnungen aber hatte er es nicht fehlen lassen. Der Polizeidirektor GRAVENHORST, nach BODEs Urteil ein humaner Mann, „der beste Polizeidirektor, welchen Braunschweig gehabt hatte“, verfügte lediglich über neun, zum Teil schon bejahrte Polizeidiener, mit denen er eine große aufgeregte Menschenmenge unmöglich in Schach halten konnte. Außerdem war er in seinen Entschlüssen abhängig von seiner vorgesetzten Behörde, dem Staatsministerium. Dieses aber, und das ist eigentlich sehr auffällig, trat in diesen Tagen einer bedrohlichen Unruhe überhaupt nicht in Erscheinung, wohl auch eine Folge der selbstherrlichen Regierungsweise Herzogs KARL. Er selbst aber konnte sich nicht zu einem festen Entschluß durchringen. Ein energisches Durchgreifen des Militärs zu Beginn des Aufstandes in der Nacht vom 6. zum 7. September hätte sicherlich auch ohne Blutvergießen Ruhe und Ordnung herstellen

²⁴⁴) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 29.

können, wie es BODE ja auch dem Herzog vorgeschlagen hatte. So aber dachte der Herzog nur daran, sich in Sicherheit zu bringen. Die Abreise ging so eilig vor sich, daß nicht einmal die Zeit blieb, dem Staatsministerium eine Instruktion zu erteilen.

Zwar spricht BÖSE von hinterlassenen Instruktionen KARLS II., nach denen einzelne Mitglieder des Ministeriums zu handeln versucht hätten. Diese Instruktionen hatte der Herzog aber bereits bei seiner Abreise nach Paris im Frühsommer 1830 für seine damalige Abwesenheit erteilt. Auch waren die Mitglieder des Ministeriums am 8. September „vor der Wut des Pöbels“ auf das Stadthaus geflüchtet, wo sie der Magistratsdirektor BODE unter seinen Schutz nahm.

So war die einzige handlungsfähige Behörde in der Stadt Braunschweig der Magistrat, und damit fiel dem Stadtoberhaupt die Pflicht zu, die am Boden schleifenden Zügel zu ergreifen. WILHELM BODE nahm sie auf und wußte sie mit Tatkraft und staatsmännischem Geschick zu führen.

Als dringendste Aufgabe übernahm er es, Ruhe und Ordnung in der brodelnden Stadt wiederherzustellen. Auf den Aufruf des Magistrats am 7. September hin standen nach wenigen Stunden 1500 Braunschweiger Bürger zur Bildung einer in zwölf Kompanien gegliederten Bürgerwehr bereit. Mühelos bewältigten sie ihre Organisation; auf dem Altstadttrathaus wählte sie als ihren Kommandeur den Bankier LUDWIG LÖBBECKE, der zu seinen Adjutanten den Verleger EDUARD VIEWEG und den Kammerassessor HEYNO VON MÜNCHHAUSEN²⁴⁵⁾ ausersah. Am 8. September wurde die Bürgerwehr mit Schußwaffen aus dem herzoglichen Zeughaus ausgerüstet; ohne Schwierigkeiten konnte sie gemeinsam mit dem Militär, das in engem Einvernehmen mit BODE stand, die Ordnung in der Stadt herstellen und erhalten. Dazu hatte der Magistrat Anordnungen über das Verhalten der Bevölkerung bekanntgegeben: das Verbot von Zusammenrottungen, die Schließung der Gastwirtschaften um 6 Uhr nachmittags, weiter das Verbot, die Straßen nach 7 Uhr nachmittags zu betreten.

Am 9. September trat der größere Ausschuß der Stände, dem auch BODE angehörte, zusammen und beschloß, gemäß § 39 der Erneuerten Landschaftsordnung die Ständerversammlung auf den 27. September einzuberufen, „damit dieselben darüber beraten und Beschlüsse fassen mögen, wie auf verfassungsmäßigem Wege den lauten und gerechten Beschwerden der Landesbewohner abgeholfen und ferneres Unglück abgewendet werden kann“²⁴⁶⁾.

²⁴⁵⁾ HEYNO FREIHERR VON MÜNCHHAUSEN, geboren am 15. November 1802 zu Schmalkalden als Sohn eines kurhessischen Oberstleutnants, studierte seit dem 23. September 1821 am Collegium Carolinum zu Braunschweig Cameralia, trat in den braunschweigischen Staatsdienst ein und nahm als Kammerassessor seinen Abschied, um sich der Verwaltung seiner Rittergüter Groß Vahlberg, Oldendorf und Lauenau zu widmen. v. M. starb zu Braunschweig am 4. Februar 1879.

²⁴⁶⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. II Nr. 19.

Der Legationsrat v. AMSBERG²⁴⁷⁾, der in diesen Tagen zufällig in Hannover weilte, hatte dort mit der Regierung Fühlung genommen und teilte BODE am 9. September brieflich mit, daß ein Eingreifen Hannovers nicht zu befürchten sei, wenn Ruhe und Ordnung erhalten blieben, das Staatsministerium als legale Spitze weiter wirke und die Ständeversammlung sich auf ihre Aufgaben beschränke. Doch Spannung und Ungewißheit schwanden erst, als am Mittag des 10. Septembers überraschend Herzog WILHELM im Schlosse Richmond eintraf.

Die dem Aufstand folgenden Tage legten dem Magistratsdirektor BODE bei dem Fehlen aller höheren Autoritäten eine schwere Verantwortung auf. Aber auch unliebsame Erfahrungen hatte er machen müssen: „Seit der Nacht vom 5ten auf den 6ten September war ich in kein Bett gekommen, hatte ich die Kleidung nicht wechseln und kaum eine Stunde zum Schlaf erübrigen können. Wer Anzeigen zu machen und Maßregeln in Vorschlag zu bringen hatte, — oft äußerst unsinnige — fand sich im Stadthause an, hier war auch das Asyl für solche, die sich nicht sicher glaubten und nun Schutz suchten. Es fehlte nicht an unsinnigen Gerüchten, die allgemein aufreizten und dann die Superklugen mit ihren abgeschmackten Ratschlägen auf die Beine brachten. Es gab derer, die den Tumult gern fortgesetzt hätten, die davon Gewinn zu machen hofften und ihre eigenen Pläne schmiedeten. Die Waffen in der Hand manches Bürgergardisten verrückten die Köpfe, zumal als die vielen achtbaren Bürger und sonstigen Einwohner, die nur den Hauptzweck vor Augen gehabt, nach gethaner Arbeit sich zurück gezogen hatten. Noch andere glaubten den mir augenblicklich aufgedrungenen Einfluß zu ihrem Wohl benutzen zu können, und so wurde ich in einem Maße mit Anfragen, Aufforderungen, Rathschlägen, Briefen, Anzeigen pp. überhäuft, daß mir weder Tags noch Nachts Ruhe blieb“²⁴⁸⁾.

Auf die Nachricht von der Ankunft Herzog WILHELMS begab sich der Magistratsdirektor BODE mit dem General v. SCHRADER²⁴⁹⁾ nach Richmond. Hier fanden sie bereits

²⁴⁷⁾ PHILIPP AUGUST THEODOR (v.) AMSBERG, geboren zu Kavelisdorf in Mecklenburg am 17. Juli 1789, kam 1801 zum Besuch des Gymnasiums nach Braunschweig und trat dort 1804 in die Kaufmannslehre. In der westfälischen Zeit war er als Sekretär des Direktors der direkten Steuern im Okerdepartement tätig und trat 1814 als Regimentsquartiermeister in das braunschweigische Truppenkorps ein. Nach Beendigung der Feldzüge wurde er bei der Herzogl. Kammer beschäftigt und infolge seiner tüchtigen Leistungen 1818 zum Kammerassessor, 1827 zum Kammerrat ernannt. Als hervorragender Kenner der wirtschaftlichen Zusammenhänge, dazu mit diplomatischem Geschick ausgestattet, stieg er zum Finanzdirektor und Legationsrat empor. Von 1828 bis 1841 vertrat er das Herzogtum Braunschweig erfolgreich in allen zollpolitischen Verhandlungen. Auch Planung und Bau der braunschweigischen Staatseisenbahnen waren im wesentlichen sein Werk. Von 1842 bis 1871 leitete er als Generaldirektor die braunschweigische Eisenbahn- und Postverwaltung. v. A. starb nach kurzem Ruhestande am 9. Dezember 1871 zu Harzburg. (NDB 1 (1953), S. 260).

²⁴⁸⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

²⁴⁹⁾ ERNST (VON) SCHRADER wurde am 4. Oktober 1781 zu Altenau im Harz als Sohn eines Hüttenschreibers geboren. Er trat 1798 als Freiwilliger in das preußische Husarenregiment Nr. 2 ein, schied 1804 wieder aus und war als Berg- und Hüttenleve in Tarnowitz tätig. Im Spätherbst 1806 wurde er als Kornett in ein schlesisches Freikorps eingestellt, war dann

den General v. HERZBERG, den Oberstaatsrat v. MÜNCHHAUSEN, den Kammerrat v. VELTHEIM und LUDWIG LÖBBECKE vor, die in Gegenwart des Herzogs in heftige Meinungsverschiedenheiten geraten waren. Auf Vorschlag HERZBERGS forderte Herzog WILHELM den Magistratsdirektor auf, ihm den Hergang des Aufruhrs zu berichten. Auch den von BODE gegebenen Bericht deutet BÖSE in seinem Sinne um: „In der nun folgenden halbstündigen Aussprache unter vier Augen ließ der Magistratsdirektor alle Register seiner Überzeugungskunst spielen. In seltsamem Gemisch von scheinbar treuherzigem Biedersinn und versteckter Brutalität suchte er den völlig unerfahrenen Welfen zu seinen Ansichten zu bekehren“ ²⁵⁰).

In Wirklichkeit gab BODE eine kurze Übersicht über die verfehlten Regierungsmaßnahmen des Herzogs KARL und ihre bedrohlichen Folgen. Er betonte, daß der Aufruhr sich allein gegen die Willkürherrschaft des Herzogs KARL gerichtet habe, die BODES inniger Überzeugung nach auch für die Zukunft verhindert werden müßte. Er wies den Fürsten nachdrücklich darauf hin, daß dieser Aufstand nichts mit den revolutionären Bewegungen der Zeit zu tun habe und daß die Bevölkerung der Stadt und des Landes Braunschweig an ihrer Treue zum Welfenhouse unerschütterlich festhalte. Das zeigte sich dann deutlich, als Herzog WILHELM auf BODES Bitte sich der um das Schloß versammelten Menge zeigte, die ihm begeisterte Kundgebungen darbrachte, wie auch Herzog WILHELM auf dem anschließend auf BODES Rat unternommenen Ritt durch die Stadt Braunschweig überall von den zusammengeeilten Einwohnern mit heftigem Beifall begrüßt wurde.

Am nächsten Morgen erhielt WILHELM BODE schon früh den Befehl des Herzogs, sich um halb zehn Uhr im Schlosse Richmond einzufinden. Über diese bedeutsame Unterredung, die den Höhepunkt der Umsturzbewegung darstellt und in der auch die Weichen für die politische Entwicklung des Herzogtums Braunschweig für die nächsten Jahrzehnte gestellt wurden, berichtet WILHELM BODE:

„Ich wurde zur bestimmten Zeit in das Audienzzimmer geführt, und gleich darauf erschien daselbst auch der Herzog WILHELM.

Der gestrige Tag war für den Herzog so angreifend, und er wurde in der Nacht so sehr umlagert, daß ausführlicher noch nicht zur Verhandlung gezogen werden konnte, was unter den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen zu tun sei.

Leutnant in einem schlesischen Husarenregiment, bis er 1809 in Braunau als Oberleutnant in das Husarenregiment des Schwarzen Korps übernommen wurde. In ihm nahm er, inzwischen zum Rittmeister befördert, am Zuge durch Norddeutschland und an der Überfahrt nach England teil. Am 24. Juli 1809 wurde er Major und Kommandeur des Regiments, das er nach der Teilnahme am Feldzuge in Spanien und der Verwendung in Sizilien 1816 nach Braunschweig zurückführte. 1818 wurde S. Oberst, 1826 in den Adelsstand erhoben und gleichzeitig zum Vizepräsidenten des Kriegskollegiums ernannt. Seit 1828 Generalmajor und Direktor des Zeughauses, wurde v. S. am 21. Oktober 1830 Präsident des Kriegskollegiums und Chef des Generalstabes. Von 1835 bis 1847 war er, 1839 zum Generalleutnant befördert, Kommandant von Braunschweig. Er starb am 18. März 1848 zu Braunschweig. (GRAF SCHLIEFFEN, 100 Jahre Braunschw. Husaren, I, S. 310 f.).

²⁵⁰⁾ O. BÖSE, Herzog Karl, S. 138.

Der Herzog legte mir die bedenkliche Frage vor, und ich suchte sie nach Pflicht und Gewissen zu beantworten. Ich wiederholte zuerst dem Herzog die Gründe, weshalb ich den Bruch zwischen Herzog KARL und dem Volke für unheilbar hielte. Dann suchte ich die Maßregeln sofort zu erwirken, welche ich für unumgänglich notwendig hielt, um das Volk zu beruhigen und sofort die Hoffnung einer besseren Zukunft zu erwecken.

Meine Vorschläge waren:

1. Der Herzog WILHELM müsse, da Herzog KARL, ohne seinem Ministerium eine Instruktion zu lassen, abgereist, und da diese Behörde ohne alle Achtung und so gehaßt sei, daß sie es nicht einmal wagen dürfe, eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, sofort an die Spitze der Regierung treten und als engster Agnat sich des Regimes annehmen.

2. Die verhaßtesten Mitglieder des Ministeriums, besonders Bosse, dürften nicht weiter zugezogen, dagegen aber müßten in Beziehung auf die außerordentlichen Verhältnisse und die jetzt wichtigen und überhäufteren Geschäfte zwei als einsichtsvolle und redliche Männer bekannte Staatsdiener sogleich ins Ministerium gezogen werden. Ich brachte dazu den Hofrat VON SCHLEINITZ und den Kammerrat SCHULZ in Vorschlag.

3. Die Behörden und besonders die beiden votierenden Mitglieder des Staatsministeriums, VON BÜLOW II und VON MÜNCHHAUSEN, müßten einstweilen noch beibehalten werden, damit man im Ausland nicht den Gedanken fasse, die Revolution, welche zur Flucht des Herzogs KARL Veranlassung gegeben, würde fortgesetzt, und es sei deshalb eine Besetzung des Landes durch fremde Truppen erforderlich. Wichtig war auch, von den gedachten beiden Herren noch einen Bericht über die Regierungsweise Herzogs KARL und über die Umstände zu erlangen, unter welchen das Staatsministerium so viele schlechte Maßregeln, ohne sich zu widersetzen, zugelassen hatte.

4. Dann schlug ich vor, alle ferneren Regierungsmaßregeln nur aus dem Interesse des Staates und ohne alle Rücksichten auf die Absichten und früheren Vorschriften des Herzogs KARL zu wählen und sofort einige Akte vorzunehmen, wodurch größten Ungerechtigkeiten begegnet würde. Zu diesem Zwecke machte ich den Vorschlag, die erledigten Richterstellen sofort zu besetzen, auch diejenigen Militärs, welche mit geringem Wartegelde in den aktiven Dienst gezogen waren, den ihnen gebührenden Sold ohne Verzug zu lassen.

Vorzüglich war mir daran gelegen, die beiden genannten redlichen Männer dem Staatsministerium zugesellt zu sehen, um dadurch die Fortsetzung des Regiments in karlistischer Weise zu verhindern.

Herzog WILHELM hörte meinem Vortrag, wobei übrigens niemand zugegen war, ruhig und aufmerksam zu und schien meinen Ansichten Beifall zu geben. Er fragte wiederholt, ob ich glaube, daß Herzog KARL nie wieder regieren könne und ob, wenn er vielleicht in drei Jahren zurückkehre, der allgemeine Widerwille gegen ihn zu besiegen sei. Worauf ich stets erwiderte, daß ich meiner innigen Überzeugung nach den Bruch für unheilbar

hielte, und daß ich zugleich mit allen, die den Herzog KARL näher kannten, behaupten müsse, daß er seinen Charakter, der die Quelle so vielen Unglücks sei, nie ändern werde.

Der Herzog befahl mir, in dem Zimmer, in welchem wir uns befanden, zu bleiben und entfernte sich. Etwa eine halbe Stunde später wurde ich in ein anderes Zimmer geführt. Ich fand hier den Herzog WILHELM, umgeben von mehreren Mitgliedern des Ministeriums, namentlich VON MÜNCHHAUSEN, VON BÜLOW, HENNEBERG und WACHHOLTZ.

Der Herzog hatte denselben meine Ansichten vorgelegt und, weil er Widerspruch fand, mich holen lassen. Ich wurde aufgefordert, den Herren meine Ansicht selbst zu entwickeln, und wiederholte daher, was ich dem Herzog selbst gesagt hatte.

Die Herren, besonders Staatsrat HENNEBERG, erwiderten, daß ihrer Meinung nach Herzog WILHELM sofort von hier sich wieder entfernen müsse, daß nur dem Staatsministerium die oberste Leitung zustehe und daß dasselbe nach einer vor der Reise nach Paris erteilten Instruktion verfahren und solche als noch gültig und fortbestehend ansehen müsse.

Ich bemerkte darauf, daß die Herren mit der Stimmung im Volke wenig bekannt zu sein schienen. Jeder klage auch sie, die so willig die verderblichen Pläne Herzog KARLS gefördert oder doch keineswegs der Ausführung sich widersetzt hätten, auf das härteste an. Es habe bisher schon viel Mühe gemacht, sie gegen die Volkswut zu schützen, und sollte laut werden, daß sie des Herzogs WILHELM Durchlaucht zur Abreise vermögen sollten, so könne ich für ihr Leben nicht haften. Vielmehr wäre ich überzeugt, daß heute noch die ganze Volkswut sich gegen sie richten würde.

Damit wurde der Antrag der Herren, nach welchem Herzog WILHELM abreisen sollte, beseitigt und es war davon nicht mehr die Rede. Auch gegen den Vorschlag, daß zwei Staatsdiener, und zwar die genannten, in das Ministerium gezogen werden sollten, wurden heftige Einwendungen gemacht. Der Staatsrat HENNEBERG fand dies ganz unzulässig, und VON BÜLOW war mit der Person des Hofrats VON SCHLEINITZ nicht zufrieden. Er schien in diesem Staatsdiener, und HENNEBERG in dem Kammerrat SCHULZ schon den Nachfolger zu erblicken, und dadurch wurde die Opposition heftiger.

Ich erwiderte, daß weder von dem Vorschlag überhaupt noch von den beiden vorgeschlagenen Staatsdienern abgewichen werden könne, daß das jetzige Staatsministerium nicht wagen dürfe, eine Verfügung zu erlassen, bevor bekannt geworden sei, daß Männer, die das allgemeine Vertrauen besäßen, eintreten müßten, und daß auch für die jetzigen Mitglieder des Ministeriums mit der größten Gefahr verbunden sei, ihren Widerspruch auch in dieser Hinsicht laut werden zu lassen.

Der Herzog erklärte sich für meine Ansichten, und endlich schwiegen nun auch die Unglücksmänner. Es war der Kampf mit ihnen für mich höchst angreifend, zumal da ich jede persönliche Beleidigung zu vermeiden strebte, doch aber, bei der Wichtigkeit des Gegenstandes, nichts verheimlichen durfte, sondern mich offen äußern mußte. Erschöpft begab ich mich um Mittag aus Richmond in die Stadt zurück, nachdem ich zuvor noch

gefordert hatte, daß die Herren VON SCHLEINITZ und SCHULZ sogleich berufen und daß sofort eine Bekanntmachung desfalls erlassen würde“ ²⁵¹⁾).

In einer am 12. September abgehaltenen Sitzung des Staatministeriums, an der BODE teilnahm, wurde die Aufnahme des Hofrats v. SCHLEINITZ ²⁵²⁾ und des Kammerrats SCHULZ in die oberste Landesbehörde endgültig beschlossen; sie traten am 13. September ihr neues Amt an. Doch ersuchte der Herzog den Magistratsdirektor BODE, die Zuziehung der neuen Minister der Öffentlichkeit durch den Stadtmagistrat bekannt zu geben. Bode entwarf die Proklamation, die eilends gedruckt wurde ²⁵³⁾. Auf das Exemplar, das er seiner Dokumentensammlung einverleibte, notierte WILHELM BODE: „Die nachstehende Proklamation, welche viel zur Beruhigung des Publikums beigetragen hat, wurde von mir in der Nacht vom 12ten zum 13ten September früh um vier Uhr entworfen. Sie bleibt mir stets denkwürdig. Bis dahin hatte ich seit dem 6ten September die Kleidung nicht abgelegt und kein Bett betreten. Nachdem ich die Genehmigung zur Publikation erhalten hatte, genoß ich zuerst wieder einer stärkenden Ruhe“ ²⁵⁴⁾.

Da nunmehr das neugebildete Staatsministerium die Regierungsgeschäfte übernahm, wurde BODE von der politischen Verantwortung befreit. An den nun folgenden schwierigen Verhandlungen um die endgültige Regierungsübernahme durch Herzog WILHELM war der Magistratsdirektor unmittelbar nicht mehr beteiligt. Doch reiste er am 7. Dezember 1830 auf Anweisung des Ministeriums nach Osterode am Harz, um die Effekten und Papiere zu übernehmen, die Herzog KARL nach seinem mißglückten Invasionsversuch zurücklassen mußte ²⁵⁵⁾.

Daß Herzog WILHELM von der Lauterkeit der Beweggründe und der Handlungen WILHELM BODES überzeugt war, beweist das enge Vertrauensverhältnis, in dem der Magistratsdirektor zu seinem Fürsten bis zur Beendigung seiner Amtstätigkeit stand. Die Bürgerschaft Braunschweigs aber war WILHELM BODE für seine fürsorgende Tätigkeit in den Tagen der Unruhe zu tiefem Dank verpflichtet. Am 13. Oktober überreichte ihm ein Bürgerausschuß eine mit 1549 Unterschriften versehene Adresse, in der seine Verdienste um die Stadt Braunschweig gewürdigt wurden, und einen silbernen Ehrenbecher.

²⁵¹⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

²⁵²⁾ WILHELM FREIHERR VON SCHLEINITZ wurde am 4. Juni 1794 zu Blankenburg am Harz als Sohn des damaligen Rates, des späteren braunschweigischen Ministers W. K. v. S. geboren. Er studierte seit dem Sommersemester 1812 in Göttingen Rechtswissenschaften, trat dann im November 1813 als Freiwilliger in das braunschweigische Truppenkorps ein, in dem er am 8. April 1814 zum Leutnant ernannt wurde. Nach der Teilnahme an den Feldzügen nahm v. S. 1816 seine Studien wieder auf und trat dann in den Staatsdienst ein. Am 18. August 1818 wurde er zum Assessor am Landgericht, im September 1823 dort zum Hofrat ernannt. Nach der Revolution von 1830 wurde er in das Staatsministerium berufen, dem er, am 1. Juni 1831 zum Geheimrat und am 1. Januar 1843 zum Staatsminister befördert, bis zu seinem plötzlichen Tode am 3. November 1856 angehörte. (ADB 31, S. 459–462).

²⁵³⁾ vergl. Anlage 2.

²⁵⁴⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61 Vol. 3 Anl. 44.

²⁵⁵⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

Die Braunschweiger „Annalen“ berichteten am 14. Oktober: „Eine äußerst glänzende und zahlreiche Fackelmusik wurde am gestrigen Abend unserm mit Recht so allgemein verehrten Herrn Magistratsdirector Dr. BODE von der Bürgerschaft der Stadt dargebracht. Nachdem eine endlose Menge der Einwohner Braunschweigs, im innigsten Gefühle der Liebe und Dankbarkeit, dem würdigen Manne ein dreimaliges Lebehoch zugerufen hatte, begab sich eine Deputation, bestehend aus den Herren Brauer C. F. BARDENWERPER, Bäckermeister GOTTLOB DENEKE, Kaufmann W. GELLER, Kaufmann FR. GRASSAU, Schneidermeister HASSE, Banquier C. D. LÖBBECKE, Buchhändler VIEWEG sen., Kaufmann C. Voss, Lohgerber und Lederhändler WEHL SEN., Bäckermeister WOLFGANG, Kaufmann ZIMMERMANN, und Kaufmann FRANZ ZWILGMAYER, zu Ihm, und überreichte dem Gefeierten einen silbernen Ehrenpokal, der mit einer von mehreren hundert Bürgern unterschriebenen Adresse begleitet war. Als dieses geschehen, trat der verdiente Magistrats-Director in den Kreis der versammelten Bürger und sprach sichtlich gerührt, Worte tiefgefühlten Dankes. — Möge noch lange Er das Wohl unserer städtischen Gemeinde muthig und kräftig befördern helfen, auf daß Braunschweig zu seinem alten Glanze und seiner Wohlhabenheit wieder gelange, die in den jüngst verflossenen Jahren fast allmählig dahin schwanden!“

STÄNDEMITGLIED UND STADTDIREKTOR

Wenn das Herzogtum Braunschweig sich nach dem Urteil HEINRICHS VON TREITSCHKE um die Mitte des 19. Jahrhunderts des Rufes eines der am besten verwalteten deutschen Bundesstaaten erfreute, so hatte darin die Revolution von 1830 Sinn und Rechtfertigung erlangt. Denn an die Stelle einer sprunghaften, oft bössartigen Tyrannei trat eine auf Wahrung von Recht und Sitte begründete Herrschaft, die in sorgsam gelenkter Entwicklung allein dem Staate und dem Volke zu dienen sich verpflichtete. An der Herbeiführung dieser neuen und besseren Staatsordnung war WILHELM BODE maßgebend beteiligt gewesen, ihrer Erhaltung und ihrem Ausbau galt weiter sein unausgesetztes Bemühen, oft so stark, daß seine Tätigkeit als Politiker die des Stadtoberhauptes überschattete. Wäre WILHELM BODE ein ehrgeiziger und geltungssüchtiger Mann gewesen, so hätte er sich in jenen Septembertagen des Jahres 1830 leicht in den Vordergrund spielen können. So aber trat er, wie es seiner bescheidenen und sachlichen Wesensart entsprach, nach der Lösung der ihm vom Schicksal gestellten Aufgabe in seine bisherige Stellung zurück. Auch als ihm 1832 die Stellung des Kreisdirektors in Braunschweig und gleichzeitig die eines Landesdirektors angeboten wurde, lehnte BODE diese Ämter ab, weil die Tätigkeit als Stadtoberhaupt ihm am Herzen lag und er in der Sorge um die Stadt Braunschweig seine selbstgewählte Lebensaufgabe sah, der er treu bleiben wollte. Oder wie BODE es formulierte: „Ich habe alles dieses aber ausgeschlagen, weil mein Wunsch war, die Angelegenheiten der Stadt Braunschweig — diesen so verworren vorgefundenen Gegenstand — nach Kräften wieder zu ordnen und deshalb Staatsdienst verschmähte.“

Herzog WILHELM hat dem Stadtdirektor BODE die uneigennützigen Dienste nach der Revolution von 1830 nie vergessen. Zwischen dem jungen, noch unerfahrenen Fürsten und dem reifen Beamten herrschte ein auf gegenseitige Achtung gegründetes Vertrauensverhältnis, das den Herzog noch des öfteren bewog, in schwierigen Fragen vertraulich den stets selbstlos gewährten Rat BODES einzuholen und ihm auch, wie noch zu zeigen sein wird, zu folgen. Im Gegensatz zu seinem Bruder KARL war Herzog WILHELM schon als Prinz seinen Erziehern gutmütig und folgsam begegnet. In seiner langen Regierungszeit blieb Herzog WILHELM bei strenger Wahrung seiner Fürstenrechte und seiner Fürstenwürde ein gerechter, wohlwollender Regent, der sich der Erfüllung seiner Pflichten gegen das Land auch da unterzog, wo sie seinen eigenen Überzeugungen und Meinungen nicht recht entsprachen. Dabei ließ er seinen Ministern im allgemeinen weitgehend freie Hand. Denn eine nicht zu verkennende Passivität des Herzogs, die zum Teil aus der Art der

Regierungsübernahme und den daraus entstandenen Schwierigkeiten seiner Stellung herührte, stärker aber wohl in einer gewissen Menschenscheu begründet war, die ihn ja auch keine nähere menschliche Beziehung zu seinen Untertanen finden ließ, gewährte den Ministern auf allen Gebieten der Staatsverwaltung den Spielraum für selbständige Entscheidungen.

Das Ministerium GRAF V. VELTHEIM, das nach der Vertreibung des Herzogs KARL die Regierungsgeschäfte übernahm, führte sie bis zur Märzrevolution 1848, schied also gleichzeitig mit dem Stadtdirektor BODE aus dem Amt. Die Wahl dieses Ministeriums, die ja unter dem Drang der Verhältnisse überstürzt erfolgen mußte, war eine glückliche gewesen, nicht zuletzt ein Verdienst WILHELM BODES. Die drei Minister GRAF VELTHEIM, FREIHERR V. SCHLEINITZ und SCHULZ waren im braunschweigischen Staatsdienst aufgestiegen, also mit ihren Aufgabengebieten innig vertraut.

An der Spitze der Landesregierung stand GRAF WERNER VON VELTHEIM aus dem Harkbeker Zweige des im Braunschweiger Lande angesessenen uradligen Hauses. Er war ein gebildeter Aristokrat, wenn man das Wort im Sinne einer wesenhaften Noblesse und eines zurückhaltenden Abwartens und Abstandes versteht. Auch WILHELM BODE rühmte die menschlich saubere Haltung VELTHEIMS: „Er machte nie auf mehr Anerkennung Anspruch als der, welche er in Beziehung auf seine Verdienste um das Forstwesen, seine Menschenkenntnis und Loyalität und seine Weise mit dem Fürsten zu reden, um ihn für das Gute und Nützliche zu gewinnen, in hohem Maße verdient.“ Die führende Persönlichkeit der Landesregierung aber war der FREIHERR V. SCHLEINITZ, der Leiter der Abteilungen für Justiz und Innere Verwaltung. Als hervorragender Jurist und kluger Organisator war ihm die Reformgesetzgebung der dreißiger und vierziger Jahre zu verdanken. Er war ein unermüdlich tätiger Mann, der auch an die gesamte Staatsdienerschaft hohe Anforderungen stellte, freilich auch unbedingten Gehorsam forderte, wie er von Herrschaft nicht immer ganz frei war. Doch mit solchen Härten seines Charakters versöhnt seine humane Gesinnung.

Diese bewies er am deutlichsten in seiner Stellung zu den „Demagogenverfolgungen“, welche nach dem Frankfurter Wachensturm vom April 1833 erneut einsetzten. Freilich wurde die damals neu berufene Bundeskommission nur mit der Untersuchung beauftragt, während die Aburteilung den Bundesstaaten überlassen blieb. In Preußen fällte 1836 das Kammergericht das Urteil über 204 Angehörige der Burschenschaft. Es erkannte 192 von ihnen als schuldig und verhängte viele Todesurteile, die später auf dem Gnadenwege in langjährige Festungshaft umgewandelt wurde²⁸⁶). Dagegen wurde in Braunschweig nur einer der Angeklagten, der Kandidat der Forstwissenschaften FRIEDRICH DEGELING, vom Landgericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er als Mitglied der Gießener Burschenschaft Germania an zwei Besprechungen zur Vorbereitung des Frankfurter Putsches teilgenommen hatte, wenn er auch zur Zeit des Aufstandes bereits nach Braunschweig zurück-

²⁸⁶) H. v. TREITSCHKE, Deutsche Geschichte im 19. Jahrh., IV, S. 599.

gekehrt war. Das Oberappellationsgericht ermäßigte die Strafe auf 10 Jahre Gefängnis, die DEGELING seit 1835 abbüßte. Zu einem Begnadigungsgesuch seines Vaters, des Tor-einnehmers CHR. HEINR. DEGELING, bemerkte der Polizeidirektor PINI am 20. März 1837: „Übrigens beträgt der Arrestant sich musterhaft, studiert sehr fleißig fort und habe ich die feste Überzeugung erlangt, daß derselbe von anderen verführt und ohne Arges dabei zu ahnen, sich in jene staatsgefährliche Verbindung eingelassen hat, weshalb er zur landes-herrlichen Gnade mit Recht empfohlen werden kann.“ Am 13. April 1838 wurde Degeling begnadigt ²⁵⁷).

Von den übrigen 26 Angeklagten wurden nur drei Angehörige der Jenaer Burschen-schaft Germania zu kurzer Festungshaft verurteilt, alle anderen aber freigesprochen ²⁵⁸).

Seine großzügige und rechtliche Einstellung zeigte v. SCHLEINITZ auch bei einer anderen Gelegenheit. Am 31. Mai 1839 teilte der hannoversche Minister der auswärtigen Ange-legenheiten GRAF v. SCHELE dem Braunschweigischen Staatsministerium mit, daß der Verdacht bestehe, der Notar HOLLANDT in Braunschweig stehe mit hannoverschen Landes-bewohnern in Verbindung zur Begründung einer systematischen Opposition gegen alle Anordnungen und Maßnahmen der hannoverschen Landesregierung, gegen die HOLLANDT auch in auswärtigen Zeitungen mit falschen Meldungen arbeite. GRAF SCHELE bat, HOLLANDT zu überwachen und seine gegen Hannover gerichtete Tätigkeit zu unter-binden. In seiner Antwort vom 6. Juni 1839 bedauerte das Braunschweigische Staats-ministerium, den hannoverschen Wünschen nicht entsprechen zu können: „Der hiesige Advokat HOLLANDT genießt das Vertrauen eines großen Theils des hiesigen Publicums, ist Mitglied der Ständeversammlung, und obgleich seine freisinnigen Ansichten bekannt sind, so sollte doch von seinem ruhigen und überlegenden Charakter nicht zu erwarten sein, daß er sich zu Gesetzwidrigkeiten hinreißen lasse.“ Ausdrücklich aber lehnte unter Berufung auf das Staatsgrundgesetz das Ministerium die geforderte Postüberwachung ab ²⁵⁹).

Auch nach BODES Urteil hatte nie ein Justizminister des Landes Braunschweig sein Amt besser ausgefüllt als v. SCHLEINITZ. Daß seine untadelige Amtsführung in allen Schichten der Bevölkerung, auch bei seinen politischen Gegnern, ihm ein hohes Ansehen erworben hatte, wird durch die Tatsache bewiesen, daß v. SCHLEINITZ der einzige deutsche Minister war, der die Revolution von 1848 überdauerte. Dagegen enttäuschte der Staats-minister FRIEDRICH SCHULZ, den BODE als tüchtigen Kammerrat kennengelernt und des-halb 1830 dem Herzog WILHELM für die Berufung in die Landesregierung vorgeschlagen hatte. Freilich war auch SCHULZ ein rechtlicher Mann und ein sorgsamer Beamter, als welcher er sich namentlich als Kurator des Collegium Carolinum, welches Amt er bis 1862 bekleidete, gezeigt hat. Aber ihm fehlte die staatsmännische Begabung und der harte

²⁵⁷) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6204.

²⁵⁸) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6202.

²⁵⁹) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6205.



10. *Edvard Vieweg*



11. Geheimer Finanzrat Jacob Friedrich Langerfeldt

Wille, die den Staatsminister v. SCHLEINITZ so sichtbar heraushoben. WILHELM BODES vielleicht etwas hartes Urteil stellte fest, daß SCHULZ auf einer viel niedrigeren Stufe der wissenschaftlichen Bildung stand als der Minister v. SCHLEINITZ. Auch war letzterer sehr arbeitssam, aber „SCHULZ ist faul und beschäftigt sich gern mit kleinlichen, wenig geistige Anstrengungen erfordernde Dinge“ ²⁶⁰). Auch der Abgeordnete STEINACKER, der Führer der liberalen Opposition in der Ständeversammlung, urteilte von SCHULZ in einem an WELCKER am 25. April 1843 geschriebenen Brief, daß SCHULZ ein guter Bürochef, ein ehrlicher Mann, aber kein Staatsmann sei ²⁶¹).

Die in dem Landtagsabschied vom 12. Oktober 1832 veröffentlichte „Neue Landtschaftsordnung“ gab dem Herzogtum Braunschweig ein liberales Grundgesetz, das in seinen wesentlichen Bestimmungen bis 1918 in Kraft blieb. In guter Zusammenarbeit des Staatsministeriums mit den nach dem neuen Wahlgesetz gewählten Landständen entstanden in den nächsten Jahren zahlreiche freisinnige Gesetze und Verordnungen, die allen Forderungen der Zeit entsprachen und auf gesetzgeberischem wie wirtschaftlichem Gebiet eine erfreuliche Entwicklung einleiteten. Dabei standen die Mitglieder der Landesregierung, die solcherart im Dienste des liberalen Zeitgeistes wirkten, persönlich diesen Anschauungen fern, denn sie wurzelten in einer älteren, vorliberalen Zeit. Ihr evolutionärer Konservatismus wurde von einem starken politischen und sozialen Verantwortungsgefühl beherrscht. Nachhaltige Antriebe für die Entwicklung empfangen sie von dem besitzenden, gebildeten Bürgertum, das nach Mitarbeit und Mitverantwortung im politischen Leben drängte. In der Stadt Braunschweig treten als führende Männer dieser Gruppe die Mitglieder der Kaufmannsfamilien LÖBBECKE und GRASSAU sowie die Verleger VIEWEG und WESTERMANN hervor. Für sie alle ist bezeichnend, daß sie in ihrer Jugend längere Zeit in England weilten und nun danach strebten, den dort als heilsam und segensreich erlebten liberalen Ideen und Einrichtungen auch in der Heimat zum Siege zu verhelfen. Während das Denken der Bürger jener Zeit im allgemeinen in den eng gezogenen Grenzen des Kleinstaates beharrte, eignete den damals in der Stadt Braunschweig besonders einflußreichen Großhändlern schon aus ihrer Berufserfahrung der weitere Blick.

Auch die beiden Verleger empfanden ihre Berufstätigkeit durchaus als politische Aufgabe. EDUARD VIEWEG, der auch als Ständemitglied und langjähriger Stadtverordneter sich der praktischen politischen Tätigkeit stellte, nahm ungeachtet aller Schwierigkeiten zweimal das Wagnis der Gründung einer politischen Tageszeitung auf sich. GEORGE WESTERMANN ²⁶²), mit den VIEWEGS verwandtschaftlich verbunden, begann bald nach

²⁶⁰) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

²⁶¹) ZIEGENBEIN, Die parlamentarische Tätigkeit K. Steinackers, S. 118.

²⁶²) GEORGE WESTERMANN, als Sohn eines Goldschmiedes in Leipzig am 23. März 1810 geboren, erlernte seit 1827 bei Vieweg in Braunschweig den Buchhandel. Nach Gehilfentätigkeit in Königsberg, Leipzig und Hamburg sowie einer längeren Reise nach England und Schottland gründete W. am 21. Mai 1838 in Braunschweig eine Verlagsbuchhandlung, die er schnell zu großer Bedeutung führte. Einige seiner Verlagsunternehmungen spielen heute noch für

der Verlagsgründung am 21. Mai 1838 mit der Herausgabe des liberalen Schrifttums. Zuerst verlegte er die Werke KARL v. ROTTECKs, die auf die Verbreitung der liberalen Geisteswelt im gebildeten Mittelstand den nachhaltigsten Einfluß ausübten, und später die Werke MACAULAYs, des begeisterten Schilderers des Siegeszuges des Liberalismus in England. Es ist erwähnenswert, daß weder der Herzog noch die Landesregierung an der politischen Tätigkeit all dieser Männer Anstoß nahmen.

Anders verhielt es sich mit einer zwar noch kleinen Gruppe radikaler Fortschrittsmänner, die den französischen Beispielen folgten und namentlich in der Bürgerwehr Einfluß zu gewinnen suchten. Obwohl die Bürgerwehr bald nach ihrer Aufstellung ihre ursprüngliche Aufgabe, die Ordnung wiederherzustellen, erfüllt hatte, war sie doch bestehen geblieben, stellte einige Wachen und hielt täglich Exerzier- und Schießübungen ab. Schon am 16. Februar 1831 war der Bürgerverein „durch geselligen Zusammentritt achtbarer, mit treuem Bürgersinn und Mäßigung erfüllter Männer aus allen Kompagnien der Bürgergarde zu einem Vereine“ entstanden, offenbar um die Bürgerwehr von ihren vermeintlichen militärischen und politischen Zielen abzulenken. Der Bürgerverein, dem hauptsächlich Kaufleute, Handwerker und Beamte beitraten, der doch aber nur einen kleinen Teil der Bürgergarde umfaßte, hat sich dann auch in der Folge wirtschaftlichen und gemeinnützigen Aufgaben gewidmet ²⁶³).

Im Jahre 1831 war es in der Stadt Braunschweig mehrfach zu Straßenaufläufen gekommen, freilich nicht aus politischen Ursachen. Am 8. Januar hatten sich die in der Nähe beschäftigten Bauarbeiter zusammengerottet und dem Bäckermeister MATTENKLOTT auf dem Steinwege die Fenster eingeworfen, auch versucht, Brot zu entwenden. Die Polizei nahm 16 Maurer und Tagelöhner fest, von denen manche der Behörde als „arge Taugenichtse“ bekannt waren. Sie wurden bis Ostern in der Zwangsarbeitsanstalt zu Wolfenbüttel festgesetzt. Größeren Umfang nahmen Tumulte an, zu denen es am 24. und 25. Juli in der Straße Hinter den Brüdern kam. Sie wurden entfacht durch den Messerschmied SAAMKOPF, der sich zu Unrecht verurteilt fühlte und seine Freunde aufhetzte, die dem Justizamtmann MATTHIÄ die Fenster einwarfen. Gegen den sich durch Zulauf schnell vergrößernden Volkshaufen wurde zunächst Militär aufgeboten, das dann aber der inzwischen anrückenden Bürgerwehr die Wiederherstellung der Ordnung überließ. Elf Demonstranten, vorzüglich Lehrlinge und Knaben, von denen einige durch Bajonettstiche verwundet wurden, nahm die Bürgerwehr fest und übergab sie der Polizei. Bedenklich war, daß sich an dem Auflauf auch bewaffnete Bürgergardisten beteiligten und

den im Familienbesitz gebliebenen Georg Westermann Verlag eine entscheidende Rolle, so die „Monatshefte“ und der kartographische Verlag. W. starb am 7. September 1879 in Wiesbaden, wo er zur Kur weilte, und wurde in Viewegs Garten beigesetzt. (75 Jahre Georg Westermann, Braunschweig 1913).

²⁶³) STEINACKER, 100 Jahre Bürgerverein. In: Festschrift zum 100jährigen Bestehen, Braunschweig 1930.

versuchten, dem SAAMKOPF Beistand zu leisten. Ihnen wurden die Waffen abgenommen; am folgenden Tage wurden sie feierlich aus der Bürgerwehr ausgestoßen ²⁶⁴⁾.

Am 22. Juni 1831 fand die Grundsteinlegung des neuen Schlosses in Anwesenheit des Staatsministeriums und des Stadtmagistrats sowie der 800 für den Schloßbau verpflichteten Werkleute statt. Am 15. Juli fuhr Herzog WILHELM nach Blankenburg am Harz zum Sommeraufenthalt in dem inzwischen hergerichteten Schloß. Hier äußerte der Herzog zum Staatsminister v. SCHLEINITZ, daß er die Absicht hege, vorläufig ganz in Blankenburg zu bleiben und den Schloßbau in Braunschweig einstellen zu lassen. Des Herzogs bittere Stimmung, wohl entstanden durch die großen Schwierigkeiten, die einer uneingeschränkten Anerkennung seiner fürstlichen Stellung entgegenstanden, wurde genährt durch ein unangemessenes Benehmen der Bürgergarde und ihres Kommandanten LUDWIG LÖBBECKE. Auch wurden dem Herzog Äußerungen einzelner Mitglieder der Bürgerwehr zugetragen, die befürchten ließen, daß die Bürgergarde dazu neigte, ihre Befugnisse zu überschreiten und als Nebenregierung sich Einfluß auf die Staats- und Regierungsangelegenheiten zu verschaffen.

In der Tat gab es innerhalb der Bürgerwehr eine kleine Gruppe radikal fortschrittlich Gesinnter, zu der nach BODE „vorzüglich Staatsdiener und Jugendlehrer“ gehörten. So hatte der Kammerassessor SPOHR ²⁶⁵⁾, der im Juli zur Feier des Revolutionstages nach Paris gereist war, in öffentlicher Versammlung der Bürgergarde die Vertreibung der Fürsten gefordert; der Gymnasiallehrer DR. SKERL ²⁶⁶⁾, nach BODE „ein höchst mediocrer Mann“, hatte bei Zusammenkünften der Bürgerwehr radikale Zeitungen vorgelesen. Ähnliche Anschauungen vertraten die Bürgergardisten DR. SCHRÖDER ²⁶⁷⁾, Buchdrucker HOMEYER, Amtmann WESTPHAL, DR. SOMMER, Kammerrat BÖLKE ²⁶⁸⁾, den BODE als

²⁶⁴⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 II B Nr. 4.

²⁶⁵⁾ AUGUST GOTTLIEB SPOHR, in Gandersheim am 3. Februar 1795 als Sohn eines Arztes geboren, studierte seit dem 15. April 1815 in Göttingen Rechtswissenschaften, wurde 1820 bei der Kammer in Braunschweig angestellt und 1824 zum Kammersekretär, am 20. Dezember 1832 zum Kammerassessor ernannt. Wegen seiner politischen Tätigkeit 1833 in den Ruhestand versetzt, starb S. am 3. Oktober 1872. (NStAW: Hs Abt. 10 Nr. 30).

²⁶⁶⁾ Dr. phil. AUGUST GOTTFRIED SKERL wurde am 20. September 1799 zu Braunschweig geboren, besuchte von Herbst 1817 bis Ostern 1818 das Collegium Carolinum und studierte sechs Semester Theologie und Philologie in Göttingen. Seit Ostern 1821 als Collaborator am Katharineum, dann am Gesamtgymnasium beschäftigt, wurde er 1835 zum Oberlehrer ernannt. Seit dem Herbst 1858 im Ruhestand lebend, starb S. am 14. November 1862 zu Braunschweig. (KOLDEWEY, Verzeichnis, S. 3 f.).

²⁶⁷⁾ Dr. phil. HEINRICH SCHRÖDER, geboren am 23. Februar 1795 zu Braunschweig, studierte 1813/16 in Göttingen Theologie und Philologie. Seit 1817 als Hilfslehrer am Martineum, seit 1828 als Collaborator am Gesamtgymnasium und seit 1835 als Oberlehrer unterrichtete er alte Sprachen, Geschichte und Archäologie. Im Herbst 1846 trat S. in den Ruhestand; er starb am 27. Januar 1850 zu Braunschweig. (KOLDEWEY, Verzeichnis, S. 3).

²⁶⁸⁾ JOHANN FRIEDRICH WILHELM BÖHLKEN, geboren 1788 zu Stendal, begann als Hütteneleve, war in der westfälischen Zeit seit dem 16. April 1808 Kontrolleur der direkten Steuern des Distrikts Blankenburg, 1813 Kontrolleur des Staatsschatzes in Kassel. B. wurde im braun-

„wütenden Bürgergardisten, Demagogen und Gegner des neuen Regiments“ bezeichnete, und der Distriktsgerichtsauditor v. VECHELDE ²⁶⁹). Aber das waren im Grunde doch nur wenige, die Masse der Bürgerwehr wie der Bürgerschaft war treu und zuverlässig.

Auch außerhalb der Bürgerwehr gab es Gegner der Regierung. Als Unruhestifter traten besonders die Ständemitglieder FR. K. v. STROMBECK und FREIHERR v. CRAMM hervor, beides unbegrenzt ehrgeizige Männer, die bitter enttäuscht waren, weil sie 1830 nicht in die Landesregierung berufen wurden. Als 1832 der Handelsvertrag mit Hannover abgeschlossen wurde, bekämpften sie diese Regierungsmaßnahme in großen öffentlichen Versammlungen, bei denen besonders CRAMMS Sekretär, der „Advocat und ehemalige Jude“ ROTHSCHILD hervortrat ²⁷⁰).

Die Aufregung um die Bürgerwehr legte sich wieder. Am 8. September gedachte sie der Wiederkehr des Gründungstages, am 11. September wohnte sie geschlossen dem Gottesdienst in der Brüdernkirche bei, und am Nachmittag fand eine Musterung durch den Herzog statt, der eigens dazu nach Braunschweig gekommen war. Ein in zwei Sälen abgehaltener Ball beschloß die Jahresfeier.

Am 1. Januar 1832 wurde WILHELM BODE zum Mittagsmahl zum Herzog geladen. Nach dem Essen besprach der Fürst mit ihm eine zweckmäßigere Einrichtung der Bürgerwehr. Daraufhin entwarf Bode Bestimmungen, die dann auch in Kraft gesetzt wurden, um dem Bürgerkorps seinen Platz anzuweisen und es mit den Behörden in eine angemessene Verbindung zu setzen. Mit der Zeit aber verlor diese Revolutionsschöpfung die Anteilnahme der Bürgerschaft, bis sie 1835 ohne offizielle Auflösung einschloß.

Auf der Gegenseite betrachtete WILHELM BODE die Verhältnisse in der näheren Umgebung des jungen, unerfahrenen Fürsten nicht ohne Sorge und Bedenken. In seinem Tagebuch stellte BODE fest, daß der Kammerpräsident VON BÜLOW ²⁷¹), „ein unwissender,

schweigischen Staatsdienst am 24. April 1814 als Kammersekretär angestellt und am 28. Dezember 1816 zum Assessor, am 7. März 1827 zum Kammerrat ernannt. Wegen seiner politischen Ansichten vorzeitig pensioniert, starb er am 19. Oktober 1843 zu Braunschweig. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

²⁶⁹) FRIEDRICH CARL VON VECHELDE, geboren am 26. Juli 1801 als jüngster Sohn des Hofgerichtsassessors JOH. JUSTUS v. V. in Braunschweig, studierte nach dem Besuche der Landesschule Pforta 1821/24 in Göttingen, Tübingen und Leipzig Rechtswissenschaften und wurde Auditor beim Distriktsgericht in Braunschweig. Da er, wohl aus politischen Gründen, eine besoldete Staatsstellung nicht erlangen konnte, lebte er seit 1833 als freier Schriftsteller in seiner Vaterstadt. Er beschäftigte sich mit Eifer mit der vaterländischen Geschichte. Auf sein Betreiben entstand 1837 das Schilldenkmal am Leonhardsplatz, unter dem auch das bis dahin in Leyden aufbewahrte Haupt Schills beigesetzt wurde. Mit Unterstützung des Herzogs WILHELM arbeitete v. V. seit 1840 an einer Lebensbeschreibung des Herzogs FRIEDRICH WILHELM, als ihm am 24. September 1846 ein plötzlicher Tod die Feder aus der Hand nahm. (SPIESS, von Vechelde (1951), S. 154—163).

²⁷⁰) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 19 Vol. II.

²⁷¹) BÜLOW (vgl. Anm. 153) war in seiner Jugend sehr leichtsinnig gewesen, weshalb ihn sein Vater enterbte, nachdem er über 10 000 Taler Schulden für ihn beglichen hatte. Später erwarb v. B. von

unmoralischer Verschwender“, immer Zutritt zum Herzog hatte; von v. BÜLOWs Sohn ²⁷²⁾, der als Kammerherr zur Umgebung des Herzogs gehörte, notierte BODE, daß er ohne allen Charakter sei, dazu leichtsinnig, liederlich und verschwenderisch. Als Hofmarschall fungierte BÜLOWs Schwiegersohn FREIHERR v. MAHRENHOLZ ²⁷³⁾, „ein hochmütiger und ungebundener Aristokrat“. Auch bei den beiden Flügeladjutanten, den Majoren v. LÜBECK ²⁷⁴⁾ und BAUSE, vermißt BODE den für ihr Amt nötigen festen Charakter. Zusammenfassend urteilt Bode: „Diese Männer bilden die tägliche Gesellschaft des Herzogs. Sie suchten mit dem hämischen Chef des Militärs, dem Obrist v. WACHHOLTZ, das Staatsministerium verdächtig zu machen und sein Ansehen beim Herzog zu untergraben. Der einzige redliche Mann in der Nähe des Herzogs ist der Cammerherr VON HOHNHORST ²⁷⁵⁾, jedoch zu schwach, um den Schlechtigkeiten jener Bande sich zu widersetzen. Auch von

seinem jüngeren Bruder, dem Forstmeister WILHELM AUGUST HEINRICH v. B., der Schliestedt und Küblingen geerbt hatte, durch Kauf das Allodialgut Küblingen, das aber schon 1844 an den REICHSGRAFEN v. SCHWICHELT veräußert wurde. (SCHATTENBERG, Zur Geschichte von Schliestedt und Warle (1903), S. 37 f.).

²⁷²⁾ FRIEDRICH WILHELM OTTO HERMANN VON BÜLOW wurde am 11. Juli 1802 geboren und wählte zunächst die Offizierslaufbahn, bis er am 17. März 1828 zum Hofjunker und Kammerassessor ernannt wurde. Seit dem 23. April 1831 Kammerherr, übernahm er am 1. Januar 1837 das Amt des Hofmarschalls. v. B. starb am 28. November 1846. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 30).

²⁷³⁾ AUGUST ERNST CHRISTIAN WILHELM FREIHERR VON MAHRENHOLTZ auf Schwülper wurde am 19. Januar 1789 geboren; sein Vater war der am 18. Dezember 1808 verstorbene Maire von Braunschweig W. A. C. v. M. WILHELM v. M. wurde Offizier, als Leutnant wurde er am 1. Juni 1806 zum braunschweigischen Kammerjunker ernannt. Nach des Vaters Tode übernahm er das Majorat Schwülper, das er sehr sorgsam verwaltete. Er war in 3. Ehe mit BERTA v. BÜLOW verheiratet. Als braunschweigischer Oberhofmarschall wurde v. M. zum Geheimen Rat ernannt. Er starb am 1. Februar 1865 in Hannover; seine Witwe lebte bis zum 26. Oktober 1890 in Braunschweig. (BRANDT, Schwülper (1912), S. 285—287).

²⁷⁴⁾ WILHELM LIEBIG EDLER VON LÜBECK, geboren am 17. Juli 1783 zu Königsberg, trat 1801 in das 1. preußische Artillerie-Regiment ein und wurde 1803 Leutnant. Nach seiner Entlassung aus dem preußischen Dienst trat er als Kornett im Frühjahr 1809 in das Englisch-Braunschweigische Husarenregiment ein. Am 26. Dezember 1813 wurde v. L. zum Capitain und Flügeladjutant des Herzogs FRIEDRICH WILHELM ernannt. Seine militärische Laufbahn verbrachte v. L. fast ganz im Hofdienst, bis er 1847 als Generalmajor zur Disposition gestellt wurde. Er starb am 24. Juni 1863 in Braunschweig. v. L. war ein gebildeter, vielseitig interessierter Mann. Von 1828 bis 1831 leitete er als Intendant das Hoftheater. 1846 ließ er auf seine Kosten das Tetzl-Denkmal im Elm errichten.

²⁷⁵⁾ FRIEDRICH GEORG MAXIMILIAN ADOLPH VON HOHNHORST, geboren am 7. Oktober 1800 in Hohnhorst bei Celle, besuchte seit 1817 das Collegium Carolinum, studierte seit dem 2. Mai 1819 in Göttingen, dann in Berlin und seit dem 11. Juni 1822 wieder in Göttingen Rechtswissenschaft. Der Kammerjunker und Distriktgerichtsassessor zu Wolfenbüttel wurde am 10. April 1826 zum Kammerherrn ernannt und dem Prinzen WILHELM zugeteilt. Mit ihm kehrte er nach Braunschweig zurück. Am 25. April 1834 mit dem Ritterkreuz, am 1. Januar 1835 mit dem Kommandeurkreuz des Ordens Heinrichs des Löwen ausgezeichnet, starb v. H. früh am 2. April 1839 zu Hyères an der französischen Mittelmeerküste an der Schwindsucht. (StABr: H III 3 Nr. 9).

SIERSTORPF ²⁷⁶⁾, dem Bürgerliche und Staatsminister ein Greuel sind, der der Meinung ist, daß nur der alte Adel fähig sei, Staatsgeschäfte zu leiten, trägt das Seinige dazu bei“ ²⁷⁷⁾).

Glücklicherweise erfüllten sich BODES Befürchtungen nicht. Während seiner langen Regierungszeit bewährte sich Herzog WILHELM als ein streng konstitutioneller Fürst, der auch dann begründeten Vorstellungen seiner Minister folgte, wenn sie seinen Anschauungen nicht recht entsprachen. Daß der Herzog aber nicht gewillt war, damals den Wünschen des reaktionären Adels zu folgen, beweist die Neue Landschaftsordnung, die in dieser Zeit als eine liberale Verfassung im Zusammenwirken von Fürst, Regierung und Ständevertretung entstand.

Es war wohl eine Folge der Revolution von 1830, daß in dieser Zeit in Braunschweig die ersten Zeitungen erschienen, die zu den Tagesfragen Stellung nahmen. Freilich war dieser Versuch, auf die Bildung einer öffentlichen Meinung einzuwirken, angesichts der strengen Zensur, zu der die Regierung auch nach den Bundestagsbeschlüssen verpflichtet war, nicht leicht. 1831 gab der immer sehr rührige K. F. v. STROMBECK eine für die gebildeten Kreise bestimmte Zeitschrift „Staatswissenschaftliche Mitteilungen vorzüglich in Beziehung auf das Herzogtum Braunschweig“ heraus. In ihr behandelte STROMBECK die schwebenden Verfassungsfragen, beantwortete bejahend die Frage nach der völligen Judenemanzipation und forderte schließlich den Ausbau des Collegium Carolinum zu einer Universität. Obwohl STROMBECK diese allgemein interessierenden Fragen ruhig und mit wissenschaftlichem Abstand behandelte, wurde nach dem Erscheinen von drei Heften 1832 die Zeitschrift vom Staatsministerium verboten. Das gleiche Schicksal erlitt die von STROMBECKS Neffen F. C. v. VECHELDE am 18. Oktober 1830 zuerst herausgebrachten „Annalen der Haupt- und Residenzstadt Braunschweig“, die in der Bürgerschaft regen Absatz fanden. Wegen des Abdrucks eines auf den Herzog FRIEDRICH WILHELM bezüglichen Abschnitts aus Grabbes Drama „Napoleon oder die hundert Tage“, in dem der Herzog durchaus nicht schlecht gezeichnet wird, verbot das Staatsministerium im August 1832 das weitere Erscheinen der Zeitung, nachdem freilich der Herausgeber schon vorher

²⁷⁶⁾ CASPAR HEINRICH FREIHERR VON SIERSTORP wurde am 19. Mai 1750 als Sohn des Fürstbischöflichen Kanzlers in Hildesheim geboren, studierte 1769–1772 in Erfurt und Leipzig Rechts- und Staatswissenschaften, weilte dann mehrere Jahre in Italien, Frankreich, Brabant und Holland. 1783 trat er als Jägermeister in den braunschweigischen Staatsdienst. In der westfälischen Zeit war er als Conservateur des eaux et des forêts tätig. Seit 1814 war er als Oberjägermeister Mitglied der Herzogl. Kammer, Direktion der Forsten. Von Herzog KARL seines Amtes entsetzt und des Landes verwiesen, wurde v. S. 1830 rehabilitiert. 1834 trat er in den Ruhestand; am 15. Oktober 1840 wurde er vom König von Preußen in den Grafenstand erhoben. Er starb am 29. März 1842. (NStAW: Hs Abt. VI Gr. 10 Nr. 31a; Neuer Nekrolog der Deutschen 20 [1844], S. 1001). v. S. besaß die bedeutendste private Braunschweiger Kunstsammlung jener Zeit mit Bildern von VAN EYCK, HEMMELINCK, ALBRECHT DÜRER, REMBRANDT und RUBENS. (vgl. SCHRÖDER UND ASSMANN, Stadt Braunschweig [1841], II, S. 105).

²⁷⁷⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 19 Vol. III.

mehrfach von der Zensurbehörde verwarnt worden war ²⁷⁸⁾). Dagegen hatte die von EDUARD VIEWEG verlegte „Deutsche Nationalzeitung für Braunschweig und Hannover“ längeren Bestand. Unter der geschickten Redaktion von Dr. HEINRICH HERMES vertrat die Zeitung maßvoll das liberale Gedankengut, wobei sie besonders für die Ausbildung eines konstitutionellen Lebens zu wirken suchte. In der Außenpolitik vertrat sie sehr früh den kleindeutschen Standpunkt, da sie ein auf ehrlich förderativer und freiheitlicher Grundlage geeinigtes Deutschland unter preußischer Führung erstrebte.

Die Nationalzeitung kam am 1. September 1831 heraus; schon am ersten Tage des Erscheinens wurden 900 Exemplare bestellt. An ihrer Begründung war WILHELM BODE beteiligt, wie er auch ihren politischen Kurs dank seiner engen Beziehungen zu EDUARD VIEWEG beeinflussen konnte. Aber schon nach wenigen Jahren, zum Jahresschluß 1837, ließ VIEWEG wegen der stetigen Belästigungen durch die Zensur, die eine planvolle Redaktionsarbeit unmöglich machten, die Nationalzeitung wieder eingehen ²⁷⁹⁾.

Sofort nach seiner Amtsübernahme begann das braunschweigische Staatsministerium mit der Vorbereitung einer Reihe von Gesetzen, die dem Aufbau eines konstitutionellen Staates dienen und in aller Zukunft Willkürmaßnahmen, mit denen Herzog KARL II. seinen Willen durchzusetzen versucht hatte, unmöglich machen sollten. Bei seiner konservativen Grundeinstellung wohl behutsam, aber sehr klar und einsichtig den berechtigten Forderungen der Zeit Rechnung tragend steuerte der Minister v. SCHLEINITZ als der führende Kopf der Regierung diesem Ziele zu. Schon am 20. Januar 1831 teilte er dem engeren Ausschuß der Landstände, der verfassungsgemäß die Rechte der Ständeversammlung während der Vertagung wahrnahm, mit, daß nach der demnächstigen Beendigung der Vorarbeiten der Landtag einberufen werden solle und deshalb sofort die notwendigen Wahlen vorgenommen werden müßten. Nun bestimmte § 11 der Landschaftsordnung von 1820, daß die Wahl der Deputierten der Städte von den Justizbehörden zu leiten waren. Da aber durch die Verwaltungsreform von 1825 die Justizbehörden ihre bisherigen Verwaltungsaufgaben an die damals eingerichteten Stadtmagistrate abgetreten hatten, hielt das Staatsministerium es für angemessen, die Leitung der Wahlen den Magistratsvorsitzenden zu übertragen. Nachdem der engere Ausschuß sich am 2. Februar mit dieser Regelung einverstanden erklärt hatte, ordnete das Ministerium am 9. Februar die Durchführung der Wahlen an ²⁸⁰⁾.

Die Stadt Braunschweig stellte sechs Abgeordnete. Nach dem Wahlgesetz gehörte der Magistratsdirektor BODE von Amts wegen und der Stadtrat LANGERFELDT als Mitglied des engeren Ausschusses und als Landessteuerrat der Ständeversammlung an. Bei der am 23. März unter BODES Leitung durchgeführten Wahl bestimmten die Stadtverordneten die übrigen vier Abgeordneten:

²⁷⁸⁾ Stadtbibliothek Braunschweig, Zs. I Nr. 250.

²⁷⁹⁾ Verlagskatalog Friedr. Vieweg & Sohn (1899), S. XX.

²⁸⁰⁾ NStAW: I Neu Abt. 12 A Fb. 2 II Nr. 20.

den Großhändler WILHELM GELLER, Schützenstraße 159,
den Großhändler FRIEDRICH GRASSAU, Sonnenstraße 732,
den Lohgerber JOHANN DANIEL WEHL, Stobenstraße 2116 und
den Bier- und Essigbrauer AUGUST MARTIN LUDWIG BÄHLHORN²⁸¹⁾, Göllden-
straße 819.

GELLER und WEHL waren bereits seit 1825 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gewesen.

Die Eröffnung der zum 30. September 1831 einberufenen Ständeversammlung erfolgte mit betonter Würde. Nach dem Gottesdienst im Blasiusdom²⁸²⁾ begaben sich die Abgeordneten, geführt vom Hofstaat des Herzogs zum Bevernschen Schloß; auf dem Wege von der Kirche zum Schloß bildete die Bürgergarde Spalier. Bei der um 12 Uhr im Audienzsaal stattfindenden Eröffnung des Landtages hielt Herzog WILHELM die Thronrede, in der er kurz die Regierungsgrundsätze umriß und dann als Aufgaben der Ständeversammlung die Beratung der Erneuten Landschaftsordnung sowie der sie ergänzenden Gesetze über den Zivilstaatsdienst, die Organisation der Landesverwaltung, die Ablösungsordnung und die Städteordnung verkündete. Nach der Audienz wurde den Abgeordneten, die vom Hofmarschall zur Herzoglichen Tafel im Kasinosaale des Theaters geladen wurden, der gedruckte Entwurf der Erneuten Landschaftsordnung sowie eine Entwicklung der hauptsächlichsten Motive ausgehändigt²⁸³⁾.

In den am nächsten Tage aufgenommenen Sitzungen wählten die beiden Sektionen zunächst ihre Präsidenten. Die Wahl der ritterschaftlichen Abgeordneten der ersten Sektion fiel auf den Schatzrat v. PLESSEN und auf den GRAFEN v. OBERG²⁸⁴⁾ als seinen Vertreter; die Abgeordneten der zweiten Sektion wählten WILHELM BODE zum Präsidenten und als Vertreter den Oberappellationsrat GÜNTHER. Mit ihm wie mit dem Schatzrat v. PLESSEN war WILHELM BODE schon von Bährdorf her gut bekannt; ihr auf Achtung und Vertrauen gegründetes Verhältnis konnte ihrer parlamentarischen Tätigkeit nur förderlich sein. Die beiden Sektionen beschlossen, gemeinsam zu tagen und zu beraten, wenn auch die Abstimmungen getrennt nach Sektionen durchgeführt werden mußten. Doch war für einen gültigen Beschluß die Zustimmung beider Sektionen erforderlich.

²⁸¹⁾ AUGUST MARTIN LUDWIG BÄHLHORN, Hofbrauer, Bier- und Essigbrauer, Lohnfuhrunternehmer und Besitzer des „Felsenkellers“, wohnte in dem vom Vater ererbten Hause Gölldenstraße Nr. ass. 813. Geboren 8. September 1781, gestorben 9. September 1860.

²⁸²⁾ Die vom ABT F. A. WESTPHAL, selbst als Prälat Mitglied der Stände, gehaltene Predigt erschien bei Friedr. Vieweg & Sohn, Braunschweig 1831.

²⁸³⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 Nr. 65.

²⁸⁴⁾ HILMAR LUDWIG ERNST GRAF v. OBERG, geboren am 25. April 1776 zu Hannover, war Besitzer der Rittergüter Stederdorf, Drakenburg und Duttonstedt sowie Herzogl. Braunschweigischer Oberkammerherr. Am 10. Juli 1803 in den preußischen Grafenstand erhoben, starb er als letzter seines Stammes am 26. Oktober 1861. (Geneal. Taschenb. d. Gräfl. Häuser 48, 1875).

Die Ständeversammlung beschäftigte sich dann mit der ersten Lesung des vom Staatsministeriums vorgelegten Entwurfs der Erneuten Landschaftsordnung. Die sich zu Worte meldenden Abgeordneten beschränkten sich auf die Erörterung grundsätzlicher Fragen, nur bei dem Beschluß über die Drucklegung der Sitzungsprotokolle kam es zu Meinungsverschiedenheiten, da die ritterschaftlichen Abgeordneten FREIHERR v. CRAMM-Sambleben und FREIHERR v. STROMBECK-Groß Twülpstedt die Nennung der Namen der Redner forderten. Nachdem die Abgeordneten Kammerpräsident v. BÜLOW, v. PLESSEN, GRAF v. OBERG und LANGERFELDT gegen den Antrag Stellung genommen hatten, verfiel er der Ablehnung ²⁸⁵⁾.

Nach der kurzen Verhandlung wurde eine Kommission zur Beratung der Vorlage und zur Berichterstattung an das Plenum eingesetzt, zu der jede Sektion fünf Mitglieder benannte. Die erste Sektion bestimmte als ihre Vertreter

Landdrost v. CRAMM-Sambleben,
 GRAF v. OBERG-Duttenstedt,
 Kammerrat v. VELTHEIM-Destedt ²⁸⁶⁾,
 FREIHERR F. C. v. STROMBECK und
 Hofrat BRUNS (als Vormund des v. VELTHEIM auf Glentorf) ²⁸⁷⁾.

Die zweite Sektion entsandte in die Kommission

Magistratsdirektor BODE,
 Hofrat HETTLING,
 Steuerrat LANGERFELDT,
 Gutsbesitzer v. UNGER-Groß Stöckheim und
 Kaufmann GRASSAU.

²⁸⁵⁾ Auch in den gedruckten Verhandlungen der Ständeversammlung wurden bis 1848 die Namen der Redner nicht genannt. Sie werden mit Buchstaben bezeichnet, die aber keinen Schluß auf die Person erlauben. Deshalb ist für eingehendere Untersuchungen immer die mühevoll durchsicht der handschriftlichen Protokolle des Landsyndikus erforderlich. Sie werden im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel bei den Landtagsakten (L Neu Abt. 23) aufbewahrt.

²⁸⁶⁾ CARL FRIEDRICH FREIHERR v. VELTHEIM, geboren am 30. September 1795 zu Braunschweig, studierte seit Ostern 1813 in Göttingen Rechtswissenschaften, trat Ende des Jahres in das Braunschweigische Husarenregiment ein, schied aber nach dem 1. Pariser Frieden wieder aus, um in Göttingen und Berlin seine Studien abzuschließen. Nach Eintritt in den Braunschweigischen Staatsdienst wurde er 1818 zum Assessor, 1824 zum Kammerrat ernannt. 1829 wurde er auf seinen Wunsch verabschiedet, um sich der Bewirtschaftung seiner Güter Destedt und Cremlingen zu widmen. v. V., der ein sehr reges Mitglied der Stände war, erhielt 1838 die Würde eines Propstes von Steterburg. Er starb am 5. November 1868 zu Destedt. (G. SCHMIDT: Geschlecht von Veltheim, II, S. 335—338).

²⁸⁷⁾ Dr. jur. JOHANN GEORG THEODOR BRUNS wurde am 10. Mai 1786 zu Helmstedt als Sohn des Orientalisten PAUL JAKOB BRUNS geboren, studierte seit dem 1. Oktober 1803 in Helmstedt Rechtswissenschaften, trat in den braunschweigischen Justizdienst ein und wurde 1831 Hofrat am Landgericht zu Wolfenbüttel und 1834 Kreisgerichtsdirektor zu Braunschweig. Er war ein hervorragender Jurist, aber auch begabt und begeistert für die Kunst, insbesondere die Musik. Er starb am 17. September 1835 zu Braunschweig.

Das Staatsministerium bat, der Kommission die Instruktion zu erteilen, daß sie Abänderungsvorschläge erst mit den Mitgliedern des Staatsministeriums bespräche, bevor sie sie dem Plenum übergab, und daß die Kommission mit dem Staatsministerium zusammenträte, um von diesem weitere Mitteilungen über die vorgeschlagene Trennung des Fürstlichen und des Domänenhaushalts vom eigentlichen Staatshaushalt zu empfangen²⁸⁸⁾.

Nach Einsetzung der Kommission am 8. Oktober wurde der Landtag am 10. Oktober „in Erwägung des Herannahens der asiatischen Cholera“ bis zur Beendigung der Kommissionsberatungen vertagt²⁸⁹⁾.

Die Kommission nahm bereits am 17. Oktober 1831 im Landschaftlichen Hause ihre Arbeit auf und wählte den GRAFEN V. OBERG zu ihrem Präsidenten. Über ihre gründliche und langwierige Arbeit, die bei zwei bis drei Sitzungen in der Woche fast ein Jahr in Anspruch nahm, blieben zwar die Protokolle erhalten. Sie sind aber sehr summarisch abgefaßt, um so mehr als die auf Änderungen des vorliegenden Entwurfs zielenden Verhandlungen der Kommission mit dem Staatsministerium auf dessen Wunsch immer mündlich, nicht schriftlich durchgeführt wurden. WILHELM BODE berichtet, daß er sich mit den Abgeordneten HETTLING und BRUNS in die Vorarbeiten für die Behandlung der einzelnen Kapitel des Entwurfs geteilt hätte. Nach Genehmigung ihrer Vorschläge durch die Kommission vertrat der jeweilige Bearbeiter seinen Vorschlag auch bei den Verhandlungen mit dem Ministerium, insbesondere mit dem Minister v. SCHLEINITZ. Die übrigen Mitglieder nahmen an diesen Vorarbeiten selbst kaum Anteil, unterstützten aber in der Plenarversammlung die Abänderungsvorschläge der Kommission²⁹⁰⁾.

Die Hofräte BRUNS und HETTLING galten als gelehrte, scharfsinnige Juristen. WILHELM BODE stand beiden nahe. Mit HETTLING war er schon seit Jahren allein durch die gemeinsamen geschichtlichen Interessen freundschaftlich verbunden; der mit einer Tochter des Helmstedter Professors HENKE verheiratete BRUNS war BODES Schwager. Da die drei Männer auch in ihren politischen Anschauungen übereinstimmten, waren alle Voraussetzungen für eine reibungslose und fruchtbare Arbeit gegeben.

Ein Vergleich zwischen dem Entwurf des Ministeriums und der endgültigen Fassung des Verfassungsgesetzes läßt die sorgfältige Arbeit der Kommission erkennen, die sich nicht nur auf Form und Inhalt der einzelnen Artikel erstreckte, sondern letztlich zu einem neuen, durch seine klare Gliederung bestechenden Werk führte. Dabei ist unverkennbar, daß sich auch das Ministerium verhandlungswillig zeigte und vielen Wünschen der Kommission nachgab, in anderen aber auch unerbittlich blieb. Aber im ganzen gesehen ging doch die Kommission als Sieger aus dem Streit der Anschauungen und Meinungen hervor.

Am 29. Oktober 1831 berichtete BRUNS über seine erste Aussprache mit dem Minister v. SCHLEINITZ, bei der dieser den Vorschlag der Kommission, den Titel „Landschafts-

²⁸⁸⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 II Nr. 26 Vol. I.

²⁸⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 178.

²⁹⁰⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 23 Nr. 28.

ordnung“ durch „Verfassung“ zu ersetzen, mit aller Bestimmtheit zurückgewiesen hatte. Auch mit dem Wunsche nach einer Vermehrung der von den Städten zu entsendenden Abgeordneten war v. SCHLEINITZ nicht recht einverstanden gewesen. Doch ließ er den Mitgliedern der Kommission die Bitte übermitteln, die Prüfung des Entwurfs in der bisherigen Art fortzusetzen und „die Verhandlungen mit dem Herzogl. Staatsministerium mündlich, nicht schriftlich fortzusetzen“ ²⁹¹⁾.

Auch die Öffentlichkeit nahm an der Arbeit der Verfassungskommission regen Anteil. In der Ausschußsitzung am 4. November legte der Abgeordnete v. VELTHEIM 14 Eingaben auf Änderung des Entwurfs vor, darunter eine von 3468 Bürgern des ganzen Landes unterschriebene Petition, die eine Änderung der Zusammensetzung der Landesversammlung zugunsten einer stärkeren Vertretung der Städte und der Bauern forderte. Im Gegensatz dazu reichte der Rittergutsbesitzer v. GRONE-Westerbrak ²⁹²⁾, den wir später noch als den Sprecher des reaktionären Teils der Ritterschaft kennenlernen werden, am 17. November eine Eingabe ein, in der er ein Zweikammersystem vorschlug und zugleich gegen die schon im Entwurf vorgesehene starke Verminderung der ritterschaftlichen Abgeordneten protestierte. GRONE hatte seine Forderungen auch in einer Flugschrift der Öffentlichkeit unterbreitet. Der liberale Advokat KARL STEINACKER in Holzminden ²⁹³⁾ ließ bei VIEWEG eine Entgegnung erscheinen: „Wünsche der Braunschweiger zur Beherrschung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen“, die in drei Forderungen gipfelten: der Verbesserung der Volksvertretung, der Einführung einer Zivilliste und der Öffentlichkeit der landständischen Versammlung. Die STEINACKERSchen Forderungen wurden von der Kommission erfüllt. Hinsichtlich der Zusammensetzung des Landtages beschloß die Kommission, die Wahlbestimmungen aus dem Grundgesetz herauszunehmen und in einem besonderen Wahlgesetz zusammenzufassen. HETTLING wurde beauftragt, einen Entwurf für dieses Gesetz vorzubereiten, den er am 3. November dem Ausschuß vorlegte und der dann sowohl vom Ministerium wie auch später von der Plenarversammlung gebilligt wurde. Am 24. November übergab HETTLING weiter einen „Entwurf zu der die Landstände betreffende Abteilung des künftigen Grundgesetzes“; am 10. De-

²⁹¹⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 64.

²⁹²⁾ ADOLF CURT ECKBERT VON GRONE, geboren zu Westerbrak am 26. April 1807, studierte Rechtswissenschaften und war Kreisgerichtsauditor, bis er die Verwaltung seines Rittergutes Westerbrak übernahm. Er bekleidete das Ehrenamt eines Propstes des evangelischen Damenstiftes Steterburg. G. starb zu Westerbrak am 22. April 1885. (Geneal. Taschenb. d. uradl. Häuser 1907, S. 277).

²⁹³⁾ KARL STEINACKER, geboren am 15. August 1801 in Altendorf bei Holzminden, studierte seit 1818 in Göttingen Rechtswissenschaften und war seit dem Herbst 1821 in Holzminden als Advokat tätig. 1833 wurde er in den Landtag gewählt, dem er bis zu seinem frühen Tode angehörte. Politisch hochbegabt, war St. in der Ständeversammlung der tatkräftige, zielbewußte Führer der liberalen Opposition, dabei aber durchaus besonnen in seinen Forderungen. Trotzdem versagte das Ministerium 1834 die Bestätigung seiner Wahl zum Bürgermeister Holzmindens, bestätigte ihn aber 1842 als Präsidenten des Landtags. St., der auch als staatswissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, starb am 2. April 1847 zu Holzminden. (ADB 35, S. 676—681).

zember beschloß der Ausschuß die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Plenarversammlung, zu denen aber Frauen nicht zugelassen werden sollten.

Über alle diese Fragen war ein Übereinkommen mit dem Ministerium bei gutem Willen auf beiden Seiten unschwer zu erreichen. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereitete dagegen die Regelung der Finanzverwaltung und des Staatshaushalts.

Die Bearbeitung dieser Fragen, die fraglos diplomatisches Geschick erforderte, übertrug der Ausschuß WILHELM BODE. BODE hielt es für unumgänglich notwendig, zur Ordnung eines alle Zweige der Staatsverwaltung in gerechter Weise berücksichtigenden Staatshaushaltsetats den Vorbehalt des Fürsten für sich und seinen Hofstaat mit einer bestimmten Summe in den Etat aufzunehmen. An dieser Kernfrage aber schieden sich die Geister. Allen Vorschlägen der Kommission, die für die Landstände die parlamentarische Kontrolle aller Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts forderte und die Ansprüche des Landesherrn durch Festsetzung einer Zivilliste abgelten wollte, setzte das Staatsministerium einen harten Widerstand entgegen aus Rücksicht auf den Herzog, dem wohl der Gedanke, von seiner Stellung als legitimer Fürst zum Gehaltsempfänger des Staates abzusinken, unerträglich erschien.

In ihrem den Landständen vorgelegten Entwurf hatte die Landesregierung vorgeschlagen, den von der Kammer verwalteten Staatsbesitz aus dem Staatshaushalt herauszunehmen und lediglich eine Summe festzusetzen, die alljährlich nach Absatz der Kosten für den fürstlichen und den Dominalhaushalt für andere Staatszwecke zur Verfügung stand. Diese Summe wäre dann durch Besteuerung der Domänen zu erheben, wobei sie auch durch Überweisung anderer Kammererträge an die Landessteuerkasse ergänzt werden könnte. Gegen diese Regelung, die den weitaus größten Teil des Staatsvermögens der Aufsicht der Landstände entzog, hatte WILHELM BODE schon bei der ersten Lesung des Entwurfs in der Plenarversammlung am 4. Oktober 1831 erhebliche Bedenken geäußert und den Antrag gestellt, umgekehrt zu verfahren, also einige Domänen für die Unterhaltung des fürstlichen Hofstaats auszuscheiden, aber alle übrigen Güter, Regalien und Aufkünfte der Kammer dem Finanzkollegium zur Verwendung für den Staatshaushalt zu unterstellen.

Der Ausschuß wie das Staatsministerium beschäftigten sich alsbald mit dem Antrag BODES. Das Ministerium lud schon zum 31. Oktober, 17 Uhr, die Abgeordneten BODE, LANGERFELDT, v. VELTHEIM und GRASSAU zu einer Besprechung ein; um ihre Stellungnahme zu klären, versammelten sich die vier Abgeordneten um 15 Uhr im Landtagsgebäude. Vom 10. bis zum 17. November beschäftigte sich der Ausschuß in vier Sitzungen eingehend mit der Regelung der Finanzfragen, wobei BRUNS und LANGERFELDT bezweifelten, auf dem begonnenen Wege zu einer befriedigenden Lösung zu kommen. Der Ausschuß gewann schließlich die Überzeugung, daß die Einführung einer Zivilliste für beide Teile die einfachste und auch gerechteste Lösung dieses Problems darstellte und nahm einen Antrag von BRUNS an, der dahin ging, das ganze Staatsvermögen einschließlich

des Kammergutes durch die verfassungsmäßige Finanzbehörde unter ständischer Mitaufsicht verwalten zu lassen, vom Ertrage des Kammergutes aber ein Drittel dem Herzog für den Bedarf seiner Hofhaltung zur Verfügung zu stellen. Es war ein Vermittlungsvorschlag, der einerseits den Forderungen der Stände Rechnung trug, andererseits den Herzog als Mitbesitzer des Kammergutes bestätigte und auch die Festsetzung eines bestimmten Betrages vermied.

Aber auch diesen Vorschlag wies das Staatsministerium zurück, da er wegen der geforderten Mitverwaltung des Kammergutes durch die Landstände nicht angenommen werden könne. Die weiteren Verhandlungen bewegten sich nun wieder auf der Grundlage des Antrags BODES. Anfang Dezember übergab der Ausschuß einen neuen, gleichfalls von BODE ausgearbeiteten Entwurf, der aber auch zu keinem Ergebnis führte, da das Staatsministerium einen Gegenentwurf vorlegte, in welchem sämtliche Domänen, Forsten und Bergwerke, Salinen, Glas- und Ziegelhütten, Steinbrüche, Kalk- und Gipsbrennereien, Braunkohlengruben und Torfstiche, die Porzellanfabrik und die Münze, kurz das gesamte Staatsvermögen, für den Landesherrn in Anspruch genommen wurde. Dieser Forderung konnte der Ausschuß unmöglich nachgeben, und wenn auch das Ministerium in den sich hinziehenden Verhandlungen den Ständen gewisse Sicherungen über die Verwaltung des Staatsvermögens anbot, so blieb doch das alles ohne Ergebnis. Ende Februar 1832 beharrten beide Parteien noch auf dem gleichen Standpunkt wie zu Beginn der Verhandlungen.

Und doch gingen schließlich die Landstände als Sieger aus diesem Streit hervor. Es ist aus den Akten nicht ersichtlich, wodurch der Minister v. SCHLEINITZ zum Nachgeben in der Frage der Zivilliste bewogen wurde²⁹⁴). Es scheint, daß WILHELM BODE den Umschwung herbeigeführt hat, denn er berichtet: „Es schien mir der Sache förderlich zu sein, die auf das Dominialgut, das Cammer- und Schuldenwesen sich beziehenden geschichtlichen data zusammen zu stellen, auch des Herzogs Durchlaucht durch den Cammerherrn VON HOHNHORST davon Mitteilung zu machen. Dies geschah. Es kam zu einigen mündlichen Verhandlungen über meine Deduction und ich wurde aufgefordert, die Documente und Landesverträge vorzulegen, welche in meiner Geschichtserzählung angeführt worden. Gleich nachdem dies geschehen, erfolgte die definitive Erklärung, nach welcher der Herzog sich entschloß, eine bestimmte Summe zur Sustentation des Herzoglichen Hauses anzunehmen, womit denn die beschwerlichen Verhandlungen beendet und wonach der Finanz-Nebenvertrag abgefaßt worden, der in den Verhandlungen des bald wieder zusammen berufenen Plenums der Landschaft seine Bestätigung fand“²⁹⁵).

Über dieses Ergebnis berichtete BODE in der Ausschußsitzung am 2. März 1832. Nach längeren Debatten wurden seine Vorschläge als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit dem Staatsministerium genehmigt:

²⁹⁴) RHAMM, Verfassungsgesetze des Herzogt. Braunschweig, S. 45.

²⁹⁵) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 23 Nr. 28.

1. Es wird eine jährliche Summe für den Herzog aus dem Kammergutertrag festgesetzt, wobei die bisherige staatsrechtliche Qualität des Domaniums unverändert bleibt,
2. die Festsetzung dieser Summe wird erfolgen, nachdem das Staatsministerium dem Ausschuß den Etat des gesamten Staatshaushalts vorgelegt hat, „da die Kommission die feste Überzeugung habe, daß eine Erhöhung der Steuern zur Deckung des Staatsbedarfs nicht stattfinden dürfe“,
3. der Etat des Kammerguts wird gleich den Etats der Landesverwaltung der Landesversammlung vorgelegt und mit derselben festgestellt.

Die weiteren Verhandlungen, bei der BODE die Kommission vertrat, bestätigten im wesentlichen die Vorschläge BODES, nur in der Höhe der Zivilliste gab die Kommission den Forderungen des Ministeriums nach.

Auch über die Landschaftsordnung selbst wurde schnell Einigung erzielt, ebenso über die zahlreichen im Zusammenhang mit der neuen Verfassung zu erlassenden Gesetze. Am 12. August 1832 ging den Ständemitgliedern der endgültige Entwurf als „Neue Landschaftsordnung“ zu; am 27. August trat das Plenum wieder zur endgültigen Annahme zusammen. Zur Landschaftsordnung wurden von den Abgeordneten nur verhältnismäßig geringfügige Abänderungsvorschläge eingebracht. So beantragte schon beim Titel „Landschaftsordnung“ der Abgeordnete Stadtrat POCKELS-Wolfenbüttel²⁹⁶⁾ die Änderung in „Grundgesetz“. Bei der Abstimmung lehnte die erste Sektion den Antrag mit 30 zu 8 Stimmen ab, während die zweite mit 21 gegen 16 Stimmen ihm zustimmte. Damit war der Antrag abgelehnt. Dabei wird im § 1 der Landschaftsordnung wie in der Einführungsverordnung des Herzogs die neue Verfassung als „Grundgesetz“ bezeichnet.

Auch zu den übrigen Gesetzen erhoben die Abgeordneten nur geringe Einwendungen. Lediglich bei der Beratung der Geschäftsordnung kam es zu einer mehrtägigen Aussprache über die Frage der Öffentlichkeit der Vollversammlungen, die schließlich dahin entschieden wurde, einstweilen noch von der Zulassung von Zuhörern zu den Sitzungen der Stände abzusehen, wohl aber die Sitzungsprotokolle, wenn auch ohne Namensnennung der Redner, durch den Druck zu veröffentlichen.

Am 12. Oktober 1832 billigte die Ständeversammlung einstimmig die Neue Landschaftsordnung und alle mit ihr zusammenhängenden Gesetze. Damit war die Entwicklung

²⁹⁶⁾ WILHELM JOHANN BAPTIST POCKELS, geboren 1795 als Sohn eines Hofrats zu Northeim, trat mit 17 Jahren als Freiwilliger in das Kielmannseggesche Jägerkorps, widmete sich dann dem Bergfach in Clausthal, trat bei Wiederausbruch des Krieges als Leutnant in das Braunschweigische Truppenkorps und focht bei Waterloo. Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst studierte P. in Göttingen Rechtswissenschaften, wurde Aktuar in Eschershausen, seit dem 13. Dezember 1830 Stadtrat zu Wolfenbüttel, war dann seit dem 4. Dezember 1832 Kreisdirektor in Holzminden. In diesem Amt wirkte er 41 Jahre lang mit seltener Tatkraft. Die Kreisbewohner entsandten ihn in den Landtag, dessen Präsidium er längere Jahre hindurch führte. Zum 1. Oktober 1873 in den Ruhestand versetzt, zog P. nach Wolfenbüttel, wo er am 2. März 1876 verstarb. Sein Sohn WILHELM POCKELS war von 1879 bis 1904 Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig. (StABr: H III 3 Nr. 9 Vol. 1).

vom alten Ständestaat zum modernen Rechtsstaat mit der Ministerverantwortlichkeit und dem vollen Etatrecht der Landesversammlung vollzogen. Wenn sie auch nicht alle Wünsche erfüllte, so war die Neue Landschaftsordnung doch eine der liberalsten Verfassungen jener Zeit. Mit nur geringen Änderungen blieb sie bis zum Ende des ersten Weltkrieges die sichere Grundlage für eine segensreiche Entwicklung des Landes.

Bei aller Sorge um die Zukunft des Landes fühlte sich WILHELM BODE doch zunächst der Stadt Braunschweig verpflichtet. Bei den sehr erweiterten Befugnissen, die der Ständeversammlung besonders hinsichtlich des Kammeretats und des Staatshaushalts zuwuchsen, sah BODE voraus, daß vor Einführung der neuen Staatsordnung auch das Verhältnis zwischen der Stadt Braunschweig und der Herzogl. Kammer geordnet werden mußte, da später die finanziellen Ansprüche der Stadt, die ja BODE seit jeher vertreten hatte, „nur in einem weitausgehenden, durch die Niederträchtigkeiten, die aufgedeckt werden mußten, erbitternden und entehrenden Prozesse zu erledigen sein würden“ ²⁹⁷).

Das wollte BODE vermeiden. Deshalb schrieb er eine kurze Geschichte des Stadtvermögens seit 1671, fügte Akten- und Urkundenauszüge hinzu und stellte die berechtigten Forderungen der Stadt zusammen, ohne deren Erfüllung eine „rechtliche Stadtverwaltung“ nicht wieder begründet werden konnte. Der Magistratsdirektor BODE legte seinen Plan zunächst den Stadtverordneten vor, die ihm voll zustimmten. Dagegen war im Magistrat, dem BODE am 4. Februar 1831 über „Die städtischen Vermögensangelegenheiten, wie solche sich seit der Besitznahme im Jahre 1671 gestalteten und die darauf begründeten Reclamationen“ vortrug, die Meinung vorherrschend, „es sei mißlich, durch dergleichen Forderungen sich einem Kollegium wie der Kammer mißfällig zu machen“ ²⁹⁸). Wenig Beifall fand BODE auch bei der Kammer. Der Kammerpräsident, dem Bode sein Anliegen vortrug, lehnte jede Beschäftigung mit dieser Frage ab und meinte, daß man durch Eingehen auf diese Forderungen der Stadt Braunschweig „wieder zur Reichsunmittelbarkeit einlenken würde“.

BODE sah sich nun genötigt, seine Vorschläge dem Staatsministerium vorzulegen, wo er besonders bei Herrn v. SCHLEINITZ Verständnis fand. Wohl in Absprache mit diesem veranlaßte BODE, daß in der Landtagskommissionssitzung am 7. Juli 1832 die Deputierten der Stadt Braunschweig, also BODE, LANGERFELDT und GRASSAU, zum Kapitel 6 „Von den Finanzen“ folgenden Antrag stellten: „Die zum städtischen Ärarium gehörigen Güter, Grundstücke und Aufkünfte, welche, um von ihrem Ertrage die Stadtschulden zu bezahlen, bei Herzoglicher Kammer bis jetzt verwaltet werden, befinden sich in den der Commission vorgelegten Einnahme-Etats unter den Cammergütern; wenn nun gleich mit dem Ertrage dieser Güter von Herzgl. Cammer den Bedürfnissen der Stadt bis jetzt auf eine entsprechende Weise abgeholfen, und darauf, daß solches ferner und bis zur völligen Ausgleichung der auf das Stadtaerarium sich beziehenden Differenzen geschehen könne, in den aufge-

²⁹⁷) StABr: D II 1 Nr. 6.

²⁹⁸) StABr: H IV Nr. 301.

stellten Ausgabeetats muthmaßlich Rücksicht genommen sei, so dürfe doch dieses Verhältnis nicht mit Stillschweigen übergangen werden; es sei vielmehr eine unerläßliche Pflicht der städtischen Behörden, dafür zu sorgen, daß die Stadtgüter und Intraden als solche bezeichnet und daß die Summe, welche die Stadt bis zur definitiven Ausgleichung zu fordern berechtigt ist, festgestellt und von den Verwilligungen unabhängig gemacht werde.“

Der Antrag fand die einmütige Billigung der Kommissionsmitglieder. Er wurde an das Staatsministerium mit der Bitte um Durchführung einer solchen Feststellung zugeleitet. Auch das Ministerium stimmte diesem Antrag zu.

In den Finanz-Nebenvertrag wurde als Anlage L aufgenommen:

Verzeichnis der von der Stadt Braunschweig als zu deren Cämmereigütern und Intraden gehörig, in Anspruch genommene, gegenwärtig noch von der Landes-Regierung verwalteten Gegenstände:

1. Gut Wendhausen
2. Wendhäuser Forst
3. gutherrliche Besitzungen und Gefälle im Amte Eich
4. Gut Schandelah
5. Gut Vechelde
6. die Mühlen zu Braunschweig, Ölper und Eisenbüttel
7. die Gewölbe- und Boutiquen-Gelder
8. die Weinkeller in der Stadt Braunschweig
9. das Einkommen von Marktstellen
10. die Thor- und Brückengelder
11. die Waagegelder am Packhofe
12. die Holzabgabe an den Thoren .
13. das Einkommen von neuen Brauereien und Branntweinbrennereien
14. die Jagden innerhalb der Landwehren, im Amte Eich und im Gericht Wendhausen
15. Altstadtrathaus, Gewandhäuser, Neuehof, die alte Waage, das Hager Rathhaus pp.

Damit hatte WILHELM BODE einen großen Erfolg errungen, wenngleich er mit diesem Vergleich seine Forderungen noch nicht erfüllt sah. Immerhin nahmen nun die Streitigkeiten ein Ende, die wegen der Kosten der städtischen Anstalten dauernd ausgefochten werden mußten, da die Kammer nur „unter fortwährendem Widerstreben, ganz ungenügend und häufig nur als Vorschuß“ an die Stadt gezahlt hatte. Durch den Finanz-Nebenvertrag wurde ein bedeutendes Stadtvermögen bestätigt, aus dem die Stadt Zuschüsse erhielt, die rechtlich gefordert werden konnten. Doch bemerkte BODE: „Geschenkt ist der Stadt nichts, im Gegenteil sind die Forderungen höchst mäßig gestellt!“ Zu den künftigen Aufgaben rechnete Bode auch den Ausgleich wegen der ursprünglich städtischen 526 Morgen Grundfläche, die vom Staate bei der Anlage der Wallstraßen verkauft worden waren.



12. Konsistorialrat Dr. Jacob Ludwig Römer



13. Schulinspektor Carl August Daubert

Nach dem Interimistikum erhielt die Stadt eine jährliche Zahlung von 36 000 Rtl. Das ermöglichte der Stadt, ihre jährlichen Haushaltspläne mit Sicherheit aufzustellen. Dazu erhielt sie für die Armenkasse einen jährlichen aus der Klosterkasse zu zahlenden Zuschuß von 7000 Rtl. Dadurch wurden wiederum die Kirchenkassen entlastet, so daß die kirchlichen Bauten wieder pflichtgemäß unterhalten werden konnten. So wurden in den folgenden Jahren an St. Katharinen und St. Martini sowie an der Brüdernkirche umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten durchgeführt, der Turm der Andreaskirche durch Einbau von Blitzableitern gesichert, die Friedhöfe von St. Magni und St. Katharinen in Ordnung gebracht. Die Sammlung für die Armen in den Kirchen mittels des Klingelbeutels wurde abgeschafft.

Da gleichzeitig auch die bisher herzogliche Armendirektion der Stadt übertragen wurde, konnte diese die ihrem Zweck nicht mehr entsprechenden Armenhäuser auf dem Klint und zu St. Leonhard durch ein neues Gebäude vor dem Petritore ersetzen. Auf dem gleichen Gelände wurde 1838 das städtische „Pflegehaus“ in Benutzung genommen. Aus Armenhaus und Pflegehaus entwickelte sich seit 1859 das Städtische Krankenhaus.

Eine Genugtuung für WILHELM BODE in seinem Kampf um die Rechte der Stadt bedeutete die Aufhebung der Herzoglichen Waisenhausdirektion zum 1. April 1833. Wie alle Besitzungen und Güter der Stadt Braunschweig war auch die altehrwürdige Bürgerstiftung Beatae Mariae Virginis, die 1245 von Bürgern gegründet und seitdem mit einem umfangreichen Grundbesitz ausgestattet worden war, von den Staatsbehörden übernommen worden. Nun wurde der Stadt wenigstens das Mitbestimmungsrecht eingeräumt, denn am 23. März 1833 wurden als Direktoren des Großen Waisenhauses der Landespolizeidirektor PINI²⁹⁹⁾ als Vertreter des Staates und der Magistratsdirektor BODE als Vertreter der Stadt eingesetzt³⁰⁰⁾.

In den gleichen Tagen, am 26. März 1833, wurde auch die Grundsteinlegung für den neuen Schloßbau vollzogen und damit gleichsam auch der Schlußstein für den Neubau der staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogtums Braunschweig gesetzt. Zwar hatte die Bundesversammlung am 2. Dezember 1830 Herzog WILHELM beauftragt, einstweilen die Regierung des Landes zu übernehmen, auch im Juni 1832 den Herzog als stimmführendes Mitglied des Bundes anerkannt, doch war eine rechtliche Sicherung seiner

²⁹⁹⁾ KARL FRIEDRICH FERDINAND PINI, geboren zu Gandersheim am 24. September 1793, studierte seit dem 6. Mai 1811 in Göttingen Rechtswissenschaften, trat am 25. März 1814 als Kornett in das Braunschweigische Truppenkorps und ließ sich nach Beendigung des Feldzuges in Wolfenbüttel als Advokat nieder. Am 31. Mai 1816 in den Staatsdienst einberufen, war P. bei den Kreisgerichten zu Eschershausen, Bettmar und Schöppenstedt als Aktuar tätig. In Schöppenstedt wurde er 1820 zum zweiten Beamten, 1825 zum Kreisamtmann und 1827 zum Justizamtmann ernannt. Seit dem 18. August 1831 Leiter der Polizeidirektion Braunschweig, wurde er am 1. Dezember 1832 zum Kreisdirektor und gleichzeitig zum Landesdirektor ernannt. Am 1. Dezember 1838 wurde P. als Direktor zur Baudirektion versetzt; seit dem 6. Juni 1850 war er Finanzdirektor, starb aber schon am 11. Dezember 1851. (NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 10 Nr. 30).

³⁰⁰⁾ StABr: H IV Nr. 284d.

Stellung als Landesfürst, die auch für seine Nachkommen Gültigkeit gehabt hätte, nicht erreicht worden. Da alle Bemühungen auf einen Ausgleich mit seinem Bruder gescheitert waren, dessen Rückkehr nach Braunschweig zudem in aller Zukunft ausgeschlossen erschien, hatte Herzog WILHELM sich zu Anfang des Jahres 1831 entschlossen, endgültig die Regierung zu übernehmen und die verfassungsmäßige Erbhuldigung auf seinen nächsten Geburtstag, den 25. April 1831, festgesetzt. Mit den Spitzen der Landesbehörden hatte auch WILHELM BODE im Audienzsaal des Bevernschen Schlosses den Huldigungseid abgelegt. Dann begab er sich zum Altstadtmarkt, da er vom Herzoge beauftragt war, den Huldigungseid der Braunschweiger Bürgerschaft entgegenzunehmen. Hier hatte sich die Bürgergarde in einem großen Viereck aufgestellt, das die versammelte Bürgerschaft umschloß. In den Lauben des Altstadtrathauses nahmen der Stadtmagistrat, die Stadtverordneten und der Stab der Bürgerwehr Aufstellung. Nach dem Geläut sämtlicher Glocken der Stadt wies WILHELM BODE seine Mitbürger auf die Bedeutung des Tages hin, dann leisteten diese freudig den Eid unter dem Donner der Kanonen, die einen Salut von 101 Schuß abgaben ³⁰¹⁾.

Im Herbst 1831 wurde dann nach den Plänen des Baumeisters KARL THEODOR OTTMER mit dem Neubau des Residenzschlusses begonnen. Es ist menschlich verständlich, daß Herzog WILHELM angesichts der Ruinen und der Erinnerung an die Ursachen des Schloßbrandes an den Wiederaufbau an einer anderen Stelle dachte. Wohl solchen Wünschen folgend, schlug PETER JOSEPH KRAHE in einem großzügigen Entwurf vor, das Schloß inmitten weiter Parkanlagen auf dem Gelände vor dem Nußberg zu errichten, am Ende einer Straßenachse, die vom Burgplatz über den Steinweg und weiter in einer durch den Herzoglichen Küchengarten führenden Prachtallee verlief. Doch gegen solche Pläne richtete sich eine von vielen Bürgern der Stadt Braunschweig unterzeichnete Adresse, in welcher am 27. Januar 1831 der Herzog gebeten wurde, das Schloß auf dem Grauenhofsplatz zu belassen. „An Bewohnern, nicht an Raum fehlt es unserer Stadt, eine Erweiterung würde sie noch mehr veröden, eine innere Verschönerung sie neu beleben“ ³⁰²⁾. Am 11. Mai 1831 berief Herzog WILHELM eine Schloßbaukommission zur Vorbereitung des Neubaus der Residenz, und am 3. Juni 1831 genehmigte er den Neubau nach OTTMERS Plänen. Schon wenige Wochen später wurde begonnen, die Baugrube auszuheben, und während des Sommers 1832 wurde der wegen des moorigen Baugrunds erforderliche Pfahlrost eingerammt, wobei fast 5000 Eichen- oder Buchenpfähle von 20 bis 30 Fuß Länge in die Erde getrieben werden mußten. Auf ihnen ruhte der mit Eisenklammern verbundene Balkenrost aus eichenen Kanthölzern. Dieser Balkenrost wurde mit Buchenbohlen abgedeckt.

Am 26. März 1833 konnte dann die feierliche Grundsteinlegung vorgenommen werden. Herzog WILHELM begab sich in Begleitung der drei Minister, des Kammerpräsidenten

³⁰¹⁾ StABr: H IV Nr. 284b.

³⁰²⁾ FR. TH. KOHL, Das Residenzschloß. In: „Braunschweig“ 1/1960.

v. BÜLOW, des Adjutanten Major BAUSE und des Stadtdirektors BODE in das Staatsministerium und von hier, geführt vom Hofbaurat OTTMER, zum Bauplatz, wo die 800 am Bau beschäftigten Werkleute sich an den Grenzen des Rostwerkes aufgestellt hatten, gleichsam die Form des Neubaus nachzeichnend. Nach einer Rede des Ältesten des Maurergewerkes, des Meisters LEOPOLD, legte der Herzog mit silberner Kelle den Kalk für den Grundstein, und nachdem dieser gesetzt worden war, schlugen der Herzog und ihm folgend die Behördenvertreter ihn mit drei Schlägen fest. Dann gingen die Werkleute, jeder mit einem ansehnlichen Geldgeschenk versehen, in feierlichem Zuge zu ihren Herbergen, den Tag auf festliche Weise zu beschließen.

Schon zwei Jahre später konnte der mächtige Bau gerichtet werden. Begleitet von den drei Ministern, dem Oberhofmarschall FRHR. v. MARENHOLTZ und dem Stadtdirektor BODE stieg Herzog WILHELM auf den Gerüsten bis unter die Quadriga empor und schlug einen vergoldeten Nagel in das Sparrenwerk der das Bauwerk krönenden Kuppel, reichte dann die Zimmermannsaxt dem Staatsminister GRAF v. VELTHEIM, dem Oberhofmarschall v. MARENHOLTZ, Stadtdirektor BODE und als letzter Hofbaurat OTTMER folgten ³⁰³).

Die Tageszeitung berichtete: „Die Feier wurde durch die schönste Witterung begünstigt; der heitere, ungetrübte Glanz, mit dem die Sonne aus wolkenreinem Himmel auf die versammelten Tausende herabblickte, konnte nach den vergangenen trüben und stürmischen Tagen als ein Vorzeichen der Zukunft gelten“ ³⁰⁴).

Nach der Vertagung des Landtages im Oktober 1832 übernahm wieder ein von den beiden Sektionen der Ständeversammlung gewählter ständischer Ausschuß die Wahrnehmung der Rechte und Aufgaben der Ständevertretung. Der Ausschuß bestimmte WILHELM BODE zu seinem Präsidenten, dem damit eine große Arbeitslast mit der Vorbereitung zahlreicher Gesetzesvorlagen aufgebürdet wurde, um so mehr als der langjährige Landsyndikus JOH. LUDWIG PRICELIUS zum 1. Januar 1833 sein Amt aufgab, um die Stellung des Vizedomänendirektors bei der Kammer zu übernehmen. Da sein Nachfolger nur vom Plenum gewählt werden konnte, bestimmte für die Übergangszeit der Ausschuß den Braunschweiger Notar GROTRIAN zu seinem Vertreter ³⁰⁵).

Die Wahl eines neuen Landsyndikus wurde am 22. Juli 1833 durchgeführt. Dabei entschied sich das Plenum schon im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit für den Abgeordneten Hofrat BRUNS, der bei den Beratungen des Landesgrundgesetzes nicht nur als kenntnisreicher Jurist und sicherer Redner hervorgetreten war, sondern auch in schwierigen Fragen gewandt und erfolgreich mit dem Ministerium verhandelt hatte. Alle diese Eigenschaften ließen BRUNS für das Amt des Landsyndikus besonders geeignet erscheinen. BRUNS dankte dem Plenum in einer kurzen Ansprache für das ihm geschenkte Vertrauen, bedauerte aber, daß er Bedenken tragen müsse, die Wahl anzunehmen, da sie sein Aus-

³⁰³) NStAW: L Neu Abt. 3 Nr. 66.

³⁰⁴) Deutsche Nationalzeitung Nr. 44 (1835).

³⁰⁵) NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 367.

scheiden aus dem Staatsdienst erzwingen. Er könne sich aber nicht entschließen, seine jetzige Stellung aufzugeben, die ihm wert sei und ihm vorteilhafte Aussichten für die Zukunft eröffne. Doch das Plenum bat BRUNS, seine endgültige Entscheidung aufzuschieben und beauftragte den Abgeordneten HETTLING, mit BRUNS nochmals zu verhandeln. Da HETTLING BRUNS nicht umzustimmen vermochte, wurde am 24. Juli im dritten Wahlgang der Landgerichtsprokurator OESTERREICH in Wolfenbüttel³⁰⁶⁾ zum Landsyndikus gewählt und, nachdem ihn das Staatsministerium aus seinem Amte als Gehilfe beim Landesarchiv entlassen hatte, am 27. August 1833 vom ständischen Ausschuß vereidigt³⁰⁷⁾.

Am 1. Juli 1833 trat der 1. ordentliche Landtag, der aus 48 Abgeordneten bestand, zusammen und wählte den GRAFEN v. OBERG zu seinem Präsidenten. In Ausführung der Bestimmungen der Neuen Landschaftsordnung hatte dieser Landtag eine außerordentlich vielseitige Arbeit zu bewältigen. Zunächst nahm er die Ordnung des Staatshaushalts, der sich auf alle Teile der Staatsfinanzen erstreckte, in Angriff und verabschiedete dann die Budgets für die dreijährige Finanzperiode 1834/1836. Sodann wurden zahlreiche grundlegende Gesetze beraten und beschlossen: die Münzverfassung, der Zollvertrag mit Hannover, die neue Gemeinheitsteilungs-Ordnung, die Ablöseordnung für die Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes, die Einrichtung von Sparkassen bei den Leihhausanstalten, der Bau der Staatseisenbahn von Braunschweig nach Wolfenbüttel und schließlich die Städteordnung, um nur die wichtigsten Gesetze zu nennen.

Der Landtag delegierte sieben Abgeordnete in den Ständischen Ausschuß: Kammerrat v. VELTHEIM-Destedt, Kaufmann FRIEDRICH LÖBBECKE-Braunschweig³⁰⁸⁾, Ortsvorsteher DECKER-Klein Schöppenstedt³⁰⁹⁾, Oberappellationsrat GÜNTHER-Wolfenbüttel, Finanzrat

³⁰⁶⁾ JOHANN WILHELM OESTERREICH, als Sohn eines Hofgerichtsprokurators am 26. April 1800 zu Wolfenbüttel geboren, studierte 1818/1821 in Göttingen Rechtswissenschaften, war seit 1823 als Aktuar beim Kreisamt Wolfenbüttel, seit 1825 dort als Advokat tätig und wurde 1826 als Prokurator beim Landgericht zugelassen; nebenamtlich wirkte er seit 1827 als Gehilfe beim Landeshauptarchiv. Am 24. Juli 1833 zum Landsyndikus gewählt, versah er dieses Amt bis zu seiner Pensionierung am 26. März 1874. Oe. war politisch stark interessiert: 1850 gehörte er als Abgeordneter dem Erfurter Parlament, 1867 bis 1870 als Mitglied der nationalliberalen Fraktion dem Norddeutschen Bundestage an; von 1850 bis 1866 war er Mitglied, längere Zeit auch Vorsitzender der Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung. Dazu war er von 1869 bis 1880 Mitglied der Landessynode. (Br. Anz. Nr. 286 vom 7. Dezember 1880).

³⁰⁷⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 368.

³⁰⁸⁾ FRIEDRICH KARL LÖBBECKE, geboren am 2. April 1783 zu Braunschweig, besuchte seit 1798 das Collegium Carolinum, erlernte die Kaufmannschaft und war mehrere Jahre in London und Manchester tätig, bis er am 1. Januar 1812 als Teilhaber in die Handlung Gebr. Löbbecke & Co. in Braunschweig eintrat, der er bis zu seinem Tode am 20. August 1847 angehörte. L. war in kinderloser Ehe mit AMALIE geb. HENNEBERG verheiratet, der Enkelin von LESSINGS Gattin EVA KÖNIG. Die von FRIEDRICH L. zusammengebrachte Gemäldesammlung schenkte AMALIE L. später dem Städtischen Museum; AMALIE L. machte sich durch die Fürsorge für die Armen und Bedürftigen (Volksskindergarten, Friedrichsstift) verdient. Die Amalienstraße und der Amalienplatz sind nach ihr benannt.

³⁰⁹⁾ ACKERMANN HEINRICH CHRISTIAN DECKER in Klein Schöppenstedt (geboren 20. August 1769, gestorben 25. Oktober 1849).

v. THIELAU-Braunschweig, Hofrat HETTLING-Wolfenbüttel, Stadtdirektor BODE. Am 31. Juli 1833 wurde BODE zum Präsidenten des Ständischen Ausschusses gewählt ³¹⁰⁾. Dieses Amt hat er dann ununterbrochen bis zu seinem Ausscheiden aus dem Parlament 1848 ausgeübt.

Die Allgemeine Städteordnung für das Herzogtum Braunschweig ³¹¹⁾ brachte nicht so sehr Neuerungen, sondern faßte das bisherige Recht in übersichtlicher Ordnung zusammen. Den Städten wurde das Selbstverwaltungsrecht und eine selbständige Finanzverwaltung zugebilligt; zur Deckung ihres Finanzbedarfs standen ihnen die Erträge der Grundsteuer und der von ihnen zu veranlagenden Kommunal-Einkommensteuer zu. Als Vertreter der Bürgerschaft wurden in Braunschweig 24 Stadtverordnete durch Wahlmänner gewählt. Die Verwaltung der Stadt lag dem Magistrate ob, dessen Mitglieder von den Stadtverordneten gemeinsam mit den stimmführenden Magistratsmitgliedern gewählt wurden, und zwar die besoldeten Magistratsmitglieder auf Lebenszeit, die unbesoldeten jeweils auf drei Jahre, wobei Wiederwahl unbeschränkt möglich war. Die Staatsaufsicht wurde zunächst von den Kreisdirektionen, die damals eingerichtet worden waren, in oberster Instanz vom Ministerium des Inneren ausgeübt.

Wenn nun auch diese Städteordnung der Stadt Braunschweig das Selbstverwaltungsrecht verhielt, so konnte es doch in Wirklichkeit nur sehr unvollkommen ausgeübt werden, da durch die dienstliche Unterstellung unter die Kreisdirektion die Entscheidungsfreiheit des Magistrats weit über Gebühr und Notwendigkeit eingeengt wurde, zumal das Staatsministerium diese Bürokratisierung der Verwaltung nachhaltig förderte. Dabei hatte schon die Landtagskommission für die Prüfung des Regierungsentwurfs der Städteordnung, der auch WILHELM BODE angehörte, „die möglichste Befreiung der Stadtgemeinden von der Bevormundung durch Mittelbehörden“ gefordert, „damit das innere Leben nicht durch beengende Schranken gelähmt, nicht das Gedeihen des Guten durch zu viele Controlden gegen das Böse gehemmt, sondern redlicher Thätigkeit und Einsicht offenes Feld gelassen werde“. Aber auch dieser eindringliche Hinweis war vergeblich gewesen ³¹²⁾.

In seinen Erinnerungen ³¹³⁾ beklagt WILHELM BODE diese unerfreuliche Entwicklung. Er stellt fest, daß in der Zeit von 1825 bis 1834 der Magistrat seine Vorschläge unmittelbar dem Staatsministerium vorlegte und daß in dieser Zeit das Stadtoberhaupt sich einer verhältnismäßig selbständigen Stellung erfreute. Aber nach der Verwaltungsreform wurde es schlimmer statt besser, da die Kreisdirektion dazwischen geschaltet wurde und der Kreisdirektor PINI sich in alles mischte, selbst in ganz untergeordnete Dinge wie die Gewerbebegenehmigung oder die Gewährung des Domizil- und Aufenthaltsrechts. BODE war wohl nicht zu Unrecht darüber ungehalten, daß die Stadt Braunschweig gleich jeder kleinen Landgemeinde der Kreisdirektion unterstellt worden war. Er konnte sich aber überhaupt mit der Schaffung der Kreisdirektionen nicht einverstanden erklären, die ja

³¹⁰⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 597.

³¹¹⁾ GuVS 1834, S. 17—60.

³¹²⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 180 Vol. I.

³¹³⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

damals noch Mittelbehörden waren, da unter ihnen als die eigentlichen Verwaltungsbehörden die Ämter standen. „Sechs unbeschäftigte Kreisdirektionen wähen in ihrem Dünkel den Königl. Preussischen Provincialpräsidenten oder den Königl. Hannöverschen Landdrosten sich gleichsetzen zu können, um aber einigermaßen beschäftigt zu sein, drängen sie sich in die Localverwaltungen hinein und stellen alle die Mängel heraus, die unnütze Mittelbehörden zur Schau tragen.“

Bodes Urteil ist insofern gültig, als die doch sehr beschränkten Verhältnisse des Herzogtums Braunschweig die Schaffung von sechs Mittelbehörden kaum zuließen. Aber im Falle der Stadt Braunschweig wurden die natürlichen Reibungen zwischen dem tatkräftigen und selbstbewußten Stadtoberhaupt und den vorgesetzten Behörden noch verschärft durch Charaktermängel der vorgesetzten Beamten, die BODE viel Ärger und Verdruß bereiteten.

Darüber berichtet WILHELM BODE: „Nie hat wohl ein Minister des Landes seinen Posten besser ausgefüllt als von SCHLEINITZ. Das Justizfach sah und urteilte er selbst und richtig, er war aber auch Minister des Inneren, und in dieser Eigenschaft stand er nicht so hoch als in jener. Die im Fache der Verwaltung vorkommenden Geschäfte schienen ihm lästig und niedrig zu sein. Er übertrug sie zum Teil, namentlich die städtischen Angelegenheiten und das Medicinalwesen dem Ministerialrat von KOCH“ ³¹⁴). Über letzteren aber fällte BODE ein vernichtendes Urteil: „KOCH, der ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter, nicht eigentlich wissenschaftlich gebildet und noch weniger im Besitze der Humanität ist, ohne welche kein Amtsdienner zu höheren Stufen zugelassen werden sollte, gehört zu der gemeinen Klasse von Menschen, die einen höheren Standpunkt in dem Maße zu erreichen glauben, als sie andere ehrlichere Leute niedertreten. Ich würde so hartes Urteil über die in Rede stehenden Menschennatur nicht fällen, wenn ich nicht häufiger Augen- und Ohrenzeuge der Art von Verläumdungen, der Manier im Verläumden, gewesen wäre, welche diesem, übrigens gegen alle Menschen freundlich sich bezeugenden Manne eigenthümlich ist.“

Dabei befand sich KOCH in einer unangreifbaren Stellung, da ihn der ja auch nicht von Herrschsucht ganz freie Minister von SCHLEINITZ schützte. Aber auch bei dem Herzog WILHELM hatte sich KOCH nach dem Tode des Oberkammerherrn v. HOHNHORST durch seine geschickten Dienste beliebt gemacht, so daß der Fürst ihn am 25. April 1837 in den Adelsstand erhob, für KOCH eine damals selten gewährte Auszeichnung. Sein letztes Ziel, selbst Minister zu werden, demzuliebe er tüchtige Beamte wie die Ministerialräte v. THIELAU und v. GEYSO aus der obersten Landesbehörde verdrängt hatte, konnte KOCH zwar

³¹⁴) JOHANN GEORG CHRISTIAN (VON) KOCH wurde am 6. August 1790 zu Braunschweig als Sohn eines Syndikus geboren und studierte seit dem 5. Oktober 1809 in Göttingen Rechtswissenschaften. Am 6. Februar 1814 wurde er als Regimentsquartiermeister beim Reservebataillon, am 26. Juli 1814 als Regimentszahlmeister beim 2. Jägerbataillon angestellt. Nach Teilnahme an den Feldzügen 1814/15 wurde er im Januar 1816 auf Wartegeld gesetzt, dann am 3. Februar 1818 als Kammersekretär in den Staatsdienst übernommen und am 7. März 1827 zum Kammerassessor ernannt. Am 9. März 1831 als Hofrat und Geheimsekretär in das Ministerium berufen, wurde er im Juni 1835 zum Ministerialrat befördert und am 22. März 1848 als Geheimer Rat in den Ruhestand versetzt. K. starb am 23. April 1861 zu Braunschweig. (StABr: H VIII A Nr. 3081).

erreichen, aber nicht halten. Denn als er 1848 nach dem Ausscheiden der Minister GRAF v. VELTHEIM und SCHULZ zum Mitglied des Staatsministeriums ernannt wurde, war der allgemeine Unwille in der Bevölkerung so groß, daß KOCH es vorzog, nach drei Tagen der Ministerherrlichkeit selbst um seinen Abschied zu bitten.

An KOCH, aber auch an die Minister v. SCHLEINITZ und SCHULZ, mit denen er schon vom Universitätsstudium her bekannt war, hatte sich der Landesdirektor PINI herangedrängt. PINI, der nach BODE „gegen seine Vorgesetzten sich sklavisch, ja hündisch zeigte“, war der Zuträger aller Neuigkeiten und KOCHS Gehilfe bei seinen Intrigen. Wozu KOCH und PINI fähig waren, zeigte der Hochverratsprozeß gegen die GRÄFIN v. GÖRTZ-WRISBERG und Genossen. Die verhältnismäßig harmlose Angelegenheit war von KOCH und PINI aufgebauscht und hochgespielt worden, um sich als Retter des Vaterlandes zu bewähren. Die meisten der von PINI ermittelten und verhafteten Angeklagten wurden in der ersten Instanz freigesprochen, andere in der zweiten. Lediglich der Oberstleutnant v. KALM wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, obgleich die Juristenfakultät der Universität Heidelberg in einem Gutachten festgestellt hatte, daß KALM „des angeschuldigten Verbrechens des Hochverraths nicht schuldig sey“ ³¹⁵⁾, wenn er auch freimütig seine Anhänglichkeit an Herzog KARL und seinen Abscheu über die Revolution und den Schloßbrand bekundet hatte.

Am 5. Dezember 1832 wurde WILHELM BODE die Amtsbezeichnung Stadtdirektor verliehen. Zum „Oberbürgermeister“ hatte das Staatsministerium sich auch bei dieser Gelegenheit nicht aufschwingen können, vielmehr die Bezeichnung Stadtdirektor in Angleichung an die zu dem gleichen Termin eingesetzten Kreisdirektoren gewählt. Gleichzeitig wurde BODE in die neu errichtete Landesdirektion berufen, die aus den sechs Kreisdirektoren und den Stadtdirektoren von Braunschweig und Wolfenbüttel unter dem Vorsitz des Landesdirektors PINI bestand ³¹⁶⁾.

Für den am 21. Dezember 1832 infolge seines Übertritts in den Staatsdienst aus dem Magistrat ausgeschiedenen Stadtrat LANGERFELDT wurde der bisherige Magistratssekretär Dr. MEIER zum Stadtrat gewählt. 1835 wurde dann eine Nachwahl für den am 30. April 1835 verstorbenen Stadtrat STISSER notwendig. Im Einvernehmen mit den Stadtverordneten wurde die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder auf drei festgesetzt, dazu sollten zwei unbesoldete Stadträte treten, deren Wahl die neue Städteordnung ermöglichte. Bei den Vorbereitungen der Wahlen entstand eine Auseinandersetzung wegen des Wahlrechtes des Polizeidirektors, das die Stadtverordneten bestritten, das Staatsministerium dagegen bestätigte. Auch einen erneuten Einwand der Stadtverordneten, daß der Polizeidirektor zwar dem Magistrat angehöre, seine Wirksamkeit aber auf die Polizeiangangehenheiten beschränkt sei, und überdies, da er in Personalunion mit dem Kreisdirektor auch

³¹⁵⁾ J. SCHOLZ, Darstellung des Strafrechtsfalles gegen die Gräfin v. Görtz-Wrisberg. Lüneburg 1835.

³¹⁶⁾ Braunschw. Anz. 1832, Sp. 4713/14.

der Aufsichtsbeamte sei und als solcher das Wahlrecht nicht beanspruchen könne, wurde vom Ministerium am 11. November 1835 zurückgewiesen³¹⁷⁾.

In der am 17. November 1835 unter der Leitung BODES durchgeführten Wahlhandlung wurden vom Stadtmagistrat und von den Stadtverordneten gewählt:

zum besoldeten Magistratsmitglied

Polizeikommissär GEORG WILHELM MACK³¹⁸⁾,

zu unbesoldeten Magistratsmitgliedern

Kaufmann GEORG WILHELM HINKE³¹⁹⁾,

Partikulier STAATS FRIEDRICH VON BROITZEM³²⁰⁾.

Am 2. Januar 1836 berichtete Stadtdirektor BODE dem Ministerium und bat um die Bestätigung der Wahl. Bei der Begründung der Wahlvorschläge bemerkte BODE bei MACK, er sei „als ein geschickter, sehr fleißiger und rechtlicher Offiziant längst bekannt“. Etwas ausführlicher kennzeichnete er die beiden unbesoldeten Magistratsmitglieder: „Der Particulier HINKE betrieb vormals Großhandel, ein bedeutendes Vermögen gestatte ihm aber, das Geschäft aufzugeben und sich nun der städtischen Administration ganz zu widmen. Er steht als ein einsichtsvoller, fester und rechtlicher Mann bei seinen Mitbürgern in hohem Ansehen. Dies ist auch in Betreff des Particuliers VON BROITZEM der Fall. Seit einer langen Reihe von Jahren war er ein uneigennütziger und unermüdeter Förderer der hiesigen Armenpflege. Er ist mit diesem Zweige der Verwaltung genau bekannt und als Jugendpfleger und Mitaufseher der Armen- und Freischulen hat er anspruchslos viel Gutes bewirkt. Er ist der letzte Sproß eines hiesigen Geschlechts, welches früher mehrere hundert Jahre hindurch an der Stadtverwaltung Theil nahm und er, der auf Schulen und Universitäten eine wissenschaftliche Bildung verfolgte, ist zu dem ihm übertragenen Amte völlig qualificirt“³²¹⁾.

Am 4. Januar 1836 vollzog das Staatsministerium die erbetenen Ernennungen. Wenige Wochen später starb der Stadtrat v. BROITZEM. Zu seinem Nachfolger wurde am 17. März

³¹⁷⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 13d Nr. 5329.

³¹⁸⁾ GEORG WILHELM MACK wurde am 26. Juni 1795 zu Braunschweig geboren als Sohn des Tischlermeisters JOHANN GEORG M., der sich in der westfälischen Zeit als ein aufrechter Mann erwies. Nach dem Studium der Rechte, das M. am 8. Mai 1814 in Göttingen begann, trat er in den braunschweigischen Staatsdienst. Er war Kommissär bei der Polizeidirektion in Braunschweig, als er am 4. Januar 1836 zum Stadtrat ernannt wurde. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem Tode am 25. August 1860. (StABr: H VIII A Nr. 3494).

³¹⁹⁾ GEORG WILHELM HINKE, geboren am 16. November 1789 zu Braunschweig, übernahm am 1. Januar 1817 das väterliche Geschäft, eine Eisenwarengroßhandlung am Kohlmarkt Nr. ass. 103. Im Jahre 1830 kam auch das Haus Nr. ass. 102 mit der in ihm betriebenen Gewürz- und Materialwarenhandlung en gros nebst Kommissions- und Speditionsgeschäft in seinen Besitz. H. starb im Herbst 1858.

³²⁰⁾ STAATS FRIEDRICH V. BROITZEM, geboren im Juli 1776, gestorben am 15. Februar 1836, besuchte seit 1795 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 7. Mai 1797 in Helmstedt Rechtswissenschaften.

³²¹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 13d Nr. 5330.

1836 der Obersteuerrat a. D. KARL G. W. HENNEBERG gewählt. Bode hatte das Ergebnis dieser Wahl dem Staatsministerium unmittelbar berichtet, das die Wahl zwar am 12. April 1836 genehmigte, zugleich aber auch den Stadtdirektor BODE anwies, „künftig, der Verordnung gemäß, alle die städtische Verwaltung angehenden Berichte durch die Herzogliche Kreisdirektion an Uns gelangen zu lassen“.

Bei der bestimmungsgemäß im Herbst 1838 abgehaltenen Wahl der unbesoldeten Stadträte wurde für HENNEBERG der Stadtphysikus Dr. FRANKE gewählt. In dieser Besetzung: MEIER, MACK, HINKE und FRANKE blieb der Magistrat bis zu WILHELM BODES Ausscheiden aus der Stadtverwaltung 1848 bestehen.

Aus welchem Grunde der Stadtrat HENNEBERG nach kaum zweijähriger Tätigkeit aus seinem Amte schied, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Vielleicht bewog ihn seine Schwerhörigkeit, sich nicht wieder zur Wahl zu stellen, vielleicht fühlte er sich im Kreise der Magistratsmitglieder aber auch nicht wohl. Denn ein Zeitgenosse erzählt von HENNEBERG: „Er galt für einen fähigen und gewandten Kopf, schlug aber die Geschäfte gern rasch von der Hand und gewann so die Zeit zu den geselligen und Tafel-Freuden, die er sehr schätzte und von einem beträchtlichen Vermögen begünstigt, sich gestatten konnte, bis in den späteren Lebensjahren seine Harthörigkeit ihn daran hinderte und zu einem stilleren Leben, freilich sehr auf Kosten seiner guten Laune, nöthigte“³²²).

Die starke Inanspruchnahme durch seine Tätigkeit in der Ständeversammlung bewirkte, daß WILHELM BODE das nach den Bestimmungen der Städteordnung zu erstellende Statut als Grundlage der Arbeit der Stadtverwaltung nicht rechtzeitig fertigstellen konnte. Erst am 19. Februar 1838 legte er namens des Magistrats den Stadtverordneten, deren Vorsteher damals der Kaufmann JOH. FRIEDRICH GRASSAU war, den Entwurf der Statuten zur Genehmigung vor. In der Stadtverordnetenversammlung am 19. März 1838 wurde eine Kommission zur Prüfung des Magistratsentwurfs eingesetzt, als deren Mitglieder die Kaufleute WILHELM GELLER und HEINRICH GRASSAU sowie der Gymnasialdirektor Dr. HARTWIG bestimmt wurden. Die Kommission empfahl der Stadtverordnetenversammlung, den Entwurf unverändert zu genehmigen, wozu sie am 18. April 1838 ihre Zustimmung gab³²³).

Damit war der Aufbau der Stadtverwaltung zunächst abgeschlossen. Auch Bodes alte Forderung nach einer Handelskammer als der gesetzmäßig verankerten Vertretung der Braunschweiger Kaufmannschaft konnte in diesen Jahren durchgesetzt werden. Freilich zeigte sich auch hier, wie ungern und nur sehr zögernd die Regierung sich bereit fand, staatliche Rechte an neu zu bildende Selbstverwaltungskörperschaften zu übertragen.

Am 8. Oktober 1832 stellte in der gemeinsamen Sitzung der beiden Sektionen der Ständeversammlung der Stadtdirektor BODE den Antrag auf Einrichtung eines Handels-

³²²) NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 10 Nr. 30, S. 133.

³²³) StABr: D III I Nr. 1.

gerichtes in der Stadt Braunschweig behufs der Entscheidung der eigentlichen Handelsstreitigkeiten und auch der verantwortlichen Abwicklung von Konkursen von Kaufleuten. Der Beschluß des Plenums, die Regierung zu beauftragen, einen dahin zielenden Gesetzentwurf vorzulegen, wurde am 10. Oktober durch die beiden Präsidenten v. PLESSEN und BODE dem Staatsministerium mitgeteilt und auch in den Landtagsabschied vom 12. Oktober 1832 aufgenommen.

Drei Jahre später griff der Braunschweiger Abgeordnete FRIEDRICH GRASSAU diese Frage erneut auf und stellte in der Landtagssitzung am 6. April 1835 den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, die Erfüllung seiner Zusage auf Einrichtung eines Kaufmannsgerichts nicht länger mehr aufzuschieben. Am 7. April begründete GRASSAU seinen Antrag. Er betonte, daß der Handelsstand schmerzlich empfunden habe, daß inzwischen drei Jahre verstrichen wären, ohne daß diese für die Kaufmannschaft wichtige Angelegenheit weiter gediehen wäre, denn Streitigkeiten, deren Erledigung vor den ordentlichen Gerichten Monate erforderten, könnten vor einem Handelsgericht in wenigen Stunden abgetan werden ³²⁴). Am 4. Mai lag dem Plenum der Kommissionsbericht vor, der trotz mancher Bedenken die Annahme empfahl ³²⁵). In der Sitzung am 5. Mai 1835 stimmte der Landtag mit großer Mehrheit zu.

Die Vertreter der Braunschweiger Kaufmannschaft brachten dann am 10. Januar 1837 einen erneuten Antrag auf Erledigung der Angelegenheit ein, dem das Plenum am 26. Januar 1837 zustimmte, wenn auch in der Aussprache darauf hingewiesen wurde, daß der Antrag vielleicht nicht mehr nötig sei, da dem Vernehmen nach das Staatsministerium den Entwurf eines Reglements für den Kaufmannsverein fertiggestellt hatte. Darin war vorgesehen, daß diese Korporation der Kaufleute

1. Schiedsrichter bestimmte zur Schlichtung von Streitigkeiten unter Kaufleuten oder zwischen Kaufleuten und Frachtfahrern,
2. bei Konkursen Kuratoren stellte zur Verwaltung und Regulierung der Masse,
3. auf Antrag der ordentlichen Gerichte in Handelssachen Gutachten erstattete ³²⁶).

Im April 1841 berichtete der Stadtmagistrat der Kreisdirektion, daß am 22. März etwa 150 Kaufleute der Stadt zu einem Kaufmannsverein zusammengetreten waren. Am 3. Mai verlieh das Staatsministerium diesem Verein die Rechte einer öffentlich anerkannten Korporation, aus der sich dann 1864 die Handelskammer Braunschweig entwickelte ³²⁷).

Die Beziehungen zwischen dem Herzogtum Braunschweig und dem benachbarten Königreich Hannover waren sehr gut gewesen, solange dort der Herzog ADOLF FRIEDRICH von Cambridge (1774—1850), der jüngste Bruder des dama-

³²⁴) NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 809.

³²⁵) Landtagsverhandlungen 1835: Anlage IV zu No. CCLIX.

³²⁶) Landtagsverhandlungen 1837: Anlage IV zu No. XIV.

³²⁷) Die Industrie- und Handelskammer Braunschweig. Entstehung und geschichtliche Entwicklung (1953), S. 13—15.

ligen Königs von Großbritannien und Hannover WILHELM IV. (1765—1837), als Generalgouverneur und seit 1831 als Vizekönig die Regierung führte. Ihm hatte Hannover die Auflösung der deutschen Kanzlei in London und damit eine Stärkung der hannoverschen Regierung sowie eine verhältnismäßig liberale Verfassung, das Staatsgrundgesetz von 1833, zu verdanken. Als aber nach dem Tode WILHELMS IV. die Herrscherwürde Großbritanniens auf dessen Nichte VIKTORIA überging, fiel Hannover an einen älteren Bruder Cambridges, den bisherigen Herzog von Cumberland ERNST AUGUST (1771—1851). Seit 1837 König von Hannover, führte er die vom Herzog von Cambridge eingeleitete Entwicklung nicht fort. Er hob das Staatsgrundgesetz auf und setzte dafür die Verfassung von 1819 wieder in Kraft, die im wesentlichen ein Werk des Grafen MÜNSTER gewesen war. Diese aus eigener Machtvollkommenheit vollzogene Verfassungsänderung, die politisch einen starken Rückschritt bedeutete, erregte natürlich in allen liberalen Kreisen Deutschlands starkes Befremden. Allgemeine Entrüstung aber löste die Entlassung der sieben Göttinger Professoren aus, die am 18. November 1837 in einer Eingabe an den König die Erklärung abgegeben hatten, daß sie sich ihres auf das Staatsgrundgesetz abgelegten Eides nicht als entbunden erachten könnten.

WILHELM BODE verurteilte die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes und seinen Ersatz durch „eigenmächtige und einseitige Institutionen“ des Königs. Auch von der Entlassung und Landesverweisung der Göttinger Sieben zeigte er sich sehr betroffen. Über die Göttinger Ereignisse unterrichtete ihn sein dort studierender Neffe LOUIS BODE ³²⁸⁾, der am 21. November 1837 an seinen Onkel schrieb: „Das Neueste und Wichtigste hier in G. ist nämlich, daß vorgestern sieben der angesehensten Professoren (nämlich: Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jacob und Wilhelm Grimm, Weber) die im kurzen und entscheidenden Thon abgefaßte Erklärung nach Hannover an den König abgeschickt haben, daß, falls er bei seinem Entschluß, das Staatsgrundgesetz des Königreichs nicht anzuerkennen, beharren würde, sie sich genöthigt sähen, um ihre Entlassung zu bitten, da sie nicht länger in einem Staate dienen könnten, in welchem alles von der Willkühr des Herrschers abhinge. Diese Schrift enthält dann auch die 7 eigenhändigen Unterschriften dieser Männer. Dieselbe Erklärung sollen auch C. O. Müller und Langenbeck abgegeben haben, jedoch haben sie sich nicht zum Unterschreiben verstehen wollen. Daß hierüber nun die größte Aufregung unter Bürgern und Studenten entstanden ist, ist natürlich: gestern wurden in den besuchtesten Vorlesungen bei Albrecht, Dahlmann, Ewald, Grimm überall Gesundheitsen ausgebracht, und durch Scharren mit den Füßen ihnen der Beifall über ihr Benehmen zu erkennen gegeben. Gestern Abend um 8 Uhr hatte sich auch ein Schwarm von 400—500 Studenten auf dem neuen Universitätsplatz versammelt, um diesen Professoren ein Vivat zu bringen, als sie aber an das Weenderthor kommen, um Dahlmann zuerst zu

³²⁸⁾ LUDWIG CONRAD CHRISTIAN BODE, geboren am 15. August 1816 zu Groß Winnigstedt, studierte seit 1836 in Jena und seit dem Herbst 1837 in Göttingen Theologie und Philologie. Er starb am 18. Juli 1842 als Hauslehrer zu Riggisberg im Kanton Bern. (Deutsches Geschlechterbuch Bd. 102).

besuchen, welcher außerhalb der Stadt wohnt, finden sie das Thor verschlossen und mit doppelter Wache besetzt: dann werden sie durch Landdragoner auseinander getrieben. Sollten wirklich diese 9—10 der angesehensten Professoren Göttingen verlassen, wie es leider wirklich jetzt zu befürchten ist, und wie sie es auch selbst schon ihren Zuhörern erklären, so ist es um den Ruf der Universität geschehen, und das Jubiläum möchte dann wohl ein letztes Auflodern des alten Ruhms der Georgia Augusta gewesen sein . . .“

Am 14. Dezember setzte LOUIS BODE seinen Bericht fort: „Endlich bin ich im Stande, Dir über den Ausgang unserer politischen Angelegenheiten hier in Göttingen einiges Näheres mitzutheilen, und thue dieß in möglichster Eile, da ich weiß, wie sehr man sich in Braunschweig für diese Neuigkeiten interessiert.

Heute Mittag haben die sieben Professoren, welche den Huldigungseid verweigert haben, sämtlich ihren Abschied vom König bekommen, und zwar so, daß jene 4 Dahlmann, beide Grimm, Gervinus, welche Ausländer sind, binnen drei Tagen das hannöversche Land meiden müssen, die übrigen aber augenblicklich ihre Vorlesungen zu schließen angewiesen sind. Wie groß war mein Erstaunen, als ich heute zu Dahlmann in das Collegium gehen wollte und folgenden Anschlag am Auditorium fand: „Da ich in diesem Augenblick erfahre, daß ich von seiner Majestät dem König meines Amtes entlassen bin, so bin ich verbunden, meine Vorträge zu schließen. Wenn die Herren irgend Liebe für mich hegen, wovon sie mir so viele rührende Beweise gegeben haben, so lassen Sie völlige Ruhe bei Ihrem Auseinandergehen obwalten, und bleiben Sie der Gesetzlichkeit treu, und ehren so die wenigen Tage, die ich hier noch zubringen werde. Dahlmann, am 14. Dezember um 2³/₄ Uhr.“

Welches Aufsehen und Erstaunen dieß erregte, kann man sich leicht denken, vorzüglich als man auch in den Auditorien der übrigen Professoren ähnliche Anschläge las. Die Anzahl der Landdragoner hier in Göttingen ist verdoppelt, und auf der Weenderstraße reiten sie mit gezogenen Säbel auf und ab: in Weende und Bovenden sind auch vorige Nacht in aller Stille Cuirassier eingerückt, um nöthigenfalls bei der Hand zu sein. Die Göttinger Bürger sind am meisten besorgt, da die Universität jedenfalls sehr sinken wird. Denn jenen 7 Männern haben sich jetzt noch mehrere Professoren, Ritter, Liebner, Schneidewin, C. O. Müller, Leutsch, Kraut und mehrere andere angeschlossen, die ein ähnliches Schicksal zu erwarten haben. Hier geht das Gerede, welches aber wahrscheinlich nicht begründet ist, daß in Helmstedt wieder für Braunschweig eine Universität errichtet würde: gewiß der Zeitpunkt könnte nicht besser gewählt werden, da jene Männer allein schon fast im Stande wären, zusammen die 4 Fakultäten zu besetzen.

Wie ich höre, werden selbst hier auf der Post oft die Briefe, welche abgesandt werden, erbrochen, so daß ich nicht wagen mag, Dir über Manches, was ich erfahren habe, ausführlicher Nachrichten mitzutheilen, da es möglich ist, daß diesem Briefe ein ähnliches Schicksal bevorsteht . . .“ 329).

³²⁹⁾ StABr: H IV Nr. 52.

WILHELM BODE berichtet ³³⁰⁾, daß der König von Hannover auch Herzog WILHELM zu einem ähnlichen Vorgehen gegen die Neue Landschaftsordnung aufzureizen suchte; bei der festen Haltung des Braunschweigischen Staatsministeriums waren freilich solche Versuche von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese von Hannover eingeleiteten „Intrigen“ fanden aber Widerhall und Unterstützung bei einer Gruppe des landgesessenen Adels, an deren Spitze einige Mitglieder der Familie VON VELTHEIM standen. Dieser Kreis von Rittergutsbesitzern hatte den Verlust seiner ständischen Vorrechte durch die Neue Landschaftsordnung nicht verschmerzt. In wiederholten Eingaben an den Herzog forderten sie die Anerkennung einer selbständigen ritterschaftlichen Korporation, die Verwaltung des ritterschaftlichen Teils der staatlichen Stipendien, die Anerkennung ihrer vermeintlichen Rechte auf das Stift Steterburg und schließlich die Trennung der herzoglichen Domänen und der Rittergüter von den Gemeinden, welche letztere Frage durch Verhandlungen zwischen dem Staatsministerium und den Deputierten der Ritterschaft, also unter Ausschluß der Landesversammlung, erwogen und festgestellt werden sollte. Da das Staatsministerium diesen Bestrebungen jede Unterstützung versagte, versuchten die Vertreter der Ritterschaft das Ministerium, und insbesondere den Minister v. SCHLEINITZ, durch Verdächtigungen vom Herzog zu trennen. Vor allem der Kammerherr WILHELM v. VELTHEIM auf Veltheim ³³¹⁾, der zur engeren Umgebung des Herzogs gehörte und oft von diesem zu Spielpartien herangezogen wurde, hetzte gegen v. SCHLEINITZ und auch gegen seinen Onkel, den Staatsminister Graf WERNER v. VELTHEIM, der sich ebenfalls den verfassungswidrigen Forderungen der Ritterschaft widersetzte. Auch in öffentlichen Äußerungen wurden die Mitglieder des Staatsministeriums verunglimpft. Bei alle dem rechneten die Vertreter der Ritterschaft nach BODES Meinung „auf die Eindrücke, welche die Strafflosigkeit der Gewaltthätigkeiten zu Hannover auf den Herzog machen würden“.

Um die Forderungen der Ritterschaft auch in der Öffentlichkeit zu vertreten, gab einer ihrer Wortführer, der Rittergutsbesitzer ADOLF VON GRONE auf Westerbrak, eine Schrift heraus: „Geschichte der corporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation“, die im Herbst 1842 in Hannover erschien. Bei ihrer Abfassung wurde v. GRONE von seinem Schwiegervater, dem damaligen Kammerdirektor G. PH. v. BÜLOW auf Groß Rhode unterstützt. BÜLOW, den BODE bei dieser Gelegenheit als „einen malcontenten durchtriebenen alten Fuchs“ charakterisiert, war nach der Revolution von 1830, nicht zuletzt auf BODES Betreiben hin, aus dem braunschweigischen Staatsdienst entlassen worden, um dem Minister v. SCHLEINITZ Platz zu machen.

³³⁰⁾ StABr: H IV Nr. 99.

³³¹⁾ WILHELM FREIHERR VON VELTHEIM, Herzoglich Braunschweigischer Oberkammerherr, wurde am 20. Dezember 1802 zu Destedt geboren. Nach dem Rechtsstudium in Göttingen und Heidelberg trat er in den braunschweigischen Staatsdienst und war seit 1827 Kammerrat in der Domänenverwaltung. 1832 erwarb er von der Familie v. HONRODT das Rittergut Veltheim an der Ohe, das sich heute noch im Besitz seiner Nachkommen befindet. Er starb am 14. Dezember 1868 zu Braunschweig. (G. SCHMIDT, Geschlecht v. Veltheim, S. 340).

Im Einvernehmen mit dem Staatsministerium antwortete WILHELM BODE auf die Schrift v. GRONES ³³²). Bei seiner umfassenden Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung und der gründlichen Vertrautheit mit der urkundlichen Überlieferung war es für BODE nicht schwierig, die unzulänglich begründeten Behauptungen v. GRONES zu widerlegen. Die ruhigen, sachlichen Darlegungen BODES fanden in weiten Kreisen Beachtung. Die führenden deutschen Zeitungen wie die Kölnische Zeitung, die Leipziger Allgemeine Zeitung, der Hamburger Correspondent, die Deutsche Allgemeine Zeitung brachten ausführliche Besprechungen der Bodeschen Schrift und würdigten auch ihre politische Bedeutung; eine zustimmende wissenschaftliche Kritik fand Bodes Werk in den Göttinger Gelehrten Anzeigen durch WILHELM HAVEMANN.

Der Flügeladjutant des Herzogs, Oberstleutnant v. LÜBECK, bestätigte WILHELM BODE am 7. Januar 1843 den Empfang der „Beiträge“ und versicherte, daß sie auch für den Herzog von größtem Interesse sein würden. Dem fügte v. LÜBECK hinzu: „Morgen ist Sonntag, und wenn Sie vielleicht um 10 oder 1/2 11 kämen, würden Sie den Herzog wohl noch unbeschäftigt antreffen.“ Da wir nicht annehmen können, daß der Adjutant ohne Wissen des Fürsten diese Einladung aussprach, so wünschte wohl der Herzog mit BODE die strittigen Fragen zu besprechen, um sich besser informieren zu können.

Fanden derart BODES „Beiträge“ allgemeinen Beifall, so kamen sie doch den Wortführern der Ritterschaft sehr ungelegen. Sie faßten BODES Schrift als einen unberufenen Eingriff in ihre persönlichen Angelegenheiten auf und gaben dem auch öffentlich Ausdruck, so besonders der Kammerherr WILHELM v. VELTHEIM, der sich im Großen Klub in Gegenwart von BODES Sohn zu beleidigenden Äußerungen über den Stadtdirektor hinreißen ließ. Daß aber auch innerhalb der Ritterschaft die Meinungen weit auseinander gingen, wird durch den Besuch angezeigt, den FRITZ v. VELTHEIM auf Destedt auf jenen Vorfall hin Wilhelm Bode abstattete. Er teilte BODE mit, daß er erst durch die „Beiträge“ auf die Schrift v. GRONES aufmerksam gemacht worden sei und daß er deren Ansichten in keinem Punkte teile. Er halte weder sich noch seinen Stand durch BODES Ausführungen beleidigt, tadelte das Benehmen seines Bruders und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sein freundschaftliches Verhältnis zum Stadtdirektor dadurch nicht gestört werde. An den Bericht von dieser Aussprache knüpft BODE die Bemerkung: „Mit diesem Cammerrath von Veltheim habe ich 12 Jahre im ständischen Ausschuss gesessen. Er hat die bestehende landschaftliche Verfassung mit begründet und kräftig unterstützt und unter allen Umständen als ein Ehrenmann gehandelt.“

Wie WILHELM BODE allein als Präsident des ständischen Ausschusses der Landesversammlung sich verpflichtet fühlte, jeden Versuch einer Verfassungsverletzung rücksichtslos zu bekämpfen, so griff auch der Innenminister v. SCHLEINITZ in seinem Machtbereich tatkräftig durch. Die ihn bekämpfende Adelsgruppe spielte wohl mit dem Gedanken, den Kreisdirektor v. GEYSO als seinen Nachfolger in das Ministerium zu bringen,

³³²) Beitrag zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig und ihres Verhältnisses zu dem Fürsten und dem Volke. Braunschweig 1843.

da v. Geyso ein Jugendgespieler des Herzogs war und von diesem wegen seiner großen Begabung und fachlichen Tüchtigkeit hoch geachtet wurde. Wie weit v. Geyso selbst an solchen Plänen beteiligt war, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Jedenfalls war v. GEYSO Ende des Jahres 1841 in den Verhandlungen der Landesdirektion den Anträgen der Ritterschaft scharf entgegengetreten. Er verfaßte auch die dem Staatsministerium zugeleitete Stellungnahme der Landesdirektion, die empfahl, eine Trennung der Domänen und Rittergüter von den Gemeinden nicht zu gestatten. BODE hatte diesem Bericht GEYSOS eine geschichtliche Deduktion beigelegt. Jedenfalls war er immer des Glaubens, daß v. Geyso sich in dieser Angelegenheit einwandfrei verhalten hatte. Doch das Staatsministerium war gegenteiliger Meinung und ging hart gegen VON GEYSO vor, der als Kreisdirektor von Wolfenbüttel nach Helmstedt versetzt wurde und aus seinen Ämtern im Finanzkollegium, in der Eisenbahnkommission und in der Landesökonomiekommission ausscheiden mußte, also politisch kaltgestellt wurde.

Gegen Ende des Monats Februar 1843 fuhr Herzog WILHELM, der in seinen jüngeren Jahren enge Beziehungen zum preußischen Hofe unterhielt, zu einem Besuche nach Berlin. Hier nahm die reaktionäre Hofgesellschaft wohl auf Betreiben des GRAFEN V. ALVENSLEBEN und des GRAFEN V. GNEISENAU auf Sommerschenburg, die durch ihre nahe der Ostgrenze des Herzogtums Braunschweig belegenen Besitzungen naturgemäß mit den braunschweigischen Verhältnissen vertraut waren, die günstige Gelegenheit wahr, auf den Herzog im Sinne der ritterschaftlichen Forderungen einzuwirken; sicherlich waren die preußischen Prinzen, vielleicht auch König FRIEDRICH WILHELM IV. an diesen Gesprächen beteiligt. Diese Einwirkungen zeitigten auch einen gewissen Erfolg. Denn während Herzog WILHELM bisher sich den Forderungen der Ritterschaft versagt hatte, eröffnete er nun nach seiner Rückkehr nach Braunschweig dem Staatsministerium, daß er entschlossen sei, die Ritterschaft zu einer näheren Anzeige ihrer Beschwerden zu veranlassen und dann ein Gutachten von dem preußischen Minister GRAF V. ALVENSLEBEN einzufordern.

Dementsprechend ließ der Herzog durch den Hofjägermeister v. VELTHEIM ³³³⁾ auf Duttonstedt die Ritterschaft ersuchen, zur Mitteilung an den GRAFEN V. ALVENSLEBEN ³³⁴⁾

³³³⁾ HANS FREIHERR V. VELTHEIM, geboren am 1. Juli 1798 zu Braunschweig, erlernte das Forstwesen in Herzberg am Harz, studierte an der Forstakademie Dreißigacker und der Universität Berlin und trat 1823 als Forst- und Jagdjunker in den braunschweigischen Staatsdienst ein. Seit dem 14. Juli 1826 war er als Forstmeister in Stadtoldendorf, seit dem 18. November 1830 als stimmführendes Mitglied der Forstdirektion tätig. Am 10. September 1833 wurde er zum Kammerrat und zum Hofjägermeister ernannt, 1860 zum Oberjägermeister, 1862 zum Finanzdirektor. 1866 unter Beibehaltung seines Hofamtes in den Ruhestand versetzt, starb v. V. am 24. Juli 1868 während eines Kuraufenthaltes in Harzburg. Er war seit dem 3. Juni 1823 mit BERTA GRÄFIN V. OBERG verheiratet, die ihm das Rittergut Duttonstedt zubrachte, das er aber 1844 verkaufte. v. V. war ein tüchtiger Forstmann, der in der Kammer die Befreiung der Staatswälder von den lästigen Servituten bearbeitet hatte. Dazu war er langjähriger Vorsitzender des Vereins für Land- und Forstwirtschaft zu Braunschweig sowie des Harzer Forstvereins. (ADB 39, S. 593 f.).

³³⁴⁾ ALBRECHT GRAF VON ALVENSLEBEN auf Erxleben, geboren am 23. März 1794 zu Halberstadt als Sohn des späteren braunschweigischen Staatsministers J. A. E. GRAF V. A., war 1835—

ihre Beschwerden zusammenzustellen, und zwar nur solche, die sich auf Verhältnisse bezogen, die ohne die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesversammlung geändert werden könnten. Der Hofjägermeister v. VELTHEIM setzte die Mitglieder der Ritterschaft durch ein Rundschreiben davon in Kenntnis und berief gleichzeitig eine Versammlung nach Braunschweig ein.

Die Besorgnis weiter Kreise über diese Entwicklung spricht aus einem Briefe, den der Landtagsabgeordnete STEINACKER in Holzminden am 13. April 1843 an WILHELM BODE schrieb und in dem er seine ernste Sorge um den Bestand des braunschweigischen Ministeriums wegen der Übertragung des Gutachtens an einen preußischen Minister ausdrückte, ebenso wegen der Aufforderung, alles zu vermeiden, was ohne ständische Zustimmung nicht gewährbar war. „Der Herzog scheint in Berlin gehörig in die Schule genommen und umgestimmt zu sein, in der dem GRAFEN ALVENSLEBEN gemachten Aufforderung zu einem Gutachten spricht sich entschiedenes Mißtrauen gegen unser Ministerium aus, er scheint einzulenken, die grollenden Ritter wieder an sich ziehen zu wollen und deutet sogar an, daß er in dieser Hinsicht zu Maßregeln bereit sei, welche dem Wunsche der Stände widerstreiten möchten. Statt der gehofften Verlobung hätten wir von dem Aufenthalte in Berlin am Ende doch nichts als die so gefürchtete Adelsrestauration und eine italienische Reise ³³⁵⁾ aufzuweisen.“

Um die Entscheidung des GRAFEN v. ALVENSLEBEN zu beeinflussen, veröffentlichte v. GRONE eine Entgegnung auf Bodes „Beiträge“, in der er dem Stadtdirektor Verdrehungen und Unwahrheiten vorwarf und seine Arbeit als eine Schmähschrift bezeichnete ³³⁶⁾.

Auf diese sicherlich unberechtigten, dazu in einem recht gehässigen Ton vorgetragenen Vorwürfe antwortete WILHELM BODE in einem zweiten Heft seiner „Beiträge“ ³³⁷⁾, in dem er ruhig und sachlich den Unstimmigkeiten der Groneschen Schrift entgegentrat, freilich auch mit Nachdruck und gelegentlicher Ironie den durch die Verfassung festgelegten Rechtsstandpunkt gegen die Bestrebungen der Ritterschaft verteidigte. Durch diese wirkungsvolle Abwehr fühlten sich die Führer der Ritterschaft empfindlich getroffen. Als ihr Sprecher schrieb der Rittergutsbesitzer A. E. F. v. GRONE auf Westerbrak daraufhin am 28. November 1843 an den Stadtdirektor BODE:

1842 preußischer Finanz- und Handelsminister, blieb aber bis 1844 in der engeren Umgebung des preußischen Königs. v. A. starb am 2. Mai 1858 zu Berlin.

³³⁵⁾ Herzog WILHELM unternahm im Frühjahr 1843 eine Reise nach Italien, von der er Ende Juni zurückkehrte.

³³⁶⁾ A. v. GRONE: Sammlung einiger Urkunden und Aktenstücke, die corporativen Rechte und Verfassungsverhältnisse der wolfenbüttelschen Ritterschaft betreffend, nebst einer Entgegnung auf die Schrift des Herrn Stadtdirectors Bode zu Braunschweig: Beitrag zur Geschichte der Feudalstände im Herzogtum Braunschweig. Hannover 1843: Hahn.

³³⁷⁾ Die Aufhebung der Feudalstände und die Herstellung einer, die Gesamtheit der Standesgenossen vertretende Ständeversammlung. Braunschweig 1843: Vieweg.

„In Ihrer letzten gegen mich gerichteten Schrift (Beiträge zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogth. Braunschweig, Heft 2) haben Sie sich gegen die gesammte wolfenbüttelsche Ritterschaft und insonderheit gegen mich die empfindlichsten Beleidigungen erlaubt, ja sogar auf Seite 69 Ihrer Schrift in höhrender Weise Bemerkungen mit einfließen lassen, welche vorzugsweise dazu bestimmt zu sein scheinen, meinen vor kurzem verstorbenen Vater³³⁸⁾, der unter allen Umständen als ein Ehrenmann gehandelt hat, noch in seinem Grabe als einen, seiner Lehnspflicht ungetreuen Feigen zu verdächtigen. Ich war anfangs willens, Sie dieserhalb ohne Weiteres auf Pistolen zu fordern. Da indeß ein Kampf der Art zwischen uns wegen Ihres weit vorgerückten Alters zu Ihrem Nachtheile muthmaßlich ein sehr ungleicher seyn möchte, so fordere ich Sie hiermit zunächst auf, wörtlich folgende Erklärung innerhalb der nächsten acht Tage in die Braunschweigischen Anzeigen einrücken zu lassen:

„Ich erkläre hiermit, daß ich alle in meiner vor kurzem erschienenen Schrift (Beiträge zur Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig, Heft 2) enthaltenen Beleidigungen gegen die Wolfenbüttelsche Ritterschaft und insonderheit gegen den Herrn von Grone auf Westerbraak zurück nehme und diesen hiermit öffentlich um Verzeihung bitte.“

Eventuell fordere ich sie hiermit auf Pistolen. Ob Sie die wörtliche Veröffentlichung der vorstehenden Ehrenerklärung oder das Duell vorziehen, darüber erwarte ich innerhalb der nächsten acht Tage vom 30sten d. M. an gerechnet, wo dieses Schreiben in Ihren Händen seyn wird, eine bestimmte Erklärung. Das Ausbleiben einer Antwort von Ihrer Seite innerhalb der vorbemerkten Frist werde ich so ansehen, als ob Sie jede honette Genugthuung für die mir zugeführten Beleidigungen verweigern.“

Sachlich entbehren diese Forderungen v. GRONES an den Stadtdirektor BODE jeder Begründung. BODES Darlegungen, die ja nur eine Richtigstellung der historisch anfechtbaren Behauptungen der Ritterschaft waren, enthalten zwar viele sachliche Zurückweisungen, aber nichts, das man als Beleidigung bezeichnen könnte. Auch jene von v. GRONE behauptete Beleidigung seines Vaters auf Seite 69 ist in dem Bodeschen Text nicht vorhanden. Hier sprach BODE vom Zuge des Schwarzen Herzogs 1809: „Welche waren denn die, die vor Halberstadt, Braunschweig etc. ihr Leben ließen oder sich zu Krüppeln schießen ließen? So viel bekannt, nicht ein Ritter des Herrn von Grone: wohl aber sind viele, nicht seiner Rittertage würdig erachtete Adlige und Bürgerliche herbeigeeilt, um der guten Sache ihren Arm zu leihen und für sie zu bluten.“ So wird auch Wilhelm Bodes Antwort vom 7. Dezember 1843 verständlich:

³³⁸⁾ FRIEDRICH AUGUST VON GRONE (1765—1840) trat 1784 in das 10. Böhmisches Infanterieregiment ein, dessen Inhaber der Feldmarschall Prinz ERNST LUDWIG VON Braunschweig war. In diesem Regiment nahm G. am Türkenkrieg 1788/89 und an den Feldzügen gegen die Franzosen 1792 bis 1800 in den Niederlanden, in Deutschland und in Italien teil. 1805 nahm er als Hauptmann den Abschied, um sich der Bewirtschaftung des Familiengutes Westerbrak zu widmen. (Hamburger Correspondent Nr. 277 vom 20. 11. 1843).

„Ihr Schreiben vom 28. v. M. würde ich ganz unbeantwortet lassen, wenn ich nicht durch die Rücksicht auf die freilich irre geleitete Pietät gegen Ihren verstorbenen Herrn Vater, welche Sie in demselben wie auch im Hamburger Correspondenten ausgesprochen haben, zur Aufklärung eines von mir durchaus nicht herbeigeführten Mißverständnisses veranlaßt würde. Daß ich an der von Ihnen hervorgehobenen Stelle weder Ihren Herrn Vater, noch überhaupt irgend ein anderes Mitglied Ihrer Familie speciell vor Augen gehabt habe, ergibt freilich der sehr deutliche Wortsinn bestimmt genug. ... Wenn auch die Humanität, mit der Sie mir großmüthig die Wahl lassen zwischen einem Duell, vor welchem Sie selbst warnen, weil ich als ein hochbejahrter Mann von Ihnen als dem Jüngeren wahrscheinlich todtgeschossen würde, und einer Demüthigung, unter anderen Umständen Anerkennung verdienen möchte, so werden Sie doch schwerlich erwartet haben, daß ich von Ihrer Großmuth Gebrauch machen würde, da Ihnen selbst die Erklärung eines Mannes, der sich zu einer solchen Selbsterniedrigung hergibt, nichts gelegen sein könnte.

Daß Sie bei der Behandlung des zwischen uns streitigen Thema selbst den Weg wissenschaftlicher Erörterung verlassen, daß Sie zu persönlichen Angriffen übergehend, mich der Unkunde und der Entstellung der Wahrheit beschuldigt, daß Sie meine erste Erörterung eine Schmähschrift genannt und mich verdächtigt haben, bedaure ich aufrichtig um Ihrer selbst willen, weil ich dadurch gezwungen worden bin, in einer Weise zu antworten, der ich gern überhoben gewesen wäre. Unverdiente Kränkungen wird übrigens kein Unbefangener darin finden, und daß über literarische Wahrheit keine Kugeln entscheiden, muß Ihnen eben so sehr einleuchten, als daß im neunzehnten Jahrhundert ein Mann von meiner Bildung und Erfahrung sich nicht dazu hergeben wird, einen publicistischen Streit auf faustrechtlichem Wege auszugleichen“ ³³⁹⁾.

Durch diese Angriffe der Ritterschaft ließ sich das Staatsministerium jedoch von seinem einmal eingeschlagenen Wege nicht abbringen. GRAF WERNER v. VELTHEIM bat BODE, in einer sowohl für den GRAFEN v. ALVENSLEBEN als auch für den Herzog bestimmten Denkschrift eine Darstellung der Verhältnisse der Ritterschaft und ihrer Gerechtsame zu geben, wie sie 1806 in Kraft gewesen waren und wie sie sich durch die Landschaftsordnungen von 1819/23 und 1832 weiter entwickelt hatten. BODEs prägnante und knappe, nur 16 Folioseiten umfassende Denkschrift ³⁴⁰⁾ brachte den Erfolg: GRAF v. ALVENSLEBEN lehnte die Erstattung eines Gutachtens ab, und Herzog WILHELM wies die Anträge der Ritterschaft zurück mit dem Bemerken, daß man ihn nicht weiter mit Vorstellungen dieser Art belästigen solle. Des Herzogs Haltung in diesem Streit fand die dankbare Anerkennung WILHELM BODEs: „Der Herzog selbst benahm sich in der Angelegenheit klug und als Ehrenmann, wie er mir bisher immer erschienen ist. Er gab den Anmaßungen nicht nach, schützte sein Ministerium, hielt sich aber über den Parteien. Es ist ihm nicht

³³⁹⁾ StABr: G IX 30 Nr. 11.

³⁴⁰⁾ StABr: H IV Nr. 100.

unwichtig, für den Hof sich reichere Edelleute zu erhalten, er trennt aber seine Hofleute von den Staatsmännern, und gestattet nicht, den letzteren zum Nutzen der ersteren Eintrag zu tun“ ³⁴¹).

Daß die Verteidigung der Verfassung gegen jeden Angriff für WILHELM BODE eine seiner politischen Grundanschauung entspringende Aufgabe war, ersehen wir klar aus seiner Stellungnahme zu den Zuständen in Hannover: „Ein mittelalterliches Bild stellte sich in der neueren Zeit in der Person des Königs Ernst August von Hannover dar. Ein Despot, der auf seine Gewalt trotzend und im Gefühle der Sicherheit Gewalthätigkeiten auf Gewalthätigkeiten häufte; einzelne Edle, Gemeinden und Provinzen, die auf die gesetzliche Ordnung sich beriefen und zum Theil um Schutz und Beistand baten, aber kein Gehör fanden; die dadurch gerade die Schwäche allgemeiner deutscher Institutionen und den üblen Willen deutscher Fürsten bloß stellten; ein Heer von Schmeichlern, das jegliche Freveltat rechtfertigte, um aus der allgemeinen Calamität Nutzen zu ziehen; ein Volk, das durch ein früheres langjähriges aristokratisches Regiment großen Theils zu einer gemeinen Servilität hinabgedrängt war; nun in Parteiongen zerfiel und weil der servile Theil der größere und mächtigere war, Verräther an seiner eigenen Sache wurde. Wie zeichnete sich vor anderen Provinzen Ostfriesland aus, es war aber in neuester Zeit erst mit Hannover vereinigt und nicht an Sklavenketten gewöhnt.

Dem Despoten und seinen zum Theil meineidigen Satelliten war das freiere und glücklichere Braunschweigische Ländchen ein Dorn im Auge. Hier war die Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832 in Anwendung, die den Feudalständen den Todesstoß gegeben hatte, die Mitwirkung der neuen Stände bei der Gesetzgebung in angemessener Weise ordnete und einer Willkürherrschaft Schranken setzt, von der man unter dem Herzoge Carl die bittersten Erfahrungen gemacht hatte und die seit 1837 in Hannover auftauchte. Das Braunschweigische Constitutionswerk war dem König und dem Hofadel ein Gräuel, und die Minister, welche dazu gerathen hatten, wurden Gegenstand der Verfolgung und der Mißachtung“ ³⁴²).

Die gleiche Stimmung, die aus diesen Auslassungen WILHELM BODES spricht, herrschte auch bei den Mitgliedern des Staatsministeriums. Bei ihnen hatte beispielsweise das anmaßende Auftreten des Geheimen Legationsrats VON SCHELE, des Sohnes des hannoverschen Staatsministers, schwere Verstimmungen ausgelöst. Besonders aber das Verhalten der hannoverschen Regierung bei den Zollvereinsverhandlungen hatte in Braunschweig berechnete Empörung hervorgerufen. Auch Herzog WILHELM fühlte sich persönlich gekränkt durch die Anmaßungen und Eigenmächtigkeiten des Königs ERNST AUGUST hinsichtlich der Zusammensetzung und des Kommandos des Bundeskorps, das 1843 bei Lüneburg zu Übungen zusammengezogen wurde, sowie durch die herabsetzende Behandlung der braunschweigischen Offiziere.

³⁴¹) NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 9 Nr. 68.

³⁴²) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 267 f.

Dieses schlechte Verhältnis zwischen den beiden benachbarten Staaten trat bei dem Leichenbegängnis des Königs ERNST AUGUST am 26. November 1851 sehr deutlich in Erscheinung. Herzog WILHELM nahm an dem Begräbnis nicht teil, obwohl er als Feldmarschall der ranghöchste Offizier der hannoverschen Armee war ³⁴³). Er hatte auch darauf verzichtet, wie andere Fürsten einen General mit seiner Vertretung zu beauftragen oder eine Offiziersabordnung zu entsenden. Der einzige amtliche Vertreter des Herzogtums Braunschweig war der Obersteuerrat WEDEMAYER ³⁴⁴); sein Rang und Name fällt in der Liste der „Gesandten“, in der Preußen, Österreich, Bayern, Sachsen, Frankreich und England sowie viele deutsche Kleinstaaten mit glanzvollen Namen vertreten waren, doch sehr ab. Lediglich unter den „Vornehmen Fremden“ nahmen Mitglieder der Ritterschaft wie der Hofjägermeister v. VELTHEIM an dem feierlichen Begräbnis teil ³⁴⁵).

Schon während der Kämpfe um die ritterschaftlichen Forderungen hatte die Ständeversammlung das Staatsministerium um die Vorlage eines Entwurfs einer Landgemeindeordnung gebeten. Denn wie bereits schon 1834 eine Städteordnung als Ausführung einer Zusage der Erneuerten Landschaftsordnung Gesetzeskraft erhielt, so war auch längst eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Landgemeinden fällig geworden. Daß die Regierung auffällig lange mit der Bearbeitung dieser Gesetzesvorlage gezögert hatte, lag wohl daran, daß es sehr schwierig war, das Verhältnis des Gutsbesitzers zu den Gemeindegenossen für beide Teile gerecht zu bestimmen. Nachdem aber gerade diese Frage in den Forderungen der Ritterschaft eine große Rolle gespielt hatte, lag der Ständeversammlung, und zwar sowohl dem konservativen als auch dem liberalen Flügel daran, das Problem einer endgültigen Lösung zuzuführen.

Dafür bestanden theoretisch drei Möglichkeiten:

1. man konnte Güter und Bauerngemeinden trennen, also voneinander unabhängige Gutsbezirke und Bauerngemeinden bilden,
2. die Bildung von Landgemeinden, in denen der Gutsbesitz mit den bäuerlichen Reihstellen gleichgestellt wurde, und
3. eine vermittelnde Lösung, bei der die Trennung bei dafür günstigen Verhältnissen zugelassen wurde, wo aber diese Trennung nicht möglich war, innerhalb der Gemeinde

³⁴³) Um die Stellung des jungen Herzogs WILHELM zu festigen, ernannte ihn König WILHELM IV. von Großbritannien und Hannover im April 1831 zum Feldmarschall der hannoverschen Armee.

³⁴⁴) CARL ANTON JULIUS WEDEMAYER war der Sohn eines Amtmannes zu Elbingerode im Harz. Er studierte seit dem 24. Oktober 1808 in Göttingen Forstwissenschaften und war bis 1814 in Elbingerode als Inspektionsförster tätig. Am 7. November 1814 als Auditor in die braunschweigische Kammerverwaltung übernommen, wurde er 1815 Kammersekretär, 1825 Kammerassessor, 1827 Kammerrat und 1832 Steuerrat. Am 12. November 1836 zum Obersteuerrat ernannt, wurde er als Braunschweigischer Kommissar zur Königl. Direktion der indirekten Steuern in Hannover abgeordnet, wo W. am 14. Dezember 1856 starb. (NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 10 Nr. 30).

³⁴⁵) C. E. VON MALORTIE: König Ernst August. Hannover 1861: Hahn. Anl. IX.

den Gütern eine besondere, von den bauerlichen Reihestellen verschiedene Stellung zugewiesen wurde ³⁴⁶⁾).

Der vom Staatsministerium erarbeitete Entwurf einer Landgemeindeordnung ³⁴⁷⁾ folgte der dritten Lösungsmöglichkeit, hatte also von vornherein mit der Ablehnung durch die Liberalen zu rechnen. Der Entwurf ging am 11. Oktober 1844 dem ständischen Ausschuß zu, der ihn sofort einer eigens zur Prüfung dieses Gesetzentwurfes gebildeten Kommission überwies. Unter dem Vorsitz des Stadtdirektors BODE gehörten diesem Ausschuß an der Landesdirektor PINI, Notar HOLLANDT, Ackermann F. C. ROSENTHAL aus Watzum, Oberappellationsgerichtsprokurator Dr. MANSFELD aus Wolfenbüttel und die Rittergutsbesitzer C. F. VON VELTHEIM auf Destedt und A. VON CAMPE auf Deensen.

Am 17. November 1844 legte der Ausschuß dem Plenum zwei Berichte vor. Der von der Ausschußmehrheit erstattete Bericht empfahl die Annahme der Regierungsvorlage, wenn auch der Ausschuß in sehr gründlicher Arbeit den Regierungsentwurf erheblich umgestaltet hatte und zu fast jedem der mehr als hundert Paragraphen Änderungen oder Ergänzungen vorschlug ³⁴⁸⁾. Der von den Abgeordneten HOLLANDT, MANSFELD und ROSENTHAL als der Ausschußminorität vorgelegte Separatbericht ³⁴⁹⁾ verwarf die Regierungsvorlage und stellte einen völlig neuen Entwurf einer Landgemeindeordnung dar. Er ging davon aus, daß es nur eine Landgemeinde geben könne, in der die Güter gleichberechtigte (und nicht bevorrechtigte) Gemeindegossen bilden, die voll zu den Gemeindeflasten nach Maßgabe ihres Anteils an der gesamten Grundfläche beizutragen verpflichtet sind. Nur wenn das Rittergut einen größeren Beitrag leisten muß als der größte Reihenhof, kann ein Ausgleich durch Zubilligung mehrerer Stimmen geschaffen werden, jedoch dürften dem Gut nicht mehr als die Hälfte der Gesamtstimmen zufallen. Weiter forderte der Separatbericht die Teilnahme der bisher nicht zur Reihe gehörenden Brinksitzer und Anbauern an der Gemeindeverwaltung, dabei sollte auf je fünf dieser Gemeindegossen eine Stimme entfallen. In kleineren Landgemeinden würden alle stimmberechtigten Einwohner zur Gemeindeversammlung zusammentreten, in größeren könnte von den Berechtigten ein Ortsvorstand gewählt werden, der aus dem Ortsvorsteher und bis zu sechs Ortsgeschworenen bestehen sollte.

In der nun folgenden, sich bis zum 10. Dezember 1844 hinziehenden Einzelberatung im Plenum erfuhr die Regierungsvorlage zwar im ganzen ihre Billigung, im einzelnen wurde sie jedoch zahlreichen und sehr einschneidenden Änderungen unterworfen, da vielfach die Gegenvorschläge der Opposition zur Gestaltung der einzelnen Paragraphen von einer, wenn auch oft knappen und von Abstimmung zu Abstimmung wechselnden Mehrheit gebilligt wurden. Auch WILHELM BODE hatte wiederholt in die Debatte ein-

³⁴⁶⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 199 Vol. I.

³⁴⁷⁾ Verhandlungen der Landesversammlung. 4. ordentlicher Landtag. Anl. 6 zu No. 58.

³⁴⁸⁾ a. a. O. Anl. 7 zu No. 58.

³⁴⁹⁾ a. a. O. Anl. 2 zu No. 59.

gegriffen, manchmal um den Ansprüchen der ritterschaftlichen Abgeordneten entgegenzutreten, in anderen Fällen, um die oppositionellen Forderungen zu mildern.

Am 10. Dezember 1844 überwies die Ständeversammlung den von ihr verabschiedeten Gesetzentwurf der Regierung, um ihr Gelegenheit zu geben, zu den Änderungsvorschlägen Stellung zu nehmen, die sicherlich von Vorteil für das geplante Gesetz waren, da sie sowohl den berechtigten Interessen der Güter als auch denen der Gemeinden zu dienen und zugleich die Entwicklung einer lebendigen Selbstverwaltung auch in den gemischten Gemeinden zu ermöglichen suchten. In der Antwort, die das Staatsministerium am 27. Dezember 1844 der Ständeversammlung überreichte, lehnte die Regierung alle Änderungsvorschläge des Landtags bis auf unwesentliche Korrekturen recht unverbindlich ab. In der abschließenden Aussprache am 9. Januar 1845 gaben viele Abgeordneten ihrer Verwunderung über das mangelnde Entgegenkommen der Regierung Ausdruck, auch WILHELM BODE erklärte sich nach längeren grundsätzlichen Ausführungen über das Verhältnis der Güter zu den Landgemeinden gegen das Gesetz in der Gestalt, auf der das Staatsministerium beharrte. In der Schlußabstimmung aber lehnte die Ständeversammlung mit 31 zu 13 Stimmen, also mit überwältigender Mehrheit die Regierungsvorlage ab.

Die Minderheit bestand aus den Abgeordneten v. D. BRINKEN, v. VELTHEIM-Destedt, v. CAMPE, v. LAUINGEN, v. CRAMM, v. KOCH, v. VELTHEIM-Sickte, v. KALM, GRABERG auf Hedwigsburg, WAHNSCHAFTE auf Amleben, ENGELBRECHT, PINI und LÖBBECKE. Im wesentlichen hatten sich also die Vertreter des ritterschaftlichen Grundbesitzes für das Gesetz erklärt, ferner der Landesdirektor PINI, der nie gegen eine Regierungsvorlage stimmte und — merkwürdigerweise — der Bankherr FRIEDRICH LÖBBECKE, der bei anderen Gelegenheiten liberale Gedankengänge vertreten hatte.

Diese parlamentarische Niederlage der Regierung fand auch außerhalb des Herzogtums lebhafte Beachtung. Aufschlußreich ist ein in einer Hamburger Tageszeitung erschienener Artikel ³⁵⁰⁾, der unter anderem ausführt: „Das Verdienst, den Gesetz-Entwurf zum Sturze gebracht zu haben, gebührt den das ultraliberale Prinzip in der Stände-Versammlung vertretenden Advocaten Hollandt und Mansfeld, welche über die Stimmen von mindestens 15 unzurechnungsfähigen Mitgliedern — Bauern und Abgeordneten der kleinen Städte —, unbedingt gebieten und somit ein großes Übergewicht in der Versammlung beliebig üben. Man vermag, daß die liberalen Vorkämpfer der Gemeinde-Ordnung die Stirn boten, nicht zu tadeln; denn, wem einmal die socialistischen Grundsätze von Freiheit, Gleichheit, Besitzestheilung etc. zur anderen Natur geworden und wer die praktischen Beziehungen des Landlebens weder kennt noch bei derartigen Verhandlungen zu berücksichtigen für nöthig hält, der konnte und durfte seine Stimme nicht einem Gesetz-Entwurfe geben, wodurch den Domänen und Rittergütern gewisse Vorrechte — wenngleich nicht ein Zehntheil von denen, welche sie bis 1819 besaßen — gesichert werden sollten. Das ist consequent und, den Glauben an ultraliberale Grundsätze einmal

³⁵⁰⁾ Hamburger Correspondent Nr. 18 vom 21. Januar 1845.

vorausgesetzt, aufrichtig zu entschuldigen. Viel unbegreiflicher, beziehungsweise inconsequenter und deßhalb tadelnswerter ist es aber, wenn ein Kreis-Direktor, ein Stabs-Offizier, ein Ober-Appellationsrath, ein Abt, und wenn namentlich der Stadt-Direktor Bode gegen den Gesetz-Entwurf gestimmt hat. Des Letzteren litterarischer und bis zum äußersten Extrem ausgearteter Streit mit dem Ritter v. Grone, über die ritterschaftlichen Bestrebungen in gleicher Angelegenheit, ist mehr als zu bekannt geworden. Als späterhin der Gesetzentwurf in der Ministerial-Commission berathen und Hr. Bode dabei mit zugezogen wurde, da erklärte er sich — wie Ohrenzeugen versichern — für denselben. Desgleichen hat er sich als Mitglied der betreffenden ständischen Commission, wie nicht minder im Plenum bei den speciellen Debatten so entschieden für den Gesetz-Entwurf erklärt, daß ihm dieses in einer früheren Nummer dieser Blätter eine in den härtesten Ausdrücken und im Tone des bittersten Grolls sich ergießende Rüge aus ultraliberaler Feder zuzog, was den alten, in großer Achtung stehenden Mann tief gekränkt haben soll. Sollte dieser Zeitungs-Artikel — gegen welchen bald darauf ein rechtfertigender Artikel, worin darauf angespielt wurde, daß Hr. Bode sich von der ständischen Wirksamkeit zurückzuziehen gedenke, folgte — einen solchen Eindruck auf ihn gemacht haben, daß er deßhalb, seinen früheren Abstimmungen widersprechend, gegen den Gesetz-Entwurf sich erklärt hat?“

Der Verfasser dieses Artikels scheint kein Freund des Parlaments gewesen zu sein, wenn er die bäuerlichen und kleinstädtischen Abgeordneten als „unzurechnungsfähig“ bezeichnet und den Beamten als Abgeordneten das Recht der eigenen Meinung und der freien Entscheidung abspricht. Aber auch die gegen WILHELM BODE ausgestreuten Verdächtigungen entbehren der sachlichen Grundlage.

Freilich war BODE kein Parteimann, sondern er handelte immer nach seiner inneren Überzeugung, die in seinem ausgeprägten Gefühl für Recht und Billigkeit wurzelte. Deshalb suchte er auch in dieser Frage nach einer gerechten Lösung, bei der auch die berechtigten Ansprüche der Gutsbesitzer gewahrt blieben. Schon im zweiten Heft seiner „Beiträge“ hatte BODE die Grundgedanken für eine künftige Landgemeindereordnung entwickelt ³⁵¹⁾. Danach sollten Rittergut und Bauerngemeinde selbständige Mitglieder einer Landgemeinde sein. Während nun aber der Regierungsentwurf als Vermittler zwischen den beiden Gliedern bei Unstimmigkeiten die Herzoglichen Behörden, also Ämter und Kreisdirektionen, vorsah und derart den staatlichen Einfluß über die Aufsicht hinaus bedeutend verstärkte, wollte Bode diese Aufgabe einer unabhängigen Institution, einer Art Verwaltungsgerichtshof, übertragen. Wie WILHELM BODE seit jeher die Bürokratie bekämpft hatte — und seine bitteren Erfahrungen als Stadtoberhaupt bestärkten ihn darin — so suchte er auch hier auf diesem Wege die staatliche Bevormundung der Landgemeinden zu mildern, um auch in ihnen die Entwicklung einer echten Selbstverwaltung zu ermöglichen.

³⁵¹⁾ Seite 70—79.

Man kann darüber streiten, ob BODES Absichten richtig waren oder ob die Inkorporation der Güter in die Gemeinden die bessere Lösung darstellte. Auf keinen Fall aber kann gegen ihn der Vorwurf der Inkonsequenz oder gar des politischen Umschwenkens erhoben werden. Nach seinem Plan mußte er die Anträge der Opposition ablehnen und den Regierungsvorschlag bejahen. Als es ihm aber nicht gelang, das Kernstück seiner Bemühungen, eben die unabhängige Entscheidungsbehörde, in das Gesetz einzubauen, mußte er folgerichtig die Regierungsvorlage ablehnen.

Und damit war das Schicksal der Landgemeindeordnung zunächst besiegelt. Erst nach der Revolution von 1848 legte das Ministerium v. SCHLEINITZ dem Landtage einen neu bearbeiteten Gesetzentwurf vor, der in freiheitlicherem Geist auch den Landgemeinden das Recht der freien Selbstverwaltung verlieh und sie von der bisherigen staatlichen Bevormundung befreite. So konnte sich dank der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 im Herzogtum Braunschweig ein kraftvolles Gemeindeleben entwickeln.

Während der Verhandlungen um die Landgemeindeordnung richtete die braunschweigische Ständeversammlung ihre Aufmerksamkeit auf einen ernsten nationalen Machtkampf, der in jenen Tagen die öffentliche Meinung in ganz Deutschland tief erregte: die Selbständigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein und ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde, die durch den Dänenkönig CHRISTIAN VIII. gefährdet schienen.

In der Sitzung am 14. Dezember 1844 stellte der Abgeordnete HOLLANDT den Antrag, die braunschweigische Ständeversammlung möge zur Schleswig-Holsteinischen Frage Stellung nehmen. Dagegen erhoben mehrere Opponenten, so die Abgeordneten v. CAMPE und PINI, den Einwand, daß die Behandlung dieser außenpolitischen Angelegenheiten die Befugnis der Ständeversammlung weit überschreite und deshalb nicht statthaft sei. In der Aussprache nahm auch WILHELM BODE das Wort. Er hielt den Antrag für unbedenklich, zugleich aber für wichtig und folgenreich, daß solche das ganze deutsche Volk berührende Angelegenheiten öffentlich zur Sprache kämen, was auch gewiß in allen deutschen Ständeversammlungen geschehen werde. Die Tagesgeschichte lege es klar vor Augen, daß in Dänemark das Bestreben dahin gerichtet sei, diese beiden deutschen Staaten von Deutschland ganz zu trennen und mit Dänemark zu verschmelzen. Jetzt sei es aber noch Zeit, daß die öffentliche Meinung in Deutschland gegen dieses Unrecht sich erhebe.

Nachdem der Landtag die von dem Abgeordneten HOLLANDT vorgelegte Entschlie-ßung mit 32 zu 5 Stimmen gebilligt hatte, gab der Landtagspräsident STEINACKER seiner Genugtuung Ausdruck, daß diese deutsche Frage solche Teilnahme der Versammlung gefunden habe, denn er sei fest überzeugt, daß von jener Seite her dem deutschen Volke eine große Gefahr drohe, aber nicht etwa die Gefahr, die nicht unvermutet hervorbreche und dadurch raschen und kräftigen Widerstand hervorrufe, vielmehr eine solche, die wie eine schleichende Krankheit sich ihres Opfers bemächtige ³⁵²⁾.

³⁵²⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 199 Vol. II; Verhandlungen des 4. ordentlichen Landtages Bd. 4 (Nov. 1844—Febr. 1845), S. 953 f.

Das gespannte Verhältnis zwischen den beiden welfischen Staaten belastete und erschwerte die Lösung von Problemen, die für die wirtschaftliche Zukunft sowohl der Stadt wie auch des Landes Braunschweig von entscheidender Bedeutung waren: den Anschluß an den Deutschen Zollverein und die Eingliederung in das in jenen Jahren entstehende Eisenbahnnetz.

Die Braunschweigische Regierung hatte die Bearbeitung dieser beiden Aufgaben in die Hände eines dafür hervorragend geeigneten Beamten gelegt, des Geheimen Legationsrats PHILIPP AUGUST THEODOR VON AMSBERG. Er verband tiefe Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge mit Weitblick, Unternehmungslust und Tatkraft mit diplomatischen Fähigkeiten; nach TREITSCHKES Urteil überragte AMSBERG in diesen Geschäften alle anderen deutschen Staatsmänner seiner Zeit ³⁵³). Wenn AMSBERG seine weit vorausschauenden Pläne zum Schaden des Landes und besonders der Stadt nicht verwirklichen konnte, so trugen daran die geringe Größe und die starke Zerrissenheit des Herzogtums Braunschweig wie auch der überall schrankenlos herrschende engherzige Staatsegoismus die Schuld.

Die Geschichte des Deutschen Zollvereins begann mit dem preußischen Zollgesetz vom 16. Mai 1818, in dem Preußen alle Beschränkungen des freien Verkehrs innerhalb seines Staatsbereichs beseitigte und die Zolllinie an die Außengrenzen des Königreichs verlegte, zugleich auch durch die Erhebung von Schutzzöllen die Entwicklung eigener Industrien begünstigte, dem braunschweigischen Handel mit den benachbarten preußischen Gebieten aber schweren Schaden zufügte. Die deutschen Bundesstaaten richteten im nächsten Jahrzehnt ähnliche Grenzzölle ein, so Hannover im September 1825 und Braunschweig durch das am 10. März 1828 erlassene Gesetz über die „neue Grenzzolleinrichtung“ ³⁵⁴), die auch neue Zollsätze einführte.

Wenn auch die Zölle als indirekte Steuern eine der wichtigsten und ertragsreichsten Einnahmequellen des Staates darstellten, so war doch bei ihrer Bemessung auf die wirtschaftlichen Belange Rücksicht zu nehmen. Deshalb verzichtete Braunschweig auf Ausfuhrzölle ganz, da sie dem Erzeuger zur Last fielen, im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik die Ausfuhr aber begünstigt werden mußte. Durchgangszölle dagegen bezahlte der ausländische Absender oder Empfänger; da es jedoch bei der territorialen Zerstückelung des Herzogtums Braunschweig immer möglich war, Straßen zu wählen, die um das braunschweigische Staatsgebiet herumführten, so wurden diese Durchgangszölle sehr niedrig angesetzt zum Schutze des bedeutenden Korn- und Garnhandels der Stadt Braunschweig, der aus der Magdeburger und der Halberstädter Börde wie aus der Goldenen Aue Getreide und aus dem Fürstentum Hildesheim Leinengarn bezog, um diese Waren in den Nordseehäfen abzusetzen oder sie nach den Niederlanden und nach England auszuführen. Mit Rücksicht auf die Braunschweiger Messe, die damals für die Wirtschaft der

³⁵³) Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert Bd. V, S. 489.

³⁵⁴) VS 1828 No. 9, S. 39—51.

Stadt von erheblicher Bedeutung war, wurden auch die Eingangszölle viel niedriger als etwa in Preußen oder Hannover gehalten. Welch große Unterschiede hierin zwischen den drei Nachbarstaaten bestanden, zeigen die Eingangszölle für einige ausgewählte Waren:

Eingangszölle je Zentner (1828)

Gegenstand	Preußen Tlr. ggr.	Hannover Tlr. ggr.	Braunschweig Tlr. ggr.
Baumwollwaren	50 —	8 8	3 4
Seidenwaren	100 —	8 8	4 4
Wollwaren	50 —	8 8	2 4
Stahl- und Eisenwaren	50 —	10 16	2 4
Kaffee	6 12	3 3	1 1
Wein	40 —	3 12	2 12
raffiniertes Zucker	11 —	3 3	— 12

Das aus dieser Tabelle ersichtliche große Gefälle der preußischen und braunschweigischen Zölle erklärt einige Sachverhalte, so die Tatsache, daß für die Bewohner der braunschweigischen Grenzgebiete der Warenschmuggel nach Preußen durch Jahrzehnte ein glänzendes Geschäft war, daß aber andererseits der Anbau der Zuckerrüben im Lande Braunschweig erst nach dem Eintritt Braunschweigs in den Deutschen Zollverein möglich wurde.

Durch den am 14. Februar 1828 durch den Beitritt des Großherzogtums Hessen-Darmstadt errichteten Preußisch-Hessischen Zollverein erhielten die Bestrebungen zur Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete neue Antriebe. Diese führten dazu, daß bereits am 27. Mai 1829 zwischen Preußen, Hessen, Bayern und Württemberg ein Handelsvertrag auf sehr breiter Grundlage abgeschlossen wurde. Andererseits traten zahlreiche mittlere und kleinere deutsche Staaten: Hannover, Sachsen, Kurhessen, Nassau, Hessen-Homburg, Oldenburg, Braunschweig, Reuß, Schwarzburg-Rudolstadt sowie die Reichsstädte Frankfurt am Main und Bremen zusammen, um durch Vereinbarungen in ihren Gebieten freien Verkehr und ausgebreiteten Handel zu gewährleisten. Diese Verhandlungen führten zur Gründung des Mitteldeutschen Handelsvereins, der am 24. September 1828 zu Cassel errichtet wurde und dem Handel innerhalb des großen Vereinsgebietes erhebliche Erleichterungen in Aussicht stellte ³⁵⁵⁾.

Als Oberhaupt der Stadt Braunschweig, deren Wirtschaftsleben damals zum entscheidenden Teil auf dem Handel beruhte, hatte sich angesichts dieser Entwicklungen auch WILHELM BODE sehr eingehend und gründlich mit der Frage der Zolleinigungen beschäftigt. Das Studium der von ihm gesammelten Unterlagen ließ ihn erkennen, daß für die Stadt Braunschweig und den größeren Teil des Landes die ungehinderte Verbindung

³⁵⁵⁾ VS 1828 No. 23, S. 133—150.

zu den Nordseehäfen lebenswichtig war und unter allen Bedingungen offengehalten werden mußte. Die Ergebnisse seiner Studien legte BODE in einer größeren Niederschrift „Über die Handelsverhältnisse und Handelsinteressen des Landes und der Stadt Braunschweig“ dar ³⁵⁶). Wenn BODE auch aus allgemeinen politischen Erwägungen sich für einen Ausbau des Preußisch-Hessischen Zollvereins erwärmte, der schließlich alle deutschen Bundesstaaten ohne Österreich umschließen sollte, so zwangen doch die tatsächlichen Verhältnisse dazu, zunächst einen Ausgleich mit Hannover zu suchen, das die zur Nordsee führenden, für die Braunschweiger Einfuhr und Ausfuhr gleich wichtigen Straßen beherrschte. Auch die wichtige Straße nach Frankfurt am Main führte zu einem erheblichen Teile durch hannoversches Hoheitsgebiet. Ein Anschluß an Preußen ohne eine Verständigung mit Hannover mußte demnach für den braunschweigischen Handel vernichtende Folgen nach sich ziehen. Deshalb griff WILHELM BODE auch sofort ein, als der Steuerdirektor BERNARD den Herzog KARL zu bereden suchte, mit Preußen Verhandlungen über den Eintritt des Herzogtums Braunschweig in den Zollverein aufzunehmen und bei dem Herzog, der wegen der Vormundschaftsangelegenheiten völlig mit Hannover zerfallen war, auch williges Gehör fand ³⁵⁷).

Durch BODES Eingreifen wurde dem Staatsministerium die Möglichkeit gegeben, durch den Geh. Legationsrat v. AMSBERG die Verhandlungen über die Ausführung des Casseler Vertrages fortsetzen zu lassen. Auch AMSBERG trat für ein umfassendes deutsches Zollsystem ein ³⁵⁸), war aber gleich BODE der Überzeugung, daß bis zur Erreichung dieses Zieles der nationale Gedanke hinter der wirtschaftlich zweckmäßigeren Lösung zurücktreten mußte. Deshalb suchte AMSBERG zunächst den Ausgleich mit Hannover. Dieses Nahziel wurde durch den am 18. März 1830 abgeschlossenen Einbecker Vertrag erreicht ³⁵⁹). In ihm einigten sich Hannover, Braunschweig, Kurhessen und Oldenburg dahin, sämtliche Grenzzölle aufzuheben, untereinander völlig freien Verkehr zu gestatten und gegen das Ausland einen gemeinsamen Zolltarif einzuführen. Dessen Sätze lagen zwar über dem bisherigen braunschweigischen Tarif, erreichten aber kaum ein Drittel der Gebühren des preußischen oder bayerischen Grenzzolls. Sicherlich zogen Stadt und Land Braunschweig bedeutende Vorteile aus diesem Vertrag: die völlig abgabenfreie Verbindung zwischen den einzelnen braunschweigischen Landesteilen, die Sicherung wichtiger Fernstraßen, ein größeres Absatzgebiet für die Braunschweiger Messe wie für die landwirtschaftliche und gewerbliche Produktion des Landes, die erheblich größer war als die der Vertragsstaaten.

Am 24. März 1830 schrieb der Sachbearbeiter im Braunschweigischen Staatsministerium G. PH. v. BÜLOW an WILHELM BODE und hob in diesem Briefe den Wert des Einbecker Vertrages hervor. Er betonte, daß Herzog KARL II. besonders auf BODES und der Braun-

³⁵⁶) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 15—16.

³⁵⁷) Vgl. Seite 107 f.

³⁵⁸) v. AMSBERG: Über die Einigung der Handelsinteressen Deutschlands. Braunschweig 1831.

³⁵⁹) VS 1830 No. 11, S. 99—118.

schweiger Kaufmannschaft Verlangen die Anträge Preußens zurückgewiesen habe und regte an, dem Fürsten durch Überreichung einer Adresse den Dank der Stadt Braunschweig zu übermitteln ³⁶⁰).

Freilich waren in Braunschweig die Meinungen über den festen Anschluß an Hannover geteilt. So sprachen sich in einer Versammlung Braunschweiger Bürgervertreter im „Deutschen Haus“, die WILHELM BODE am 2. Januar 1832 zu einer Besprechung der Zollvereinsfragen einberufen hatte, zahlreiche Teilnehmer für den Anschluß an Preußen aus ³⁶¹). Auch die Ständeversammlung lehnte, da der Handel der nahe der preußischen Grenze gelegenen Städte Helmstedt, Schöningen, Blankenburg und Holzminden erhebliche Einbußen erlitten hatte, den einseitigen Anschluß an Hannover ab und bat die Regierung, gemeinschaftlich mit Hannover dem preußischen Zollverein beizutreten ³⁶²).

Daran aber war bei der ganzen Einstellung der hannoverschen Regierung, die zudem auch Rücksichten auf die englischen Handelsbelange zu nehmen hatte, nicht zu denken. So konnte AMSBERG seine Verhandlungen mit Hannover fortsetzen, immer und durchaus nicht ohne Erfolg bemüht, der braunschweigischen Wirtschaft und Bevölkerung zu dienen. Den Einbecker Vertrag in seinem ganzen Umfange zu erfüllen, war freilich inzwischen unmöglich geworden, da am 23. August 1831 Kurhessen dem preußischen Zollsystem beigetreten war und Oldenburg wegen innerer Schwierigkeiten seine Zusagen nicht erfüllen konnte. So waren Hannover und Braunschweig allein übrig geblieben, nachdem die meisten mittel- und süddeutschen Bundesstaaten sich an Preußen angeschlossen hatten und derart am 1. Januar 1834 der Deutsche Zollverein entstanden war.

Nach jahrelangen sehr zähen Verhandlungen trat dann am 1. Mai 1834 der Hannover-Braunschweigische Steuerverein ins Leben ³⁶³). Er führte für die beiden Staaten eine gemeinsame Zollgrenze und eine gemeinsame Verwaltung der indirekten Steuern mit Ausnahme des Salzmonopols ein; der starke Anstieg des braunschweigischen Zolleinkommens bewies die belebende Wirkung auf den Handelsverkehr. Auch die braunschweigischen Wünsche nach Schonung und Erleichterung des Messehandels waren erfüllt worden ³⁶⁴). Diese wohltätige Wirkung auf Wirtschaft und Staatsfinanzen wurde noch durch den Anschluß des Großherzogtums Oldenburg am 7. Mai 1836 und des Fürstentums Schaumburg-Lippe am 11. November 1837 an den Steuerverein erhöht.

Zur Bekämpfung des umfangreichen Schleichhandels an den preußischen und kurhessischen Grenzen suchte die preußische Regierung mit den Staaten des Steuervereins zu einem Übereinkommen zu gelangen. Aus diesen sich über zwei Jahre erstreckenden Verhandlungen, in denen Braunschweig wieder durch den Geh. Legationsrat v. AMSBERG vertreten

³⁶⁰) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 224.

³⁶¹) NStAW: Hs Abt. VI Gruppe 11 Nr. 19 Vol. 3.

³⁶²) Verhandlungen der Landesversammlung: Protokoll vom 1. März 1834.

³⁶³) GuVS 1835 No. 13, S. 171—286.

³⁶⁴) R. WITTENBERG: Braunschweigs Zollpolitik (1930), S. 45—60.

wurde, entstand das am 1. November 1837 von den beiden Steuersystemen abgeschlossene Zollkartell³⁶⁵), das manche der bisher schmerzhaft empfundenen Nachteile beseitigte. Zur Vereinfachung der Zollgrenzen gab das Herzogtum Braunschweig erhebliche Gebiets-
teile an den Deutschen Zollverein ab: das Fürstentum Blankenburg, das Stiftsamt Walken-
ried, das Amt Calvörde sowie die Dörfer Hessen und Pabstorf, während Preußen seine
Exklaven Wolfsburg, Hehlingen und Heßlingen sowie Roklum dem Steuerverein unter-
stellte. Da nun die Eisenerzeugnisse des braunschweigischen Unterharzes zollfrei nach
Preußen eingeführt werden konnten, erwuchs den staatlichen Hüttenwerken eine jähr-
liche Mehreinnahme von wenigstens 200 000 Rtlr. Neben der wirtschaftlichen Förderung
der abgetretenen Gebiete brachte das Zollkartell auch der Braunschweiger Messe sehr er-
hebliche Begünstigungen im Handelsverkehr mit dem Gebiete des Deutschen Zollvereins.

Da die Verträge mit den Staaten des Steuervereins zu Ende des Jahres 1841 abliefen,
wurden im Sommer 1840 Unterhandlungen mit dem Ziel ihrer Erneuerung aufgenommen
und am 21. Dezember 1840 erfolgreich abgeschlossen. Dann aber verzögerte die hanno-
versche Regierung die Vollziehung der Verträge, bis am 10. März 1841 König ERNST
AUGUST ihre Anerkennung verweigerte und erhebliche Änderungen der bereits durch
seine Bevollmächtigten abgeschlossenen Vereinbarungen verlangte. Herzog WILHELM und
das Staatsministerium waren nicht gewillt, diese Entscheidung hinzunehmen. Am 15. April
1841 teilte die Regierung der Ständeversammlung mit, daß die Hoffnungen, die Steuer-
verträge mit Hannover auf eine den berechtigten Forderungen des Herzogtums Braun-
schweig zusagende Weise erneuern zu können, aufgegeben und die Verhandlungen völlig
abgebrochen werden mußten.

Vielleicht kam diese Entwicklung dem Staatsministerium nicht ganz ungelegen, da sie
die Möglichkeit eröffnete, das Land Braunschweig dem Deutschen Zollverein anzu-
schließen. Der Landtag war jedoch anderer Meinung. Sämtliche Abgeordnete, mit allei-
niger Ausnahme des Abgeordneten Landesdirektors PINI, stellten sich hinter die Ent-
scheidung, daß es besser sei, den Anschluß an Preußen bis dahin zu verschieben, daß
Hannover und Braunschweig gemeinschaftlich diesen Schritt unternehmen würden.

Auch WILHELM BODE bezeichnete es als Fehler der braunschweigischen Regierung, daß
man sich „durch persönliche Rücksichten verleiten ließ, die Verträge mit dem Steuerverein
zur Unzeit aufzugeben und ohne die Folgen zu berechnen, ohne Hannover dem Zoll-
verein beitrug, daß man nicht zeitig die Maßregeln traf, mit welchen einem völligen
Bruch vorgebeugt werden konnte“³⁶⁶). Freilich sieht auch BODE die größere Schuld beim
hannoverschen König: „Die Stadt Braunschweig selbst war dem König Gegenstand des
Hasses, denn er hatte ihr den Aufstand nicht vergessen, und bei seiner Anwesenheit da-
selbst waren ihm nie Beweise von Verehrung gegeben, wie er sie von den Philistern in
Hannover erhielt; die Stadt zu drücken lag ihm besonders am eisigen Herzen“³⁶⁷).

³⁶⁵) GuVS 1837 No. 38, S. 547—574.

³⁶⁶) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 281 f.

³⁶⁷) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 278.

Auf Antrag der braunschweigischen Regierung wurden die Verhandlungen über den Beitritt des Herzogtums Braunschweig zum Deutschen Zollverein ungesäumt aufgenommen. Dabei stellte das Braunschweigische Staatsministerium die Forderung auf, das gesamte braunschweigische Staatsgebiet dem Zollverein anzuschließen, wohl in der stillen Hoffnung, durch die Tatsache, daß Südhannover dann eine Exklave im Zollvereinsgebiet bilden werde, die hannoversche Regierung zum Einlenken und zum Beitritt zum Zollverein zu zwingen.

Jedoch der preußische Minister GRAF VON ALVENSLEBEN, der selbst die Leitung der Verhandlungen übernommen hatte, wollte den Gegensatz zu Hannover nicht unnötig verschärfen, wie auch der braunschweigische Unterhändler VON AMSBERG vor einem schroffen Abbruch der Beziehungen zwischen den beiden Staaten warnte. Der am 16. Dezember 1841 vollzogene Vertrag zwischen dem Herzogtum Braunschweig und den zwölf Staaten des Deutschen Zollvereins sah die Aufnahme des ganzen braunschweigischen Hoheitsgebietes vor, bestimmte jedoch, daß der braunschweigische Harz- und Weserdistrikt noch für das Jahr 1842 beim Steuerverein verbleiben sollte. Da dann auch der Beitritt Hannovers zum Zollverein in Aussicht stand, stimmte der braunschweigische Landtag am 16. Dezember 1841 dem Verträge zu. Über AMSBERGS Mitwirkung an diesem Verträge urteilte WILHELM BODE: „Er brachte mit vielerlei Umsicht die Verträge vom Jahre 1841 16./17. Dezember zu Stande, die nach der Übereinkunft vom 23. Dez. 1842 noch auf ein Jahr bis zum Schluß des Jahres 1843 in Kraft bleiben sollten. Es wurden einzelne Landestheile danach im Steuervereine mit Hannover und Oldenburg belassen und wegen der in den preußischen Zollverein übergegangenen Theile wurden angemessene Bestimmungen wegen Ein- und Ausfuhr getroffen, bei welchen man sich in Braunschweig nicht unwohl fühlte“ ³⁶⁸).

Wenn auch die Bemühungen um den Anschluß Hannovers an den Deutschen Zollverein wegen der übertriebenen Forderungen Hannovers einen Erfolg nicht bringen konnten, so wurde doch auf Preußens Verlangen der Weserdistrikt auch für das Jahr 1843 beim Steuerverein belassen und damit eine endgültige Entscheidung abermals um ein Jahr hinausgeschoben. Braunschweigs Stellung in diesen diplomatischen Kämpfen war schwächer geworden, nachdem AMSBERG ausgangs des Jahres 1841 aus seinen bisherigen Ämtern schied und lediglich auf die Leitung der Eisenbahn- und Postverwaltung beschränkt wurde. AMSBERG hatte seiner Meinung wohl zu deutlich Ausdruck gegeben und war deshalb, aber auch wegen Kompetenzüberschreitungen, über die in anderem Zusammenhang zu berichten sein wird, beim Staatsministerium, insbesondere beim Finanzminister SCHULZ in Ungnade gefallen.

Als der 1843 ablaufende Vertrag erneuert werden sollte, hatte sich überdies das Verhältnis zu Hannover so verschlechtert, daß unmittelbare Verhandlungen zwischen Braunschweig und Hannover kaum noch möglich waren. Deshalb nahm das Braunschweigische

³⁶⁸) StABr: H IV Nr. 193 Bl. 272.

Staatsministerium bei den in Berlin stattfindenden Verhandlungen die Vermittlung Preußens in Anspruch. Als Beauftragter der braunschweigischen Regierung nahmen der Geheime Finanzrat WOLFF³⁶⁹⁾ und der Steuerassessor MENADIER³⁷⁰⁾ an den Verhandlungen teil, letzterer für den ursprünglich in Aussicht genommenen, dann aber erkrankten Zollrat MELSHEIMER³⁷¹⁾. Sie alle waren in ihrem Ressort zuverlässige Beamte, aber doch von beschränktem Gesichtskreis und für eine schwierige diplomatische Tätigkeit völlig ungeeignet. So urteilt auch WILHELM BODE³⁷²⁾. Er kennzeichnet WOLFF als „einen ehemaligen Offizier und mit dem Steuermechanismus bekannten Mann, der aber längst nicht zum Diplomaten taugte und dies selbst offen bekannte“. Ähnliches galt von MENADIER: „Ein vormaliger Schreiber und Schreibgehülfe bei den von H. von Amsberg früher geleiteten Verhandlungen. Beide eigneten sich überall nicht zu solchen Geschäften, sie wurden aber benutzt, weil von Amsberg in Ungnade gefallen war und weil man annehmen zu dürfen glaubte, daß Wolff der Legation das äußere Ansehen geben und Menadier seinem vormaligen Herrn die Verhandlungsweise abgesehen haben und suppenditiren werde, was dem Geh. Finanzrath etwa an Kenntniß der Verhältnisse abgehen werde.“

Die Schuld an dieser leichtfertigen Behandlung der braunschweigischen Interessen mißt WILHELM BODE dem Finanzminister SCHULZ zu: „Wäre unser Herr Finanzminister thätiger und kundiger gewesen, hätte er selbst den Zügel in der Hand behalten, so wäre es nicht zu den so niedrigen Auftritten gekommen sein; allein von Amsberg wollte man aus hierher wenigstens nicht gehörigen Gründen bei den Verhandlungen nicht weiter benutzen, die obige Leitung ging daher von dem unfähigen Minister auf den Ministerial-

³⁶⁹⁾ AUGUST FERDINAND FRIEDRICH WOLFF wurde am 3. Februar 1791 als Sohn des Hof- und Dompredigers W. zu Braunschweig geboren. Er trat am 5. Januar 1808 in das westfälische Heer ein, wurde 1809 zum Leutnant befördert und nahm 1812/14 an den Kämpfen gegen Rußland und Preußen teil. Am 4. April 1814 wurde W. als Leutnant im braunschweigischen Truppenkorps angestellt. In ihm nahm er, inzwischen zum Kapitän befördert, an dem Feldzug nach Belgien teil. Seit 1816 im Militärverwaltungsdienst beschäftigt, trat W. am 23. Dezember 1832 als Finanzrat in den Zivildienst über, wurde 1841 Geh. Finanzrat und starb am 15. August 1851 zu Braunschweig. (v. KORTZFLEISCH: Geschichte d. Braunsch. Inf.-Regts. Bd. 2 [1898], S. 450).

³⁷⁰⁾ FERDINAND MENADIER, der seit 1833 als Hilfskraft v. AMSBERGS an allen Zollverhandlungen teilgenommen hatte, wurde am 14. Mai 1841 zum Steuerassessor, am 29. Dezember 1842 zum Zollrat ernannt. In einer gegen seinen Sohn, der im Staatsdienst Unterschlagungen begangen hatte, durchgeführten Untersuchung wurde auch M. belastet und nach einem Disziplinarverfahren am 9. August 1851 in den Ruhestand versetzt. Am 2. August 1865 verlegte M. seinen Wohnsitz nach Roßlau, wo er am 1. November 1884 in bedrängten Verhältnissen starb. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 2397).

³⁷¹⁾ CARL WILHELM HERMANN MELSHEIMER, am 5. Mai 1809 zu Braunschweig als Sohn eines Kammerrates geboren, studierte nach dem Besuche des Collegium Carolinum seit Ostern 1828 in Heidelberg und Göttingen Rechtswissenschaften, trat 1831 als Auditor beim Amt Riddagshausen ein, wurde im Oktober 1832 zur Finanzdirektion versetzt und am 1. Januar 1834 zum Steuersekretär, am 9. Juli 1840 zum Steuerassessor ernannt, starb aber schon am 25. Mai 1842 an der Auszehrung. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 2397).

³⁷²⁾ StABr: H IV Nr. 193 Bl. 277; Bl. 282—283.

rath von Koch über und sie kam so in die Hände eines Mannes, der kein sonderliches Bedenken trug, das Wohl des Landes seinen Leidenschaften zum Opfer zu bringen und den Herzog selbst über die Verhältnisse zu täuschen.

Im Monate März reiste der Herzog — seine gewöhnliche Frühlingsfahrt nach Venedig aussetzend — nach Berlin um den Conferenzen wegen der Wirren mit Hannover wenigstens nahe zu sein. v. Amsberg hatte daselbst zu einer Conferenz über Eisenbahnangelegenheiten sich gleichfalls eingefunden, war auch zur Audienz bei dem Herzoge zugelassen, dabei aber wurde von letzterem der Zollverhältnisse nicht gedacht, obwohl der königl. Preuß. Minister von Alvensleben nicht unterlassen hatte, den von Amsberg, als zu den Verhandlungen vorzüglich geeignet zu empfehlen. H. v. Koch wurde dagegen nach Berlin berufen; Zwischenfälle hatten inmittelst die Verhältnisse noch drückender herausgestellt.“

Die Verhandlungen in Berlin, auf die BODE hier hinweist, hatten nur noch den Zweck, das 1837 abgeschlossene Zollkartell zwischen den beiden Zollvereinigungen zu verlängern. Diese Verhandlungen zogen sich, durch diplomatische Zwischenfälle mehrfach unterbrochen, bis zum Ende des Jahres 1843 hin. Als aber im Dezember 1843 die braunschweigische Ständeversammlung beschloß, zum 1. Januar 1844 auch den Harz- und Weserdistrikt dem Deutschen Zollverein einzugliedern und hier nun auch die hohen Tarife des Zollvereins erhoben wurden, wurde tatsächlich Südhannover vom Hauptteil des Königreichs handelspolitisch getrennt. Daraufhin trat die hannoversche Regierung zum 31. Dezember 1843 vom Zollkartell zurück und setzte für das Herzogtum Braunschweig höhere Eingangs- und Durchgangszölle als für die anderen Staaten des Deutschen Zollvereins fest.

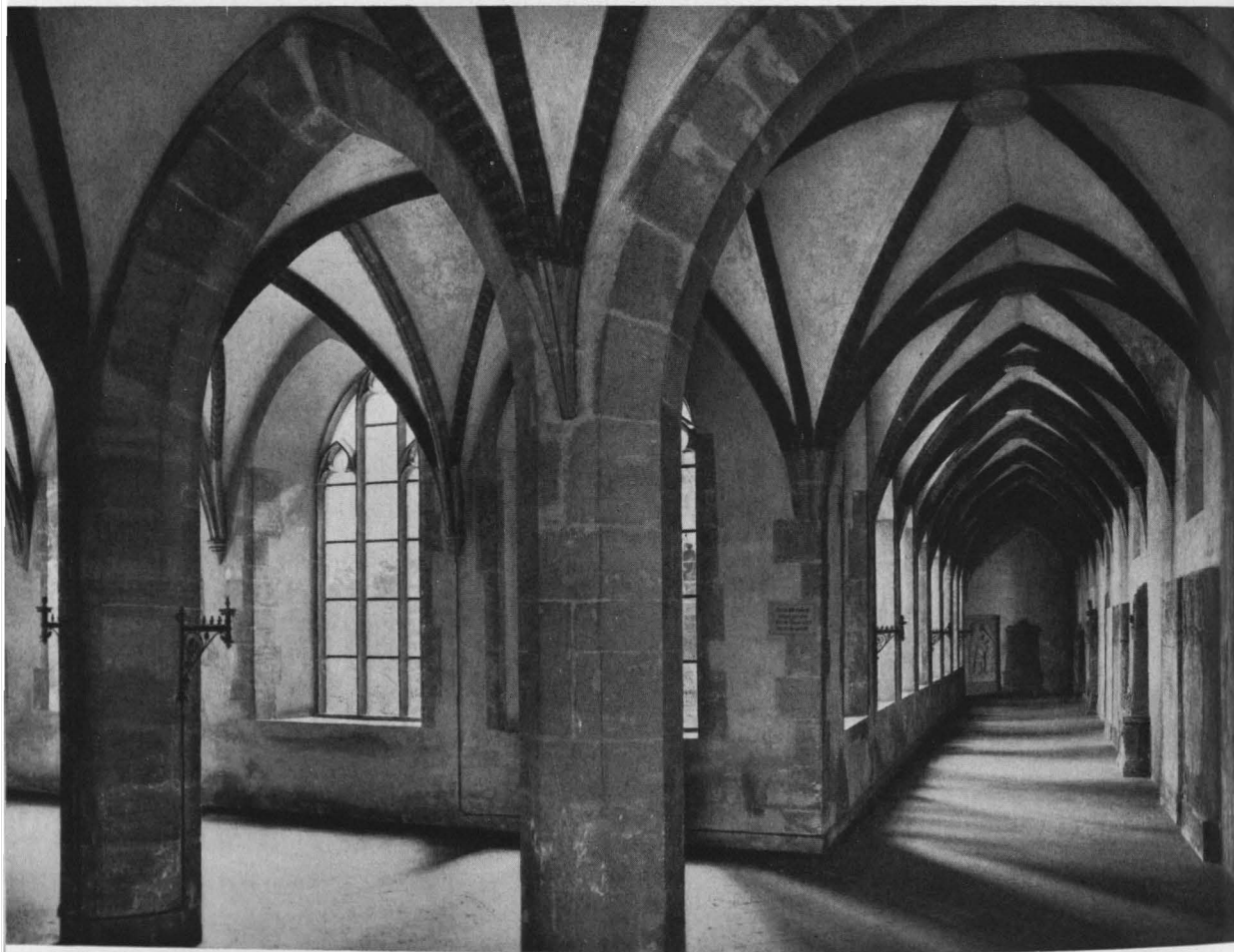
Von dem nun beginnenden kleinlichen Zollkrieg zwischen Hannover und Braunschweig berichtet WILHELM BODE: „Hannoverscher Seits sperrte man nun die dortigen Braunschweigischen Enclaven Thedinghausen und Bodenburg gänzlich ab. Was daselbst ausgeführt wurde, sollte als Conterbande behandelt werden. Auf der über Salzgitter laufenden Straße, die mehrmals das hannöversche Gebiet berührt, mußten die von Braunschweig kommenden Wagen mehrmals abgepackt werden und sich einer nur aus Chikane geordneten Revision unterwerfen lassen. Der Verkehr auf der Harzburger Eisenbahn wurde unterbrochen, weil man in Schluden das Gepäck untersuchte und dazu so viel Zeit verwendete, daß Reisende ihre Sachen zurücklassen mußten und erst am folgenden Tage oder später nachgesandt erhielten.“

Auf Vermittlung der Großmächte Österreich und Preußen hob Hannover am 16. Oktober 1845 das Edikt vom 31. Dezember 1843 wieder auf. Der nun eintretende legale Zustand währte bis zum 7. September 1851. An diesem Tage traten Hannover und Oldenburg dem Deutschen Zollverein bei. Damit fielen endlich auch die das Herzogtum Braunschweig einengenden Zollschranken.

Wenn sie auch nicht die alleinige Ursache waren, so trugen doch die hier geschilderten Vorgänge sicherlich zum schnellen Verfall des Großhandels und des Speditionsgewerbes der Stadt Braunschweig bei. WILHELM BODE notierte zum Jahre 1846: „In diesen Jahren



14. Professor Dr. August Uhde



*15. Kreuzgang der Brüdernkirche,
in dem das Stadtarchiv von 1836 bis 1863 untergebracht war*

verliert die Stadt ihre reichsten Kaufleute durch den Tod, ohne daß Söhne die Handlung fortsetzen: Friedrich Grassau, Bierbaum läßt 1 600 000 Rtl. nach, Dommerich 300 000 Rtl., Dietrich Krause 400 000 Rtl., Degener auf dem Damm 500 000 Rtl., Carl Dietrich Löbbcke 1 600 000 Rtl.“³⁷³⁾).

Die zollpolitischen Verhandlungen hatten den braunschweigischen Unterhändlern sehr deutlich gezeigt, daß das Herzogtum Braunschweig weder von Hannover noch von Preußen besondere Rücksichtnahme zu erwarten hatte, daß vielmehr diese beiden Staaten in ihrer Wirtschaftspolitik sich von durchaus eigensüchtigen Beweggründen leiten ließen. Wenn auch hier schließlich der allgemeine Deutsche Zollverein Vor- und Nachteile für die Einzelstaaten ausglich und dadurch einen sehr erfreulichen Wirtschaftsaufschwung anbahnte, so mußte bei der Anlage neuer Verkehrswege das Herzogtum Braunschweig alsbald in eine schwierige Lage kommen, da seine Möglichkeiten zu gering waren, die Baupläne der größeren Nachbarstaaten zu beeinflussen. Während man nun zollpolitische Vereinbarungen nach verhältnismäßig kurzer Frist ändern oder gar aufheben konnte, wurden aber beim Bau von Landstraßen oder von Eisenbahnen Tatbestände von sehr langer Dauer geschaffen. Schon bei dem Ausgang des 18. Jahrhunderts beginnenden Ausbau der Fernverkehrsstraßen hatten Hannover wie Preußen diejenigen Straßenzüge ausgewählt, die ihnen selbst den größten handelspolitischen Nutzen bringen konnten. So hatte schon damals das Kurfürstentum Hannover begonnen, durch den Ausbau der dem Leinetal folgenden Straße einen großen Teil des herkömmlich von Süddeutschland zur Stadt Braunschweig und dann weiter nach Norden führenden Verkehrs auf die Stadt Hannover abzulenken. Daß diese Gefahren der Verkehrsumleitungen bei der zukünftigen Anlage eines Eisenbahnnetzes sich noch vergrößern würden, hatte AUGUST PHILIPP v. AMSBERG schon frühzeitig erkannt. Um Braunschweigs zentrale Stellung im Landstraßennetz auch im Zeitalter der Schienenwege zu erhalten, hatte er bereits 1824 empfohlen, sowohl von Hannover als auch von Braunschweig ausgehend eine Eisenbahn — die freilich noch mit Pferden betrieben werden sollte — über Celle und Lüneburg nach Hamburg zu bauen und diese Strecken später nach Süden fortzusetzen. Amsberg brachte bei den Zollvereinsverhandlungen diese Anregungen zur Sprache. Doch ging Hannover auf seine Vorschläge nicht ein.

Als nun anfangs der dreißiger Jahre die Verwirklichung der Dampfeisenbahnen immer näher rückte, erneuerte v. AMSBERG seine alten Vorschläge, die er um eine von Hannover wie von Celle nach Bremen zu erbauende Eisenbahn erweiterte. AMSBERG ließ seine Denkschrift im Druck erscheinen³⁷⁴⁾. Sie wurde im Braunschweiger Landtag eingehend und wohlwollend besprochen; die Abgeordneten waren willens, die Durchführung des Plans zu fördern, doch scheiterten die alsbald aufgenommenen Verhandlungen abermals am Widerstand der hannoverschen Regierung.

³⁷³⁾ StABr: H IV Nr. 26.

³⁷⁴⁾ Über die Einigung der Handelsinteressen Deutschlands. Braunschweig 1831.

Wenn schließlich doch die Stadt Braunschweig beim Eisenbahnbau in eine unglückliche Abseitslage geriet, so tragen daran weder die Bürgerschaft noch die Landesregierung die Schuld. Denn wenn auch AMSBERGS Bemühungen zunächst gescheitert waren, so nahmen doch die führenden Männer der Braunschweiger Wirtschaft den Plan Amsbergs auf einer anderen Grundlage wieder auf. Sie suchten durch die Gründung von Aktiengesellschaften eine Eisenbahnverbindung von Braunschweig und Hannover zu den Hansestädten Hamburg und Bremen zu schaffen. In engem Einvernehmen mit dem Stadtdirektor BODE führte EDUARD VIEWEG die vorbereitenden Verhandlungen, wobei ihm als Finanzberater die Inhaber des Bankhauses Gebrüder Löbbecke & Co., KARL DIETRICH und FRIEDRICH LÖBBECKE zur Seite standen. Aus dem umfangreichen Briefwechsel zwischen VIEWEG und FRIEDRICH LIST, dem Vorkämpfer des deutschen Eisenbahnwesens, läßt folgender Brief, den LIST am 22. Juni 1835 aus Leipzig an VIEWEG schrieb und in dem er sich um eine Anstellung bei der in Braunschweig zu gründenden Aktiengesellschaft bewarb, die großzügige Planung erkennen:

„... Meine richtige Stellung in Braunschweig wird die eines Consulanten sein. Dadurch würde ich weder den Ansprüchen, noch der Stellung irgend einer Individualität von Braunschweig oder Hannover anstößig werden. Die Eisenbahn Committees würden sich unverweilt und provisorisch constituieren, ihre Präsidenten und Vicepräsidenten wählen, und mich als sachverständigen Consulanten auffordern, an ihren Arbeiten Theil zu nehmen. Ich würde überall helfend, befördernd, arbeitend, berathend thätig seyn, wo meine Thätigkeit und mein Rath gefordert wird.

Bey Ihnen kommt jetzt alles darauf an, daß die öffentlichen Schritte Schlag auf Schlag sich folgen. Ich sollte denken, es bedürfe nur eines einzigen Berichtes, um die Subscription vorzubereiten. Sie müssen durchaus in der Subscription den Preußen und in der Ausführung den Sachsen zuvorkommen und beydes ist leicht möglich. Acht bis 10 Tage nach meiner Ankunft in Braunschweig müßte der Bericht fertig seyn. Unmittelbar nach Fertigung und Publication des Berichtes müßte eine Deputation nach England gehen, um zur Engagierung tüchtiger Ingenieure und Herbeischaffung der Materialien, der Arbeiter, Maschinen pp. die nötigen Einleitungen zu treffen. In der Nähe aller vier Städte würde zu gleicher Zeit angefangen, sodaß man noch in diesem Jahre wenigstens Eine Meile Bahn in der Nähe jeder Stadt eröffnen könnte, was außerordentlichen Eindruck machen und den Preis der Aktien steigern würde.

In der Voraussetzung, daß Ihr Committee in Braunschweig bereits ernannt ist, glaube ich, daß jetzt sogleich Bremen und Hannover aufgefordert werden sollten, Eisenbahn Committees zu ernennen, und daß man mit diesen und dem Hamburger Committee sich unverweilt in Rapport setzen sollte.

Die Bedingungen meiner Mitwirkung betreffend, so stelle ich keine anderen als diejenigen, welche ich hier gestellt habe, nämlich

1) jährlichen Gehalt während meiner Mitwirkung 2500 Th. nebst Ersatz der Reisekosten

und Auslagen — vorläufige Anstellung für 3 Jahre — wegen der weiteren Dienstleistung wäre weitere Übereinkunft zu treffen.

- 2) Als Benefiz die Befugnis 2% des Anlage-Capitals zu jeder mir beliebigen Zeit und zwar bis ein Jahr nach Eröffnung der ganzen Bahn zu dem Verkaufspreis nachzeichnen zu dürfen, weswegen der Betrag an Aktien für mich zurückzuhalten wäre

Ich glaube nicht zu viel zu versprechen, wenn ich sage, daß mit meiner Wirksamkeit das Hauptquartier der Eisenbahnen von Leipzig nach Braunschweig verlegt werden wird.“

EDUARD VIEWEG betrachtete die Zukunftsaussichten dieser Projekte freilich wesentlich nüchterner. In seinem Antwortbrief vom 13. Juli 1835 beschränkt sich VIEWEG auf die Mitteilung, daß die Sache im allgemeinen gut vorwärts zu gehen scheine, warnt LIST aber, allzu sicher auf die in Braunschweig erstrebte Stellung zu vertrauen und bittet ihn nachdrücklich, wenn ihm von anderer Seite eine Möglichkeit der Betätigung geboten würde, diese nicht aus Rücksicht auf Braunschweig abzuschlagen. „In Betreff auf Ihre Mitwirkung bei dem hiesigen Unternehmen so bin ich für meine Person von der Richtigkeit der Stellung, welche Sie proponiren, vollkommen überzeugt, und es ist mein großer Wunsch, daß wir Ihre Kenntniss auf diese Weise nutzen mögen. Aber ehrlich gesagt, zweifle ich ganz und gar, daß ich die von Ihnen gemachten Bedingungen durchsetze. Die Leute werden hier wie dort erst die Schule der Erfahrung durchmachen müssen, werden aber nicht dahin zu bewegen sein, ein so bedeutendes Honorar zu bewilligen, besonders da wir vor der Ausgabe der Aktien über gar keine Fonds zu verfügen haben und das Nöthige am Ende nur durch Beiträge der Comite Mitglieder wird gedeckt werden müssen. Eine bestimmte Ansicht kann ich natürlich erst haben, wenn sich das Comitee constituirt hat, bestätigt ist und die eigentlichen Beratungen angefangen werden“ ³⁷⁵).

Auch mit dem rührigen Magdeburger Oberbürgermeister FRANKE unterhielt EDUARD VIEWEG einen regen Briefwechsel über Eisenbahnfragen. Am gleichen Tage, an dem VIEWEG an LIST schrieb, kam FRANKE aus Hamburg nach Braunschweig zu Besprechungen mit VIEWEG und v. AMSBERG. Am Abend dieses 13. Juli 1835 trat auch das Braunschweiger Eisenbahnkomitee zu seiner ersten Sitzung zusammen. Seine Mitglieder vertraten die kapitalkräftigen Braunschweiger Großhandelsunternehmungen: FRIEDRICH LÖBBECKE, EDUARD VIEWEG, DIETRICH WILHELM KRAUSE, J. A. SALOMON und FRIEDRICH SELWIG ³⁷⁶). Als technischer Berater trat der Kammerassessor THEODOR MAHNER ³⁷⁷) in das Komitee ein ³⁷⁸).

³⁷⁵) Im Archiv des Verlages Friedrich Vieweg & Sohn.

³⁷⁶) FRIEDRICH SELWIG war Inhaber der Kolonialwarengroßhandlung von J. H. Grassau & Sohn, die auch die Fabrikation von Zucker und Zichorien betrieb. Mit HERMANN BUCHLER gründete S. 1857 die Braunschweigische Zuckerraffinerie. S. war von 1864 bis zu seinem Tode 1878 Vorsitzender der Industrie- und Handelskammer.

³⁷⁷) THEODOR GEORG AUGUST MAHNER wurde 1798 zu Braunschweig als Sohn des Kammerrats MAHNER SEN. geboren, besuchte seit 1814 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 24. Oktober 1816 in Göttingen Bergwerkskunde. Als Kandidat der Bergwerkswissenschaft legte er am 8. Juli 1822 eine ausgezeichnet beurteilte Prüfung ab. Als Kammerauditor bereits

Um die Verhandlungen über den Bau einer die Städte Magdeburg und Braunschweig verbindenden Eisenbahnlinie handelte es sich wohl auch in einem leider undatierten Brief, den AMSBERG an VIEWEG schrieb und der ein Schlaglicht auf die Rührigkeit der beteiligten Männer wirft:

„Es ist jedenfalls das Beste, daß Sie heute abend direkt nach Berlin gehen. Außer den Herren Franke, List usw. treffen Sie dort auch, wenn nicht Fr. Löbbbecke, doch den Sohn von C. D. Löbbbecke ³⁷⁹⁾, der Ihnen wird nützlich sein können. Mit C. D. Löbbbecke haben ich gestern eine lange Unterredung gehabt; er wird auch mit Ihnen heute noch sprechen.

Lesen Sie vorläufig die Anlage, in welcher ich die Hauptmomente Ihrer Äußerungen in Berlin zusammengestellt habe und lassen Sie mich wissen, zu welcher Stunde Sie mich besuchen wollen. Diesen Vormittag bin ich bis gegen 12 Uhr, und diesen Nachmittag von 4 — 6 Uhr zu Hause.

Bestellen Sie nur vorläufig Ihren Platz in der Diligence“ ³⁸⁰⁾.

Aber alle Bemühungen blieben ohne Erfolg. Es war in der Folge wohl möglich, innerhalb der Staatsgebiete wie in den Königreichen Preußen und Sachsen Eisenbahnen durch Aktiengesellschaften anlegen zu lassen. Sobald aber die projektierten Eisenbahnlinien die Staatsgrenzen überschreiten mußten, bauten die ängstlich gehüteten Hoheitsrechte der Einzelstaaten und das gegenseitige Mißtrauen unüberwindliche Hindernisse auf.

So blieb dann AMSBERG mit seinen Eisenbahnplänen auf den Raum des Herzogtums Braunschweig beschränkt. Er schlug nun der Regierung vor, eine Eisenbahnverbindung zwischen Braunschweig und Harzburg zu schaffen und diese Eisenbahnlinie in der Form eines staatlichen Unternehmens zu bauen und zu betreiben. Nachdem das Staatsministe-

übernahm er das Referat über die Südharzer Bergwerke und Eisenhütten, später auch über die Helmstedter Braunkohlenbergwerke und die Fürstenberger Porzellanmanufaktur. Am 6. November 1830 zum Assessor ernannt, trat er am 11. Mai 1837 in die staatliche Eisenbahnkommission ein und weilte im Sommer 1838 zu Studienzwecken in England. Am 6. September 1837 wurde er zum Kammerrat, am 25. April 1867 zum Geheimen Kammerrat ernannt. Am 2. Januar 1875 trat M. in den Ruhestand, er starb zu Braunschweig am 28. Mai 1880. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. M9).

³⁷⁸⁾ StABr: G IX Gr. 26 Nr. 7.

³⁷⁹⁾ FRIEDRICH EDUARD (VON) LÖBBECKE wurde am 18. Oktober 1795 zu Braunschweig als Sohn des Bankiers KARL DIETRICH L. geboren. Er wurde Kaufmann und trat, nachdem er vier Jahre in England tätig gewesen war, am 1. Januar 1820 in die Firma Gebr. Löbbbecke & Co. als Teilhaber ein. 1824 übernahm er die Leitung des Breslauer Zweighauses. Er war ein unternehmungsfreudiger Geschäftsmann, der sich bahnbrechend an der industriellen Entwicklung Schlesiens beteiligte. Das oberschlesische Eisenbahnnetz verdankte ihm stärkste Förderung ebenso wie mehrere Großbetriebe zur Gewinnung und Verarbeitung von Steinkohle sowie von Galmei- und Eisenerzen. So gründete er die Schlesische AG. für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb. Dazu erwarb er Spinnereien in Schlesien und Böhmen und gründete drei Zuckerfabriken im mittelschlesischen Lößgebiet. Mit seinem Tode am 26. Oktober 1870 löste sich der Zusammenhang mit dem Braunschweiger Stammhaus. (Chron. der Familie Löbbbecke, S. 218 f.).

³⁸⁰⁾ Im Vieweg-Archiv.

rium und die Ständeversammlung Amsbergs Plänen zugestimmt hatten, wurde als Verwaltungsbehörde eine Herzogliche Eisenbahnkommission gegründet. Nach ihren Anträgen bewilligte die Ständeversammlung die Kosten für den Bau des Streckenabschnitts Braunschweig-Wolfenbüttel in Höhe von Rtlr. 144 000.

Nach verhältnismäßig kurzer Bauzeit konnte am 1. Dezember 1838 die neue Eisenbahnlinie dem Verkehr übergeben werden, obwohl der Bau mannigfache Änderungen gegenüber den ursprünglichen Berechnungen erzwungen hatte. Die von der Eisenbahnkommission in England gekauften stärkeren Lokomotiven erforderten einen stärkeren Unterbau, auch sonst mußte naturgemäß Lehrgeld bezahlt werden, so daß statt der bewilligten Rtl. 144 000 der Bau der Strecke nach Wolfenbüttel Rtl. 353 000 kostete. Um die Durchführung des Baues nicht durch langwierige Verhandlungen zu gefährden oder zu hemmen, hatte v. AMSBERG wohl das Staatsministerium mündlich von den notwendig gewordenen Planänderungen unterrichtet, die Ständeversammlung aber über diese Vorgänge und ihre finanziellen Folgen im Unklaren gelassen. Bei aller Anerkennung der Tatkraft und Umsicht v. Amsbergs und seiner vorzüglichen Leistung war seine Handlungsweise in einem konstitutionellen Staatswesen eine schwere Beleidigung des Parlaments, dem seine wichtigste Aufgabe, die Aufsicht über die Staatsausgaben, entzogen wurde.

Als jetzt die Regierung den Landtag um die Nachbewilligung der Etatüberschreitung ersuchte und gleichzeitig eine Vorlage über den Weiterbau nach Harzburg vorlegte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen in der Ständeversammlung, weil die liberalen Abgeordneten, die ursprünglich die Vorkämpfer für den Eisenbahnbau gewesen waren, nun sich gegen die Mißachtung der Rechte der Landesversammlung leidenschaftlich zur Wehr setzten. Zur Vorbereitung der Beratung der Vorlage war eine Kommission der Ständeversammlung eingesetzt worden, deren Leitung WILHELM BODE übernommen hatte. In der Sitzung am 27. Mai 1839 erstattete BODE dem Plenum den Ausschlußbericht, der an der Handlungsweise des Staatsministeriums milde Kritik übte, aber angesichts der überraschend guten bisherigen Betriebsergebnisse der Wolfenbüttler Strecke den Weiterbau bis Harzburg und die Bewilligung der veranschlagten Kosten von Rtl. 450 000 empfahl. Um eine wirksame Kontrolle sicherzustellen, forderte BODE für die Ständeversammlung Vertretung in der Eisenbahnkommission und stellte außerdem den Antrag, in der nächsten Finanzperiode den jährlichen Amortisationsfonds für Landesschulden um Rtl. 50 000 zu erhöhen.

In der am folgenden Tage, dem 28. Mai 1839 beginnenden Aussprache im Plenum richtete zunächst der Abgeordnete HEINRICH GRASSAU aus Braunschweig heftige Angriffe gegen das Staatsministerium, das sich „den Vorschlägen der Herzoglichen Eisenbahnkommission zu sehr hingeeben hätte“. Der Abgeordnete v. UNGER verteidigte die Kommission, die durch ihren Eifer für die gute Sache sich habe hinreißen lassen und darüber die Formen nicht gewahrt hätte. Sie habe immer das Beste gewollt, doch da man keine Erfahrungen gehabt habe, sei zwangsläufig die Etatüberschreitung entstanden. UNGER meinte auch, die Vorwürfe gegen die Kommission würden verstummen, wenn man von den Vorurteilen gegen die Eisenbahn überhaupt abkommen würde. Gegen die Ausführungen

v. UNGERS wandte sich der Abgeordnete STEINACKER. Er betonte, daß es sich nicht um Erfolg oder Nichterfolg der Eisenbahn handle, sondern um eine beklagenswerte Verletzung der staatsrechtlichen Form, die der Landtag nicht hinnehmen könne. Ihm stimmte der Abgeordnete HOLLANDT zu, der außerdem bemängelte, daß die Eisenbahnkommission bereits den Bau der Harzburger Strecke begonnen habe, bevor der Landtag den Etat dafür bewilligt habe. Auch der Abgeordnete STOLLE³⁸¹⁾ fand die Kritik des ständischen Ausschusses, die BODE vorgetragen hatte, sehr milde und meinte, daß das Staatsministerium das Verhalten v. AMSBERGS nicht hätte dulden dürfen. Nachdem noch zahlreiche andre Abgeordnete in die Kritik eingestimmt hatten, beantragte der Abgeordnete Abt BANK Schluß der Debatte und Annahme des Berichtes des Ausschusses.

Die Aussprache hatte erkennen lassen, daß eigentlich nur die Vertreter der Ritterschaft und die Beamten der Regierungsvorlage zustimmen würden. Die Liberalen lehnten sie aus politischen Erwägungen ab, und den Bauern war der Eisenbahnbau zu teuer. Aus ihren Kreisen kam der Vorschlag, die Strecke Wolfenbüttel-Harzburg mit leichten Schienen für den mit Pferden betriebenen Warenverkehr auszubauen, wobei man mit geringeren Bau- und Betriebskosten den gleichen Nutzeffekt erzielen könne.

In der Sitzung am 29. Mai 1829 nahm WILHELM BODE, um die Gegensätze auszugleichen, das Wort zu längeren Ausführungen. Er hob hervor, daß aus wichtigen staatswirtschaftlichen Rücksichten die Vollendung des Baues der Eisenbahn nach Harzburg empfohlen werden müsse. Vor allem die Verbindung der Distrikte des Landes miteinander, des Wolfenbüttler und des Schöninger mit dem Harzdistrikt, die jetzt fast jeder Verkehrsverbindung ermangelten, könne, zumal es nicht tunlich sei, diesen Zweck durch Anlage von Chausseen zu erreichen, auf keine angemessenere Weise als durch den Bau dieser Eisenbahn hergestellt werden. Für die Beurteilung erheblich wären auch die besonderen staatswirtschaftlichen Zwecke, auf welche das Eisenbahnunternehmen gegründet werden sollte, so die Herbeischaffung der Pflastersteine, die erforderlich wären, um die Chausseen des Flachlandes in einen tüchtigen Zustand zu setzen, und die nur vermittelt der Eisenbahn mit geringen Kosten transportiert werden könnten. Wichtig wäre auch die Eisenbahnverbindung mit dem Harz für die Erhöhung der Einkünfte aus den staatlichen Forsten, aber auch für die Versorgung des Wolfenbüttler und Schöninger Distrikts mit dem erforderlichen Nutz- und Brennholz. Dieses sei um so wichtiger, als infolge der damals beginnenden Separationen und Gemeinheitsteilungen die Gemeindeforsten immer mehr reduziert und deshalb zur Deckung des Bedarfs an Forstprodukten von Jahr zu Jahr weniger ausreichen würden. Dagegen stehe in der Harzburger Oberforst eine bedeutende

³⁸¹⁾ FRIEDRICH STOLLE, Kaufmann in Holzminden, trat seit 1832 in der Landesversammlung als zielbewußter Vertreter der kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte auf. WILHELM BODE schätzte den anspruchslosen, sehr fleißigen Abgeordneten, der fest und umsichtig seine Meinung vertrat. Politisch schloß sich St. eng an seinen Landsmann STEINACKER an. St. war Mitglied des Frankfurter Parlaments 1848, doch legte er sein Mandat nieder, da, wie W. BODE meinte, ihm die Verhältnisse zu großartig waren. Für St. wurde der Finanzdirektor v. THIELAU im Dezember 1848 in die Nationalversammlung gewählt.

Durchforstung bevor, welche in den nächsten Jahren fast 800 Waldmorgen jährlich umfassen und wodurch eine Menge von Wasen werde gewonnen werden, die man dort nicht verwerten könne, die aber in Wolfenbüttel und Braunschweig sehr gut verkäuflich sein würde. Wenn für die Harzer Hüttenbetriebe auch jetzt eine allgemeine günstige Konjunktur herrsche, so wäre es doch auch für sie wichtig, ihre Erzeugnisse auf der Bahn nach Braunschweig transportieren zu können, zumal von der Mehrzahl der Hütten Chausseen auf den Endpunkt der Eisenbahn zuführten. Diese Verhältnisse seien nun aber von doppelter Wichtigkeit, weil die Regierung dadurch in den Stand gesetzt werde, der Eisenbahn eine jährliche Einnahme von Rtl. 33 000 an Frachtgebühren zuzuwenden.

Man könnte nun auch begreifen, daß das in der Harzburger Bahn angelegte Kapital sich verzinsen würde, da die obwaltenden speziellen Verhältnisse eine zweckmäßige Verbindung des Waren- und Personenverkehrs zuließen, so daß bei einer Fahrt, die durch Personen nicht genügend besetzt sei, die Ladung aus den Holz- und Eisendepots der Regierung vervollständigt werden könnte, was auch insofern zweckmäßig sei, als es für die Lokomotiven am zuträglichsten wäre, wenn sie bei ihren Fahrten stets volle Ladung hätten. Er vermöge nicht einzusehen, weshalb unter solchen Umständen der Gütertransport mit dem Personentransport nicht sollte zweckmäßig vereinigt werden können.

Bedenklich wenigstens schiene es, zum Beweise der entgegenstehenden Behauptung auf ganz andere Verhältnisse, wie sie zum Beispiel in Belgien herrschten, sich zu berufen, wo die Mehrzahl der größeren Städte durch schiffbare Flüsse und Kanäle miteinander verbunden wären.

Das Sitzungsprotokoll schließt: „Andere Gründe für die Fortsetzung des Baues teilte der geehrte Redner extra protocollum mit, schließend mit der Erklärung, daß er aus voller Überzeugung für die Vollendung des Baues stimmen werde“ ³⁸²).

In der endgültigen Abstimmung am 31. Mai 1839 wurde die Regierungsvorlage gemäß dem Kommissionsbericht angenommen. Dagegen stimmten 13 Abgeordnete, darunter die Abgeordneten LÖBBECKE, HEINRICH GRASSAU, HOLLANDT, STEINACKER, STOLLE und JÜRGENS ³⁸³), die als überzeugte Liberale glaubten, ihre Zustimmung aus politischen Gründen versagen zu müssen.

³⁸²) NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 189 Vol. II.

³⁸³) KARL HEINRICH JÜRGENS, geboren am 3. Mai 1801 zu Braunschweig als Sohn eines Schatznehmers, besuchte seit April 1819 das Collegium Carolinum und studierte seit dem 27. Oktober 1820 in Göttingen Theologie. 1824 wurde er als Pastor in Negenborn angestellt, 1834 nach Stadtoldendorf versetzt. Durch seine politischen und theologischen Schriften, so eine dreibändige Biographie MARTIN LUTHERS, bekannt geworden, trat er 1842 in den Braunschweiger Landtag ein, wo er sich der liberal-nationalen Richtung STEINACKERS anschloß. J. gehörte dem Vorparlament und dann der Frankfurter Nationalversammlung an unter reger Teilnahme an den parlamentarischen und gesetzgeberischen Arbeiten. 1851 schied er aus seinem Amt und war in Hannover und in Frankfurt am Main als freier Schriftsteller tätig, hauptsächlich mit historisch-politischen Arbeiten beschäftigt. Er starb am 2. Dezember 1860 in Wiesbaden. (ADB 14 [1881], S. 740—743).

So kam die Angelegenheit noch zu einem guten Ende. Sicherlich war das Ministerium über die offene, zum Teil scharfe Kritik, die es hatte hinnehmen müssen, nicht erfreut. Aber für die Entwicklung des parlamentarischen Lebens war es wertvoll, daß die Landesversammlung ihre Rechte gegen bürokratische Anmaßung und Nichtachtung entschlossen verteidigte. Der Leidtragende war letzten Endes Herr v. AMSBERG, dessen beherrschender Einfluß auf die gesamte Wirtschaftspolitik des Herzogtums abzubröckeln begann, bis er 1842 in seiner Wirksamkeit auf die Eisenbahn- und Postverwaltung beschränkt wurde und aus seinen übrigen Staatsämtern ausscheiden mußte. Die Spannungen zwischen dem Staatsministerium und VON AMSBERG wogen so schwer, daß das Staatsministerium deswegen auf besondere Festlichkeiten verzichtete, als am 20. November 1845 das neue, von KARL THEODOR OTTMER entworfene Eisenbahngebäude der Benutzung übergeben wurde ³⁸⁴⁾.

Der weitere Ausbau des braunschweigischen Eisenbahnnetzes wurde in schönstem Einvernehmen zwischen Regierung, Eisenbahnkommission und Ständerversammlung durchgeführt. Noch vor der endgültigen Inbetriebnahme der Harzburger Strecke hatte die Braunschweigische Regierung mit Preußen am 10. April 1841, dann mit Hannover am 19. März 1842 Staatsverträge abgeschlossen, die den Anschluß der braunschweigischen Strecken an die entsprechenden preußischen und hannoverschen Liniennetze sicherten.

Dazu sollte von der Stadt Braunschweig aus eine Strecke nach Lehrte gebaut werden, von wo die hannoverschen Linien nach Hildesheim, Hannover und Harburg über Celle-Lüneburg ausgehen sollten. Preußen gegenüber verpflichtete sich das Herzogtum Braunschweig, eine Eisenbahnstrecke bis Oschersleben zu bauen, um hier sowohl den Anschluß an die Linie Halberstadt-Magdeburg als auch an die Strecke Halberstadt-Halle-Leipzig zu gewinnen.

Da in Preußen der Eisenbahnbau von privaten Kapitalgesellschaften betrieben wurde, bestand die Möglichkeit, durch finanzielle Beteiligungen Einfluß auf die Linienführung und den Betrieb der geplanten Strecken zu gewinnen. Diese Möglichkeit durfte sich die Stadt Braunschweig nicht entgehen lassen. Deshalb beschlossen die Stadtverordneten im Frühsommer 1841, zur Förderung des Eisenbahnbaues von Oschersleben nach Magdeburg und von Braunschweig nach Lehrte beim Herzoglichen Leihhaus ein Kapital bis zu Rtl. 500 000 zu leihen, um dafür Eisenbahnaktien für die Stadt zu erwerben. Am 9. Juni 1841 erstattete der Stadtmagistrat einen Bericht an das Staatsministerium und bat um Genehmigung der geplanten Anleihe. Da aber die Leihhauskasse durch die Finanzierung der braunschweigischen Staatseisenbahnen, die gerade den Bau der Strecke Wolfenbüttel-Oschersleben sowie den Ausbau des Braunschweigischen Bahnhofes mit 1,7 Millionen Rtl. Gesamtkosten vorbereiteten, stark belastet war, schlug das Staatsministerium vor, die Stadt möge 3½%ige Obligationen in Stückelung zu 500 und 1000 Rtl. herausgeben. Dabei wäre das Ministerium bereit, die ersten Ratenzahlungen des Aktienerwerbs aus der Leihhauskasse

³⁸⁴⁾ StABr: H IV Nr. 26.

zu bevorschussen. Zur Regelung dieser Finanzprobleme wurde von der Stadt eine aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Kommission eingesetzt, der auf Wunsch der Stadtverordneten der Kreisdirektor von Gerso in Wolfenbüttel als Regierungskommissar beigeordnet wurde. Nachdem Hannover beschlossen hatte, die Lehrter Bahn auf Staatskosten ausführen zu lassen, blieb für die Stadt Braunschweig nur noch die Notwendigkeit bestehen, sich an der Magdeburg-Halberstädter Bahn zu beteiligen. Dafür erhielt die Stadt eine Anleihe von der Leihhauskasse zugesichert. Auf der im Juli 1841 in Magdeburg abgehaltenen Sitzung des Komitees zur Bildung einer Aktiengesellschaft zeichnete die Stadt Braunschweig 300 000 Rtl. Da die Stadt Magdeburg die gleiche Summe einbrachte, war die Durchführung des Plans gesichert. Herzog WILHELM zeichnete aus seiner Privatkasse 100 000 Rtl. Derart wurde der Einfluß Braunschweigs noch verstärkt ³⁸⁵).

Denn nach den am 14. Januar 1842 vom Preußischen Handelsminister Graf v. Alvensleben genehmigten Statuten der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft erhielt die Stadt Braunschweig vorweg 50 Stimmen der Generalversammlung zugebilligt, dazu kamen die ihr gemäß ihrem Aktienkapital zustehenden Stimmen. Auch in den Ausschuß der Gesellschaft entsandte die Stadt Braunschweig einen ständigen Vertreter; von den 15 von den Aktionären zu wählenden Ausschußmitgliedern sollten fünf in Braunschweig und Umgebung wohnen.

Schon bevor 1844 die Magdeburger Strecke in Betrieb genommen wurde, verlor der Magistrat der Stadt Braunschweig, und das bedeutet wohl WILHELM BODE, das Interesse an dieser Bahn; es war ihm wohl hauptsächlich darauf angekommen, den Bau schnell in Gang zu bringen und damit eine Eisenbahnverbindung Braunschweig-Berlin zu erhalten. Jedenfalls war Bode bemüht, das Darlehen der Leihhauskasse möglichst schnell zurückzuzahlen. Schon im März 1843 verhandelte er namens des Magistrats mit dem Bankhaus Gebrüder Löbbbecke & Co., das sofort bereit war, für den Nennwert von 200 000 Rtl. Aktien der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft von der Stadt zu übernehmen. Diesmal zeigte sich aber das Staatsministerium einsichtsvoller als das Stadtoberhaupt. Denn das Ministerium verweigerte die Genehmigung des Aktienverkaufes an die Bank mit der Begründung, wenn auch in dem mit der Leihhauskasse abgeschlossenen Vertrage eine baldige Zurückzahlung der Anleihe in Aussicht genommen war, so sei doch der Verkauf in diesem Augenblick nicht ratsam, da die Bahn nach sicherer Erwartung erhebliche Dividenden abwerfen und der Kurs der Aktien in absehbarer Zeit bedeutend steigen würde. Trotz dieser sicherlich berechtigten Einwände bestand Bode auf dem Verkauf, den das Ministerium genehmigte, nachdem Gebrüder Löbbbecke & Co. sich bereit erklärt hatten, 25% des etwa zu erzielenden Kursgewinnes der Stadt zurückzuzahlen. Am 17. Mai 1843 genehmigte das Ministerium den weiteren Verkauf von Aktien im Nennwert von 75 000 Rtl. an das Bankhaus. Den verbleibenden Rest von 25 000 Rtl. verkaufte die Stadt am

³⁸⁵) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 35.

1. März 1844 mit einem Kursgewinn von 20%. Sie hatte also eine für die damalige Zeit erhebliche Summe durch ihr vorschnelles Handeln verschenkt.

Die Verdienste WILHELM BODES um den Ausbau des Braunschweiger Schulwesens haben wir bereits gewürdigt; seine Bemühungen um die Erhaltung des Stadtarchivs und um die Pflege der Stadtgeschichte verdienen eine gesonderte Behandlung. Doch soll hier auf BODES Anteil am geistigen und künstlerischen Leben der Bürgerschaft Braunschweigs hingewiesen werden.

Zum größten Bedauern BODES waren viele bedeutende Büchersammlungen, so die der Professoren ESCHENBURG, EBERT und v. ZIMMERMANN, des Kammerrats LÜDERSEN, des Geheimen Kammerrats MAHNER und des Landdrosten v. SCHRADER nach dem Tode ihrer Besitzer in alle Winde zerstreut worden. Nach den erhaltenen gedruckten Versteigerungskatalogen umfaßte die Privatbibliothek EBERTS mehr als 4 700 Bände, die des Professors v. ZIMMERMANN etwa 5 000 Bände und mehr als 1 000 Landkarten, die am 7. Oktober 1822 verkaufte Büchersammlung ESCHENBURGS sogar fast 13 000 Bände. Diese Schätze waren der Stadt Braunschweig im wesentlichen verlorengegangen. Sie hätten vielleicht erhalten bleiben können, wenn es eine große öffentliche Bibliothek gegeben hätte, in der sie Aufnahme fanden. So gab es außer BODES eigener Sammlung in Braunschweig keine größere Privatbibliothek mehr. Desto notwendiger erschien ihm die Einrichtung einer öffentlicher Bücherei als Krönung des von ihm erstrebten Bildungswesens.

In einer dem Staatsministerium am 15. Februar 1835 übergebenen Denkschrift nahm BODE auf die inzwischen vollendete Reform des Collegium Carolinum Bezug und begründete eingehend die Notwendigkeit der Schaffung einer leistungsfähigen öffentlichen Bücherei, deren Grundstock leicht durch die Vereinigung der bis jetzt unbenutzten oder doch schwer zugänglichen öffentlichen Bibliotheken des Landes bereitgestellt werden könnte. Im einzelnen zog BODE folgende Bibliotheken in Betracht: die ehemalige Helmstedter Universitätsbibliothek mit 25 000 Bänden, die Bibliotheken des Collegium Carolinum mit 18 000 Bänden, des Obersanitätskollegiums mit 12 000 Bänden, des Geistlichen Ministeriums mit 6 000 Bänden, des Obergymnasiums mit 6 000 Bänden und die der Stadt Braunschweig mit 7 000 Bänden. Das waren zusammen 74 000 Bände. Als weitere Bestände, die verfügbar waren, kamen die ziemlich umfangreichen Büchersammlungen der Herzoglichen Kammer und der Landschaft hinzu ³⁸⁶).

Über den meisten dieser Bibliotheken schwebte die Gefahr der Vernachlässigung und des Verderbens. Nun war zwar die Herzogliche Bibliothek in Wolfenbüttel vorhanden. Aber einmal lag ihr einzigartiger Wert in ihren alten Beständen, und zum anderen erschwerte ihre abseitige Lage in Wolfenbüttel die ungehinderte Benutzung. Deshalb schlug BODE als Sitz der neu einzurichtenden Landesbibliothek die Stadt Braunschweig vor und war sogar der Meinung, daß die Wolfenbüttler Bibliothek alle nach dem Jahre 1750 er-

³⁸⁶) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 44, 45.

schienenen Druckwerke abliefern könne, ohne an ihrer Bedeutung Schaden zu nehmen. Der Umfang der neuen Landesbibliothek würde die Anstellung eines hauptamtlichen Bibliothekars rechtfertigen; durch die Zusammenfassung der bisher für die einzelnen Bibliotheken ausgeworfenen Mittel würde auch der Grundstock eines ansehnlichen Vermehrungsfonds vorhanden sein.

Als Bibliotheksgebäude schlug WILHELM BODE die *Ägidienkirche* vor, die er als „ein Prachtgebäude und herrliches Denkmal der Vorzeit“ bezeichnete, die aber nach der Einstellung der Gottesdienste im Jahre 1811 als Lagerraum benutzt wurde und „durch diesen Mißbrauch dem Untergange nahe gebracht“ worden war.

Ein glücklicher Umstand fügte es, daß die nicht unbeträchtlichen Mittel für die dringend notwendige Instandsetzung des mächtigen Kirchenbaus zur Verfügung standen, da es nicht möglich gewesen wäre, die Kosten dafür aus dem laufenden Bauetat oder aus den regelmäßigen Einnahmen des Kloster- und Studienfonds zu decken. Diesem Fonds stand aber eine ungewöhnliche Einnahme bevor, da altfürstliche Allodialschulden an die früheren Klöster zurückgezahlt werden sollten, im ganzen 14 588 Rtl., darunter 6 000 Rtl., die der 1634 verstorbene Herzog Friedrich Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel aus dem Vermögen des Ägidienklosters als Anleihe erhalten hatte. BODE schlug vor, die Kosten der Wiederinstandsetzung der Ägidienkirche aus diesem unverhofft zufließenden Kapital zu bestreiten.

Das Staatsministerium antwortete dem Stadtdirektor BODE am 25. Februar 1835 und erklärte nicht nur sein Einverständnis mit BODES Vorschlägen, sondern konnte auch mitteilen, daß die bisher im Kirchenschiff aufbewahrten Vorräte an Kohlen, Torf und Salz bereits fortgeschafft worden wären, auch daß die Herzogliche Baudirektion den Auftrag erhalten hätte, einen Kostenanschlag über die Instandsetzung und die notwendigen Einrichtungen dem Ministerium vorzulegen. Am 3. April 1835 besichtigten der Geheime Rat SCHULZ mit dem Oberbaudirektor PETER JOSEPH KRAHE, Stadtbaumeister KÖLLSCH und Stadtdirektor BODE die Ägidienkirche. Man einigte sich dahin, die Bibliothek in den Seitenhallen unterzubringen, das Kirchenschiff aber für Kunstausstellungen frei zu lassen. Nach BODES Berechnungen konnten in den dafür vorgesehenen Räumen etwa 80 000 Bände aufgestellt werden. Am 9. Juni 1835 regte BODE bei der Baudirektion an, bei der Restaurierung der Kirche die in evangelischer Zeit eingebaute Sakristei, die den Gesamteindruck des Kircheninneren empfindlich störte, wieder zu beseitigen, um „die für die Geschichte der Baukunst bedeutende Ägidienkirche in ihrer ursprünglichen Reinheit wieder herzustellen“ ³⁸⁷⁾.

Am 21. Oktober 1835 legte das Staatsministerium dem Ständischen Ausschuß den Antrag vor, für die Herstellung der Ägidienkirche die auf 4 588 Rtl. in Gold geschätzten Baukosten zu bewilligen. Die Landesregierung begründete ihren Antrag mit der Absicht, geeignete Bibliotheksräume bereitzustellen, auch sei schon längst das Bedürfnis nach einem

³⁸⁷⁾ StABr: D III I Nr. 7.

angemessenen Lokal für Kunst- und Gewerbeausstellungen, für größere Musikfeste und andere Feierlichkeiten fühlbar geworden, und endlich erachtete es die Regierung für ihre Pflicht, durch die Restauration der Ägidienkirche ein schönes Denkmal der gotischen Baukunst zu erhalten. Der Ständische Ausschuß gab am 7. November 1835 seine Zustimmung, so daß nunmehr mit den geplanten Arbeiten begonnen werden konnte ³⁸⁸⁾.

Auf Vorschlag des Ständischen Ausschusses genehmigte das Plenum der Ständeversammlung in der Sitzung am 26. Januar 1837 nachträglich die Ausgabe für die Kirchenerneuerung, fügte aber hinzu, daß die Herzogliche Landesregierung ersucht werde, die beabsichtigte Vereinigung der verschiedenen im Lande zerstreuten Bibliotheken in Ausführung bringen zu lassen ³⁸⁹⁾.

Im Sommer 1836 war die Ägidienkirche im Inneren vollständig wiederhergestellt worden, und WILHELM BODE äußerte sich sehr befriedigt: „Das imponierende Gebäude stand in seiner Pracht wieder da, und schon dies war mir ein großer, mir besonders werther Gewinn. Es schien zu großen Feierlichkeiten so ganz geeignet, daß bald der Plan in Beziehung auf die Bibliothek in den Hintergrund trat“ ³⁹⁰⁾. Im Sommer 1837 konnten dann auch die Außenarbeiten durchgeführt werden; die Gesamtkosten für die Erneuerung der Kirche beliefen sich auf 6 000 Rtl.

Mehrere Jahrzehnte hindurch leistete die Ägidienkirche der Braunschweiger Bürgerschaft als „Stadthalle“ wertvolle Dienste. Auf einige solcher Veranstaltungen möge hier hingewiesen werden, da sie zugleich ein helles Licht auf das kulturelle Leben der Stadt Braunschweig im ausgehenden Biedermeier werfen.

Mit einem großen Musikfest wurde die Ägidienkirche ihrer neuen Bestimmung zugeführt. Vom 7. bis 9. Juli 1836 fanden unter der Leitung der Komponisten FRIEDRICH SCHNEIDER aus Dessau, HEINRICH MARSCHNER aus Hannover und ALBERT METHFESSEL ³⁹¹⁾ Aufführungen statt, denen auch LUDWIG SPOHR als Ehrengast der Stadt beiwohnte. Das Musikfest begann mit dem *Messias* von HÄNDEL. Bei dieser Aufführung wirkten 156 Musiker und 367 Chorsänger mit; diese Zahlen allein setzten einen großen Raum voraus, wie ihn die Ägidienkirche bot. Das Programm des zweiten Tages des Musikfestes füllte Vokal- und Instrumentalmusik aus Opern; der dritte Tag schloß mit MOZARTS G-Moll-Symphonie und BEETHOVENS *Eroica*. Bei allen Konzerten war die Ägidienhalle bis auf den letzten

³⁸⁸⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 185 fol. 260—262.

³⁸⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 186 fol. 119.

³⁹⁰⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

³⁹¹⁾ ALBERT GOTTLIEB METHFESSEL, geboren am 6. Oktober 1785 in Stadtilm in Thüringen, begann 1807 in Leipzig das Studium der Theologie, ging aber 1808 nach Dresden zur Ausbildung als Musiker. 1810 wurde er als Kammersänger in Rudolstadt angestellt, ließ sich 1824 als Gesanglehrer in Hamburg nieder und folgte 1831 einem Ruf als Hofkapellmeister nach Braunschweig. Wegen eines Hörleidens schied er 1842 vom Hoftheater, blieb aber in Braunschweig wohnen, emsig mit musikalischen Arbeiten beschäftigt. M., der am 23. März 1869 zu Heckenbeck bei Gandersheim starb, ist als Liederkomponist und Herausgeber eines *Kommersbuches* bekannt geworden. (ADB 21 [1885], S. 511—514).

Platz besetzt. Das ermunterte zu Wiederholungen, wie sie 1839 und 1841 und dann noch mehrmals bis in die fünfziger Jahre veranstaltet wurden, wobei der nach dem ersten Musikfest gegründete Verein für Konzertmusik, der ROBERT GRIEPENKERL ³⁹²⁾ zum Sekretär wählte, die Durchführung übernahm.

Im Herbst 1836 nahm die Ägidienkirche eine vom Braunschweiger Kunstverein, der zu Beginn der dreißiger Jahre ins Leben gerufen worden war, veranstaltete Gemäldeausstellung auf. Während die ersten drei Kunstausstellungen von 1832, 1833 und 1834 im Viewegschen Hause, also in einem verhältnismäßig beengten Rahmen, stattgefunden hatten, bot bei der vierten Ausstellung die Ägidienkirche einen weiten Raum. In ihm kamen die 731 gezeigten Gemälde zu wirkungsvoller Geltung. Der Ausstellungskatalog nennt alle Maler, die nicht nur in Deutschland Namen und Ruf besaßen, beginnend mit vier Ölgemälden von ANDREAS ACHENBACH, der damals als einer der besten Landschaftsmaler seiner Zeit in Düsseldorf wirkte. Unter den Braunschweiger Malern traten HEINRICH BRANDES ³⁹³⁾ und CHRISTIAN TUNICA ³⁹⁴⁾ hervor. Der Besuch der Ausstellung wie auch der Kauf von Bildern, an dem sich Herzog WILHELM generös beteiligte, führten zu zahlreichen Wiederholungen, die in zweijährigem Rhythmus veranstaltet wurden.

Am 5. April 1837 wurde in der voll besetzten Ägidienhalle eine würdige Trauerfeier für GOTTHOLD EPHRAIM LESSING abgehalten und die Erinnerung an diesen deutschen Dichter und Denker wachgerufen. Schon am 15. Februar war am wiederaufgefundenen Grabe Lessings auf dem Magnikirchhof der Wunsch ausgesprochen worden, ihm ein Denkmal zu setzen, ein Wunsch, der dann durch die unermüdliche Tätigkeit KARL SCHILLERS erfüllt wurde. Ein Ausschuß wandte sich mit einem Aufruf an die Bürgerschaft und bat um Spenden für die Errichtung eines Denkmals, um das Andenken des Mannes zu ehren, „dessen Grabhügel seit 56 Jahren fast gänzlich vom Dunkel der Vergangenheit umhüllt lag“. An

³⁹²⁾ WOLFGANG ROBERT GRIEPENKERL wurde am 4. Mai 1810 zu Hofwyl bei Bern als Sohn des späteren Professors am Collegium Carolinum FR. CONR. G. geboren, besuchte 1829/31 das Collegium Carolinum und studierte dann bis 1835 in Berlin Philologie. Von 1839 bis 1847 lehrte G. am Collegium Carolinum Literaturwissenschaft, lebte dann als freier Schriftsteller und wurde durch seine ästhetischen Schriften, besonders durch seine Dramen (Robespierre, Die Girondisten) bekannt, ja berühmt, starb jedoch durch eigene Schuld in elenden Verhältnissen am 17. Oktober 1868 zu Braunschweig. (O. SIEVERS, Robert Griepenkerl [1879]).

³⁹³⁾ HEINRICH JÜRGEN BRANDES, geboren am 23. Mai 1803 zu Bortfeld als Sohn eines Bauern, wurde von 1813 bis 1817 im Herrnhuter Pensionat zu Ebersdorf erzogen, kam dann als Lehrling zu JOH. HEINR. STOBWASSER in Braunschweig und besuchte von 1823 bis 1829 die Kunstakademie in München. Nach einem längeren Studienaufenthalt in Rom ließ B. sich in Braunschweig als Porträt- und Landschaftsmaler nieder. Im Herbst 1835 wurde er als Zeichenlehrer am Collegium Carolinum und gleichzeitig als Galerieinspektor am Herzogl. Museum angestellt. Am 8. Dezember 1854 zum Professor ernannt, starb B. am 6. Oktober 1863. (H. KADEN in: Braunschw. Magazin 1913).

³⁹⁴⁾ JOHANN CHRISTIAN LUDWIG TUNICA wurde am 11. Oktober 1795 als Sohn eines Schuhmachermeisters in Braunschweig geboren, erhielt seine Ausbildung als Maler seit 1810 in der Stobwassermanufaktur und von 1818 bis 1820 in Dresden, ließ sich 1821 in Braunschweig als Porträtmaler nieder, von Herzog KARL II. zum Hofmaler ernannt. T. starb am 2. März 1868. (K.-U. GÄHLERT in: Braunschw. Jahrb. 39 [1958]).

erster Stelle hatten der Staatsminister VON SCHLEINITZ und WILHELM BODE den Aufruf unterzeichnet.

Am 1. August 1839 wurde in der Ägidienhalle die erste Gewerbeausstellung eröffnet. Der damals von einsichtigen Männern der Wirtschaft unter Führung von EDUARD VIEWEG gegründete Gewerbeverein setzte sich eine Belebung des Wirtschaftslebens der Stadt und des Landes zum Ziel, gleichzeitig glaubte er durch Vervollkommnung der handwerklichen Produktion einen Schutzwall gegen den für das Handwerk gefährlichen Wettbewerb der industriellen Unternehmungen errichten zu können. Unter den Ausstellern überwogen die Handwerksmeister aus den Städten des Herzogtums, aber auch die damals noch sehr zahlreichen staatlichen Unternehmungen waren mit ihren Erzeugnissen fast alle vertreten, so die Herzoglichen Eisenhütten zu Rübeland, Tanne und Zorge sowie die Wilhelmshütte, die Ofen und Handwerksgerät ausstellten, weiter die Glashütte in Schorborn, die Spiegelmanufaktur in Grünenplan, die Fürstenberger Porzellanfabrik, die Steinbrüche im Solling. Vertreten waren auch der Klavierfabrikant STEINWEG in Seesen sowie die Druckerei und Papierfabrik von FRIEDRICH VIEWEG & SOHN. Bei der am 1. August 1841 eröffneten zweiten Gewerbeausstellung traten dem Zuge der Zeit folgend Maschinen auf. Die Eisenhütte Zorge stellte eine von ihr gebaute Buchdruckpresse und zwei Lokomotivräder mit Achse zur Schau.

Im Sommer 1840 wurde in ganz Deutschland die vierhundertste Wiederkehr des Jahres, in dem JOHANN GUTENBERG die Buchdruckkunst erfand, festlich begangen. So auch in Braunschweig, wo WILHELM BODE, der an der Spitze des Festkomitees stand, diese Feier als ein „vaterländisch-deutsches“ Fest bezeichnete. Die in der Ägidienhalle veranstaltete Ausstellung zeigte den Braunschweigern wahrscheinlich zum ersten Male Kostbarkeiten aus den Archiven und Bibliotheken. Aus der Herzoglichen Bibliothek in Wolfenbüttel stammten 121 seltene Drucke aus den Anfängen der Buchdruckkunst, das Landeshauptarchiv hatte 57 Urkunden zur Schau gestellt, darunter die berühmte Heiratsurkunde der Kaiserin Theophano, signiert am 14. April 972, in goldener Schrift auf purpurnem Pergament geschrieben. Auch das Braunschweiger Stadtarchiv hatte zahlreiche Inkunabeln und mittelalterliche Handschriften beige-steuert ³⁹⁵).

Auch die 19. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte, die im September 1841 in Braunschweig mit 700 auswärtigen Teilnehmern tagte, hielt ihre allgemeinen Sitzungen in der Ägidienkirche ab. Der „Amtliche Bericht“ war über den Versammlungsraum des Lobes voll: „Es hat aber durch die vortrefflichen und wahrhaft großartigen Einrichtungen, welche der Herr Oberbaurath Liebau in dem prachtvollen Gebäude, welches mehreren Tausenden von Theilnehmern hinlänglichen Raum gestattet, bewerkstelligte, ein Local dargeboten, das wohl im deutschen Vaterlande zu einem ähnlichen Zwecke kaum seines Gleichen finden, viel weniger übertroffen werden möchte. Selbst der Versammlungssaal der italienischen Naturforscher im alterthümlichen Palazzo Vecchio in Florenz bietet kei-

³⁹⁵) ASSMANN, Gedenkbuch (1840).

nen so majestätischen Raum als unsere St. Aegydienkirche dar. Die Kosten dieser Einrichtungen waren sehr ansehnlich, sind jedoch von des Herzogs Durchlaucht mit gewohnter Liberalität bewilligt worden“ ³⁹⁶).

Daß im unruhigen Jahr 48 die Ägidienkirche zum Schauplatz politischer Versammlungen und leidenschaftlicher Auseinandersetzungen wurde, war WILHELM BODE nicht recht. Denn in seinen Aufzeichnungen zur Zeitgeschichte sagte er: „Die Stadt hatte damit zu solchen Zwecken ein Local erhalten, wie es wol kaum im gesammten übrigen Deutschland aufzuweisen ist, und wenn das Gebäude auch gegenwärtig manchen Wühlern zur Aufreizung größerer Volksmassen dient, so werden doch darin auch gediegenere Vorträge gehalten, und die Zeit wird wiederkehren, in welcher man die ermüdenden politischen Verhandlungen wieder zur Seite schieben und durch Kunst- und wissenschaftliche Genüsse ersetzen kann“ ³⁹⁷).

Da also die Ägidienkirche anderen Zwecken zugeführt worden war, schlug WILHELM BODE dem Staatsministerium 1842 vor, das *Altstadtrathaus* als Bibliotheksgebäude herzurichten. Der ehrwürdige Bau war 1671 in den Besitz des Staates übergegangen und als Messehaus verwendet worden. Die Säle in den beiden Stockwerken wie auch die Lauben waren durch hölzerne Einbauten als Verkaufsstände nutzbar gemacht, die auch vielfach den fremden Kaufleuten während der Zwischenzeiten als Warenniederlage dienten. In dem nun beginnenden Zeitalter der Eisenbahnen wandelte sich auch das Wesen des Messehandels, sodaß die Stände im Altstadtrathaus aufgegeben und dafür neue Verkaufsbuden auf den Plätzen und Straßen des Messebezirks aufgestellt wurden. Da aber in den letztvergangenen Jahrzehnten der Erhaltung des Bauwerks nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet worden war und mancherlei Verfallserscheinungen sichtbar wurden, hatte schon 1839 die Herzogliche Baudirektion auf den schlechten Bauzustand aufmerksam gemacht und der Landesregierung die Durchführung von Erneuerungsarbeiten empfohlen.

An diesen Vorgang knüpfte WILHELM BODE an, wenn er in seiner Denkschrift bemerkte: „Obwohl die Einrichtung eines Bibliotheksgebäudes, das große Räume und im Inneren wenig Verzierungen erfordert, an sich weniger kostspielig ist, und das Altstadtrathaus zur Aufnahme der Bibliothek im Inneren wenige Veränderungen erfordert, wird doch die so wünschenswerte Ausbesserung des Äußeren des schönen Gebäudes, die Hinwegnahme der dasselbe verunstaltenden Boutiquen, die Herstellung eines angemessenen Aufganges, die Reparatur des Gebälks und der Fenster — nicht ohne den Aufwand von einigen tausend Thalern zu beschaffen sein“ ³⁹⁸).

Das Staatsministerium nahm die Anregung BODES wohlwollend auf und beauftragte die Baudirektion mit der Aufstellung eines Kostenanschlages. Am 1. November 1842 schlug

³⁹⁶) STROMBECK, K. F. v.: Amtlicher Bericht über die 19. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte (1842), S. 12.

³⁹⁷) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

³⁹⁸) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. C 44.

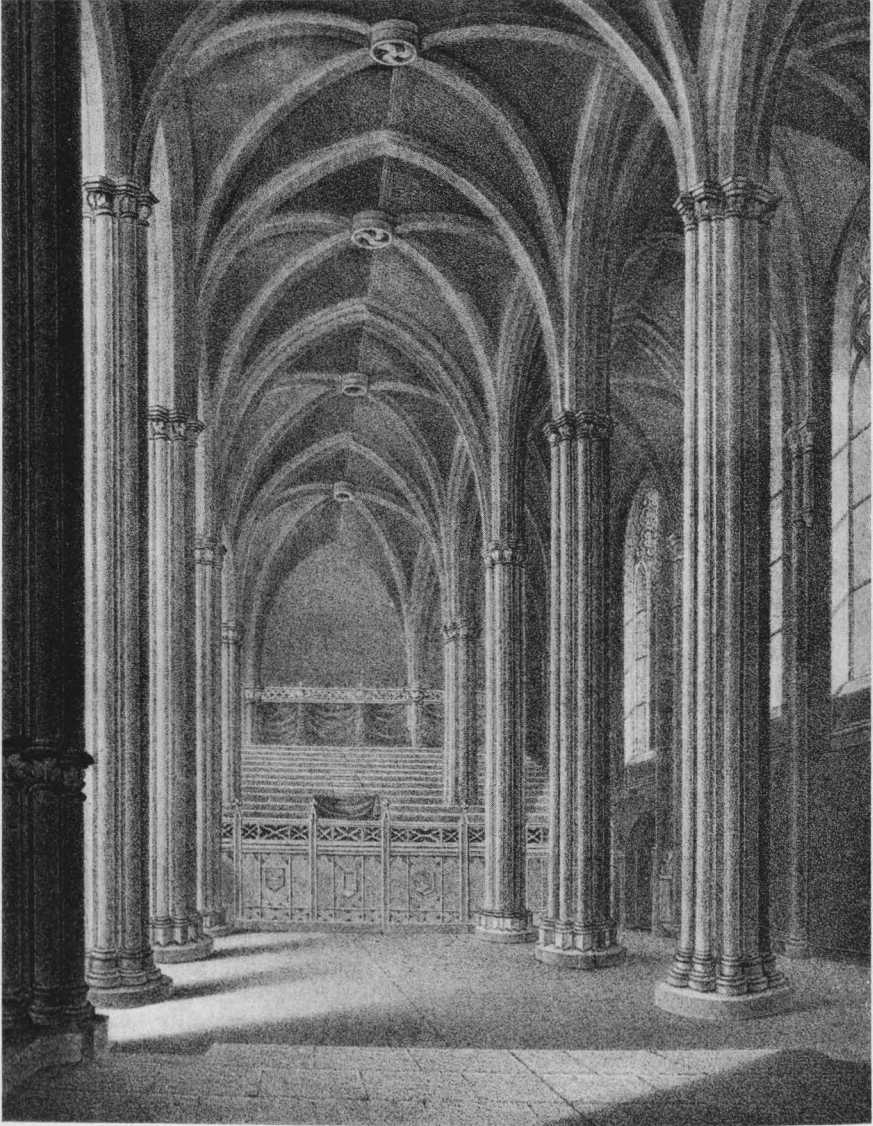
die Baubehörde eine gründliche Renovation „dieses ganz vorzüglichen Denkmals alt-deutscher Baukunst“ vor, die sich auf die Beseitigung der Einbauten, die Offenlegung der Lauben, die gründliche Erneuerung des Balkenwerkes und des Daches, aber auch auf die Instandsetzung der Außenmauern, des gotischen Zierats sowie der Statuen erstrecken müsse. Die Kosten für diese Arbeiten wurden auf 6 000 Rtlr. geschätzt, wozu dann noch 4 213 Rtlr. für die Einrichtung der Bibliothek kommen würden. Für die zunächst durchzuführenden Außenarbeiten setzte die Regierung 8 000 Rtlr. in den Landesetat ein; diese Summe wurde dann auch von der Ständeversammlung in der Session von 1843 bei der Verabschiedung des Landeshaushalts gebilligt. Das Staatsministerium entsandte zudem den Kammerbaumeister KRAHE nach Koblenz und Köln, damit er sich dort über die Ausführung ähnlicher Restaurationen, so des Kölner Domes, unterrichtete. Doch verzögerte sich der Beginn der Bauarbeiten, da das Manöver des Bundeskorps, das im Sommer 1843 in der Umgebung von Lüneburg abgehalten wurde und an dem das braunschweigische Kontingent teilnahm, Mehrausgaben von 26 000 Rtlr. erfordert hatte. Da die auf äußerste Sparsamkeit bedachte Landesregierung bestrebt war, diese Summe im nächsten Haushaltsjahr wieder einzusparen, wurden einige nicht als dringend erachtete Bauvorhaben verschoben, so auch die Wiederherstellung des Altstadtrathauses.

Doch wurden schon die Einbauten in den oberen Sälen entfernt und neue Fußböden dielen verlegt, sodaß die Räume benutzt werden konnten. In ihnen wurde die Eröffnung der für die Stadt Braunschweig bedeutungsvollen Eisenbahnverbindung nach Magdeburg am 15. Juli 1843 festlich begangen. Am 14. Juli hatten sich die Festteilnehmer in Magdeburg versammelt und dann auf zwei Dampfschiffen eine Fahrt auf der Elbe unternommen. Am 15. Juli fuhren sie in der Frühe mit dem ersten auf dieser Strecke verkehrenden Zuge nach Braunschweig, wo sie im Altstadtrathaus das Frühstück einnahmen, dann ging es nach Halberstadt zum Mittagessen, und am Abend kehrten mit der Eisenbahn die Teilnehmer in ihre Heimatorte zurück. Im Jahre 1846 begannen dann unter der Leitung des Bauassessors KUHNE³⁹⁹⁾ die vorgesehenen Arbeiten am Altstadtrathause. Die Kosten überschritten freilich den Voranschlag erheblich, waren doch im Herbst 1847 bereits 11 500 Rtlr. verbaut, ohne daß die Arbeiten abgeschlossen waren. Die Baudirektion schätzte den weiteren Geldbedarf auf etwa 3 000 Rtlr. und schlug dem Ministerium vor, die Arbeiten

³⁹⁹⁾ LOUIS EMIL GEORG KUHNE, der Lieblingsschüler und langjährige Gehilfe KARL THEODOR OTTMERS, wurde am 14. Oktober 1814 in Bortfeld als Sohn eines Geistlichen geboren und studierte von 1832 bis 1834 am Collegium Carolinum Bauwissenschaften. Als Baueleve beim Schloßbau tätig, wurde er am 23. Juni 1842 zum Baukondukteur ernannt und beim Bau der Eisenbahnlinie von Wolfenbüttel nach Oschersleben beschäftigt. Nach einer zweijährigen Studienreise durch Süd- und Westeuropa, die ihm das Staatsministerium ermöglichte, wurde er am 23. Oktober 1846 zum Assessor bei der Baudirektion ernannt und gleichzeitig zum Collegium Carolinum als Lehrer der Architektur abgeordnet. 1853 zum Baurat befördert, verzichtete er am 17. April 1854 seiner schwankenden Gesundheit wegen auf die ihm angetragene Professur und beschränkte seine Tätigkeit auf die Baudirektion. 1877 trat er in den Ruhestand; am 10. November 1896 ist er in Braunschweig gestorben. (StABr: H VIII A Nr. 3210).



16. Die Bürgerschule an der Wilhelmstraße um 1900



17. Innenansicht der Agidienkirche

fortzusetzen, da sie 25 bis 30 Gesellen und einige Werkmeister den Sommer 1848 hindurch beschäftigen würden. 1849 wurden nochmals 6 790 Rtlr. bewilligt. Im Jahre 1852 konnten die Arbeiten abgeschlossen werden. Der Baumeister KUHNE hatte eine wirklich gründliche Erneuerung durchgeführt. Dabei war auch der ursprünglich niedrigere Dachfirst des Nordflügels in die Höhe des Westflügels gebracht und die vordem zu den Lauben emporführende Treppe an die nördliche Hofseite verlegt worden.

Im Jahre 1853 wurde dann der Große Saal als Konzert- und Ausstellungssaal eingerichtet; in ihm wurden Gaskronleuchter aufgehängt, die damals die neueste technische Entwicklung versinnbildlichten. Schon 1846 hatte die Stadtverwaltung zur Linderung der Arbeitslosigkeit mit dem erheblichen Kostenaufwand von 9 000 Rtlr. den Altstadtmarkt neu pflastern lassen. Das alte Kopfsteinpflaster wurde entfernt und durch Pflastersteine ersetzt, die mit der Eisenbahn aus Harzburg bezogen wurden. Gleichzeitig wurde der 1408 errichtete Brunnen in die Mitte des Marktplatzes gerückt und mit dem unteren steinernen Becken versehen, nachdem die Metallteile durch den Erzgießer HOWALDT⁴⁰⁰⁾ erneuert und ergänzt worden waren.

So wurde das Altstadtrathaus, das ja auch im Mittelalter vorzugsweise als Festhaus gedient hatte, seiner ursprünglichen Aufgabe wieder zugeführt. In ihm fand 1844 ein vom Gewerbeverein veranstalteter Wohltätigkeitsbazar statt, seit 1845 diente der Saal regelmäßig Konzerten der Hoftheaterkapelle wie den Jahresfesten des Kunstklubs. Am 24. Juni 1854 war er der Schauplatz einer Tagung des Elm-Sängerbundes, und im folgenden Jahre vereinigte sich hier die Bürgerschaft zu einem Festessen anlässlich der 25. Wiederkehr der Regierungsübernahme durch Herzog WILHELM. Die von WILHELM BODE angeregte und immer wieder vertretene Errichtung einer Landesbibliothek kam aber nicht zustande; die ihr zugedachte Aufgabe übernahm dann die 1861 aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Stadt Braunschweig gestiftete Stadtbibliothek.

Durch das Interimistikum von 1832 mußte auch die Organisation der *Armenpflege* geändert werden. Wenn bis dahin der Staat als der Verwalter des großen Städtärars die Fehlbeträge deckte, die bei der von der Herzoglichen Armendirektion geleiteten Armenpflege entstanden, so fiel die Aufgabe der Kostendeckung nunmehr der Stadt Braunschweig

⁴⁰⁰⁾ GEORG FERDINAND HOWALDT wurde am 8. April 1802 zu Braunschweig als Sohn eines Goldschmiedemeisters geboren und erlernte den gleichen Beruf, erhielt aber gleichzeitig Unterricht im Zeichnen und Modellieren bei dem Maler und Kupferstecher FRIEDRICH BARTHEL. Als Goldschmiedegeselle in Nürnberg tätig, wandte sich H. ganz der Bildhauerei und Bildgießerei zu und wurde nach längerem Studium an der Nürnberger polytechnischen Schule 1834 an dieser Anstalt als Lehrer der Gewerbeplastik angestellt. Am 7. Oktober 1836 als Lehrer für Modellieren und Bossieren an das Collegium Carolinum berufen, wirkte er hier, 1863 zum Professor ernannt, bis zu seinem Tode am 19. Januar 1883. Die Zahl der von ihm gegossenen oder getriebenen Denkmäler ist sehr groß. Von seinen Werken stehen in Braunschweig noch das Lessingdenkmal und das Brunnenstandbild HEINRICHS DES LÖWEN auf dem Hagenmarkt. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 2018; H. RIEGEL, Kunstgeschichtliche Vorträge und Aufsätze [1877], S. 346—366).

zu. Infolgedessen war die Herzogliche Armenbehörde überflüssig geworden und durch eine entsprechende städtische Einrichtung zu ersetzen. Ungeachtet der klaren Rechtslage aber zögerte das Staatsministerium die Auflösung der staatlichen Armendirektion noch sehr lange hinaus, zum Teil unter dem Vorwande, seine Entscheidung von dem Erlaß näherer Bestimmungen über die Leitung der Armenpflege abhängig machen zu müssen. So vergingen 12 Jahre, bis WILHELM BODE die Aufhebung der Herzoglichen Armendirektion erwirken konnte. Erst am 1. September 1844 wurden ihre Geschäfte der Stadt Braunschweig übertragen.

Aber auch in der Übergangszeit war die Stadtverwaltung nicht müßig gewesen. Schon bei der Ende der zwanziger Jahre durchgeführten Schulreform hatte der Stadtdirektor BODE auch die Armenschulen einbezogen und für ihre sinnvolle Gliederung sowie für bessere Unterrichtsräume und gute Lehrkräfte gesorgt. Seither war die Zahl der Schulräume um 4 Klassen vermehrt worden, wodurch eine geringere Klassenfrequenz erreicht wurde. Eine Erhöhung der Lehrergehälter ermöglichte die Einstellung eines besser ausgebildeten Nachwuchses. Auch die ärztliche Versorgung der Armen wurde durch WILHELM BODE neu und wirkungsvoller geregelt. Trotz der verhältnismäßig hohen Ausgaben von jährlich etwa 4 000 Rtlr. war die ärztliche Betreuung der Unbemittelten wegen des völligen Fehlens einer geeigneten Aufsicht sehr ungleichmäßig gewesen. Nach dem Amtsantritt des Stadtphysikus Dr. FRANKE im Jahre 1833 konnte bei größeren Leistungen diese Ausgabe um mehr als die Hälfte vermindert werden. Entsprechend den Polizeirevieren war die Stadt in sechs Armendistrikte eingeteilt worden. Für jeden Distrikt bestellte der Magistrat auf Vorschlag des Stadtphysikus einen Armenarzt, der als Entschädigung für seine Tätigkeit ein Jahresgehalt von 50 Rtlr. erhielt. Trotz dieser gewiß nicht sehr großzügigen Besoldung fanden sich aber immer genügend Bewerber, sobald eine Stelle frei wurde⁴⁰¹⁾. Neben freier Behandlung wurden den Armen auch freie Heilmittel gewährt. Die von den Apotheken der Armendirektion zur Erstattung einzureichenden Verordnungen wurden vom Stadtphysikus geprüft. Die allgemeine Armenpflege wurde in den sechs Bezirken und in den sie unterteilenden 36 Quartieren durch ehrenamtliche, aus der Bürgerschaft ausgewählte Armenpfleger ausgeübt; ein gern übernommenes Amt, das seinem Inhaber Ansehen verlieh.

Nicht oder nicht unmittelbar hingen von der Stadt die mehr als 50 milden Stiftungen ab, die zum Teil aus dem Mittelalter stammten. Die bedeutendste unter ihnen war das um 1245 gegründete Große Waisenhaus Beatae Mariae Virginis, das 160 Waisenkinder aufnahm und ihnen eine gute Erziehung und Ausbildung vermittelte. Weiter gab es das St. Annenstift der Tuckermannschen Stiftung für 18 Waisenmädchen. In den Armen- und Beginenhäusern, die von ehrenamtlichen Provisoren verwaltet und vom Magistrat beaufsichtigt wurden, lebten 300 Personen, zu allermeist alte Frauen. Von den zahlreichen Legaten kam das Zinsaufkommen meist einem engeren, vom Stifter bestimmten Personenkreis zu-

⁴⁰¹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 88.

gute. Das Jahreseinkommen dieser Stiftungen betrug im Jahre 1840 fast 33 000 Rtlr., von denen 17 000 Rtlr. allein auf das Waisenhaus B. M. V. entfielen.

Die von der Stadt zu unterhaltenden Pflegekinder, etwa 100 an der Zahl, wurden zu Familien in Kost gegeben. Dabei ließ es sich trotz sorgsamer Bemühungen nicht immer verhindern, daß die Kinder, die meist zerrütteten oder asozialen Familien entstammten, „rohen, oft ruchlosen“ Pflegeeltern übergeben werden mußten. Deshalb erstrebte WILHELM BODE die Unterbringung dieser bedauernswerten Kinder in einem eigens für sie errichteten Heim, um ihnen eine etwa dem Großen Waisenhaus vergleichbare Möglichkeit einer geordneten Erziehung und Unterrichtung zu geben. Auf seinen Vorschlag stimmten die Stadtverordneten 1838 der Gründung eines Pflegehauses zu, in welchem aber neben etwa 120 Kindern auch 100 „rechtliche“ erwachsene Arme Unterkunft und Verpflegung finden konnten. Denn BODE war der Meinung, daß „die Unterstützung mit baarem Gelde die mißlichste ist. Sie ist nicht selten die Veranlassung zur Vermehrung der Arbeitsscheu und zur Förderung eines ausschweifenden Lebens.“ Deshalb zog er die Unterbringung in Anstalten und die Ausgabe von Naturalverpflegung vor.

Das für den Bau des neuen Pflegehauses von der Stadt erworbene Grundstück lag in dem ehemaligen Glacis zwischen dem Petritor und dem Hohetor; es ist das Gelände der heutigen Städtischen Krankenanstalten I. Die Mittel für die notwendigen Bauten und deren Einrichtung brachte die Stadt selbst auf. Doch erhielt sie einen Zuschuß von der Landesregierung, da die Stadt Braunschweig mit drei Fünfteln am Großen Armenhause zu Wolfenbüttel beteiligt war, jedoch kaum Nutzen daraus zog, weil die dorthin zu überweisenden Armen sich weigerten, die Stadt Braunschweig zu verlassen. Deshalb stellte das Staatsministerium 1839 der Stadt $\frac{3}{5}$ der für das Wolfenbüttler Armenhaus bestimmten Mittel zur Verfügung.

Am 1. Oktober 1839 konnte das Pflegehaus bezogen werden. Die Bau- und Einrichtungskosten hatten 20 400 Rtlr. betragen. Dazu wurde im folgenden Jahre ein an das Grundstück angrenzender Garten für 4 550 Rtlr. erworben. Im Pflegehaus war auch eine Schule eingerichtet worden; angeschlossen wurde ein Bekleidungsmagazin. Die Kleidungsstücke wurden größtenteils im Pflegehaus hergestellt und an die Insassen, aber auch an in der Stadt wohnende Arme ausgegeben. Nachdem das Gelände des Pflegehauses durch Ankauf eines zur Pfarre von St. Petri gehörenden Gartens vergrößert werden konnte, beschloßen die Stadtverordneten, im Pflegehausgarten ein neues Armenhaus zu errichten. 1842 siedelten die Insassen der nun aufgegebenen Armenhäuser zu St. Leonhard und auf dem Klinte dahin über, sodaß im Pflegehaus insgesamt 300 Personen unter vergleichsweise sehr günstigen Bedingungen untergebracht waren ⁴⁰²).

Am 10. August 1844 gab der Stadtmagistrat bekannt, daß durch eine Verfügung des Staatsministeriums vom 30. Juli 1844 die Herzogliche Armendirektion aufgehoben und ihre Befugnisse auf eine Armendirektion der Stadt übertragen wurden. Diese setzte sich

⁴⁰²) StABr: H IV Nr. 341.

aus mehreren Magistratsmitgliedern und einem Regierungskommissar zusammen, der Vorsitz stand dem Stadtdirektor zu. Zum Regierungsvertreter wurde der Geheime Finanzrat LANGERFELDT bestellt, der sich seit Jahrzehnten um das Armenwesen der Stadt Braunschweig die größten Verdienste erworben hatte. Neben der Armendirektion stand, gleichsam als Vertretung der Bürgerschaft, das Armenkollegium, das sich aus den Direktionsmitgliedern und den Bezirksarmenpflegern, dem Stadtsuperintendenten, dem Stadtphysikus und den Bezirksjugendpflegern zusammensetzte. Die Verzögerung der Auflösung der Herzoglichen Armendirektion hatte der Stadt eine jährliche Ausgabe von 1 000 Rtlr. für die Besoldung des Hilfspersonals aufgebürdet; seit 1844 wurden die Verwaltungsangelegenheiten von den Unterbeamten des Magistrats im Rahmen ihrer Dienstverpflichtung bearbeitet ⁴⁰³).

Über den amtlichen Bestrebungen, die Not der Armen zu lindern, darf die Selbsthilfe der Bürgerschaft nicht übersehen werden, die damals eine noch ernst genommene Verpflichtung war. Sie wurde besonders wirksam im Hungerjahr 1846/47, das durch eine Mißernte als Folge eines fast niederschlaglosen Sommers verursacht wurde. Im Dezember 1846 stellte Herzog WILHELM dem Stadtdirektor BODE 1 000 Rtlr. in Gold zur Verfügung, das Staatsministerium überwies 500 Rtlr., ein Aufruf BODES an seine Mitbürger erbrachte 5 500 Rtlr. Großen Segen bewirkte die von LUISE LÖBBECKE ⁴⁰⁴) gestiftete Speiseanstalt, die täglich 1 200 bis 1 500 Portionen warmes Essen ausgab. Damals wetteiferten die Vereine in Wohltätigkeitsveranstaltungen. Auch Herzog WILHELM gab einen Ball im Hoftheater. Da der Fürst alle Unkosten übernahm, konnten 1 000 Rtlr. zur einen Hälfte an die Speiseanstalt, die andere an verschämte Arme gegeben werden. Der Magistrat ließ als Notstandsarbeit den Okerlauf am Inselwall ausbringen und gab damit 180 Arbeitern Beschäftigung. Die gewonnene Erde wurde zum Windmühlenberg gefahren. Während in Schöningen sowie im Weserdistrikt Ausschreitungen durch das Militär unterdrückt werden mußten, blieb in der Stadt Braunschweig dank BODES Vorsorge die Ruhe erhalten ⁴⁰⁵).

WILHELM BODE veranlaßte auch die Errichtung der ersten Flußbadeanstalt in Braunschweig. Sie entstand 1826 an der Oker zwischen dem Augusttor und Eisenbüttel, etwa in Höhe der heutigen Peter-Joseph-Krahe-Straße, und war ursprünglich zur körperlichen Ertüchtigung der Gymnasiasten und Collegianer bestimmt. Der Fechtlehrer am Collegium RETEMEIER führte die Aufsicht. 1832 übernahm der Schwimmlehrer SAATZ die Badeanstalt. Der Magistrat erließ ihm die Zahlung einer Pacht gegen die Verpflichtung, die Anlage zu erhalten. Diese Badeanstalt war im Sommer ein beliebter Tummelplatz der männlichen

⁴⁰³) StABr: H IV Nr. 242.

⁴⁰⁴) LUISE LÖBBECKE (1. August 1808—29. Mai 1892), die älteste Tochter des Bankherrn LUDWIG L., widmete ihr Leben der tätigen Sorge um Arme und Kranke. Sie half bei der Einrichtung des Kindergartens an der Leopoldstraße wie bei der Gründung der Speiseanstalt für Bedürftige und einer ähnlichen Einrichtung für Rekonvaleszenten. Weiter stiftete sie eine Erziehungsanstalt für weibliche Dienstmädchen. Die Stadt Braunschweig ernannte LUISE L. am 7. März 1862 zur Ehrenbürgerin. (Chron. d. Fam. Löbbecke, S. 183 ff.).

⁴⁰⁵) StABr: H IV Nr. 26.

Jugend, freilich zum Ärger der Besitzer der großen Gärten am Bruchtorwall HENNEBERG, DEGENER, RÖNKENDORF und KRAUSE, die sich im Mai 1834 beim Stadtmagistrat beschwerten und die Verlegung der Anstalt forderten, da ihre Damen sich durch den Anblick der unbedeckten Jünglinge verletzt fühlten. Der Stadtdirektor BODE und der Kreisdirektor PINI bemühten sich vergeblich, einen anderen geeigneten Platz zu finden, und schlugen deshalb vor, die Badeanstalt mit einer 276 Fuß langen und 7 Fuß hohen Holzblende zu umgeben und außerdem über die Oker stadtwärts zu ein 7 Fuß hohes Netz zu ziehen, womit das Staatsministerium einverstanden war. Im Frühjahr 1840 baute Stadtbaumeister KÖLLSCH die Badeanstalt durch Befestigung der Ufer und Anlage eines Beckens für Nichtschwimmer aus, auch wurde eine Holzbrücke über die Oker geschlagen. 1843 ließ die Stadt in unmittelbarer Nachbarschaft eine zweite Badeanstalt errichten, die „zur Benutzung für Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten und überhaupt für Leute geringeren Standes“ bestimmt war. Der Besuch dieser Badeanstalten war so stark, daß nach dem Tode des Schwimmlehrers SAATZ 1845 sich nicht weniger als 15 Bewerber um seine Nachfolge bemühten ⁴⁰⁶). Als neuen Pächter wählte der Stadtmagistrat den Hofschauspieler GELLERTSHOF, der damals altershalber von der Bühne Abschied nahm. Seinen Namen trug die Badeanstalt noch, als sie in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts ebenso wie die ihr benachbarte „Freibadeanstalt“ aufgegeben werden mußte, weil die stetig zunehmende Verschmutzung der Oker das Baden unmöglich machte. Im Winter 1856 hatte GELLERTSHOF um die Erlaubnis zur Einrichtung einer Damenbadeanstalt nachgesucht. Aber Kreisdirektion und Stadtmagistrat sprachen sich gegen den Plan aus, weil die Stadtväter einer Gefährdung der Sittlichkeit keinen Vorschub leisten wollten, und so mußte auch das Staatsministerium, wahrscheinlich erleichterten Herzens, die Erteilung der Konzession versagen ⁴⁰⁷).

In Verbindung mit der Neuordnung des St. Alexiushospitals, das bis dahin als Irrenanstalt wie als Zucht- und Werkhaus gedient hatte, schlug WILHELM BODE die Errichtung eines Arbeits- und Besserungshauses vor, in dem „Müßiggänger, Arbeitsscheue, Bettler und Vagabunden“ untergebracht und zu regelmäßiger Arbeit erzogen werden sollten. Die Landesregierung nahm die Anregung BODES auf, und nachdem die Ständeversammlung dem Plane zugestimmt und die erforderlichen Mittel bewilligt hatte, wurden WILHELM BODE und der Kammerbaumeister LIEBAU mit der Durchführung beauftragt. BODE suchte nach geeigneten Baulichkeiten außerhalb der Stadt Braunschweig und dachte zunächst an die Klosteranlagen in Königslutter, doch wurde dann das damals unbewohnte Herzogliche Schloß in Bevern zur Einrichtung einer Arbeits- und Besserungsanstalt geeignet befunden und für diese neue Bestimmung umgebaut. Zu den Kosten steuerte Herzog WILHELM aus der ihm von der Ständeversammlung beim Regierungsantritt gegebenen Dotation 10 000 Rtlr. bei ⁴⁰⁸).

⁴⁰⁶) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 3497.

⁴⁰⁷) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 3496.

⁴⁰⁸) NStAW: L Neu Abt. 23 A Nr. 179 Vol. I.

Das Arbeitshaus Bevern konnte 230 Personen aufnehmen, darunter etwa 50 Frauen. Für die Beschäftigung der Frauen wurden eine Woll- und Leinenspinnerei und -weberei eingerichtet; für die Männer gab es die Möglichkeit, als Drechsler, Tischler, Schuhmacher oder Schneider zu arbeiten oder Wegebau- und Waldarbeiten auszuführen⁴⁰⁹). BODE blickte befriedigt auf seine Schöpfung zurück: „Der fabrikmäßige Betrieb fast aller Gewerbe wirkt auf Anhäufung der Reichthümer in der Hand der Einzelnen und auf Vermehrung hilfsbedürftiger Familien. Bei der mit jedem Jahre schwerer gewordenen Last der Armenpflege wurde das Bedürfnis einer Anstalt tief gefühlt, in welcher arbeitsscheue und durch Laster in Armuth geratene Personen abgesondert und in welcher Besserung, wenigstens bei einem Theile, erzwungen werden konnte. Auch diesem Bedürfnisse ist mittels eines Kostenaufwandes von mehr als 24 000 Rtl. auf das Vollständigste begegnet. Die Anstalt zu Bevern steht da als ein Muster für ähnliche Institute“⁴¹⁰).

Wir sagten schon, daß es WILHELM BODE eine besondere Genugthuung bereitete, als es ihm gelang, das *Große Waisenhaus Beatae Mariae Virginis*, die mittelalterliche Bürgerstiftung für die Pflege der Kranken, Waisen und Armen, der Stadt zurückzugewinnen. Doch behielt sich der Staat auch hier ein Mitspracherecht vor, so daß Staat und Stadt zu gleichen Teilen an der Verwaltung der Stiftung beteiligt waren. Denn Artikel 15 des „Interimisticum“ von 1831 bestimmte: „Das Hospital B. M. V. hieselbst, aus dessen Einkünften das große Waisenhaus hieselbst unterhalten wird, soll ferner wieder auf die fundationsmäßige Weise so verwaltet werden, daß dasselbe unter die Aufsicht des Stadtmagistrates und eines Mitgliedes dieser Behörde, und daneben eines vom Herzogl. Staatsministerium zu ernennenden Commissars verstellt wird.“

Am 1. April 1833 enthob das Staatsministerium den bisherigen Direktor des Waisenhauses und des Alexiustiftes Finanzrat GRAVENHORST seines Amtes und setzte als Vertreter des Staates den Landesdirektor PINI und als Vertreter der Stadt den Stadtdirektor BODE ein.

Am gleichen Tage trat das neue Direktorium zu seiner ersten Beratung zusammen, an der auch der Direktor der Waisenhauschule Abt WESTPHAL und der ärztliche Leiter des Alexiustiftes Stadtphysikus FRANKE teilnahmen. Es wurde vereinbart, daß PINI im besonderen die Aufsicht über das Alexiustift, BODE die über die Waisenhauschule übernahm; über die allgemeinen Waisenhausangelegenheiten sollten die beiden Direktoren gemeinschaftlich entscheiden. Das sollte in den regelmäßig zweimal im Monat zu veranstaltenden Konferenzen geschehen⁴¹¹).

Man kann die Zusammensetzung dieses Direktoriums kaum als glücklich bezeichnen. Dazu waren PINI und Bode nach Art und Wesen zu verschiedene Persönlichkeiten. Auch scheint ihr persönliches Verhältnis nicht das beste gewesen zu sein. Denn BODE schüttet in

⁴⁰⁹) StABr: H IV Nr. 202.

⁴¹⁰) StABr: H IV Nr. 87.

⁴¹¹) StABr: G IV 1 Nr. 25.

seinen Erinnerungen öfter die Schale seines Zornes über PINI aus, der BODE als der Prototyp des von ihm gehaßten und verachteten „Bürokraten“ erschien. A. SUCHEL hat die Rolle der beiden Direktoren durch ein treffendes Bild gekennzeichnet: BODE saß am Steuer, PINI aber an der Bremse ⁴¹²).

Nach Bodes Konzeption sollte die Waisenhausschule, über die bislang das Konsistorium die Aufsicht ausübte, voll in das städtische Schulwesen eingegliedert werden. Diese Forderung war sachlich wohl begründet, da die Waisenhausschule sich ja nicht auf die schulische Ausbildung der Waisenkinder beschränkte, sondern in einem sehr erheblichen Umfange die Aufgaben einer Bürgerschule wahrnahm. Doch stand dieser Lösung zunächst entgegen, daß das Staatsministerium die Waisenhausschule als eine herzogliche Anstalt betrachtete. Nun waren zwar die Begründung der Schule 1677 und ihr Ausbau in den fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts Maßnahmen der Landesfürsten gewesen, doch stand auch einwandfrei fest, daß die Schule während der ganzen Zeit ausschließlich aus Mitteln des Waisenhauses unterhalten worden war. Das sprach für die Ansprüche der Stadt. Andererseits wollte das Konsistorium die Aufsicht über die Waisenhausschule nicht aufgeben, weil die Waisenhauslehrer zum größten Teil junge Theologen waren, die sich bis zur Einberufung in ein Pfarramt hier dem Schuldienst widmeten. Auch das Amt des Schuldirektors lag herkömmlicherweise in der Hand eines Geistlichen.

Auf gütlichem Wege war eine Übereinkunft zwischen der Stadt, dem Konsistorium und dem Staatsministerium nicht zu erreichen, da das Konsistorium nicht bereit war, auf seine bisherigen Rechte zu verzichten, Bode aber immer wieder bei seinen Amtshandlungen die Kirchenregierung zu umgehen suchte. Als 1842 die zweite Oberlehrerstelle frei wurde, hatte Bode aus eigener Machtvollkommenheit die jüngeren Oberlehrer aufrücken lassen und für die freie Stelle einen von ihm ausgewählten Bewerber dem Staatsministerium unmittelbar vorgeschlagen. Daraufhin hatte das Konsistorium sich mit einer Beschwerde an das Staatsministerium gewandt, das dem Stadtdirektor BODE einen strengen Verweis erteilte. Dagegen wehrte sich dieser in einer ausführlich begründeten Eingabe am 12. März 1842, in der er noch einmal den Sachverhalt weitausholend darstellte und das Recht der Stadt Braunschweig auf das Große Waisenhaus begründete. Er führte dabei eine freie Sprache, wie sie im Kanzleistil jener Zeit nicht eben gebräuchlich war, wenn er die „Herrschaft“ der Kirchenbehörde beklagte und ihre „Übergriffe“ geißelte. BODE bat das Staatsministerium um eine Verfügung an das Konsistorium, daß „es sonach der Erstattung eines Berichtes über die mit den Bewerbern um vacante Lehrerstellen angestellte Prüfung und die von denselben gehaltenen Probelectionen an das Herzogl. Consistorium von Seiten des Waisenhaus-Schuldirectorii nicht bedürfe“. BODE schloß seine Eingabe mit einer nachdrücklichen Forderung: „Wir müssen recht sehr wünschen, daß Herzogl. Staatsministerium geruhen möge, die althergebrachten Rechte und Befugnisse der uns anvertrauten Anstalt anzuerkennen und fühlen wir uns um so mehr zu deren Vertheidigung aufgefordert, als

⁴¹²) A. SUCHEL: Geschichte des Großen Waisenhauses (1948), S. 85.

die Waisenhausschule unter der alten Ordnung blühte, und die Sorge für das Wohl derselben einer anderen Stütze, als diese Ordnung gewährt, nicht bedarf.“

WILHELM BODE konnte zufrieden sein, daß das Staatsministerium seine Forderungen nicht glatt abwies, sondern über die Lösungsmöglichkeiten in dieser Streitfrage nachdachte, wozu es freilich fast drei Jahre benötigte. Denn erst am 30. Dezember 1844 ordnete die Landesregierung wegen der Anstellung der Theologen als Waisenhausschullehrer ein Verfahren an, das dem Stadtdirektor erweiterte Befugnisse zubilligte, aber auch die Kirchenbehörde wenigstens formell beteiligte:

1. Die Prüfung der Bewerber führt der Direktor der Waisenhausschule durch,
2. das Waisenhausdirektorium wählt den geeignetsten Bewerber unter Berücksichtigung der Prüfungsergebnisse aus und
3. präsentiert den Gewählten dem Staatsministerium, leitet aber
4. den Bericht dem Konsistorium zu, das ihn weiterleitet.
5. Das Staatsministerium erwirkt die höchste Bestätigung der Wahl und setzt das Waisenhausdirektorium unmittelbar in Kenntnis und
6. benachrichtigt das Konsistorium.

BODE war mit dieser Regelung einverstanden, hielt aber den Rechtsstandpunkt fest, wenn er der Landesregierung am 13. Januar 1845 antwortete: „Mit Dank erkennen wir den Schutz, welchen Herzogl. Staatsministerium nach dem hohen Rescripte vom 30. v. Mts. gewährt hat. Wir haben die danach mitgeteilten Bestimmungen uns größten Theils bei der Ausübung des Patronatsrechts bisher schon zur Richtschnur dienen lassen; nur war unser Wunsch, den die Präsentation der Lehrer enthaltenden Bericht unmittelbar an Herzogliches Staatsministerium gelangen zu lassen, da Urkunden und gesetzliche Bestimmungen dem behaupteten Rechte unzweifelhaft zur Seite stehen“ ⁴¹³).

Da der Minister v. SCHLEINITZ im Grunde BODES Rechtsstandpunkt anerkannte, auch um die Hebung des Volksschulwesens ehrlich bemüht war, beauftragte er BODE und den Schulrat UHDE im Sommer 1844, ihm Vorschläge für ein allgemeines Direktorium aller Bürger- und Freischulen (der früheren Armenschulen) der Stadt Braunschweig sowie für eine verbesserte Einrichtung des Lehrerseminars vorzulegen ⁴¹⁴). Der eingereichte Vorschlag zielte auf ein städtisches Schuldirektorium, dem alle städtischen Volksschulen sowie Waisenhaus- und Garnisonsschule unterstellt werden sollten; er sah also ein einheitlich geleitetes Volksschulwesen unter dem Patronat des Stadtmagistrats vor. Das Staatsministerium billigte den Plan, setzte aber seine Durchführung noch aus, wohl aus Rücksicht auf das Konsistorium.

Als nach dem Tode des Abtes WESTPHAL im März 1847 die Stelle des Waisenhausschuldirektors wieder besetzt werden mußte, nahm BODE die Gelegenheit wahr, seine For-

⁴¹³) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 7b Zug. 2/50 Nr. 544.

⁴¹⁴) StABr: H IV Nr. 26.

derungen erneut nachdrücklich zu vertreten: „Nie werde ich mich davon überzeugen, daß irgend eine städtische Verwaltung gedeihen kann, wenn das Controllrecht der Staatsbehörde überschritten und in der Hand einer Staats-Mittelbehörde ⁴¹⁵⁾ zu einseitigen Entscheidungen und Verfügungen benutzt wird, die Unzufriedenheit erwecken, den besten Willen lähmen und endlich auf eine schädliche Theilnahmslosigkeit wirken.“

Auch hier reiften die Früchte der Bemühungen WILHELM BODES spät. Das Gesetz über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851 bestimmte im § 17, daß für die Braunschweiger Stadt- und Bürgerschulen ein Schuldirektor eingesetzt werden sollte. Am 10. August 1852 wurde der Oberlehrer Dr. LÜTTGE zum Direktor der städtischen Bürger- und Freischulen, der Waisenhaus- und der Garnisonschule sowie des Lehrerseminars vom Staatsministerium bestellt.

WILHELM BODE hatte den Entschluß gefaßt, zu seinem siebzigsten Geburtstag, also am 18. Mai 1848, in den Ruhestand zu treten, um Muße für die Vollendung seiner historischen Arbeiten zu gewinnen. Der Abschied aus der so lange Jahre hindurch ausgeübten Tätigkeit würde ihm, so glaubte er, leichter werden, wenn es ihm gelang einen Nachfolger zu finden, der in gleichem Geiste und in der gleichen Haltung sein Lebenswerk fortsetzen konnte. Wohl mußte Bode erwarten, daß für die begehrte Stellung des Stadtoberhaupts sich zahlreiche Bewerber melden würden, daß es sicherlich auch Kräfte gab, die ihren Einfluß auf die Besetzung dieses wichtigen Amtes geltend machten. Doch BODE war der festen Überzeugung, daß es ihm bei dem auf gegenseitiges Vertrauen gegründeten Verhältnis zu den Stadtverordneten wie zum Staatsminister VON SCHLEINITZ und dem Herzog WILHELM gelingen mußte, die Wahl eines von ihm ausgewählten und vorgeschlagenen Nachfolgers durchzusetzen.

Der Mann seiner Wahl war der damalige Braunschweiger Rechtsanwalt und Notar EDUARD TRIEPS. In Braunschweig am 31. März 1811 geboren, also damals im 37. Lebensjahr stehend, entstammte TRIEPS als Sohn eines Korbmachers der breiten Schicht des Kleinbürgertums. Der begabte Knabe fand in dem Schreibschullehrer KARL AUGUST DAUBERT einen väterlichen Freund, der ihm den Besuch des Gymnasiums und des Collegium Carolinum vom Herbst 1829 bis Ostern 1831 ermöglichte. Dann begann TRIEPS in Leipzig das Studium der Altertumswissenschaften, ging aber zum Wintersemester 1831/32 nach Jena, um hier das Studium der Rechtswissenschaften aufzunehmen, das er im Herbst 1832 in Göttingen fortsetzte. In seiner Vaterstadt ließ sich TRIEPS 1834 als Rechtsanwalt nieder und wurde im folgenden Jahre zum Notar bestellt; dank seiner ausgebreiteten Fähigkeiten und seines Vertrauen gewinnenden, schlichten Wesens besaß er bald eine umfangreiche Praxis. Am 30. Oktober 1839 vermählte er sich mit AUGUSTE DAUBERT, der Tochter seines Wohltäters. Seit 1845 gehörte TRIEPS der Ständeversammlung als Abgeordneter der Stadt Braunschweig an; als kluger Kopf und sachlicher, maßvoller Redner gewann er schnell Einfluß und Achtung unter den Abgeordneten. Seine konstitutionell-liberale Einstellung verleug-

⁴¹⁵⁾ BODE meint hier das Konsistorium.

nete er nicht, doch von der radikaleren Linken hielt er sich besonnen fern. Ihm kam es auf die sachliche Arbeit, nicht auf die Wirkung nach außen an.

EDUARD TRIEPS blieb auch nach WILHELM BODES Tode eng mit der Familie Bode verbunden. Dadurch verdanken wir BODES Enkel WILHELM VON BODE ein liebevoll gezeichnetes Bild dieses bedeutenden Mannes, von dem er in seinen Jugenderinnerungen berichtet: „Das Interesse an den Klassikern verdanke ich aber weit weniger unseren Lehrern als dem nächsten Freunde meines Vaters, dem Obergerichtspräsidenten Trieps, dessen Sohn nach dem frühen Tode seiner Mutter seit 1860 mit in unsere Familie aufgenommen war. Der Vater war damals am Obergericht in Hamburg, wo er an der Kodifikation des deutschen Seerechts teilnahm. Wenn der Sohn in den großen Ferien zu ihm ging, begleitete ich ihn gelegentlich. Im ersten Jahre unternahmen wir mit ihm zusammen eine Rheinreise, im zweiten Jahre waren wir bei ihm in Hamburg und machten von dort eine Fußwanderung an die holsteinischen Seen. Neben der Anregung, die er uns in Stadt und Land zu geben wußte, benutzte er die freien Stunden des Abends oder auf der Fahrt, um kursorisch Stücke aus den Klassikern mit uns zu lesen. Ein Philologe, wie keiner von unseren Lehrern, war er zugleich ein Mann von einer Schärfe der Auffassung, von einer Beredsamkeit und einem Feuer, durch das er jedes Thema interessant zu machen und für alles zu begeistern verstand. Wie spielend wurden wir dabei in den Geist der Sprache und vor allem in den Gegenstand eingeführt.

Was uns die Schule nicht gab, die Freude und ein gewisses Verständnis für die Schönheit der klassischen Sprache und Literatur, verdankten wir den Anregungen des alten Trieps. Am Rhein taten es uns die Burgen und der romantische Sagenkreis an, der um sie gewoben ist; in Hamburg begeisterten wir uns für das Seeleben, wußten jedes Schiff nach seiner Größe, jede Rahe und jedes Segel zu benennen“ ⁴¹⁶).

Wenn WILHELM BODES Pläne für die Bestellung eines Nachfolgers scheiterten, so lag das an den Zeitumständen, die eine ruhige Erörterung unmöglich machten. Denn am 28. Februar war in Braunschweig die Nachricht von der französischen Februarrevolution eingetroffen. Sie bewirkte in der Bürgerschaft eine starke Erregung, schien doch nun die Möglichkeit der Verwirklichung der seit langem erhobenen liberalen Forderungen in greifbare Nähe gerückt. Als Sprecher der Bürgerschaft trat zunächst der Bürgerverein auf. In einer von ihm zum 3. März einberufenen und stark besuchten Versammlung schlug der Rechtsanwalt LUCIUS ⁴¹⁷) vor, eine Adresse der Bürgerschaft mit den in ganz Deutschland erhobenen „Märzforderungen“ dem Herzog zu übergeben. Da der unentschlossene Präsi-

⁴¹⁶) W. v. BODE: Mein Leben. (1930) Bd. I, S. 20 f.; über TRIEPS vergl. ADB 38, S. 601–605.

⁴¹⁷) EGMONT LUCIUS, geboren am 13. September 1814 zu Braunschweig als Sohn eines Buchhändlers, studierte seit dem 29. Oktober 1836 in Göttingen Rechtswissenschaften und ließ sich in seiner Vaterstadt als Rechtsanwalt nieder. L., der später der Nationalliberalen Partei angehörte, war längere Zeit Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und des Landtages und bekleidete bis zu seinem Tode am 18. Dezember 1884 zahlreiche Ehrenämter.

dent des Bürgervereins Dr. ASSMANN die Überreichung einer Adresse an den Landesherrn zu verhindern suchte, wurde er von der Versammlung abgewählt und LUCIUS an seine Stelle gesetzt. Die Adresse erhob die bekannten allgemeinen liberalen Forderungen, nahm also auf spezifisch braunschweigische Angelegenheiten keinen Bezug:

1. Allgemeine Volksbewaffnung, da das stehende Heer eine vom Bürgertum abgesonderte Klasse bilde,
2. die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Ständeversammlung, der Sitzungen der Stadtverordneten und der Gerichtsverfahren,
3. Pressefreiheit,
4. die Vertretung des Volkes im Deutschen Bund,
5. Zolleinigung für ganz Deutschland,
6. die Einberufung eines außerordentlichen Landtages und
7. die provisorische sofortige Aufhebung der Zensur.

Am Mittag des folgenden Tages empfing der Herzog den Stadtdirektor BODE, der von den Bürgervereinsmitgliedern ARONHEIM ⁴¹⁸⁾, C. GÖTTE ⁴¹⁹⁾ und DING begleitet wurde, um die Adresse in Empfang zu nehmen. Die Antworten des Fürsten waren unbestimmt, inhaltend. So betonte er, daß die Bürgergarde seit 1830 bestehe, daß aber im Augenblick kein Grund vorhanden sei, sie einzuberufen. Für die Erfüllung der Forderung nach Öffentlichkeit der Ständeversammlung sei deren Einwilligung erforderlich. Die Pressefreiheit könne das Herzogtum Braunschweig nicht selbständig, sondern nur im Einvernehmen mit Preußen verkünden ⁴²⁰⁾.

Wenn auch bisher die Volksbewegung in Braunschweig in ruhigen Bahnen verlaufen war, so hielt es doch der Stadtmagistrat für seine Pflicht, vorsorgliche Maßnahmen für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen. Auf seinen Vorschlag beschloß

⁴¹⁸⁾ ADOLF ARONHEIM, zu Braunschweig als Sohn eines Kaufmanns am 18. Januar 1818 geboren, besuchte seit 1838 das Collegium Carolinum zur Vorbereitung auf das juristische Studium. Nach Abschluß der Universitätsjahre war er in Braunschweig als Rechtsanwalt tätig, bis er 1870 in das Direktorium der nach der Auflösung der Staatseisenbahn gebildeten Braunschweigischen Eisenbahngesellschaft eintrat. Auch Aronheim war später Mitglied der National-liberalen Partei und gehörte der Stadtverordnetenversammlung und dem Landtage an. Lange Jahre hindurch war er Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Er starb am 16. April 1880.

⁴¹⁹⁾ CARL GÖTTE wurde am 12. Januar 1810 zu Braunschweig geboren; er war der Sohn des Branntweinbrenners JOH. ANDR. CARL GÖTTE, der in der Revolution von 1830 eine führende Rolle gespielt hatte und von seinen Mitbürgern als der „Braunschweiger Lafayette“ gefeiert wurde. Auch der Sohn entfaltete eine eifrige Tätigkeit in der Bürgergarde wie im Bürgerverein und im Löschverein. Auch als er später seinen Wohnsitz nach Hamburg verlegte, bewahrte er der Vaterstadt die Treue: Zur Jahrtausendfeier 1861 überbrachte er die von ihm gesammelte „Braunschweig-Hamburg-Stiftung“ von 1800 Rtlr., aus deren Zinsen alljährlich drei bedürftige Jungfrauen unterstützt wurden. G. starb als Generalagent zu Hamburg am 21. Februar 1870. (Braunschw. Tageblatt 1870 Nr. 56).

⁴²⁰⁾ HEUSINGER: Braunschweig in seiner Beteiligung an der deutschen Volkserhebung (1849), S. 58—63.

die Stadtverordnetenversammlung am 7. März, bei der Herzoglichen Polizeidirektion zu beantragen, sie möge öffentliche Kundgebungen nur unter der Bedingung gestatten, daß sieben Bürger die gemeinschaftliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung übernehmen würden. Zur leichteren Überwachung der Versammlungen beauftragte die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, an die Bürger und gebildeten Einwohner mit dem Namen des Empfängers versehene Kennkarten auszugeben.

Wenn WILHELM BODE auch mit den gemäßigt-liberalen Forderungen des Bürgertums einverstanden war, so lehnte er doch das revolutionäre Gehabe ab, an dem er sich nicht beteiligen wollte. Also war für ihn der Zeitpunkt gekommen, aus seinem Amte zu scheiden. Am 9. März bat BODE die Stadtverordneten um seine Pensionierung. Er begründete seinen Antrag mit der Feststellung, daß die Zeitverhältnisse mit Sicherheit Fortschritte im Staats- und Gemeindeleben bringen würden, die aber auch die Leitung des Gemeinwesens durch jüngere Kräfte erforderten. Er selbst sei 70 Jahre alt und habe den Wunsch, seine wissenschaftlichen Arbeiten in Muße abzuschließen. Doch fühle er sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der plötzliche Übergang der Leitung der Stadtverwaltung in eine andere Hand nicht nachteilige Folgen nach sich ziehen werde. Deshalb schlug BODE den Stadtverordneten vor, einen Nachfolger im Amt zu bestimmen, der sofort einen Teil der Geschäfte übernehme, also einen Substituten, der in gleicher Weise wie ein Stadtrat von den Stadtverordneten gewählt werden müsse.

Gleichzeitig begründete BODE in einem Schreiben an das Staatsministerium seinen Rücktritt und bat, den Herzog von seinen Gründen in Kenntnis zu setzen. Auch hier führte er sein Alter und seinen Wunsch nach Abschluß seiner historischen Forschungen an, fügte aber noch den bemerkenswerten Satz hinzu: „Von allen Seiten her fordert man auch in städtischen Verhältnissen Neuerung, die ich nach meinen, in einem halben Jahrhundert gemachten Erfahrungen und nach meinen Ansichten vom Staate nicht in dem Maße für ursprünglich halten kann“ ⁴²¹).

Über die weitere Entwicklung der Wahl eines Nachfolgers hat WILHELM BODE selbst eingehend berichtet: „Als ich den Stadtverordneten den Wunsch äußerte, nach 48jähriger Dienstzeit an meinem 70. Geburtstage in den Ruhestand versetzt zu werden, war mein Entschluß kaum ruchbar geworden, als Aspiranten in großer Zahl sich fanden. Es traten mehrere intelligente Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung H. Grassau, Vieweg, Wenzelius pp. zusammen, um zu berathen, was zu thun und der Versammlung von deren Vorstände H. Grassau in Vorschlag zu bringen sei. Sie waren der Ansicht, daß Dr. Trieps der geeignete Anwärter sei, zumal ich erklärt hatte, meinem Nachfolger mit allen auf die Verhältnisse der Stadt sich beziehenden Nachweisungen an die Hand gehen zu wollen, und sie selbst sich überzeugt hatten, daß der Nachfolger den Kampf gegen den ersten Bureaukraten des Landes ⁴²²) kräftig würde fortsetzen müssen. Die Versammelten wurden

⁴²¹) StABr: G IV 26 Nr. 1.

⁴²²) BODE meint hier wohl den Ministerialrat v. KOCH.

durch das Eintreten des Notars Holland überrascht. Sie theilten ihm Gegenstand und Ergebnis ihrer Berathung mit und obwohl Holland friedlich und zufrieden zu scheiden schien, so durchlief er doch sofort die Stadt, stellte jene Männer als Conspiranten und Verräther dar, fand auch besonders bei den Advokaten Unterstützung, denen längst der geschicktere und gesuchtere Trieps ein Dorn im Auge war. Als hiernächst die Angelegenheit in der Versammlung der Stadtverordneten zur Erörterung kam und Trieps genannt wurde, gebärdete sich Holland — Mitglied der Versammlung — wie ein Wahnsinniger, erklärte, daß die Nachfolge in meinem Amte stets das Ziel seiner Bestrebungen gewesen sei und daß er, um den Zweck zu erreichen, seit 16 Jahren in städtischen und Landesangelegenheiten bemüht gewesen sei. Er schlug Lärm bei der Bürgergarde, deren Anführer sein Bruder, der Major Holland war und veranlaßte eine solche Aufregung gegen den Dr. Trieps, daß die Abgeordneten noch nicht zur Wahl schritten, sondern mich ersuchten, fürerst mein städtisches Amt noch beizubehalten, worein ich auch willigte, zumal da man die Gelegenheit benutzen wollte, Stadtdirection und Polizeidirection wieder miteinander zu vereinigen. Es wurde dieser Zweck zwar später erreicht und der Polizeidirector Caspari erhielt als Oberbürgermeister die Nachfolge. Allein Holland sah den Doctor Trieps als Störer seines Glückes an und setzte seine Machinationen fort, besonders als beide in der bald eröffneten Ständerversammlung zusammentrafen und Trieps durch Gediegenheit der Vorträge weit über seinen Gegenspieler hervorragte“ ⁴²³⁾).

Im Anschluß an die fast Abend für Abend tagenden Volksversammlungen kam es mehrfach in der Stadt zu Ausschreitungen, die sich auch gegen Mitglieder des Stadtmagistrats richteten. So zog am späten Abend des 16. März ein Volkshaufe, meist halberwachsene Lehrlinge und Handlanger, dazu einige zerlumppte Kerle, vor das Haus des Stadtrates MACK an der Wilhelmstraße, zertrümmerte mit Äxten die hölzernen Fensterläden, warf die Fenster ein und versuchte, die Haustür aufzubrechen und in das Haus einzudringen. Zwar wurden sie daran durch den Schwiegersohn MACKS, den damaligen Premierleutnant RITTMAYER ⁴²⁴⁾, und einige beherzte Nachbarn gehindert. Doch war die Gefahr erst beseitigt, als eine Kompanie der Bürgerwehr unter Trommelschlag anrückte und nun die Auführer sich schnell in Sicherheit brachten ⁴²⁵⁾.

RITTMAYER kennzeichnet MACK als einen redlichen und pflichtgetreuen Beamten; er erklärt die Ausschreitungen gegen den Stadtrat damit, daß MACK im Magistrat die Gesuche um Niederlassungs- und Heiratserlaubnis zu bearbeiten hatte und nach Lage der dama-

⁴²³⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

⁴²⁴⁾ GUSTAV RITTMAYER, geboren am 5. März 1821 zu Braunschweig, trat 1837 als Kadett in das braunschweigische Truppenkontingent ein und wurde am 20. April 1840 zum Leutnant im Infanterieregiment ernannt. Er nahm 1848/49 am Krieg gegen Dänemark teil; am 6. Juni 1849 wurde er bei Düppel verwundet. Im Kriege 1870/71 führte R. das 2. Bataillon des Infanterieregiments. Am 10. Juli 1873 schied er als Oberst aus dem Dienst und starb am 23. Juli 1897 zu Braunschweig. (v. KORTZFLEISCH: Gesch. d. Inf.-Regt. 92, Bd. II, S. 440).

⁴²⁵⁾ G. RITTMAYER: Erinnerungen eines braunschweigischen Offiziers aus den Jahren 1848 und 1849. In: Braunschw. Jahrb. Bd. 8 (1909), S. 134—138.

ligen Vorschriften verhältnismäßig viele ablehnende Bescheide erteilen mußte, die namentlich in den unteren Volksschichten große Unzufriedenheit weckten. Aber WILHELM BODE sah tiefer: „Es waren Demonstrationen erforderlich, um den Wendepunkt herbeizuführen und an die Spitze der Bewegung traten zunächst zwei Advocaten: Lucius und Ahronheim, die bisher kaum genannt und auch keineswegs als unrechtliche Männer bekannt waren. Sie gaben sich als Mittel zu einem an sich nicht ungerechten Zwecke, nur mußten dem Volke auch hier, wie überall, grelle Bilder gezeigt werden, um die Hufe in Bewegung zu setzen. Es zeigte sich hier, daß Hinweisung auf Inhumanität, die Erinnerung an ein liebloses, jeden Rechtlichen tief verletzendes Wesen besonders geeignet sind, um Demonstrationen hervorzurufen und bestimmte Personen zum Gegenstand des Angriffs zu machen. Die Beamten, welche mit dem Volke unmittelbar verkehren und unter ihnen solche, denen tatsächlich Inhumanität nachgewiesen werden kann, boten die nächsten Opfer dar und so hetzte man zunächst auf zwei Magistratsbeamte und zwei Polizeioffizianten, deren Dienstfeier und Rechtlichkeit zwar nicht in Zweifel gezogen werden konnte, deren Benehmen gegen die Einwohner der Stadt, mit welchen sie in Berührung kamen, ebenso unbezweifelt ein inhumanes war. Jahre lang habe ich gegen die Ausbrüche von Rohheit der Stadträte Mack und Franke gekämpft, allein sie gingen aus der Vernachlässigung der Jugendbildung hervor“ ⁴²⁶).

Auch am Abend des 17. März kam es an mehreren Stellen in der Stadt zu Aufläufen und Unruhen, bei denen unter anderen dem Ministerialrat v. KOCH und dem Stadtrat FRANKE die Fenster eingeworfen wurden, doch konnte die Bürgerwehr schnell die Ruhe wieder herstellen. „Es waren größtenteils Demonstrationen gegen Personen, deren Äußerlichkeit dem Volke mißfällig war. Dieses war namentlich auch bei dem auf die Wohnung des Stadtrates Franke beabsichtigten Angriff der Fall. Über der etwas rauhen Außenseite, die er auch in den feinsten Zirkeln nicht zu verbergen vermag, hatten die unteren Volksklassen während der damaligen Aufregung die zahllosen Verdienste vergessen, welche der unverdrossene Mann sich in einer langen Reihe von Jahren um die Wohltätigkeitsanstalten der Stadt erworben hatte“ ⁴²⁷).

WILHELM BODE war nicht gewillt, dieses unverantwortliche Treiben länger zu dulden. Deshalb warnte der Stadtmagistrat am nächsten Tage mit ernsten Worten vor weiteren Ausschreitungen:

„Die gestrigen Vorgänge haben gezeigt, was der vereinte feste Wille der Bürger vermag.

Die Bürgerwehr hat, unterstützt von der Schützenkompagnie und einem Corps der hiesigen Studierenden, freilich nicht ohne Opfer gegen Frevel geschützt und dankbar anzuerkennende Dienste geleistet. Bei der bisherigen Nachsicht kann es aber nicht bleiben.

Nochmals fordern wir auf das dringendste auf, daß jedes Familienhaupt bei eigener Verantwortlichkeit seine Angehörigen, jeder Meister die von ihm abhängigen Arbeiter

⁴²⁶) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

⁴²⁷) HEUSINGER, a. a. O. (1849), S. 154.

von 8 Uhr abends von der Straße entfernt halten und die Häuser gegen die Ruhestörer verschließen möge, die etwa daselbst Hinterhalt suchen möchten. Die Bürger finden nicht länger angemessen, den ruhestörenden Widersetzlichkeiten eine Milde entgegenzusetzen, die nur zu erhöhter Frechheit auffordert. Unsere obige Mahnung ist daher eine sehr ernstliche, da wir für die Folgen der Nichtbeachtung bei den nunmehr getroffenen Maßregeln und bei dem Gebrauche der Schußwaffen mit scharfen Patronen nicht einzustehen vermögen.

Braunschweig, den 8. März 1848

Der Stadtmagistrat daselbst

W. Bode

H. Caspari

Ernst Meier

G. W. Hincke.“

Diese Vorkommnisse hatten weder für den Stadtrat MACK noch für den Stadtarzt FRANKE nachteilige Folgen. Sie setzten ihre bisherige Tätigkeit fort, lediglich FRANKE legte wohl aus Verärgerung die Würde eines ehrenamtlichen Stadtrats nieder.

Die braunschweigischen Verhältnisse spielten in den erregten politischen Debatten dieser Wochen eine sehr untergeordnete Rolle. Weder gegen Herzog Wilhelm noch gegen die Landesregierung waren, wenn man von einer zahlenmäßig unbedeutenden radikalen Minderheit absieht, Klagen laut geworden. Trotzdem bewirkte die Revolution eine Änderung in der Zusammensetzung des Ministeriums. Schon am 16. März erbat der Staatsminister GRAF VON VELTHEIM seine Entlassung, weil er bei seiner konservativen Gesinnung mit der Revolution nicht einverstanden war und wohl auch dem Herzog Schwierigkeiten, die aus seiner Person entstehen konnten, ersparen wollte. Herzog WILHELM übertrug die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten dem zum Geheimen Räte ernannten bisherigen Ministerialrat VON KOCH, der damit das Ziel seiner Wünsche erreichte. Aber sein Glück währte nur zwei Tage, denn eine Abordnung der Bürgerschaft, die Bürgereinsmitglieder GRASSAU, GÖTTE und DING, zwang ihn, um seine Verabschiedung einzukommen. Die von v. KOCH verschuldete unglückliche Zollpolitik hatte besonders die Braunschweiger Kaufmannschaft gegen ihn aufgebracht, aber auch durch seine kleinliche bürokratische Behandlung der Stadtverwaltung hatte er sich die führenden Kreise der Bürgerschaft zu Feinden gemacht. Als seinen Nachfolger suchte der Minister v. SCHLEINITZ den tüchtigen und hoch angesehenen Oberlandesgerichtsrat AUGUST LANGERFELDT zu gewinnen, doch machte dieser seinen Eintritt in die Landesregierung von dem Ausscheiden des Ministers FRIEDRICH SCHULZ abhängig. Herzog WILHELM lehnte es aber ab, SCHULZ zu entlassen. So wurde schließlich der Finanzdirektor VON GEYSO in die Regierung berufen.

Am 2. April trat der kurzfristig zu einer außerordentlichen Tagung einberufene Landtag zusammen, um zu den drängenden Zeitfragen Stellung zu nehmen. Bei den Verhandlungen kam es zu einer Kontroverse zwischen dem Minister SCHULZ und der Ständeversammlung.

sammlung, in deren Verlauf auch SCHULZ auf sein Ministeramt verzichtete, wenn er auch als Präsident des Konsistoriums und als Kurator des Collegium Carolinum weiter dem Staatsdienst angehörte. Nunmehr zögerte auch LANGERFELDT nicht länger, seinen Sitz in der Landesregierung einzunehmen. Deren Leitung übernahm nun der Staatsminister v. SCHLEINITZ, der als einziger deutscher Minister des Vormärz die Revolution überdauerte; er fand in v. GEYSO und LANGERFELDT hervorragend tüchtige und charakterfeste Mitarbeiter, die schon seit der Revolution von 1830 dem engeren Kreis um BODE angehörten.

Weniger glücklich verlief für WILHELM BODE die Regelung seiner Nachfolge. Daß er in TRIEPS den rechten Mann ausgewählt hatte, bewies dessen spätere Laufbahn, die ihn auf hohe Richterämter in Hamburg, Braunschweig und Leipzig und schließlich 1875 als Justizminister in die braunschweigische Landesregierung führte. Doch war 1848 in den unruhigen Revolutionstagen seine Wahl nicht durchzusetzen. Um aber eine Wahl HOLLANDTS, die durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, zu verhindern, schlug BODE am 4. April den Stadtverordneten den Polizeidirektor CASPARI als Nachfolger vor. Das war sicherlich für den scheidenden Stadtdirektor eine Verlegenheitslösung. Zwar hat BODE sich in seinen Aufzeichnungen eines abwertenden Urteils enthalten, ihn überhaupt nicht charakterisiert, daß er aber CASPARI kein Vertrauen entgegenbrachte, wird in BODES 1854 geschriebenem wissenschaftlichem Testament deutlich. In ihm betont er, daß es seine ursprüngliche Absicht gewesen sei, seinen wissenschaftlichen Nachlaß dem Braunschweiger Stadtarchiv zu vermachen. Da es ihm aber nicht gelungen sei, sich „einen geschichtskundigen, den Wert archivalischer Schätze erkennenden Nachfolger“ zu verschaffen, da er auch die Überzeugung gewonnen habe, daß das Archiv selbst nach und nach zugrunde gehen werde, so wies er seine Erben an, seine Handschriften der Wolfenbüttler Bibliothek zu übergeben ⁴²⁸).

In einer gespannten Atmosphäre beschlossen die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 8. Mai 1848, den Stadtdirektor WILHELM BODE gemäß seinem Antrag mit dem vollen Gehalt von 1 700 Rtlr. in den Ruhestand zu versetzen. Sodann beauftragten sie den Polizeidirektor CASPARI mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Magistratsvorsitzenden. Da aber CASPARI die Übernahme dieses Auftrages ablehnte, führte Bode auf Bitten der Stadtvertretung die Geschäfte einstweilen weiter. In einer Kontroverse über die Räumung der Dienstwohnung im Stadthause verzichtete Bode auf jedes Entgegenkommen. Er bat lediglich die Stadtverordneten um ihr Einverständnis, daß ihm die Mitbenutzung des von ihm mühsam geordneten Stadtarchivs vorbehalten bleibe, „da ich darauf in meinen Arbeiten für die Stadt recurriren muß“ ⁴²⁹).

Dem Einwirken des Ministers v. SCHLEINITZ gelang es, CASPARI zur Übernahme des Amtes des Stadtoberhauptes zu bewegen. Nachdem Ende Mai die Stadtverordneten ihn ordnungsmäßig gewählt hatten, konnte ihm WILHELM BODE die Amtsgeschäfte übergeben.

⁴²⁸) Anlage 3.

⁴²⁹) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

Begünstigt durch die veränderten Umstände, konnte CASPARI manches erreichen, das WILHELM BODE versagt geblieben war. So erhielt CASPARI bei seiner Ernennung die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister. Auch der am 10. August 1858 zwischen dem Lande und der Stadt Braunschweig abgeschlossene Vertrag, der das 1671 der Stadt zugefügte Unrecht wenigstens zum Teil gutmachte und der als „Casparivertrag“ in die Stadtgeschichte eingegangen ist, war letzten Endes die Frucht der durch Jahrzehnte hindurch zielbewußt betriebenen Bemühungen WILHELM BODES.

Nach seinem Ausscheiden aus der Stadtverwaltung legte BODE auch sein Mandat für die Ständeversammlung nieder. Der Ständische Ausschuß übersandte ihm als seinem Präsidenten durch 16 Jahre hindurch am 24. Juni 1848 ein herzlich gehaltenes Dankschreiben ⁴³⁰⁾).

⁴³⁰⁾ StABr: G IV 26 Nr. 1.

ARCHIVAR UND HISTORIKER

So bewundernswert WILHELM BODES Leistungen als Oberhaupt der Stadt Braunschweig und als Landespolitiker erscheinen, so füllten sie doch das rastlos tätige Leben dieses Mannes nicht aus. Denn jede freie Stunde, die ihm die ihn oft hart bedrängenden Aufgaben der täglichen Geschäfte ließen, gehörte der Geschichtswissenschaft. Die Liebe zu ihr hatte der Vater dem wißbegierigen Knaben eingepflanzt und sorgsam gehütet, der Jüngling sammelte auf dem Gymnasium und auf den Universitäten neue Kenntnisse und methodische Sicherheit, und in seinen Stellungen in Königsutter, Bahrdorf und Vorsfelde suchte der junge Beamte die geschichtlichen Wurzeln der von ihm beobachteten Zustände und Verhältnisse zu ergründen, dazu sein Geschichtsbild in Gesprächen mit gebildeten und erfahrenen Männern wie dem Schatzrat VON PLESSEN oder dem GRAFEN GEBHARD VON DER SCHULENBURG zu klären.

Aber erst mit der Versetzung nach Braunschweig im Jahre 1820 eröffnete sich WILHELM BODE der Weg zu eigener Forschung in Archiven und Bibliotheken. Wertvoll waren für ihn auch anregende Gespräche im Kreise geschichtskundiger Männer; mit einigen von ihnen, so dem Bibliothekar EBERT und dem Archivar HETTLING verband ihn dann lebenslange Freundschaft im gegenseitigen Nehmen und Geben. Freilich blieben BODE auch auf diesem Felde Enttäuschungen nicht erspart, So schrieb er am 12. Mai 1825 an FR. AD. EBERT in Dresden: „Ich habe inzwischen einige Zeit zur Fortsetzung meiner Forschungen über das alte Sachsen erübrigt, es ist mir aber, seit ich lieblose Recension meiner Beiträge zu der G. d. Hrzs. Br.⁴³¹⁾ in der Leipziger Literaturzeitung gelesen habe, die Lust vergangen, irgend etwas drucken zu lassen. Ich vermuthe, daß die Recension von einem hiesigen Gelehrten, vielleicht dem Prof. DEDEKIND, herrührt. Ich werde das Resultat meiner Forschungen völlig ordnen und dann mir die Erlaubnis nehmen, es Ihnen mitzuteilen. Vielleicht ist es Ihnen bei den dortigen Untersuchungen nützlich, denn in Rücksicht auf das alte Sachsen gehören wir noch einem Lande an“⁴³²⁾.

Am 10. November 1825, also bald nach der Übernahme des Amtes eines Braunschweiger Magistratsdirektors, schrieb BODE an EBERT: „Mit inniger Freude habe ich gelesen, was Sie über die Culturperioden des Mittelalters sagen. Die Geschichte der Klöster und der

⁴³¹⁾ Beiträge zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig. Erster Beitrag. Das Grundsteuersystem des Herzogthums Braunschweig. 1824.

⁴³²⁾ Quellen und Forschungen z. Braunschweigischen Geschichte VI (1914), S. 235 f.

Anstalten zur Verbreitung des Christenthums ist die Säule, um die sich die übrige Geschichte des 9ten und 10ten Jahrhunderts windet. Mein Schwager HENKE ⁴³³), der vielen Sinn für Kirchengeschichte hat, wird die Geschichte der Ausbreitung des Christenthums im alten Herzogthum Sachsen bis zum Jahre 1024 bearbeiten und soeben hatte ich mit ihm Tage lang über diesen Gegenstand geredet, als Ihre Ansichten hinzukamen, die meinen Schwager in seinem Vorhaben bestärken werden . . . Seit einiger Zeit habe ich eine sehr erwünschte Stellung erhalten. Mit dem 1ten Oktober trat ich das Amt als Stadtdirektor für Braunschweig an und damit ist mir das äußerst interessante Stadtarchiv überliefert. Die Zahl der Pergamenturkunden mag sich auf etwa 4 000 belaufen. Sie sind chronologisch geordnet und fangen mit dem Jahre 1190 an. Daneben ist das Archiv mit 500 Bänden handschriftlicher, auf die Geschichte der Stadt sich beziehender Nachrichten geschmückt.

Für jetzt darf ich diesen Schätzen, die noch dadurch vermehrt werden, daß das Rathaus eine mit dem Jahre 1700 sich schließende, die interessantesten historischen Werke enthaltende Bibliothek von 6 000 Bänden aufbewahrt ⁴³⁴), nicht zu sehr nahen, denn dies würde mich den fürerst zahlreichen Amtsgeschäften entziehen; das Schwierige meiner Stellung wird aber bald überwunden sein und dann werde ich rasch an's Werk gehen. Auf Ostern hoffe ich Ihnen meinen ersten ausführlicheren Bericht über neue Entdeckungen vorlegen zu können.

Meine Unternehmungen: die Charte, die Topographie, die Geschichte Sachsens — ruhen für jetzt, sie sind aber nicht aufgegeben. Für die Zukunft erhalte ich viel Muße, und meine Vorsätze werde ich nach Kräften ausführen.

Ihre Forschungen werden Sie noch oft zu uns über die Elbe, Saale und Unstrut führen. Um das Bistum Meißen in der früheren Zeit zu überschauen, muß man den Standpunkt in meiner Gegend nehmen und da werden wir uns treffen“ ⁴³⁵).

Am 7. Mai 1826 erstattete BODE dann den versprochenen Bericht: „Seit dem Tode unseres Freundes LÜDERSEN ist es mir doppeltes Bedürfnis, Sie zu sehen und mit Ihnen zu

⁴³³) ERNST LUDWIG THEODOR HENKE, geboren am 22. Februar 1804 in Helmstedt, habilitierte sich nach dem Studium der Theologie und Philosophie in Göttingen und Jena 1827 in Jena, war seit 1828 Professor der Theologie und Geschichte der Philosophie am Collegium Carolinum zu Braunschweig, seit 1833 an der Universität Jena, kehrte 1836 als Konsistorialrat und Direktor des Predigerseminars zu Wolfenbüttel in die Heimat zurück, folgte aber bereits 1839 einem Rufe an die Universität Marburg, wo er bis zu seinem Tode am 1. Dezember 1872 ein theologisches Ordinariat innehatte. Henkes wissenschaftliche Leistung lag besonders auf dem Gebiete der neueren Kirchengeschichte; sein Hauptwerk ist „Georg Calixtus und seine Zeit“, erschienen in zwei Bänden zu Halle 1853/60. (ADB 50, S. 185 ff.; J. BESTE in: Braunschw. Magazin 1904, S. 101—110).

⁴³⁴) Die Bibliothek des polyhistorisch gebildeten Ratssyndikus JOHANN CAMMANN (gestorben 1649) kam im 17. Jahrhundert in den Besitz der Stadt Braunschweig. Sie besteht aus 10381 Einzelschriften aus der Zeit bis ca. 1650 in 3858 Bänden und wird heute noch als besonderer Bestand der Stadtbibliothek verwaltet.

⁴³⁵) Quellen u. Forsch. VI, S. 237.

reden. Vieles habe ich schon für Sie geordnet. Der Katalog über die schätzbare Magistrats-Bibliothek, in der sich einige hundert Incunabeln vorfinden, ist wieder an das Tageslicht gezogen, nachdem er über hundert Jahre im Staube vergraben lag. In einem ganz entlegenen Winkel des Rathauses habe ich das durchaus vollständige Verzeichnis unserer für die allgemeine und die Stadtgeschichte so wichtigen Urkunden aufgefunden. Der Inhalt jeder Urkunde ist so umständlich angegeben, daß die Benutzung derselben außerordentlich erleichtert wird. Dann habe ich in meinem Verwahrsam vollständige Sammlungen der Urkunden des Klosters Amelungsborn, des Stifts St. Cyriaci, der Kirchen zu Braunschweig. Zum Theil gehören sie schon dem 10 ten und 11 ten Jahrhundert an.

Dies alles soll Ihnen vorgelegt und mitgetheilt werden und Sie werden sich überzeugen, wie viel gerade hier für die Geschichte noch geleistet werden kann. Treffliche noch unbekannte Pergamentmanuskripte, wichtig für Rechts- und Sittengeschichte, habe ich in den Archiven des Magistrats entdeckt. Jetzt habe ich niemand, mit dem ich nur über solche Gegenstände reden könnte, und seien Sie versichert, daß jeder Blick auf die Zukunft mich auf Sie sehen läßt, daß mir, wenn Sie nicht zurückkehrten, meine schönsten Hoffnungen vereitelt würden“ ⁴³⁶).

BODES Hoffnungen erfüllten sich nicht. Denn die Verhandlungen, die das Braunschweigische Staatsministerium mit EBERT wegen seiner Rückkehr als Bibliothekar nach Wolfenbüttel führte, zerschlugen sich. Aber auch die Muße, von der BODE in diesen Briefen mehrmals gesprochen hatte, und die ihm die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Arbeit geben sollte, fand sich nicht. Denn BODE schrieb am 16. Februar 1828 an EBERT, dem er zuvor einen Sonderdruck seines 1828 im Braunschweigischen Magazin erschienenen Aufsatzes über den Kulturzustand des alten Herzogtums Sachsen geschickt hatte: „Mit herzlicher Freude habe ich endlich einmal wieder ein Schreiben von Ihnen empfangen. Mir, der ich jetzt in Akten vergraben und bei der Ausführung mancher längst nothwendiger Veränderungen und Besserungen auf vielfältige Weise gezerzt bin, konnte nichts angenehmer sein, als die Nachweisung, daß Sie mir einige Augenblicke schenkten und sogar meinen jüngsten Aufsatz einer näheren Prüfung würdigten.

Von dem letzteren schließe ich drei Exemplare an, und wenn ich wüßte, daß Ihnen damit gedient wäre, sollten Sie die ganze Auflage erhalten. Denn hier hat sich der Sinn für Geschichte fast ganz verloren, und mühsame Forschungen, auch wenn sie sich auf das zunächst liegende beziehen, werden als werthlose Dinge beurteilt. Die Anlage enthält den Auszug aus einem starken Manuscripte, dem ich lange Zeit meine Nebenstunden opferte. Der Aufsatz ist eigentlich nur zu einer Vorlesung im hiesigen literarischen Vereine und nicht für das größere Publicum bestimmt, deshalb auch nicht hinlänglich mit Beweisen ausgestattet. Ich bitte daher, das Scriptum mit Berücksichtigung dieses Umstandes zu beurteilen, und sollte ich einst Zeit und Muth haben, die Geschichte der Stadt Braunschweig, zu welcher ich seit Jahren vorzugsweise sammelte, zu schreiben, so werde ich in

⁴³⁶) Quellen u. Forsch. VI, S. 238.

der Einleitung ausführlicher mich über die Geschichte der Cultur des alten Herzogtums Sachsen mich erstrecken . . .

Seit Ihrem Abgange haben wenige Zusammenkünfte auf dem Weghause stattgefunden. LÜDERSEN ist inzwischen ausgeschieden und HETTLING hat in neuerer Zeit so manche Unannehmlichkeit erlebt, daß auch er, unzufrieden mit der Welt, in Abgeschiedenheit lebt. Es ist ihm das Archiv genommen und einem unkundigen Advokaten wieder übertragen⁴³⁷⁾. Dieser Umstand hat ihn vorzüglich gekränkt⁴³⁸⁾. Ihre Aufträge an ihn habe ich ausgerichtet und wird auch er sich der früheren Zeiten unter schmerzlichen Gefühlen erinnern“⁴³⁹⁾.

Aus diesen Briefen geht deutlich hervor, daß WILHELM BODE bei seinen Bestrebungen um die Erhaltung und Pflege des Archivs der Stadt Braunschweig nicht nur durch seine Bemühungen um die Rückgewinnung des 1671 verlorenen städtischen Eigentums bestimmt wurde, sondern daß ihn dazu die selbstgewählte Aufgabe der Erforschung der Geschichte der Stadt und des Landes bewog. Zu Beginn seiner Tätigkeit hatte er sich zwar der Lösung der ersteren Aufgabe mit Hingabe gewidmet, diese aber in verhältnismäßig kurzer Zeit gemeistert. Denn am 25. Dezember 1826 berichtete BODE dem Hofrat HETTLING, der damals noch das Landeshauptarchiv leitete: „Seit längerer Zeit bin ich bis in die Nacht mit unserer Aerariarsache beschäftigt. Sie ist so wichtig und zugleich ist es so dringend nothwendig, daß offen geredet wird, daß ich mich mit größter Sorgfalt präparire um bei der ersten Gelegenheit der Cammer ernstlich auf den Leib zu gehen. Die Resultate meiner Forschungen sind wahrhaft empörend. Noch jetzt, nachdem auf dem letzten Landtag die Cammer vieles vergeben hat, beträgt das Einkommen derselben von den rein städtischen Gütern jährlich mindestens 40 000 Rtlr. und fast alle auf diesen Gütern haftenden städtischen Lasten sind nach und nach durch Machtsprüche, und weil Niemand sich widersetzt, abgewälzt. Wenn ich mit meiner Deduktion ganz im Reinen bin und alle Urkunden beisammen habe, werde ich Dir und BRUNS die Sache vorlegen. Sie enthält keine Rechtsausführungen, sondern nur einen Theil der Geschichte der Stadt“⁴⁴⁰⁾.

Nach der Eroberung der Stadt 1671 und der Übernahme der Stadtverwaltung durch die herzoglichen Behörden wurden die städtischen Archivalien zunächst in der Münzschieme an der Poststraße gesammelt und dann 1717 in das Neustadtrathaus gebracht. Als Folge mangelhafter Unterbringung und unzureichender Beaufsichtigung geriet das Archiv in einen schlechten Zustand, sodaß Herzog KARL I. den als Assessor an das Hofgericht berufenen ANTON ULRICH VON ERATH⁴⁴¹⁾ schon in der Bestallung beauftragte,

⁴³⁷⁾ Dem späteren Landsyndikus J. W. OESTERREICH.

⁴³⁸⁾ Auch HETTLING war ein Opfer der Personalpolitik des Herzogs KARL, der HETTLING aus dem Archiv entfernte, weil HETTLINGS Stellungnahme zur Frage der Mündigkeit des Thronfolgers dem Herzog nicht paßte.

⁴³⁹⁾ Quellen u. Forsch. VI, S. 239 f.

⁴⁴⁰⁾ NStAW: N Abt. 135 Nr. 220 Band 1.

⁴⁴¹⁾ ANTON ULRICH v. ERATH wurde am 19. März 1709 zu Braunschweig geboren, studierte seit 1727 in Helmstedt Rechtswissenschaft und war seit 1732 am Landgericht zu Rendsburg, seit

„das Stadt-Archiv Braunschweig in Ordnung zu bringen“ ⁴⁴²). Da ERATH aber bereits 1747 Braunschweig wieder verließ und deshalb die begonnenen Ordnungsarbeiten nicht zu Ende führen konnte, blieb seine Tätigkeit ohne Wirkung. Durch das von ihm angeordnete Zusammenbinden der einzelnen Aktenfaszikel zu sehr starken Bänden hatte er überdies spätere Ordnungsarbeiten sehr erschwert.

Nach ERATHS Fortgang kümmerten sich weder die Staatsbehörden noch der ja ganz auf die Rechtspflege beschränkte Magistrat um das Stadtarchiv. „Das verfallende Lokal, schon lange der Nässe zugänglich und ein Tummelplatz allen lichtscheuen Getiers, konnte zuletzt nicht einmal mehr diebische Hände abhalten, und mit einer Dreistigkeit ist in jener Zeit zugegriffen worden, wie sie eben nur herrenlosem Gute gegenüber möglich war. So fehlt es nicht an sicheren Zeichen, daß das Stadtarchiv gerade damals vielfältige und z. T. unersetzliche Einbußen erlitten hat“ ⁴⁴³).

Die Rettung des Stadtarchivs in letzter Stunde ist das Verdienst WILHELM BODES. Schon bald nach seinem Amtsantritt setzte er sich sehr geschickt gegen den Versuch einer Landesbehörde zur Wehr, dem städtischen Archiv wertvolle Bestände zu entziehen. Das Konsistorium forderte von BODE die Herausgabe der sämtlichen Akten des vormaligen Geistlichen Gerichts ⁴⁴⁴) und berief sich dabei auf die herzogliche Verfügung vom 14. April 1814, durch die das seit 1674 bestehende Geistliche Gericht aufgehoben und sein Wirkungskreis auf das Konsistorium übertragen wurde. BODE lehnte diese Forderung ab mit der Begründung, daß im Stadtarchiv alle die Akten bleiben mußten, die das Patronatsrecht des Magistrats und die von der Aufsicht des Konsistoriums ausgenommene Verwaltung des Vermögens der geistlichen Stiftungen betrafen, weiter alle Akten, die dem Magistrat und dem Stadtsuperintendenten als den nunmehrigen Kirchen- und Schulvisitatoren zuständen, so daß nur diejenigen Akten ausgeliefert werden könnten, die sich auf die vormals vom Geistlichen Gericht vorgenommenen Prüfung der Kirchendiener bezogen. Nachdem das Konsistorium mehrmals die Aufforderung wiederholt und BODE sie mit den gleichen Gründen zurückgewiesen hatte, trat schließlich das Konsistorium von seiner Forderung zurück ⁴⁴⁵).

So sehr WILHELM BODE auch die Pflege des Archivs am Herzen lag, es vergingen doch noch mehrere mit rastloser Tätigkeit auf anderen Gebieten erfüllte Jahre, ehe er mit der planmäßigen Ordnung des Archivs beginnen konnte. Zuvor war aber die Bereitstellung

1736 im Dienste des Reichsstiftes Quedlinburg tätig. 1742 wurde er an das Hofgericht in Wolfenbüttel berufen; bei der Gründung des Collegium Carolinum wurde er zum Curator der Anstalt und Professor für Reichs- und Landesgeschichte ernannt. Von 1747 bis zu seinem Tode am 26. August 1773 wirkte er in Dillingen verdienstvoll als nassauischer Regierungsrat und Archivar. (ADB 6, S. 182 f.).

⁴⁴²) W. SPIESS, Das Stadtarchiv Braunschweig (1951), S. 18.

⁴⁴³) L. HÄNSELMANN, Nachrichten über das Stadtarchiv (1863), S. 4.

⁴⁴⁴) Heute Bestand C VI des Stadtarchivs.

⁴⁴⁵) StABr: H IV Nr. 285.

einer besseren und sicheren Unterkunft dringend notwendig. Dazu hatte Bode den Kreuzgang der Brüdernkirche in Aussicht genommen. Am 24. September 1833 entwickelte WILHELM BODE dem Stadtbaumeister KÖLLSCH seinen Plan, den östlichen Teil des Kreuzganges zum Archiv auszubauen. Dazu mußte dieser Teil des Kreuzganges auf beiden Seiten mit massiven Wänden abgeschlossen werden. Die gotischen Fenster wollte BODE in ihrer ursprünglichen Gestaltung wiederherstellen lassen und mit eisernen Gittern versehen. Weiter mußte ein hölzerner Fußboden gelegt und die Innenwand mit 12 Fuß hohen Regalen verkleidet werden. Köllsch veranschlagte die Kosten für die Bauten auf 500 Rtlr., die Ausstattung des Archivraumes mit 49 Fuß laufenden Regalen und sechs Schränken auf 300 Rtl. Da WILHELM BODE beabsichtigte, die Archivalien der Kirchen, Hospitäler, Armenhäuser und milden Stiftungen im Archiv zu vereinigen, sollte die Kirchenkasse die Hälfte der Baukosten übernehmen ⁴⁴⁶). Mit Einverständnis der Stadtverordneten setzte BODE für den Archivbau im Etat für das Rechnungsjahr 1834 zunächst 200 Rtl. an ⁴⁴⁷).

Aber die Kreisdirektion als Aufsichtsbehörde war damit nicht recht einverstanden. Der Kreisdirektor PINI hielt einen besonderen Antrag des Magistrats für notwendig, außerdem erhob er die Einwendung, ob es nicht ratsamer sei, im Neustadtrathaus, das binnen kurzem von den Gefangenen geräumt würde ⁴⁴⁸), ein geräumigeres Lokal zum städtischen Archiv herzurichten und solches dann durch den Beamten beaufsichtigen zu lassen, dem die Aufsicht über das Gebäude übertragen würde. Das Staatsministerium aber entschied salomonisch: „Der Ansatz soll zwar passieren, jedoch werde wegen des einzurichtenden Archiv-Locals zuvor noch ein specieller Antrag von Seiten Herzogl. Kreis-Direction gewärtigt“ ⁴⁴⁹). Auch diese kleine Episode macht deutlich, wie kümmerlich es doch mit der Selbstverwaltung der Stadt bestellt war und wie stark der Magistrat von den Staatsbehörden gängelt wurde.

Immerhin genehmigte das Staatsministerium am 28. Mai 1834 den Bau und die Kostenverteilung. Und am 2. Januar 1835 konnte der Stadtbaumeister KÖLLSCH die Beendigung der Bauarbeiten melden, freilich auch eine Überschreitung des Voranschlags um 185 Rtl., die freilich zum Teil dadurch entstand, daß der Stadtdirektor BODE im August 1834 die Vergrößerung des Archivraums um 24 Fuß angeordnet hatte, wodurch zusätzlich zwei gotische Fenster instanzzusetzen waren. In den Haushaltsvorschlag für 1835 setzte BODE für neue Schränke und Regale 250 Rtl. ein, da „die alten ganz morschen und über 300 Jahre alten Repositorien nicht mehr gebraucht werden können“. Im Jahre 1840 wurde

⁴⁴⁶) StABr: H IV Nr. 285.

⁴⁴⁷) StABr: D III II 1 Nr. 1.

⁴⁴⁸) Am 23. Februar 1832 wurde vom Staatsministerium eine Kommission gebildet zur Vorbereitung und Durchführung der Verlegung des Strafgefängnisses aus dem Neustadtrathause in die Klostergebäude bei St. Ägidien. Sie bestand aus Kammerrat GRAVENHORST, Stadtdirektor BODE, Kammerbauinspektor LIEBAU und Stadtphysikus Dr. FRANKE. (StABr: H IV Nr. 284d).

⁴⁴⁹) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 3485 Vol. I.

der Rest des Kreuzgangs als Bibliotheksraum ausgebaut, dabei konnte auch ein abgeschlossener Arbeitsraum geschaffen werden. Die Kosten von 1107 Rtl. wurden von der Kirchenkasse übernommen.

Im Jahre 1836 konnten endlich die Archivalien vom Neustadtrathause, wo der Magistratsregistrator FRÖLING den Abtransport der Urkunden und Akten überwachte, zur Brüdernkirche gebracht werden, wo sie der Stadtdirektor BODE in Empfang nahm. Bei der Ordnung und Aufstellung der Archivalien hatte BODE in dem Magistratsschreiber WESTPHAL einen treuen Gehilfen. Auf Antrag BODES bewilligten die Stadtverordneten 1841 WESTPHAL ein Extraordinarium von 60 Rtl. für seine Tätigkeit im Archiv.

In der Stadtverordnetenversammlung am 4. Juni 1839 stand ein Antrag des Oberlehrers Dr. ASSMANN zur Beratung, „den wohlhlöblichen Magistrat zu ersuchen, das Ordnen des städtischen Archivs durch Herrn Stadtdirektor Dr. BODE zu veranlassen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und durch weitere Zusätze ergänzt. Die Stadtverordneten wünschten, daß

1. in das anzufertigende Verzeichnis neben den Titeln auch der summarische Inhalt der einzelnen Urkunden, wo es möglich, aufgenommen werde,
2. aus diesem Generalverzeichnis ein die das Stadtvermögen betreffenden Urkunden enthaltender Auszug angefertigt und
3. beide Verzeichnisse doppelt hergestellt und das eine Exemplar in der Registratur der Stadtverordneten zu deren Benutzung niedergelegt werde.

Großzügig beschlossen die Stadtverordneten schließlich, „im Voraus diejenigen Geldmittel zu verwilligen, welche durch die Kosten der Ordnung des Archivs etwa veranlaßt werden möchten“.

In etwa gleichlautenden Schreiben an den Magistrat und an die Stadtverordnetenversammlung gab am 20. Juni 1839 WILHELM BODE seine Einwilligung kund, „und zwar mit um so größerem Vergnügen, da das Archiv eine reiche, noch wenig benutzte Quelle für die Geschichte unserer Stadt, des Landes und selbst für die allgemeine Geschichte bildet“, ganz abgesehen von der praktischen Bedeutung. Doch war Bode besonders erfreut, daß der Antrag der Stadtverordneten „zugleich den Sinn meiner Mitbürger für vaterländische Geschichte, für das Hohe und Edle bekundet“ ⁴⁵⁰).

Dieser Beschluß der Stadtverordneten bedeutet aber nicht den Beginn der Ordnungsarbeiten WILHELM BODES, sondern wohl mehr eine Ermunterung, Anerkennung und Würdigung seiner Tätigkeit, auf die er in dem letztvergangenen Jahrzehnt jede freie Stunde verwendet hatte, wobei er seine Forschungen nunmehr auch auf die Bestände des Landeshauptarchivs in Wolfenbüttel ausdehnte, das sein Freund HETTLING inzwischen wieder übernommen hatte. Denn im Juni 1839 berichtete BODE in einer Magistratssitzung, daß er jetzt Gelegenheit habe, im Herzoglichen Archiv in Wolfenbüttel die dort befindlichen, sich

⁴⁵⁰) StABr: D III I Nr. 9.

auf die Stadt Braunschweig beziehenden Urkunden und Akten einzusehen. Er sah darin eine wertvolle Ergänzung: „so wird es mir umsomehr gelingen, ein Ganzes zu ordnen.“ Zur Erleichterung seiner Arbeit beabsichtigte BODE, durch den Archivschreiber EHLERS⁴⁵¹) Abschriften von Urkunden herstellen zu lassen. EHLERS hatte sich bereit erklärt, dafür einige Zeit hindurch zwei Tage in der Woche zu verwenden gegen eine Entschädigung von 20 ggr. für den Arbeitstag. Außerdem unterstützte EHLERS den Stadtdirektor Bode bei der Ordnung der Braunschweiger Urkunden.

Im Frühjahr 1840 waren die Ordnungsarbeiten soweit vorgeschritten, daß eine Benutzung des Archivs auch für Außenstehende möglich war. Eine von Bode entworfene Benutzungsordnung vom 28. Juni 1840 eröffnete die Möglichkeit, im Archiv für wissenschaftliche Forschungen Urkunden und Akten einzusehen. Der Schlüssel zum Archiv wurde, um jeden Mißbrauch unmöglich zu machen, beim Stadtdirektor aufbewahrt, ohne dessen in jedem Falle einzuholende Genehmigung das Archiv nicht benutzt und auch Bücher nicht ausgeliehen werden durften. Aus einem am 13. Juni 1841 den Stadtverordneten erstatteten Bericht Bodes geht hervor, daß die Bibliothek nunmehr im Kreuzgang der Brüdernkirche aufgestellt worden war. Auch die Ordnung der Handschriften und der Akten war abgeschlossen; für beide Gruppen waren Verzeichnisse hergestellt worden. Die Urkunden waren chronologisch geordnet. Mit der Arbeit an einem den Urkundenbestand nach Sachgebieten erfassenden Repertorium war Bode damals noch beschäftigt. Zunächst wollte er die Urkunden bis 1514 bearbeiten, denen dann der sehr umfangreiche Urkundenbestand aus der Zeit von 1515 bis 1671 folgen sollte. Schließlich lud der Stadtdirektor die Stadtverordneten zu einer Besichtigung des Archivs ein, um die getroffenen Anordnungen an Ort und Stelle kennenzulernen. Um ihre Anteilnahme zu stärken, setzte die Stadtverordnetenversammlung eine Archivkommission ein, als deren Mitglieder am 7. August 1841 die Stadtverordneten Gymnasialdirektor Dr. HARTWIG, Oberlehrer Dr. ASSMANN und Notar HOLLANDT gewählt wurden⁴⁵²).

WILHELM BODE bemühte sich, die Schätze des Archivs zu vermehren. Wir hörten schon, daß auf seine Veranlassung die Urkunden und Akten der Kirchen und Stiftungen sowie die Akten der Armenpflege im Archiv gesammelt wurden und hier eine gesicherte Aufbewahrung fanden. Am 20. Juni 1839 konnte der Stadtdirektor BODE den Stadtverordneten mitteilen, daß er mit dem Kammerrat VON VELTHEIM auf Destedt ein Übereinkommen geschlossen hatte, das landschaftliche Archiv dieser Familie in das Stadtarchiv zu überführen. Diese Aktenbestände besaßen deshalb besonderen Wert, weil das alte landschaftliche Archiv in der westfälischen Zeit 1813 auf Befehl des damaligen Präfekten des Okerdepartements VON REIMAN für 95 Tlr. an den Juden POLLI als Altpapier verkauft worden

⁴⁵¹) HEINRICH WILHELM EHLERS, geboren zu Greene am 29. August 1817 als Sohn eines Feldwebels, wurde nach dem Besuch der Bürgerschule in Wolfenbüttel am 18. Oktober 1833 als Archivschreiber eingestellt; am 2. Oktober 1840 wurde er zum Registrator, am 13. Dezember 1867 zum Sekretär und im Mai 1887 zum Rat ernannt. E. starb zu Wolfenbüttel am 1. Oktober 1888. (H. KLEINAU, *Gesch. d. NStAW*, 1953, S. 98 f.).

⁴⁵²) StABr: D III I Nr. 11.

war, wobei der Käufer vertragsgemäß für die Einstampfung der Akten in einer Papiermühle zu sorgen hatte⁴⁵³). Die jüngeren landschaftlichen Akten der Geheimen Kanzlei wurden 1830 beim Schloßbrand vernichtet; auch von dem im St. Blasius-Stift zu Braunschweig aufbewahrten Archiv der Prälatenkurie ging vieles verloren. Da die Herren von Veltheim seit Jahrhunderten Mitglieder der Landstände waren und auch sehr oft als Schatzräte amtierten, bildete ihr vollständig erhaltenes Archiv eine unersetzliche Geschichtsquelle, das die Stadtverordneten auf BODES Vorschlag am 19. Oktober 1839 dankbar übernahmen⁴⁵⁴).

Auch bemühte sich WILHELM BODE um die Wiedererlangung der in den Zeiten mangelhafter Beaufsichtigung des Archivs verschwundenen Urkunden und Akten. Das veranlaßte wohl den Registrator des Kreisgerichts Braunschweig KARL WILHELM SACK⁴⁵⁵), am 12. Oktober 1840 dem Archivschreiber WESTPHAL 180 Originalurkunden zu übergeben mit dem Bemerkten, daß er noch mehr solcher Urkunden besitze, die er demnächst an WESTPHAL abliefern würde. Nachdem WILHELM BODE festgestellt hatte, daß die Urkunden dem Stadtarchiv gehörten und schon bei seiner Revision der Bestände vermißt worden waren, forderte er am 30. Oktober 1840 den Registrator SACK auf, ihm zu berichten, welche Urkunden er noch in Händen habe und wie sie in seinen Besitz gekommen wären, da das Stadtarchiv mindestens seit 1825 unter der Aufsicht und dem Verschuß des Magistrats gestanden hatte. SACK antwortete dem Stadtdirektor ausweichend und unklar. Er äußerte die Überzeugung, daß jene zurückgegebenen Urkunden schon seit hundert und mehr Jahren dem Archiv fehlten. SACK selbst habe sich seit dem Jahre 1828 in dienstlichem Auftrage um die alten Prozeßakten des Kreisgerichts gekümmert und sei deshalb mehrmals auch im Archiv gewesen, in das man übrigens auch ohne weiteres von der Straße aus gelangen konnte. Auch bei der Verlegung des Stadtarchivs in die Brüdernkirche sei viel Archivmaterial im Neustadtrathaus liegen geblieben. So habe SACK viele Urkunden erst 1836 in den dem Kreisgericht verbliebenen Schränken gefunden. Diese Darstellung SACKS bestritt der Magistratsregistrator FRÖLING. Er habe nur die dem Gericht gehörenden Akten zurückgelassen, überdies hatte sich damals SACK erboten, falls er noch dem Magistratsarchiv gehörende Akten zwischen denen des Kreisgerichts finden sollte, diese unverzüglich abzuliefern.

Um eine endgültige Klärung dieser etwas dunklen Angelegenheit herbeizuführen, wandte sich der Stadtdirektor BODE am 18. November 1840 in einem dienstlichen Schrei-

⁴⁵³) H. MACK, Zur Geschichte des Landschaftlichen Archivs. Quellen u. Forsch. z. Braunschw. Geschichte VI (1914), S. 12.

⁴⁵⁴) StABr: D III I Nr. 9.

⁴⁵⁵) KARL WILHELM SACK wurde am 22. November 1792 zu Seesen als Sohn eines Müllers geboren und 1813 zum westfälischen Militärdienst eingezogen. Als Sergeant nahm er im Stabe des Braunschw. Husarenregiments an den Feldzügen 1814/15 teil. Im Jahre 1816 Stationskommandant in Helmstedt, trat S. 1817 als Polizeischreiber zur Stadtverwaltung Helmstedt über. Seit 1825 im Staatsdienst als Registrator beim Kreisgericht Helmstedt verwendet, wurde er 1827 in gleicher Eigenschaft nach Braunschweig versetzt. S. starb zu Braunschweig am 27. Juni 1870. (Braunschw. Magazin 1912, S. 2).

ben an den Kreisgerichtsdirektor RABERT. BODE stellte fest, daß er seit 1828 den mit der Ordnung der alten Gerichtsakten beauftragten Registrator SACK mehrfach im Stadtarchiv angetroffen habe, daß auch mehrere Auditoren an der Durchsicht der Akten beteiligt waren, von denen der damalige Auditor VON VECHELDE bald darauf Bode vier Foliobände alter Urkunden aushändigte, die er in einem anderen Lokal des Rathauses aufgefunden haben wollte. Außer vielen Urkunden hatte SACK auch das Repertorium der Urkunden in seinen Besitz gebracht; infolgedessen mußte BODE bei Einzelnachforschungen, besonders bei denen nach der Herkunft des städtischen Güterbesitzes, viel unnütze Mühe aufwenden.

BODE forderte namens des Magistrats den Kreisdirektor RABERT auf, SACK anzuweisen

1. alle noch in seinem Besitze befindlichen Urkunden und Akten abzuliefern,
2. anzuzeigen, wo sich im Neustadtrathause noch Unterlagen des Archivs befinden,
3. diejenigen Personen zu nennen, welche die Archivräume mit durchsucht haben,
4. er solle Nachricht geben, wer im Besitz von Archivgut sei ⁴⁵⁶⁾.

In der Folge lieferte SACK die in seinem Besitz befindlichen Archivalien zum größten Teile ab. Der Rest kam mit der umfangreichen, 278 Sammelbände umfassenden „Sackschen Sammlung“ in das Stadtarchiv nach dem Tode Sacks zurück. Diese Sammlung, ein Zeugnis einer großen Liebe zur Heimatgeschichte und eines bewundernswerten Fleißes, enthält neben Aufzeichnungen aller Art sowie Abschriften oder Auszügen aus Urkunden und Akten auch zahlreiche originale Archivalien. Die Sacksche Sammlung bildet im Stadtarchiv als Abteilung H V einen geschlossenen Bestand ⁴⁵⁷⁾.

In einer Sitzung des Geschichtsvereins übergab der Auditor SPEHR ⁴⁵⁸⁾ dem Stadtdirektor BODE vier Urkunden, die wahrscheinlich aus dem bis 1830 im Schloß verwahrten herzoglichen Archive stammte und die SPEHR aus Bürgerkreisen erhalten hatte. Zwei der Urkunden aus den Jahren 1189 bezw. 1409 übergab BODE am 24. September 1842 dem Landeshauptarchiv, die beiden anderen verleihte er dem Stadtarchiv ein ⁴⁵⁹⁾.

Als 1835 in Hannover ein Historischer Verein für das Königreich Hannover gegründet wurde, war man bestrebt, auch das Herzogtum Braunschweig in das Arbeitsgebiet der neuen wissenschaftlichen Vereinigung einzubeziehen; es war deshalb zunächst der Name

⁴⁵⁶⁾ StABr: D III I Nr. 8.

⁴⁵⁷⁾ W. SPIESS, Stadtarchiv (1951), S. 106—111.

⁴⁵⁸⁾ LUDWIG FERDINAND SPEHR, geboren am 10. Februar 1811 zu Braunschweig als Sohn eines Musikalienverlegers, studierte nach dem Besuch des Collegium Carolinum seit Ostern 1831 Rechtswissenschaften in Göttingen, hörte aber auch geschichtliche Vorlesungen. Seit 1834 als Auditor beim Kreisgericht in Braunschweig und beim Amt Riddagshausen beschäftigt, trat er 1843 als Kammerassessor in die Dienste des Fürsten zu Salm-Horstmar, kehrte aber nach seiner Pensionierung im Herbst 1865 nach Braunschweig zurück. Hier entfaltete er bis zu seinem Tode am 17. März 1881 eine rege Tätigkeit als Redakteur bei den Braunschweigischen Anzeigen, als Konservator des Städtischen Museums und als Schriftsteller. Sein bekanntestes Werk ist GÖRGES-SPEHR, Vaterländische Geschichten und Denkwürdigkeiten. (F. FUHSE in: GÖRGES-SPEHR-FUHSE Bd. 3 [1929], S. 446—448).

⁴⁵⁹⁾ StABr: D III I Nr. 10.

„Historischer Verein für Hannover und Braunschweig“ in Erwägung gezogen worden. Die nach Braunschweig übermittelten Anregungen, die WILHELM BODE erhielt, fielen in Braunschweig an sich auf günstigen Boden, doch fehlte dann leider hier der rechte Mann, um sie zu verwirklichen. Auch WILHELM BODE war zwar gern zur Teilnahme bereit, wollte aber die Führung den Wolfenbüttler Gelehrten, insbesondere dem Oberappellationsgerichtsrat K. F. v. STROMBECK oder dem Archivar Hofrat HETTLING überlassen. BODE mag zu diesem Entschluß durch seine Überlastung mit Geschäften im Dienste der Stadt und des Landes bewogen worden sein, doch wird auch eine bei ihm erkennbare Scheu vor Repräsentation in der Öffentlichkeit dazu beigetragen haben. Jedenfalls ereignete sich im Lande Braunschweig nichts, bis 1838 der Gymnasiallehrer Dr. SCHRÖDER die Angelegenheit aufs neue betrieb. Ein wohl von ihm verfaßtes Programm ⁴⁶⁰⁾ übersandte WILHELM BODE an seinen Freund HETTLING. Nach SCHRÖDERS Meinung sollte sich die Vereinsarbeit nicht allein auf die Landesgeschichte erstrecken, sondern auch die Baudenkmäler, die Kunstgeschichte, die Volkskunde und die Topographie des Herzogtums Braunschweig mit einbeziehen. Über das anzustrebende Verhältnis zu Hannover stellte SCHRÖDER fünf Thesen auf:

1. der Braunschweiger Verein betrachtet sich als Schwesteranstalt des Vereins zu Hannover,
2. der Braunschweiger Verein erhält sein eigenes Direktorium und hält seine Versammlungen in Braunschweig ab,
3. der Braunschweiger Verein wird eigene Sammlungen anlegen, die dem Herzoglichen Museum angegliedert werden sollen,
4. als gemeinschaftliche Zeitschrift beider Vereine wird das „Hannoversche Archiv für Vaterlandskunde“ bestimmt,
5. beide Vereine verpflichten sich zu gegenseitiger Unterstützung.

Dem Programm war eine Liste beigelegt mit den Namen der Persönlichkeiten, die als tätige Mitglieder eines historischen Vereins in erster Linie in Betracht zu ziehen waren. Das waren in Braunschweig außer dem Stadtdirektor BODE und Dr. SCHRÖDER, Dr. ASSMANN, Hofrat EIGNER, Major MORGENSTERN, Domänenndirektor PRICELIUS, Konsistorialrat Dr. RÖMER, K. F. v. VECHELDE, Registrator SACK, Dr. KARL SCHILLER ⁴⁶¹⁾ und Auditor SPEHR,

⁴⁶⁰⁾ Braunschw. Anzeigen 1892 Nr. 13.

⁴⁶¹⁾ CARL GEORG WILHELM SCHILLER wurde am 23. Mai 1807 zu Braunschweig als Sohn eines Geistlichen geboren. Nach dem Besuche des Collegium Carolinum widmete er sich an den Universitäten Halle und Berlin zunächst dem Studium der Theologie, dann aber der Kunst- und Literaturwissenschaft. Nach der Promotion zum Dr. phil. nach Braunschweig zurückgekehrt, verzichtete er auf eine feste Anstellung und lebte, da günstige Vermögensverhältnisse es ihm ermöglichten, allein seinen gelehrten Neigungen, die er besonders seiner Vaterstadt zuwandte. Sch. beschäftigte sich als erster gründlich mit den mittelalterlichen Bauwerken der Stadt Braunschweig, für deren Erhaltung er sich unablässig einsetzte. Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Stiftungstages des Collegium Carolinum schrieb er eine wertvolle Studie über Braunschweigs schöne Literatur im Zeitraum von 1745 bis 1800. Seinem unermüdlichen Betreiben verdankt Braunschweig das schöne Lessingdenkmal. Als Mitbegründer des Kunstklubs und des Kunstvereins suchte er das zeitgenössische Kunstleben zu

in Wolfenbüttel außer v. STROMBECK und HETTLING der Konsistorialrat Dr. E. L. TH. HENKE, Kreisrichter BEGE ⁴⁶²⁾, Landesarchivsekretär Dr. SCHMIDT ⁴⁶³⁾ und Bibliothekar Dr. SCHÖNEMANN ⁴⁶⁴⁾, dazu kam noch der Pastor Dr. VENTURINI in Hordorf ⁴⁶⁵⁾. Die Liste, die im übrigen noch einige Lücken aufwies, zeigte, daß ein genügend großer Stamm von Geschichtskundigen vorhanden war. Doch auch dieser Versuch schlug fehl, weil K. F. v. STROMBECK damals eine mehrere Monate dauernde Reise nach Sachsen, Bayern und Öster-

fördern. Ihm ist in erster Linie die Gründung des Städtischen Museums zu danken, dessen Sammlungen er als ehrenamtlicher Konservator ordnete und bis zu seinem Tode am 28. Juni 1874 leitete. (StABr: H VIII A Nr. 4440 Vol. II).

⁴⁶²⁾ KARL FRIEDRICH BEGE wurde am 24. Mai 1768 zu Seesen als Sohn eines Geistlichen geboren. Er studierte seit dem 27. April 1790 in Helmstedt Rechtswissenschaften und war von 1793 bis 1815 in Wolfenbüttel als Auditor, Sekretär bei der Justizkanzlei und Friedensrichter tätig. Seit 1815 wirkte er in Seesen und in Helmstedt als Kreisamtmann. Den Ruhestand verlebte B. in Wolfenbüttel, wo er am 25. September 1849 starb. B. war ein eifriger Geschichtsforscher. Als Quellenwerk ist heute noch von Wert die im Verein mit seinem Jugendfreunde G. HASSEL verfaßte „Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstentümer Wolfenbüttel und Blankenburg“, die 1802/03 in zwei Bänden erschien. Von seinen zahlreichen historischen und juristischen Schriften sei noch auf die Geschichte Wolfenbüttels und die von Seesen und Schöppenstedt hingewiesen. (ADB 2, 1875, S. 270).

⁴⁶³⁾ Dr. jur. KARL WILHELM SCHMIDT, geboren am 8. April 1802 zu Braunschweig als Sohn des Kantors an der Michaeliskirche, studierte seit dem 8. Mai 1821 in Göttingen Rechtswissenschaften und ließ sich in seiner Vaterstadt als Advokat nieder. Als Nachfolger des zum Landsyndikus gewählten Archivsekretärs ÖSTERREICH wurde S. am 16. August 1833 zum „Sekretär und Gehülfen“ beim Landeshauptarchiv ernannt, wobei ihm die spätere Leitung des Archivs zugesagt wurde, da S. damals eine Berufung an die Universität Zürich als Professor für römische Rechtsgeschichte ablehnte. Aber erst nach HETTLINGS Tode übernahm S. das Archiv, erhielt 1863 den Titel eines Geheimen Archivrats, trat am 1. November 1879 in den Ruhestand und starb am 22. Dezember 1883 zu Wolfenbüttel. (H. KLEINAU, Gesch. d. NSrAW [1953], S. 92, 95).

⁴⁶⁴⁾ Dr. phil. KARL PHILIPP SCHÖNEMANN wurde am 17. Januar 1801 als Sohn des Germanisten K. T. G. SCHÖNEMANN zu Göttingen geboren, studierte nach dem Besuch des Wolfenbütteler Gymnasiums seit 1819 in Göttingen Philologie und war seit 1823 am Gymnasium in Wolfenbüttel tätig. 1829 wurde er als Konrektor nach Helmstedt versetzt, übernahm aber schon am 13. Dezember 1830 die Leitung der Bibliotheca Augusta zu Wolfenbüttel. Nach einer verdienstvollen Tätigkeit krankheitshalber 1854 in den Ruhestand versetzt, erlag S. am 8. September 1855 der Cholera. (O. v. HEINEMANN, Bibliothek zu Wolfenbüttel [1894], S. 219—232).

⁴⁶⁵⁾ KARL HEINRICH GEORG VENTURINI, geboren am 30. Januar 1768 zu Braunschweig als Sohn eines Kammermusikus, studierte nach dem Besuche des Collegium Carolinum seit dem 7. Januar 1788 in Helmstedt Theologie und ließ sich nach dem Erwerb der Magisterwürde in Tübingen als Privatdozent der philosophischen Fakultät der Helmstedter Universität nieder. 1797 bis 1799 war er in Kopenhagen als Lehrer der Geschichte und Geographie tätig und kehrte dann nach Braunschweig zurück. Da sich seine Aussichten auf eine feste Anstellung, so als 2. Bibliothekar in Wolfenbüttel oder als Nachfolger des Historikers REMER in Helmstedt, zerschlugen, mußte er durch schriftstellerische Arbeiten, die sich zuerst mit theologischen, dann vorwiegend mit historischen Themen befaßten, seinen Unterhalt erwerben. Am 4. Oktober 1811 erhielt er die Pfarre in Hordorf; hier wirkte er bis zu seiner Emeritierung zu Johanni 1844, auch in diesen Jahren rastlos als Schriftsteller tätig. V. verlebte seinen Lebensabend in Schöppenstedt bis zu seinem Tode am 25. Mai 1849. (ADB 39, S. 607—611; JOH. BESTE in: Braunschw. Mag. 1912, S. 13—18).

reich unternahm, HETTLING aber jede Betätigung schroff ablehnte. HETTLING schrieb an BODE, er wolle zwar Mitglied werden, könne sich jedoch zu keiner Art von Mitwirkung verpflichten. Er weigerte sich sogar, seinen Namen unter einen zu veröffentlichenden Aufruf zu setzen, getreu seinem Wahlspruch: *bene vixit qui bene latuit* ⁴⁶⁶⁾.

Am 18. September 1841 fand in Braunschweig die 19. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte statt. Präsident der Tagung war der Geheimrat v. STROMBECK. Er war auch der Vorsitzende des vorbereitenden Ausschusses gewesen und hatte sich mit der Bitte um Mitwirkung an den Magistrat der Stadt Braunschweig gewandt. V. STROMBECK regte an, als Festgabe eine wissenschaftlich fundierte historisch-topographische Beschreibung Braunschweigs herauszubringen, und bat WILHELM BODE, die Herausgabe zu übernehmen. BODE gründete daraufhin einen Ortsausschuß, in den er den Kreisgerichtsdirektor RABERT, Hofrat Professor DEDEKIND, Dr. ASSMANN, EDUARD VIEWEG, Pastor HESSENMÜLLER ⁴⁶⁷⁾, Dr. med. MANSFELD ⁴⁶⁸⁾, Dr. SCHRÖDER und Kammerbaumeister KRAHE ⁴⁶⁹⁾ berief, die

⁴⁶⁶⁾ P. ZIMMERMANN, Zum 25jährigen Bestehen des Braunschw. Geschichtsvereins. In: Braunschw. Magazin 1898, S. 185—192.

⁴⁶⁷⁾ KARL GEORG PHILIPP HESSENMÜLLER, geboren am 6. Januar 1803 als Sohn eines Geistlichen in Wolfenbüttel, studierte in Halle Theologie und Philologie und war dann als Oberlehrer an der Schule des Braunschweiger Waisenhauses tätig. Am 14. März 1830 zum Pastor an St. Ulrici gewählt, wurde er 1859 zum General- und Stadtsuperintendent berufen, starb aber schon am 21. November 1862. HESSENMÜLLERS starke historische Neigungen zeigen seine zahlreichen Arbeiten über braunschweigische Kirchengeschichte, besonders die über Bugenhagen und Heinrich Lampe. Auch gab er mehrere theologische Veröffentlichungen heraus. Dazu war er ein eifriger Förderer des Gustav-Adolf-Vereins. (J. BESTE: Album, S. 23).

⁴⁶⁸⁾ Dr. med. DAVID MANSFELD wurde am 2. Mai 1799 zu Braunschweig als Sohn eines Bankiers geboren, erlernte zunächst die Apothekerkunst, studierte dann seit dem 17. Oktober 1817 in Göttingen Medizin und ließ sich am 7. Juni 1820 als praktischer Arzt in Braunschweig nieder. Wissenschaftlich vielseitig interessiert, wirkte er seit 1829 als Dozent am Anatomisch-Chirurgischen Institut und war seit 1848 Mitglied des Obersanitätskollegiums. Bei der Braunschweiger Versammlung deutscher Ärzte und Naturforscher 1842 wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Seit 1840 an dem zur Irrenanstalt ausgebauten Alexiusstift als 2. Arzt, seit 1856 als Chefarzt tätig, betrieb er die Errichtung der Heil- und Pflegeanstalt zu Königslutter, deren Vollendung er nicht mehr erlebte. M. war an der Gründung vieler gemeinnütziger Stiftungen beteiligt, so an der Speiseanstalt für Rekonvaleszenten 1824, am Taubstummeninstitut 1826 und an der Kleinkinderbewahranstalt 1833. MANSFELD starb zu Braunschweig am 10. September 1863. (StABr: H VIII A Nr. 3522).

⁴⁶⁹⁾ FRIEDRICH MARIA KRAHE wurde am 8. März 1804 zu Braunschweig geboren und studierte seit 1821 Bauwissenschaften am Collegium Carolinum. Er war dann mehrere Jahre als Baueleve bei größeren Bauten in der Stadt Braunschweig beschäftigt. Auf den Bauakademien zu Berlin und München vollendete er 1826—1828 seine Ausbildung als Architekt. Nach Braunschweig zurückgekehrt, war er als Gehilfe seines Vaters PETER JOSEPH K., seit 1833 als Gehilfe des Stadtbaumeisters KÖLLSCH tätig. Am 18. März 1836 wurde er zum Baukondukteur, am 24. November 1842 zum Kreisbaumeister ernannt. Am 1. Januar 1873 trat K. mit dem Titel eines Baurats in den Ruhestand. Er starb am 29. August 1888 auf einer Reise von München nach Braunschweig. K. hatte auf zahlreichen Reisen die europäischen Baudenkmäler kennengelernt; er war Mitbegründer und langjährig führendes Mitglied des Kunstklubs. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. K 138).

alle zur Mitarbeit bereit waren. BODE entwarf einen Plan für die Festschrift, der in einer Sitzung dieser Arbeitsgemeinschaft am 1. Dezember 1840 genehmigt wurde ⁴⁷⁰⁾.

Diese Festschrift erschien in einem Umfang von 480 Seiten unter dem Titel: Die Stadt Braunschweig. Ein historisch-topographisches Handbuch für Einheimische und Fremde im Verlage von Friedrich Vieweg & Sohn. Als Herausgeber zeichneten Dr. ASSMANN und Dr. SCHRÖDER; auch hier überließ WILHELM BODE wieder anderen den Vortritt.

Die gemeinsame Arbeit an der Festschrift war wohl der äußere Anlaß, daß sich kurze Zeit darauf die Braunschweiger Geschichtsfreunde auf Anregung WILHELM BODES zu einer lockeren Gemeinschaft zusammenfanden. Einer der Teilnehmer, der damals noch junge HERMANN DÜRRE, später einer der bedeutendsten Braunschweiger Geschichtsschreiber ⁴⁷¹⁾, hinterließ uns eine anschauliche Schilderung über diese Vereinigung ⁴⁷²⁾.

Im Jahre 1842 hatte der Stadtdirektor BODE einige junge Leute, die für geschichtliche Studien aufgeschlossen und zudem bereit waren, sich an der Ordnung des städtischen Archivs und der Bibliothek zu beteiligen, aufgefordert, sich bei ihm zu melden. Außer DÜRRE, der damals gerade von der Universität zurückgekehrt war und im Herbst 1842 sein Probejahr am Gymnasium Martino-Katharineum begann, meldeten sich noch zwei junge Juristen, die Auditoren LUDWIG FRICKE ⁴⁷³⁾ und KARL KOCH ⁴⁷⁴⁾. WILHELM BODE

⁴⁷⁰⁾ StABr: D III I Nr. 12.

⁴⁷¹⁾ Dr. phil. HERMANN CHRISTIAN AUGUST KONRAD DÜRRE wurde am 18. Januar 1819 zu Braunschweig geboren und studierte von 1838 bis 1841 in Göttingen und Leipzig Philologie und Geschichte. Von 1846 bis 1870 wirkte D. als Lehrer der klassischen Philologie und der Geschichte am Braunschweiger Gymnasium, unterrichtete auch längere Zeit am Collegium Carolinum. Am 31. August 1870 wurde er zum Direktor des Holzmindener Gymnasiums ernannt, Ostern 1882 in gleicher Eigenschaft nach Wolfenbüttel versetzt. Am 1. Januar 1889 mit dem Titel eines Schulrats in den Ruhestand versetzt, starb D. am 11. Dezember 1893 zu Braunschweig. (Album d. Gym. zu Wolfenbüttel [1903], S. 6). Unter den sehr zahlreichen historischen Arbeiten Dürres verdient seine „Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter“ als ein hervorragendes Werk von bleibender Bedeutung besonders hervorgehoben zu werden.

⁴⁷²⁾ Braunschweigische Anzeigen 1892 Nr. 13.

⁴⁷³⁾ THEODOR HEINRICH LUDWIG FRICKE, geboren am 7. Februar 1818 als Sohn eines Hofpostsekretärs, war seit dem 5. Februar 1841 als Auditor beim Kreisgericht Braunschweig tätig; seit dem 2. Mai 1844 wurde er als Referendar und Assessor bei den Gerichten zu Schöningen, Helmstedt und Wolfenbüttel beschäftigt. Am 1. April 1857 zum Amtsrichter in Gandersheim ernannt und am 10. Februar 1860 in gleicher Eigenschaft nach Wolfenbüttel versetzt, erlag F. am 12. Dezember 1863 einem Nervenleiden. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. F 57).

⁴⁷⁴⁾ KARL KOCH, geboren zu Braunschweig am 15. Januar 1821, trat nach dem juristischen Studium am 3. Januar 1841 in den braunschweigischen Staatsdienst ein, wirkte zunächst als Auditor und Aktuar in Braunschweig, Vechelde, Gandersheim und Holzminden, wurde am 21. Mai 1858 zum Amtsrichter in Salder ernannt und am 14. Mai 1861 an das Kreisgericht Braunschweig versetzt. Seit dem 14. September 1864 2. Staatsanwalt, wurde K. am 1. Oktober 1879 zum Landgerichtsdirektor und am 17. Juni 1891 zum Oberstaatsanwalt befördert. Am 26. November 1894 trat er in den Ruhestand, starb aber schon am 22. Dezember 1894. (NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 2142).

führte sie in ihre Tätigkeit ein und erteilte die notwendigen Anweisungen, dann begannen die drei mit der Arbeit, bei der HERMANN DÜRRE zunächst den philologischen Bestand der Cammannschen Bibliothek ordnete und verzeichnete. Im Jahre 1843 wurde die Verzeichnung der Archivzugänge in Angriff genommen. An ihr beteiligte sich auch der kirchengeschichtlich sehr interessierte Pastor HESSENMÜLLER. Die Arbeit wurde so verteilt, daß jeder Teilnehmer die Bearbeitung der Urkunden und Akten einer bestimmten Stiftung übernahm. Auf diese Weise wurden vier umfassende Regestenbände fertiggestellt.

Im Kreuzgang der Brüdernkirche fanden aber auch in jenen Jahren unter BODES Leitung regelmäßige Zusammenkünfte einer größeren Zahl von Geschichtsfreunden statt. Zu diesem Kreis gehörten außer den an der Archivarbeit beteiligten Herren die Gymnasiallehrer Dr. ASSMANN und Dr. SCHRÖDER, die Professoren DEDEKIND und EMPERIUS⁴⁷⁵⁾ vom Collegium Carolinum, Auditor SPEHR und WILHELM BODES Sohn, der zwar auch Jurist war, aber die Liebe zur vaterländischen Geschichte mit dem Vater teilte. Durch seine heitere Wesensart stellte er nach den oft mit Leidenschaft ausgefochtenen Erörterungen geschichtlicher Streitfragen stets Frieden und gute Laune wieder her. Der Magistratsschreiber WESTPHAL, BODES treuer Gehilfe im Archiv, versah mit großem Eifer die Sekretariatsgeschäfte der Vereinigung. Stets wiederkehrende Anlässe zu Diskussionen boten beispielsweise die Frage nach der Echtheit des *Chronicon Corbeense*, an der WILHELM BODE mit Zähigkeit festhielt, oder die Erörterungen um die damals unbekannte Lage der Kaiserpfalz Werla, die BODE mit Entschiedenheit auf der Stätte des Dorfes Warle am Elm suchte. Außer den im Arbeitsraum des Archivs abgehaltenen Sitzungen wurden auch gemeinsame Ausflüge zu historischen Stätten in der weiteren Umgebung Braunschweigs unternommen; besonders häufig wurde der Elm aufgesucht, der Lieblingsaufenthalt WILHELM BODES.

Leider fiel nach einigen Jahren die Vereinigung auseinander. Zum Teil waren religiöse Spannungen, hervorgerufen durch die Bestrebungen der „protestantischen Freunde“, daran schuld; zum Teil gingen die Mitglieder anderen Interessen nach. Im unruhigen Jahre 1848, als sich auch in diesem Kreise politische Gegensätze unangenehm bemerkbar machten, löste sich der Verein auf.

In den wöchentlichen Versammlungen dieses Vereins wurden auch einzelne Urkunden des Stadtarchivs in Hinblick auf eine spätere Bearbeitung und Veröffentlichung besprochen. Denn WILHELM BODE plante als Belege zu seiner Geschichte der Stadt Braunschweig die wichtigsten Urkunden in zwei Bänden zu veröffentlichen. Die von BODE revidierten Ab-

⁴⁷⁵⁾ KARL ADOLPH EMPERIUS wurde am 3. Juli 1807 in Braunschweig als Sohn des Hofrats und Professors am Collegium Carolinum JOH. FERD. FRIEDR. E. geboren. Nach dem Besuch des Collegium Carolinum studierte er seit 1825 in Leipzig und Berlin, seit dem 5. Mai 1828 in Göttingen Philologie und Geschichte, ließ sich dann als Privatdozent am Collegium Carolinum nieder und erteilte gleichzeitig am Kadetteninstitut den Unterricht in deutscher und braunschweigischer Geschichte. 1843 zum ordentlichen Professor für klassische Philologie und Geschichte am Carolinum ernannt, starb E. am 17. August 1844. (ADB 6, S. 92 f.; SCHNEIDEWIN, Erinnerungen an Adolph E. Braunschw. Magazin 1844, St. 40/41).

schriften lagen bei seinem Tode fertig vor. Aber erst 1860, am Vorabend der Tausendjahrfeier der Stadt Braunschweig, traten Mitglieder des alten Geschichtsvereins, so der General-superintendent HESSENMÜLLER, Professor Dr. ASSMANN, Dr. DÜRRE, K. WESTPHAL und Kreisrichter WILHELM BODE zusammen, um im Verein mit jüngeren Männern wie LUDWIG HÄNSELMANN ⁴⁷⁶⁾ die Herausgabe eines vollständigen Urkundenbuches der Stadt Braunschweig vorzubereiten. Zwar konnte der erste Band desselben erst 1873 erscheinen. Sein Bearbeiter LUDWIG HÄNSELMANN, der erste hauptamtliche Stadtarchivar, stellte in seiner Einleitung dankbar fest: „So ist von BODE der Gedanke auch zu dem vorliegenden Werke ausgegangen; er verdient der eigentliche Urheber desselben zu heißen“ ⁴⁷⁷⁾.

Wurde hier das Werk Bodes von der nachfolgenden Generation wieder aufgenommen und vollendet, so schlummert ein anderes umfangreiches Werk WILHELM BODES, eine Urkundensammlung zur Landesgeschichte, noch heute unerweckt im Archiv. Durch eine Ministerialverfügung vom 13. August 1838 war eine Kommission eingesetzt worden, um eine authentische und vollständige Sammlung der älteren Landesverordnungen bis zum Jahre 1806 zu veranstalten und für den Druck vorzubereiten. Diese Sammlung sollte sowohl der praktischen Auswertung für die Staatsverwaltung als auch dem Studium der „vaterländischen“ Rechtsgeschichte dienen. In diese Kommission berief das Staatsministerium drei mit der Geschichte des Herzogtums Braunschweig vertraute Gelehrte, den Archivar HETTLING, den Stadtdirektor BODE und den Konsistorialrat RÖMER, während der Staatsminister FREIHERR V. SCHLEINITZ selbst den Vorsitz übernahm und derart die Bedeutung hervorhob, die diesem Unternehmen zugemessen wurde.

Schon zum 23. August 1838 berief v. SCHLEINITZ die Kommissionsmitglieder zur ersten Sitzung zusammen. In ihr wurden den drei Bearbeitern ihre Aufgabengebiete zugewiesen, und zwar übernahm HETTLING die Hausverträge, also alle mit dem Herzogshause zusammenhängenden Gesetze, BODE die Landesgrundgesetze, eine Aufgabe, die eine gründliche Bearbeitung der Geschichte der Landstände bedingte, und RÖMER die Sammlung der Regierungsverordnungen.

WILHELM BODE ging ungesäumt ans Werk. Am 1. September 1838 fragte er bei der Kreisdirektion Blankenburg an, ob dort Akten der Landschaft des Fürstentums Blanken-

⁴⁷⁶⁾ KARL GEORG LUDWIG HÄNSELMANN wurde am 4. März 1834 in Braunschweig als Sohn eines Schriftgießers geboren. Ostern 1853 bezog er die Universität Jena, um Theologie zu studieren, widmete sich aber bald besonders bei J. G. DROYSSEN ganz dem Studium der Geschichte. Da ein Hörleiden den Eintritt in den Schuldienst unmöglich machte, war H. zunächst als Hauslehrer und vorübergehend auch im Archiv zu Schwerin tätig, bis er ausgangs 1859 nach Braunschweig zurückkehrte und 1860 provisorisch die Leitung des Stadtarchivs übernahm. Bei der 1865 erfolgten festen Anstellung als Stadtarchivar wurde H. auch die Leitung der Bibliothek und des Museums der Stadt übertragen. Nach langer segensreicher Tätigkeit starb H. am 22. März 1904 an seinem Schreibtisch im Stadtarchiv. (PAUL ZIMMERMANN im Braunschw. Magazin 1904, S. 37—44, dort auch S. 44—48 ein Verzeichnis der Schriften Hänselmanns).

⁴⁷⁷⁾ Urkundenbuch der Stadt Braunschweig. Erster Band: Statuten und Rechtsbriefe (1873), S. III.

burg vorhanden wären. Denn Herzog ANTON ULRICH hatte 1690 seinem jüngeren Sohn LUDWIG RUDOLF die Grafschaft Blankenburg „als erbliches Apanagium und als eine mit dem Fürsten verknüpfte, aber mit besonderer Regierung und getrennter Landschaft versehene Provinz“ übereignet. Kaiser JOSEF I. hatte überdies 1707 die Grafschaft Blankenburg zum reichsunmittelbaren Fürstentum erhoben. Die Blankenburger Landstände übten bis 1806 eine gegenüber den braunschweigischen Ständen vollständig unabhängige Tätigkeit aus. Leider hatte aber das Blankenburger Landschaftsarchiv das gleiche Schicksal wie das Braunschweiger erlitten: es war in der westfälischen Zeit als Altpapier verkauft worden. Nachdem BODE einen Überblick über die erhaltene Überlieferung erlangt hatte, reichte er am 22. Oktober 1838 dem Minister ein Gliederungsschema seiner Abteilung ein und begann mit der Sammlung und Sichtung des vorhandenen Materials. Daran beteiligte sich, wenn auch unaufgefordert, der Registrator SACK. Am 17. Januar 1839 schickte er an RÖMER einige Urkundenabschriften, und zwar an diesen, weil SACK meinte, sie BODE nicht übersenden zu können, da eine von BODE in seiner Arbeit über das Grundsteuersystem des Landes Braunschweig abgedruckte Urkunde mehrere Fehler enthielt.

Am 14. Oktober 1839 meldete BODE dem Minister v. SCHLEINITZ, daß er eine Übersicht über seinen Stoff gewonnen hätte und nun einen Schreiber benötigte, der in der Lage wäre, Urkunden auch in lateinischer Sprache korrekt abzuschreiben. Für diese Arbeit schlug BODE im Einvernehmen mit HETTLING den Archivschreiber EHLERS vor und bat, wegen der bevorstehenden großen Arbeitsleistung dem EHLERS seinen in Wolfenbüttel wohnenden Bruder als Hilfskraft zuzuteilen. EHLERS bewährte sich durchaus, und in Anerkennung der bis dahin geleisteten Arbeit regte BODE am 29. Juli 1840 die Beförderung des Archivschreibers EHLERS zum Archivregistrator an, die das Ministerium am 3. Oktober 1840 aussprach.

Am 11. November 1840 berichtete EHLERS an BODE über die ihm auftragene Durchsicht des Universitätsarchivs und des Stadtarchivs zu Helmstedt. Im Mai 1841 weilte BODE vier Tage in Helmstedt, um Ehlers Arbeiten zu überprüfen.

Diese mit großem Eifer aufgenommenen Arbeiten gerieten dann ins Stocken. Denn erst am 27. Januar 1851 konnten HETTLING und BODE gemeinsam den Minister v. SCHLEINITZ vom Abschluß ihrer Arbeiten unterrichten, wobei sie den Gedanken an eine Drucklegung ihres mühsamen Werkes schon aufgegeben hatten: „Wir fühlen ganz, wie wenig es an der Zeit ist, Ew. Excellenz mit Angelegenheiten dieser Art zu beschweren, unser Wunsch ist auch nur darüber Anweisung zu erhalten, wo die Sammlungen demnächst niedergelegt und gar zu einer dereinstigen Benutzung aufbewahrt werden sollen. Den Umständen nach möchte es am angemessensten sein, das Herzogl. Landesarchiv zu Wolfenbüttel zur Aufbewahrung zu benutzen.“

Ist auch die gegenwärtige Zeit solchen, wie allen wissenschaftlichen Bestrebungen höchst ungünstig, so wird doch die Zeit einst wiederkehren, in welcher man Geschichtsquellen aufsucht und benutzt, zumal da die Erfahrung lehrt, daß keine, auch noch so durchgreifende Neuerung den Faden ganz entbehrlich macht, an welchem sich die Staatsinstitu-

tionen bis zu ihrem Entstehen verfolgen lassen. Darf diese Ansicht für begründet gehalten werden, so knüpft noch daran die Erwägung, daß wir die höheren Lebensjahre erreicht haben. Sie führt zu dem Wunsche, daß die gewiß sehr mühevollen Arbeiten nicht zerstreut bleiben und bald gesichert werden mögen“ ⁴⁷⁸⁾.

Die im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel aufbewahrten, von WILHELM BODE gesammelten und bearbeiteten Urkundenabschriften füllen neun dicke Foliobände, dazu gehören noch fünf Bände Kollektaneen. Der Titelbogen jeder Urkundenabschrift trägt in Bodes Handschrift die von ihm verfaßten Erläuterungen ⁴⁷⁹⁾.

Schon im Jahre 1840 konnte WILHELM BODE dem Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel ein von ihm bearbeitetes Repertorium der Urkunden des Braunschweiger Stadtarchivs übergeben. Der stattliche Band enthielt 1. ein Verzeichnis der im alten Ratsarchiv vorhandenen Urkunden in chronologischer Ordnung mit kurzen Inhaltsangaben, 2. ein Verzeichnis derselben Urkunden, nach Materien geordnet, und 3. ein Verzeichnis der im Stadtarchiv aufbewahrten Handschriften und der in folio gebundenen Akten. Der Band enthielt die gesamte vor 1671 erwachsene Überlieferung und stellte wohl eine Vorarbeit für die endgültigen Repertorien dar. Bode überwies ihn dem Landeshauptarchiv als Ersatz für die Abschrift des um 1745 unter der Leitung des Hofrats VON ERATH angefertigten Repertoriums des Stadtarchivs, die Bode entliehen hatte und die ihm abhanden gekommen war ⁴⁸⁰⁾.

Das Niedersächsische Staatsarchiv in Wolfenbüttel bewahrt auch eine schöne Abschrift des endgültigen Bodeschen Aktenrepertoriums auf. In einer Vorrede schilderte BODE die Entstehung und die Schicksale des Stadtarchivs und hob dann seine große Bedeutung hervor, die es nicht nur für die Stadtgeschichte, sondern gleichermaßen für die Landes- und Reichsgeschichte besitzt. Dann äußerte sich WILHELM BODE über die bei der Bearbeitung dieses Findbuches beobachteten Grundsätze: „Um nun die Benutzung zu diesen verschiedenen Zwecken zu erleichtern, habe ich nicht bei einem dürftigen Verzeichnisse der Bände und Aktenstücke stehenbleiben zu dürfen geglaubt; ich habe vielmehr für angemessen und förderlich erachten müssen, nicht nur die vorgefunden archivalischen Gegenstände so weit thunlich nach Materien zu trennen, sondern auch über den Inhalt der einzelnen Bände und Aktenstücke die erforderlichen Erläuterungen und Nachweisungen zu geben. Den Abtheilungen und Paragraphen habe ich einleitende und in Verbindung setzende Bemerkungen hinzugefügt, um auch dadurch das Ganze brauchbarer zu machen. Dann aber sind handschriftliche Erläuterungen und weitere Ausführungen, nach Materien geordnet, in abgesonderten Bänden enthalten, auf deren Inhalt bei den betreffenden Paragraphen verwiesen ist und die einen Theil der Archivbibliothek bilden werden . . .

⁴⁷⁸⁾ StABr: H IV Nr. 2.

⁴⁷⁹⁾ NStAW: Hs Abt. V Nr. 1.

⁴⁸⁰⁾ NStAW: Hs Abt. VII D Nr. 9.

Ob der bei der Aufstellung dieses Werkes befolgte Plan für angemessen zu halten und welche Ausstellungen dagegen zu machen sind, muß ich dahin gestellt sein lassen. Tadeln ist leichter als Schaffen“ ⁴⁸¹⁾).

Der Tadel blieb nicht aus. Denn bei aller Anerkennung der Verdienste WILHELM BODES um die pflegliche Behandlung und Ordnung der Bestände des alten Stadtarchivs übte WERNER SPIESS vom Standpunkte des modernen Archivars aus an den Bodeschen Repertorien herbe Kritik ⁴⁸²⁾. Sicherlich hat SPIESS recht, wenn er die „Vorbemerkungen“ und die zahlreichen Verweise BODES in den Repertorien als unzweckmäßig erachtet und ein Repertorium auf ein klar gegliedertes Verzeichnis der von ihm erfaßten Archivalien beschränkt wissen will. Aber es wäre bei gutem Willen bei der Neuordnung des Archivs in den Jahren 1934-1937 doch wohl möglich gewesen, eine Abschrift der noch brauchbaren Teile des Bodeschen Aktenrepertoriums herzustellen. So aber wurde es zerschnitten, um die „Vorbemerkungen“ BODES zu entfernen, und derart ein achtenswertes Zeitdokument zerstört, das Ergebnis einer jahrzehntelangen hingebungsvollen Arbeit. In dieser verstümmelten Form wird das Bodesche Aktenrepertorium des alten Ratsarchivs noch heute benutzt; auch als Urkundenrepertorium der Gemeinen Stadt und der Weichbilde dienen noch immer die Regesten WILHELM BODES ⁴⁸³⁾. Die Urkunden liegen noch immer in den Umschlägen, in die BODE sie zwecks sorgsamer Aufbewahrung verpacken ließ. Diese tragen von der Hand des Wolfenbüttler Archivregistrator EHLERS die Signatur und die von BODE bearbeiteten Regesten.

Bei diesen Ordnungsarbeiten, die WILHELM BODE in den vierziger Jahren im wesentlichen abschließen konnte, hatte er ein reiches Material für seine wissenschaftlichen Pläne zusammengebracht. Diese gipfelten in einer umfassenden Geschichte der Stadt Braunschweig und des südöstlichen Niedersachsens. Weiteres Material hatten ihm seine Arbeiten im Landeshauptarchiv, von denen schon die Rede war, geliefert. Aber diese große Fülle harnte noch immer der Auswertung. Und sicherlich wurde WILHELM BODE von seinen Freunden immer wieder gedrängt, sich dieser Arbeit zu unterziehen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 17. Juni 1847 regte der Abgeordnete Dr. ASSMANN, selbst zünftiger Historiker, an, dem Stadtdirektor den Abschluß seiner wissenschaftlichen Arbeiten durch geeignete Maßnahmen zu erleichtern. ASSMANN betonte, daß die Vermögensrechte der Stadt Braunschweig wie ihre Befugnisse hinsichtlich des Kirchen- und Schulwesens sowie der städtischen Korporationen und Anstalten sich auf die Verhältnisse der Vergangenheit gründeten. Und da der Stadtdirektor BODE „mit unermüdlicher Ausdauer bemüht war und ist, in dem überreichen und zerstreuten Material von Urkunden und Dokumenten vollkommen orientiert zu sein“, sprach ASSMANN den Wunsch aus, diesen Schatz von Wissen zu erhalten und auch für die ferne Zukunft fruchtbar zu machen.

⁴⁸¹⁾ NStAW: Hs Abt. VII D Nr. 10.

⁴⁸²⁾ W. SPIESS: Das Stadtarchiv Braunschweig. Werkstücke Bd. 14 (1951), S. 24 f., 57.

⁴⁸³⁾ R. MODERHACK: Hundert Jahre Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig, 1961, S. 55.

Daraufhin beschloß die Stadtverordnetenversammlung: „Wohllöblicher Stadtmagistrat möge dem Herrn Stadtdirektor BODE die dringende Bitte aussprechen, die von ihm gesammelten Nachrichten, Urkunden und übrigen Documente, welche sich auf das städtische Vermögen, die städtischen Kirchen, Schulen, Stifter, Anstalten und wichtigen Einrichtungen beziehen, dergestalt zusammenstellen zu wollen, daß die für den Schutz und die Förderung der städtischen Interessen und folgeweise für die Selbständigkeit und weitere Entfaltung des Communallebens so notwendigen Materialien den Nachkommen gesichert bleiben und möglichst zugänglich gemacht werden; ferner den Herrn Stadtdirektor BODE ersuchen, sich durch sachdienliche und mit Rücksicht auf die laufende Verwaltung irgend zu vereinbarende Maßregeln die zu obigen Arbeiten erforderliche von Störungen freie Muße zu verschaffen“ ⁴⁸⁴).

Am 30. Juni 1847 dankte BODE den Stadtverordneten und sprach sein Einverständnis mit ihren Vorschlägen aus, wobei er betonte, daß er die Arbeit um so freudiger übernehme, als er mit ihr „zugleich Dank für ein Wohlwollen abtragen kann, das seit einer langen Reihe von Jahren mich innigst erfreute und mir bis an mein Ende das wertheste bleiben wird“. Am 11. Oktober wurde dann im Magistrat eine Arbeitsverteilung vereinbart, die BODE die Morgenstunden für seine wissenschaftliche Arbeit freiließ.

Aber erst nach seinem Austritt aus seinem Amt und der Landesversammlung im April 1848 fand WILHELM BODE wirklich Muße für sein wissenschaftliches Schaffen. Doch die wenigen Jahre des Ruhestandes, die ihm noch vergönnt waren, genügten nicht, seine Pläne zu verwirklichen; es gelang ihm nur, einzelne Abschnitte der in Angriff genommenen Werke druckfertig abzuschließen. Größeren Wert besitzen für uns BODES Darstellungen zur Geschichte seiner Zeit: seine Lebenserinnerungen, die freilich leider mit seiner Versetzung von Bahrdorf nach Vorsfelde 1814 abbrechen, weiter seine Darlegungen zur Geschichte des Herzogtums Braunschweig unter den Herzögen KARL und WILHELM. BODE gab ihnen durch die Beifügung persönlicher Dokumente hohen Quellenwert.

In der am 25. März 1854, wenige Wochen vor seinem Tode, niedergeschriebenen „Verfügung über meinen Nachlaß an Büchern und Manuscripten“ ⁴⁸⁵) gab WILHELM BODE der tiefen Sorge um das Schicksal seines wissenschaftlichen Lebenswerkes beredten Ausdruck. Er hatte die Enttäuschungen nicht verwunden, daß ihm in den unruhigen Revolutionsjahren von 1848 der Plan zerschlagen worden war, in dem von ihm ausersehenen Amtsnachfolger zugleich einen geschichtskundigen Archivpfleger zu finden. Sicherlich war BODE in den sechs Jahren, die seit seinem Ausscheiden aus dem Amt vergangen waren, zu der Überzeugung gekommen, daß der Oberbürgermeister CASPARI ein engeres Verhältnis zum Stadtarchiv nicht gewinnen würde. So befürchtete er dessen langsamen Verfall und nahm entgegen seiner ursprünglichen Absicht Abstand, sein gesamtes wissenschaftliches Erbe dem Stadtarchiv zu übereignen. Für einen späteren Zeitpunkt sah WILHELM BODE die Unter-

⁴⁸⁴) StABr: G IX Gr. 26 Nr. 1.

⁴⁸⁵) StABr: G IX Gr. 26 Nr. 1, abgedruckt in Anhang 3.

bringung seines schriftlichen Nachlasses in der Landesbibliothek in Wolfenbüttel vor, überließ aber seinen Kindern die Entscheidung.

Glücklicherweise gestaltete sich das Schicksal des Braunschweiger Stadtarchivs besser, als BODE es erwartet hatte. Die bevorstehende Tausendjahrfeier der Stadt Braunschweig im Jahre 1861 lenkte den Sinn der Bürgerschaft auf die geschichtliche Entwicklung ihres Gemeinwesens und weckte den Stolz auf eine glänzende Vergangenheit. Dieser Stimmungswechsel kam dem Stadtarchiv zugute. Die Mitarbeiter und Freunde WILHELM BODES schlossen sich zu Beginn des Jahres 1860 zu einem Archivverein zusammen, so ASSMANN, DÜRRE, HESSENMÜLLER, WESTPHAL, WILHELM BODE d. J., dazu traten der Wolfenbüttler Bibliothekar Dr. BETHMANN⁴⁸⁶⁾ und LUDWIG HÄNSELMANN. Die Bestrebungen dieses Kreises fanden Verständnis beim Stadtmagistrat, der am 15. Februar 1860 bei den Stadtverordneten den Antrag stellt, 200 Rtlr. jährlich für Ordnungsarbeiten im Stadtarchiv zu bewilligen. Mit dieser Arbeit und gleichzeitig mit den Vorbereitungen für die Herausgabe eines Urkundenbuches der Stadt Braunschweig wurde LUDWIG HÄNSELMANN diätarisch beauftragt. Am 21. Oktober 1861 übernahm HÄNSELMANN hauptamtlich die Verwaltung des Archivs und des damals gegründeten Städtischen Museums; 1865 wurde er als „Stadtarchivar“ fest angestellt⁴⁸⁷⁾. Damit war der Bestand des Stadtarchivs endgültig gesichert. Schon 1863 aber hatte des Stadtdirektors Witwe CAROLINE FRANZISKA BODE die literarischen Ausarbeitungen und Sammlungen ihres Mannes dem Stadtarchiv als Geschenk übereignet. So kam WILHELM BODES wissenschaftlicher Nachlaß an den Platz, an den er gehörte. Gleichzeitig wurde die etwa 2000 Titel, vorwiegend Brunsvicensien, umfassende Bibliothek WILHELM BODES der Stadtbibliothek eingegliedert.

Im Mai 1904 bat die Senatspräsidentin ZIMMERMANN, WILHELM BODES Tochter, wohl auf Veranlassung ihres Sohnes, des Leiters des Landeshauptarchivs PAUL ZIMMERMANN, den Stadtmagistrat um Herausgabe eines Teiles des Bodeschen Nachlasses. Denn bei der Übergabe im Jahre 1863 war mündlich vereinbart worden, daß „Familienpapiere, an Mitglieder unserer Familie gerichtete Briefe sowie Aufzeichnungen über Herzog KARL II. und den Braunschweiger Aufruhr im Jahre 1830, die etwa noch in den Bänden und Mappen be-

⁴⁸⁶⁾ LUDWIG KONRAD BETHMANN wurde am 23. Juni 1812 zu Helmstedt geboren und studierte nach dem Besuche des Gymnasiums seiner Vaterstadt von Ostern 1830 bis Herbst 1833 in Göttingen Philologie, insbesondere Geschichte. Nach zweijähriger Tätigkeit als Hauslehrer trat B. als Mitarbeiter bei den Monumenten ein; zwecks Durchforschung ausländischer Archive führten ihn Reisen nach Holland, Belgien, Frankreich und 1844 nach Italien, von wo aus er Griechenland und Ägypten besuchte. Von 1846 bis 1850 wertete er in Berlin die Ergebnisse seiner Forschungen für die Monumenta aus, ging dann 1850 nach Italien, wo er besonders in der Vaticana arbeitete, bis ihn der Ruf der braunschweigischen Regierung in die Heimat zurückrief. Vom 1. November 1854 bis zu seinem Tode am 5. Dezember 1867 leitete er die Wolfenbütteler Bibliothek, um deren Ordnung und Vermehrung er mit Erfolg bemüht war. Seit 1863 las B. am Collegium Carolinum über Geschichte der Baukunst. (O. v. HEINEMANN, Bibliothek Wolfenbüttel [1894], S. 232—245).

⁴⁸⁷⁾ R. MODERHACK: Hundert Jahre Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig, 1961, S. 11—17.

findlich waren, zurückgegeben werden sollten . . . Da Dr. HÄNSELMANN jetzt leider kürzlich verstorben ist, sein Nachfolger aber von dem schriftlich niemals fixierten Abkommen vielleicht nicht Bescheid wissen dürfte, so richte ich als das einzig noch lebende Kind des Stadtdirectors W. BODE an den verehrlichen Stadtmagistrat das ergebenste Ersuchen, Herrn Stadtarchivar Dr. MACK bevollmächtigen zu wollen, die in den bezeichneten Sammlungen meines Vaters etwa noch auftauchenden Privatpapiere, Familien- und Privatbriefe und Aufzeichnungen über Herzog KARL und das Jahr 1830 mir oder einem meiner Söhne auszuliefern“. Der damalige Direktor des Stadtarchivs HEINRICH MACK lieferte die entsprechenden Bände der Bodeschen Sammlung an ZIMMERMANN aus⁴⁸⁸⁾, aus dessen Nachlaß sie in die Handschriftensammlung des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel gekommen sind.

Um die Drucklegung des Bodeschen Werkes: „Geschichte der Entwicklung des Staatslebens zwischen Weser und Elbe unter dem Einfluß der zur Selbständigkeit emporgewachsenen Städte, wie die Fortbildung derselben in den welfischen, jetzt das Herzogtum Braunschweig bildenden Landen“, in dem die Stadt Braunschweig im Mittelpunkt der Betrachtung stand, bemühte sich WILHELM BODES Schwager, der Marburger Kirchenhistoriker ERNST LUDWIG THEODOR HENKE. Er, der mit Bode immer in engstem Einvernehmen gestanden hatte, setzte sich mit den führenden deutschen Historikern in Verbindung. In einem an ihn gerichteten Brief vom 21. Juli 1856 trat GEORG HEINRICH PERTZ, der gelehrte Herausgeber der *Monumenta Germaniae historica* und seit 1842 Oberbibliothekar in Berlin, dafür ein, BODES Werk ungekürzt zu veröffentlichen, besonders aber die letzten Teile nicht fortzulassen, die aus BODES eigenem Erleben geprägt waren. PERTZ schlug vor, das Werk in zwei Teilen erscheinen zu lassen, um die Darstellung von der Dokumentation zu trennen und letztere zu einem gesonderten Urkundenbuch zusammenzufassen. Als Verleger schien ihm BODES langjähriger Freund und politischer Mitarbeiter EDUARD VIEWEG zunächst in Frage zu kommen, sonst die Hahnsche Verlagsbuchhandlung in Hannover. GEORG WAITZ in Göttingen bedauerte in einem Briefe vom 6. November 1856, daß die von ihm verwaltete Wedekindsche Stiftung keine Mittel frei machen könne, war aber sicher, daß von anderer Seite die notwendigen Mittel aufgebracht würden⁴⁸⁹⁾. Aber das unvollendete Manuskript verhinderte schließlich doch die Veröffentlichung des ganzen Werkes. Nur ein Teilabschnitt erschien 1862 im zweiten Band der *Forschungen zur deutschen Geschichte* als „Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters mit Rücksicht auf die Territorien zwischen Weser und Elbe“.

Doch mit seinen eigenen Arbeiten war WILHELM BODES Beitrag zur braunschweigischen Geschichtsforschung nicht erschöpft. Denn noch Jahrzehnte hindurch wirkten die von ihm gegebenen Anregungen und sein Beispiel nach. So wurzeln die beiden zur Jahrtausendfeier 1861 erschienenen bedeutsamen Geschichtswerke, das Urkundenbuch der Stadt und be-

⁴⁸⁸⁾ StABr: D IV 375, 4; R. MODERHACK, a. a. O., S. 78 Anm. 26.

⁴⁸⁹⁾ StABr: G IX Gr. 26 Nr. 9.

sonders die von HERMANN DÜRRE bearbeitete „Geschichte der Stadt Braunschweig im Mittelalter“ in der Ideenwelt WILHELM BODES, sind Zeugnisse seines Geistes und seines Wirkens, die über ein Jahrhundert hinweg bis heute ihren vollen Wert behielten.

Auch in WILHELM BODES Familie vererbte sich die Liebe zur Geschichtswissenschaft. Sein Enkel PAUL ZIMMERMANN widmete sein ganzes Leben und Schaffen der braunschweigischen Geschichte. In Vorsfelde am 26. Februar 1854 geboren, besuchte er die Gymnasien zu Braunschweig und Wolfenbüttel und studierte in Leipzig, München und Heidelberg deutsche Philologie und Geschichte. Dann trat er im Juni 1876 als Hilfsarbeiter beim Landeshauptarchiv in Wolfenbüttel ein, dessen Leitung er im Mai 1890 übernahm. Am 31. Dezember 1923 trat er als Geheimer Archivrat in den Ruhestand. Mehr als 47 Jahre hindurch war er mit großem Erfolg nicht nur um die Pflege und besonders um die Vermehrung des ihm anvertrauten Archivgutes bemüht, sondern auch um seine wissenschaftliche Auswertung, deren Ergebnisse er in einer sehr großen Zahl von Veröffentlichungen niederlegte. Auch um die Weckung geschichtlichen Sinnes in breiteren Kreisen erwarb sich PAUL ZIMMERMANN als Mitbegründer des Braunschweigischen Geschichtsvereins, den er von 1901 bis 1924 leitete, sowie durch die Herausgabe des von ihm begründeten Braunschweigischen Magazins und der Braunschweigischen Jahrbücher bleibende Verdienste. PAUL ZIMMERMANN starb zu Kunrau in der Altmark am 13. Februar 1933 ⁴⁹⁰⁾

War ZIMMERMANNs Wirken im wesentlichen auf das Heimatland beschränkt, so brachte es sein Vetter WILHELM VON BODE zu europäischer Bedeutung und Anerkennung. Am 10. Dezember 1845 in Calvörde geboren, studierte er zunächst Rechtswissenschaften und nahm auch in Braunschweig den Vorbereitungsdienst auf, wandte sich dann aber 1867 dem Studium der Kunstgeschichte zu. Seine Laufbahn begann er 1872 als Assistent an der Gemäldegalerie der Berliner Museen, die er seit 1905 als Generaldirektor leitete. WILHELM VON BODE war ein hervorragender Gelehrter, der die Ergebnisse seiner oft bahnbrechenden kunstgeschichtlichen Forschungen in mehr als 500 wissenschaftlichen Veröffentlichungen niederlegte, ein genialer Kunstkennner, der den Berliner Museen kostbare Schätze zuführte, und schließlich ein glänzender Organisator, dem die Errichtung des Kaiser Friedrich-Museums, des Pergamonmuseums und des großen Museumsbaus in Dahlem zu danken ist. Als WILHELM VON BODE hochbetagt am 1. März 1929 in Berlin verschied, war sein Ruf fest begründet: „Kein anderer Museumsmann in Europa oder Amerika ist mit seiner umfassenden Leistung auch nur entfernt zu vergleichen“ ⁴⁹¹⁾. Und noch ein drittes Familienmitglied ist hier zu nennen: WILHELM BODES Großneffe und Patenkind GEORG BODE, der als Enkel seines Stiefbruders LEOPOLD und als Sohn des Pastors WILHELM BODE am 12. Oktober 1838 zu Eschershausen geboren wurde. Seit dem Herbst 1857 hatte er zwei Semester in Heidelberg, darauf in Göttingen Rechtswissenschaften studiert und war 1866 in den braunschweigischen Justizdienst eingetreten. In seinem ersten Dienstsitz Blanken-

⁴⁹⁰⁾ H. VOGES: Paul Zimmermann. In: Niedersächsische Lebensbilder Bd. 1 (1939), S. 439–454.

⁴⁹¹⁾ LUDWIG JUSTI in der Neuen Deutschen Biographie Bd. 2 (1956), S. 347.

burg begann er, sich mit der mittelalterlichen Geschichte des Harzes, insonderheit mit der Geschichte der Grafschaften zu beschäftigen. Seine Studien führten ihn mit EDUARD JACOBS zusammen, der damals gerade sein Amt als Fürstlicher Bibliothekar in Wernigerode angetreten hatte. Die beiden jungen Historiker riefen den Harzverein für Geschichte und Altertumskunde ins Leben. Die Gründung wurde am 15. April 1868 vollzogen; an der glänzenden Entwicklung dieser Gesellschaft hatte GEORG BODE, der auch jahrelang das Amt des ersten Vorsitzenden bekleidete, großen Anteil. Bodes bedeutendste Leistung als Historiker ist die Bearbeitung des fünfbandigen Urkundenbuches der Stadt Goslar. Nach mehrfachen Versetzungen kam Bode 1891 nach Braunschweig, wo er am 1. Dezember 1909 als Landgerichtsdirektor in den Ruhestand trat und bald darauf am 15. Februar 1910 verschied ⁴⁹²⁾.

Die starke Ausstrahlung der Persönlichkeit WILHELM BODES erfaßte auch seine engeren Mitarbeiter im Magistrat der Stadt Braunschweig, deren Söhne sich fast ausnahmslos der Geschichtswissenschaft verschrieben hatten, selbst wenn sie einem anderen Berufe angehörten. So ist der ältere Sohn des Stadtrates LANGERFELDT, GUSTAV LANGERFELDT (1802—1883), der von 1849 bis 1861 braunschweigischer Minister des Inneren und des Kultus war, mit einem umfassenden Werk über Kaiser OTTO IV. als Geschichtsschreiber hervorgetreten ⁴⁹³⁾; der jüngere Sohn HERMANN LANGERFELDT (1814—1890) hatte die Forstlaufbahn eingeschlagen und lange Jahre hindurch als Oberförster in Riddagshausen und gleichzeitig als Dozent am Collegium Carolinum gewirkt ⁴⁹⁴⁾. Ihm verdanken wir zahlreiche wertvolle Arbeiten zur Forstgeschichte des Landes Braunschweig und zur Geschichte des Klosters Riddagshausen.

Auch die beiden Brüder ERNST und HEINRICH MEIER, die Söhne des Stadtrates ERNST MEIER, begegneten sich in der Liebe zur Geschichtswissenschaft. ERNST VON MEIER (1832—1911) hatte sich nach dem Studium der Rechtswissenschaften 1845 in Göttingen habilitiert und wurde 1868 als Professor nach Halle berufen. 1886 wurde er zum Kurator der Universität Marburg ernannt und 1888 in gleicher Eigenschaft nach Göttingen versetzt. Seit 1894 lebte er im Ruhestande in Berlin. Sein bevorzugtes Arbeitsgebiet war die Geschichte des Staats- und Verwaltungsrechts. Die Ergebnisse seiner Forschungen legte er in umfangreichen Werken nieder, so in dem Buche „Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg“, in einer zweibändigen Darstellung der hannoverschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte von 1680 bis 1866 und in dem Werke über die „Französischen Einflüsse auf Preußens Staats- und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert“ ⁴⁹⁵⁾. Der jüngere Sohn HEINRICH MEIER (1842—1922) wählte den Offiziersberuf, in dem er

⁴⁹²⁾ P. ZIMMERMANN: Zum Andenken Georg Bodes. In: Braunschw. Magazin 1911, S. 65—74. Dort auch ein Verzeichnis seiner Schriften.

⁴⁹³⁾ ADB 17 (1883), S. 680 f.

⁴⁹⁴⁾ Nachruf von Ed. Jacobs in: Zeitschr. d. Harzvereins für Geschichte Bd. 23, 1890, Vereinsbericht, S. 6 f.

⁴⁹⁵⁾ H. MACK: Geschichtswissenschaftliche Streitfragen. In: Braunschw. Jahrbuch Bd. 19 (1932), S. 48 ff.

bis zum Kommandeur des 6. Fußartillerie-Regiments in Neiße aufstieg. Doch als er als Oberst a. D. nach Braunschweig zurückkehrte, nahm er noch dreißig Jahre hindurch an allen geschichtlichen Bestrebungen tätigen Anteil. In den Archiven in Wolfenbüttel und Braunschweig unterzog er sich mühevollen Ordnungsarbeiten; die dabei gewonnenen Erkenntnisse wertete er in zahlreichen Aufsätzen über die Topographie und über die Genealogie seiner Vaterstadt aus ⁴⁹⁶). Des Stadtrats GEORG MACK Sohn ROBERT (1833—1903) wirkte seit 1859 am Martino-Katharineum, seit 1888 am Neuen Gymnasium als Lehrer der klassischen Sprachen und der Geschichte, der Enkel HEINRICH MACK (1867—1945) übernahm als Stadtarchivar 1904 WILHELM BODES Erbe.

⁴⁹⁶) Braunschw. Landeszeitung 1923 Nr. 161.

PRÄSIDENT DES OBERSANITÄTSKOLLEGIUMS UND DIREKTOR DES ANATOMISCH-CHIRURGISCHEN INSTITUTS

Um die Schilderung des weitgespannten Tätigkeitsbereichs WILHELM BODES abzurunden, muß unser Blick noch kurz auf seine Dienstleistungen für die Medizinalbehörden des Herzogtums Braunschweig gelenkt werden. Als BODE 1848 aus seiner Tätigkeit als Stadtdirektor und Landtagsabgeordneter ausschied, behielt er seine Ämter als Präsident des Obersanitätskollegiums und als Direktor des Anatomisch-Chirurgischen Instituts bei und verwaltete sie sorgsam bis zur letzten Lebensstunde.

Diese beiden Institutionen, das Obersanitätskollegium als leitende Medizinalbehörde des Landes und das Anatomisch-Chirurgische Institut als Ausbildungsstätte der Chirurgen und Wundärzte, gehören zu jenen zahlreichen um die Mitte des 18. Jahrhunderts durchgeführten Gründungen, durch welche Herzog KARL I. und seine Berater im Geiste der Aufklärung eine bessere Gestaltung des kulturellen und sozialen Lebens erstrebten. Um den Stand der Ärzte und Wundärzte zu heben, um die verderblichen Quacksalber und Wunderdoktoren zu unterdrücken, wurde damals die Obergewalt über die gesamte Gesundheitspflege dem am 23. März 1747 errichteten Medizinalkollegium übertragen, das seinen Sitz in der Stadt Braunschweig nahm. Diese neue Behörde unterstand einem Präsidenten, der aus dem Kreise der höheren Verwaltungsbeamten gewählt wurde. Er führte den Vorsitz in einem Gremium von Ärzten, das aus dem Dekan und mehreren stimmführenden Mitgliedern, damals als Assessoren bezeichnet, bestand. Doch übten alle Mitglieder des Medizinalkollegiums ihr Amt nicht hauptberuflich, sondern neben ihrer staatlichen oder privaten Tätigkeit aus. Wenn sich für eine freiwerdende Stelle immer zahlreiche Bewerber fanden, so nicht wegen der verhältnismäßig geringen Besoldung, sondern wegen des Ansehens, das die Mitgliedschaft in dieser Behörde einem Arzt in der Öffentlichkeit verlieh.

Dem Medizinalkollegium, das seit dem 25. Januar 1773 den Namen Obersanitätskollegium führte, lag die Prüfung und Zulassung aller Ärzte und Apotheker, aber auch der Wundärzte, Chirurgen, Bader und Hebammen des Landes ob. Weiter wurde ihm die Bekämpfung der Kurpfuscherei zur Pflicht gemacht, desgleichen eine regelmäßige und strenge Revision der Apotheken des Herzogtums, um die vielfach noch vorhandenen Mißstände abzustellen.

Die Erfüllung dieser Aufgaben setzte eine bessere und gründlichere Ausbildung der Chirurgen und Wundärzte sowie der Hebammen voraus, die sich bisher in handwerklicher Lehre auf ihren Beruf vorbereitet hatten. Deshalb regte der Dekan des Medizinal-

kollegiums, der Leibarzt Hofrat Dr. HEINRICH JOHANN MAIBOM, die Gründung einer medizinischen Fachschule an, die dann am 19. November 1750 durch eine Verfügung des Herzogs als Anatomisch-Chirurgisches Institut errichtet wurde. Ihre Leitung wurde dem Hofrat MAIBOM übertragen. Als Lehrer wählte man unter den in der Stadt Braunschweig ansässigen Ärzten geeignete Persönlichkeiten aus, die ihre Tätigkeit am Institut im Nebenamt ausübten. Es waren durchweg tüchtige Männer; einige von ihnen wie GEORG FRIEDRICH HILDEBRANDT und KARL GUSTAV HIMLY verdankten ihre späteren Berufungen zum Universitätslehrer ihrer Tätigkeit an der Braunschweiger Anstalt, die im ganzen eine segensreiche Tätigkeit entfaltete ⁴⁹⁷).

Wie bei den Braunschweiger Gymnasien und dem Collegium Carolinum entstand auch beim Anatomisch-Chirurgischen Institut in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts das Bedürfnis, die Anstalt den veränderten Verhältnissen anzupassen. Ausgangs des Jahres 1827 forderte das Obersanitätskollegium die an der Anstalt tätigen Professoren auf, ihre Meinung über eine bessere, straffere Organisation des Instituts zu äußern.

In dem von dem Medizinalrat Professor SCHELLER erstatteten Gutachten wurde gerügt, daß die bisherige kollegiale Leitung der Anstalt unzureichend wäre. Da jeder der Lehrer sich nur für das von ihm vertretene Fach interessierte, fehlte es an der nötigen Einigkeit unter den Lehrern und am kollegialen Zusammenwirken gerade in den Aufgaben der allgemeinen Anstaltsleitung. SCHELLER schlug deshalb die Einsetzung eines Direktors vor, der nicht der Anstalt als Lehrer angehören sollte. In regelmäßig abzuhaltenden Konferenzen müßten Direktor und Kollegium einen neuen, verbesserten Studienplan erarbeiten, auch eine Erweiterung des Unterrichts durch Aufnahme beispielsweise der Botanik oder anderer Hilfswissenschaften zu erreichen suchen. Um bessere Leistungen erzielen zu können, schlug SCHELLER schließlich auch den Erlaß schärferer Aufnahmebedingungen vor. In ähnlicher Weise äußerten sich die Professoren CRAMER und GROTRIAN ⁴⁹⁸).

Am 20. Februar 1828 beantragte das Obersanitätskollegium beim Staatsministerium die Bestellung eines Direktors am Anatomisch-Chirurgischen Institut, dessen Aufgaben bestehen würden

1. in der allgemeinen Aufsicht über die Anstalt, die Lehrer und die Schüler,
2. in der Vertretung des Institutes bei den vorgesetzten Behörden,
3. in der Mitwirkung bei der Aufnahme und der Entlassung der Zöglinge und
4. in der Aufsicht über die Gebäude und den Garten, über die Sammlungen und die Kasse.

⁴⁹⁷) Die neuere Arbeit von R. DÖHNEL: Das Anatomisch-Chirurgische Institut in Braunschweig 1750—1869 (Werkstücke Bd. 19, 1951) vermittelt leider ein sehr lückenhaftes Bild der Entwicklung der Anstalt von 1828 bis 1854, da der Verfasser — bei einer staatlichen Institution unverständlicherweise — die Aktenbestände des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel nicht benutzte. Deshalb fehlt wohl auch jeder Hinweis auf die Tätigkeit Wilhelm Bodes.

⁴⁹⁸) NStAW: L. Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 3.

Nach der Vorstellung des Obersanitätskollegiums sollte das einzurichtende Direktorat ein unbesoldetes Ehrenamt sein. Es war dabei nicht erforderlich, daß sein Inhaber über medizinische Fachkenntnisse verfügte, auch eine allgemeine wissenschaftliche Bildung würde ihn für dieses Amt geeignet erscheinen lassen; die Hauptsache sei, daß er sich das Vertrauen der an der Anstalt beschäftigten Lehrer erwerben könne.

Mit eingehender Begründung schlug das Obersanitätskollegium den Magistratsdirektor Dr. BODE als besonders geeignet für dieses Amt vor ⁴⁹⁹).

Das Staatsministerium entsprach den Wünschen der Sanitätsbehörde in vollem Umfange: schon am 29. Februar 1828 wurde WILHELM BODE unter lobender Hervorhebung seiner „bekannten Verwaltungsfähigkeiten“ zum Direktor des Anatomisch-Chirurgischen Instituts ernannt ⁵⁰⁰).

Zehn Jahre später erinnerte sich BODE seines Dienstantritts als Institutsdirektor: „Ich fand bei meinem Antritt ein verfallenes, weder zu Vorlesungen noch zur Aufbewahrung der Sammlungen hinlänglich geräumiges Gebäude, den Garten in völlig unbrauchbarem Zustand.“ Mit vieler Mühe, da die landesherrliche Unterstützung wiederholt verweigert wurde, konnte BODE die Unterrichtsräume wiederherstellen und zweckmäßig erweitern lassen. Doch die innere Reform bereitete ihm noch größere Schwierigkeiten. Zwar konnte er die Lehrfächer Botanik und Enzyklopädie neu einführen, aber die Mängel im Unterricht in der Anatomie, den Professor GROTRIAN sehr schlecht gab, waren nicht zu beseitigen. Denn GROTRIAN setzte jedem Änderungsvorschlag erbitterten Widerstand entgegen. Gewisse Hinweise BODES faßte er als Beleidigung auf, über die er sich beim Ministerium beschwerte, von diesem aber recht schroff zurückgewiesen wurde ⁵⁰¹).

Der Anatom CARL LUDWIG FERDINAND GROTRIAN stammte aus Seesen, wo er am 18. März 1789 als Sohn eines Geistlichen geboren wurde. Er studierte seit dem 25. Oktober 1808 in Göttingen zunächst Philologie, dann Medizin und wurde am 9. Juli 1812 zur Praxis in der Stadt Braunschweig zugelassen. 1813 trat GROTRIAN in den braunschweigischen Truppendienst als Brigadearzt ein. 1820 schied er aus dem Militärdienst, um die Professur für Anatomie zu übernehmen, die er bis zu seiner Pensionierung am 1. Mai 1844 innehatte. Doch starb er bald darauf am 22. Juni 1844 ⁵⁰²).

Zu den übrigen Professoren fand BODE schnell ein gutes Verhältnis. Der Lehrer der Physiologie war der Medizinalrat Dr. JOHANN HEINRICH LUDWIG SCHELLER. In Braunschweig als Sohn eines Tischlermeisters am 27. Januar 1777 geboren, besuchte er seit 1793 das Collegium Carolinum und ging 1796 nach Göttingen zum Studium der Medizin. 1799 ließ er sich in seiner Vaterstadt als praktischer Arzt nieder, und bereits 1806 wurde er als Professor an das Anatomisch-Chirurgische Institut berufen. Auch gehörte er als Assessor dem Obersanitätskollegium bis zu seinem Tode am 25. Februar 1844 an. Die Pathologie

⁴⁹⁹) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 23.

⁵⁰⁰) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6486.

⁵⁰¹) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 26.

⁵⁰²) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. G 121.

vertrat Professor Dr. HEINRICH HEUSINGER. Er stammte aus Wolfenbüttel, wo er am 10. September 1786 als Sohn des späteren Direktors des Braunschweiger Katharineums, Wilhelm Bodes Lehrer, geboren wurde. Seit 1805 besuchte er das Collegium Carolinum und studierte in Göttingen; sein Studium beschloß er am 24. Oktober 1809 mit der Promotion bei Professor CRELL in Helmstedt. Am 25. Juli 1810 ließ er sich als praktischer Arzt in Braunschweig nieder. Am 6. September 1814 trat er als Professor der Chirurgie in das Institut ein, doch übernahm er 1817 die Pathologie. Seit dem 1. Februar 1833 gehörte er dem Obersanitätskollegium an. Heusinger war ein sehr beliebter und angesehener Arzt; er starb als Geheimer Medizinalrat am 17. Dezember 1863 ⁵⁰³).

Im Gegensatz zu seinen Kollegen war der Lehrer der Chirurgie und Geburtshilfe Professor AUGUST HEINRICH CRAMER aus dem Stande der Wundärzte hervorgegangen. Am 31. Juli 1766 zu Wolfenbüttel geboren, hatte er nach der Lehre seine weitere Ausbildung am Anatomisch-Chirurgischen Institut empfangen und war 1794 von Professor HILDEBRANDT zur Einstellung als „Pensionär“, wie die am Institut beschäftigten Hilfskräfte bezeichnet wurden, empfohlen worden. Am 12. November 1806 zum Prosektor ernannt, erhielt er, nachdem er 1812 in Halle zum Doktor der Chirurgie promoviert hatte, 1817 die Professur. Neben seiner Tätigkeit am Institut und in seiner Praxis war er als Direktor des Militärhospitals und als Beisitzer des Obersanitätskollegiums tätig. Im Jahre 1842 altershalber aus seinen Staatsämtern ausgeschieden, starb Medizinalrat CRAMER zu Braunschweig fast vierundachtzigjährig am 26. Februar 1850. Die von ihm zusammengebrachte wertvolle Sammlung pathologischer Präparate verblieb dem Institut ⁵⁰⁴).

Als Prosektor, dem auch die Leitung des im Winterhalbjahr durchzuführenden anatomischen Kurs oblag, war 1817 JOHANN FRIEDRICH HEINRICH OSTHOFF CRAMERS Nachfolger geworden. Am 29. März 1791 geboren, besuchte er das Anatomisch-Chirurgische Institut und trat 1814 als Chirurgus in das Braunschweigische Truppenkorps ein. Am 15. April 1815 zum Batteriearzt mit Leutnantsrang ernannt, nahm er an den Kämpfen bei Quatrebras und Waterloo teil. Von 1817 bis in sein hohes Alter wirkte OSTHOFF am Institut. Daneben betreute er eine blühende Praxis und war als Gerichtsarzt für die Stadt Braunschweig und für das Amt Riddagshausen, später auch als Hoftheaterarzt tätig. Er starb am 18. Oktober 1871 ⁵⁰⁵).

Im Institut leitete OSTHOFF die Sezierungsbungen und hielt regelmäßig Vorträge über Knochenkrankheiten, Verrenkungen, Beinbrüche und Verbandslehre. Nach BODES Urteil besaß OSTHOFF „das Vertrauen und die Zuneigung der jungen Leute und gehörte zu den gebildeten Wundärzten hiesiger Stadt“.

Nach seiner Ernennung ging WILHELM BODE ungesäumt an die Arbeit. Schon am 2. April 1828 legte er dem Obersanitätskollegium eine von ihm entworfene Geschäftsord-

⁵⁰³) StABr: H III 3 Nr. 9 Vol. I S.

⁵⁰⁴) Braunschweigisches Magazin 1868, S. 506.

⁵⁰⁵) Braunschw. Tageblatt Nr. 289 vom 23. Oktober 1871.

nung, die alle grundsätzlichen Entscheidungen der Lehrerkonferenz übertrug, sowie ein Disziplinalgesetz für die Zöglinge der Anstalt vor. Die beiden Ordnungen, die vom Lehrerkörper beraten und einstimmig gebilligt worden waren, fanden die Genehmigung der vorgesetzten Behörde. Mit aller Tatkraft betrieb BODE auch die Instandsetzung und Erweiterung des Institutsgebäudes sowie die Anlage eines botanischen Gartens. Da die karlistischen Minister nicht gewillt, wahrscheinlich aber nicht in der Lage waren, die erforderlichen Mittel bereitzustellen, schlug Bode vor, wenigstens einen Teil der Kosten durch eine Erhöhung der Immatrikulationsgebühr zu decken. Das Ministerium erklärte sich am 6. April 1829 einverstanden, diese Gebühr, die bisher 3 Rtl. 14 gr. betrug, auf 5 Rtl. 16 gr. festzusetzen. Nach dem Umsturz von 1830 erhielt BODE für den weiteren Ausbau des Institutes mehrfach namhafte Zuwendungen aus der Klosterreinertragskasse.

Besonders lag WILHELM BODE aber der innere Ausbau des Anatomisch-Chirurgischen Institutes am Herzen. Er bemühte sich zunächst um die Gewinnung tüchtiger Dozenten für die bisher vernachlässigten Nebenfächer. Als Lehrer für Physik und Chemie wirkte Professor Dr. KARL MICHAEL MARX bereits seit 1824 am Institut. In Karlsruhe am 2. Januar 1794 geboren, hatte er seit 1811 in Heidelberg Philologie studiert, folgte 1815 einem Rufe Pestalozzis nach Iferten, wirkte von 1817 bis 1819 als Lehrer in Karlsruhe und dann in Nürnberg. Seit dem Frühjahr 1823 beschäftigte er sich in Göttingen mit naturwissenschaftlichen Forschungen, bis er im April 1824 als Professor für Physik und Chemie an das Collegium Carolinum berufen wurde ⁵⁰⁶).

Als Dozent für Botanik trat Dr. med. HEINRICH LACHMANN in das Institut ein. Am 3. August 1797 als Sohn des Pastors an St. Andreas zu Braunschweig geboren, hatte LACHMANN nach dem Besuche des Collegium Carolinum in Göttingen und Berlin Medizin studiert und sich 1819 als praktischer Arzt in seiner Vaterstadt niedergelassen, wo er nach langer und verdienstvoller Tätigkeit als Sanitätsrat am 6. November 1872 starb. Wie alle Glieder der Familie Lachmann wissenschaftlich stark interessiert, erwarb er ausgedehnte Kenntnisse in den beschreibenden Naturwissenschaften, die er auch von 1827 bis 1835 am Collegium Carolinum vertrat ⁵⁰⁷). Sein Bruder WILHELM LACHMANN, den wir schon als Begründer des Blindeninstitutes kennenlernten, übernahm am Anatomisch-Chirurgischen Institut den Vortrag über die Experimentalphysiologie. Weiter lasen Dr. med. MANSFELD über Enzyklopädie der Medizin und der Stadtphysikus Dr. FRANKE über gerichtliche Medizin.

Da die Beschaffung von Leichen für Unterrichtszwecke immer große Schwierigkeiten bereitete, kam der anatomischen Sammlung von Präparaten und Modellen besonderer Wert zu. Für die Pflege und Vergrößerung der Sammlung wurde am 23. Juni 1829 C. F. H. HEINEMANN (* 22. Januar 1802, † 18. Juni 1846) als Wachsmodellleur an der

⁵⁰⁶) K. M. MARX: Die Physikalische Sammlung des Collegii Carolini (1831). Darin seine Selbstbiographie: S. 8—28.

⁵⁰⁷) StABr: H III 3 Nr. 9 Vol. I, S. 149.

Lehranstalt angestellt und am 7. März 1833 zum Inspektor ernannt⁵⁰⁸⁾, weil man ihn in Braunschweig seiner ausgezeichneten Leistungen halber halten wollte. Doch hatte er seine Gleichstellung mit einem Museumsinspektor vollauf verdient, denn er war nach BODES Urteil „ein in seinem Fach noch nie erreichter Künstler“⁵⁰⁹⁾.

Im Herbst 1830 begann der Tierarzt Dr. CARL QUIDDE⁵¹⁰⁾ mit seinem Unterricht über Tierheilkunde. Quidde, der in Braunschweig 1799 geboren wurde, besuchte bis 1819 das Katharineum, erlernte bis 1819 den Apothekerberuf und war dann in mehreren Städten als Provisor tätig. Doch wechselte er den Beruf und studierte von 1824 bis 1827 in Berlin Veterinärmedizin und ließ sich dann in seiner Vaterstadt als praktischer Tierarzt nieder. Diese Tätigkeit übte er bis zu seinem Tode am 7. März 1875 aus. Nach einem Bericht des Dekans Dr. HEUSINGER war QUIDDE ein „ebenso fähiger Mann in seinem Fache als ein eifriger Lehrer“; bei einer von HEUSINGER abgehaltenen Prüfung schnitten seine 19 Hörer gut ab.

Nach der Errichtung der Landwirtschaftlichen Abteilung des Collegium Carolinum im Oktober 1836 setzte QUIDDE seine Vorlesungen und Übungen hier mit gutem Erfolge fort bis zur Aufhebung der Abteilung im Herbst 1872. Quidde, der seit dem 12. Dezember 1854 auch dem Obersanitätskollegium als Assessor für die veterinärmedizinischen Angelegenheiten angehörte, starb zu Braunschweig am 7. März 1875⁵¹¹⁾.

Verhältnismäßig spät erschien die Zahnheilkunde im Lehrplan des Anatomisch-Chirurgischen Instituts. Mit ihrer Vertretung wurde der Braunschweiger Leibzahnarzt Dr. FRANZ ANTON HARTIG, der wie BODE in seinem Berufungsantrag feststellte, „anerkanntermaßen in diesem Fache ausgezeichnete Kenntnisse besitzt“, am 12. Dezember 1840 beauftragt und am 28. Februar 1842 zum außerordentlichen Professor ernannt. Hartig (* 2. September 1797, † 4. Februar 1875) hatte als blutjunger Freiwilliger im preußischen Heer an den Befreiungskriegen teilgenommen, begann dann die Uhrmacherlehre und widmete sich schließlich der Zahnheilkunde. Als Zahnarzt erwarb er sich großen Ruf, wurde er doch mehrmals nach Berlin und Wien gerufen, um dem preußischen Könige und dem Kaiser Franz Josef von Österreich zahnärztlichen Beistand zu leisten⁵¹²⁾.

Der von WILHELM BODE betriebene Ausbau des Anatomisch-Chirurgischen Instituts hatte eine erfreuliche Belebung des Besuches der Anstalt zur Folge. Die Zahl der Studierenden betrug nunmehr 80 bis 100, von denen der größte Teil aus dem „Ausland“ nach Braunschweig kam.

Infolge dieser verhältnismäßig großen Hörerzahl wurde zur Entlastung des Prosektors OSTHOFF die Anstellung einer zweiten Lehrkraft erforderlich. Dafür schlug BODE den

⁵⁰⁸⁾ K. W. F. UHDE: Braunschweigesches Magazin 1868, S. 507.

⁵⁰⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 978.

⁵¹⁰⁾ A. UHDE: Die technische Abteilung des Collegii Carolini (1836), S. 897.

⁵¹¹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. Q 4.

⁵¹²⁾ Braunschw. Anzeigen Nr. 31 vom 6. Februar 1875.

bisherigen Pensionär GEORG FERDINAND FÄSEBECK ⁵¹³⁾ vor, den er als „einen ausgezeichnet fleißigen und in seinen Dienstvorrichtungen besonders accuraten jungen Mann“ bezeichnete, der „seine Studien mit ungewöhnlichem Eifer verfolgt, und bei einem großen Fleiße und einer seltenen Beharrlichkeit zu einem gründlichen Anatomen sich ausbildet“, der sich auch besondere Verdienste um die Pflege der Institutssammlungen erworben hatte ⁵¹⁴⁾.

Am 5. Oktober 1836 wurde FÄSEBECK als Vizeprosektor mit einem Jahresgehalt von 200 Rtl. angestellt, erhielt jedoch schon im nächsten Jahre eine Zulage von 50 Rtl., weil er einen für ihn vorteilhaften Ruf an die russische Universität Kasan an der Wolga ausgeschlagen hatte. FÄSEBECK, der ein geschickter Chirurg war, erstrebte die Zulassung zu einer privaten Praxis, die er neben seiner Institutstätigkeit ausüben wollte. Doch lehnte das Staatsministerium 1840 auf BODES Vorschlag ein solches Gesuch ab, um FÄSEBECK ungeschmälert dem Institut zu erhalten, und entschädigte ihn mit einer Gehaltszulage von 100 Rtl. Doch wurde ihm 1842 die Ausübung der Praxis gestattet.

FÄSEBECK wurde 1851 zum Prosektor ernannt; nach der Auflösung des Instituts 1869 war er als Gerichtsarzt tätig. Als er am 6. Mai 1879 auf eine fünfzigjährige Berufsausübung zurückblicken konnte, erhielt er den Titel „Herzoglicher Hof-Chirurg“. Eine schöne Anerkennung seiner Verdienste aber bedeutete die Verleihung der Würde eines Dr. med. h. c. durch die medizinische Fakultät der Universität Göttingen am 15. Juli 1893.

Bei aller Tüchtigkeit konnte der junge Chirurg FÄSEBECK natürlich nicht den Professor GROTRIAN ersetzen, der zu BODES Kummer immer mehr versagte und zu einer schweren Belastung wurde. Um diese zu mildern, regte WILHELM BODE am 15. November 1837 beim Staatsministerium die Errichtung einer zusätzlichen außerordentlichen Professur für Anatomie an und schlug dafür den damals erst 25 Jahre alten Dr. med. VIKTOR BRUNS vor. Dieser war der älteste Sohn des 1835 verstorbenen Hofrats J. G. TH. BRUNS, also ein Neffe WILHELM BODES. Am 9. August 1812 in Helmstedt geboren, hatte BRUNS sein medizinisches Studium als Caroliner am Anatomisch-Chirurgischen Institut begonnen und an den Universitäten Halle und Berlin abgeschlossen. 1837 ließ er sich in Braunschweig als praktischer Arzt nieder. BODE begünstigte den jungen Arzt nicht aus Familienrücksichten, sondern weil er dessen hervorragende Begabung erkannt hatte. Dem Staatsministerium war BRUNS jedoch für eine solche Stellung zu jung; es war lediglich bereit, ihm versuchsweise einen Lehrkurs in Anatomie für ein Jahr zu gestatten. Dementsprechend wurde BRUNS am 6. Dezember 1837 beauftragt, neben GROTRIAN provisorisch über allgemeine Anatomie vorzutragen ⁵¹⁵⁾.

Doch schon bald darauf, am 18. Januar 1838 wurde sein Lehrauftrag dahin erweitert, daß er Vorlesungen über allgemeine und spezielle Histologie so zu halten habe, daß

⁵¹³⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 979.

⁵¹⁴⁾ Geboren als Sohn eines Wundarztes in Sickingen, hatte FÄSEBECK nach dem Besuche des Katharineums von 1827 bis 1829 am Anatomisch-Chirurgischen Institut seine Berufsausbildung erhalten.

⁵¹⁵⁾ NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 26.

sie als materielle Grundlage der speziellen Physiologie dienen könnten. Gleichzeitig wurde BRUNS die Aufgabe zugewiesen, einen Katalog der anatomischen Sammlungen anzulegen und besonders auf zu ergänzende Lücken hinzuweisen. Bei diesen Ordnungsarbeiten sollten die vorhandenen Skelette von Vögeln, Amphibien und Fischen sowie die in Spiritus konservierten Amphibien und Mollusken von der Institutssammlung getrennt und an das Naturhistorische Museum abgegeben werden.

Für das Wintersemester 1838/39 wurde BRUNS auch die Leitung der Präparierübungen übertragen. Gegen diese Maßnahme erhob Professor GROTRIAN entrüstet Einspruch, weil die Oberaufsicht über den Prosektor und den Vizeprosektor seines Amtes war. Auf seine Beschwerde antwortete ihm WILHELM BODE am 10. Oktober 1838: „Ich bin autorisiert, Ihnen dabei bemerklich zu machen, daß vom Herzoglichen Staatsministerio dem Ober-Sanitäts-Collegio neuerdings ausdringlich noch zur Pflicht gemacht, dahin zu wirken, daß die so wichtige und einflußreiche anatomisch-chirurgische Anstalt gehoben und der Unterricht darin vervollständigt werde, daß für erforderlich gehalten ist, besonders die Aufsicht auf die vorzugsweise wichtigen Präparierübungen zu verstärken und zu verdoppeln, eine den Umständen und Bedürfnissen nach stets zu ändernde und zu vervollständigende Instruktion nie der Fortbildung und Verbesserung einer Lehranstalt entgegenstehen kann“ ⁵¹⁶).

Mit seinen Kollegen stand BRUNS wohl in einem guten Verhältnis, denn die Professorenkonferenz schlug ihm Ende dieses Semesters zur Anstellung als außerordentlichen Professor der Anatomie vor, dem gleichzeitig die Leitung der Sammlungen und die Aufsicht beim Sezieren zu übertragen sei. Das Staatsministerium stimmte zu und vollzog die erbetene Ernennung am 16. März 1839. In dieser Zeit schrieb BRUNS ein „Lehrbuch der allgemeinen Anatomie des Menschen“, das 1841 bei Vieweg herauskam und seinen wissenschaftlichen Ruf begründete.

Um einen wissenschaftlich hochwertigen Nachwuchs für das Anatomisch-Chirurgische Institut zu sichern, beantragte WILHELM BODE als Präsident des Obersanitätskollegiums beim Staatsministerium, den für eine Berufung an die Anstalt in Betracht kommenden jüngeren Ärzten zu ihrer Fortbildung längere Studienreisen auf Staatskosten zu ermöglichen. Die sonst sehr um Sparsamkeit besorgte Landesregierung konnte sich BODES Darlegung wohl nicht verschließen, und so bewilligte sie für Professor BRUNS und für einen anderen jungen Arzt, den Dr. med. KNOCKE in Blankenburg, die Mittel, um ein Jahr hindurch an deutschen und ausländischen Universitäten zu hospitieren.

Professor BRUNS trat seinen Urlaub am 30. März 1840 an; er benutzte ihn, um in Berlin, Wien, Tübingen und Paris die Meister der Chirurgie aufzusuchen. Bereichert an Wissen und Erfahrungen kehrte er im Sommer 1841 nach Braunschweig zurück. Doch als er wohl auf Veranlassung von BODE sich um eine damals freiwerdende Stelle im Obersanitätskollegium bewarb, erteilte das Staatsministerium einen ablehnenden Bescheid an BODE, da

⁵¹⁶) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 27.

BRUNS zu jung und unerfahren sei und die Minister seine Bestellung „als eines noch sehr jungen, noch nicht bewährten Arztes und Wundarztes für sehr mißlich und gewagt halten und würden zu befürchten haben, daß dadurch möglicherweise dem Endzweck nicht entsprochen werden kann“.

Als im Frühjahr 1842 Professor CRAMER altershalber in den Ruhestand trat, setzte BODE die Teilung der bisherigen Professur und die Ernennung von zwei Nachfolgern durch. BRUNS übernahm die Chirurgie, während KNOCKE zunächst gegen Remuneration als Lehrer der Geburtshilfe angestellt wurde. Aber schon am 21. Dezember 1842 bat Professor BRUNS um Enthebung aus seiner Stellung, da er einen Ruf als Ordinarius für Chirurgie an die Universität Tübingen erhalten hatte. Im Frühjahr 1843 siedelte er nach Tübingen über und wirkte hier, später durch die Erhebung in den erblichen Adelsstand ausgezeichnet, bis zu seinem Tode am 18. März 1883. Durch sein Lebenswerk bestätigte er das Urteil, das BODE über den jungen Arzt gefällt hatte, denn BRUNS „gehörte zu den ersten Chirurgen des Jahrhunderts, sein Ruhm und seine Praxis gingen weit über Deutschland hinaus“ ⁵¹⁷).

KARL KNOCKE, geboren als Sohn eines Hutmachers zu Blankenburg am Harz am 19. Juli 1813, war WILHELM BODE aufgefallen, als er 1840, damals von der Universität zurückkehrend, vor dem Obersanitätskollegium eine hervorragende Prüfung ablegte. Deshalb sorgte BODE dafür, daß er schon im Herbst 1840 vom Staatsministerium eine Unterstützung von 300 Rtl. für die Durchführung einer wissenschaftlichen Studienreise und 60 Rtl. für die Beschaffung der benötigten wissenschaftlichen Literatur erhielt. KNOCKE weilte in Berlin, Wien, Würzburg und Heidelberg; hier nahm er an einem dreimonatigen Operationskurs teil. Um ihn durchführen zu können, bat KNOCKE um eine abermalige Zuweisung von 300 Rtl. Über diese Forderung war das Staatsministerium freilich sehr ungehalten. BODE, zur Stellungnahme aufgefordert, betonte, daß auch er „eine tadelnswerthe Neigung zu Übergriffen und Eigenmächtigkeiten sehr mißfällig wahrgenommen“ habe, stellt dann aber dem jungen Arzt das treffliche Zeugnis aus, „daß derselbe das gewöhnliche Maß solcher Leistungen junger Ärzte bei weitem überschreitet. Unverkennbar sind darin die Spuren der Reife des Geistes und der Fülle der geistigen Kräfte neben einem reichen Vorrath des Stoffes, den der Fleiß erworben. Ersichtlich ist darin ferner ein seltener rastloser Eifer für Wissenschaft und Kunst und ein ungewöhnliches Streben nach Vervollkommenung, die sich ein hohes Ziel steckt und eher allen Anforderungen als sich selbst genügt“ ⁵¹⁸). Daraufhin stellte das Ministerium 150 Rtl. zur Verfügung.

Am 1. Januar 1844 wurde KNOCKE als ordentlicher Professor an der Anstalt angestellt; am 12. Dezember wurde er als ordentlicher Assessor in das Obersanitätskollegium berufen. Aber aus beiden Stellungen schied er bald wieder aus, da er am 28. April 1848 zum Stabsarzt mit Majorsrang, also zum leitenden Militärarzt des braunschweigischen Truppen-

⁵¹⁷) ADB 47 (1903), S. 312 f.

⁵¹⁸) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. K 66.

kontingents ernannt wurde und sofort nach Schleswig-Holstein abreisen mußte, um dort die Leitung des Feldhospitals zu übernehmen. Diese Stellung als Brigadearzt bekleidete KNOCKE, bis er infolge der Neuformation des braunschweigischen Truppenkorps Ende des Jahres 1867 als Medizinalrat in den Ruhestand versetzt wurde⁵¹⁹⁾. Seine Privatpraxis übte er bis in ein hohes Alter aus; am 6. Februar 1905 verstarb er im 92. Lebensjahr zu Braunschweig.

Als Professor BRUNS 1843 nach Tübingen ging, übernahm zunächst der Prosektor OSTHOFF seine Vertretung, doch hatte damals schon WILHELM BODE einem jungen Holzmindener Arzt Dr. med. KARL UHDE die Nachfolge zugesichert. UHDE, als Sohn eines Försters am 21. August 1813 in Hohegeiß im Harz geboren, hatte nach dem Besuch des Gymnasiums zu Wolfenbüttel von Ostern 1834 ab in Göttingen, Halle und Zürich Medizin studiert und am 28. Juni 1838 in Freiburg i. Br. zum Dr. med. promoviert. Nach einigen in Wien verbrachten Assistentenjahren ließ er sich im Juli 1842 in Holzminden als praktischer Arzt nieder. Dann unternahm er auf Veranlassung und mit Unterstützung BODES, den UHDE zeitlebens als väterlichen Freund verehrte, seine chirurgische Bildungsreise, die ihn auch nach Paris und London führte.

Zu dieser Zeit waren durch die Pensionierung der Professoren CRAMER, GROTRIAN und MARX sowie durch das Ableben des Professors SCHELLER die wichtigsten Lehrstühle der Anstalt frei geworden. Ihre Neubesetzung mit jungen Kräften gab WILHELM BODE die längst erwünschte Gelegenheit, dem Staatsministerium eine gründliche Reform des Anatomisch-Chirurgischen Instituts vorzuschlagen, um diese Ausbildungsstätte dem gegenwärtigen Stande der immer schneller fortschreitenden medizinischen Forschung anzugleichen.

Die Besetzungen der freigewordenen Professuren verfügte das Staatsministerium zum 1. April 1844 nach BODES Vorschlägen. Dabei suchte BODE die bisher ungenügende Besoldung der Lehrkräfte zu verbessern, da GROTRIAN und HEUSINGER nur 257 Rtl., SCHELLER 360 Rtl. im Jahre bezogen hatten, so daß sie im wesentlichen auf die Einkünfte aus ihrer Praxis angewiesen und dadurch geneigt waren, die Interessen des Institutes zurücktreten zu lassen. In einer Eingabe vom 14. März 1844 unterbreitete BODE dem Staatsministerium den Vorschlag, für die anzustellenden jüngeren Lehrer die Arbeit im Institut zu vermehren, ihnen dafür ein verbessertes Dienst Einkommen zu gewähren und sie so in den Stand zu setzen, ihre Kräfte vorzugsweise der Anstalt zu widmen. Aber die sparsame Landesregierung ließ es doch zunächst bei einer Jahresvergütung von 200 Rtl. bewenden. Auch wurden die am 1. April 1844 berufenen Dozenten UHDE, ENGELBRECHT und VARRENTTRAPP zunächst nur auf Probe angestellt; erst am 14. Dezember 1846 wurden sie zu Professoren ernannt.

KARL UHDE rechtfertigte die auf ihn gesetzten Erwartungen. Er wirkte bis zur Auflösung der Anstalt an ihr als Lehrer der Chirurgie. Dazu war er am 3. April 1844 als

⁵¹⁹⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 2121.

Assistenzarzt am Herzoglichen Krankenhause angestellt worden, dessen chirurgische Abteilung er später leitete. Am 29. November 1854 wurde er unter Ernennung zum Medizinalrat in das Obersanitätskollegium berufen. UHDE war ein hervorragender Chirurg, dazu ein ausgezeichnete Wissenschaftler und wegen seines liebenswürdigen und humorigen Wesens bei Schülern wie Patienten hoch angesehen. Einen 1864 an ihn ergangenen Ruf an die Universität Bern lehnte er ab und blieb seinen bisherigen Aufgaben treu bis zu seinem Abscheiden am 1. September 1885 ⁵²⁰).

Als Nachfolger des verstorbenen Professors SCHELLER schlug BODE Dr. med. THEODOR ENGELBRECHT als Vertreter der Physiologie vor, den er aus einer größeren Zahl von Bewerbern auf Grund der Empfehlungen der Professoren SCHELLER und HEUSINGER sowie des Oberstabsarztes Dr. POCKELS auswählte, die ihn als einen „wissenschaftlichen, zu einer Lehrstelle sich völlig eignenden Mann“ beurteilten. Am 13. Januar 1831 zu Montplaisir bei Halchter als Sohn eines Amtmannes geboren und auf dem Wolfenbüttler Gymnasium vorgebildet, studierte er seit dem 28. Oktober 1833 in Göttingen Medizin und wirkte seit 1837 in Braunschweig als praktischer Arzt. ENGELBRECHT, der sich als Lehrer voll bewährte und am 17. August 1861 als ordentlicher Assessor und Medizinalrat in das Obersanitätskollegium berufen wurde, trat mit der Schließung des Institutes am 20. Dezember 1868 in den Ruhestand. Doch übernahm er noch einmal vom 4. Dezember 1877 bis zum 1. April 1880 die Leitung der medizinischen Abteilung des Herzoglichen Krankenhauses. Am 17. August 1886 anlässlich seines 50 jährigen Berufsjubiläums mit dem Titel eines Geheimen Medizinalrates ausgezeichnet, starb ENGELBRECHT am 5. August 1892 ⁵²¹).

Für den hoffnungslos erkrankten Hofrat Professor MARX vom Collegium Carolinum, der am Institut Physik und Chemie vortrug, schlug BODE dem Staatsministerium den Sekretär des Braunschweiger Gewerbevereins Dr. VARRENTAPP als besonders geeigneten Vertreter vor. Doch setzte sich BODE aus humaner Gesinnung nachdrücklich dafür ein, auf eine formelle Entlassung des Hofrats MARX zu verzichten und auch das bisher empfangene Gehalt an ihn weiterzuzahlen. Das Ministerium ging auf BODES Wünsche ein ⁵²²).

FRANZ VARRENTAPP, der sich große Verdienste um die Stadt Braunschweig erwarb, stammte aus Frankfurt/Main, wo er am 29. August 1815 als Sohn eines Arztes geboren wurde. Er widmete sich zunächst dem Apothekerberuf, den er 1832 bis 1835 in Lausanne erlernte. Nach Gehilfentätigkeit in Rastatt und Dresden studierte er seit dem Herbst 1837 in Berlin und Gießen Naturwissenschaften und schloß mit der Promotion bei JUSTUS LIEBIG sein Studium ab. LIEBIG empfahl ihn auch an EDUARD VIEWEG, als der damals gegründete Gewerbeverein in Braunschweig einen Geschäftsführer suchte. In dieser Stellung entfaltete VARRENTAPP eine rege Tätigkeit, so als Organisator der mehrmals wiederholten Gewerbe-

⁵²⁰) ADB 39 (1895), S. 141—143; R. BLASIUS in: 4. Jahresbericht d. Vereins f. Naturwissenschaften zu Braunschweig (1887), S. 213—224.

⁵²¹) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 1657.

⁵²²) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 25.

ausstellungen. Er machte sich 1849 verdient um die Errichtung der ersten Gasanstalt und um die Einführung einer Straßenbeleuchtung. Dazu war er als „Konsulent“ zahlreicher Firmen tätig, so bei der Einrichtung der in den vierziger Jahren entstandenen Zuckerfabriken. Er beriet den Verleger GEORGE WESTERMANN bei der Gründung seiner Druckerei und EDUARD VIEWEG bei der Errichtung der Papier- und Pappenfabrik in Wendhausen. Auf VARRENTTRAPP geht auch die später so bedeutende Braunschweiger Konservenindustrie zurück, da auf seine Anregung hin die Klempnermeister PILLEMANN und DAUBERT Ende der vierziger Jahre begannen, Spargel in Blechdosen zu konservieren.

Im Jahre 1850 trat VARRENTTRAPP in den Staatsdienst als Kommissär der Berghandlung, der der Vertrieb der Erzeugnisse der staatlichen Bergwerke und Hütten oblag. Einen Ruf nach Aachen, wo er die Leitung des damals gegründeten Polytechnikums übernehmen sollte, lehnte er ab, um als Teilhaber in den Verlag Friedrich Vieweg & Sohn einzutreten. In ihm betreute er die technischen Betriebe und die naturwissenschaftlich-technische Verlagsproduktion; die völlige Verlagerung der Verlagstätigkeit auf diese Wissensgebiete leitete VARRENTTRAPP ein. Aus vollem Schaffen nahm ihn der Tod am 4. März 1877 hinweg⁵²³⁾.

Mit der Berufung dieser vier Dozenten, zu denen noch der Professor für Naturgeschichte am Collegium Carolinum JOHANN HEINRICH BLASIUS⁵²⁴⁾ als ein ausgezeichnete Lehrer der Botanik trat, setzte sich der Lehrkörper des Anatomisch-Chirurgischen Instituts aus überwiegend jungen und für ihre Aufgabe geeigneten Fachkräften zusammen. Damit war eine wichtige Vorbedingung erfüllt, um eine durchgreifende Neugestaltung der Anstalt durchzuführen. Diese geht auf die Vorschläge WILHELM BODES zurück, welche das Staatsministerium unverändert in Kraft setzte. Am 18. April 1844 wurden die Aufnahmebedingungen und der neue Lehrplan im Braunschweigischen Magazin bekanntgegeben.

Dieser Lehrplan setzte die Ausbildungsdauer auf drei Jahre fest. Der erste Jahreskurs sollte der allgemeinen wissenschaftlichen Vorbereitung dienen, also dem Unterricht in Botanik, Physik und Chemie sowie in der Anatomie. Nach Ablauf dieses Jahreskurses mußte der Studierende sich einer Prüfung unterziehen, die über sein weiteres Verbleiben in der Anstalt entschied. Im zweiten Jahreskurs herrschte die theoretische Fachunterweisung, auch in der Arzneimittellehre, vor, während der abschließende Kurs im wesentlichen der praktischen klinischen Ausbildung diente. Die Studiengebühr wurde auf einen Jahresbetrag von 10 Rtl. festgesetzt. Das war gegenüber der bisherigen einmaligen Immatrikulationsgebühr von 5 Rtl. eine erhebliche Erhöhung der Studienkosten, die frei-

⁵²³⁾ W. C. v. ARNSWALD: Aus der Geschichte der Familie Varrentrapp (1908), S. 103—123.

⁵²⁴⁾ JOHANN HEINRICH BLASIUS, geboren am 7. Oktober 1809 zu Eckenbach im Regierungsbezirk Köln als Sohn eines Landmanns, besuchte das von F. A. W. DIESTERWEG geleitete Seminar in Mörs, war zunächst als Lehrer tätig und studierte seit 1834 in Berlin Naturwissenschaften. 1836 als Professor der beschreibenden Naturwissenschaften an das Collegium Carolinum berufen, wirkte er hier als ein sehr angesehener Lehrer bis zu seinem Tode am 27. Mai 1870. Seine wissenschaftliche Lebensarbeit war den Wirbeltieren Europas gewidmet. Besondere Verdienste erwarb sich B. um den Ausbau des Naturhistorischen Museums. (ADB 2 [1875], S. 695 f.).

lich auch eine Einschränkung des bisher starken Besuches bezwecken sollte. Dazu kam, daß die Aufnahme in das Institut von dem Nachweis abhängig gemacht wurde, daß der Bewerber über 60 Rtl. jährlich für die Bestreitung des Lebensunterhaltes und über 50 Rtl. für die Beschaffung von Büchern und Instrumenten während der Studienzeit verfügte. Der Eintritt in das Institut wurde grundsätzlich nur zum Beginn des ersten Jahreskurses gestattet.

Da im Herzogtum Braunschweig in jedem Jahre durchschnittlich nur sechs Chirurgen Beschäftigung finden konnten, lag dem Staatsministerium daran, den Zugang zum Anatomisch-Chirurgischen Institut auf die wirklich befähigten Bewerber zu beschränken. Das Mindestalter für den Eintritt wurde auf das vollendete 18. Lebensjahr festgesetzt, weiter wurde verlangt, daß der Bewerber mindestens ein Jahr am Unterricht der Sekunda eines Gymnasiums teilgenommen hatte. Fehlte diese Vorbildung, so mußten in einer von einem Gymnasialdirektor abzuhaltenden Prüfung entsprechende Kenntnisse, auch in der lateinischen Sprache, nachgewiesen werden.

Daß diese Maßnahmen notwendig waren, erhellt aus einer Denkschrift, die WILHELM BODE am 21. August 1844 dem Staatsministerium übersandte⁵²⁵). Nach der früheren Regelung hatten die Studierenden lediglich beim Eintritt in das Institut eine Matrikel von 5 Rtl. entrichtet und dann die Vorlesungen ohne weitere Vergütungen besucht; nur für die Präparierübungen mußten sie dem Professor der Anatomie und dem Prosektor eine Jahresgebühr von insgesamt 6 Rtl. zahlen. Infolgedessen war der Andrang sehr groß und überstieg weit die Möglichkeiten einer späteren Berufsausübung. Auch hatten viele Studierende an den Präparierübungen als dem wichtigsten Teil des Unterrichts nicht teilgenommen, um die Gebühren zu sparen.

Als im April 1844 die Unterrichtsgebühr auf 10 Rtl. festgesetzt wurde, nahm man auf die Studierenden, die bereits vorher ihre Immatrikulation erworben hatten, Rücksicht und erließ ihnen die Hälfte der Studiengebühr. Aber keiner von diesen jungen Leuten hatte bis zum August 1844 die Gebühr entrichtet, sodaß 130 Rtl. ausstanden. BODE schlug vor, diese Restbestände nach Möglichkeit einzutreiben, im übrigen die ganz mittellosen Schüler aber tunlichst zu entfernen, „da solche zum Theil schon 6 bis 10 Jahre sich hier umhertreiben, den Stadtbewohnern mit Bitten um Stipendien lästig werden und, was das Schlimmste ist, weil es ihnen an den erforderlichen Büchern mangelt, unreif bleiben“. Das Staatsministerium billigte BODES Antrag, den Studierenden EDUARD BODE und HEINRICH BRANDES, die als Pensionäre im Armenkrankenhaus gute Dienste leisteten, die Kosten zu erlassen, die übrigen 24 aber vom Unterricht auszuschließen, wenn sie nicht binnen 14 Tagen die Kosten entrichten würden. Bei dieser Gelegenheit beklagte BODE, daß die Absolventen so lange auf eine Anstellung warten müßten, weil „selten einer derselben es unternimmt, im Auslande oder in entfernteren Gegenden sein Glück zu versuchen. Sie kleben an der Scholle und ziehen vor, hier in unergiebigen Verhältnissen zu leben, während ein-

⁵²⁵) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 4 Nr. 977.

zelne Beispiele ihnen zur Aufforderung dienen sollten, da ein Unterkommen zu suchen, wo es noch an tüchtigen Wundärzten mangelt“.

Wenn diese Bemühungen um eine straffe Organisation und um die Bereitstellung tüchtiger Lehrkräfte die Leistungsfähigkeit des Anatomisch-Chirurgischen Instituts auch erheblich verbesserten, so lag doch die Zukunft der Anstalt im Ungewissen, da der schnelle Fortschritt der medizinischen Wissenschaft die Unterschiede zwischen den akademisch gebildeten Ärzten und den Wundärzten immer größer werden ließ. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war wohl schon deutlich zu erkennen, daß diese Entwicklung zur Ausbildung eines einheitlichen Ärztestandes und zum Verschwinden der Wundärzte und Feldscherer führen mußte. Im Jahre 1850 übten im Herzogtum Braunschweig neben 75 Ärzten noch 85 Wundärzte ihre Praxis aus, letztere besonders auf dem Lande, doch stieg die Zahl der Ärzte stetig an.

In einer am 16. Januar 1848 dem Präsidenten des Obersanitätskollegiums BODE übergebenen Denkschrift betonte der Dekan Professor HEUSINGER, daß der künftige Fortfall des Chirurgenstandes die Aufhebung der Chirurgenschule nach sich ziehen würde. Um die Zukunft des Anatomisch-Chirurgischen Instituts besorgt, schlug HEUSINGER seine Umwandlung in eine propädeutische Anstalt vor. Zur Begründung wies er darauf hin, daß der künftige Arzt auf den Gymnasien völlig unzureichend auf seinen Beruf vorbereitet werde, vor allem fehle eine gute Unterweisung in den Naturwissenschaften, so in Botanik in Verbindung mit der Anatomie und Physiologie der Pflanzen, in Mineralogie und Chemie. „Daß auch die Mikroskopie dabei wesentlich förderlich sein wird, darf bei dem jetzigen Standpunkt der medicinischen Wissenschaften, auf welchem jene eine Hauptrolle übernommen hat, wohl kaum der Erwähnung.“

Diese propädeutische Anstalt sollte vor allem die Eignung des Anwärter für den ärztlichen Beruf feststellen. Als Lehrfächer nannte HEUSINGER Physik, Chemie, Pharmakologie, Pharmazie, Botanik, Mineralogie, Anthropologie, Anatomie, Mikroskopie, Physiologie und Entwicklungsgeschichte. Da die notwendigen Anlagen und Einrichtungen sowie ein geeigneter Lehrkörper vorhanden wären, würde die Errichtung einer solchen Vorbereitungsschule keine besonderen Aufwendungen erfordern.

BODE reichte die Denkschrift HEUSINGERS an das Staatsministerium weiter. Er stimmte den Ausführungen HEUSINGERS zu und ging noch einen Schritt weiter, indem er die Angliederung dieser Anstalt an das Collegium Carolinum anregte. Die medizinische Schule sollte in ihm eine besondere Abteilung unter einem Mediziner als Direktor bilden, der gleichzeitig dem Direktorium der Gesamtanstalt angehörte. Die Lehrer der medizinischen als der vierten Abteilung würden Mitglieder des Lehrkörpers des Collegium Carolinum werden, womit ihnen das Recht verliehen würde, Vorlesungen auch im Rahmen der Gesamtanstalt zu halten. Um den Besuch der Anstalt zu sichern, schlug BODE vor, bei der späteren Zulassung zur Praxis bei Landeskindern vorauszusetzen, daß sie ein Jahr lang die medizinische Abteilung des Collegium Carolinum besucht hätten.

Bei dieser Gelegenheit wiederholte BODE nachdrücklich die Forderung nach einer hochschulmäßigen Ausbildung der Apotheker. Diese sollte aber nicht in der medizinischen Abteilung, sondern im Rahmen der Gesamtanstalt erfolgen, der auch die botanischen Gärten angehören würden.

Das Staatsministerium lehnte den Vorschlag BODES nicht ab, wenn es sich auch einer klaren Stellungnahme bei der schwer überschaubaren künftigen Entwicklung enthielt. Am 25. Januar 1849 schrieb der Kurator SCHULZ an das Direktorium des Collegium Carolinum, daß die in den Nachbarstaaten in Angriff genommene Maßnahme der Vereinigung der chirurgischen mit der ärztlichen Praxis auch im Herzogtum Braunschweig dahin gehende Überlegungen erforderlich machen würde. Damit erhebe sich die Frage, ob das Anatomisch-Chirurgische Institut eingehen oder als propädeutische Anstalt dem Collegium Carolinum als 4. Abteilung angegliedert werden solle. SCHULZ regte zur eingehenden Prüfung dieser Fragen an, eine aus Lehrern beider Anstalten bestehende Kommission zu bilden⁵²⁶). Doch übten diese Überlegungen zunächst keinen Einfluß auf die weitere Entwicklung des Instituts aus.

Die schon erwähnte Ernennung des Professors KNOCKE zum Brigadestabsarzt und seine plötzliche Abreise zu den in Schleswig-Holstein kämpfenden braunschweigischen Truppeneinheiten zogen wiederum Veränderungen im Lehrkörper des Instituts nach sich. Die Vertretung KNOCKES übernahm zunächst der Braunschweiger praktische Arzt Dr. med. KRUKENBERG. Als dann nach der Rückkehr KNOCKES vom Kriegsschauplatz dieser aus dem Institut ganz ausschied, schlug WILHELM BODE zu seinen Nachfolgern als Lehrer der Anatomie ADOLF KRUKENBERG und als Lehrer der Geburtshilfe CARL FRIEDRICH JULIUS TRÖMNER vor.

KRUKENBERG, ein Neffe des bekannten Hallenser Professors⁵²⁷), wurde am 11. April 1816 zu Königsutter als Sproß einer dort seit 1771 bis heute ansässigen Apothekerfamilie geboren, besuchte seit 1833 das Braunschweiger Collegium Carolinum und studierte von 1835 bis 1839 in Halle. Nach den Assistentenjahren in Halle und Berlin wurde er am 16. Juni 1841 als praktischer Arzt in Königsutter zugelassen; im Dezember 1844 verlegte er Wohnsitz und Praxis nach Braunschweig. Seit 1848 als Lehrer der Anatomie am Anatomisch-Chirurgischen Institut tätig, wurde KRUKENBERG am 30. November 1854 zum Professor ernannt. Am 1. Januar 1855 zum Vorstand der Abteilung für innere Krankheiten am Herzoglichen Krankenhaus bestellt, wurde er am 17. November 1863 als stimmführendes Mitglied unter gleichzeitiger Ernennung zum Medizinalrat in das Obersanitätskollegium berufen. KRUKENBERG starb am 14. Oktober 1877 zu Braunschweig⁵²⁸).

Die gleiche Laufbahn: Professor am Anatomisch-Chirurgischen Institut, Chefarzt der Frauenabteilung am Herzoglichen Krankenhaus und Mitglied des Obersanitätskollegiums kennzeichnet den Lebensweg des Medizinalrates Dr. CARL FRIEDRICH JULIUS TRÖMNER.

⁵²⁶) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6487.

⁵²⁷) PETER DAVID KRUKENBERG (1787—1865) war Professor für klinische Medizin an der Universität Halle.

⁵²⁸) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 11 Nr. K 163.

Er stammte aus Braunschweig, wo er am 13. Juli 1800 als Sohn eines Tischlermeisters geboren wurde. Nach dem Studium der Medizin in Wien und Göttingen ließ er sich 1824 in seiner Vaterstadt als Arzt nieder, sodaß er bei seiner Berufung in das Institut 1848 über eine reiche praktische Erfahrung besonders als Geburtshelfer verfügte. TRÖMNER, der am 24. Januar 1883 starb, gehörte mit UHDE, ENGELBRECHT und KRUKENBERG in den Jahrzehnten um die Mitte des 19. Jahrhunderts zu den führenden Ärzten Braunschweigs, den Wegbereitern einer neuzeitlichen Heilkunde.

Als Professor VARRENTRAPP 1851 in den Staatsdienst trat und neben seinen Aufgaben in der Berghandlung auch das Amt des Herzoglichen Münzkommissars übernahm, mußte er den Lehrauftrag für Physik und Chemie am Institut zurückgeben. WILHELM BODE, um einen geeigneten Nachfolger besorgt, fragte bei dem Professor Dr. F. J. OTTO an, der am Collegium Carolinum Chemie und Pharmazie vertrat und durch seine erfolgreiche Tätigkeit im Obersanitätskollegium seit fast zwei Jahrzehnten eng mit BODE verbunden war. Professor OTTO lehnte aber die Übernahme dieses Lehrauftrages ab: „Ich halte es für völlig unmöglich, die beiden ungeheuren Gebiete der Naturwissenschaften, Physik und Chemie mit gleichem Erfolge zu bearbeiten . . . Die Physik und Chemie vor 20 Jahren sind nicht mehr zu vergleichen mit der von heute; eines Mannes Kraft reicht jetzt kaum aus, um sich in einer der beiden Wissenschaften einigermaßen auszuzeichnen und die eine oder andere gewissenhaft zu lehren“ ⁵²⁹).

Aus dieser Antwort spricht der selbstbewußte Forscher und Lehrer. FRIEDRICH JULIUS OTTO, einer der bedeutendsten Lehrer des Collegium Carolinum, stammte aus Großenhain in Sachsen, wo er am 8. Januar 1809 als Sohn eines Kaufmanns geboren wurde. Er trat Ostern 1823 in seiner Vaterstadt in die Apothekerlehre; seinen wissenschaftlichen Neigungen folgend studierte er unter mannigfachen Entbehrungen seit 1828 in Jena Pharmazie und Chemie und fand in WACKENRODER und DÖBEREINER hervorragende Lehrer, die ihn im Herbst 1830 einem Unternehmer in Althaldensleben als Chemiker empfahlen. Im Herbst 1832 kam OTTO durch SPRENGEL als Agrarchemiker an die damals gegründete Forschungsanstalt für Landwirtschaft nach Braunschweig. Schon 1834 zog ihn WILHELM BODE als außerordentliches Mitglied ins Obersanitätskollegium. 1835 wurde Otto als Professor ans Collegium Carolinum berufen. Hier erfreute er sich durch seinen hohen wissenschaftlichen Ruf, seine joviale gesellige Natur und durch sein hervorragendes Lehrgeschick allgemeiner Beliebtheit bei Kollegen und Studenten. OTTO starb, erst 61 Jahre alt, am 12. Januar 1870. Wie JOHANN HEINRICH BLASIUS fand auch OTTO im Sohne den Nachfolger ⁵³⁰).

OTTO schlug also BODE vor, auf Unterrichtsveranstaltungen für Physik und Chemie im Anatomisch-Chirurgischen Institut ganz zu verzichten und die angehenden Anatomen und Chirurgen die Vorlesungen im Collegium Carolinum besuchen zu lassen. Diese Regelung würde nicht nur eine fachgerechte Unterweisung gewährleisten, sondern auch

⁵²⁹) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 2 Nr. 25.

⁵³⁰) ADB 24 (1887), S. 747—751.

erhebliche Ersparungen bringen, die dann die Mittel für einen dringend benötigten Assistenten im chemischen Laboratorium freimachen würden. Das Staatsministerium stimmte dem Vorschlage zu. Die Institutsschüler hörten Physik bei AUGUST UHDE und Chemie bei F. J. OTTO, der auch seinen Assistenten, den ersten in der Geschichte der Technischen Hochschule, erhielt.

Dadurch war die Verbindung zwischen dem Anatomisch-Chirurgischen Institut und dem Collegium Carolinum noch enger geworden. Die Verhandlungen über die Verschmelzung der beiden Anstalten wurden nach BODES Tode weitergeführt, führten aber zu dem Entschluß, mit Ablauf des Jahres 1868 das Institut als nunmehr entbehrlich aufzuheben. Als KARL UHDE den Nekrolog der Anstalt schrieb, gedachte er auch ehrend des Mannes, der sie so lange geleitet hatte: „Um die Anstalt erwarb sich der Stadtdirektor Dr. jur. Wilhelm Bode außerordentliche Verdienste. Ihm ward seit 1828 das Direktorium derselben übertragen. Er wird bei allen, die wissenschaftliche Anregung von ihm empfangen haben, unvergeßlich fortleben. Sein Wahlspruch war: *vivitur ingenio, caetera mortis erunt*“⁵³¹⁾.

Auch um die Pflege und Vermehrung der Bibliothek und der Sammlungen des Instituts war WILHELM BODE stets besorgt. So wurde 1834 ein von dem Braunschweiger Mechanikus DEIKE hergestelltes Mikroskop für 60 Rtl. erworben. Dann wurde 1841 auf BODES Betreiben die wertvolle Bibliothek und die umfangreiche Sammlung von Präparaten des verstorbenen Oberstabsarztes Dr. POCKELS⁵³²⁾ für 6000 Rtl. angekauft. Durch die mehrere tausend Bände umfassende Büchersammlung POCKELS zählte die Institutsbibliothek schließlich mehr als 10000 Bände. 1850 kamen auch die Cramersche Präparatensammlung in das Institut. WILHELM BODE beauftragte KARL UHDE, ein Gesamtverzeichnis der umfangreichen und wertvollen Sammlungen herzustellen. Nachdem das Staatsministerium die Druckkosten bewilligt hatte, erschien 1854 der „Catalog der pathologisch-anatomischen Sammlung des Herzoglichen Collegium anatomico-chirurgicum zu Braunschweig“, von UHDE dem Andenken an WILHELM BODE gewidmet.

Nach der Auflösung der Anstalt wurden die Sammlungen zunächst im Herzoglichen Krankenhause aufbewahrt. Da sie aber an dieser Stelle ihren Zweck nicht recht erfüllen konnten, beschloß die Landesversammlung am 15. März 1890, die Sammlungen der Universität Göttingen zu übereignen⁵³³⁾.

⁵³¹⁾ Braunschw. Magazin 1868, S. 507.

⁵³²⁾ Dr. med. AUGUST POCKELS, geboren 1791 als Sohn eines braunschweigischen Hofrats, trat nach dem Studium der Medizin ausgangs des Jahres 1813 in das damals aufgestellte Truppenkontingent ein, wurde nach den Feldzügen von 1814/15 zum Stabsarzt des Truppenkorps ernannt und am 28. April 1824 zum Oberstabsarzt befördert. Seit dem 24. Januar 1821 war er auch zur Ausübung der Praxis in der Stadt Braunschweig zugelassen. Am 7. September 1826 wurde P. zum Leibarzt des Herzogs ernannt und am 9. Dezember 1829 als Assessor in das Obersanitätskollegium berufen. P., der am 9. Dezember 1841 starb, war WILHELM BODES Hausarzt gewesen. (StABr: H VIII A Nr. 3987).

⁵³³⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 980.

Die Stellung des Präsidenten des Obersanitätskollegiums, die WILHELM BODE im Jahre 1832 als Nachfolger des damaligen Geheimen Rates FRIEDRICH SCHULZ übernahm, beschränkte seine Tätigkeit auf die formelle Leitung dieser Behörde und auf ihre Vertretung gegenüber dem Staatsministerium und den Landesbehörden, während die Arbeiten, die sich aus der Lenkung und Beaufsichtigung des gesamten Gesundheitswesens ergaben, von den Assessoren als den Fachleuten ausgeführt wurden. Hinsichtlich des Anatomisch-Chirurgischen Instituts amtierte BODE als sein eigener Vorgesetzter, doch wirkte sich dieses etwas eigenartige Verhältnis sicherlich zum Besten der Anstalt aus. Doch auch in manchen anderen Sachbereichen konnte er durch die Auswahl geeigneter Persönlichkeiten, durch Anregungen und organisatorische Ratschläge die angestrebten Entwicklungen nachhaltig fördern. So wurde am 30. März 1833 kraft Gesetzes die allgemeine Kuhpockenimpfung eingeführt und damit der einst so verbreiteten und gefürchteten Blatternerkrankung ein Ende gesetzt. Das Herzogtum Braunschweig gehörte zu den ersten deutschen Staaten, die diese Impfung allgemein verbindlich machten. Dagegen versagte die ärztliche Kunst völlig bei den Choleraepidemien, die 1831 und dann wieder im Sommer 1850 Stadt und Land Braunschweig heimsuchten. Beide Male gehörte WILHELM BODE einer aus Verwaltungsbeamten und Ärzten zusammengesetzten „Immediatkommission zur Abwendung der Cholera“ an⁵⁸⁴). Da aber das Wesen dieser Seuche noch nicht erkannt worden war, konnte fast nichts gegen sie unternommen werden; man mußte sich mit vorbeugenden Maßnahmen begnügen: der Sperrung der Landesgrenzen durch einen Militärkordon, der Errichtung von Isolierbaracken für die Kranken und der Erteilung gutgemeinter, aber doch wirkungsloser Ratschläge an die Bevölkerung. Während die erste Epidemie verhältnismäßig glimpflich verlief, raffte die zweite im August 1850 allein in der Stadt Braunschweig täglich 50 Einwohner hinweg.

Durch WILHELM BODES Initiative erhielt die Stadt Braunschweig ein für jene Zeit vorbildliches Krankenhaus. Das 1780 gegründete Armenkrankenhaus, das an der Wendestraße kurz vor dem Wendentore lag, wurde in ein Herzogliches Krankenhaus umgewandelt, das allen Heilungsbedürftigen offenstand. In den Jahren 1835/36 und 1843/44 entstand durch Erweiterungsbauten im wesentlichen der Gebäudekomplex, in welchem heute das Amtsgericht untergebracht ist. Die Leitung des Herzoglichen Krankenhauses übernahm Professor HEUSINGER, unter dem die Professoren UHDE, KRUKENBERG und TRÖMNER als Abteilungsvorsteher eine segensreiche Tätigkeit entfalteten.

Durch die staatliche Neuordnung von 1832 bildete WILHELM BODE gemeinsam mit dem Landesdirektor PINI das Direktorium des St. Alexii-Pflegehauses, das bis dahin sowohl als Gefängnis und Besserungsanstalt für Arbeitsscheue als auch als Irrenanstalt gedient hatte. Diese aus dem Mittelalter überkommene Einrichtung bedurfte einer gründlichen Neuordnung. Zunächst wurden 1832 die Strafgefangenen aus dem Pflegehaus entfernt und in den damals eingerichteten Gefängnissen im Ägidienkloster und in Wolfenbüttel untergebracht. Nachdem dann weiter die Zwangsarbeitsanstalt im Schloß Bevern

⁵⁸⁴) NStAW: L Alt Abt. 59 Gr. 1 Nr. 66.

ihre Aufgaben übernommen hatte, wurde das stark entlastete Alexii-Pflegehaus zur Landesirrenanstalt bestimmt. Wenn diese Maßnahmen auch den Anschauungen BODES entsprachen, an deren Einrichtung er ja auch mitgewirkt hatte, so war er doch mit ihrer Durchführung, die die Herzogliche Kammer angeordnet hatte, nicht einverstanden. Als Präsident des Obersanitätskollegiums erhob BODE am 20. April 1833 beim Staatsministerium Einspruch gegen die Eigenmächtigkeit der Kammer, an deren Durchführungsverfügungen er zudem scharfe sachliche Kritik übte, und bat das Staatsministerium dafür Sorge zu tragen, „daß polizeiliche Regulative, welche zugleich in ärztlicher Hinsicht Verfügungen enthalten, nur nach vorgängiger Communication mit Herzoglichem Obersanitäts-Collegium und mit Zustimmung desselben erlassen werden könnten“.

Die Leitung der Heil- und Pflegeanstalt hatte 1832 der Stadtphysikus Dr. FRANKE übernommen; als zweiter Arzt war auf BODES Antrag am 14. März 1841 Dr. med. MANSFELD angestellt worden. Weiter schlug WILHELM BODE dem Staatsministerium vor, die Anstalt aus der eng bebauten Braunschweiger Innenstadt herauszunehmen und in die ehemaligen Klosteranlagen in Königslutter zu verlegen. Das Staatsministerium hielt am 29. September 1845 diesen Vorschlag für sehr beachtenswert und beauftragte BODE mit eingehenden Untersuchungen, „damit die künftige Realisierung eines wegen mangelnder Mittel nicht sofort auszuführenden Planes vorbereitet werde“⁵³⁵).

Schon bei den Erörterungen über die Einrichtung einer Arbeitanstalt hatte WILHELM BODE auf Königslutter hingewiesen; am 22. Juni 1831 suchte er mit den Geheimräten VON SCHLEINITZ und SCHULZ in Königslutter das Kloster auf, um zu prüfen, ob sich die baulichen Anlagen zur Einrichtung der geplanten Anstalt eignen würden⁵³⁶). Doch fiel die Entscheidung zugunsten des Schlosses in Bevern. In den Klostergebäuden hatte dann 1842 der Königslutterer Stadtphysikus Dr. BAUER eine Kaltwasser-Heilanstalt eingerichtet, der aber ein Erfolg versagt blieb⁵³⁷). Nach BODES Tode hatte Dr. MANSFELD, der seit 1848 dem Obersanitätskollegium angehörte, den Gedanken weiter verfolgt und erreicht, daß endlich 1861 mit dem Bau der Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Königslutter begonnen wurde, die dann 1865 in Benutzung genommen werden konnte.

Von vollem Erfolg gekrönt waren die Bemühungen des Obersanitätskollegiums um die Apotheken des Landes. Diese waren ja schon immer durch die ärztlichen Mitglieder des Kollegiums, wenn auch in größeren Zeitabständen visitiert worden. Als nun im Herbst 1832 F. J. OTTO nach Braunschweig berufen wurde, gelang es WILHELM BODE, den jungen Gelehrten als Sachbearbeiter für das Apothekerwesen in das Obersanitätskollegium zu ziehen; 1834 trat OTTO, wenn auch zunächst als Assessor extraordinarius, in die oberste Medizinalbehörde ein, und seiner zielstrebigem Tätigkeit war nach verhältnismäßig kurzer Zeit der hervorragende Zustand der braunschweigischen Apotheken zu verdanken. Die Revision der Apotheken in Braunschweig und Wolfenbüttel erfolgte nunmehr alljährlich;

⁵³⁵) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 2 Gr. XV Nr. 4.

⁵³⁶) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 19 Vol. II.

⁵³⁷) H. RÖHR: Geschichte der Stadt Königslutter (1956), S. 102.

von den Landapotheken wurde aber noch in jedem Jahr nur eine Gruppe visitiert, die auf einer Reise besucht werden konnte. Im Jahre 1838 führte beispielsweise die Reise zu den Apotheken in Lichtenberg, Langelsheim, Seesen, Gittelde, Zorge, Harzburg, Papstorf, Schöningen und Schöppenstedt; 1839 wurden die Apotheken in Bodenburg, Gandersheim, Grünenplan, Eschershausen, Stadtoldendorf, Holzminden, Ottenstein und Bisperode revidiert. Dr. OTTO wurde 1838 von dem Medizinalrat HEUSINGER, 1839 vom Medizinalrat SCHELLER begleitet.

Die Kosten der Revisionen wurden zu $\frac{3}{5}$ von der Staatskasse übernommen, $\frac{2}{5}$ mußten von den visitierten Apotheken aufgebracht werden. Das war für die kleineren Landapotheken eine erhebliche Belastung, so daß die Revisoren als unangenehme Gäste empfunden wurden. Darum schlug BODE dem Staatsministerium vor, durch eine kleine und leichter aufzubringende jährliche Abgabe aller Apotheken die durchschnittlich erwachsenden Kosten zu decken. Doch das Staatsministerium ging über BODES Antrag hinaus und ordnete am 13. August 1847 die Übernahme der gesamten Kosten auf die Staatskasse an. Die durch die Revisionen der Apotheken zu Lehre, Vorsfelde, Calvörde, Helmstedt, Königslutter, Hessen, Blankenburg, Hasselfelde, Zorge und Harzburg sowie durch eine Inspektion der neu errichteten Apotheke zu Sickinge entstandenen Kosten von 148 Rtl. wurden am 31. Dezember 1847 dem Medizinalrat OTTO und dem Medizinalassessor Knoke aus der Herzoglichen Hauptfinanzkasse erstattet ⁵³⁸).

⁵³⁸) NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6371.

AUSKLANG

Durch die unerfreulichen Auftritte, die seiner Pensionierung vorausgingen und die auch die Wahl des von ihm sorgsam ausgewählten Nachfolgers verhinderten, schied WILHELM BODE sehr verstimmt aus seinem Amt. Er glaubte, angesichts der langjährigen und erfolgreichen Tätigkeit für die Stadt Braunschweig den Anspruch auf die Erfüllung seiner sachlich begründeten Wünsche erheben zu können; ihre Verweigerung mußte ihm als krasser Undank erscheinen. Verbittert nahm er von seinem Lebenswerk Abschied. Daß WILHELM BODE diese Stimmungen nicht mehr überwinden konnte, wird aus den Darstellungen zur Zeitgeschichte deutlich, die er in den Jahren des Ruhestandes schrieb. Sie weichen durch die schroffen Urteile über viele Zeitgenossen und durch pessimistische Betrachtungen über künftige Entwicklungen erheblich von seinen früheren Aufzeichnungen ab, die Menschen und Zustände in versöhnlicher, auf Ausgleich bedachter Weise schilderten.

Bei der Verabschiedung des Stadtdirektors hatten ihm die Stadtverordneten angeboten, die Dienstwohnung im Stadthause auf Lebenszeit beizubehalten. Doch BODE schlug diese Vergünstigung aus; er bat lediglich die Stadtverordneten um ihr Einverständnis, daß ihm die Benutzung des Stadtarchivs vorbehalten blieb, ohne die eine Fortführung seiner wissenschaftlichen Arbeiten unmöglich gewesen wäre ⁵³⁹).

Auf der Suche nach einer geeigneten Wohnung bot sich ein Gartenhaus am Wilhelmitorwall an, das dem GRAFEN RÖTTGER VON VELTHEIM gehört und ihm als Absteigequartier gedient hatte. Nach dem plötzlichen Tode des GRAFEN RÖTTGER beerbte ihn sein Bruder WERNER, der nach seinem Rücktritt als Staatsminister nach Harbke übersiedelte. WILHELM BODE bat VELTHEIM in einem Briefe vom 4. Mai 1848, ihm das leerstehende Haus am Wilhelmitorwall zur Miete zu überlassen: „Viermal habe ich Organisationen und Reorganisationen mitgemacht; für das neueste Treiben habe ich in meinem siebzigsten Lebensjahr keinen Sinn. Ich habe dringend gebeten, mich in den Ruhestand zu setzen, und dieser Wunsch ist mir gewährt. Je eher je lieber entwinde ich mich aus allen Verhältnissen zu der Stadt, für die ich ein Vierteljahrhundert hindurch in gewissenhafter Treue gewirkt habe. Mir liegt an einem Platze, von wo aus ich, ohne durch manche

⁵³⁹) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 11 Nr. 18.

Menschengesichter gestört zu werden, ins Freie kommen und dem Getümmel mich entziehen kann“ ⁵⁴⁰).

GRAF VELTHEIM überließ WILHELM BODE das Haus zum Eigentum, und im Sommer 1848 konnte BODE mit Frau und Tochter LUISE das neue Heim beziehen. Die beiden anderen Kinder BODES hatten längst das Elternhaus verlassen. Der Sohn WILHELM ⁵⁴¹), gleich dem Vater Jurist, war als Amtsrichter in Harzburg tätig; die ältere Tochter SOPHIE ⁵⁴²) hatte 1841 den Rittergutsbesitzer auf Langenstein, Emersleben, Anderbeck und Pächter der Domäne Schlanstedt WILHELM RIMPAU (1814—1892) geheiratet. Die jüngere Tochter LUISE vermählte sich am 20. Juni 1850 mit dem Amtsrichter RUDOLF ZIMMERMANN in Vorsfelde ⁵⁴³).

LUISE ZIMMERMANN hinterließ uns eine anschauliche Schilderung des in einem großen, langgestreckten Garten auf der Ostseite des Wilhelmitorwalles gelegenen Hauses: „Der hintere Teil des Gartens war eine Wildnis von Bäumen und Sträuchern. Dieses nun umzuschaffen und wohnlich zu machen, war meines Vaters Freude und versüßte ihm den Abschied vom Amte, der ihm in manchen Stücken nicht ganz leicht ward . . . Mein Vater fand sich gleich sehr behaglich dort. Er hatte einen schönen Arbeitsplatz, beaufsichtigte und ordnete die Veränderungen im Garten und saß vorzüglich gern hinten in der Wildnis, wohin sich unendlich viele Vögel gewöhnt hatten, die er still beobachtete und fütterte.“ Über den Lebensabend des Vaters berichtet sie: „Es waren sechs reiche Jahre voll inneren Frieden, ein Ausruhen von äußerer Tätigkeit, aber in steter Arbeit des Geistes, die ihm noch vergönnt waren. Er sagte öfter, wer ein so unruhiges, tätiges Leben im Menschenkreise gehabt, muß noch stille Jahre am Ende des Lebens haben, um zu wissen, was er mit in die Ewigkeit nimmt. Im Jahre 1853 bekam er einen Anfall von Lungenentzündung, die aber einen glücklichen Verlauf nahm. ‚Nur noch ein Jahr‘, hatte er zu UHDE ⁵⁴⁴) gesagt, ‚daß ich meine Arbeit fertig machen kann.‘ Im Jahre 1854 wiederholte sich der Anfall; er hatte noch mit Mühe am Schreibtisch gestanden, als UHDE kam, und nur gesagt: ‚Ich habe mein Haus noch bestellt.‘ Dann legte er sich hin und hatte viel Atemnot. ‚Es ist traurig, im Frühjahr zu sterben‘, sagte er, als sein Nachbar MÜHLENPFORDT, ein großer Blumenfreund, begraben wurde, und gerade in blühendster Natur wurde er zu Grabe getragen. Am 20. April 1854 hatte ein tiefer, ruhiger Atemzug seinem tatenreichen Leben ein Ende bereitet“ ⁵⁴⁵).

⁵⁴⁰) StABr: G IX 26 Nr. 1.

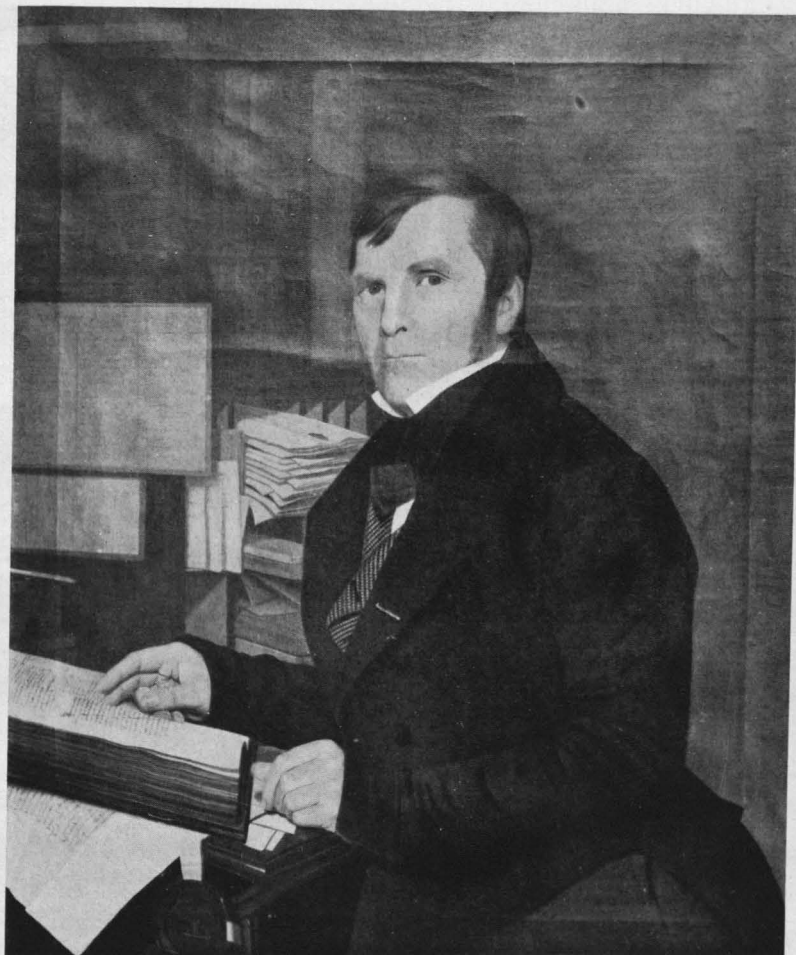
⁵⁴¹) Geboren am 17. November 1812 zu Bahrndorf, gestorben als Landgerichtsrat a. D. am 24. Oktober 1884 zu Braunschweig.

⁵⁴²) Geboren am 4. Februar 1820 zu Vorsfelde, gestorben am 26. Juni 1892 zu Berlin-Charlottenburg.

⁵⁴³) RUDOLF ZIMMERMANN (1816—1890), zuletzt Senatspräsident am Oberlandesgericht in Braunschweig; LUISE ZIMMERMANN, geboren in Braunschweig am 17. März 1825, starb in ihrer Vaterstadt am 23. Oktober 1908.

⁵⁴⁴) Prof. Dr. med. KARL UHDE.

⁵⁴⁵) StABr: H VIII A Nr. 5474.



18. *Wilhelm Bode*

„Am 23. April, am weißen Sonntage des Morgens um 7 Uhr, wurde die Leiche des am 20. desselben Monats verstorbenen, hochverdienten und würdigen Stadtdirectors a. D. BODE auf dem St. Michaeliskirchhofe begraben. Zu diesem Begräbnis hatte sich ein sehr zahlreiches Gefolge versammelt, worunter sich die Staatsminister und Geheimenräte, die Cammerpräsidenten und die übrigen Chefs aller hiesigen Behörden, sowie eine sehr große Zahl Privatpersonen befanden, auch folgten die Kinder aus dem Waisen- und die aus dem Pflegehause. Die Leiche wurde durch 12 Gerichtsdienner auf den Leichenwagen gesetzt und wieder abgenommen. Am Grabe angekommen, hielt der Pastor PAGENDARM eine Rede, worin er die Verdienste des Verstorbenen, welche derselbe sich während seiner Dienstzeit als Stadtdirector um die hiesige Stadt sowie um die Kirche und besonders die Schulen erworben hatte, auf eine treffliche Weise hervorhob“ ⁵⁴⁶).

Das Lebenswerk, das nun abgeschlossen war, wurde von den Zeitgenossen überwiegend anerkennend, von einigen zurückhaltend, von wenigen feindselig beurteilt. Das war bei einem Politiker, der an allen politischen Entscheidungen seiner Zeit handelnd, sehr oft führend Anteil genommen hatte, nicht anders zu erwarten. Aber einmütig bekundeten alle, die WILHELM BODE auf ihrem Lebenswege begegnet waren, hohe Achtung vor dem Manne, der unbekümmert seines Weges geschritten war und der nichts vor Augen gehabt hatte als die Erfüllung seiner Pflicht. Dieser Aufgabe aber diente er mit einer unermüdlichen Arbeitskraft und mit einem unbeugsamen Rechtsgefühl, das ihn hinderte, einen Schritt zu tun, den er nicht für richtig gehalten hätte.

Gerade und einfach floß WILHELM BODES Leben dahin. Auch als Oberhaupt der Stadt Braunschweig, als sein Dienst Einkommen von mehr als 2000 Rtl., das ihn in der Beamtenhierarchie den höchsten Staatsdienern wie dem Präsidenten der Herzoglichen Kammer gleichstellte, höhere Aufwendungen ermöglichte, blieb BODE einer genügsamen, ja oft spartanisch schlichten Lebensführung treu. Sicherlich mußte er in seiner Stellung mannigfachen Repräsentationspflichten genügen. Doch blieb er bestrebt, sie nach Möglichkeit einzuschränken, wie auch der Nekrolog der Deutschen Reichszeitung hervorhob, daß in BODE mit zunehmenden Jahren die Neigung wuchs, sich in das einfache häusliche Leben zurückzuziehen und seinen Geschichtsstudien nachzugehen ⁵⁴⁷).

Eine Ausnahme erzwang der Verkehr mit dem Hofe des Herzogs, da BODE zu allen Empfängen und zu den mehrmals im Winter stattfindenden Hofbällen eingeladen, darüber hinaus aber auch öfters zur Hoftafel im kleinen Kreis befohlen wurde ⁵⁴⁸). Herzog WILHELM gab immer wieder seiner Wertschätzung Ausdruck. Bei der Stiftung des Ordens Heinrichs des Löwen am 25. April 1834 wurde WILHELM BODE mit dem Ritterkreuz, wenige Jahre später mit dem Kommandeurkreuz dieses Ordens ausgezeichnet. Auch erwies der Herzog ihm persönliche Aufmerksamkeiten. So notiert BODE im Jahre 1845: „Der Herzog schenkt mir einen englischen Kupferstich, die Protestation zu Speyer im

⁵⁴⁶) Isis, Zeitschrift für Unterhaltung und sociales Leben, 6. Jahrgang, Braunschweig 1854, S. 153.

⁵⁴⁷) Deutsche Reichszeitung 1854 Nr. 101.

⁵⁴⁸) NStAW: L Neu Abt. 3 Nr. 158 Vol. II.

Jahr 1529 darstellend, manifestiert dadurch seine Ansichten und den Wert, welchen er auf Reformationswerke legt“ ⁵⁴⁹).

BODE zählte zu den Mitgliedern des Großen Clubs; in jungen Jahren hatte er auch bei der Gründung des Klubs zum schiefen Ständer 1821 mitgewirkt, doch spielte beides in seinem Leben keine Rolle, schon weil ihm für solche Zerstreuungen keine Zeit blieb. Nach seiner ersten Lebensauffassung beurteilte BODE auch seine Mitbürger: „Nach langjähriger Beobachtung habe ich die Überzeugung gewonnen, daß keine Klasse von Staatsgenossen so viele achtungswerthe, von Ehrgeiz, Habsucht und niedrigen Leidenschaften freie Männer zählt, als die der wohlhabenden Handwerker. Sie waren von jeher die bereitwilligsten Armenpfleger und wahrhafte Patrioten in der Übernahme öffentlicher, unentgeltlich zu verwaltender Ämter. Sie erkannten das Gute ohne Neid und Mißgunst an, blieben immer Verteidiger eines gerechten, monarchischen Regiments und erhielten sich frei von Schwindeleien, die sie als solche verachteten“ ⁵⁵⁰).

Auch bei der Beurteilung der vielen Zeitgenossen, von denen BODE in seinen Aufzeichnungen spricht, wird dieser Standpunkt deutlich erkennbar. Er lobt die Männer, die nur ihrer Pflicht lebten und ihre persönlichen Wünsche hinter ihrer Arbeit zurücktreten ließen, so die späteren Minister VON GEYSO, LANGERFELDT und TRIEPS; er spricht voller Anerkennung von dem Advokaten STEINACKER, obwohl dieser in den Landtagsverhandlungen als Führer der Opposition oft in Gegensatz zu BODE stand. Dagegen äußert sich WILHELM BODE sehr abwertend, gelegentlich mit scharfem Ausdruck seiner Verachtung, über Männer, deren Handlungen von persönlichen Motiven beherrscht wurden, von Geltungssucht und maßlosem Ehrgeiz sowie vom Streben nach Einfluß und Macht, und die oft verschlungene Wege nicht scheuten, um ihre Ziele zu erreichen. Diese persönliche Abneigung BODES gilt beispielsweise den Beamten PINI, VON KOCH und VON LIEBE ⁵⁵¹), den Abgeordneten HOLLANDT und JÜRGENS, aber auch F. K. VON STROMBECK. Und es ist wohl nicht so, wie R. FIGGE ⁵⁵²) meint, daß BODE später von STROMBECK besser gedacht habe, als er ihn 1838 als Vorsitzenden des zu gründenden Geschichtsvereins gewinnen wollte. Bei aller Abneigung war BODE nüchtern genug, um die geistige Begabung STROMBECKS anzuerkennen und ihn für Aufgaben heranzuziehen, für die STROMBECK

⁵⁴⁹) StABr: H IV Nr. 26.

⁵⁵⁰) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

⁵⁵¹) FRIEDRICH (VON) LIEBE wurde am 18. Dezember 1809 zu Braunschweig als Sohn eines Buchhalters geboren, besuchte seit Herbst 1826 das Collegium Carolinum und studierte 1828/30 in Göttingen Rechtswissenschaft. Zunächst als Advokat in seiner Vaterstadt tätig, trat er 1841 als Kanzleisekretär in den Staatsdienst; seit 1848 fand er Verwendung im diplomatischen Dienst. 1855 in den Adelsstand erhoben, gehörte er von 1861 bis 1867 dem Staatsministerium an und war dann bis zu seinem Tode am 9. April 1885 als Geh. Legationsrat braunschweiger Bevollmächtigter beim Bundesrat. (ADB 51, S. 698–702; H. KREUTZMANN: LIEBE. Hannover 1956).

⁵⁵²) Braunschw. Jahrbuch Bd. 36, 1955, S. 153 Anm. 74.

seinem Wesen nach glänzend geeignet war, so als Vorsitzender des Geschichtsvereins, so auch als Präsident der Naturforscherversammlung 1841.

Ähnlich war BODES Verhältnis zu dem Finanzdirektor VON AMSBERG. Auch bei ihm zollt BODE den Leistungen volle Anerkennung, verwirft aber die charakterliche Haltung: „Er war ein wissenschaftlich ungebildeter, übrigens sehr fähiger und unvermindert thätiger Kopf. Die Verhandlungen über Steuer- und Zollverträge in Cassel, Hannover, Berlin hoben ihn. Er wurde mit zahlreichen Decorationen behangen und verdiente sie gewiß in Beziehung auf den Fleiß und die Umsicht, mit der er die ihm übertragenen Geschäfte besorgte; es war aber nach dem gemeinen Sprichwort aus dem S topf ein Eßtopf geworden. Der Gestank blieb nicht aus, denn VON AMSBERG wurde übermüthig und anmaßend und stieß dem Fasse den Boden aus. Er wird jetzt, gewiß nicht zum Vortheil des Landes, nur zu Geschäften bei der Eisenbahn verwendet.“

BODES Gerechtigkeitsgefühl empörte sich besonders über die Folgen der Personalpolitik AMSBERGS, der seine Gehilfen MENADIER und KYBITZ in leitende Stellungen der Finanzverwaltung aufsteigen ließ, in denen sie sich dann als gefügige Diener des Finanzministers SCHULZ bewährten. „Diesen Menschen und den in alle Fugen dringenden PINI ist nun ein großer Teil dessen überlassen, was allein in der Hand des Ministers sein sollte. Ungleichheiten und nepotische Begünstigungen aller Art sind die Folge davon. Niemand fordert mit größerer Unverschämtheit und fördert mit mehr Schlaueit als solche Glückspilze, die den edleren, gebildeten Mann nicht zu beurtheilen verstehen, denen es aller Humanität mangelt, und die ihre stets doch nur sehr beschränkten Leistungen nach höchstem Maßstabe anschlagen.

Es ist nach und nach ein Zustand herbeigeführt, nach welchem der, welcher dem Staat wenn auch noch so redlich und geschickt dient, den Stützen und Dienern des Ministers auf eine empörende Weise nachgesetzt wird, daß der wissenschaftlich Gebildete — der Antipode solcher Schreiberseelen — von diesen verfolgt und geringschätzig behandelt wird.

Es ist Thatsache, daß Richter im Lande in dem Alter zwischen 30 und 40 Jahren theils überhaupt noch keine Remuneration ihrer Dienstleistungen, theils 300 bis 400 Rtl. erhalten, während 19jährige Knaben des MENADIER mit solchem Gehalt im Steuerdienste angestellt sind. Allen Leihhäusern im Lande sind Kibitze entweder vorgesetzt oder die Angestellten stehen mit diesem Vogel in Geschlechtsverwandschaft. Wie viele Prediger müssen sich mit einem Einkommen von 400 Rtl. für ihre Familie begnügen, während noch unmündige Burschen in großer Zahl herumlaufen, die in ganz beschränkten Fächern arbeiten, aber höher salarirt sind“ ⁵⁵⁰).

BODES sparsame Lebensführung schloß größere Reisen aus, die damals noch mit erheblichen Kosten verknüpft waren, so daß es nur einer winzigen Minderheit möglich war, auf Reisen in fremde Länder ihren Gesichtskreis zu weiten. Vom 16. bis 27. Mai 1827 fuhr BODE nach Hamburg, um sich dort über manche „in meinen gegenwärtigen Verhältnissen mir interessante Institute an Ort und Stelle instruiren zu können“. Da BODE schon früh an rheumatischen Schmerzen litt, hatte ihm sein Arzt Dr. POCKELS zweimal

Badekuren verordnet. 1834 erhielt BODE 6 Wochen Urlaub für eine Kur in Aachen, an die er eine kurze Reise durch Holland, Belgien und Nordfrankreich anschloß, im August und September 1836 unternahm er eine Badereise nach Cuxhaven. In den vierziger Jahren weilte er alljährlich eine oder zwei Wochen bei seiner Tochter in Schlanstedt. Dazu kamen gelegentliche kürzere Besuche des Harzes. Erst in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit unternahm BODE zwei weitere Reisen, zu denen seine historischen Interessen ihn veranlaßt haben mögen: im Herbst 1846 lernte er Frankfurt am Main und Nürnberg kennen, im Herbst 1847 weilte er zu einem achttägigen Besuch in der Hansestadt Lübeck ⁵⁵³).

So stark WILHELM BODE sein Leben hindurch wissenschaftlichen, insonderheit historischen Problemen aufgeschlossen war, so gering war seine Teilnahme am künstlerischen Leben seiner Zeit. Und wenn er sich so tatkräftig und auch erfolgreich für die Erhaltung der Agidienkirche und des Altstadtrathauses einsetzte, so war es ihm in erster Linie um die Geschichtsdenkmäler zu tun, die er der Nachwelt erhalten wollte. In seinen umfangreichen Aufzeichnungen findet sich aber keine Äußerung über die Malerei, die Musik oder das Theater, obwohl die Bürgerschaft Braunschweigs in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte die Abgesandten der Kunst mit ehrlicher Begeisterung in ihren Mauern empfing. Die einzige Ausnahme scheint ein Besuch LUDWIG UHLANDS im August 1842 zu sein, aber dieser kam nach Braunschweig, um im Stadtarchiv nach mittelalterlichen Handschriften zu forschen. Damit gewann er auch Bodes Herz. Über diesen Uhländbesuch erstattete WILHELM BODE seiner damals in Schlanstedt weilenden Gattin eingehende Berichte, die von einem schalkhaften Humor durchwoben sind ⁵⁵⁴).

Auch über einen Besuch des Landschafts- und Historienmalers KARL FRIEDRICH LESSING berichtete BODE im September 1842: „Nach UHLAND ist hier der größte der lebenden Maler — LESSING — ein Neffe des hier verstorbenen Hofraths LESSING, eingerückt. Er will von hieraus fünf Wochen den Harz bereisen, und seine Anwesenheit hat auch schon Feste veranlaßt, an welchen ich jedoch nicht Theil genommen habe. LESSING hat mich besucht und mehrere Stunden bei mir zugebracht, da er ein Freund der Geschichte und Antiquitäten ist. Er ist ein schöner, junger und sehr unterrichteter Mann, und als Jagdfreund ist ihm gestattet, am Harze Hirsche und Schweine zu jagen.“ Das braunschweigische Staatsministerium gewährte LESSING mit dieser Jagderlaubnis ein großzügiges Gastgeschenk, das sicher den Beifall BODES fand. Bei einer anderen Gelegenheit aber hatte er über das Verhalten des Ministeriums zu klagen. In seinen Notizen zur Geschichte der Stadt Braunschweig ⁵⁵⁵) bemerkte BODE im März 1844: „Mir stellten sich den Zeitgeist characterisirende Beispiele dar. Etwa im Jahre 1838 war der jetzige Oberbibliothekar Hofrath PERTZ anwesend, um als Historiograph des welfischen Hauses auf das hiesige Archiv sich beziehende Angelegenheiten zu ordnen. Er suchte eine Audienz

⁵⁵³) NStAW: L Neu Abt. 12 Fb. 11 Nr. B 131.

⁵⁵⁴) Die Briefe sind abgedruckt in: TH. MÜLLER, Ein Besuch Uhlands in Braunschweig. In: *Jahrb. der Raabe-Gesellschaft* 1962, S. 166—171.

⁵⁵⁵) StABr: H IV Nr. 346.

bei dem Herzoge zu erlangen und den Ministern Visite zu machen, ward aber von allen Ministern zurückgewiesen. Sonst suchte man sich wenigstens das Ansehen zu geben, als schätze man Gelehrte — wie den Herausgeber der *Monumenta Germaniae* — der europäischen Ruf hat, aber selbst Herr v. SCHLEINITZ ließ den ausgezeichneten Mann auf der Hausflur abfertigen.

Dagegen brachten musikalische Gaukler wie PAGANINI, LISZT etc. Alles in Begeisterung. Der zuletzt erwähnte Künstler, ein Ausbund von Arroganz und Lüderlichkeit, wurde aus einer Gasterei in die andere gezogen und selbst Frauenzimmer von hohem Stande prostituirten sich förmlich.

Auch unser Kunstsinniger v. SCHLEINITZ lud den Klavierspieler zu glänzenden Gastmälern ein; er beeilte sich, wie alle, welche Kunstkenner sein wollten, ihm die Aufwartung zu machen und reizte dadurch den übrigens ungebildeten Narren zum Hochmuthe, sodaß derselbe selbst in den hochadlichen Gesellschaften sich ungebührlich benahm, auf sich warten ließ oder nach Laune ganz zurückblieb, wenn er auch die Einladung angenommen hatte. Zwar verstreicht das Schmetterlingsleben solcher Künstler schnell. Die Zeit verwischt die glänzenden Farben, welche für den Augenblick hinreißen, während Männer wie PERTZ für alle Zeiten der Geschichte angehören.“

Die harte Kritik BODES an dem Minister v. SCHLEINITZ wegen seines Verhaltens zu PERTZ ist doch wohl ungerecht, da es immerhin möglich erscheint, daß diese unfreundliche Handlungsweise gegenüber einem verdienstvollen Gelehrten die Folge der damaligen politischen Spannungen zwischen Braunschweig und Hannover war, zumal PERTZ in seiner Eigenschaft als Historiograph des hannoverschen Königshauses nach Braunschweig kam.

WILHELM BODE war in einem religiösen Elternhause und in einer kirchlich gesinnten Umgebung aufgewachsen, die von dem in der damaligen Zeit die braunschweigische Landeskirche beherrschenden Rationalismus geprägt wurden, und diese Eindrücke waren so stark, daß Bode sie auch später nicht überwand. Während sein ihm sehr nahe stehender Schwager E. L. TH. HENKE unter dem Einfluß seines akademischen Lehrers SCHLEIERMACHER zu einem innigeren religiösen Gefühlsleben fand, blieb Wilhelm Bode Zeit seines Lebens Rationalist. Das sprach er deutlich aus bei einer Betrachtung des 1846 im Elm errichteten Tetzeldenkmals: „Seit jener Zeit sind abermals drei Jahrhunderte verschwunden, auch sie lehren, wie Selbstsucht und Eigennutz immer wieder vom Wege abführen. Nur teilweise kam damals zur Ausführung, was größere Geister behutsam vorbereitet hatten; zurückgebliebene schädliche Stoffe waren immer noch bedeutend genug, um damit das mühsam errungene neue Gebäude in wesentlichen Teilen zu verpestern und den Weg zum Besseren zu verlegen. Sehen wir nicht noch jetzt Bilder ausstellen und armselige betrogene Haufen von Tausenden ihre Habe dem Eigennutz weihen? Sehen wir nicht abermals die edelsten Denker im Kampfe mit Heuchlern, die das Erhabendste im Menschen — die Vernunft — verleugnend, ihr: steinige! steinige! rufen?“⁵⁵⁶⁾

⁵⁵⁶⁾ W. BODE, *Der Elm und seine Umgebung*. Braunschweig 1846, S. 20.

Und von dieser kühlen, nüchternen Auffassung BODES wurde auch seine Stellung zur Kirche geprägt. In ihr sah er gewiß eine wichtige Ordnungsmacht, deren Entwicklung und Bestand er in seinem Amtsbereich nachdrücklich förderte. Er brachte Ordnung in die Finanzverwaltung der Braunschweiger Gemeinden, er bemühte sich erfolgreich um eine Aufbesserung der Pfarrergehälter wie um die bauliche Pflege der Pfarrkirchen. Aber ebenso nachdrücklich bekämpfte er auch alle Versuche des Konsistoriums als der kirchlichen Landesbehörde, seinen Einfluß auf die Kirchen und Schulen der Stadt Braunschweig zu verstärken, wie er auch bis in seine letzten Amtsjahre nicht müde wurde, die vom Konsistorium beanspruchte, aber nach Recht und Herkommen unbegründete Herrschaft über das Große Waisenhaus abzuwehren.

Als der Pfarrer der Braunschweiger katholischen Gemeinde DIEDENHOFEN, ein Angehöriger des Franziskanerordens, 1824 starb, hinterließ er die Kirchenkasse in einem derart verwirrten Zustande, daß die Kirchenvorsteher den Magistratsdirektor BODE baten, für die Wiederherstellung einer geordneten Vermögensverwaltung zu sorgen. Nach der Durchführung dieser Arbeit wurde am 2. März 1826 durch eine Verfügung der Landesregierung dem Stadtmagistrat die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens übertragen. Auch diesen Auftrag hat BODE sorgsam erfüllt: er erreichte bei der Landesregierung die Bewilligung eines laufenden Zuschusses aus dem Kloster- und Studienfonds, er vermittelte auch die Anstellung eines zweiten Geistlichen für die damals 2000 Seelen zählende katholische Gemeinde. Da die von 126 Kindern besuchte Schule der katholischen Kirchengemeinde nur einklassig geführt wurde, veranlaßte BODE für sie die Erhebung des gleichen Schulgeldes, wie es an den Bürgerschulen zu entrichten war. Aus dem höheren Einkommen konnte er eine zweite Lehrerstelle einrichten und einen zusätzlichen Unterrichtsraum zur Verfügung stellen ⁵⁵⁷).

BODES Plan, die Schule der katholischen Kirchengemeinde mit den von ihm aufgebauten städtischen Bürgerschulen zu verschmelzen, scheiterte am Widerspruch des Nachfolgers DIEDENHOFENS, des Dechanten JODOKUS MEYER ⁵⁵⁸). Dieser war bestrebt, das Regulativ von 1768, das die Betätigung der katholischen Geistlichkeit im Herzogtum Braunschweig stark einengte, durch Verhandlungen mit der Landesregierung und dem Stadtmagistrat zu beseitigen, doch konnte er weder die Behörden noch die protestantische Geistlichkeit für solche Pläne gewinnen. Da Meyer mehrfach sich über die Bestimmungen des Regulativs hinweggesetzt hatte, forderte BODE seine Absetzung. Die Landschaftsordnung von 1832 sicherte zwar den Katholiken Gewissensfreiheit und das Recht des öffentlichen Bekenntnisses zu, ließ aber die Oberaufsicht der Landesregierung weiterhin bestehen. Da zudem ein päpstliches Breve 1834 die Katholiken des Herzogtums Braun-

⁵⁵⁷) StABr: H IV Nr. 285.

⁵⁵⁸) JODOKUS MEYER (1790—1875) wurde am 1. Januar 1825 als Pfarrer der St.-Nikolai-Gemeinde eingesetzt und gleichzeitig zum Dechant für das Herzogtum Braunschweig bestellt, doch bestätigte das Staatsministerium diese Ernennung erst am 7. Januar 1829. M. legte 1859 altershalber sein Amt nieder. (F. FRIESE, 250 Jahre katholische Gemeinde Braunschweig, 1958, S. 78 f.).

schweig dem Bistum Hildesheim unterstellte, wuchsen die Spannungen und damit BODES Gegnerschaft gegen alle dogmatisch-hierarchischen Bestrebungen.

Ausgelöst durch die Empörung über die Ausstellung des heiligen Rocks in Trier, entstand im Herbst 1844 in Breslau die deutsch-katholische Bewegung, die sich schnell über Deutschland ausbreitete. Auch in Braunschweig gründeten am 7. März 1845 in der Agidienkirche fünfzig katholische Familienväter unter dem Vorsitz des Hofbuchbindermeisters SELENKA ⁵⁵⁹) eine deutsch-katholische Gemeinde, der sich bald mehr als 400 Mitglieder anschlossen. WILHELM BODE unterstützte diese gegen die römisch-katholische Kirche gerichtete Bewegung mit allen Kräften. Er stellte den Deutsch-Katholiken die evangelischen Kirchen zur Verfügung, dazu bewirkte er, daß die Stadtverordnetenversammlung auf zunächst drei Jahre einen jährlichen Zuschuß von 300 Rtl. bereitstellte, wie auch das Staatsministerium auf seinen Antrag einen gleichen Zuschuß bewilligte. Am 27. April 1845 versammelte sich die deutsch-katholische Gemeinde zu ihrem ersten Gottesdienst in der Michaeliskirche. Nachdem der Kaplan KERBLER aus Breslau als Gemeindepfarrer nach Braunschweig berufen worden war, weihte der Gründer der deutsch-katholischen Bewegung, der Breslauer Pfarrer JOHANNES RONGE, am 7. August 1845 in der Martinikirche die heiligen Gefäße der jungen Gemeinde ⁵⁶⁰).

Aus dem Kreis der Männer, denen im Vormärz die Geschicke des Landes und der Stadt Braunschweig anvertraut waren, ragt WILHELM BODE hervor durch seinen scharfen Verstand, seine umfassenden Kenntnisse und seine sichere Menschenkenntnis sowie durch eine erstaunliche Arbeitskraft. Zu diesen Eigenschaften des Geistes trat ein Charakter von unerschütterlicher Rechtschaffenheit, wahrheitsliebend und furchtlos. Diese Wesenszüge bestimmten auch BODES politische Grundsätze, die, in einer jahrzehntelangen, verantwortungsbewußten Tätigkeit immer wieder überprüft, Ausdruck eines eigenwilligen und selbständigen Geistes waren und sich nie einer Parteimeinung unterordneten.

Sicherlich wurden BODES politische Anschauungen von den Gegebenheiten und den Erlebnissen in der Zeit seines Erwachens zu eigenem Denken weitgehend bestimmt. Er wurzelte in dem von der Aufklärung stark beeinflussten Patrimonialstaat braunschweiger Prägung, dessen Vorteile und Schwächen BODE schon als junger Beamter klar erkannte. In seinem späteren politischen Wirken ist eine konservative Grundhaltung unverkennbar, freilich auch die Überzeugung von der Notwendigkeit besonnener Reformen, wobei BODE immer bestrebt war, das Künftige aus dem Vergangenen zu entwickeln.

⁵⁵⁹) JOHANN JAKOB SELENKA, geboren am 25. Juni 1801, stammte aus dem Rheinland und ließ sich 1825 in Braunschweig nieder. Seine künstlerische Veranlagung befähigte ihn zu besonderen Leistungen in seinem Beruf. Politisch interessiert, beteiligte sich S. eifrig an der Arbeit des Gewerbe- und Bürgervereins; 1848 reiste er nach Frankfurt am Main, um den Verhandlungen der Nationalversammlung beizuwohnen. S. starb am 14. Mai 1871; da er nach dem Scheitern der deutsch-katholischen Bewegung zum Luthertum übergetreten war, wurde er auf dem Magnifriedhof beigesetzt.

⁵⁶⁰) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 6 Nr. 19.

Er hat diesen Zwang zur Reform und zu einer fortschrittlichen Politik schon in seiner Ansprache bei der Huldigung der Bürgerschaft Braunschweigs am 25. April 1831 klar ausgesprochen: „Es ist fruchtlos zu hemmen, nur willige, zeitgemäße Fortbildung kann gegen Gefahr schützen.“ Deshalb vertrat BODE viele der liberalen Forderungen des aufstrebenden Bürgertums, wie er auch im Kampfe gegen jede politische, geistige oder geistliche Bevormundung in vorderster Linie stand. Während aber die Anschauungen der politisch interessierten Kreise der Braunschweiger Bürgerschaft zumeist von englischen Vorbildern beeinflusst waren, in der eigentlichen Linken auch von demokratischen Vorstellungen französischer Prägung, wurzeln BODES Anschauungen in der deutschen Geschichte, Anschauungen, wie sie LUDWIG UHLAND in den „Vaterländischen Gedichten“ verkündete:

Zu retten gilt's und aufzubauen,
doch das Gedeihen bleibt fern,
wo Liebe fehlet und Vertrauen
und Eintracht zwischen Volk und Herrn.
Der Deutsche ehrt' zu allen Zeiten
der Fürsten heiligen Beruf,
doch liebt er, frei einherzuschreiten
und aufrecht, wie ihn Gott erschuf.

In einer konstitutionellen Monarchie erblickte BODE die beste Regierungsform. Aus ehrlicher Überzeugung diente er seinem Herzog, aber auch zum Schutze der Verfassung setzte er sich immer wieder mit seiner ganzen Kraft ein, so um den maßlosen Übergriffen des Herzogs KARL ein Ende zu setzen, so um den Angriff der Ritterschaft abzuwehren. Doch die mannigfachen persönlichen Enttäuschungen, mit denen seine politische Tätigkeit belastet wurde, nötigten ihm 1847 das Geständnis ab, daß er es im Grunde mit dem Wahlspruch Friedrichs des Großen halte: Alles für das Volk, nichts durch das Volk. Auf Grund bitterer Erfahrungen hatte er auch die Bürgerwehr von 1830 argwöhnisch betrachtet und wohl zu ihrem sang- und klanglosen Untergang beigetragen. Auch in manchen Äußerungen zu politischen Tagesfragen wird seine Skepsis deutlich: „Preß- und Redefreiheit sind schätzenswerte Güter, wären nur die nicht, welche sie auf das böswilligste benutzen, die etwas haben oder werden wollen und auf Rechnung jener Freiheiten so lange die Regierung anzufeinden und zu verwunden trachten, bis ihrem Ehrgeize irgend ein Opfer gebracht wird.“ Über die Verhältnisse in Braunschweig, wo es in dieser Zeit keine politische Tageszeitung gab, äußerte sich BODE sehr abfällig: „Unter dem Zeitungsgeschrei verhallt die Stimme der kundigen und wohlwollenden Förderer des Zeitgemäßen, einer Freisinnigkeit in edlerem Stil. In Braunschweig z. B. sind es drei Menschen, die der Beurteilung der Staatsverhältnisse in Zeitungen vorzugsweise sich unterziehen: ein vom Judentum abgefallener Advokat ROTHSCHILD, ein wegen seiner Vergehen abgesetzter Aktuar EGGERS und ein Doktor der Philosophie LINDNER, der wiederholt wegen Trunkfälligkeit und anderer übler Eigenschaften gefangen gesetzt worden. Den Zeitungsschreibern kommt es meistens nur darauf an, Auffallendes, Per-

sönliches zu erhalten, um den gewöhnlichen Lesern die Langeweile zu vertreiben und dadurch sich Abnehmer zu verschaffen, und so sind dann Lügen, Verdrehungen, Verhöhnung derer, welche höher stehen, bekannter und allgemeiner geachtet sind, die hauptsächlichsten Kunstgriffe der Korrespondenten“ ⁵⁶¹).

Wie WILHELM BODE immer für eine saubere und „humane“ Verwaltung eintrat und insofern auch die liberalen Forderungen von 1848 nach der Selbständigkeit der Städte- und Gemeindeverwaltungen, nach der Beschränkung der Staatsdienerschaft besonders in den Mittelbehörden und nach der Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Volksvertretung bejahte, so setzte er sich auch nachdrücklich für die bürgerliche Freiheit im Wirtschaftsleben und die Beseitigung hemmender staatlicher Bevormundung ein. Den Aufstieg der Braunschweiger Wirtschaft mit der beginnenden Industrialisierung hat er zwar nur in den ersten Anfängen noch miterlebt. Wohl aber konnte er sich besondere Verdienste erwerben um das Zustandekommen der Ablösungsgesetze, die alle bäuerlichen Dienstverpflichtungen und Abgaben vom Bodenertrag zu sehr günstigen Bedingungen beseitigten und damit eine glänzende Entwicklung der Landwirtschaft einleiteten. Dafür mußten die bisher Bevorrechtigten naturgemäß auch Opfer bringen. So erlitt die Stadt Braunschweig am Aufkommen von ihren Liegenschaften eine jährliche Einbuße von mehr als 1500 Rtl. Trotzdem stellte BODE fest: „Wer das Wohl des Staates vor Augen hat, kann sich dennoch nur über den Erfolg freuen, er ist mit den großen Opfern nicht zu teuer erkaufte, und mit Freude habe ich selbst solche Ablösungsverträge unterzeichnet.“

Dabei hatten die Abgeordneten der liberalen Opposition unter der Führung KARL STEINACKERS die Ablösungsgesetze abgelehnt, weil sie der Meinung waren, daß die harten Bedingungen den größten Teil der Landbewohner ins Elend zu bringen drohten. Doch schon ein Jahrzehnt später mußte STEINACKER bekennen: „Die Ablösung der bäuerlichen Lasten ist durch die vom Staate gebrachten Opfer und Unterstützungen zu einer wahren Wohltat des Bauernstandes geworden“ ⁵⁶²).

Mit den Liberalen seiner Zeit stimmte WILHELM BODE überein in der Abneigung gegen das stehende Heer, insbesondere gegen die Absonderungsbestrebungen des Offizierkorps. In den Etatberatungen der Ständeversammlung bereitete der Militäretat mit seinen im Rahmen des Staatshaushalts sehr beträchtlichen Ausgaben den sparsamen Abgeordneten steten Kummer. Da die Truppenstärke aber durch die Bundesverfassung festgelegt war, ließ sich nur wenig von den Ausgaben streichen. Lediglich einige Ausgabeposten wie das Kadetten-Institut boten die Möglichkeit dazu. Infolge der mehrfach wiederholten Beschlüsse der Ständeversammlung wurde das Kadetten-Institut am 1. Oktober 1846 geschlossen, doch wurden zu BODES Kummer die freiwerdenden Räume in der Burghaserne zur Einrichtung eines Offizierskasinos benutzt. BODE widmete dem Kadetten-Institut einen wenig schmeichelhaften Nachruf: „Schon Herzog CARL II. hatte eine eigene Militär-

⁵⁶¹) NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 68.

⁵⁶²) WEIL's konstitutionelle Jahrbücher Bd. 3. Stuttgart 1846, S. 198.

schule für künftige Offiziere eingerichtet. Sie wirkte auf ganz unverhältnismäßigen Andrang zu den Offizierstellen und die vorzeitige Pensionierung mancher verdienten Militärs. Sie sollte einen *esprit de corps* wecken und fördern, der nur Dünkel erzeugte; die Anstalt aber war umsomehr unnütz, da, wer zum Offizier sich bilden wollte, dazu hinlänglich Gelegenheit auf dem Collegio Carolino fand, und hier noch dazu den großen Vorteil genoß, in dem Umgange mit Civilisten sich abzuschleifen und sich für den Umgang mit Menschen anderer Stände ausbilden zu können. Auf wiederholtes Andrängen der Stände wurde das Institut zwar 1845 aufgehoben, es war daraus jedoch eine bedeutende Zahl junger Offiziere hervorgegangen, die nicht die Achtung der vielen tüchtigen Unteroffiziere genoß.“ Nachdem BODE dann die „Arroganz“ vieler jüngerer Offiziere beklagt hatte, fuhr er fort: „Friedlich verkehrten Offiziere und Bürger hier in dem sogenannten Großen Club, bis man eine scharfe Trennung für angemessen hielt und auf des Generals VON NORMANN ⁵⁶³⁾ Betreiben ein eigener Militärclub die jüngeren Offiziere aufnahm und sonderte“ ⁵⁶⁴⁾.

Das braunschweigische Militär bietet ein anschauliches Beispiel für das starke Eigenleben der deutschen Kleinstaaten in dieser Zeit. Es war ein völlig selbständiger Truppenkörper, der nur sehr lose durch die Bundesverfassung mit den Kontingenten der übrigen Bundesstaaten verknüpft war. Der Offiziersnachwuchs kam nur aus dem eigenen Lande, und trotz der schlechten Aufstiegsmöglichkeiten verließ ohne Not nie ein Offizier den Heimatstaat, um in der Fremde ein leichteres Fortkommen zu finden. Das galt aber auch mehr oder weniger für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Und in diesen engen politischen Grenzen verlief auch WILHELM BODES Leben und Wirken, das ausgerichtet war auf den Bestand und die Entwicklung des Herzogtums Braunschweig, auf seine Sicherung zwischen den mächtigen Nachbarn Hannover und Preußen.

Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme wurden auch WILHELM BODES Anschauungen über die Zukunft Deutschlands beherrscht. Er bekannte sich rückhaltslos zu seinem Volke, und so geflissentlich er sich sonst von öffentlicher Betätigung zurückhielt, so hatte er sich doch immer an Veranstaltungen beteiligt, die ein Bekenntnis zum deutschen Vaterland kundgaben, am Gutenbergfest wie an den Stellungnahmen zum Freiheitskampf der Schleswig-Holsteiner. Als der Braunschweiger Männergesangsverein am 1. Juli 1846 ein Sängerfest auf der Asse veranstaltete, gehörte BODE dem Festvorstand an. Zahlreiche

⁵⁶³⁾ GUSTAV V. NORMANN, geboren am 29. Mai 1790 zu Breslau, trat 1804 in die preußische Armee ein und gehörte seit dem 1. April 1809 als Leutnant dem braunschweigischen Korps in Nachod an. Nach der Teilnahme am Zuge nach England und am Feldzug in Spanien wurde er am 28. Februar 1814 als Hauptmann zum Adjutanten des Herzogs FRIEDRICH WILHELM ernannt. Am 28. September 1841 wurde N. zum Generalmajor und Kommandeur des Feldkorps ernannt. Am 21. März 1848 als Generalleutnant zur Disposition gestellt, starb er am 26. Januar 1855 zu Braunschweig. (v. KORTZFLEISCH, *Gesch. d. Braunschw. Inf.-Regts.* Bd. 1, 1896, S. 348 f.).

⁵⁶⁴⁾ TH. MÜLLER, *Zur Geschichte des Herzogl. Kadetten-Institutes.* In: *Braunschw. Jahrbuch* Bd. 41, 1960, S. 106 f.

Gesangvereine, so aus Magdeburg, Halberstadt, Hildesheim, Hannover und Celle hatten sich mit 450 Sängern eingefunden, dazu mehr als 10 000 Festteilnehmer. Der Festredner verfocht das Streben nach deutscher Einigkeit und wies den Gesangvereinen die Aufgabe zu, Prophetenschulen einer besseren Zukunft zu sein ^{564a)}).

Doch so sehr WILHELM BODE auch die national-deutsche Bewegung bejahte, er betrachtete sie nüchtern und ohne romantischen Überschwang. Er war der Überzeugung, daß nur freiere, übereinstimmende Verhältnisse in allen Bundesstaaten zur Einheit des ganzen Deutschlands führen könnten. Deshalb lehnte er auch das reaktionäre Preußen als Führungsmacht in einem deutschen Bundesstaat ab, forderte vielmehr Gleichberechtigung der Mitglieder des Bundes und eine von diesen gebildete starke Reichsregierung, eine unabhängige Reichsverwaltung und ein Reichsgerichtswesen. Er war aber auch überzeugt, daß dieses Ziel eines fest geschlossenen Bundesstaates nie erreicht werden würde, wenn die österreichische Monarchie ihm angehörte. „Österreich ist und bleibt eine der Einheit Deutschlands feindliche Macht, so lange das jetzige mixtum compositum besteht.“ Auch in der Revolution von 1848 stand WILHELM BODE auf der Seite der monarchisch-konstitutionellen Kleindeutschen. Deren Anschauungen und Forderungen vertrat mit weit reichendem Einfluß die im Viewegschen Verlag erscheinende „Deutsche Reichszeitung“, an deren Gründung und Ausrichtung BODE mitgewirkt hatte.

Es ist für einen Historiker besonders reizvoll, in der Vergangenheit den Kräften nachzuspüren, die nicht nur ihrer Zeit, sondern auch der Arbeit der nachfolgenden Generationen Richtung und Gestalt gegeben haben und solcherart noch in der Gegenwart wirken. Im Lande und in der Stadt Braunschweig gehört WILHELM BODE zu diesen Persönlichkeiten, deren Lebenswerk über ihren Tod hinaus reiche Früchte getragen hat und ungeachtet allen Wandels bis heute lebendig geblieben ist. Während nun die Stadtgeschichtsforschung sich ihres engen Zusammenhangs mit BODES Tätigkeit bis in unsere Tage dankbar bewußt geblieben ist, gerieten seine Verdienste um die Landes- und Kommunalpolitik ins Vergessen. So übernimmt vorliegendes Buch mit voller Absicht die Aufgabe, den Bürgern der Stadt Braunschweig ein Bild dieses aufrechten Mannes und vorbildlichen Stadtoberhauptes zu zeichnen und sein unablässiges, erfolgekröntes Bemühen um unsere Vaterstadt nach Gebühr zu würdigen.

^{564a)} E. ROSENTHAL, Geschichtliches Tagebuch des Braunschweiger Männergesangsvereins. Braunschweig 1896.

ANLAGEN

1. *Bodes Denkschrift zur Reform des Collegium Carolinum* ⁵⁶⁵⁾

Der Stadtdirektor Bode

An Herzogliches Staatsministerium

Die Einrichtung eines
polytechnischen Instituts betreffend

Es bedarf wol der näheren Nachweisung nicht, wie sehr die der neueren Zeit angehörigen, auf Vervollkommenung und Verbreitung der gesamten Gewerbskunde und Gewerbsthätigkeit gerichteten technischen Institute sich bewährt haben, wie nach dem Vorbilde solcher Anstalten zu Wien, Prag, Berlin jährlich neue polytechnische Schulen in den größeren deutschen Städten emporblühen, und wie wir jetzt schon in Verhältnissen uns befinden, daß ein so wichtiges Hilfsmittel den Gewerbetreibenden da nicht fehlen darf, wo ihnen die Concurrrenz mit den Bewohnern anderer, in dem Besitze solcher Anstalten befindlicher Städte und Länder erhalten werden soll.

Die Aufgabe ist: die Jugend zur industriellen Thätigkeit auszubilden, theils durch allgemeine Vorbildung in den Fächern, welche als Grundlage der Gewerbekunde zu betrachten sind, theils durch Mittheilung vollständiger Kenntniß von dem Betriebe der Gewerbe, theils durch Übung in den Arbeiten selbst, welche mehr Kenntnisse und größere Sorgfalt fordern als man von der Privatwerkstelle verlangen kann.

Erwägt man, wie viele Mittel Braunschweig besitzt, um ein diese Zwecke förderndes, viel umfassendes Institut ins Leben zu rufen, wie nur erforderlich ist, die vorhandenen Mittel und Kräfte nach geordnetem Plane zu vereinigen, so scheint darin die dringendste Aufforderung zur Aufstellung und Verwirklichung eines solchen Planes zu liegen.

Die vorhandenen Mittel werden dann am klarsten übersehen werden können, wenn zuvor im Umriss das Bild einer umfassenden polytechnischen Anstalt aufgestellt wird.

Soll die technische Schule dem Zweck vollkommen entsprechen, so müssen die Vorschulen in Beziehung auf den, jener zum Grunde liegenden Plan geordnet sein. Es muß eine höhere Bürgerschule vorhanden sein, welche neuere Sprachen, Mathematik, Zeichnen, Naturlehre und Physik neben der Geographie und Geschichte als hauptsächlichste Gegenstände des Unterrichts behandelt, und so für die höheren Geschäftskreise Vorbildet; dann aber müssen auch die gewöhnlichen Bürgerschulen besonders Mathematik und Zeichnen in ihren Lehrplan mit aufnehmen, damit die fähigeren Schüler, nach zurückgelegtem 14. Jahre, zu einer Abteilung der technischen Anstalt mit Nutzen übergehen, zu tüchtigen Maurern, Zimmerleuten pp sich völlig ausbilden können. Wie wichtig das ist, kann wohl zureichend mit hier gesammelten Beispielen belegt werden.

⁵⁶⁵⁾ NStAW: L Neu Abt. 12 A Fb. 5 Nr. 6484.

Ist die allgemeine Vorbildung der Schüler in einer wohlgeordneten Vorschule vollendet, so werden ihre Studien in der technischen Anstalt selbst bestimmter auf das Fach gerichtet, dem sie künftig ihre Thätigkeit widmen wollen.

Das technische Institut gewährt den umfassendsten Unterricht:

1. in der Mechanik und Technologie, sowohl theoretisch als praktisch,
2. in der Chemie,
3. in der Baukunst,
erstreckt sich auch in besonderen Vorträgen auf:
Geschmackslehre, und zwar sowohl auf die Grundsätze und Hilfsmittel der Verzierung im Allgemeinen, als auch auf das, was einzelne Gewerbe zu beachten haben. Dabei wird der mathematische und der physikalische Unterricht, auch der Unterricht im Zeichnen unter besonderer Berücksichtigung der verschiedenen Fächer, welche die Zöglinge der Anstalt sich erwählt haben, fortgesetzt.

Mit dem technischen Unterricht stehen in unmittelbarer oder entfernterer Berührung die auf
Handelwissenschaften,
Landwirthschaft,
Forstwirthschaft,
Bergbau,
Wundarzneikunde und Thierheilkunde

sich beziehenden Lehrkurse.

Auch für diese Zweige sind mit einem vollständigen technischen Institute bedeutende Hilfsmittel bereits gewonnen. Sie haben viele der für das technische Institut zu treffenden Einrichtungen mit demselben gemein.

Zu solchen der Gesamtanstalt gemeinsamen Einrichtungen und Sammlungen sind zu rechnen:

Das Modellhaus und die dazu gehörigen Werkstellen,
die Sammlung für Physik,
die Sammlung mathematischer Instrumente und Feldmeßwerkzeuge,
das Fabrikprodukten-Kabinett,
die Sammlung für Mineralogie und andere Zweige der Naturwissenschaft,
die Bibliothek,
die Laboratorien,
der botanische Garten.

Zwar ist die planmäßige und bestimmte Ausbildung der Jugend zur industriellen Thätigkeit wichtiger, aber nicht alleiniger Zweck eines so umfassenden Instituts; es liefert zugleich Übersichten und Nachweisungen über Stoffe, Produkte und Werkzeuge, welche der Gewerbefleiß des Landes verarbeitet, hervorbringt und benutzt; es sucht durch wissenschaftliche Arbeiten und Versuche Kenntnisse und Fertigkeiten weiter auszubilden und zu verbreiten, giebt Kunde von neuen Unternehmungen und Entdeckungen, ertheilt in streitigen Fällen theoretische Erläuterungen und gutachtliche Entscheidungen und sucht durch ein allgemein gelesenes Blatt das Bessere und Erprobte zum Gemeingute aller, dem Nährstande des Landes angehöriger Einwohner zu machen.

Rings um uns her sehen wir Staaten und größere Städte dem hohen, hier angedeuteten Ziele entgegenstreben. Wenn der größere Theil der bereits ins Leben getretenen Institute nur theilweise den ausgehobenen Erfordernissen genügt, so ist nicht Mangel an gutem Willen, sondern die Schwierigkeit der Ausführung eines so umfassenden Plans die Ursache davon. Soll alles, was

dazu erforderlich ist, neu geschaffen werden, sind die zu benutzenden Locale, ist das gesammte erforderliche Personale vorgängig mühsam aufzusuchen, bilden die erforderlichen Geldmittel ein ganz neues Capitel des Staats-Finanz-Etats, so liegen darin häufig unübersteigbare Hindernisse; wie aber alles dieses hier nicht der Fall ist, wie nur, um große Zwecke zu erreichen, eine Umgestaltung und Ergänzung erforderlich ist, mag ferner geprüft werden.

Schon mit der Errichtung des Collegiums hieselbst verband man im Jahre 1745 den ange-deuteten ähnliche Zwecke.

Nach der unter dem 17. April 1745 über die Organisation jener höheren Unterrichtsanstalt gegebenen Nachricht hatte man einen doppelten Zweck vor Augen.

Sie sollte

1. zwischen den Gymnasien und Universitäten in der Mitte stehen und als eine, den künftigen Gelehrten gewidmete Anstalt das auf den Gymnasien Gewonnene erhalten, vervollkommen und vermehren,

2. auch denen nützlich werden, die der Kaufmannschaft, der Landwirthschaft, dem Forstwesen, dem Berg- und Hüttenbaue, der Policei, dem Militärstande sich widmeten.

Dies ist die damals dem Institute ausdrücklich gegebene Bestimmung, und da in jener Zeit zur Ausführung des angedeuteten Plans bedeutende Mittel herbeigeschafft, kostspielige Einrichtungen getroffen und schätzenswerthe Sammlungen angelegt worden, so sollte zunächst einer sorgfältigern Untersuchung unterworfen werden, wie das von den Vorfahren errichtete Institut erhalten, dabei aber den gegenwärtigen Bedürfnissen gemäßer eingerichtet werden kann, welche Mittel zur Erweiterung vorhanden und wie andere Lehranstalten so zu ordnen sind, daß sie mit dieser höchsten im Lande in Übereinstimmung kommen und ihr zum Fundamente dienen.

Da hier vorzugsweise von einem technischen Institute die Rede ist, so darf zunächst erörtert werden, welche Hülfsmittel dazu sowohl mit der oben angezeigten 2ten Abtheilung des Collegii, als auch übrigens vorhanden sind.

Eine höhere, den hier in Rede stehenden Zwecken dienende Bürgerschule ist mit dem Realgymnasium bereits eingerichtet. Sie würde vorzugsweise mit als Vorschule benutzt und würden manche Lehrzweige daraus hiernächst auf das polytechnische Institut, die 2te Abtheilung des Collegii, verwiesen werden können. Sie wurde bisher schon für den Unterricht in den Handelswissenschaften, zur Bildung künftiger Landwirthe, Baumeister und solcher Zöglinge benutzt, welche irgend einem höheren Gewerbe sich widmeten, sie kann aber das nicht leisten, was man von einem polytechnischen Institute erwarten muß, und sie würde in Zukunft zu diesem in das Verhältnis einer Vorschule für die eine höhere gewerbliche Bildung erstrebenden Schüler treten müssen.

Wie das Bedürfnis eines wohleingerichteten polytechnischen Instituts allgemein gefühlt wird, beweiset selbst diese Realschule. Obwohl dieselbe unvollkommen und mit einem geordneten polytechnischen Institute nicht zu vergleichen ist, so stieg doch die Zahl der daselbst unterrichteten Zöglinge in wenigen Jahren von 84 auf 134, und gegenwärtig befinden sich darunter 9 Engländer, auch mehrere Schüler aus Hamburg, Bremen und anderen größeren Städten.

Die hiesigen übrigen Bürgerschulen, wie mehrere in den übrigen Städten des Landes, sind in neuerer Zeit wesentlich verbessert, und ohne Schwierigkeiten lassen sie in so weit sich heben, daß sie, den Bauhandwerkern besonders, zu solchen Vorschulen dienen können, aus welchen sie zu einem, mit der technischen Anstalt verbundenen, vorzugsweise für solche Handwerker bestimmten höhern Cursus übergehen können. Für Braunschweig darf mit Sicherheit auf eine solche Verbesserung gerechnet werden.

Für die einer technischen Anstalt wesentlichen Lehrzweige ist ein für einzelne Fächer vollkommen genügendes Personal vorhanden, für andere würde die Ergänzung nicht schwierig sein.

Für die wichtigen mathematischen Wissenschaften sind mehrere Professuren am Collegio begründet und dotirt. Eine derselben ist gegenwärtig eröffnet, so daß die Wiederbesetzung unter specieller Berücksichtigung der Zwecke des technischen Institutes geschehen kann. Ausgezeichnete Mathematiker sind jetzt auch für den Unterricht am Gymnasio gewonnen, die erforderlichen Falls ihre Kräfte dem Institute widmen können, und zu dem Unterrichte im Feldmessen, wie er den künftigen Landwirthen und Forstofficianten nützlich ist, hat einer der am Realgymnasio angestellten salarirten Lehrer sich als besonders qualificirt ausgewiesen, welcher diesen Zweig auch für das technische Institut beibehalten könnte.

Eben so verhält es sich mit den in das Gebiet der Physik gehörigen Wissenschaften. Zu den dafür vorhandenen Lehrern kann noch der, dem Vernehmen nach mit festem Gehalt in Dienst genommene Doctor SPRENGEL ⁵⁶⁶⁾, ein Mann von bedeutendem Rufe, gezogen werden.

Auch für Bauwissenschaften ist ein Lehrstuhl bereits errichtet und dotirt, und für den Unterricht im Zeichnen sind zwar besoldete Lehrer bei allen Unterrichtsanstalten zu Braunschweig angestellt, sie wirken indeß nicht nach einem wohlberechneten Plane, nicht zu Zwecken, wie sie ein technisches Institut sich feststellt, sondern nach Willkühr und ohne einen im Verhältnisse zu dem Aufwande stehenden Nutzen zu gewähren.

Für den Unterricht in den dem Kaufmann, dem Landwirthe, dem Forstmann, dem Bergbauer erforderlichen Hülfswissenschaften, für den dem ersten besonders nöthigen Unterricht in neueren Sprachen ist das Personal bereits vorhanden, und eine genauere Erwägung dürfte ergeben, daß unter den zu Braunschweig bereits angestellten und salarirten Officianten für jede der vier genannten Disciplinen ein ausgezeichnete Lehrer sich ausfindig machen läßt, ohne daß ein neuer namhafter Kostenaufwand zur Berufung solcher Männer und Begründung neuer Stellen erforderlich wäre. Eine weitere Erörterung wird diese Behauptung bewahrheiten, nur ist hier noch nicht der Ort, sie durch nähere Bezeichnung umständlicher auszuführen, und mag nur noch bemerkt werden, daß das anatomisch-chirurgische Institut, um mit in den ganzen Verband gezogen zu werden, vollständig vorhanden, auch der Unterricht in der Thierheilkunde nothdürftig bereits geordnet ist.

Auch das an andrer Stelle so schwer zu beseitigende, aus dem Mangel an Localen erwachsende Hindernis tritt hier nicht hemmend entgegen. Die Hörsäle des Collegii sind ohnstreitig geeignet, für die Vorlesungen und selbst zu mehreren Sammlungen benutzt zu werden, und ein geräumiger Saal im Locale des Waisenhauses, jetzt schon dem technischen Unterricht gewidmet, würde vielleicht am paßlichsten für den den Bauhandwerkern bestimmten Unterricht benutzt werden können.

⁵⁶⁶⁾ Dr. phil. CARL SPRENGEL, der Begründer der Agrarchemie, wurde am 29. März 1787 zu Schillerslage bei Burgdorf/Hann. geboren, war von 1802 bis 1809 Schüler Albrecht Thaers in Celle und Möglin, arbeitete dann bis 1821 als praktischer Landwirt und studierte von 1821 bis 1823 in Göttingen Naturwissenschaften. Seit dem Sommer 1824 als Privatdozent in Göttingen tätig, folgte er am 15. August 1831 einem Ruf nach Braunschweig, wo ihm die Regierung die Begründung eines land- und forstwirtschaftlichen Institutes übertrug, das 1835 in die technische Abteilung des Collegium Carolinum eingegliedert wurde. Da Sp. aber seine Pläne nicht verwirklichen konnte, insonderheit den Widerstand der Kammerbeamten nicht zu überwinden vermochte, ging er 1839 nach Regenwalde. Hier richtete er im Auftrage der Pommerschen Oekonomischen Gesellschaft eine landwirtschaftliche Lehranstalt ein, die er mit großen wissenschaftlichen und praktischen Erfolgen bis zu seinem Tode am 19. April 1859 leitete. (ADB 35, S. 293 f.; G. WENDT: C. SPRENGEL. Diss. Göttingen 1950).

Ein treffliches Locale zur Aufbewahrung von Modellen und Werkzeugen aller Art, auch der Bibliothek des Institutes und mancher Sammlungen bietet die vormalige Egidien-Kirche, ein an sich schon den Architekten interessantes und lehrreiches Gebäude, dar.

Zu den dem Institute erforderlichen Sammlungen ist der Grund längst gelegt, und manche dieser schon vorhandenen Sammlungen sind von hohem Werthe.

Modelle mannigfaltiger Art wurden seit geraumer Zeit für das mit dem Waisenhaus verbundenen Institute gesammelt. Der gegenwärtige Schloßbau macht die Anfertigung vieler neuer Modelle nothwendig, und es ist der Wunsch des Bauraths OTTMER, daß sie für den Unterricht aufbewahrt werden mögen, wesentlich aber würde die Sammlung dadurch vermehrt werden, wenn die mancherlei zur Benutzung bei dem Berg- und Hüttenbau, bei Fabrikgeschäften pp auch hier angeschafften Modelle auf einem Punkt zusammen gebracht würden.

Der Vorrath an mathematischen Instrumenten ist, wie der physikalische Apparat, welcher auf dem Collegio Carolino aufbewahrt wird, bekanntlich ausgezeichnet zu nennen, und für die verschiedenen Abtheilungen der Naturlehre finden sich Sammlungen auf dem Museo, in dem anatomischen Institut und auch auf dem Collegio.

Zu einer Bibliothek des polytechnischen Instituts würde die Helmstedter Bibliothek, die des anatomischen Instituts und des Collegii schätzenswerthe Beiträge liefern, Laboratorien sind auf dem Collegio längst eingerichtet, und auch ein botanischer Garten ist bereits gewonnen.

Was man in anderen Ländern und Städten mit großer Mühe und bedeutendem Kostenaufwande erst herbeizuschaffen strebt, ist hier vorhanden; allein vereinzelt und nicht nach einem, auf neuere Verhältnisse berechneten Plane geordnet. Manches ist selbst doppelt und dreifach angeschafft, da von jeher auch die verwandtesten Institute sich gegen einander abzuschließen strebten, und jedes nur für sich allein zu besitzen wünschte. Es ist hier nur von einer zeitgemäßen Umgestaltung des Bestehenden die Rede, nicht aber die Vernichtung vorhandener Anstalten der Zweck. Wäre thunlich, die wichtige Angelegenheit durch kundige, aber auch zugleich unpartheiische Männer ohne Leidenschaftlichkeit berathen zu lassen, gewiß würde man bald zum Ziele gelangen und gerechten, oft wiederholten Wünschen genügen. Dadurch, daß die verschiedenen Abtheilungen eines Ganzen nicht als solche, sondern als isolirte Institute behandelt werden, leidet der Staat auch in pecuniärer Hinsicht. Sei es, daß Jemand als Forstmann, als Baumeister, als Oeconom, als künftiger Fabrikherr, als Bergmann eine höhere Bildung erstrebt, immer bedarf er des Unterrichts in der Mathematik, der Physik, der Chemie pp. Warum sollen nun für jede jener Abtheilungen eigene Lehrpersonale, Hörsäle, Instrumente pp herbeigeschafft und unterhalten werden, da sie doch alle dieser wichtigen Lehrzweige ganz mit einander gemein haben!

Die in dem ursprünglichen Plane des Collegii enthaltene, oben erwähnte erste Abtheilung anlangend, so wird wohl Niemand in Abrede stellen, daß auch denen, welche eine höhere gewerbliche Ausbildung verfolgen, umfassendere Lehrkurse in der Geschichte, Geographie, Statistik höchst willkommen sein müssen, und die Rechtslehre, besonders in Beziehung auf gewisse technische Zweige, ist für mehrere polytechnische Anstalten in den Lehrplan ausdrücklich mit aufgenommen.

Eben so wenig kann geläugnet werden, daß ein großer Teil der Lehrzweige des polytechnischen Institutes auch dem Gelehrten von hohem Interesse sein muß, und daß dies Institut mehrere Curse darbietet, für welche das Universitätsstudium, wenn es vorzugsweise und ernstlich zu dem Studium der Fakultätswissenschaften benutzt werden soll, nicht zureicht, und die Gymnasien das Erforderliche nicht leisten können. In dieser Hinsicht schon war der ursprüngliche Plan wohl berechnet, nach welchem man dem künftigen Gelehrten Raum gab, die erwähnten Lehrurse auf dem Collegio zu verfolgen, dabei aber die Einrichtung traf, daß inzwischen das auf

den Gymnasien Gewonnene nicht nur erhalten, sondern auch vervollkommen und erweitert werden konnte.

Dadurch wurde Ausländern und Schülern auswärtiger Gymnasien die Benutzung der ihnen nützlichen Curse in der Mathematik, Physik, Chemie, in neueren Sprachen erleichtert und überhaupt dem Ganzen der Umfang gewonnen, welchen es erhalten mußte, wenn auf dieser Anstalt, ohne Benutzung der Universitäten, eine höhere, jedoch nicht auf Facultätswissenschaften gerichtete Bildung erlangt werden sollte.

Das Collegium Carolinum hat für ältere Sprachen, Geschichte, Statistik, Geographie gerade jetzt ausgezeichnete Lehrer. Eine nähere Erörterung dürfte ergeben, daß die erste Abtheilung der Lehranstalt der Änderungen am wenigsten bedarf und daß nur der technischen Abtheilung eine wesentliche Reform erforderlich ist. Die bestehenden Institute erregt nichts mehr und nichts gefährlichere Widersacher, als Mangel an Fortbildung und eine isolirte Stellung, wo das Institut im Zusammenhange mit anderen stehen und mit diesen ein Ganzes bilden sollte.

Daß die Fortbildung auf immer gesichert und eine schädliche Sonderung vermieden werde, ist bei Aufstellung der Pläne zu solchen Anstalten einer der wesentlichsten, nicht außer Acht zu lassenden Punkte, und wer das Bestehende lieb gewonnen hat und zu erhalten wünscht, muß vorzugsweise sich angelegen sein lassen, jene Mängel zu heben; denn sie führen, wie so häufig sich bewährt hat, über kurz oder lang zum Untergang.

Die Direktion des Herzogl. Collegiums ist gewiß von der Wahrheit dieser Behauptung überzeugt, und sie wird einer angemessenen Reform nicht widerstreben. Da auch, dem Vernehmen nach, von dem Landdrosten VON CRAMM der Plan zu einem Institute entworfen ist, mittelst dessen einzelne, durch eine polytechnische Schule gleichfalls zu fördernde, auch in Verbindung mit derselben vielleicht vollständiger, gewiß aber mit weniger Kosten zu erreichende Zwecke verfolgt werden sollen, so darf wol im Vertrauen auf die Umsicht und Thätigkeit des Landdrosten angenommen werden, daß er zu einer bedeutenden Erweiterung seines Plans gern die Hände bieten wird; denn es wird ja so eine Academie gewonnen, die den Bedürfnissen der neueren Zeit entspricht und den ähnlichen, unter größeren Schwierigkeiten errichteten und daher noch unvollkommenen Instituten bald den Rang streitig machen würde. Man darf dies wol um so mehr behaupten, da vielleicht thunlich ist, manche für die Universität Helmstedt gestiftete Stipendien und den Akademikern gewährte Subsistenzmittel für diejenigen ferner zu benutzen, welche die hiesige höhere Lehranstalt besuchen, wodurch dann gewiß recht kräftig und von zwei Seiten her gewirkt werden würde, daß nicht ferner so viele Jünglinge dem Stande der Gelehrten sich widmen, ohne durch Talent und Fähigkeiten dazu berufen zu sein.

Bei den hier in Rede stehenden Einrichtungen verdient überhaupt der Umstand einer sorgfältigen Berücksichtigung, daß von den auf den Universitäten ihre Bildung verfolgenden, einer der Facultätswissenschaften sich widmenden Landeskindern nur äußerst wenige im Auslande ihr Unterkommen finden, daß sie an die Scholle gebunden sind und der Regel nach nur im Staats- und Kirchen-Dienste ihr Unterkommen suchen, während den auf einer Academie der ange-deuteten Art gebildeten Individuen jeder Staat offen steht und ihnen nur Betriebsamkeit und Geschicklichkeit erforderlich ist, um mit Ausländern in Concurrenz treten zu können.

Meine Stellung als Ephorus der Schulen bringt mich mit dem gesammten Unterrichtswesen in nahe Berührung, und mein amtliches Verhältniß zu einer Stadt von Braunschweigs Umfange fordert mich dringend auf, besonders in der jetzigen, durch sorgfältigste Förderung des Gewerbesens ausgezeichneten Zeit die Mittel ausfindig zu machen, durch welche den Gewerbetreibenden der Städte wie der Landgemeinden die Concurrenz mit Andern erhalten wird; es mögen daher solche Verhältnisse diesen meinen Vortrag rechtfertigen.

Die in Anregung gebrachte Angelegenheit scheint der sorgfältigen Erwägung werth zu sein. Zu einer vielseitigen Prüfung ist jetzt die Gelegenheit durch die Einrichtung der Ministerial-Commission und dadurch vermehrt, daß auch das Urtheil der ständischen Ausschüsse und der Landstände selbst benutzt werden kann, und zu höchsten Ermessen erstelle ich unterthänig, ob die auf so wichtige Interessen der Städte und des Landes überhaupt sich beziehenden Bemerkungen bald zu einer solchen näheren Prüfung und Beleuchtung gezogen werden können.

In tiefer Devotion beharre ich

Ew. Hoch- und Hochwohlgeboren
untherthäniger
Stadtdirektor
W. Bode

Braunschweig,
den 18ten Mai 1833

*2. Die von Bode entworfene Mitteilung
über die Einsetzung einer neuen Landesregierung 1830 ⁵⁶⁷⁾*

Geliebte Mitbürger!

Wir haben nach furchtbaren Stürmen wieder Tage der Ruhe genossen.

Nur das beruhigt die Gemüther, und zwar aller Braunschweiger, ob auch der furchtbar angehäuften Stoff zur Gährung nun hinweggeräumt werde.

Jeder Braunschweiger, ja jeder Deutsche, weiß, was uns Noth thut. Hier durchkreuzen sich nicht verschiedenartige Wünsche, Alle haben nur Einen Wunsch, und um so fester und zuversichtlicher dürfen wir seine Erfüllung hoffen, da eine große Reihe von Tatsachen für uns redet, und es kaum noch einer Berufung auf dieselben bedarf.

Wir würden der gerechten Sache schaden, den heißgeliebten Fürsten, welcher jetzt als Schutzengel in unserer Mitte verweilt, beleidigen, und dem hohen Gefühle der Braunschweiger für Recht Zwang anthun, wenn von dem jetzt mehr als je zu verfolgenden verfassungsmäßigen Wege abgewichen würde.

Schon hat unter so dringenden, außergewöhnliche Thätigkeit und Umsicht erfordernden Umständen, die höchste Landesbehörde Männer sich zugesellt, die mit den Bedürfnissen des Landes genau bekannt sind. Die Herren Hofrath v. SCHLEINITZ und Kammerrath SCHULZ werden des Landes Wohlfahrt fortan mit berathen, und bei dem hohen Vertrauen, welches diese Männer genießen, wird Jeder mit uns die Wahl preisen.

Daß, bis die bessere und ruhigere Zeit völlig begründet sein wird, Alles, was im Interesse des Staats liegt, von der höchsten Behörde gefördert werden wird, dürfen wir zuversichtlich hoffen. Bereits ist der Anfang gemacht, lange unbesetzt gebliebene Richterstühle auf würdige Weise wieder zu besetzen.

Die Stände des Landes sind in Thätigkeit, um in dieser verhängnißvollen Zeit den verfassungsmäßigen Rath zu erteilen, und die den Verhältnissen angemessenen Anträge zu machen.

Um auch der bitteren Not, sowohl derer, die arbeitslos einem traurigen Winter entgegen-sahen, als auch der Unglücklichen, welche durch Hagelschlag, Mißwachs und Überschwemmung litten, zu begegnen, sind beträchtliche Summen angewiesen, und umfassende Bauten, sowohl hier,

⁵⁶⁷⁾ NStAW: Hs Abt. VI Gr. 9 Nr. 61 Vol. 3 Anl. 44.

als in den übrigen Landestheilen, angeordnet, und was die Umstände ferner erfordern, wird in täglich fortgesetzten Berathungen weiter erwogen werden.

Alle Behörden, Männer von erprobter Einsicht und redlichstem Willen, sind rastlos bemüht, zu dem Ziele zu führen, welches auch jeder Braunschweiger erstrebt, und welches erreicht werden muß, wenn Vertrauen wieder begründet, das Recht walten, Person und Eigenthum geschützt sein soll.

Niemand wolle — dies ist, geliebte Mitbürger! unser innigster Wunsch, unser ernstes Begehren, ein Gebot, welches zu erlassen uns die Pflicht gebietet — den bestehenden Behörden vorgreifen, Eigenmächtigkeiten sich erlauben, und so, während er vielleicht sich nützlich zu machen glaubt, das Beispiel von Zügellosigkeit geben und der guten Sache schaden. Beschuldigungen aller Art sind unzertrennlich von solchen Zeiten und Begebenheiten, Niemand wolle aber fortan die Ruhe und Zufriedenheit seiner Mitbürger, das Glück ganzer Familien, auf nichtige Gerüchte sich stützend, untergraben helfen!

Es sind Verzeichnisse von Personen im Umlauf, die angeblich Mißbräuche und Uebelthaten gefördert, Verrath an ihren Mitbürgern verübt haben sollen. Wir können für jetzt nur im Allgemeinen behaupten, daß sie unzuverlässig und daher für Einzelne voll der tiefsten und unverschuldeten Kränkungen sein können.

Die Zeit der ruhigeren Untersuchung und der Vergeltung wird kommen, und Niemand wolle auch in dieser Hinsicht den Behörden vorgreifen, denen die Sorge für das Gemeinwohl anvertraut ist.

Edle, biedere Braunschweiger, Ihr habt so viele Anhänglichkeit, so viele Liebe und Folgsamkeit der Behörde bewiesen, die Euer Wohl fördern zu wollen vor Gott gelobt hat, daß wir mit Gewißheit auf dauerndes Zutrauen rechnen, und fest überzeugt sein dürfen, Ihr werdet unsern Bitten und Ermahnungen gern willig Gehör geben.

Braunschweig, den 13. September 1830.

Der Stadt-Magistrat hieselbst

BODE

STISSER

LANGERFELDT

3. *Wilhelm Bodes wissenschaftliches Testament* ⁵⁶⁸⁾

Verfügung

über meinen Nachlaß an Büchern und Manuskripten

Von früh an habe ich Vorliebe für geschichtliche Studien gehabt und auch zur Unterstützung derselben Sammlungen angelegt.

Meine Büchersammlung enthält die Werke, welche zum Nachschlagen über geschichtliche, geographische, staatsrechtliche pp Gegenstände zur Hand liegen müssen. Ich habe immer dahin gestrebt, die Werke nebeneinander aufzustellen, welche die Zustände in verschiedenen Zeiträumen erläutern z. B. BÜSCHING, das alte deutsche Reich — HASSEL: das napoleonische Reich — RITTER: die Zeit des deutschen Bundes; so auch JÄGER, MANNERT und RITTER. Ich führe dies nur beiläufig an, weil mancher glaubt, wenn er das neuere Werk besitze, bedürfe er des älteren nicht; dies aber ist es, was bei ernstlicheren Studien sich rächt.

⁵⁶⁸⁾ StABr: G IX 26 Nr. 1.

Meine historische, staatsrechtliche und geographische Büchersammlung soll mein Sohn, der Amtsrichter W. BODE zu Harzburg erben, nur mit folgenden Ausnahmen:

Ich habe für die Geschichte, Geographie, Statistik, Topographie, Biographie eines jeden einzelnen europäischen und auch außereuropäischen Staates Konvolute angelegt, in welchen ich zusammengelegt habe, was in Tabellen, Karten und bildlichen Darstellungen eine schnelle Übersicht gewährt und dem Gedächtnisse zu Hülfe kommt. Die Sammlung ist in sich abgeschlossen, sie soll mein ältester Enkel WILHELM RIMPAU ⁵⁶⁹⁾ erben.

Mein zweiter Enkel, WILH. BODE aus Harzburg, soll die sämtlichen das malerische Deutschland enthaltende Bände mir zum Andenken erhalten, so wie der dritte, der DACHDECKER, die Sammlung der Städte in der Vogelperspective. Der kleine RUDOLF ZIMMERMANN ⁵⁷⁰⁾ soll das KAULBACHSCHE Werk: Reinecke Fuchs, erblich an sich nehmen; die darauf folgenden werden nicht mehr in meine Zeit fallen.

Besonders wünsche ich, daß die von mir veranstaltete, das Herzogthum Braunschweig betreffende Bücher- und Handschriften-Sammlung konservirt werden möge.

In meiner dreißigjährigen Dienstzeit habe ich häufig zu bemerken Gelegenheit gehabt, wie wichtig geschichtliche Studien sind, um den Staat, dem man dient, in seinen Einzelheiten kennen zu lernen und das Bestehende, seinem Ursprunge und dem Zusammenhange nach, richtig zu beurteilen. Nur eine solche Kenntniß des Staatsgebäudes mit seinen einzelnen Theilen schützt gegen schwere Mißgriffe und führt über die so gewöhnliche Staatstagelöhnerei hinaus. Nach diesen Ansichten habe ich von früh an die Staatskunde in ihre einzelnen Theile zerlegt und für jeden derselben einen oder mehrere Konvolute geordnet, in welchen ich meine, auf jeden Zweig sich besonders beziehenden Forschungen und Ermittlungen niederlegte.

Als ich im siebenzigsten Lebensjahre von dem drückendsten Theile meiner Amtsgeschäfte befreit wurde, legte ich sogleich ein Werk an:

„Geschichte der Entwicklung des Staatslebens zwischen Weser und Elbe unter dem Einflusse der zur Selbständigkeit emporgewachsenen Städte, wie der Fortbildung derselben in den welfischen, jetzt das Herzogthum Braunschweig bildenden Landen. Nach größten Theils dem Archive der Stadt Braunschweig entlehnten Urkunden“, das bestimmt wurde, die Entwicklungs- und Bildungsgeschichte im Allgemeinen und so zu behandeln, daß jede einzelne Abtheilung dieses Werks in Supplementbänden die weitere Ausführung und die zum Grunde liegenden Urkunden enthielte. Das Manuskript ist bis zur Revision, in 22 Abschnitten vollendet und mit einem Inhaltsverzeichnis versehen.

Dazu gehören etwa 240 Supplementbände, die gleichfalls geordnet in ein Verzeichnis, unter Anführung des Inhalts jedes einzelnen S.Bandes, gebracht und numerirt, auch in dem generellen Werke nach Nummern allegirt sind. Die Sammlung bildet so ein Ganzes, und ich möchte sie ungern dem Untergange preisgeben: da ich von der Nützlichkeit meines Unternehmens überzeugt bin, und demselben eigentlich alle meine dem Geschäftswirrwarr entrissenen Nebenstunden gewidmet habe. Es war ursprünglich meine Absicht, sie im Archive der Stadt Braunschweig, das ich vom Grunde aus neu geordnet habe, und dessen schöne Localitäten nach meinem Plane ausgebaut sind, niederzulegen, ich habe indeß meinen Wunsch: mir einen geschichtskundigen, den

⁵⁶⁹⁾ WILHELM RIMPAU, geboren am 29. August 1842 zu Schlanstedt, gestorben als Dr. h. c., Amtsrat zu Schlanstedt und Rittergutsbesitzer auf Langenstein am 20. Mai 1902 in Woltersdorf.

⁵⁷⁰⁾ RUDOLF ZIMMERMANN, geboren am 21. Mai 1851 zu Vorsfelde, gestorben als Finanz- und Kammerpräsident in Braunschweig am 3. Februar 1928.

Werth archivalischer Schätze erkennenden Nachfolger zu verschaffen, nicht erreicht, auch die Überzeugung gewonnen, daß das Archiv selbst, das keinen besonders verpflichteten Vorsteher hat, wenn auch von mir ein williger Custos eingesetzt und verpflichtet ist, nach und nach zu Grunde gehen wird. Zwar sind alle Urkunden und Akten des für die deutsche Geschichte wichtigen Archivs in ausführlichen Repertorien verzeichnet, allein immer wird nur die Vorliebe der Vorsteher der Stadt für solche Schätze, und eine Überzeugung von dem dauernden Werthe für Rechtszustände der Stadt und deren Beurtheilung Schutz gewähren können. Daran wird es in unsren materiellen Zeiten lange mangeln, und so wird ein solches nicht hinlänglich kontrolirtes Archiv nicht so sehr dem Quellenstudium als dem Jagen nach einzelnen, aus dem Zusammenhange gerissenen und entstellten Begebenheiten und Erzählungen Nutzen gewähren und nach und nach mancher Schätze beraubt werden.

Es ist daher mein Wille, daß meine erwähnte, aus einem generellen Werke, welches ich selbst verfaßt habe, und in 22 Abschnitten zerfällt, nebst den etwa 240 Supplementsbänden, wie dieselben in zwei Repositorien zusammengestellt sind, fürs erste reservirt bleibe und nach meinem Tode in dem Bücherzimmer des Hinterhauses aufgestellt werde, und daß damit auch alle, auf Braunschweigische Geschichte, Staatsrecht, Staatsverfassung und Privatrecht sich beziehenden Druckwerke verbunden bleiben, die in meiner Bibliothek vorgefunden werden. Auch die *Scriptoris medii aevi* z. B. von LEIBNITZ, MEIBOM, FREHERUS, LUDWIG, die *Monumenta Germaniae* von PERTZ, die *Origines Welficae* sollen mit der aufzubewahrenden Bibliothek verbunden bleiben, und soll eins meiner Kinder, zunächst mein Schwiegersohn ZIMMERMANN, darüber die Aufsicht führen, indem ich die Hoffnung hege, daß es ihm gelingen werde, bei dem Gerichte in Braunschweig Anstellung zu finden. Er ist berechtigt, solchen, bei welchen man voraussetzen kann, daß sie Belehrung über einzelne Zweige der br. Verfassungsgeschichte wirklich suchen, gegen Bescheinigung, einzelne Bände auf 4 Wochen zu leihen, nicht aber auch den sich leicht charaktisirenden Schmieraxen wie SACK und ähnliche Männer meiner Zeit.

Ein Theil der Supplementbände ist von meiner Hand verfaßt, andere sind von mir angekauft, und glaube ich versichern zu dürfen, daß jetzt sehr schwer werden würde, eine solche Sammlung wieder zusammen zu bringen. Viele der in Bände nach Materien geordneten einzelnen Urkunden und Notizen rühren aus dem Nachlasse verst. Geh. R. SCHMELZER zu Halle her. Derselbe war vom Herzoge KARL WILHELM FERDINAND beauftragt, Braunschweigisches Staats- und Privatrecht zu bearbeiten. SCHMELZER war damals Hofrath in Helmstedt und erkaufte eine Bücher- und Manuscripten-Sammlung vom H. v. WOLFRAMITZ⁵⁷¹⁾, die angelegt war, um ihm für einen ähnlichen Zweck zu dienen. Das Herzogthum Braunschweig wurde 1806 überwältigt und SCHMELZER wurde 1810 nach Halle versetzt. Er gab die ganze Sammlung dem Districtsnotar, nachmaligem Hofrath BRUNS in Braunschweig in Verwahrung, der bei SCHMELZERS Abzuge von Helmstedt daselbst zurück blieb. Nach Schmellers Tode erkaufte ich das Ganze von dessen Tochter, der russischen Generalin.

Ich führe dies nur an, um darauf aufmerksam zu machen, daß manche der einverleibten Documente, die ich selbst durch archivalische Studien im Hauptarchiv in Wolfenbüttel sehr vermehrt habe, schwer zu ersetzen sein dürften.

Sollte sich unter meinen Enkeln keiner finden, der von Studien überhaupt und im Besonderen von den auf die Geschichte der welfischen Lande sich beziehenden Gebrauch macht, so soll meine Geschichte der Entwicklung der Verfassung pp mit den dazu gehörigen Supplementsbänden — nicht der gedruckten Sammlung — an die Bibliothek in Wolfenbüttel abgegeben werden.

⁵⁷¹⁾ Dr. jur. CARL GOTTLIEB VON WOLFFRAMITZ starb zu Helmstedt am 29. November 1834.

Auch kann dies sogleich geschehen, wenn mein Sohn mit meinen beiden Schwiegersöhnen sich dahin vereinigt.

Mit dem 19. Jahrhundert trat ich in ein amtliches Verhältniß, als Auditor bei 7 Klostergerichten 1801, als Actuar bei dem Amt Königslutter 1802, und zwar so, daß ich nach dem Tode des Justizraths RIBBENTROP im J. 1807 das Amt allein zu verwalten hatte bis 1808, als Friedensrichter des Cantons Bahrdorf bis 1814, als zweiter Beamter der Ämter Vorsfelde und Calvörde bis 1820, als erster Beamter des Kreisamtes Riddagshausen bis 1825, als Magistratsdirector der Stadt Braunschweig bis 1848. Dies Amt gab ich ab, weil ich mir immer fest vorgesetzt hatte im 70. Lebensjahre entweder mir einen Gehülfen für die Directorialgeschäfte zu vermitteln oder mich ganz in Ruhestand versetzen zu lassen, und da ersterer Plan dadurch auf Hindernisse stieß, daß mehrere ganz erbärmliche Personen sich als Gehülfen und Nachfolger mir aufdringen wollten und den Pöbel dahin reizten, daß er dem von mir gewünschten, durchaus befähigten Doctor TRIEPS / dem jetzigen Ober-Landesgerichts-Rathe / die Fenster einwarfen, und deshalb auch die Stadtverordneten Anstand nahmen, meinen und ihren Wunsch in Ausführung zu bringen, so bat ich um Versetzung in den Ruhestand. Ich behielt nur meine Stelle als Präsident des Obersanitäts Collegiums (seit 1832) und als Director der anat. chirurgischen Lehranstalt (seit 1825) bei.

Mein gesammtes amtliches Wirken fiel in eine höchst bewegte Zeit. Ich habe 4 welfischen Fürsten, auch dem Könige von Westphalen, gedient, viele Reorganisationen erlebt, und namentlich in der Zeit des Herzogs KARL II., in welcher ich mehrmals vorzutreten gezwungen wurde, den Druck der Zeiten schwer gefühlt, und so viele Menschen in ihrer ganzen Erbärmlichkeit kennen gelernt, so daß ich meine Erholung und meine Freuden nur in historischen Studien und Forschungen suchte und fand.

Die Verhältnisse gewähren wohl leicht die Überzeugung, daß es mir in dem Geschäftsumulte lange nur thunlich war, zu sammeln und ohne die Sorgfalt zu ordnen, die ich auf meine Geschichtserzählungen so gern verwendet hätte. Im Jahre 1849 begann ich die Gesch. des Staatslebens, als das Werk, an das meine Supplementbände, wie die darin enthaltene abgesonderte Bearbeitung der Gesch. der einzelnen Verwaltungszweige und einzelner Perioden sich schließen sollten. Mein Vorsatz ist, das Ganze zu revidiren und im Style als auch in der Zusammensetzung zu verbessern, dies ist mir aber bis jetzt übrig geblieben, und in wie weit ich dazu noch gelange, hängt von meinen Kräften ab, die merklich abnehmen.

Jedenfalls glaube ich aber doch annehmen zu dürfen, daß auch das Unvollkommene, das ich nachlasse, manche Anhaltspunkte zur richtigen Beurtheilung des Bestehenden, seines Ursprungs und seiner Zwecke führen wird. Eine richtige Ansicht über die Vor- und Rückschritte im Staatsleben giebt nur das Quellenstudium. In Druckwerken wird selten die Wahrheit herausgestellt, sie kann nur unumwunden in einem Manuscripte nieder gelegt werden, das die Thatsachen und den Charakter der handelnden Personen nach Thatsachen herausstellt — nicht in einer Druckschrift, in der aus tausend Nebenrücksichten Vieles verschwiegen, anderes bemäntelt und in ein gefälligeres Licht gezwängt wird.

Diese Andeutungen mögen bei meiner Arbeit billige Berücksichtigung finden.

WILH. JULIUS LUDWIG BODE

Braunschweig
am 25. März 1854

4. Verzeichnis der Schriften Wilhelm Bodes

Denkwürdigkeiten aus der Geschichte des Stifts Königsutter.

In: Braunschweigisches Magazin 1822, Sp. 193—207, 210—223, 242—254, 257—262.

Rückblick auf die Verfassung des Fürstenthums Wolfenbüttel unter den Herzögen Heinrich dem Jüngeren und Julius und deren Kanzler Joachim Mynsinger von Frondeck zur Erläuterung der Verhältnisse, unter welchen die Universität Helmstedt errichtet wurde.

In: Feier des Gedächtnisses der vormaligen Julia Carolina — Mai 1822. Helmstedt 1822.

Erschien auch in: Braunschweigisches Magazin 1822 Nr. 18.

Beiträge zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig.

Erster Beitrag: Das Grundsteuer-System des Herzogthums Braunschweig geschichtlich verfolgt und erläutert.

Braunschweig: Vieweg 1824.

Der Culturzustand des alten Herzogthums Sachsen, besonders der Abteilung Ostfalen, in dem Zeitraum von 772 bis zu dem Jahre 1024, als Einleitung zu einer Geschichte der Stadt Braunschweig.

In: Braunschweigisches Magazin 1828, S. 1—43.

Nachweisung über einige im Herzogtum Braunschweig in der Gegend von Helmstedt gemachte antiquarische Entdeckungen.

In: F. Kruse: Deutsche Altertümer Bd. III, 1828, S. 115—121.

Beitrag zu der Geschichte der Unterrichtsanstalten, bes. der Bürgerschulen der Stadt Braunschweig.

In: Braunschweigisches Magazin 1830, St. 11, 12.

Beitrag zu der Geschichte der Stadt Braunschweig, besonders die Einrichtung der Hospitäler und die gegen die Pest und andere ansteckende Krankheiten in älteren Zeiten ergriffenen Maßregeln betreffend.

In: Braunschweigisches Magazin 1831, S. 585—596, 601—614, 617—630.

Einleitungsworte zu der am 25. April 1831 dem Herzoge Wilhelm von der Bürgerschaft der Stadt Braunschweig öffentlich geleisteten Huldigung.

Braunschweig: Vieweg 1831.

Übersicht der Stadtverwaltung zu Braunschweig seit dem Jahre 1825. Mit erläuternden, aus der älteren Geschichte der Stadt entnommenen Bemerkungen begleitet, und den Herren Stadtverordneten gewidmet vom Magistrate der Stadt Braunschweig.

Braunschweig 1832.

Die Stadtverwaltung zu Braunschweig.

Zweites Heft: Bemerkungen über die Verhältnisse, welche bei der Errichtung der Städteordnungen zur Sicherstellung der den Städten des Herzogthums Braunschweig vorbehaltenen selbständigen Verwaltung zu beachten sind, mit besonderer Rücksicht auf die Rechte und die Verfassung der Stadt Braunschweig.

Braunschweig 1833.

Über einige Handelsverhältnisse in Braunschweig.

In: Deutsche Nationalzeitung für Braunschweig und Hannover 1833, Nr. 99, 100.

Die Stadtverwaltung zu Braunschweig.

Drittes Heft: Verwaltung der Kirchen und Schulen der Stadt.

Braunschweig 1836.

- Die Stadtverwaltung zu Braunschweig.
 Viertes Heft: Die Verwaltung der den Hilfsbedürftigen gewidmeten Stiftungen.
 Braunschweig 1836.
- Beitrag zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogtum Braunschweig und ihres Verhältnisses
 zu dem Fürsten und dem Volke.
 Braunschweig: Vieweg 1843.
- Beiträge zu der Geschichte der Feudalstände im Herzogtum Braunschweig.
 Zweites Heft: Die Aufhebung der Feudalstände.
 Braunschweig: Vieweg 1843.
- Die neuesten Zeitverhältnisse in Beziehung auf Gewerbewesen und Auswanderung.
 In: Braunschweigisches Magazin 1846, S. 293—304.
- Andeutungen zur Leitung des Sinnes für Wohlthätigkeit und zu angemessener Förderung der
 auf die Armenpflege in der Stadt Braunschweig gerichteten Pläne.
 In: Braunschweigisches Magazin 1846, S. 405—412.
- Der Elm mit seiner Umgebung und seinen Denkmälern der Vorzeit.
 Braunschweig: Vieweg 1846.
- Das ältere Münzwesen der Staaten und Städte Niedersachsens. Auf Urkunden und archivalische
 Nachrichten gestützt. Mit 10 Münztafeln.
 Braunschweig: Vieweg 1847.
- Geschichte des Bundes der Sachsenstädte bis zum Ende des Mittelalters mit Rücksicht auf die
 Territorien zwischen Weser und Elbe.
 In: Forschungen zur deutschen Geschichte Bd. 2, 1862, S. 203—292.
 Göttingen: Dieterich 1861.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

I. *Archivalien im Stadtarchiv Braunschweig*

(in den Anmerkungen abgekürzt: StABr)

- D II 1 Nr. 6.
- D III I Nr. 2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12.
- D III II Nr. 1.
- D III IX Nr. 1 Vol. I—IV, 2, 3, 6, 7.
- D IV Nr. 375.
- G IV 1 Nr. 25.
- G IX 26 Nr. 1, 7, 9.
- G IX 30 Nr. 11.
- H III 3 Nr. 9.
- H IV Nr. 2, 26, 52, 71, 87, 99, 100, 193, 202, 242, 284 a—d, 285, 301, 341.
- H VIII A Nr. 116, 353, 684, 756, 820, 933, 1191, 1317, 1424, 3081, 3086, 3142, 3210, 3494, 3522, 3574, 3872, 4257, 4440 I, II, 4943, 5091, 5474.

II. *Archivalien im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel*

(in den Anmerkungen abgekürzt: NStAW)

- L Alt Abt. 4 Fb. 2 Stift Königl. Nr. 28, 29.
- L Alt Abt. 37 Nr. 2574.
- L Alt Abt. 59 Gruppe 1 Nr. 166.
Gruppe 2 Nr. 3, 23, 25, 26, 27.
- L Neu Abt. 3 Nr. 66.
- L Neu Abt. 12 A
 - Findbuch 1: Gruppe II Nr. 19, 20, 26; Gruppe II B Nr. 4.
 - Findbuch 2: Gruppe XIII Nr. 26, 30; Gruppe XV Nr. 4; Gruppe XVI Nr. 3.
 - Findbuch 4: Nr. 23, 35, 38, 44, 45, 977, 979, 2397.
 - Findbuch 5: Nr. 597, 980, 1657, 2018, 2121, 2142, 2397, 3485, 3496, 3497, 6202, 6204, 6205, 6371, 6484, 6486, 6487, 6585, 6608.
 - Findbuch 7b: Zug. 2/50 Nr. 544.
 - Findbuch 11: Nr. F 57, G 121, H 46, K 66, K 102, K 138, K 163, M 9, Q 4.
 - Findbuch 13d: Nr. 5329, 5330.
- L Neu Abt. 23 A Nr. 64, 65, 178, 179, 180, 181 Vol. I—III, 182 Vol. I—IV, 185, 186, 189, 199, 367, 368, 809.
- Handschriften Abt. V Nr. 1.
- Handschriften Abt. VI Gruppe 7 Nr. 29.

- Gruppe 9 Nr. 61, 68.
- Gruppe 10 Nr. 14, 30, 31, 31 a.
- Gruppe 11 Nr. 9, 18, 19, 27, 28, 246, 246 a.
- Gruppe 23 Nr. 28.
- Gruppe 24 Nr. 65, 66.

Handschriften Abt. VII D Nr. 9, 10.

N Abt. 135 Nr. 220.

Sammlungen Abt. 26 Nr. 70, 72.

III. Literaturverzeichnis

AMSBERG, AUGUST VON:

Ueber die Einigung der Handelsinteressen Deutschlands.
Braunschweig 1831.

ARNSWALD, WERNER CONSTANTIN VON:

Aus der Geschichte der Familie Varrentrapp.
Frankfurt am Main 1908.

ASSMANN, WILHELM AUGUST GOTTLIEB:

Gedenkbuch der vierten Säcularfeier der Erfindung der Buchdruckerkunst am Johannesfeste
des Jahres 1840.
Braunschweig 1840.

BAILLEU, PAUL:

Herzog Karl von Braunschweig, Fürst Wittgenstein und Varnhagen von Ense.
In: Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte Bd. 6, 1914 (Festschrift für
Paul Zimmermann), S. 108—113.

BEHSE, ARTHUR:

Die juristische Fakultät der Universität Helmstedt im Zeitalter des Naturrechts.
In: Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte Bd. 12, 1920.

BESTE, JOHANNES:

Geschichte der Braunschweigischen Landeskirche von der Reformation bis auf unsere Tage.
Wolfenbüttel 1889.
Album der evangelischen Geistlichen der Stadt Braunschweig mit kurzen Nachrichten über
ihre Kirchen.
Braunschweig und Leipzig 1900.
Ernst Ludwig Theodor Henke.
In: Braunschweigisches Magazin 1904, S. 101—110.
Karl Venturini († 25. Mai 1849).
In: Braunschweigisches Magazin 1912, S. 13—18.

BODE, WILHELM VON:

Mein Leben.
2 Bände. Berlin 1930.

BODE, W.:

Bode, des Stammes Hempen gen. Boden, aus Angerstein in Niedersachsen.
In: Deutsches Geschlechterbuch Bd. 102, 1938, S. 163—214.

BÖHLKE, ARNO:

Das freistehende Einfamilienhaus in Braunschweig in der Zeit von 1800 bis 1870.
Braunschweig o. J. [1927].

BÖSE, OTTO:

Die Enthronung des Herzogs Karl II. von Braunschweig.

Braunschweig 1935.

Die Revolution von 1848 in Braunschweig. Von den Anfängen bis zum Zusammentritt der Frankfurter Nationalversammlung am 18. Mai 1848.

In: Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte Bd. 13, 1948.

Magistratsdirektor Dr. Wilhelm Bode im Kampfe um die politische Macht (8. bis 13. September 1830).

In: Braunschweigische Heimat Bd. 35, 1949, S. 69—82.

Karl II. Herzog von Braunschweig und Lüneburg. Ein Beitrag zur Metternichforschung. Braunschweig 1956.

BÖRKER, WILHELM:

Die Garnisonsschule zu Braunschweig.

In: Aus der braunschweigischen Schulgeschichte. Festschrift 1925, S. 55—80.

BRANDT, CARL:

Schwülper. Ein Stück niedersächsischer Heimatgeschichte.

Hildesheim 1912.

BÜLOW, GOTTFRIED PHILIPP VON:

Beiträge zur neueren Braunschweigischen Geschichte in Erinnerungen aus seinem Leben.

Braunschweig 1833.

Rückblicke auf mein Leben.

Helmstedt 1844.

BÜRGER, RICHARD:

Friedrich Adolf Ebert.

Sammlung bibliothekswissenschaftlicher Arbeiten Heft 31.

Leipzig 1910.

Brunsvicensien aus Fr. Ad. Eberts Briefwechsel.

In: Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte Bd. 6, 1914 (Festschrift für Paul Zimmermann), S. 231—245.

CHAMLOTH, W.:

Nekrolog des Schulinspektors Gottfried Friedrich Tunica.

In: Braunschweigischer Schulbote Jahrg. 5, 1856, S. 101—113.

DIEDERICH, WALTER:

Die braunschweigischen Landkreise 1832—1957.

Braunschweig 1957.

DÖHNEL, KARL-RUDOLF:

Das Anatomisch-Chirurgische Institut zu Braunschweig 1750—1869.

Braunschweiger Werkstücke Bd. 19.

Braunschweig 1957.

EBEL, WILHELM:

Zur Geschichte der Juristenfakultät und des Rechtsstudiums an der Georgia Augusta.

Göttinger Universitätsreden 29.

Göttingen 1960.

ELSTER, RICHARD:

Aus der Geschichte einer alten Schule.

In: Festschrift zur 500-Jahr-Feier des Gymnasiums Martino-Katharineum. Braunschweig 1926, S. 1—54.

ESCHENBURG, JOHANN JOACHIM:

Entwurf einer Geschichte des Collegii Carolini in Braunschweig.
Berlin und Stettin 1812.

FIGGE, ROBERT:

Friedrich Karl von Strombeck. Ein braunschweigischer Gelehrter, Richter und Staatsmann.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 36, 1955, S. 99—156.

FISCHER, G.:

Wilhelm Ludolf Lachmann, Stifter des Blindeninstituts zu Braunschweig.
Braunschweig 1900.

FRANKENSTEIN, W.:

Der Einzug des Herzogs Karl in Braunschweig am 29. Oktober 1823.
In: Braunschweigische Heimat Bd. 20, 1929, S. 150 ff.

FRICKE, JOHANN GEORG:

Mein Staatsdienst. Beitrag zur Regierungsgeschichte Sr. Durchlaucht des Herzogs Carl von
Braunschweig-Lüneburg.
2. Auflage, Hamburg 1831.

FUHSE, FRANZ:

Die Geschichte der Vorgeschichtsforschung im Lande Braunschweig.
In: Mannus Ergbd. 5, 1927, S. 159—163.
Görge-Spehr.

In: Vaterländische Geschichten und Denkwürdigkeiten der Lande Braunschweig und Hannover, 3. Aufl., Bd. 3, Braunschweig 1927, S. 444—448.

GÄHLERT, KLAUS-ULRICH:

Ein eigenhändiges Werkverzeichnis des Braunschweiger Hofmalers Christian Tunica.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 39, 1958, S. 130—149.

GRONE, ADOLF CURT EKBERT VON:

Geschichte der corporativen Verfassung des Braunschweigischen Ritterstandes nebst Vorschlägen zu ihrer Reorganisation.
Hannover 1842.

Sammlung einiger Urkunden und Aktenstücke, die corporativen Rechte und Verfassungsverhältnisse der wolfenbüttelschen Ritterschaft betreffend, nebst einer Entgegnung auf die Schrift des Herrn Stadtdirektors Bode zu Braunschweig: Beiträge zur Geschichte der Feudalstände im Herzogthum Braunschweig und ihrer Verhältnisse zu dem Fürsten und dem Volke.
Hannover 1843.

Lebensbeschreibung Gottfried Philipp v. Bülow's.
Braunschweig 1880.

HÄNSELNANN, LUDWIG:

Nachrichten über das Stadtarchiv in Braunschweig.

Den Mitgliedern der Generalversammlung deutscher Geschichts- und Altertums-Vereine zu Braunschweig im September 1863.

Vorwort zum ersten Bande des Urkundenbuches der Stadt Braunschweig.
Braunschweig 1873.

Das erste Jahrhundert des Großen Clubs zu Braunschweig.
Braunschweig 1880.

HASSEL, GEORG und KARL BEGE:

Geographisch-statistische Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg.
2 Bände, Braunschweig 1802.

HEINEMANN, OTTO VON:

Die Herzogliche Bibliothek zu Wolfenbüttel. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Büchersammlungen.

2. Aufl., Wolfenbüttel 1894.

HENKE,

Wilhelm Julius Ludwig Bode.

In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 3, 1876, S. 2 f.

HENNEBERG, R.:

Geschichte der Familie Henneberg (Braunschweig).

Gießen 1909.

HENNIGES, O. und H. VOGES:

Chronik der Familie Löbbbecke.

Braunschweig 1911.

HOFFMANN VON FALLERSLEBEN, AUGUST HEINRICH:

Mein Leben. Aufzeichnungen und Erinnerungen.

Band I, Hannover 1868.

HOFFMEISTER, LUDWIG FRIEDRICH AUGUST:

Über meine Verbindung mit den Herzögen Karl und Wilhelm zu Braunschweig-Lüneburg. Tagebuchblätter.

Wolfenbüttel 1885.

HEUSINGER, EDUARD

Braunschweig in seiner Beteiligung an der deutschen Völkserhebung.

Braunschweig 1849.

DIE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER BRAUNSCHWEIG. Ihre Entstehung und geschichtliche Entwicklung.

Braunschweig 1953.

JUSTI, LUDWIG:

Arnold Wilhelm von Bode.

In: Neue Deutsche Biographie Bd. 2, 1955, S. 347 f.

KADEN, HELMUTH:

Heinrich Brandes, ein Braunschweiger Maler.

In: Braunschweigisches Magazin Bd. 19, 1913, S. 37—47, 55—57.

KAUFMANN, HANS:

Hundert Jahre „Staatliches Realgymnasium“.

In: Festschrift zur Feier des hundertjährigen Bestehens des Reform-Realgymnasiums Braunschweig. Braunschweig 1928, S. 5—62.

KLEINAU, HERMANN:

Geschichte des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel.

Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung Heft 1.

Göttingen 1953.

Historische Karte des Landes Braunschweig im 18. Jahrhundert.

In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 28, 1956, S. 1—14.

KLEINSCHMIDT, ARTHUR:

Geschichte des Königreichs Westfalen.

Gotha 1893.

KOHL, FRIEDRICH THEODOR:

Das Residenzschloß.

In: Braunschweig. Berichte aus dem kulturellen Leben. Braunschweig 1960, Heft 1, S. 2—8.

KOLDEWEY, FRIEDRICH:

Braunschweigische Schulordnungen von der ältesten Zeit bis zum Jahre 1828.

Monumenta Germaniae Paedagogica Bd. I.

Berlin 1886.

Verzeichnis der Direktoren und Lehrer des Gymnasiums Martino-Katharineum zu Braunschweig seit 1828.

Braunschweig 1894.

KORTZFLEISCH, GUSTAV VON:

Geschichte des Herzoglich Braunschweigischen Infanterie-Regiments und seiner Stammtruppen.

Bd. 1: Braunschweig 1896, Bd. 2: Braunschweig 1898.

KRIEGER, HEINZ BRUNO:

Zur Genealogie der Amtmannsfamilien des alten Fürstlichen Amtes Königslutter.

In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 40, 1959, S. 76—87.

LACHMANN, FRANZ AUGUST HEINRICH:

Geschichte der Freimaurerei in Braunschweig von 1744 bis Neujahr 1844.

Braunschweig 1844.

LACHMANN, KARL LUDOLF FRIEDRICH:

Das Martino-Katharineum, ein Gesamtgymnasium.

In: Braunschweigisches Magazin 1819, St. 11 und 12.

LANGE, KARL:

Herzog Wilhelm von Braunschweig und die deutsche Revolution (1848—1851).

In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 24, 1937, S. 83—102.

LANGERFELDT, CARL:

Geschichte des Forstwesens im Herzogthume Braunschweig.

In: Festgabe für die Mitglieder der XX. Versammlung deutscher Land- und Forstwirte.

Braunschweig 1858.

LÜDERS, ADOLF:

Königslutter, Oberlutter und Stift Königslutter im 18. Jahrhundert.

Königslutter 1902.

MACK, HEINRICH:

Eine gleichzeitige Schilderung des Braunschweiger Aufruhrs im Jahre 1830.

In: Braunschweigisches Magazin 1897, S. 60—63.

Erinnerungen eines Braunschweigischen Offiziers aus den Jahren 1848 und 1849. Von weiland Oberst Gustav Rittmeyer.

In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 8, 1909, S. 130—182.

Zur Geschichte des Landschaftlichen Archivs in Braunschweig.

In: Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte Bd. 6, 1914, S. 1—14.

Hamburg und die Hamburger im Jahre 1809. Briefe eines Braunschweigers.

In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte Bd. XXI, 1916, S. 63—81.

Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig durch die Herzöge im Jahre 1671 und ihre Folgen.

In: Unsere Heimat Niedersachsen.

Braunschweig und Hamburg 1924.

100 Jahre Geschichte der Stadt Braunschweig.

- In: Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Bürgervereins.
Braunschweig 1931.
Geschichtswissenschaftliche Streitfragen. Zeit- und kulturgeschichtliches in den Briefen Ernst v. Meiers an seinen Bruder Heinrich.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 19, 1932, S. 48—62.
- MALORTIE, CARL ERNST VON:**
König Ernst August.
Hannover 1861.
- MARX, KARL MICHAEL:**
Abriß einer Geschichte des hiesigen anatomisch-chirurgischen Institutes.
In: Braunschweigisches Magazin 1830, St. 21.
Die physikalische Sammlung des Herzogl. Collegii Carolini in Braunschweig.
Braunschweig 1831.
- MEIER, HEINRICH:**
Der Klub zum schiefen Ständer.
In: Braunschweigisches Magazin 1906, S. 44—48, 55—60.
Ein Briefwechsel zwischen Vater und Sohn aus den Jahren 1809 und 1810.
In: Braunschweigisches Magazin 1910, S. 89—97, 101—106.
- MODERHACK, RICHARD:**
Geschichte der Stadt Braunschweig im Überblick.
In: Heimatkunde und Landesgeschichte. Festschrift für Rudolf Lehmann, Weimar 1958.
Hundert Jahre Stadtarchiv und Stadtbibliothek Braunschweig 1861—1961.
Braunschweig 1961.
- MÜLLER, THEODOR:**
Die Geschichte der Geographie am Collegium Carolinum zu Braunschweig 1745—1834.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 38, 1957, S. 75—94.
Braunschweiger Bürgerkultur zur Biedermeierzeit: Friedrich Konrad Griepenkerl.
In: Der Freundeskreis des Großen Waisenhauses Heft 28, 1960, S. 50—53.
Wilhelm Bode 1779—1854.
In: Niedersächsische Lebensbilder Bd. 4, 1960, S. 31—43.
Zur Geschichte des Herzoglichen Kadetten-Institutes in Braunschweig.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 41, 1960, S. 96—119.
Die Schunterkorrektur 1816—1823.
In: Heimatbote des Landkreises Braunschweig 1961, S. 34—41.
Ein Besuch Ludwig Uhlands in Braunschweig.
In: Jahrbuch der Raabegesellschaft 1962, S. 166—172.
- MUNDHENKE, HERBERT:**
Die Entwicklung der braunschweigischen Justizverfassung von 1814 bis 1877.
In: Beiträge zur Geschichte des Gerichtswesens im Lande Braunschweig. Quellen und Forschungen zur braunschweigischen Geschichte Bd. 14, 1954, S. 107—135.
Die Entwicklung der braunschweigischen Kreisverfassung von 1814 bis 1884.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 35, 1954, S. 117—144.
- QUERFURTH, HANS JÜRGEN:**
Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671.
In: Braunschweiger Werkstücke Bd. 16, 1953.

- REIDEMEISTER, SOPHIE:
Ahnentafel Wilhelm von Bode.
In: Ahnentafeln berühmter Deutscher. Neue Folge Lieferung 2, Leipzig 1932.
- RHAMM, A.:
Die Verfassungsgesetze des Herzogtums Braunschweig.
2. Aufl. Braunschweig 1907.
- REIMANN, HANS LEO:
Unruhe und Aufruhr im mittelalterlichen Braunschweig.
In: Braunschweiger Werkstücke Bd. 28, 1962.
- RIEGEL, HERMANN:
Kunstgeschichtliche Vorträge und Aufsätze.
Braunschweig 1877.
- RIMPAU, HELMUTH:
Rimpau, aus Münder am Deister.
In: Deutsches Geschlechterbuch Bd. 89, 1936, S. 433—470.
- RÖHR, HEINZ:
Geschichte der Stadt Königsutter.
Braunschweig 1956.
- SAMMLUNG der am dritten Säkularfeste der Uebergabe der Augsburger Confession zu Braunschweig öffentlich gehaltenen Reden und auf diese Veranlassung verfaßten Gedichte, nebst kurzer Nachricht von den Feierlichkeiten des Erinnerungsfestes.
Braunschweig 1830.
- SAMMLUNG der Proclamationen, Verordnungen etc., welche aus Anlaß des Aufstandes der Braunschweiger erschienen sind.
Braunschweig 1830.
- SCHATTENBERG, CARL:
Zur Geschichte von Schliestedt und Warle.
Braunschweig und Leipzig 1903.
- SCHEFFLER, GEORG ANTON CHRISTOPH:
Ueber die Absonderung der Schulen für Studierende und Nichtstudierende.
In: Programm des Martineum.
Braunschweig 1801.
Wie hat sich die Schule als Bildungsanstalt der Menschheit bei dem herrschenden Zeitgeiste in wissenschaftlicher und moralischer Hinsicht zu verhalten?
In: Braunschweigisches Magazin 1818, St. 44.
- SCHLIEFFEN-WIOSKA, GRAF HERMANN VON:
Hundert Jahre Braunschweiger Husaren. Geschichte des Braunschweigischen Husaren-Regiments Nr. 17.
1. Teil, Braunschweig 1909.
- SCHMIDT, GEORG:
Das Geschlecht von Veltheim. II. Teil: Die Stammreihe des Geschlechts von der Teilung der Linien an.
Halle/Saale 1912.
- SCHMITZ, G.:
Fünfundsiebzig Jahre George Westermann Braunschweig.
Braunschweig 1913.

SCHNEIDEWIN, FRIEDRICH WILHELM:

Erinnerungen an Adolph Emperius.

In: Braunschweigisches Magazin 1844, St. 40 und 41.

SCHOLZ, J. DER DRITTE:

Darstellung des Strafrechtsfalles gegen die Gräfin von Görtz-Wrisberg und mehrere des Hochverrats Angeklagte, sammt Entscheidungen der Herzoglich Braunschweigschen Gerichte mit einem Gutachten der Heidelberger Juristenfakultät.

Lüneburg 1835.

SCHRÖDER, HEINRICH und WILHELM ASSMANN:

Die Stadt Braunschweig. Ein historisch-topographisches Handbuch für Einheimische und Fremde.

2 Teile, Braunschweig 1841.

SCHULZ, H.:

Eine deutsche Familie.

Berlin 1904.

SIEVERS, OTTO:

Robert Griepenkerl.

Wolfenbüttel 1879.

SPEHR, FRIEDRICH WILHELM:

Schreiben eines Braunschweigers an einen auswärtigen Freund, die Errichtung einer Universität oder eines polytechnischen Institutes in Braunschweig betreffend.

Braunschweig 1831.

SPEHR, FERDINAND:

Julius Levin Ulrich Dedekind.

In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 5, 1877, S. 15 f.

SPIESS, WERNER:

von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie. 1332—1864.

In: Werkstücke Bd. 13, Braunschweig 1951.

Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände.

In: Werkstücke Bd. 14, Braunschweig 1951.

STEINACKER, CARL:

Wünsche der Braunschweiger zur Beherzigung bei den bevorstehenden landschaftlichen Verhandlungen.

Braunschweig 1831.

STEINACKER, KARL:

100 Jahre Bürgerverein.

In: Festschrift zum 100jährigen Bestehen des Bürgervereins.

Braunschweig 1930.

Der Reichsgedanke in Braunschweig bis 1867.

In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 12, 1935, S. 144—185.

STROMBECK, KARL FRIEDRICH VON:

Feier des Gedächtnisses der vormahligen Hochschule Julia Carolina zu Helmstädt, veranstaltet im Monat Mai 1822.

Helmstedt 1822.

Johann Heinrich Wilmerding, Stadtdirektor zu Braunschweig.

In: Neues vaterländisches Archiv 1828, Bd. II, S. 332—341.

- Einige Worte über eine zu wünschende Wiederherstellung der Julius-Carls-Universität.
In: Staatswissenschaftliche Mitteilungen Bd. 2, 1831, S. 135—145.
Amtlicher Bericht über die neunzehnte Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte
zu Braunschweig im September 1841.
Braunschweig 1842.
- SUCHEL, ADOLF:
700 Jahre Geschichte des Großen Waisenhauses B. M. V. in Braunschweig 1245—1945.
Braunschweig 1948.
- TRAPP, ALBERT:
A. P. C. T. v. Amsberg.
In: Neue Deutsche Biographie Bd. 1, 1953, S. 260.
- TREITSCHKE, HEINRICH VON:
Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert.
5 Bände, Leipzig 1928.
- UHDE, AUGUST:
Die höhere technische Lehranstalt oder die technische Abteilung des Herzoglichen Collegii
Carolini zu Braunschweig, nach Zweck, Plan und Einrichtung.
Braunschweig 1836.
- UHDE, KARL WILHELM FERDINAND:
Das Herzogliche Collegium anatomico-chirurgicum zu Braunschweig von 1750 bis 1868.
In: Braunschweigisches Magazin 1868, St. 31, 43, 49, 50.
- VERLAGSKATALOG von Friedrich Vieweg & Sohn.
Braunschweig 1899.
- VOGES, HERMANN:
Paul Zimmermann.
In: Niedersächsische Lebensbilder Bd. 1.
Die allgemeine Landesvermessung und die erste Verkopplung im Lande Braunschweig im
18. Jahrhundert.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 24, 1937, S. 5—56.
- VOGES, THEODOR:
Johann Christian Dünnhaupt, der erste Prähistoriker Braunschweigs.
In: Braunschweigisches Magazin 1918, S. 25—31.
- WAHNSCHAFTE, U. und PAUL ZIMMERMANN:
Album des Herzogl. Gymnasiums (der Herzogl. Großen Schule) zu Wolfenbüttel 1801
bis 1903.
2. Ausg. Wolfenbüttel 1903.
- WITTENBERG, RICHARD:
Braunschweigs Zollpolitik von 1828 bis zum Anschluß an den Deutschen Zollverein
(19. Oktober 1841).
Diss. Göttingen 1930.
- WITTING, E. G. A.:
Gedächtnispredigt auf Veranlassung des Todes des General- und Stadtsuperintendenten
Henke.
Braunschweig 1843.

WOHLRABE, W.:

Prinz Wilhelm Adolf zu Braunschweig und Lüneburg und Joh. Chr. Ludw. Hellwig.
In: Braunschweigisches Magazin 1899, S. 33—37.

ZIEGENBEIN, KARL:

Die parlamentarische Tätigkeit Karl Steinackers in der braunschweigischen Ständeversammlung (1833—1844).
Jena, Phil. Diss. 1923.

ZIMMERMANN, F. W. R.:

Stammtafel für Stadtdirektor Wilhelm Bode und Ehefr. Karoline geb. Henke in Braunschweig.
München 1886.
Darstellung der derzeitigen Organisation der braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben.
In: Beiträge zur Statistik des Herzogtums Braunschweig Bd. IX, 1889.

ZIMMERMANN, PAUL:

Victor Friedrich Lebrecht Petri.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 25, 1887, S. 527 f.
Wilhelm Freiherr v. Schleinitz.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 31, 1890, S. 459—462.
Graf Bülow und der „Abschied von Kassel“.
In: Zeitschrift des Harzvereins für Geschichte Bd. 24, 1891, S. 49 f.
Justus v. Schmidt-Phiselledk.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 32, 1891, S. 21—23.
Heinrich Bernnhard Schrader (v. Schliestedt).
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 32, 1891, S. 435—438.
Karl Friedrich Gebhard Graf v. d. Schulenburg-Wolfsburg.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 32, 1891, S. 655 ff.
Jacob Peter Eduard Trieps.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 38, 1894, S. 600—605.
August Wilhelm Julius Uhde.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 39, 1895, S. 139 f.
Karl Uhde.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 39, 1895, S. 141—143.
Zum 25jährigen Bestehen des Braunschweigisch-Wolfenbüttelschen Geschichtsvereins.
In: Braunschweigisches Magazin 1898, S. 185—192.
Gustav Adolf von Wolfradt.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 44, 1898, S. 64—67.
Ludwig Hänselmann.
In: Braunschweigisches Magazin 1904, S. 37—47.
Friedrich Traugott Friedemann.
In: Allgem. Deutsche Biographie Bd. 48, 1904, S. 775—777.
Zum Andenken Georg Bodes.
In: Braunschweigisches Magazin 1910, S. 65—74.
Die hohe Polizei im Königreich Westfalen.
In: Braunschweigische Heimat Bd. 4, 1913, S. 53 f.
Stadt und Land Braunschweig unter königlich westfälischer Regierung.
In: Braunschweigisches Jahrbuch Bd. 21, 1934, S. 53—77.

PERSONENREGISTER

Achenbach, Andreas, Landschaftsmaler in Düsseldorf	189
Adolf, Friedrich, Herzog von Cambridge	154
Ahrenschild, Victor v., hann. General	155
Albrecht, Ferd. Albrecht, Bürgermeister in Königsutter	25
Albrecht, Wilh. Eduard, Prof. in Göttingen	155
Alvensleben, Graf Albrecht v., preuß. Minister	105, 159, 160, 161, 174
Alvensleben, Graf Joh. Aug. Ernst v., Geh. Rat	100
Amsberg, Ph. A. Th. v., Geh. Legationsrat	120, 169 171, 172, 174, 176, 177, 179— 182, 184, 259
Aronheim, Adolph, Rechtsanwalt	203
Anton Ulrich, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	226
Aßmann, Wilhelm, Professor	93, 94, 203, 217, 220, 222—225, 228, 230
Bahlhorn, Aug. Martin Ludwig, Brauer	136
Bank, Theod. Heinr. Wilh., Konsistorialrat in Wolfenbüttel	90, 94, 95
Bardenwerper, Carl Friedr., Brauer	125
Barthel, Friedrich, Maler	193
Barthelemi, französischer Oberst	33
Bauer, Stadtphysikus in Königsutter	253
Bause, Fr. L. August v., Generalleutnant	117, 133, 147
Bege, Karl Friedr., Kreisamtmann in Wolfenbüttel	221
Bernard, Heinr. Ludw., Steuerektor a. D.	107, 108, 171
Berner, Karl, Obersteutnant	114
Bethmann, Ludw. Konr., Bibliotheksdirektor in Wolfenbüttel	230
Biermann, Heinr. Wilhelm, Kaufmann	177
Bitter, Friedr. Wilh., Kanzleidirektor	106—108
Blasius, Joh. Heinrich, Professor	246
Bode, Arn. Conr., Pastor in Naensen	14
Bode, Caroline geb. Henke	40, 230
Bode, Eduard, Student	247
Bode, Georg Heinr., Superintendent in Königsutter	14
Bode, Georg, Superintendent in Königsutter	15
Bode, Georg, Landgerichtsdirektor	232
Bode, Joh. Wilh., Pastor in Ammensen	14
Bode, Louis, Student in Göttingen	155, 156
Bode, Wilhelm, Landgerichtsrat	224, 225, 230, 256, 276
Bode, Wilhelm v., Kunsthistoriker	202, 232, 276
Böhlken, Joh. Friedr. Wilh., Kammerrat	131
Bosse, Raoul de, Kammerrat	48, 79, 82, 106, 107, 122
Brandes, August, Professor	70, 74, 76, 81
Brandes, Heinrich, Student	247
Brandes, Heinr. Jürgen, Maler, Prof.	189
Breimann, Carl v., Geh. Legationsrat	111
Brinken, G. A. v. d., Geh. Kammerrat	166
Brinken, K. A. Fr. J. v. d., Forstmeister	102
Broitzem, Staats Friedr., Partikulier	152

Bruns, Joh. Georg Theod., Kreisgerichtsdirektor	137, 138, 140, 147, 148, 213, 277
Bruns, Victor, Arzt, Professor	241—243
Bühne, Joh. Ludw., Pastor in Glentorf	15
Bülow, F. W. O. H. v., Hofmarschall	133
Bülow, Georg Philipp v., Kammerdirektor	82, 105, 106, 109, 110, 116, 122, 123, 157, 171
Bülow, H. G. Chr. F. v., Kammerpräsident	82, 132, 137, 146
Bülow, H. J. Chr. v., Kammerpräsident	101, 106, 111
Bülow, L. F. V. H. Graf v., preuß. Minister	39, 40
Campe, Asche Burghard v., Staatsminister	95, 165, 166, 168
Carpzow, Joh. Benedikt, Prof. in Helmstedt	40
Caspari, Heinrich, Oberbürgermeister	57, 205, 207—209, 229
Christian VIII, König von Dänemark	168
Cleve, Hartwig, Rittergutsbes. auf Scheppau	94
Cramer, Aug. Heinr., Arzt, Professor	236, 238, 243, 244
Cramer, Wilh. Heinr. Christoph, Drost in Königsutter	27, 28
Cramm, L. A. Th. Frhr. v., Rittergutsbes. auf Sambleben	91, 93, 109, 113, 132, 137, 166, 273
Crell, Lorenz Florenz v., Prof. in Helmstedt	238
Dahlmann, Friedr. Christoph., Prof. in Göttingen	155, 156
Daubert, Karl August, Schulinspektor	74, 76, 77, 89, 201
Daubert, Philipp Wilh., Klempnermeister	246
Decker, Heinrich Christian, Ackermann in Klein Schöppenstedt	148
Dedekind, Franz Josua, Oberlandesgerichtspräsident	48
Dedekind, Jul. Levin Ulrich, Professor	79, 96, 210, 222, 224
Degeling, Chr. Heinr., Toreinnehmer	128
Degeling, Friedrich, Kandidat	127, 128
Degener, Christ. Heinr., Konrektor	87
Degener, Joh. Friedr., Kaufmann	177
Deneke, Gottlob, Bäckermeister	125
Diedenhofen, kath. Pfarrer	262
Döbereiner, Joh. Wolfgang, Prof. in Jena	250
Drude, F. L. H., Schuldirektor	18
Dünnhaupt, Joh. Christian, Pastor in Lelm	15, 16
Dürre, Hermann, Schulrat	11, 223—225, 230, 232
Ebert, Friedr. Adolf, Bibliothekar in Wolfenbüttel	48—52, 78, 210, 213
Ebert, Joh. Arnold, Professor	186
Eggers, Alb. Wilh. Ed., pens. Aktuar	264
Ehlers, Heinr. Wilh., Archivregistrator	217, 226, 228
Eichhorn, Joh. Gottfr., Prof. in Göttingen	23
Eichhorn, Karl Friedr., Prof. in Göttingen	23
Eigner, Gerh. Friedr., Museumsdirektor	96, 99, 220
Eisenhardt, E. L. A., Professor in Helmstedt	21
Emperius, Karl Adolf, Professor	224
Engelbrecht, August, Advokat in Wolfenbüttel	166
Engelbrecht, Theodor, Arzt, Professor	244, 245
Erath, Anton Ulrich v., Professor	213, 214, 227
Ernst August, König von Hannover	155, 163, 164, 173
Eschenburg, Joh. Joachim, Professor	67, 101, 186
Eschenburg, Wilh. Arnold, Geh. Justizrat	101, 104, 106
Ewald, Heinrich, Professor in Göttingen	155
Faber, Joh. Arend Christ., Rektor	81
Fäsebeck, Georg Ferdinand, Prosektor	241
Förster, Syndikus in Königsutter	24, 25
Franke, Aug. Wilh., Oberbürgermeister in Magdeburg	81

Franke, Theodor, Medizinalrat	62, 63, 153, 194, 198, 206, 239, 253
Fricke, Joh. Georg, Justizrat	78, 79, 81, 82, 106, 110
Fricke, Th. H. L., Amtsrichter in Wolfenbüttel	223
Friedemann, Friedr. Franz, Gymnasialdirektor	48, 70, 74, 76, 78, 81—83
Friedrich Ulrich Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	187
Friedrich Wilh. Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	32, 39, 42, 59, 98—100, 103, 104, 118
Friedrich Wilhelm IV. König von Preußen	159
Froehling, Herm. Jul. Georg, Registrator	64, 216, 218
Froehling, Joh. Theodor Friedr., Kopist	64

Gauß, Karl Friedr., Prof. in Göttingen	101
Gebhardi, Wilh. v., Geh. Kammerrat	30
Geitel, August, Hofrat in Wolfenbüttel	46, 48
Geller, Wilhelm, Kaufmann	125, 136, 153
Gellertshof, Nikolaus, Bademeister	197
Georg IV. König von Großbritannien und Hannover	98, 100
Gervinius, Georg Gottfr., Prof. in Göttingen	155, 156
Geyso, August v., Staatsminister	96, 150, 158, 159, 185, 207, 208, 258
Görtz-Wrisberg, Gräfin von	151
Götte, Carl, Generalagent in Hamburg	203, 207
Götte, J. A. C., Branntweinbrenner	203
Grabenhorst, Christian, Kaufmann	114
Grabenhorst, Joh. Georg, Pastor in Wolfenbüttel	52
Graberg, L. J. H. Th., Rittergutsbes. auf Hedwigsburg	166
Grassau, Heinrich, Kaufmann	153, 181, 183, 203, 207
Grassau, Joh. Friedrich, Kaufmann	107, 125, 136, 137, 140, 143, 153, 154
Gravenhorst, E. H. J., Polizeidirektor	61, 72, 117, 118, 198
Griepenkerl, Friedr. Konrad, Professor	88, 189
Griepenkerl, Robert, Dramatiker	189
Grimm, Jakob, Professor in Göttingen	155, 156
Grimm, Wilhelm, Professor in Göttingen	155, 156
Grone, Adolf C. E. v., Rittergutsbes. auf Westerbrak	139, 157, 161, 167
Grone, Friedr. Aug. v., Rittergutsbes. auf Westerbrak	161
Grotrian, Christian August, Notar	147
Grotrian, Karl L. F., Arzt, Professor	236, 237, 241, 242, 244
Günther, Christ. Aug., Prof. in Helmstedt	21
Günther, J. H. L., Obergerichtspräsident	26, 136, 148

Häberlin, Karl Friedr., Prof. in Helmstedt	21
Hakel, von, Geh. Legationsrat	111
Hänselmann, Ludwig, Stadtarchivar	11, 13, 225, 230, 231
Hardenberg, Fürst v., preuß. Staatskanzler	40
Hartig, Franz Anton, Zahnarzt	240
Hartmann, Karl, Bergkommissär in Blankenburg	92
Hartwig, G. H. Th. Gymnasialdirektor	81, 217
Hasse, J. G. L., Schneidermeister	125
Havemann, Wilhelm, Prof. in Göttingen	158
Heeren, Arnold, Prof. in Göttingen	23
Heinemann, C. F. H., Inspektor	239
Hellwig, Joh. Christ. Ludw., Professor	19
Henke, E. L. Th., Professor in Marburg	211, 221, 231, 261
Henke, H. Ph. Konr., Prof. in Helmstedt	22, 40, 138
Henke, Th. K. A., Generalsuperintendent	80, 84, 94
Henneberg, F. L. Chr., Präfekt	27, 115
Henneberg, Karl W. G., Stadtrat	82, 123, 153
Hermes, Carl, Redakteur	135
Herzberg, Friedr. Aug. v., Generalleutnant	116, 121
Hessenmüller, K. G. Ph., Generalsuperintendent	222, 224, 225, 230

Hettling, J. H. A., Obergerichtspräsident	46, 48, 52, 94, 137, 138, 139, 148, 149, 210, 213, 216, 220—222, 225, 226
Heusinger, Heinrich, Arzt, Professor	238, 240, 244, 245, 248, 252, 254
Heusinger, Konrad, Professor dirigens	17, 19, 238
Hildebrandt, Georg Friedr., Arzt, Prof.	236, 238
Hinly, Karl Gustav, Arzt, Professor	236
Hinke, Georg Wilh., Stadtrat	152, 153, 207
Hoffmann v. Fallersleben, Heinrich	17
Hoffmeister, L. F. A., Konsistorialrat in Wolfenbüttel	30, 70, 72, 73, 80, 81, 86, 87, 99
Hohnhorst, F. G. M. A. v., Kammerherr	133, 141, 150
Hollandt, A. C. Th., Notar	128, 165, 166, 168, 182, 183, 205, 208, 217, 258
Homeyer, Buchdrucker	131
Howald, Georg, Friedr., Erzgießer	193
Hugo, Gustav, Professor in Göttingen	23
Jacobs, Eduard, Bibliothekar in Wernigerode	223
Jürgens, Karl Heinr., Pastor in Stadtoldendorf	183, 258
Kalm, von, Oberstleutnant a. D.	151
Kalm, Marbod Herm. v., Rittergutsbesitzer auf Halchter	166
Kalm, Valentin Friedr. v., Rittergutsbes. auf Halchter	47, 109
Karl I. Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	20, 213, 235
Karl II. Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	12, 29, 47, 64, 78, 87, 98—100, 104—109, 112—126, 135, 171, 229, 265, 278
Karl Wilhelm Ferdinand Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	20, 26, 31, 101, 118, 277
Kerbler, deutschkath. Pfarrer	263
Klaproth, Justus, Prof. in Göttingen	22
Klindworth, G.	107
Knittel, Wilh. Gottl., Konsistorialrat in Wolfenbüttel	72
Knocke, Karl, Arzt, Professor	242—244, 249, 254
Koch, H. A. R. Th. v., Rittergutsbesitzer auf Herrenhausen	166
Koch, J. G. Chr. v., Geheimer Rat	150, 151, 176, 204, 206, 207, 258
Koch, Karl, Oberstaatsanwalt	223
Köchy, Karl Theodor, Professor	18
Köllsch, J. L. C., Stadtbaumeister	62, 187, 197, 215
Krahe, Friedr. Maria, Baurat	192, 221
Krahe, Peter Joseph, Oberbaurat	92, 146, 197
Krause, Dietrich, Kaufmann	177, 179, 197
Kraut, Wilh. Theod., Professor in Göttingen	156
Kreß, Joh. Paul, Professor in Helmstedt	28
Krüger, G. Th. A., Gymnasialdirektor	48, 83
Krukenberg, Adolf, Arzt, Professor	249, 252
Kühne, Joh. David, Bürgermeister in Königslutter	24
Kuhne, Louis Emil Georg, Baurat	192, 193
Kybitz, Johann C. Th., Hofrat	259
Lachmann, C. L. F., Pastor	69
Lachmann, Heinrich, Arzt, Professor	239
Lachmann, Karl, Professor in Berlin	69
Lachmann, Wilhelm, Arzt, Professor	69, 85, 92, 258
Langenbeck, K. J. M., Prof. in Göttingen	155
Langerfeldt, Gustav, Staatsminister	207, 208, 233, 258
Langerfeldt, Hermann, Oberförster	233
Langerfeldt, Jac. Friedr., Geh. Finanzrat	56, 58, 64, 110, 117, 135, 137, 140, 143, 151, 196, 233, 275
Lauringen, Ludw. Friedr. Müller v., Rittergutsbes. auf Wendessen und Linden	166

Leisewitz, Joh. Anton, Justizrat	59
Lentz, E. H. A., Konsistorialrat in Wolfenbüttel	86
Leopold, C. W., Maurermeister	147
Lessing, Karl Friedr., Landschaftsmaler in Berlin	260
Leutsch, Ernst v., Professor in Göttingen	156
Liebau, Joh. Heinr. Chr., Baurat	190, 197
Liebe, Friedr. v., Geh. Legationsrat	258
Liebner, Theod. Alb., Professor in Göttingen	156
Lindner, Wilhelm, Privatgelehrter	264
Linsingen, v., hann. Oberhofmeister	99, 100
List, Friedrich, Volkswirt	178—180
Liszt, Franz, Komponist	261
Löbbecke, Amalie, geb. Henneberg	148
Löbbecke, Ed. v., Bankier in Breslau	180
Löbbecke, Friedrich Karl, Bankier	148, 166, 178, 179, 180, 183
Löbbecke, Karl Dietrich, Bankier	113, 125, 177, 178, 180
Löbbecke, Ludwig, Bankier	113, 114, 119, 121, 131
Löbbecke, Louise	196
Lucius, Egmont, Notar	202, 203
Lübeck, Wilh. Liebig v., Generalmajor	133, 158
Lüderssen, Rud. Heinr., Kammerrat	
Ludolf Rudolf Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	22, 30, 48, 49, 56, 186, 211, 213 226
Lüttge, Friedrich, Schuldirektor	201

Mack, Georg Wilhelm, Stadtrat	152, 153, 205, 234
Mack, Heinrich, Stadtarchivar	13, 221, 234
Mack, Robert, Professor	234
Mahner, Theodor, Geh. Kammerrat	179
Mahner, Wilhelm, Geh. Kammerrat	50, 56, 57, 64, 114, 186
Mahrenholtz, A. E. C. W. Frhr. v., Oberhofmarschall	133, 147
Maibom, Heinr. Joh., Leibarzt	236
Malchus, K. A. v., westfälischer Minister	40
Mansfeld, C. Ph. A., Obergerichtsprokurator in Wolfenbüttel	165, 166 227, 239, 253
Mansfeld, David, Medizinalrat	98
Marie Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg	188
Marschner, Heinrich, Komponist in Hannover	22
Martin, Ch. R. D., Professor in Göttingen	239, 244, 245
Marx, Karl Michael, Professor	130
Mattenklodt, Franz Dietr., Hofbäcker	130
Matthiä, H. C. Chr., Justizamtmann	59, 60, 151, 153, 207, 233
Meier, Ernst, Stadtrat	233
Meier, Ernst v., Universitätskurator in Göttingen	233
Meier, Heinrich, Oberst a. D.	59
Meier, J. H. L., Pastor	22
Meister, Georg Friedr., Prof. in Göttingen	175
Melsheimer, C. W. H., Steuerassessor	175, 259
Menadier, Ferdinand, Zollrat	188
Methfessel, Albert, Hofkapellmeister	105, 111
Metternich, Clemens Fürst v., österr. Staatskanzler	262
Meyer, Jodokus, kath. Pfarrer	71
Möhle, Friedrich, Pastor	30
Möschel, Oberintendant	220
Morgenstern, Franz, Oberst	15, 16
Mühlenbein, Friedr. Wilh., Amtsrat in Königsutter	256
Mühlenpfordt, Justus, Partikulier	111
Mülbe, Carl v. d., Kammerjunker	156
Müller, Karl Ottfried, Professor in Göttingen	106—109, 121—123
Münchhausen, Christian Frhr. v., Oberstaatsrat	

Münchhausen, Heyno Frhr. v., Rittergutsbesitzer auf Groß Vahlberg	119
Münster, E. F. H. Graf v., hannoverscher Kabinettsminister	98—100, 103—105, 115, 155
Normann, Gustav v., Generalleutnant	266
Oberg, Hilmar Graf v., Rittergutsbes auf Duttenstedt	111, 113, 136—138, 148
Oelze, Gottl. Eusebius, Prof. in Helmstedt	21
Oesterreich, Joh. Wilh., Landsyndikus	148
Osthoff, Joh. Friedr. Heinr., Prosektor	238
Ottmer, Friedrich, Schulinspektor	75
Ottmer, Karl Theodor, Hofbaurat	92, 146, 147, 184, 272
Otto, Friedr. Julius, Professor	250, 251, 254
Paganini, Niccolo, Violinvirtuose	261
Pagendarm, Moritz H. W., Pastor	257
Pertz, Georg Heinr., Oberbibliothekar in Berlin	231, 260, 261
Petri, Victor Leberedht, Professor	66, 70, 74, 79, 81
Pillemann, Jul. Heinr., Klemptnermeister	246
Pini, Karl Friedr. Ferd., Landesdirektor	128, 145, 151, 165, 166, 168, 197—199, 215, 252
Plessen, H. G. G. v., Rittergutsbesitzer auf Büstedt	38, 43, 103, 104, 108, 109, 113, 136, 137, 210
Pockels, Wilh. Joh. Baptist, Kreisdirektor in Holzminden	142
Pockels, August, Oberstabsarzt	245, 251, 259
Pott, Albertine, Schulleiterin	75
Pricelius, Joh. Ludwig, Landsyndikus	108, 147, 220
Quidde, Carl, Tierarzt	240
Rabert, Joh. Heinr. Ludw., Kreisgerichtsdirektor	56, 57, 219, 222
Rasch, Christ. Andr., Aktuar in Königsutter	28, 29
Reinecke, Joh. Christ. Pastor in Hordorf	15
Reiner, P. C., Kaufmann	34
Remer, Jul. Aug. Prof., in Helmstedt	22
Retemeier, August, Fechtlehrer	196
Ribbentrop, Joh. Friedr. Ernst, Justizrat in Königsutter	26, 28, 29, 31, 278
Rimpau, Wilh., Domänenpächter in Schlanstedt	256
Rimpau, Wilh., Amtsrat in Schlanstedt	276
Ritter, Aug. Heinr., Prof. in Göttingen	156
Rittmeyer, Gustav, Oberst	205
Roemer, Jak. Ludw., Konsistorialrat	18, 81, 220, 225
Rönkendorf, Joh. Franz, Weinhändler	197
Roer, Eduard, Indologe	88
Ronge, Johannes, Pfarrer in Breslau	263
Rosenthal, F. C., Ackermann in Watzum	165
Rothschild, Herm. Anton Moritz, Notar	264
Rudolphi, J. E. W. A., Stadteinnehmer	64
Saamkopf, Elias, Messerschmid	130
Satz, Friedrich, Schwimmllehrer	196
Sack, Karl Wilh., Kreisgerichts-Registrator	218—220, 226, 277
Salomon, J. A., Kaufmann	179
Scheffler, Georg Ant. Christoph, Prof.	68, 69
Schele, Georg Frhr. v., hann. Minister	128

Schele, Eduard Frhr. v., hann. Geh. Legationsrat . . .	163
Scheller, Joh. Heinr. Ludw., Arzt, Prof.	236, 237, 244, 245, 254
Schiller, Karl, Privatgelehrter	189, 220
Schleinitz, W. K. F. Frhr. v., Geh. Rat	101, 104, 106
Schleinitz, Wilhelm Frhr. v., Staatsminister	113, 122, 124, 127—129, 131, 135, 138, 139, 141, 143, 150, 151, 157, 158, 168, 190, 200, 201, 207, 208, 225, 226, 253, 261, 274
Schmelzer, Friedr. Aug., Prof. in Helmstedt	21, 277
Schmidt-Phiseldede, Justus v., Geh. Rat	55, 60, 100, 101, 104, 105, 113
Schneider, Friedr., Komponist in Dessau	188
Schneidewin, Friedr. Wilh., Prof. in Göttingen	156
Schönemann, C. A. Th., Advokat in Wolfenbüttel	221
Schönemann, Karl Phil., Bibliotheksdirektor in Wolfenbüttel	221
Schmidt, Karl Wilh., Geh. Archivrat in Wolfenbüttel	221
Schrader, C. H. U. v., Kammerpräsident	45, 186
Schrader, Ernst v., Generalleutnant	120
Schrader v. Schliestedt, H. B., Geh. Rat	27
Schröder, Heinrich, Oberlehrer	131, 220, 222—224
Schulenburg-Wolfsburg, Graf Gebhard v. d., Geh. Rat	38—40, 100, 210
Schulz, Friedrich, Minister	90, 91, 96, 122, 124, 127—129, 151, 174, 175, 187, 207, 208, 249, 252, 253, 274
Selenka, Joh. Jak., Hofbuchbindermeister	263
Selwig, Friedrich, Kaufmann	179
Sierstorf, Graf Caspar Heinr. v., Oberjägermeister	111, 134
Simeon, Joseph Jerome, westf. Minister	35, 38
Skerl, Aug. Gottfr., Oberlehrer	131
Spangenberg, E. P. J., Oberappellationsrat in Celle	67
Spangenberg, Georg Aug., Professor in Göttingen	22
Spehr, Friedr. Wilhelm, Dozent	90
Spehr, Ludw. Ferd., Auditor	219, 220, 224
Speth, westf. Polizeiaгент	39, 40
Spohr, Aug. Gottl., Kammerassessor	131
Spohr, Ludwig, Komponist	188
Sprengel, Karl, Agrarchemiker	250, 271
Steinacker, Karl, Notar in Holzminden	129, 139, 160, 168, 182, 183, 258, 265
Stisser, G. W. F., Stadtrat	56, 58, 59, 64, 117, 151, 275
Stolle, Friedr., Kaufmann in Holzminden	182, 183
Stobwasser, Joh. Heinr., Fabrikant	189
Strombeck, Friedr. Karl v., Obergerichtspräsident	48, 52, 54, 89, 113, 132, 134, 137, 220, 221, 222, 258
Süpke, Heinr. Friedr., Professor	71
Thielau, Wilh. Erdm. Florian v., Finanzpräsident	95, 149, 150
Trieps, Auguste geb. Daubert	201
Trieps, Eduard, Staatsminister	201, 202, 204, 205, 208, 258, 278
Trömmner, C. F. J., Arzt, Professor	249, 252
Tunica, Christian, Hofmaler	189
Tunica, Gottfr. Friedr., Schulinspektor	74, 76, 77, 84, 88
Unger, Friedr. v., Kammerrat	137, 181
Unger, Joh. Friedr. v., Geh. Justizrat	26
Uhde, August, Professor	96, 97, 251
Uhde, Karl, Arzt, Professor	244, 245, 251, 252, 256
Uhland, Ludwig	260, 264
Varnhagen von Ense	111
Varrentrapp, Franz, Professor	244, 245, 246, 250
Vechelde, Friedr. Karl v., Auditor	132, 134, 219, 220

Veltheim, Karl Friedr. v., Rittergutsbes. auf Destedt und Cremlingen	121, 137, 139, 140, 147, 158, 165, 166, 217, 159, 160
Veltheim, Hans v., Oberjägermeister	166
Veltheim, K. F. R. v., Rittergutsbes. auf Niedersicke	111, 255
Veltheim, Graf Röttger v., auf Harbke	102, 113, 127, 147, 151, 157, 161, 217,
Veltheim, Graf Werner v., Staatsminister	255, 256
Veltheim, Wilhelm v., Rittergutsbesitzer auf Veltheim/Ohe	157, 158 221
Venturini, K. H. G., Pastor in Hordorf	48, 50, 114, 109, 129, 133, 134, 178, 179,
Vieweg, Eduard, Verlagsbuchhändler	180, 255, 256
Vieweg, Friedrich, Verlagsbuchhändler	125
Voss, Christian, Kaufmann	125
Wachholtz, Friedr. Ludw. v., Generalmajor	82, 101, 106, 123, 133
Wackenroder, H. W. F., Professor in Jena	250
Wahnschaffe, Aug., Rittergutsbes. auf Ampleben	166
Waitz, Georg, Professor in Göttingen	231
Weber, Wilhelm, Prof. in Göttingen	155
Wedemeyer, C. A. J., Obersteuerrat	164
Wehl, Joh. Daniel, Lohgerber	125, 136
Weland, Jacob Christ., Pastor	18
Wentzelius, Heinr. Carl, Kaufmann	204
Westermann, George, Verlagsbuchhändler	129, 246
Westphal, F. A. Chr., Hof- und Domprediger	77, 136, 198, 200
Westphal, Karl, Magistratskopist	216, 218, 224, 226, 230
Wilhelm Herzog zu Braunschweig und Lüneburg	97, 98, 120—126, 131, 134, 136, 145, 147, 159, 164, 173, 185, 193, 196, 197, 201, 207, 229, 257
Wilhelm IV. König von Großbritannien und Hannover	155, 164
Wilmerding, Joh. Heinr., Bürgermeister	54, 57, 72, 105
Wit gen. v. Döring	107
Wittgenstein, W. L. G. Fürst zu, preuß. Staatsmann	111
Wolff, Aug. Ferd. Friedr., Geh. Finanzrat	175
Wolff, Joh. Gotth., Hof- und Domprediger	15
Wolffradt, Gust. Ant. v., westf. Minister	31, 36, 115
Wolfgang, J. G. Chr., Bäckermeister	125
Wolframitz, Carl Gottl., Privatgelehrter in Helmstedt	277
Zimmermann, Eberhard v., Professor	186
Zimmermann, F. W. R., Kammerpräsident	276
Zimmermann, Fr., Kaufmann	125
Zimmermann, Luise geb. Bode	230, 256
Zimmermann, Paul, Geh. Archivrat	230—232
Zimmermann, Rudolf, Senatspräsident	276
Zwilmeyer, Franz, Kaufmann	125

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

1. Wilhelm Bode 1830
Lithographie von H. Oldenburg (Städtisches Museum Braunschweig)
2. Das Pfarrhaus der Stiftskirche in Königsutter (Bodes Geburtshaus)
Aufnahme von Heinz Röhr-Königsutter 1962
3. Brand des Residenzschlusses bei dem Aufstand gegen Karl II. am 7. September 1830
(Stadtarchiv Braunschweig)
4. Wilhelm Herzog zu Braunschweig und Lüneburg
Zeichnung von Prof. Krüger, Lithographie von Werner (Städtisches Museum Braunschweig)
5. Staatsminister Wilhelm Freiherr von Schleinitz
Zeichnung von Emil Schulz-Braunschweig (Städtisches Museum Braunschweig)
6. Das Stadthaus in Braunschweig 1878 (rechts im Bilde)
Photographie (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum)
7. Das Landschaftshaus in Braunschweig um 1840
Zeichnung von Gustav Frank (Stadtarchiv Braunschweig)
8. Das Neustadtrathaus in Braunschweig um 1840
Zeichnung von Gustav Frank (Stadtarchiv Braunschweig)
9. Friedrich Carl von Strombeck
Nach einem Gemälde von Christian Tunica 1837 (Stadtarchiv Braunschweig)
10. Eduard Vieweg
Mezzotinto Bruckmann (Verlagsarchiv Friedr. Vieweg & Sohn)
11. Geheimer Finanzrat Jacob Friedrich Langerfeldt
Lithographie von L. Buchheister (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum)
12. Konsistorialrat Dr. Jacob Ludwig Römer
Zeichnung von A. Teichs, Lithographie von Emil Schulz (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum)

13. Schulinspektor Carl August Daubert
Lithographie von Emil Schulz nach einem Gemälde von Bäse 1825 (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum)
14. Professor Dr. August Uhde
Zeichnung von L. Buchheister, Lithographie von Emil Schulz (Braunschweigisches Landesmuseum für Geschichte und Volkstum)
15. Kreuzgang der Brüdernkirche, in dem das Stadtarchiv von 1836 bis 1863 untergebracht war
Photographie (Deutscher Kunstverlag, München)
16. Die Bürgerschule an der Wilhelmstraße um 1900
Photographie (Stadtarchiv Braunschweig)
17. Innenansicht der Ägidienkirche
Aus: Programm zum neunten Elb-Musikfeste in Braunschweig, 1836 (Stadtarchiv Braunschweig)
18. Wilhelm Bode
Gemälde von Christian Tunica (im Besitz von Frau Zimmermann, Wolfenbüttel)
19. Eigenhändiges wissenschaftliches Testament von Wilhelm Bode
(Stadtarchiv Braunschweig: G IX 26 Nr. 1)

BRAUNSCHWEIGER WERKSTÜCKE

Veröffentlichungen aus Archiv, Bibliothek und Museum der Stadt

Band 1 - 29

Bd. 1

Fuhse, Franz: Vom Braunschweiger Tischlerhandwerk — Stobwasserarbeiten. Mit 37 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1925. 86 S., 2 Taf., vergriffen.

Bd. 2

Gauß, Karl Friedrich: (Briefsammlung) Carl Friedrich Gauß und die Seinen. Festschrift zu seinem 150. Geburtstage. Hrsg. von Heinrich Mack. Mit 12 Taf.

Braunschweig: Appelhans 1927. XI, 130 S., 10 Bl., 11 Taf., vergriffen.

Bd. 3

Schroeder, Hans: Verzeichnis der Sammlung alter Musikinstrumente im Städtischen Museum Braunschweig. Mit 43 Abb. — Instrumente, Instrumentenmacher und Instrumentisten in Braunschweig (Urkundliche Beiträge).

Braunschweig: Appelhans 1928. 124 S., vergriffen.

Bd. 4

Scherer, Christian: Braunschweiger Fayencen — Verzeichnis der Sammlung Braunschweiger Fayencen im Städtischen Museum zu Braunschweig. Mit 48 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1929. 76 S., vergriffen.

Bd. 5

Fuhse, Franz: Schmiede und verwandte Gewerke in der Stadt Braunschweig. Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerks und zur Familienkunde. Mit 45 Abb.

Braunschweig: Appelhans 1930. 157 S., vergriffen.

Bd. 6

Mittelniederdeutsche Beispiele im Stadtarchiv zu Braunschweig, gesammelt von Ludwig Hänselmann. 2. veränderte und um Register vermehrte Auflage, besorgt von Heinrich Mack.

Braunschweig: Appelhans 1932. XIV, 120 S., vergriffen.

Bd. 7

Fuhse, Franz: Handwerksaltertümer. Mit 255 Abb.
Braunschweig: Appelhans 1935. 32, 284 S., vergriffen.

Bd. 8

Meier, Paul Jonas: Das Kunsthandwerk des Bildhauers in der Stadt Braunschweig seit der Reformation. Mit 180 Abb.
Braunschweig: Appelhans 1936. 4 Bl., 120 S., 63 Taf., vergriffen.

Bd. 9

Herbst, Hermann: Tider Woltmann, ein Braunschweiger Buchbinder des 15. Jahrhunderts. Mit 12 Taf.
Braunschweig: Appelhans 1938. 39 S., vergriffen.

Bd. 10

Steinacker, Karl: Abklang der Aufklärung und Widerhall der Romantik in Braunschweig.
Braunschweig: Appelhans 1939. 127 S., vergriffen.

Bd. 11

Spieß, Werner: Die Ratsherren der Hansestadt Braunschweig 1231—1671. Mit einer verfassungsgeschichtlichen Einleitung.
Braunschweig: Appelhans 1940. 210 S., vergriffen.

Bd. 12

Reidemeister, Sophie: Genealogien Braunschweiger Patrizier- und Ratsgeschlechter aus der Zeit der Selbständigkeit der Stadt (vor 1671). Herausgegeben von Werner Spieß. Mit 4 farb. Wappentaf.
Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 1948. 194 S. Brosch. 8,— DM. Geb. 10,— DM.

Bd. 13

Spieß, Werner: von Vechelde. Die Geschichte einer Braunschweiger Patrizierfamilie. 1332—1864. Mit 1 farb. Wappentaf., 10 Bildnistaf. u. 1 Stammtaf.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 206 S. Brosch. 12,60 DM. Geb. 16,— DM.

Bd. 14

Spieß, Werner: Das Stadtarchiv Braunschweig. Seine Geschichte und seine Bestände.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1951. 112 S. Brosch. 4,80 DM.

Bd. 15

Jesse, Wilhelm: Münz- und Geldgeschichte Niedersachsens.
Braunschweig: Brandes in Komm. 1952. 130 S., 17 Taf., 1 Karte. Geb. 9,— DM.

Bd. 16

Querfurth, Hans Jürgen: Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig im Jahre 1671.
Das Ende der Braunschweiger Stadtfreiheit. Mit 7 Taf.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1953. 304 S. Brosch. 14,75 DM. Geb.
16,— DM.

Bd. 17

Bergholz, Gerda: Die Beckenwerkgilde zu Braunschweig. Unter Mitwirkung von
Werner Spieß. Mit 1 Taf.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1954. 76 S. Brosch. 3,75 DM.

Bd. 18

Prescher, Rudolf: Der rote Hahn über Braunschweig. Luftschutzmaßnahmen und
Luftkriegsereignisse in der Stadt Braunschweig 1927—1945. Mit 45 Abb.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei 1955. 170 S. Brosch. 4,80 DM.

Bd. 19

Döhnel, Karl-Rudolf: Das Anatomisch-Chirurgische Institut in Braunschweig. Mit
6 Abb.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei u. Verlag 1957. 72 S. Brosch. 4,— DM.

Bd. 20

Meyen, Fritz: Johann Joachim Eschenburg, 1743—1820. Professor am Collegium
Carolinum zu Braunschweig. Kurzer Abriß seines Lebens und Schaffens nebst
Bibliographie. Mit 4 Abb.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 132 S.
Brosch. 6,— DM.

Bd. 21

Jesse, Wilhelm: Der zweite Brakteatenfund von Mödesse und die Kunst der
Brakteaten zur Zeit Heinrichs des Löwen. Mit 20 Tafeln.
Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1957. 109 S.
Brosch. 13,— DM.

Bd. 22

Spieß, Werner: Die Goldschmiede, Gerber und Schuster in Braunschweig. Meisterverzeichnisse und Gildefamilien.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 60 S.
Brosch. 4,— DM.

Bd. 23

Kurnatowski, Wolf-Dietrich von: St. Leonhard vor Braunschweig. Geschichte des Siechenhospitals, der Kirche und des Wirtschaftshofes. Mit 19 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1958. 132 S.
Brosch. 9,— DM.

Bd. 24

Piper, Henning: Testament und Vergabung von Todes wegen im braunschweigischen Stadtrecht des 13. bis 17. Jahrhunderts. Mit 4 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1960. 112 S.
Brosch. 5,— DM.

Bd. 25

Arends, Dietrich und Wolfgang Schneider: Braunschweiger Apothekenregister 1506—1673. Mit 2 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1960. 120 S.
Brosch. 6,— DM.

Bd. 26

Meyen, Fritz: Bremer Beiträger am Collegium Carolinum in Braunschweig. K. Chr. Gärtner, J. A. Ebert, F. W. Zachariä, K. A. Schmid. Mit 4 Tafeln.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1962. 183 S.
Brosch. 9,— DM.

Bd. 27

Jesse, Wilhelm: Die Münzen der Stadt Braunschweig von 1499 bis 1680. Auf Grund des Manuskripts von Heinrich Buck † bearbeitet. Mit 254 Abbildungen.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1962. 115 S.
Brosch. 18,— DM.

Bd. 28

Reimann, Hans Leo: Unruhe und Aufruhr im mittelalterlichen Braunschweig.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1962. 146 S.
Brosch. 7,50 DM.

Bd. 29

Müller, Theodor: Stadtdirektor Wilhelm Bode, Leben und Werk. Mit 19 Abb.

Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1963. 305 S.
Brosch. 15,— DM.